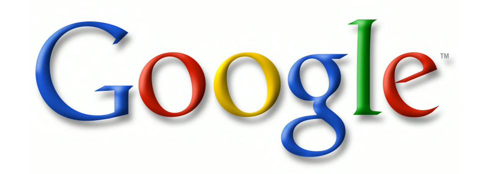
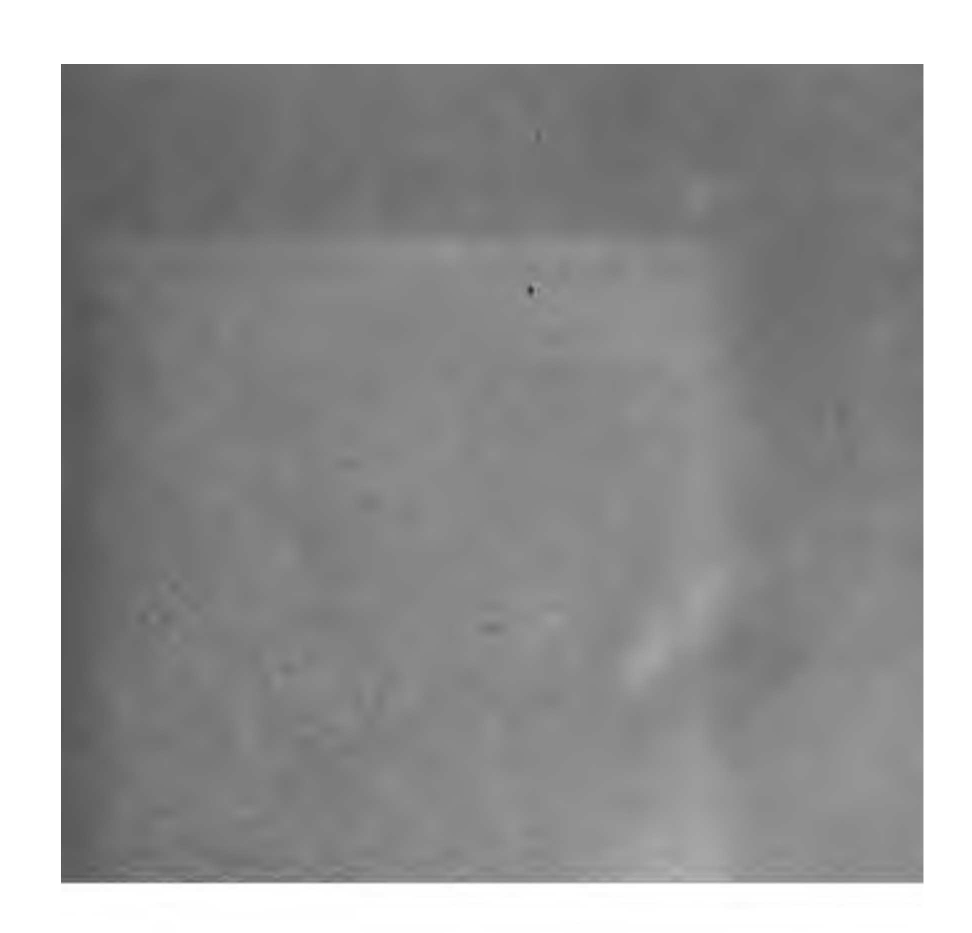



A
823,636


1817
ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
SI QUAERIS PENINSULAM AMOENAM
CIRCUMSPICE



Acten

des

Wiener Congresses

in

den Jahren 1814 und 1815.

Herausgegeben

von

D. Johann Ludwig Klüber

großherzoglich-badischem Staats- und Cabinetsrath rc.

---

21. Heft.

Zweite Auflage.

Erlangen 1836

bei J. J. Palm und Ernst Enke.



Inhalt.

Acten

des

Wiener Congresses

in

den Jahren 1814 und 1815.

Herausgegeben

von

D. Johann Ludwig Klüber
großherzoglich-badischem Staats- und Cabinetsrath ꝛc.

Sechster Band.

21 — 24. Heft.

Zweite Auflage.

Erlangen 1836
bei J. J. Palm und Ernst Enke.

Printed in Germany.

Acten
des
Wiener Congresses.
21. Heft.

I.
Acte final
du
congrès de Vienne,
du 9 juin 1815;
avec les pièces qui y sont annexées.

Vorbericht
des Herausgebers.

Die Schluß-Acte des wiener Congresses wird hier nach einer genauen Abschrift geliefert, welche nach dem in der kaiserlichen königlichen Hof- und Staats-Canzlei zu Wien aufbewahrten Original gefertigt ist. Dabei ist zugleich diejenige Ausgabe verglichen, welche sich befindet in dem Recueil de pièces officielles destinées à détromper les françois sur les évènemens qui se sont passés depuis quelques années. Tome VIII. Paris 1815. gr. 8. (Auch unter dem besondern Titel: Acte du congrès de Vienne du 9 juin 1815 avec les pièces qui y sont annexées; publié d'après un des originaux, déposé aux archives du département des affaires étrangères de S. M. le Roi de Prusse. Par Frédéric Schoell) p. 1—106. Diese letzte Ausgabe ist, wie der Herausgeber versichert, veranstaltet nach einer Abschrift, welche verglichen worden ist, mit dem in dem königlich-preussischen Archiv der auswärtigen Angelegenheiten befindlichen Original.

Andere Abdrücke sind sehr fehlerhaft, z. B. in der Gazette officielle de France, du 19 juillet 1815. no. 4. in dem pariser Moniteur universel du 20 juillet 1815. 1er supplément au Nro 201, in dem Journal de Francfort 1815. Nro 225, 229, 232, 236, 239; in den Europäischen Annalen von 1815, St. XII.

und von 1816, St. I; in dem Politischen Journal, 1816, 8 f. und ein besonderer zu Frankfurt am Main erschienener Abdruck unter dem Titel: Acte du congrès de Vienne, signé le 9 juin 1815, 35 Seiten in 4. Der Abdruck in der Gazette officielle scheint die einzige Quelle zu seyn, aus welcher bei den übrigen so eben angeführten, und andern Abdrücken geschöpft worden ist. Bei allen diesen Abdrücken fehlen die siebenzehn Beilagen der CongreßActe *).

Nachstehende Uebersicht des Inhaltes dieser Schluß-Acte des Congresses, die den einzelnen Artikeln vorgesetzten Summarien, und die unter dem Text hie und da befindlichen Varianten, hat der jetzige Herausgeber hinzugefügt.

Uebersicht
des Inhalts dieser Schluß- oder HauptUrkunde des wiener Congresses.

Eingang.

Veranlassung. Benennung der Bevollmächtigten von Oestreich, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Portugal, Preussen, Rußland, Schweden; nach französisch-alphabetischer Ordnung der Mächte.

I. Polen.

Art. I. Allgemeine Verfügungen in Beziehung auf das Herzogthum Warschau. National-Repräsentation und Institutionen. 2. Grenzen des Großherzogthums Posen. 3. Salzwerke von Wieliczka. 4. Grenzen zwischen Gallizien und dem russischen Gebiet. 5. Zurückgabe der Kreise von Tarnopol ꝛc. an Oestreich. 6. Cracau zur freien Stadt erklärt. 7. Grenzen des Gebiets von Cracau. 8. Privilegien für Podgorze. 9. Neutralität von Cracau.

*) Eine Vermehrung vorstehender LiterärNotizen, und eine mit vielen Anmerkungen ausgestattete neue Ausgabe der SchlußActe des wiener Congresses, findet man in Klüber's Quellen-Sammlung zu dem Oeffentlichen Recht des teutschen Bundes (Erlangen, 1830. gr. 8), S. 1—99.

10. Constitution, Academie und Bisthum von Cracau. 11. Allgemeine Amnestie in dem Herzogthum Warschau. 12. Aufhebung des Sequesters und der Confiskationen. 13. Ausnahmen von vorstehendem Artikel. 14. Freie Schiffahrt auf den Strömen; freie Circulation der Producte in den polnischen Provinzen.

II. Teutschland.

A) TerritorialVeränderungen.

a) Preussen.

aa) Was es von dem Königreich Sachsen erhält.

15. Abtretungen Sachsens an Preussen. 16. Titel, welche der König von Preussen annimmt, und der König von Sachsen fortführt. 17. Garantie dieser Abtretungen, von Oestreich, Rußland und Großbritannien. 18. Verzichtleistung des Kaisers von Oestreich, auf das Recht der Lehnherrlichkeit über die Lausitz, u. s. w. 19. Gegenseitige Verzichtleistung Preussens und Sachsens, auf die von der einen dieser Mächte auf dem Gebiete der andern ausgeübten Lehnrechte. 20. Freiheit der Auswanderung und Ausführung des Vermögens. 21. Eigenthum religiöser Institute und öffentlicher Lehranstalten. 22. Allgemeine Amnestie.

bb) Alte preussische Provinzen.

23. Aufzählung der Provinzen, von welchen Preussen wieder Besitz ergreift.

cc) Neue Besitzungen Preussens auf beiden Seiten des Rheins.

24. Preussische Besitzungen diesseit des Rheins. 25. Preussische Besitzungen auf dem linken Rheinufer.

b) Königreich Hannover.

26. Stiftung des Königreichs Hannover. 27. Abtretungen Preussens an das Königreich Hannover. 28. Verzichtleistung Preussens auf das Kapitel von St. Peter zu Nörten. 29. Abtretungen, welche von Hannover an Preussen geschehen. 30. Schiffahrt und Handel auf der Ems und in der Stadt und dem Hafen von Emden, desgleichen auf dem Canal der Stecknitz. 31. MilitärStrassen zwi-

m) Stadt Frankfurt.

46. Die Stadt Frankfurt wird eine freie Stadt und Mitglied des teutschen Bundes. Rechtsgleichheit der christlichen Glaubensparteien. Verfassung. Entscheidung der Streitigkeiten über ihre Verfassung, und Handhabung dieser.

n) Großherzogthum Hessen.

47. Entschädigung des Großherzogs von Hessen.

o) Hessen-Homburg.

48. Wiedereinsetzung des Landgrafen von Hessen-Homburg in seine vormaligen Besitzungen, Einkünfte, Rechte und politischen Beziehungen.

p) Besitzungen auf der linken Rheinseite, vorbehalten für Oldenburg, Coburg, Mecklenburg Strelitz, Hessen Homburg und den Grafen von Pappenheim.

49. Gebiete auf der linken Rheinseite, welche für Oldenburg, Sachsen Coburg, Mecklenburg Strelitz, Hessen Homburg und den Grafen von Pappenheim vorbehalten werden. 50. Künftige Anordnungen, in Beziehung auf diese Gebiete.

q) Länder auf beiden Seiten des Rheins, für Oestreich; insbesondere Isenburg.

51. Länder auf beiden Seiten des Rheins, welche an Oestreich überlassen werden. 52. Fürstenthum Isenburg kommt unter östreichische Hoheit.

B) Teutscher Bund.

53. Stiftung dieses Bundes. Festsetzung dazu gehöriger Gebiete, und seines Namens. 54. Zweck des Bundes. 55. Gleichheit der Bundesrechte und Bundespflichten, für alle Bundesglieder. 56. Bundesversammlung mit 17 Stimmen. 57. Oestreichs Vorsitz, und jeglichen Bundesgliedes Befugniß zu Vorschlägen. 58. Bildung der Bundesversammlung, für bestimmte Fälle, zu einem Plenum, mit 69 Viril Stimmen. Aussetzung der Frage: ob den Standesherren Curiat Stimmen zu ertheilen seyen? 59. Be-

III. Königreich der Niederlande, und Großherzogthum Luxemburg.

IV. Schweizerische Eidgenossenschaft.

Besitzer der Lods oder Lößergerechtsame. 84. Bestätigung der Declaration vom 20. März 1815, an die Tagsatzung erlassen von denen Mächten, welche den pariser Frieden unterzeichnet haben.

V. Italien.

a) Sardinische Staaten.

85. Grenzen der Staaten des Königs von Sardinien. 86. Vereinigung der Staaten von Genua mit Piemont. 87. Titel eines Herzogs von Genua, für den König von Sardinien. 88. Rechte und Privilegien der Genueser. 89. Vereinigung der Feudi imperiali mit den Staaten des Königs von Sardinien. 90. Unbeschränktes Befestigungs-recht. 91. Abtretungen von Savoyen an den Canton Genf. 92. Neutralität der Landschaften Chablais und Faucigny.

b) Oestreichische Staaten.

93. Aufzählung der an Oestreich zurückgefallenen Besitzungen. 94. Länder, die mit der östreichischen Monarchie neu vereinigt werden. 95. Oestreichische Grenzen in Italien. 96. Schiffahrt auf dem Po. 97. Verfügungen, den Monte Napoleone betreffend.

c) Staaten des Hauses Este.

98. Staaten von Modena, Reggio und Mirandola, für den Erzherzog Franz von Este. — Staaten von Massa und Carara nebst den Feudi imperiali in der Lunigiana, für die Erzherzogin Maria Beatrix von Este.

d) Parma und Piacenza.

99. Verfügungen über Parma und Piacenza, zum Vortheil der Kaiserin Marie Louise.

e) Staaten des Großherzogs von Toscana.

100. Großherzogthum Toscana. Verfügungen über den Stato degli Presidii, die Insel Elba, das Fürstenthum Piombino, und verschiedene Feudi imperiali.

Beilagen.

sischen Sprache. 121. Ratification und Hinterlegung der Urschrift dieses Tractats in dem Hof- und Staatsarchiv zu Wien.

Beilagen.

1. Tractat zwischen Rußland und Oestreich, vom $\frac{21.\ \text{April}}{3.\ \text{Mai}}$ 1815.
2. Tractat zwischen Rußland und Preussen, vom $\frac{21.\ \text{April}}{3.\ \text{Mai}}$ 1815; nebst zwei Tableaux.
3. Additioneller Tractat, in Beziehung auf Cracau, zwischen Oestreich, Preussen und Rußland, vom $\frac{21.\ \text{April}}{3.\ \text{Mai}}$ 1815.
4. FriedensTractat Sachsens, mit Preussen, Rußland und Oestreich, vom 18. Mai 1815.
5. Erklärung des Königs von Sachsen, über die Rechte des fürstlichen und gräflichen Hauses Schönburg in Sachsen, vom 18. Mai 1815.
6. Tractat zwischen Preussen und Hannover, vom 29. Mai 1815.
7. Convention zwischen Preussen und dem Großherzog von Sachsen-Weimar, vom 1. Jun. 1815.
8. Convention zwischen Preussen und dem Herzog und Fürsten von Nassau, vom 31. Mai 1815.
9. Teutsche BundesActe, vom 8. Jun. 1815.
10. Tractat zwischen dem König der Niederlande und Preussen, England, Oestreich, Rußland, vom 31. Mai 1815.
11. Erklärung der Mächte über die Angelegenheiten der schweizer Eidgenossenschaft, vom 20. März 1815, und die AccessionsActe der Tagsatzung, vom 27. Mai.
12. Protocoll vom 26. März 1815, über die von dem Könige von Sardinien an den Canton Genf gemachten Abtretungen.

13. Tractat zwischen Sardinien und Oestreich, England, Rußland, Preussen, Frankreich, vom 20. Mai 1815.
14. Acte, betitelt: „Bedingungen, welche als Grundlage der Vereinigung der genuesischen Staaten mit den Staaten Sr. sardinischen Majestät dienen soll."
15. Erklärung der Mächte, über die Abschaffung des Sclaven-Handels, vom 8. Febr. 1815.
16. Reglements des SchiffahrtComité's.
17. Vorschrift über den Rang, unter den diplomatischen Agenten.

Au nom de la très-sainte et indivisible Trinité.

Les puissances qui ont signé le traité conclu à Paris le 30 mai 1814, s'étant réunies à Vienne, en conformité de l'article 32 de cet acte, avec les princes et états leurs alliés, pour compléter les dispositions dudit traité, et pour y ajouter les arrangemens rendus nécessaires par l'état dans lequel l'Europe étoit restée à la suite de la dernière guerre, désirant maintenant de comprendre, dans une transaction commune, les différents résultats de leurs négociations, afin de les revêtir de leurs ratifications réciproques, ont autorisé leurs plénipotentiaires à réunir, dans un instrument général, les dispositions d'un intérêt majeur et permanent et à joindre à cet acte, comme parties intégrantes des arrangemens du congrés, les traités, conventions, déclarations, réglemens et autres actes particuliers, tels qu'ils se trouvent cités dans le présent traité, et ayant les susdites puissances nommé plénipotentiaires au congrés, savoir:

S. M. l'Empereur d'*Autriche*, Roi de Hongrie et de Bohême:

Le Sieur Clément-Venceslas-Lothaire Prince de Metternich-Winnebourg-Ochsenhausen, chevalier de la toison d'or, grand'croix de l'ordre royal de St. Etienne, chevalier des ordres de St. André, de St. Alexandre-Newsky et de Ste. Anne de la première classe, grand-cordon de la légion d'honneur, chevalier de l'ordre de l'Eléphant, de l'ordre suprême de l'annonciade, de l'aigle noir et de l'aigle rouge, des Séraphins, de St. Joseph de Toscane, de St. Hubert, de l'aigle d'or de Wurtemberg, de la fidélité de Bade, de St. Jean-de-Jérusalem et de plusieurs autres; chancelier de l'ordre militaire de Marie-Thérèse, curateur de l'académie des beaux-arts, chambellan, conseiller intime actuel de Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême, son ministre d'état, des conférences et des affaires étrangères;

Et le Sieur Jean-Philippe Baron de Wessenberg, chevalier grand'croix de l'ordre militaire et réligieux des Sts. Maurice et Lazare, grand'croix de l'ordre de l'aigle rouge de Prusse et de celui de la couronne de Bavière, chambellan et conseiller intime actuel de Sa Majesté impériale et royale apostolique.

Sa Majesté le Roi d'*Espagne* et des Indes:

Don Pierre-Gomez Labrador, chevalier de l'ordre royal et distingué de Charles III, son conseiller d'état.

Sa Majesté le Roi de *France* et de Navarre:

Le Sieur Charles-Maurice de Talleyrand-Périgord, Prince de Talleyrand, Pair de Fran-

ce, ministre secrétaire-d'état au département des affaires étrangères, grand-cordon de la légion d'honneur, chevalier de l'ordre de la toison-d'or, grand'croix de l'ordre de St. Etienne de Hongrie, de l'ordre de St. André, des ordres de l'aigle noir et de l'aigle rouge, de l'ordre de l'Elephant, de l'ordre de St. Hubert; de la couronne de Saxe, et de l'ordre de St. Joseph, de l'ordre du soleil de Perse etc. etc.;

Le Sieur Duc de Dalberg, ministre d'état de Sa Majesté le Roi de France et de Navarre, grand-cordon de la légion d'honneur, de celui de la fidélité de Bade, et chevalier de l'ordre de St-Jean-de-Jérusalem;

Le Sieur Comte Gouvernet de Latour-du-Pin, chevalier de l'ordre royal et militaire de St. Louis et de la légion d'honneur, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de Sadite Majesté près S. M. le Roi des Pays-Bas;

Et le Sieur Alexis Comte de Noailles, chevalier de l'ordre royal et militaire de St. Louis, grand'croix de l'ordre royal et militaire des Sts. Maurice et Lazare, chevalier de l'ordre de St. Jean-de-Jérusalem, de Léopold, de St. Wolodimir, du mérite de Prusse, et colonel au service de France.

Sa Majesté le Roi du royaume de la *Grande-Bretagne* et d'Irlande:

Le très-honorable Robert Stewart, Vicomte Castlereagh, conseiller de Sadite Majesté en son conseil privé, membre de son parlement, colonel du régiment de milice Londonderry, son principal secrétaire-d'état, ayant le département

des affaires étrangères, et chevaliet du trés-noble ordre de la Jarretiére, etc. etc.;

Le trés-excellent et très-illustre Seigneur Arthur Wellesley, Duc, Marquis et Comte de Wellington, Marquis Douro, Vicomte Wellington de Talavera et de Wellington, et Baron Douro de Wellesley, conseiller de Sadite Majeste en son conseil privé, maréchal de ses armées, colonel du régiment royal des gardes à cheval, chevalier du très-noble ordre de la Jarretière et chevalier grand'croix du très-honorable ordre militaire du bain, Duc de Ciudad-Rodrigo, et grand d'Espagne de la première classe, Duc de Vittoria, Marquis de Torres Vedras, Comte de Vimeira en Portugal, chevalier du très-illustre ordre de la toison-d'or, de l'ordre militaire de St. Ferdinand d'Espagne, chevalier grand'croix de l'ordre impérial et militaire de Marie-Thérèse, chevalier grand'croix de l'ordre militaire de St. George de Russie de la première classe, chevalier grand'croix de l'ordre royal et militaire de la tour et de l'épée de Portugal, chevalier grand'croix de l'ordre militaire et royal de l'épée de Suède, etc. etc.;

Le très-honorable Richard le Poër Trench, Comte de Clancarty, Vicomte Dunlo, Baron de Kilconnel, conseiller de Sadite Majesté en son conseil privé, président du comité de ce conseil pour les affaires de commerce et des colonies, maitre-général de ses postes aux lettres, colonel du régiment de milice du comté de Galway et chevalier grand'croix du très-honorable ordre du bain;

Le très-honorable Guillaume Shaw, Comte *Cathcart*, Vicomte Cathcart; Baron Cathcart et Greeneck, Pair du parlement, sonseiller de Sa Majesté en son conseil privé, chevalier du très-ancien et très-honorable ordre du Chardon, et des ordres de Russie, général de ses armées, vice-amiral d'Ecosse, colonel du second régiment des gardes-du-corps, Son ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur de toutes le Russies;

Et le très-honorable chevalier Guillaume Stewart, Lord Stewart, Seigneur de la chambre de Sadite Majesté, conseiller de S. M. en son conseil privé, lieutenant-général de ses armées, colonel du 25me régiment de dragons légers, gouverneur du fort Charles dans la Jamaïque, chevalier grand'croix du très-honorable ordre militaire du bain, chevalier grand'croix des ordres de l'aigle noir et de l'aigle rouge de Prusse, chevalier grand'croix de l'ordre de la tour et de l'épée de Portugal, chevalier de l'ordre de St. George de Russie.

Son Altesse Royale le Prince-régnant du royaume de *Portugal* et de celui du Brésil:

Le Sieur Dom Pierre de Sousa-Holstein, Comte de Palmella, de son conseil, commandeur de l'ordre du Christ, capitaine de la compagnie allemande des gardes-du-corps, grand'croix de l'ordre royal et distingué de Charles III d'Espagne.

Le Sieur Antoine de Saldanha de Gama, de son conseil et de celui des finances, son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire

près de S. M. l'Empereur de toutes les Russies, commandeur de l'ordre militaire de St. Bénoit d'Aviz, premier écuyer de S. A. R. la Princesse du Brésil;

Et le Sieur Dom Joachim Lobo da Silveyra, de son conseil, commandeur de l'ordre du Christ.

Sa Majesté le Roi de *Prusse:*

Le Prince de Hardenberg, son chancelier d'état, chevalier des grands ordres de l'aigle noire, de l'aigle rouge, de celui de St. Jean-de-Jérusalem et de la croix-de-fer de Prusse, de ceux de St. André, de St. Alexandre-Newsky et de Ste. Anne de la première classe de Russie, grand'-croix de l'ordre royal de St. Etienne de Hongrie, grand-cordon de la légion d'honneur, grand'croix de l'ordre de Charles III d'Espagne, de celui de St. Hubert de Bavière, de l'ordre suprême de l'annonciade de Sardaigne, chevalier de l'ordre des Séraphins de Suède, de celui de l'Eléphant de Danemarc, de l'aigle d'or de Wurtemberg et de plusieurs autres;

Et le Sieur Charles-Guillaume Baron de Humboldt, son ministre d'état, chambellan, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près de Sa Majesté impériale et royale apostolique, chevalier du grand ordre de l'aigle rouge et de celui de la croix-de-fer de Prusse de la première classe, grand'croix de l'ordre de Ste. Anne de Russie de la première classe, de celui de Léopoldt d'Autriche, et de celui de la couronne de Bavière.

Sa Majesté l'Empereur de toutes les *Russies:*

Le Sieur André Prince de Rasoumoffsky, son conseiller-privé-actuel, sénateur, chevalier

des ordres de St. André, de St. Wolodimir, de St. Alexandre-Newsky et de Ste. Anne de la première classe, grand'croix de l'ordre royal de St. Etienne et de celui de l'aigle noire et de l'aigle rouge de Prusse;

Le Sieur Gustave Comte de Stackelberg, son conseiller-privé-actuel, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près de S. M. I. et R. A., chambellan actuel, chevalier de l'ordre de St. Alexandre-Newsky, grand'croix de celui de St. Wolodimir de la première classe, et de St. Anne de la première, grand'croix de l'ordre de St. Etienne, de l'aigle noire et de l'aigle rouge de Prusse;

Et le Sieur Charles-Robert Comte de Nesselrode, son conseiller-privé, chambellan actuel, secrétaire d'état pour les affaires étrangères, chevalier de l'ordre de St. Alexandre-Newsky, grand'-croix de celui de St. Wolodimir, de la seconde classe, de St. Etienne de Hongrie, de l'aigle rouge de Prusse, de l'étoile polaire de Suède et de l'aigle d'or de Wurtemberg.

Sa Majesté le Roi de *Suède* et de Norvège;

Le Sieur Charles-Axel Comte de Loewenhielm, général-major dans ses armées, colonel d'un régiment d'infanterie, chambellan actuel, son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, sous-chancelier de ses ordres, commandeur de son ordre de l'étoile polaire et chevalier de celui d'épée, chevalier des ordres de Russie, de Ste Anne de la première classe, et de St. George de la quatrième classe, chevalier de l'ordre de

Prusse de l'aigle rouge première classe et commandeur de l'ordre de St. Jean-de-Jérusalem.

Ceux de ces plénipotentiaires qui ont assisté à la clôture des négociations, après avoir exhibé leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus de placer dans ledit instrument général et de munir de leur signature commune les articles suivans:

Article 1er.

I. Pologne. Réunion du duché de Varsovie à l'Empire de Russie.

Le duché de Varsovie, à l'exception des provinces et districts, dont il a été autrement disposé dans les articles suivans, est réuni à l'Empire de Russie. Il y sera lié invariablement *) par sa constitution, pour être possédé par S. M. l'Empereur de toutes les Russies, ses héritiers et ses successeurs à perpétuité. Sa Majesté impériale se réserve de donner à cet état, jouissant d'une administration distincte, l'extension intérieure, qu'elle jugera convenable. Elle prendra, avec ses autres titres, celui de Czar, Roi de Pologne, conformément au protocole usité et consacré pour les titres attachés à ses autres possessions.

Les Polonois, sujets respectifs de la Russie, de l'Autriche et de la Prusse, obtiendront une représentation et des institutions nationales, réglées d'après le mode d'existence politique que chacun des gouvernemens, auxquels ils appartiennent, jugera utile et convenable de leur accorder.

*) In dem Abdruck nach dem preussischen Original, steht, irrévocablement A. d. H.

Article 2.

Limites du Grand-duché de Posen.

La partie du duché de Varsovie que S. M. le Roi de Prusse possédera en toute souveraineté et propriété pour lui et ses successeurs, sous le litre de grand-duché de Posen, sera comprise dans la ligne suivante:

En partant de la frontière de la Prusse orientale au village de Neuhoff, la nouvelle limite suivra la frontière de la Prusse occidentale, telle qu'elle a subsisté depuis 1772 jusqu'à la paix de Tilsit, jusqu'au village de Leibitsch, qui appartiendra au duché de Varsovie: de là il sera tiré une ligne qui, en laissant Kompania, Grabovice et Szytno *) à la Prusse, passe la Vistule auprès de ce dernier endroit, de l'autre côté de la rivière qui tombe vis-à-vis de Szytno, dans la Vistule, jusqu'à l'ancienne limite du district de la Netze auprès de Gross-Opoczko, de manière que Sluzewo appartiendra au Duché, et Przybranowa, Hollaender et Maziejewo **) à la Prusse. De Gross-Opoczko on passera par Chlewiska, qui restera à la Prusse, au village de Przybyslaw, et de là par les villages Piasky, Chelmce, Witowiczky, Kobilynka, Woyczyn, Orchowo, jusqu'a la ville de Podwidz ***).

De Podwidz on continuera par la ville de Slupce jusqu'au point du confluent des rivières Wartha et Prosna.

*) Eine andere Lesart giebt: Grabowiec et Szczytno. So auch der wiener amtliche Abdruck, S. 9.

**) Dito: Maciejavo. Im wiener Abdruck steht Maziejewo.

***) Dito: Powidz (so auch der wiener Abdruck) und Powiedz.

De ce point on remontera le cours de la rivière Prosna jusqu'au village Koscielnawice *) à une lieue de la ville de Kalisch.

Là laissant à cette ville (du côté de la rive gauche de la Prosna) un territoire en demi-cercle, mesuré sur la distance qu'il y a de Koscielnawice à Kalisch, on rentrera dans le cours de la Prosna, et l'on continuera à la suivre, en remontant par les villes Grabow, Wieruszow, Boleslawiec, pour terminer la ligne prés du village Gola à la frontière de la Silésie, vis-à-vis de Pitschin.

Article 3.

Salines de Wieliczka.

Sa Majesté impériale royale apostolique possédera en toute propriété et souveraineté les salines de Wieliczka, ainsi que le territoire y appartenant.

Article 4.

Frontières entre la Galicie et le territoire Russe.

Le Thalweg de la Vistule séparera la Galicie du territoire de la ville libre de Cracovie. Il servira de même de frontière entre la Galicie et la partie du ci-devant duché de Varsovie réuni aux états de S. M. l'Empereur de toutes les Russies, jusqu'aux environs de la ville de Zawichost.

De Zawichost jusqu'au Bug la frontière sèche sera déterminée par la ligne indiquée dans le traité de Vienne de 1809, aux ratifications prés, que d'un commun accord on trouvera nécessaire d'y apporter.

*) Eine andere Lesart giebt: Koscielnawics (so auch der wiener Abdruck) und Koscielnawicz.

La frontière à partir du Bug, sera rétablie de ce côté entre les deux empires telle qu'elle a été avant ledit traité.

Article 5.

Restitution des cercles de Tarnopol etc. à l'Autriche.

S. M. l'Empereur de toutes les Russies cède à S. M. I. et R. A. les districts qui ont été détachés de la Galicie orientale en vertu du traité de Vienne de 1809, des cercles de Zloczow, Brzezan; Tarnopol et Zalesczyk, et les frontières seront rétablies de ce côté telles qu'elles avoient été avant l'époque dudit traité.

Article 6.

Cracovie déclarée ville libre.

La ville de Cracovie avec son territoire est déclarée, à perpetuité, cité libre, indépendante et strictement neutre, sous la protection de la Russie, de l'Autriche et de la Prusse.

Article 7.

Limites du territoire de Cracovie.

Le territoire de la ville libre de Cracovie aura pour frontière, sur la rive gauche de la Vistule, une ligne qui, commençant au village de Woliça, à l'endroit de l'embouchure d'un ruisseau, qui près de ce village se jette dans la Vistule, remontera ce ruisseau par Clo, Koscielniki jusqu'à Czulice, de sorte que ces villages sont compris dans le rayon de la ville libre de Cracovie. De là, en longeant les frontières des villages, continuera par Dzickanovice, Garlice, Tomaszow, Karniowice, qui resteront également dans le territoire de Cracovie, jusqu'au point où commence la limite, qui sépare le

district de Krzeszovice de celui d'Olkusz; de là elle suivra cette limite entre les deux districts cités, pour aller aboutir aux frontières de la Silésie prussienne.

Article 8.

Privilèges accordés à Podgorze.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche voulant contribuer en particulier de son côté à ce qui pourra faciliter les relations de commerce et de bon voisinage entre la Galicie et la ville libre de Cracovie, accorde à perpétuité à la ville riveraine de Podgorze les privilèges d'une ville libre de commerce, tels qu'en jouit la ville de Brody. Cette liberté de commerce s'étendra à un rayon de cinq cents toises, à prendre de la barrière des fauxbourgs de la ville de Podgorze. Par suite de cette concession perpétuelle, qui cependant ne doit point porter atteinte aux droits de souveraineté de Sa Majesté impériale et royale apostolique, les douanes autrichiennes ne seront établies que dans des endroits situés au-dehors du dit rayon. Il n'y sera formé de même aucun établissement militaire, qui pourroit menacer la neutralité de Cracovie, ou gêner la liberté de commerce, dont Sa Majesté impériale et royale apostolique veut faire jouir la ville et le rayon de Podgorze.

Article 9.

Neutralité de Cracovie.

Les cours de Russie, d'Autriche et de Prusse s'engagent à respecter et à faire respecter, en tout temps, la neutralité de la ville libre de Cracovie et de son territoire; aucune force armée ne pourra jamais y être introduite sous quelque prétexte que ce soit.

En révanche il est entendu et expressément stipulé, qu'il ne pourra être accordé dans la ville libre et sur le territoire de Cracovie, aucun asyle ou protection à des transfuges, déserteurs, ou gens poursuivis par la loi, appartenant aux pays de l'une ou de l'autre des hautes puissances susdites, et que sur la demande d'extradition, qui pourra en être faite par les autorités compétentes, de tels individus seront arrêtés et livrés sans délai, sous bonne escorte, à la garde qui sera chargée de les recevoir à la frontière.

Article 10.

Constitution, académie et évèché de Cracovie.

Les dispositions sur la constitution de la ville libre de Cracovie, sur l'académie de cette ville et sur l'évèché et le chapitre de Cracovie, telles qu'elles se trouvent énoncées dans les articles 7, 15, 16 et 17 du traité additionnel relatif à Cracovie, annexé au présent traité général, auront la même force et valeur, que si elles étoient textuellement insérées dans cet acte.

Article 11.

Amnistie générale.

Il y aura amnistie pleine, générale, et particulière, en faveur de tous les individus, de quelque rang, sexe, ou condition qu'ils puissent être.

Article 12.

Séquestres et confiscations levés.

Par suite de l'article précédent, personne ne pourra à l'avenir être recherché ou inquiété, en aucune manière, pour cause quelconque de participation directe ou indirecte, à quelque époque que ce soit, aux évènemens politiques, civils ou militaires en Pologne.

Tous les procès, poursuites, ou recherches seront regardés comme non-avenus, les séquestres ou confiscations provisoires seront levés, et il ne sera donné suite à aucun acte provenant d'une cause semblable.

Article 13.

Exception. Sont exceptés de ces dispositions générales à l'égard des confiscations, tous les cas, où les édits ou sentences prononcés en dernier ressort, auroient déjà reçu leur entière exécution, et n'auroient pas été annulés par des évènemens subséquens.

Article 14.

Libre navigation des rivières etc. Les principes établis sur la libre navigation des fleuves et canaux dans toute l'étendue de l'ancienne Pologne, ainsi que sur la fréquentation des ports, sur la circulation des productions du sol et de l'industrie entre les différentes provinces polonoises, et sur le commerce de transit, tels qu'ils se trouvent énoncés dans les articles 24, 25, 26, 28 et 29 du traité entre l'Autriche et la Russie, et dans les articles 22, 23, 24, 25, 28 et 29 du traité entre la Russie et la Prusse, seront invariablement maintenus.

Article 15.

II. Allemagne. Cessions de la Saxe à la Prusse. Sa Majesté le Roi de Saxe renonce à perpétuité, pour lui et tous ses descendans et successeurs, en faveur de Sa Majesté le Roi de Prusse, à tous ses droits et titres sur les provinces, districts et territoires ou parties de territoires du royaume de Saxe désignés ci-après, et S. M. le Roi de Prusse pos-

sédera ces pays en toute souveraineté et propriété, et les réunira à sa monarchie. Les districts et territoires ainsi cédés seront séparés du reste du royaume de Saxe par une ligne qui fera désormais la frontière entre les deux territoires prussien et saxon, de manière que tout ce qui est compris dans la délimitation formée par cette ligne, sera restitué à S. M. le Roi de Saxe, mais que S. M. renonce à tous les districts et territoires qui seroient situés au delà de cette ligne, et qui lui auroient appartenu avant la guerre.

Cette ligne partira des confins de la Bohême près de Wiese dans les environs de Seidenberg, en suivant le courant du ruisseau Wittich jusqu'à son confluent avec la Neisse.

De la Neisse elle passera au cercle d'Eigen entre Tauchritz venant à la Prusse, et Bertschoff restant à la Saxe; puis elle suivra la frontière septentrionale du cercle d'Eigen jusqu'à l'angle entre Paulsdorf et Ober-Sohland; de là elle sera continuée jusqu'aux limites qui séparent le cercle de Goerlitz de celui de Bautzen, de manière que Ober-, Mittel- et NiederSohland, Olisch et Radewitz restent à la Saxe.

La grande route de poste entre Goerlitz et Bautzen sera à la Prusse jusqu'aux limites des deux cercles susdits. Puis la ligne suivra la frontière du cercle jusqu'à Dubrauke, ensuite elle s'étendra sur les hauteurs à la droite du Lobauer-Wasser, de manière que ce ruisseau avec ses deux rives et les endroits riverains jusqu'à Neudorf, restent, avec ce village, à la Saxe.

Cette ligne retombera ensuite sur la Sprée et le Schwarz-Wasser; Liska, Hermsdorf, Ketten et Solchdorf passent à la Prusse.

Depuis la Schwarze-Elster près de Solchdorf on tirera une ligne droite jusqu'à la frontière de la seigneurie de Königsbruck, près de Grossgräbchen. Cette seigneurie reste à la Saxe, et la ligne suivra la frontière septentrionale de cette seigneurie jusqu'à celle du bailliage de Grossenhayn dans les environs d'Ortrand. Ortrand et la route depuis cet endroit par Märzdorf, Stolzenhayn, Groebeln à Mühlberg, avec les villages que cette route traverse, et de manière qu'aucune partie de ladite route ne reste hors du territoire prussien, passent sous la domination de la Prusse. La frontière, depuis Groebeln, sera tracée jusqu'à l'Elbe près de Fichtenberg, et suivra celle du bailliage de Mühlberg; Fichtenberg vient à la Prusse.

Depuis l'Elbe jusqu'à la frontière du pays de Mersebourg, elle sera réglée de manière que les bailliages de Torgau, Eilenbourg et Delitsch passent à la Prusse, et ceux d'Oschatz, Wurzen et Leipsig restent à la Saxe. La ligne suivra les frontières de ces bailliages, en coupant quelques enclaves et demi-enclaves. La route de Mühlberg à Eilenbourg sera en entier sur le territoire prussien.

De Podelwitz, appartenant au bailliage de Leipsig et restant à la Saxe, jusqu'à Eytra, qui lui reste également, la ligne coupera le pays de Mersebourg, de manière que Breitenfeld, Haenichen, Gross- et Klein-Dolzig, Mark-Ranstaedt et Knaut-Neuendorf restent à la Saxe, Modelwitz,

Skeuditz, Klein-Liebenau, Alt-Ranstaedt, Schköhlen, et Zietschen passent à la Prusse.

Depuis là, la ligne coupera le bailliage de Pegau, entre le Flossgraben et la Weisse-Elster. Le premier, du point où il se sépare au-dessous de la ville de Crossen (qui fait partie du bailliage de Haynsbourg), de la weisse-Elster, jusqu'au point où, au-dessous de la ville de Mersebourg, il se joint à la Saale, appartiendra dans tout son cours entre ces deux villes, avec ses deux rives, au territoire prussien.

De là, où la frontière aboutit à celle du pays de Zeitz, elle suivra celle-ci jusqu'à celle du pays d'Altenbourg près de Luckau.

Les frontières du cercle de Neustadt, qui passe en entier sous la domination de la Prusse, restent intactes.

Les enclaves du Voigtland dans le pays de Reuſs, savoir: Gefäll, Blintendorf, Sparenberg et Blankenburg se trouvent comprises dans le lot de la Prusse.

Article 16.

Titres à prendre par S. M. le Roi de Prusse et à continuer par S. M. le Roi de Saxe.

Les provinces et districts du royaume de Saxe, qui passent sous la domination de Sa Majesté le Roi de Prusse, seront désignés sous le nom de duché de Saxe, et S. M. ajoutera à ses titres, ceux de Duc de Saxe, Landgrave de Thuringe, Margrave des Deux-Lusaces, et Comte de Henneberg. Sa Majesté le Roi de Saxe continuera à porter le titre de Margrave de la Haute-Lusace. S. M. continuera de même, relativement et en vertu de ses droits de succession éventuelle sur les possessions de la branche

Ernestine, à porter ceux de Landgrave de Thuringe et de Comte de Henneberg.

Article 17.

Garantie de la Russie, de l'Angleterre, de l'Autriche et de la France.

L'Autriche, la Russie, la Grande-Bretagne et la France, garantissent à S. M. le Roi de Prusse, ses decendans et successeurs la possession des pays désignés dans l'article quinze, en toute propriété et souveraineté.

Article 18.

Renonciation de l'Autriche aux droits de suzeraineté sur la Lusace, etc.

S. M. Imp. et Roy. Apost. voulant donner à S. M. le Roi de Prusse une nouvelle preuve de son désir d'écarter tout objet de contestation future entre les deux cours, renonce, pour elle et ses successeurs, aux droits de suzeraineté sur les marggraviats de la Haute- et Basse-Lusace, droits qui lui appartiennent en sa qualité de Roi de Bohème, en autant qu'ils concernent la partie de ces provinces qui a passé sous la domination de S. M. le Roi de Prusse, en vertu du traité conçlu avec S. M. le Roi de Saxe à Vienne, le 18 mai 1815.

Quant au droit de réversion de S. M. Imp. et Roy. Ap. sur ladite partie des Lusaces, réunie à la Prusse, il est transféré à la maison de Brandebourg, actuellement régnante en Prusse, S. M. I. et R. A. réservant pour elle et ses successeurs la faculté de rentrer dans ce droit, dans le cas d'extinction de ladite maison régnante.

S. M. I. et R. A. renonce également, en faveur de S. M. prussienne, aux districts de la Bohème enclavés dans la partie de la Haute-Lu-

sace, cédée par le traité du 18 mai 1815 à Sa Majesté prussienne, lesquels renferment les endroits Güntersdorf, Taubentränke, Neu-Kretschen, Nieder-Gerlachsheim, Winkel et Ginkel avec leurs territoires.

Article 19.

Renonciation réciproque aux droits de féodalité.

S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi de Saxe désirant écarter soigneusement tout objet de contestation ou de discussion future, renoncent, chacun de son côté, et réciproquement en faveur l'un de l'autre, à tout droit ou prétention de féodalité qu'ils exerceroient ou qu'ils auroient exercé au-delà des frontières fixées par le présent traité.

Article 20.

Liberté d'émigration et d'exportation de fonds.

S. M. le Roi de Prusse promet de faire régler tout ce qui peut regarder la propriété et les intérêts des sujets respectifs, sur les principes les plus libéraux. Le présent article sera particulièrement appliqué aux rapports des individus qui conservent des biens sous les deux dominations, prussienne et saxonne, au commerce de Leipsig, et à tous les autres objets de la même nature; et pour que la liberté individuelle des habitans, tant des provinces cédées que des autres, ne soit point gênée, il leur sera libre d'émigrer d'un territoire dans l'autre, sauf l'obligation du service militaire, et en remplissant les formalités requises par les lois. Ils pourront également exporter leurs biens sans être sujets à aucun droit d'issue ou de détraction (Abzugsgeld).

Article 21.

Propriétés des établissemens religieux et d'instruction publique.

Les communautés, corporations et établissemens religieux et d'instruction publique qui existent dans les provinces et districts cédés par S. M. le Roi de Saxe à la Prusse, ou dans les provinces et districts qui restent à S. M. saxonne, conserveront, quel que soit le changement que leur destination puisse subir, leurs propriétés, ainsi que les redevances qui leur appartiennent d'après l'acte de leur fondation, ou qui ont été acquises depuis par eux, par un titre valable devant les lois, sous les deux dominations, prussienne et saxonne, sans que l'administration et les revenus à percevoir puissent être molestés ni d'une part ni de l'autre, en se conformant toutefois aux lois, et en supportant les charges auxquelles toutes les propriétés ou redevances de la même nature sont sujettes dans le territoire dans lequel elles se trouvent.

Article 22.

Amnistie générale.

Aucun individu domicilié dans les provinces qui se trouvent sous la domination de S. M. le Roi de Saxe, ne pourra, non plus qu'aucun individu domicilié dans celles qui passent par le présent traité sous la domination de S. M. le Roi de Prusse, être frappé dans sa personne, dans ses biens, rentes, pensions et revenus de tout genre, dans son rang et ses dignités, ni poursuivi, ni recherché, en aucune façon quelconque, pour aucune part qu'il ait pu, politiquement ou militairement, prendre aux évènemens qui ont eu lieu depuis le commencement de la guerre terminée par la paix conclue à Paris le

30 mai 1814. Cet article s'étend également à ceux qui, sans être domiciliés dans l'une ou dans l'autre partie de la Saxe, y auroient des biens-fonds, rentes, pensions ou revenus, de quelque nature qu'ils soient.

Article 23.

Désignation des provinces dont la Prusse reprend possession.

S. M. le Roi de Prusse étant rentrée, par une suite de la dernière guerre, en possession de plusieurs provinces et territoires qui avoient été cédés par la paix de Tilsit, il est reconnu et déclaré par le présent article que S. M., ses héritiers et successeurs, posséderont de nouveau, comme auparavant, en toute souveraineté et propriété, les pays suivans, savoir:

La partie de ses anciennes provinces polonoises désignées à l'article 2.

La ville de Danzig et son territoire, tel qu'il a été fixé par le traité de Tilsit;

Le cercle de Cottbus;

La Vieille-Marche;

La partie du Duché de Magdebourg sur la rive gauche de l'Elbe, avec le cercle de la Saale;

La principauté de Halberstadt, avec les seigneuries de Derenbourg et de Hassenrode;

La ville et le territoire de Quedlinbourg, sous la réserve des droits de S. A. R. Madame la princesse Sophie-Albertine de Suède, abbesse de Quedlinbourg, conformément aux arrangemens faits en 1803;

La partie prussienne du comté de Mansfeld;

La partie prussienne du comté de Hohenstein;

L'Eichsfeld;
La ville de Nordhausen, avec son territoire;
La ville de Mühlhausen, avec son territoire;
La partie prussienne du district de Treffurt, avec Dorla;
La ville et le territoire d'Erfurt, à l'exception de Klein-Brembach et Bertstedt *), enclavés dans la principauté de Weimar, cédés au Grand-Duc de Saxe-Weimar par l'article 39;
La partie prussienne du comté de Gleichen;
La seigneurie inférieure de Kranichfeld;
La seigneurie de Blankenhayn **);
Le bailliage de Wandersleben, appartenant au comté de Untergleichen;
La principauté de Paderborn, avec la partie prussienne des bailliages de Schwalenberg, Oldenbourg et Stoppelberg, et des jurisdictions (Gerichte) de Hagendorn et d'Odenhausen, situés dans le territoire de Lippe;
Le comté de Marck, avec la partie de Lippstadt qui y appartient;
Le comté de Werden;
Le comté d'Essen;
La partie du duché de Clèves sur la rive droite du Rhin, avec la ville et forteresse de Wésel; la partie de ce duché située sur la rive

*) Hier steht in dem nach dem preussischen Original gemachten pariser Abdruck: Beelstedt:

**) Die Worte: „La partie prussienne" bis „Blankenhain," fehlen in dem angeführten pariser Abdruck, und auch in dem wiener. Preussen hatte auf dem Congress diese Besitzungen zugewiesen erhalten; es trat aber solche unten, in dem Art. 39, sofort an Sachsen-Weimar ab.

gauche, se trouvant comprise dans les provinces spécifiées à l'article 25;

Le chapitre sécularisé d'Elten;

La principauté de Munster, c'est-à-dire la partie prussienne du ci-devant évêché de Munster, à l'exception de ce qui a été cédé à S. M. britannique, Roi d'Hanovre, en vertu de l'article 28;

La prévôté sécularisée de Cappenberg;

Le comté de Tecklenbourg;

Le comté de Lingen, à l'exception de la partie cédée par l'art. 27 au royaume d'Hanovre;

La Principauté de Minden;

Le comté de Ravensberg;

Le chapitre sécularisé de Herford;

La principauté de Neufchâtel avec le comté de Valengin, tels que leurs frontières ont été rectifiées par le traité de Paris et par l'article 76 du présent traité général.

La même disposition s'étend aux droits de souveraineté et de suzeraineté sur le comté de Wernigerode, à celui de haute protection sur le comté de Hohen-Limbourg; et à tous les autres droits ou prétentions quelconques que S. M. prussienne a possédés et exercés avant la paix de Tilsit, et auxquelles elle n'a point renoncé par d'autres traités, actes ou conventions.

Article 24.

Possessions prussiennes en-deçà du Rhin.

S. M. le Roi de Prusse réunira à sa monarchie en Allemagne, en-deçà du Rhin, pour être possédés par elle et ses suc-

cesseurs, en toute propriété et souveraineté, les pays suivans, savoir;

Les provinces de la Saxe désignées dans l'article 15, à l'exception des endroits et territoires qui en sont cédés en vertu de l'article 39, à S. A. R le Grand-Duc de Saxe-Weimar;

Les territoires cédés à la Prusse par S. M. britannique Roi d'Hanovre, par l'article 29;

La partie du département de Fulde et les territoires y compris, indiqués à l'article 40;

La ville de Wetzlar et son territoire, d'après l'article 42;

Le grand-duché de Berg, avec les seigneuries de Hardenberg, Broik *), Styrum, Schoeller et Odenthal, lesquelles ont déjà appartenu audit duché sous la domination Palatine;

Les districts du ci-devant archevêché de Cologne, qui ont appartenu en dernier lieu au grand-duché de Berg;

Le duché de Westphalie, ainsi qu'il a été possédé par S. A. R. le Grand-Duc de Hesse;

Le comté de Dortmund;

La principauté de Corvey;

Les districts médiatisés spécifiés à l'article 43;

Les anciennes possessions de la maison de Nassau-Dietz ayant été cédées à la Prusse par S. M. le Roi de Pays-Bas, et une partie de ces possessions ayant été échangée contre des districts appartenant à Leurs Altesses Sérénissimes les Duc et Prince de Nassau, S. M. le Roi de Prusse possédera, en toute souveraineté et propriété, et réunira à sa monarchie:

*) Die Herrschaft Broich (ausgesprochen Bruch) an der Ruhr.

1. La principauté de Siegen avec les bailliages de Burbach et Neunkirchen, à l'exception d'une partie renfermant 12,000 habitans, qui appartiendra aux duc et prince de Nassau.

2. Les bailliages de Hohen-Solms, Greifenstein, Braunfels, Freusberg, Friedewald, Schoenstein, Schoenberg, Altenkirchen, Altenwied, Dierdorf, Neuerbourg, Linz, Hammerstein avec Engers et Heddesdorf, la ville et territoire (banlieue, Gemarkung) de Neuwied, la paroisse de Hamm appartenant au bailliage de Hachenbourg, la paroisse de Horhausen, faisant partie du bailliage de Hersbach, et les parties des bailliages de Vallendar et Ehrenbreitstein, sur la rive droite du Rhin, désignés dans la convention conclue entre S. M. le Roi de Prusse et LL. AA. SS. les duc et prince de Nassau, annexée au présent traité.

Article 25.

Possessions prussiennes sur la rive gauche du Rhin.

S. M. le Roi de Prusse possédera de même, en toute propriété et souveraineté, les pays situés sur la rive gauche du Rhin, et compris dans la frontière ci-après désignée.

Cette frontière commencera sur le Rhin à Bingen; elle remontera de-là le cours de la Nahe jusqu'au confluent de cette rivière avec la Glan, puis la Glan jusqu'au village de Médart au-dessous de Lauterecken; les villes de Kreuznach et de Meisenheim avec leurs banlieues appartiendront en entier à la Prusse; mais Lauterecken et sa banlieue resteront en dehors de la frontière prussienne. Depuis la Glan, cette frontière passera par Médart, Merzweiler, Langweiler, Nie-

der-et Ober-Feckenbach, Ellenbach, Creunchen-born, Ausweiler, Cronweiler, Niederbrambach, Burbach, Boeschweiler, Heubweiler, Hambach et Rintzenberg, jusqu'aux limites du canton de Hermerskeil; les susdits endroits seront renfermés dans les frontières prussiennes, et appartiendront, avec leurs banlieues, à la Prusse.

De Rintzenberg jusqu'à la Sarre, la ligne de démarcation suivra les limites cantonnales, de manière que les cantons de Hermerskeil et Conz, le dernier toutefois à l'exception des endroits sur la rive Gauche de la Sarre, resteront en entier à la Prusse, pendant que les cantons Wadern, Merzig et Sarrebourg, seront en dehors de la frontière prussienne.

Du point où la limite du canton Conz, audessus de Gomlingen, traverse la Sarre, la ligne descendra la Sarre jusqu'à son embouchure dans la Moselle, ensuite elle remontera à la Moselle jusqu'à son confluent avec la Sure, cette dernière rivière jusqu'à l'émbouchure de l'Our, et l'Our jusqu'aux limites de l'ancien département de l'Ourthe. Les endroits traversés par ces rivières ne seront partagés nulle part, mais appartiendront avec leurs banlieues à la puissance sur le terrain de laquelle la majeure partie de ces endroits sera située. Les rivières elles-mêmes, en tant qu'elles forment la frontière, appartiendront en commun aux deux puissances limitrophes.

Dans l'ancien département de l'Ourthe, les cinq cantons de Saint-Vith, Malmédy, Cronenbourg, Schleiden et Eupen, avec la pointe avancée du canton d'Aubel, au midi d'Aix-la-Chapelle, appartiendront à la Prusse, et la frontière

suivra celle de ces cantons, de manière qu'une ligne tirée du midi au nord, coupera ladite pointe du canton d'Aubel, et se prolongera jusqu'au point de contact des trois anciens départemens de l'Ourthe, de la Meuse-Inférieure et de la Roër; en partant de ce point, la frontière suivra la ligne qui sépare ces deux dernieurs départemens jusqu'à ce qu'elle ait atteint la rivière de Worm (ayant son embouchure dans la Roër), et longera cette rivière jusqu'au point ou elle touche de nouveau aux limites de ces deux départemens, poursuivra cette limite jusqu'au midi de Hillensberg, remontera de là vers le nord, en laissant Hillensberg à la Prusse, et, coupant le canton de Sittard en deux parties à peu près égales, de manière que Sittard et Süsteren restent à gauche, arrivera à l'ancien territoire hollandois; puis, suivant l'ancienne frontière de ce territoire jusqu'au point où celle-ci touchoit à l'ancienne principauté autrichienne de Gueldres, du côté de Ruremonde, et se dirigeant vers le point le plus oriental du territoire hollandois au nord de Swalmen, elle continuera à embrasser ce territoire.

Enfin elle va joindre, en partant du point le plus oriental, cette autre partie du territoire hollandois, où se trouve Venloo; sans renfermer cette ville et son territoire. De là jusqu'à l'ancienne frontière hollandoise, près de Mook, situé au-dessous de Genep, elle suivra le cours de la Meuse à une distance de la rive droite, telle que tous les endroits qui ne sont pas éloignés de cette rive de plus de mille perches d'Allemagne (rheinländische Ruthen) appartiendront, avec leurs banlieues, au royaume des Pays-Bas, bien entendu

toutefois, quant à la réciprocité de ce principe, qu'aucun point de la rive de la Meuse ne fasse partie du territoire prussien, qui ne pourra en approcher de huit cents perches d'Allemagne.

Du point où la ligne qui vient d'être décrite atteint l'ancienne frontière hollandoise, jusqu'au Rhin, cette frontière restera, pour l'essentiel telle qu'elle ètoit en 1795, entre Clèves et les Provinces-Unies. Elle sera examinée par la commission qui sera nommée incessamment par les deux gouvernemens pour procéder à la détermination exacte des limites, tant du royaume des Pays-Bas que du grand-duché de Luxembourg, désignées dans les articles 66 et 68; et cette commission réglera, à l'aide d'experts, tout ce qui concerne les constructions hydrotechniques et autres points analogues, de la manière la plus équitable et la plus conforme aux intérêts mutuels des états prussiens et de ceux des Bays-Bas. Cette même disposition s'étend sur la fixation des limites dans les districts de Kyfwaerd, Lobith, et de tout le territoire jusquà Keckerdom.

Les endroits Huissen, Malbourg, le Limers avec la ville de Sevenaer et la seigneurie de Weel, feront partie du royaume des Pays-Bas, et S. M. prussienne y renonce à perpétuité pour elle et tous ses descendans et successeurs.

S. M. le Roi de Prusse, en réunissant à ses états les provinces et districts désignés dans le présent article et le précédent, entre dans tous les droits, et prend sur lui toutes les charges et tous les engagemens stipulés par rapport à ces pays détachés de la France, dans le traité de Paris du 30 mai 1814.

Les provinces prussiennes sur les deux rives du Rhin jusqu'au-dessus de la ville de Cologne, qui se trouvera encore comprise dans cet arrondissement, porteront le nom de grand-duché du Bas-Rhin, et S. M. en prendra le titre.

Article 26.

Royaume d'Hanovre.

S. M. le Roi du royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, ayant substitué à son ancien titre d'Electeur du Saint-Empire romain celui de Roi d'Hanovre, et ce titre ayant été reconnu par les puissances de l'Europe, et par les princes et villes libres d'Allemagne, les pays qui ont composé jusqu'ici l'électorat de Brunswic-Lunebourg, tels que leurs limites ont été reconnues et fixées pour l'avenir par les articles suivans, formeront dorénavant le royaume d'Hanovre.

Article 27.

Cession de la Prusse au Hanovre.

S. M. le Roi de Prusse cède à S. M. le Roi du royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Roi d'Hanovre, pour être possédés par S. M. et ses successeurs en toute propriété et souveraineté:

1. La principauté de Hildesheim qui passera sous la domination de S. M., avec tous les droits et toutes les charges avec lesquelles ladite principauté a passé sous la domination prussienne;

2. La ville et le territoire de Goslar;

3. La principauté d'Ost-Frise, y compris le pays dit le Harlingerland, sous les conditions réciproquement stipulées à l'article 30 pour la navigation de l'Ems et le commerce par le port d'-

Emden. Les états de la principauté conserveront leurs droits et privilèges.

4. Le comté inférieur (niedere Grafschaft) de Lingen et la partie de la principauté de Münster prussienne, qui est située entre ce comté et la partie de Rheina-Wolbeck, occupée par le gouvernement hanovrien. Mais comme on est convenu que le royaume d'Hanovre obtiendra par cette cession un agrandissement renfermant une population de 22,000 âmes, et que le comté inférieur de Lingen et la partie de la principauté de Münster, ici mentionnés, pourroient ne pas répondre à cette condition, S. M. le Roi de Prusse s'engage à faire étendre la ligne de démarcation dans la principauté de Münster, autant qu'il sera nécessaire pour renfermer ladite population. La commission que les gouvernemens prussien et hanovrien nommeront incessamment pour procéder à la fixation exacte des limites, sera spécialement chargée de l'exécution de cette disposition.

S. M. prussienne renonce à perpétuité, pour elle, ses descendans et successeurs, aux provinces et territoires mentionnés dans le présent article, ainsi qu'à tous les droits qui y sont relatifs.

Article 28.

Renonciation de la Prusse au chapitre de Saint-Pierre à Noerten.

S. M. le Roi de Prusse renonce à perpétuité, pour lui, ses descendans et successeurs, à tout droit et prétention quelconque, que S. M. pourroit, en sa qualité de souverain de l'Eichsfeld, former sur le chapitre de Saint-Pierre, dans le bourg de Noerten, ou sur ses dépendances situées dans le territoire hanovrien.

Article 29.

Cessions du Hanovre à la Prusse.

S. M. le Roi du royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Roi d'Hanovre, cède à S. M. le Roi de Prusse, pour être possédés en toute propriété et souveraineté, par lui et ses successeurs:

1. La partie du duché de Lauenbourg, située sur la rive droite de l'Elbe, avec les villages lunebourgeois situés sur la même rive; la partie de ce duché située sur la rive gauche demeure au royaume d'Hanovre. Les états de la partie du duché qui passent sous la domination prussienne conserveront leurs droits et privilèges, et nommément ceux fondés sur le recès provincial du 15 septembre 1702, confirmé par S. M. le Roi de la Grande-Bretagne, actuellement régnant, en date du 21 juin 1765.

2. Le bailliage de Kloetze.

3. Le bailliage d'Elbingerode.

4. Les villages de Rüdigershagen et Gänseteich.

5. Le bailliage de Reckeberg.

S. M. britannique, Roi d'Hanovre, renonce à perpétuité, pour elle, ses descendans et successeurs, aux provinces et districts compris dans le présent article, ainsi qu'à tous les droits qui y sont relatifs.

Article 30.

Navigation et commerce.

S. M. le Roi de Prusse et S. M. britannique Roi d'Hanovre, animés du désir de rendre entièrement égaux et communs à leurs sujets respectifs les avantages du commerce de

l'Ems et du port d'Emden, conviennent à cet égard de ce qui suit:

1. Le gouvernement hanovrien s'engage à faire exécuter à ses frais, dans les années 1815 et 1816, les travaux qu'une commission mixte d'experts, qui sera nommée immédiatement par la Prusse et le Hanovre, jugera nécessaires pour rendre navigable la partie de la rivière de l'Ems, de la frontière de la Prusse jusqu'à son embouchure, et d'entretenir constamment cette partie de la rivière dans l'état dans lequel lesdits travaux l'auront mise pour l'avantage de la navigation.

2. Il sera libre aux sujets prussiens d'importer et d'exporter par le port d'Emden toutes denrées, productions et marchandises quelconques, tant naturelles qu'artificielles, et de tenir dans la ville d'Emden des magasins pour y déposer lesdites marchandises durant deux ans à dater de leur arrivée dans la ville, sans que ces magasins soyent assujettis à une autre inspection que celle à laquelle sont soumis ceux des sujets hanovriens eux-mêmes.

3. Les navires prussiens ainsi que les négocians prussiens ne payeront pour la navigation, l'exportation ou l'importation des marchandises, ainsi que pour le magasinage, d'autres péages ou droits quelconques que ceux auxquels seront tenus les sujets hanovriens eux-mêmes. Ces péages et droits s'eront réglés d'un commun accord entre la Prusse et le Hanovre, et le tarif ne pourra être changé à l'avenir, que d'un commun accord.

Les prérogatives et libertés spécifiées ici s'étendent également aux sujets hanovriens, qui navige-

voient sur la partie de la rivière de l'Ems, qui reste à S. M. prussienne.

4. Les sujets prussiens ne seront point tenus de se servir des négocians d'Emden pour le trafic qu'ils font pour ledit port, et il leur sera libre de faire le négoce avec leurs marchandises à Emden soit avec des habitans de cette ville, soit avec des étrangers, sans payer d'autres droits que ceux auxquels seront soumis les sujets hanovriens, et qui ne pourront être haussés que d'un commun accord.

S. M. le Roi de Prusse, de son côté, s'engage à accorder aux sujets hanovriens la libre navigation sur le canal de la Stecknitz, de manière qu'ils n'y seront tenus qu'aux mêmes droits qui seront payés par les habitans du duché de Lauenbourg, S. M. prussienne s'engage en outre d'assurer ces avantages aux sujets hanovriens, dans le cas que le duché de Lauenbourg fût cédé par elle à un autre souverain.

Article 31.

Routes militaires.

S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi du Royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Roi d'Hanovre, consentent mutuellement à ce qu'il existe trois routes militaires par leurs états respectifs, savoir:

1. une de Halberstadt par le pays de Hildesheim à Minden;
2. une seconde de la Vieille-Marche par Gifhorn et Neustadt à Minden;
3. une troisième d'Osnabrück par Ippenbüren et Rheina à Bentheim.

Les deux premières en faveur de la Prusse, et la troisième en faveur d'Hanovre.

Les deux gouvernemens nommeront, sans délai une commission, pour faire dresser d'un commun accord les réglemens nécessaires pour lesdites routes.

Article 32.

Territoires médiatisés.

Le bailliage de Meppen appartenant au Duc d'Aremberg, ainsi que la partie de Rheina-Walbeck, appartenant au Duc de Looz-Corswaren, qui dans ce moment se trouvent occupés par le gouvernement hanovrien, seront placés dans les relations avec le royaume d'Hanovre que la constitution fédérative de l'Allemagne réglera pour les territoires médiatisés.

Les gouvernemens prussien et hanovrien s'étant néanmoins réservé de convenir dans la suite, s'il étoit nécessaire, de la fixation d'une autre frontière par rapport au comté appartenant au duc de Looz-Corswaren, lesdits gouvernemens chargeront la Commission qu'ils nommeront pour la délimitation de la partie du comté de Lingen cédée au Hanovre, de s'occuper de l'objet susdit, et de fixer définitivement les frontières de la partie du comté appartenant au duc de Looz-Corswaren, qui doit, ainsi, qu'il est dit, être occupée par le gouvernement hanovrien.

Les rapports entre le gouvernement d'Hanovre et le comté de Bentheim, resteront tels qu'ils sont réglés par les traités d'hypothèque existans entre S. M. britannique et le comté de Bentheim, et après que les droits qui découlent de ce traité, seront éteints, le comté de Bentheim se trouvera,

envers le royaume d'Hanovre, dans les relations que la constitution fédérative de l'Allemagne réglera pour les territoires médiatisés.

Article 33.

Cessions à faire au Duc d'Oldenbourg.

S. M. britannique, Roi d'Hanovre, afin de concourir au voeu de S. M. prussienne, de procurer un arrondissement de territoire convenable à Son Altesse Sérénissime le Duc d'Oldenbourg, promet de lui céder un district renfermant une population de cinq mille âmes.

Article 34.

Grand-Duc d'Oldenburg.

S. A. S. le Duc de Holstein-Oldenbourg prendra le titre de Grand-Duc d'Oldenbourg *).

Article 35.

Grands-Ducs de Mecklenbourg-Schwerin et Strelitz.

LL. AA. SS. les Ducs de Mecklenbourg-Schwerin et de Mecklenbourg-Strelitz, prendront les titres de Grands-Ducs de Mecklenbourg-Schwerin et Strelitz.

Article. 36.

Grand-Duc de Saxe-Weimar.

S. A. S. le Duc de Saxe-Weimar prendra le titre de Grand-Duc de Weimar.

Article 37.

Cessions de la Prusse au Grand-Duc de Saxe-Weimar.

S. M. le Roi de Prusse cédera de la masse de ses états, tels qu'ils ont été fixés et reconnus par le présent traité, à S. A. R. le Grand-Duc de Saxe-Weimar des

*) Der Herzog von Holstein Oldenburg hat bis jetzt den großherzoglichen Titel nicht angenommen. A. d. H.

districts d'une population de cinquante mille habitans, ou contigus, ou voisins de la principauté de Weimar.

S. M. prussienne s'engage également à céder à S. A. R., dans la partie de la principauté de Fulde, qui lui a été remise en vertu des mêmes stipulations, des districts d'une population de vingt-sept mille habitans.

S. A. R. le Grand-Duc de Weimar possédera les susdits districts en toute souveraineté et propriété, et les réunira à perpétuité à ses états actuels.

Article 38.

Détermination ultérieure des pays à céder au Grand-Duc de Weimar.

Les districts et territoires qui doivent être cédés à S. A. R. le Grand-Duc de Saxe-Weimar, en vertu de l'article précédent, seront déterminés par une convention particulière, et S. M. le Roi de Prusse s'engage à conclure cette convention, et à faire remettre à S. A. R. les susdits districts et territoires dans le terme de deux mois, à dater de l'échange des ratifications du traité conclu à Vienne le 1 juin 1815 entre S. M. prussienne et S. A. R. le Grand-Duc.

Article 39.

Possessions à remettre immédiatement

S. M. le Roi de Prusse cède toutefois, dès à présent, et promet de faire remettre à S. A. R. dans le terme de quinze jours, à dater de la signature du susdit traité, les districts et territoires suivans, savoir:

La seigneurie de Blankenkayn avec la réserve que le bailliage de Wandersleben appartenant

à Unter-Gleichen ne soit point compris dans cette cession;

La seigneurie inférieure (niedere Herrschaft) de Kranichfeld, les commanderies de l'ordre teutonique Zwaetzen, Lehesten et Liebstaedt, avec leurs revenus domaniaux, lesquelles faisant partie du bailliage d'Eckartsberga, forment des enclaves dans le territoire de Saxe-Weimar, ainsi que toutes les autres enclaves situées dans la principauté de Weimar et appartenant au-dit bailliage;

Le bailliage de Tautenberg à l'exception de Droizen, Goerschen, Wethabourg, Wetterscheid et Mollschülz, qui resteront à la Prusse;

Le village de Ramsla, ainsi que ceux de Klein-Brembach et Berlstedt enclavés dans la principauté de Weimar et appartenant au territoire d'Erfurt;

La propriété des villages de Bischoffsroda et Probsteizella enclavés dans le territoire d'Eisenach dont la souveraineté appartient déjà à S. A. R. le Grand-Duc.

La population de ces différens districts entrera dans celle des cinquante mille âmes assurée à S. A. R. le Grand-Duc par l'art. 37, et en sera décomptée.

Article 40.

Cession du ci-devant département de Fulde à la Prusse.

Le département de Fulde avec les territoires de l'ancienne noblesse immédiate qui se trouvent compris actuellement sous l'administration provisoire de ce département, savoir: Mansbach, Buchenau, Wehrda, Lengsfeld, à l'exception toutefois des bailliages et territoires suivans, savoir: les bailliages de

Hamelbourg avec Thulba et Saleck, Brückenau avec Motten, Salmünster avec Uerzel et Sannerts, de la partie du bailliage de Biberstein, qui renferme les villages de Batten, Brand, Dietges, Findlos, Liebharts, Melperz, Ober-Bernhardt, Saifferts et Thaiden, ainsi que du domaine de Holzkirchen, enclavé dans le grand-duché de Wurzbourg, est cédé à S. M. le Roi de Prusse, et la possession lui en sera remise dans le terme de trois semaines, à dater du 1 juin de cette année.

S. M. prussienne promet de se charger, dans la proportion de la partie qu'elle obtient par le présent article, de sa part aux obligations que tous les nouveaux possesseurs du ci-devant grandduché de Francfort auront à remplir, et de transférer cet engagement sur les princes avec lesquels S. M. feroit des échanges ou cessions des districts et territoires fuldois.

Article 41.

Domaines de la principauté de Fulde et du comté de Hanau.

Les domaines de la principauté de Fulde et du comté de Hanau ayant été vendus, sans que les acquéreurs se soyent acquittés jusqu'ici de tous les termes du payement, il sera nommé, par les princes sous la domination desquels passent ledits pays, une commission pour régler d'une manière uniforme ce qui est relatif à cette affaire, et pour faire droit aux réclamations des acquéreurs desdits domaines. Cette commission aura particulièrement égard au traité conclu le 2 déc. 1813 à Francfort entre les puissances alliées et S. A. R. l'Electeur de Hesse, et il est posé en principe que si la vente de ces domaines n'étoit pas maintenue, les

sommes déjà payées seront restituées aux acquéreurs, qui ne seront obligés de sortir de possession que lorsque cette restitution aura eu son plein et entier effet.

Article 42.

Wetzlar.

La ville de Wetzlar, avec son territoire, passe, en toute propriété et souveraineté, à S. M. le Roi de Prusse.

Article 43.

Pays médiatisés dans l'ancien cercle de Westphalie.

Les districts médiatisés suivans: savoir les possessions que les princes de Salm-Salm et Salm-Kyrbourg, les comtes dénommés les Rhein-et Wildgrafen, et le Duc de Croy, ont obtenues par le recès principal de la députation extraordinaire de l'Empire du 25 février 1803, dans l'ancien cercle de Westphalie, ainsi que les seigneuries d'Anholt et de Gehmen, les possessions du Duc de Looz-Corswaren, qui se trouvent dans le même cas (en autant qu'elles ne sont point placées sous le gouvernement hanovrien), le comté de Steinfurt appartenant au comte de Bentheim-Bentheim, le comté de Recklinghausen, appartenant au Duc d'Aremberg, les seigneuries de Rheda, Gütersloh et Gronau, appartenant au comte de Bentheim-Tecklenbourg, le comté de Rittberg appartenant au prince de Kaunitz, les seigneuries de Neustadt et de Gimborn, appartenant au comte de Walmoden, et la seigneurie de Homburg, appartenant aux princes de Sayn-Wittgenstein-Berlebourg, seront placées dans les relations avec la monarchie prussienne, que la constitution fédérative de l'Allemagne réglera pour les territoires médiatisés.

Les possessions de l'ancienne noblesse immédiate, enclavées dans le territoire prussien, et nommément la seigneurie de Wildenberg dans le grand-duché de Berg, et la baronie de Schauen dans la principauté de Halberstadt, appartiendront à la monarchie prussienne.

Article 44.

Disposition relatives au grand-duché de Wurzbourg et à la principauté d'Aschaffenbourg en faveur de la Bavière.

S. M. le Roi de Bavière possédera, pour lui, ses héritiers et successeurs, en toute propriété et souveraineté, le grand-duché de Wurzbourg, tel qu'il fut possédé par S. A. I. l'Archiduc Ferdinand d'Autriche; et la principauté d'Aschaffenbourg, telle qu'elle a fait partie du grandduché de Francfort, sous la dénomination de département d'Aschaffenbourg.

Article 45.

Sustentation du prince Primat.

A l'égard des droits et prérogatives et de la sustentation du prince Primat, comme ancien prince ecclésiastique, il est arrêté:

1. Qu'il sera traité d'une manière analogue aux articles du recez, qui, en 1803, ont réglé le sort des Princes sécularisés, et à ce qui a été pratiqué à leur égard.

2. Il recevra à cet effet, à dater du 1er juin 1814, la somme de cent mille florins, payables par trimestre, en bonnes espèces sur le pied de vingt-quatre florins au marc, comme rente viagère.

Cette rente sera acquittée par les souverains sous la domination desquels passent les provinces

ou districts du grand-duché de Francfort, dans la proportion de la partie que chacun d'eux en possédera.

3. Les avances faites par le prince Primat de ses propres deniers à la caisse générale de la principauté de Fulde, telles qu'elles seront liquidées et prouvées, lui seront restituées à lui ou à ses héritiers ou ayans cause.

Cette charge sera supportée proportionnellement par les Souverains qui posséderont les provinces et districts qui forment la principauté de Fulde.

4. Les meubles et autres objets, qui pourront être prouvés appartenir à la propriété particulière du prince Primat, lui seront rendus.

5. Les serviteurs du grand-duché de Francfort, tant civils et ecclésiastiques, que militaires et diplomatiques, seront traités conformément aux principes de l'art. 59 du recez de l'Empire du 25 février 1803, et les pensions seront payées proportionellement par les souverains qui entrent dans la possession des états qui ont formé ledit grand-duché, à dater du 1[er] juin 1814.

6. Il sera, sans délai, établi une commission dont lesdits souverains nomment les membres, pour régler tout ce qui est relatif à l'exécution des dispositions renfermées dans le présent article.

7. Il est entendu, qu'en vertu de cet arrangement, toute prétention qui pourroit être élevée envers le prince Primat, en sa qualité de Grand-Duc de Francfort, sera éteinte, et qu'il ne pourra êtrre inquiété par aucune réclamation de cette nature.

Article 46.

Ville libre de Francfort.

La ville de Francfort, avec son territoire, tel qu'il se trouvoit en 1803, est déclarée libre, et fera partie de la ligue germanique. Ses institutions seront basées sur le principe d'une parfaite égalité des droits entré les différens cultes de la religion chrétienne. Cette égalité des droits s'étendra à tous les droits civils et politiques, et sera observée dans tous les rapports du gouvernement et de l'administration.

Les discussions qui pourront s'élever, soit sur l'établissement de la constitution, soit sur son maintien, seront du ressort de la diète germanique, et ne pourront être décidées que par elle.

Article 47.

Indemnités du Grand-Duc de Hesse.

S. A. R. le Grand-Duc de Hesse obtient, en échange du duché de Westphalie, qui est cédé à. S. M. le Roi de Prusse, un territoire sur la rive gauche du Rhin, dans le ci-devant département du Mont-Tonnere, comprenant une population de 140,000 habitans. S. A. R. possédera ce territoire en toute souveraineté et propriété; elle obtiendra de même la propriété de la partie des salines de Kreutznach, située sur la rive gauche de la Nahe; la souveraineté en restera à la Prusse.

Article 48.

Hesse-Homburg.

Le Landgrave de Hesse-Homburg est réintégré dans les possessions, revenus, droits er rapports politiques dont il a été privé par suite de la confédération rhénane.

Article 49.

Territoires réservés pour les maisons d'Oldenbourg, de Saxe-Coburg, de Mecklenbourg Strelitz et le Comte de Pappenheim.

Il est réservé dans le ci-devant département de la Sarre, sur les frontières des états de S. M. le Roi de Prusse, un district comprenant une population de soixante-neuf mille âmes, dont il sera disposé de la manière suivante: le Duc de Saxe Coburg et le Duc d'Oldenbourg obtiendront chacun un territoire comprenant vingt mille habitans. Le Duc de Mecklenbourg-Strelitz et le Landgrave de Hesse-Hombourg, chacun un territoire comprenant dix mille habitans; et le Comte de Pappenheim un territoire comprenant neuf mille habitans.

Le territoire du Comte de Pappenheim sera sous la sauveraineté de S. M. prussienne.

Article 50.

Arrangement futur relativement à ces territoires.

Les Acquisitions assignées par l'article précédent aux Ducs de Saxe-Coburg, Oldenbourg, Mecklenbourg-Strelitz, et au Landgrave de Hesse-Hombourg n'étant point contiguës à leurs états respectifs, LL. MM. l'Empereur d'Autriche, l'Empereur de toutes les Russies, le Roi de la Grande-Bretagne et le Roi de Prusse, promettent d'employer leurs bons offices à l'issue de la présente guerre, ou aussitôt que les circonstances le permettront, pour faire obtenir par des échanges ou d'autres arrangemens, auxdits Princes, les avantages qu'Elles sont disposées à leur assurer. Afin de ne point trop multiplier les administrations desdits districts, il est convenu, qu'ils seront provisoirement sous l'administration prussienne au profit des nouveaux acquèreurs.

Article 51.

Pays sur les deux rives du Rhin remis à l'Autriche.

Tous les territoires et possessions, tant sur la rive gauche du Rhin dans les ci-devant départemens de la Sarre et du Mont-Tonnere, que dans les ci-devant départemens de Fulde et de Francfort, ou enclavés dans les pays adjacens, mis à la disposition des puissances alliées par le traité de Paris, du 30 mai 1814, dont il n'a pas été disposé par les articles du présent traité, passent en toute souveraineté et propriété sous la domination de S. M. l'Empereur d'Autriche.

Article 52.

Isenbourg.

La principauté d'Isenbourg est placée sous la souveraineté de S. M. I. et R. A., et sera envers elle dans les rapports que la constitution fédérative de l'Allemagne règlera pour les Etats médiatisés.

Article 53.

Confédération germanique.

Les Princes souverains et les villes libres d'Allemagne, en comprenant dans cette transaction LL. MM. l'Empereur d'Autriche, les Rois de Prusse, de Danemarc et des Pays-Bas, et nommément:

L'Empereur d'Autriche et le Roi de Prusse, pour toutes celles de leurs possessions qui ont anciennement appartenu à l'Empire germanique;

Le Roi de Danemarc pour le duché de Holstein;

Le Roi des Bays-Bas pour le grand-duché de Luxembourg;

établissent entr'eux une confédération perpétuelle qui portera le nom de confédération germanique.

Article 54.

But de la confédération germanique.

Le but de cette confédération est le maintien de la sûreté extérieure et intérieure de l'Allemagne, de l'indépendance et de l'inviolabilité des Etats confédérés.

Article 55.

Egalité des membres de la confédération.

Les membres de la confédération, comme tels, sont égaux en droits, ils s'obligent tous également à maintenir l'acte qui constitue leur union.

Article 56.

Diète fédérative.

Les affaires de la confédération seront confiées à une diète fédérative dans laquelle tous les membres voteront par leurs plénipotentiaires, soit individuellement, soit collectivement, de la manière suivante, sans préjudice de leur rang:

1.	Autriche . . .	une voix
2.	Prusse . . .	une -
3.	Bavière . . .	une -
4.	Saxe . . .	une -
5.	Hanovre . . .	une -
6.	Wurtemberg . .	une -
7.	Bade . . .	une -
8.	Hesse électorale . .	une -
9.	Grand-duchè de Hesse .	une -
10.	Danemarc, pour Holstein .	une -
11.	Pays-Bas, pour Luxembourg	une -

12. Maisons grand-ducale et ducales de Saxe . .	une	voix
13. Bronswic et Nassau .	une	-
14. Mecklenbourg-Schwerin et Strelitz	une	-
15. Holstein-Oldenbourg, Anhalt et Schwarzbourg .	une	-
16. Hohenzollern, Lichtenstein, Reufs Schaumbourg-Lippe, Lippe et Waldeck . .	une	-
17. Les villes libres de Lubeck, Frankfort, Brême et Hambourg	une	-
Total dix sept voix.		

Article 57.

Présidence et propositions à faire à la diète.

L'Autriche présidera la diète fédérative. Chaque état de la confédération a le droit de faire des propositions, et celui qui préside est tenu à les mettre en délibération dans un espace de temps qui sera fixé.

Article 58.

Assemblée générale de la diète.

Lorsqu'il s'agéra des lois fondamentales à porter, ou de changemens à faire dans les lois fondamentales de la confédération, de mesures à prendre par rapport à l'acte fédératif même, d'institutions organiques, ou d'autres arrangemens d'un intérêt commun à adopter, la diète se formera en assemblée générale, et dans ce cas la distribution des voix aura lieu de la manière suivante, calculée sur l'étendue respective des états individuels:

L'Autriche aura . .	quatre	voix
La Prusse . . .	quatre	-
La Saxe . . .	quatre	-
La Bavière . . .	quatre	-
Le Hanovre . . .	quatre	-

Le Wurtemberg . .	quatre	voix
Bade . . .	trois	-
Hesse électorale . .	trois	-
Grand-duché de Hesse .	trois	-
Holstein . . .	trois	-
Luxembourg . . .	trois	-
Brunswic . . .	deux	-
Mecklenbourg-Schwerin .	deux	-
Nassau . . .	deux	-
Saxe-Weimar . .	une	-
Saxe-Gotha . . .	une	-
Saxe-Coburg . .	une	-
Saxe-Meinungen . .	une	-
Saxe-Hildburghausen .	une	-
Mecklenbourg-Strelitz .	une	-
Holstein-Oldenbourg .	une	-
Anhalt-Dessau . .	une	-
Anhalt-Bernbourg . .	une	-
Anhalt-Cöthen . .	une	-
Schwarzbourg-Sondershausen	une	-
Schwarzbourg-Rudolstadt .	une	-
Hohenzollern-Hechingen .	une	-
Lichtenstein . .	une	-
Hohenzollern-Sigmaringen	une	-
Waldeck . . .	une	-
Reuſs, branche aînée .	une	-
Reuſs, branche cadette .	une	-
Schaumbourg-Lippe .	une	-
Lippe . . .	une	-
La ville libre de Lubeck .	une	-
La ville libre de Francfort	une	-
La ville libre de Brême .	une	-
La ville libre de Hambourg	une	-
Total . .	soixante-neuf	voix.

La diète, en s'occupant des lois organiques de la confédération examinera, si on doit accorder quelques voix collectives aux anciens états de l'Empire médiatisés.

Article 59.

Pluralité de voix, permanence et ajournement de la diète.

La question si une affaire doit être discutée par l'assemblée générale, conformément aux principes ci-dessus établis, sera décidée dans l'assemblée ordinaire à la pluralité des voix.

La même assemblée préparera les projets de résolution qui doivent être portés à l'assemblée générale, et fournira à celle-ci tout ce qu'il lui faudra pour les adopter ou les rejeter. On décidera par la pluralité des voix, tant dans l'assemblée ordinaire, que dans l'assemblée générale, avec la différence toutefois, que dans la première il suffira de la pluralité absolue, tandis que dans l'autre les deux tiers des voix seront nécessaires pour former la pluralité.

Lorsqu'il y a parité de voix dans l'assemblée ordinaire, le président décidera la question. Cependant chaque fois qu'il s'agira d'acceptation ou de changement des lois fondamentales, d'institutions organiques, des droits individuels, ou d'affaires de religion, la pluralité des voix ne suffira pas, ni dans l'assemblée ordinaire, ni dans l'assemblée générale.

La diète est permanente. Elle peut cependant, lorsque les objets soumis à sa délibération se trouvent terminés, s'ajourner à une époque fixe, mais pas au-delà de quatre mois.

Toutes les dispositions ultérieures rélatives à

l'ajournement et à l'expédition des affaires pressantes qui pourroient survenir pendant l'ajournement, sont réservées à la diète, qui s'en occupera lors de la rédaction des lois organiques.

Article 60.

Ordre à suivre par les votans.

Quant à l'ordre dans lequel voteront les membres de la confédération, il est arrêté, que tant que la diète sera occupée de la rédaction des lois organiques, il n'y aura aucune règle à cet égard, et quel que soit l'ordre que l'on observera, il ne pourra ni préjudicier à aucun des membres, ni établir un principe pour l'avenir. Après la rédaction des lois organiques la diète délibérera sur la manière de fixer cet objet par une règle permanente, pour laquelle elle s'écartera le moins possible de celles qui ont eu lieu à l'ancienne diète, et notamment d'après le recez de la députation de l'Empire de 1803. L'ordre que l'on adoptera, n'influera d'ailleurs en rien sur le rang et la préséance des membres de la confédération, hors de leurs rapports avec la diète.

Article 61.

Siége de la diète.

La diète siégera à Francfort sur le Mein. Son ouverture est fixée au premier septembre 1815.

Article 62.

Rédaction des lois fondamentales et des institutions organiques.

Le premier objet à traiter par la diète, après son ouverture sera la rédaction des lois fondamentales de la confédération, et de ses institutions organiques relativement à ses rapports extérieurs, militaires et intérieurs.

Article 63.

Guerre et paix. Les Etats de la confédération s'engagent à défendre, non-seulement l'Allemagne entière, mais aussi chaque Etat individuel de l'union, en cas qu'il fût attaqué, et se garantissent mutuellement toutes celles de leurs possessions, qui se trouvent comprises dans cette union.

Lorsque la guerre est déclarée par la confédération, aucun membre ne peut entamer des négociations particulières avec l'ennemi, ni faire la paix ou un armistice, sans le consentement des autres*).

Les états confédéres s'engagent de même à ne se faire la guerre sous aucun prétexte, et à ne point poursuivre leurs différends par la force des armes, mais à les soumettre à la diète. Celle-ci essayera, moyennant une commission, la voie de la médiation. Si elle ne réussit pas, et qu'une sentence juridique devient nécessaire, il y sera pourvu par un jugement austrégal (Austrägalinstanz) bien organisé, auquel les parties litigeantes se soumettront sans appel.

Article 64.

Dispositions particulières. Les articles compris sous le titre de dispositions particulières dans l'acte de la la confédération germanique, tel qu'il se trouve annexé en original et dans une traduction

*) Hier ist die in der teutschen BundesActe, Art. 11, enthaltene merkwürdige Stelle von dem Bündnißrecht der Bundesglieder ausgelassen. Sie lautet französisch, wie folgt: Les membres de la Confédération, en se reservant le droit de former des alliances de toute espèce s'obligent cependant à ne contracter aucun engagement qui serait dirigé contre la sûreté de la Confédération ou les états individuels qui la composent.

françoise au présent traité général, auront la même force et valeur que s'ils étoient textuellement insérés ici.

Article 65.

III. ROYAUME DES PAYS-BAS ET GRAND-DUCHE DE LUXEMBOURG.

Royaume des Pays-Bas.

Les anciennes Provinces-Unies des Pays-Bas et les ci-devant provinces Belgiques, les unes et les autres dans les limites fixées par l'article suivant, formeront, conjointement avec les pays et territoires désignés dans le même article, sous la souveraineté de S. A. R. le Prince d'Orange-Nassau, Prince souverain des Provinces-Unies, le royaume des Pays-Bas, héréditaire dans l'ordre de succession déjà établi par l'acte de constitution desdites Provinces-Unies. Le titre et les prérogatives de la dignité royale seront reconnus par toutes les puissances dans la maison d'Orange-Nassau.

Article 66.

Limites du royaume des Pays-Bas.

La ligne comprenant les territoires qui composeront le royaume des Pays-Bas, est déterminée de la manière suivante: elle part de la mer et s'étend le long des frontières de la France du côté des Pays-Bas, telles qu'elles ont été rectifiées et fixées par l'article 3 du traité de Paris, du 30 mai 1814, jusqu'à la Meuse, et ensuite le long des mêmes frontières jusqu'au anciennes limites du duché de Luxembourg. De là elle suit la direction des limités entre ce duché et l'ancien évêché de Liège, jusqu'à ce qu'elle rencontre (au midi de Deiffelt *) les limites occidentales de ce canton, et de celui de Malmédi jusqu'au point où cette dernière atteint les limites entre les anciens départemens de

*) In einer andern Abschrift steht Diesselt. A. d. H.

l'Ourthe et de la Roer; elle longe ensuite ces limites jusqu'à ce qu'elles touchent à celles du canton ci-devant françois d'Eupen, dans le duché de Limbourg, et en suivant la limite occidentale de ce canton dans la direction du nord, laissant à droite une petite partie du ci-devant canton françois d'Aubel, se joint au point de contact des trois anciens départemens de l'Ourthe, de la Meuse-Inférieure et de la Roer; en partant de ce point, la dite ligne suit celle qui sépare ces deux derniers départemens jusque-là où elle touche à la Worm (rivière ayant son embouchure dans la Roer), et longe cette rivière jusqu'au point où elle atteint de nouveau la limite de ces deux départemens, poursuit cette limite jusqu'au midi de Hillensberg (ancien département de la Roer), remonte de là vers le nord, et laissant Hillensberg à droite, et coupant le canton de Sittare en deux parties à peu près égales, de manière que Sittard et Susteren restent à gauche, arrive à l'ancien territoire hollandois; puis laissant ce territoire à gauche, elle en suit la frontière orientale jusqu'au point où celle-ci touche à l'ancienne principauté autrichienne de Gueldres, du côté de Ruremonde, et, se dirigeant vers le point le plus oriental du territoire hollandois au nord de Schwalmen, continue à embrasser ce territoire.

Enfin elle va joindre, en partant du point le plus oriental, cette autre partie du territoire hollandois, où se trouve Venloo; elle renfermera cette ville et son territoire. De là, jusqu'à l'ancienne frontière hollandoise près de Mook, situé au-dessous de Genep, elle suivra le cours de la Meuse, à une distance de la rive droite; telle que

tous les endroits qui ne sont pas éloignés de cette rive de plus de mille perches d'Allemagne (rheinländische Ruthen) appartiendront, avec leurs banlieue, au royaume des Pays-Bas, bien entendu toutefois, quant à la réciprocité de ce principe, que le territoire prussien ne puisse sur aucun point toucher à la Meuse, ou s'en approcher à une distance de huit cents perches d'Allemagne.

Du point où la ligne qui vient d'être décrite atteint l'ancienne frontière hollandoise, jusqu'au Rhin, cette frontière restera, pour l'essentiel, telle qu'elle étoit en 1795 entre Clèves et les Provinces-Unies. Elle sera examinée par la commission qui sera nommée incessamment par les deux gouvernemens de Prusse et des Pays-Bas, pour procéder à la détermination exacte des limites tant du royaume des Pays-Bas, que du grand-duché de Luxembourg, désignées dans l'article 68, et cette commission réglera, à l'aide d'experts, tout ce qui concerne les constructions hydrotechniques, et autres points analogues, de la manière la plus équitable et la plus conforme aux intérêts mutuels des états prussiens, et de ceux des Pays-Bas. Cette même disposition s'étend sur la fixation des limites dans les districts de Kyswaerd *), Lobith et de tout le territoire jusqu'à Kekerdam.

Les enclaves Huissen, Malbourg, le Lymers avec la ville de Sevenaer et la seigneurie de Weel, feront partie du royaume des Pays-Bas: et S. M. prussienne y renonce à perpétuité pour Elle et tous ses descendans et successeurs.

*) In einer andern Abschrift steht Kyfwaerd. A. d. H.

Article 67.

Grand-Duché de Luxembourg.

La partie de l'ancien duché de Luxembourg, comprise dans les limites spécifiées par l'article suivant, est également cédée au prince souverain des Provinces-Unies, aujourd'hui Roi des Pays-Bas, pour être possédée à perpétuité par lui et ses successeurs en toute propriété et souveraineté. Le souverain des Pays-Bas ajoutera à ses titres celui de Grand-Duc de Luxembourg, et la faculté est réservée à S. M. de faire, relativement à la succession dans le grand-duché, tel arrangement de famille entre les princes ses fils, qu'elle jugera conforme aux intérêts de sa monarchie, et à ses intentions paternelles.

Le grand-duché de Luxembourg servant de compensation pour les principautés des Nassau-Dillenbourg, Siegen, Hadamar et Dietz, formera un des Etats de la confédération germanique, et le Prince, Roi de Pays-Bas, entrera dans le système de cette confédération comme Grand-Duc de Luxembourg, avec toutes les prérogatives et privilèges dont jouiront les autres princes allemands.

La ville de Luxembourg sera considérée, sous le rapport militaire, comme forteresse de la confédération. Le Grand-Duc aura toutefois le droit de nommer le gouverneur et commandant militaire de cette forteresse, sauf l'approbation du pouvoir exécutif de la confédération, et sous telles autres conditions qu'il sera jugé nécessaire d'établir en conformité de la constitution future de ladite confédération.

Article 68.

Limites du grand-duché de Luxembourg.

Le grand-duché de Luxembourg se composera de tout le territoire situé entre le royaume des Pays-Bas, tel qu'il a été désigné par l'article 66, la France, la Moselle jusqu'à l'embouchure de la Sure, le cours de la Sure jusqu'au confluent de l'Our, et le cours de cette dernière rivière jusqu'aux limites du ci-devant canton françois de Saint-Vith, qui n'appartiendra point au grand-duché de Luxembourg.

Article 69.

Dispositions relatives au duché de Bouillon.

S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, possédera à perpétuité, pour lui et ses successeurs, la souveraineté pleine et entière de la partie du duché de Bouillon non cédée à la France par le traité de Paris; et sous ce rapport, elle sera réunie au grand-duché de Luxembourg.

Des contestations s'étant élevées sur ledit duché de Bouillon, celui des compétiteurs, dont les droits seront légalement constatés, dans les formes énoncées ci-dessous, possédera en toute propriété ladite partie du duché, telle qu'elle l'a été par le dernier Duc, sous la souveraineté de S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg.

Cette décision sera portée, sans appel, par un jugement arbitral. Des arbitres seront à cet effet nommés, un par chacun des deux compétiteurs, et les autres, au nombre de trois, par les cours d'Autriche, de Prusse et de Sardaigne. Ils se réuniront à Aix-la-Chapelle aussitôt que l'état de guerre et les circonstances le permettront, et

leur jugement interviendra dans les six mois à compter de leur réunion.

Dans l'intervalle, S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, prendra en dépôt la propriété de ladite partie du duché de Bouillon, pour la restituer, ensemble le produit de cette administration intermédiaire, à celui des compétiteurs en faveur duquel le jugement arbitral sera prononcé. Sadite Majesté l'indemnisera, de la perte des revenus provenant des droits de souveraineté, moyennant un arrangement équitable. Et si c'est au Prince Charles de Rohan que cette restitution doit être faite, ces biens seront entre ses mains soumis aux lois de la substitution qui forme son titre.

Article 70.

Cessions des possessions de la maison de Nassau-Orange en Allemagne.

S. M. le Roi des Pays-Bas renonce à perpétuité, pour lui, ses descendans et successeurs, en faveur de S. M. le Roi de Prusse, aux possessions souveraines que la maison de Nassau-Orange possédoit en Allemagne, et nommément aux principautés de Dillenbourg, Dietz, Siegen et Hadamar, y compris le seigneurie de Beilstein, et telles que ces possessions ont été définitivement réglées, entre les deux branches de la maison de Nassau, par le traité conclu à la Haye le 14 juillet 1814.

S. M. renonce également à la principauté de Fulde, et aux autres districts et territoires qui lui avoient été assurés par l'article 12 du recès principal de la députation extraordinaire de l'Empire, du 25 février 1803.

Article 71.

Pacte de famille entre les Princes de Nassau.

Le droit et l'ordre de succession, établi entre les deux branches de la maison de Nassau par l'acte de 1783, dit Nassauischer Erbverein, est maintenu et transféré des quatre principautés d'Orange-Nassau au grand-duché de Luxembourg.

Article 72.

Charges et engagemens tenant aux provinces détachées de la France.

S. M. le Roi des Pays-Bas, en réunissant sous sa souveraineté les pays désignés dans les articles 66 et 68, entre dans tous les droits, et prend sur lui toutes les charges et tous les engagemens stipulés relativement aux provinces et districts détachés de la France dans le traité de paix conclu à Paris le 30 mai 1814.

Article 73.

Acte de réunion des Provinces belgiques.

S. M. le Roi des Pays-Bas ayant reconnu et sanctionné, sous la date du 21 juillet 1814, comme bases de la réunion des provinces belgiques avec les Provinces-Unies, les huit articles renfermés dans la pièce annexée au présent traité, lesdits articles auront la même force et valeur comme s'ils étoient insérés de mot à mot dans la transaction actuelle.

Article 74.

IV. Affaires de la Suisse.

Intégrité des dix-neuf cantons.

L'intégrité des dix-neuf cantons, tels qu'ils existoient en corps politique, lors de la convention du 29 décembre 1813, est reconnue comme base du système helvétique.

Article 75.

Réunion des trois nouveaux cantons.

Le Vallais, le territoire de Genève, la principauté de Neuchâtel, sont réunis à la Suisse, et formeront trois nouveaux cantons.

La vallée de Dappes *), ayant fait partie du canton de Vaud, lui est rendue.

Article 76.

Réunion de l'évêché de Bale et de la ville de Bienne au canton de Berne.

L'évêché de Bâle, et la ville et le territoire de Bienne, seront réunis à la confédération helvétique, et feront partie du canton de Berne.

Sont exceptés cependant de cette dernière disposition les districts suivans:

1. Un district d'environ trois lieues carrées d'étendue, renfermant les communes d'Altschweiler, Schönbuch, Oberweiler, Terweiler, Ettingen, Fürstenstein, Plotten, Pfeffingen **), Aesch, Bruck, Reinach, Arlesheim, lequel district sera réuni au canton de Bâle;

2. Une petite enclave située près du village neuchâtelois de Lignières, laquelle étant aujourd'hui, quant à la jurisdiction civile, sous la dépendance du canton de Neuchâtel, et quant à la jurisdiction criminelle, sous celle de l'évêché de Bâle, appartiendra en toute souveraineté à la principauté de Neuchâtel.

*) Dappenthal. A. d. H.

**) In einer andern Handschrift steht Pfäffingen. A. d. H.

Article 77.

Droits des habitans des pays réunis au canton de Berne.

Les habitans de l'évêché de Bâle et ceux de Bienne réunis aux cantons de Berne et de Bâle, jouiront à tous égards, sans différence de religion (qui sera conservée dans l'état présent), des mêmes droits politiques et civils, dont jouissent et pourront jouir les habitans des anciennes parties desdits cantons. En conséquence, ils concourront avec eux aux places de représentans et aux autres fonctions, suivant les constitutions cantonnales. Il sera conservé à la ville de Bienne, et aux villages ayant formé sa jurisdiction, les privilèges municipaux compatibles avec la constitution et les réglemens généraux du canton de Berne.

La vente des domaines nationaux sera maintenue, et les rentes féodales et les dîmes ne pourront point être rétablies.

Les actes respectifs de réunion seront dressés, conformément aux principes ci-dessus énoncés, par des commissions composées d'un nombre égal de députés de chaque partie intéressée. Ceux de l'évêché de Bâle seront choisis par le canton directeur parmi les citoyens les plus notables du pays. Lesdits actes seront garantis par la confédération suisse. Tous les points sur lesquels les parties ne pourront s'entendre, serons décidés par un arbitre nommé par la diète.

Article 78.

Seigneurie de Razüns.

La cession qui avoit été faite par l'article 3 du traité de Vienne, du 14 octobre 1809, de la seigneurie de Razüns, enclavée dans le pays des Grisons, étant venue à cesser

et S. M. l'Empereur d'Autriche se trouvant rétabli dans tous les droits attachés à ladite possession, confirme la disposition qu'il en a faite, par déclaration du 20 mars 1815, en faveur du canton des Grisons.

Article 79.

Arrangemens entre la France et Geneve.

Pour assurer les communications commerciales et militaires de Genève avec le canton de Vaud et le reste de la Suisse, et pour compléter à cet égard l'article 4 du traité de Paris du 30 mai 1814, S. M. T. C. consent à faire placer la ligne des douanes de manière à ce que la route qui conduit de Genève par Versoy en Suisse soit en tout temps libre, et que ni les postes, ni les voyageurs, ni les transports de marchandises n'y soient inquiétés par aucune visite des douanes, ni soumis à aucun droit. Il est également entendu que le passage des troupes suisses ne pourra y être aucunement entravé.

Dans les reglemens additionels à faire à ce sujet, on assurera, de la manière la plus convenable aux Genevois, l'exécution des traités relatifs à leurs libres communications entre la ville de Genève et le mandement de Peney. S. M. T. C. consent en outre à ce que la gendarmerie et les milices de Genève passent par la grande route du Meyrin, dudit mandement à la ville de Genève, et réciproquement, après en avoir prévenu le poste militaire de la gendarmerie françoise le plus voisin.

Article 80.

Cessions du Roi de Sardaigne au canton de Genève.

S. M. le Roi de Sardaigne cède la partie de la Savoie qui se trouve entre la rivière d'Arve, le Rhône, les limites de la partie de la Savoie cédée à la France, et la montagne de Salève, jusqu'à Veiry inclusivement, plus celle qui se trouve comprise entre la grande route dite du Simplon, le lac de Genève, et le territoire actuel du canton de Genève, depuis Vénézas *) jusqu'au point où la rivière d'Hermance traverse la susdite route, et de là, continuant le cours de cette rivière jusqu'à son embouchure dans le lac de Genève, au levant du village d'Hermance (la totalité de la route dite du Simplon continuant à être possedée par S. M. le Roi de Sardaigne), pour que ces pays soient réunis au canton de Genève, sauf à déterminer plus précisément les limites par des commissaires respectifs, surtout pour ce qui concerne la délimitation en dessus de Veiry, et sur la montagne de Salève, renonçant, Sadite Majesté, pour elle et ses successeurs, à perpétuité sans exception ni réserves, à tous droits de souveraineté et autres qui peuvent lui appartenir dans les lieux et territoires compris dans cette démarcation.

S. M. le Roi de Sardaigne consent en outre à ce que la communication entre le canton de Genève et le Vallais, par la route dit du Simplon, soit établie de la même manière que la France l'a accordée entre Genève et le canton de Vaud, par la route de Versoy. Il y aura aussi en tout temps une communication libre pour les troupes genevoises entre le territoire de Genève et le man-

*) Eine andere Lesart hat Vezenas; eine dritte Verenal. A. d. H.

dement de Jussy, et on accordera les facilités qui pourroient être nécessaires dans l'occasion pour arriver par le lac à la route dite du Simplon.

De l'autre côté, il sera accordé exemption de tout droit de transit à toutes les marchandises et denrées qui, en venant des états de S. M. le Roi de Sardaigne et du port franc de Gènes, traverseroient la route dite du Simplon dans toute son étendue par le Vallais et l'état de Genève. Cette exemption ne regardera toutefois que le transit, et ne s'étendra ni aux droits établis pour l'entretien de la route, ni aux marchandises et denrées destinées à être vendues ou consommées dans l'intérieur.

La même réserve s'appliquera à la communication accordée aux Suisses entre le Vallais et le conton de Genève; et les gouvernemens respectifs prendront à cet effet, de commun accord, les mesures quil's jugeront nécessaires, soit pour la taxe, soit pour empêcher la contrebande, chacun sur son territoire.

Article 81.

Compensation à établir entre les anciens et les nouveaux cantons.

Pour établir des compensations mutuelles, les cantons d'Argovie, de Vaud, du Tessin et de Saint-Gall fourniront aux anciens cantons de Schwitz, Unterwald, Uri, Glaris, Zug et Appenzell (Rhodo intérieure) une somme, qui sera appliquée à l'instruction publique et aux frais d'administration générale, mais principalement au premier objet, dans lesdits cantons.

La quotité, le mode de paiement et la répartition de cette compensation pécuniaire, sont fixés ainsi qu'il suit:

Les cantons d'Argovie, de Vaud et de Saint-Gall, fourniront aux cantons de Schwitz, Unterwald, Uri, Zug, Glaris et Appenzell (Rhode intérieure) un fonds de cinq cent mille livres de Suisse.

Chacun des premiers paiera l'intérêt de sa quote-part à raison de cinq pour cent par an, ou rémboursera le capital, soit en argant, soit en biens fonds, à son choix.

La répartition, soit pour le paiement, soit pour la recette de ces fonds, se fera dans les proportions de l'échelle de contribution, réglée pour subvenir aux dépenses fédérales.

Le canton du Tessin paiera chaque année au canton d'Uri la moitié du produit des péages dans la vallée Levantine.

Article 82.

Dispositions à l'égard des fonds placés en Angleterre.

Pour mettre un terme aux discussions qui se sont élevées par rapport aux fonds placés en Angleterre, par les cantons de Zurich et de Berne, il est statué:

1. Que les cantons de Berne et de Zurich conserveront la propriété du fonds capital, tel qu'il existoit en 1803, à l'époque de la dissolution du gouvernement helvétique, et jouiront, à dater du 1er janvier 1815, des intérêts à écheoir.

2. Que les intérêts échus et accumulés depuis l'année 1798, jusques et y compris l'année 1814, seront affectés au paiement du capital restant de la dette nationale, désignée sous la dénomination de dette helvétique.

3. Que le surplus de la dette helvétique restera à la charge des autres cantons, ceux de Berne et de Zurich étant exonérés par la disposition ci-dessus. La quote-part de chacun des cantons qui restent chargés de ce surplus, sera calculée et fournie dans la proportion fixée pour les contributions destinées au paiement des dépenses fédérales; les pays incorporés à la Suisse depuis 1813, ne pourront pas être imposés en raison de l'ancienne dette helvétique.

S'il arrivoit qu'après le paiement de la susdite dette, il y eût un excédent, il seroit réparti entre les cantons de Berne et de Zurich, dans la proportion de leurs capitaux respectifs.

Les mêmes dispositions seront suivies à l'égard de quelques autres créances, dont les titres sont déposés sous la garde du président de la diète.

Article 83.

Indemnités pour les propriétaires des Lods.

Pour concilier les contestations élevées à l'égard des Lods *), abolis sans indemnité, une indemnité sera payée aux particuliers proprietaires des Lods. Et afin d'éviter tout différend ultérieur à ce sujet entre les cantons de Berne et de Vaud, ce dernier paiera au gouvernement de Berne la somme de trois cent mille livres de Suisse, pour être ensuite répartie entre les ressortissans Bernois, propriétaires des Lods. Les paiemens se feront à raison d'un cinquième par an, à commencer du 1er janvier 1816.

*) Teutsch, Löbergerechtsame: eine Art von Laudemium.
A. d. H.

Article 84.

Confirmation des arrangemens relatifs à la Suisse.

La déclaration adressée en date du 20 mars par les puissances qui ont signé le traité de Paris, à la diète de la confédération Suisse, et acceptée par la diète, moyennant son acte d'adhésion du 27 mai, et confirmée dans toute sa teneur et les principes établis, ainsi que les arrangemens arrêtés dans ladite déclaration, seront invariablement maintenus.

Article 85.

V. ITALIE. Limites des états du Roi de Sardaigne.

Les limites des états de S. M. le Roi de Sardaigne, seront:

Du côté de la France, telles qu'elles existoient au 1er janvier 1792, à l'exception des changemens portés par le traité de Paris, du 30 mai 1814.

Du côté de la confédération helvétique, telles quelles existoient au 1er janvier 1792, à l'exception du changement opéré par la cession faite en faveur du canton de Genève, telle que cette cession se trouve spécifiée dans l'article 80 du présent acte.

Du côté des états de S. M. l'Empereur d'Autriche, telles qu'elles existoient au 1er janvier 1792; et la convention conclue entre LL. MM. l'Impératrice Marie-Thérèse et le Roi de Sardaigne le 4 octobre 1751, sera maintenue, de part et d'autre, dans toutes ses stipulations.

Du côté des états de Parme et de Plaisance, la limite, pour ce qui concerne les anciens états de S. M. le Roi de Sardaigne, continuera à être telle qu'elle existoit au 1er janvier 1792.

Les limites des ci-devant états de Gênes, et des pays nommés fiefs impériaux, réunis aux états de S. M. le Roi de Sardaigne, d'après les articles suivans, seront les mêmes qui, le 1er janvier 1792, séparoient ces pays des états de Parme et de Plaisance, et de ceux de Toscane et de Massa.

L'île de Capraja ayant appartenu à l'ancienne république de Gênes, est comprise dans la cession des états de Gênes, à S. M. le Roi de Sardaigne.

Article 86.

Réunion de Gênes.

Les états qui ont composé la ci-devant république de Gênes, sont réunis à perpétuité aux états de S. M. le Roi de Sardaigne, pour être, comme ceux-ci, possédés par elle en toute souveraineté, propriété et hérédité de mâle en mâle, par ordre de primogéniture dans les deux branches de sa maison; savoir, la branche royale et la branche de Savoie-Carignan.

Article 87.

Titre de Duc de Gênes.

S. M. le Roi de Sardaigne joindra à ses titres actuels, celui de Duc de Gênes.

Article 88.

Droits et priviléges des Génois.

Les Génois jouiront de tous les droits et priviléges spécifiés dans l'acte intitulé: Conditions qui doivent servir de bases à la réunion des états de Gênes à ceux de S. M. Sarde; et ledit acte, tel qu'il se trouve annexé à ce traité général, sera considéré comme partie intégrante de celui-ci et aura la même force et valeur, que s'il étoit textuellement inséré dans l'article présent.

Article 89.

Réunion des fiefs impériaux.

Les pays nommés fiefs impériaux, qui avoient été réunis à la ci-devant république ligurienne, sont réunis définitivement aux états de S. M. le Roi de Sardaigne, de la même manière que le reste des états de Gênes; et les habitans de ces pays jouiront des mêmes droits et pivilèges que ceux dès états de Gênes désignés dans l'article précédent.

Article 90.

Droit de fortification.

La faculté que les puissances signataires du traité de Paris du 30 mai 1814 ce sont réservée par l'article 3 dudit traité, de fortifier tel point de leurs états qu'elles jugeront convenable à leur sûreté, est également réservée sans restriction à S. M. le Roi de Sardaigne.

Article 91.

Cessions au canton de Genève.

S. M. le Roi de Sardaigne cède au canton de Genève les districts de la Savoie, désignés dans l'article 80 ci-dessus, et aux conditions spécifiées dans l'acte intitulé: Cession faite par S. M. le Roi de Sardaigne au canton de Genéve. Cet acte sera considéré comme partie intégrante du présent traité général, auquel il est annexé, et aura la même force et valeur que s'il étoit textuellement inséré dans l'article présent.

Article 92.

Neutralité de Chablais et du Faucigny.

Les provinces de Chablais et du Faucigny, et tout le territoire de Savoie au nord d'Ugine, appartenant à S. M. le

Roi de Sardaigne, feront partie de la neutralité de la Suisse, telle qu'elle est reconnue et garantie par les puissances.

En conséquence, toutes les fois que les puissances voisines de la Suisse se trouveront en état d'hostilité ouverte ou imminente, les troupes de S. M. le Roi de Sardaigne qui pourroient se trouver dans ces provinces, se retireront, et pourront à cet effet passer par le Vallais, si cela devient nécessaire; aucunes autres troupes armées d'aucune autre puissance ne pourront traverser ni stationner dans les provinces et territoires susdits, sauf celles que la confédération suisse jugeroit à propos d'y placer, bien entendu que cet état de choses ne gène en rien l'administration de ces pays, où les agens civils de S. M. le Roi de Sardaigne pourront aussi employer la garde municipale pour le maintien du bon ordre.

Article 93.

Anciennes possessions autrichiennes.

Par suite des renonciations stipulées dans le traité de Paris, du 30 mai 1814, les puissances signataires du présent traité reconnoissent S. M. l'Empereur d'Autriche, ses héritiers et successeurs, comme souverain légitime des provinces et territoires qui avoient été cédés, soit en tout, soit en partie, par les traités de Campo-Formio de 1797, de Lunéville de 1801, de Presbourg de 1805, par la convention additionelle de Fontainebleau de 1807, et par le traité de Vienne de 1809, et dans la possession desquelles provinces et territoires S. M. I. et R. A. est rentrée, par suite de la dernière guerre: telles que l'Istrie, tant autrichienne que

ci-devant vénitienne, la Dalmatie, les îles ci-devant vénetiennes de l'Adriatique, les bouches du Cattaro, la ville de Venise, les lagunes, de même que les autres provinces et districts de la Terre-Ferme des états ci-devant Vénitiens sur la rive gauche de l'Adige, les duchés de Milan et de Mantoue, les principautés de Brixen et de Trente, le comté de Tyrol, le Voralberg, le Frioul autrichien, le Frioul ci-devant vénitien, le territoire de Montefalcone, le gouvernement et la ville de Trieste, la Carniole, la Haute-Carinthie, la Croatie à la droite de la Save, Fiume et le Littoral hongrois, et le district de Castua.

Article 94.

Pays réunis à la monarchie autrichienne.

S. M. I. et R. A. réunira à sa monarchie, pour être possédés par elle et ses successeurs, en toute propriété et souveraineté:

1. Outre les parties de la Terre-Ferme des états Vénitiens, dont il a été fait mention dans l'article précédent, les autres parties desdits états, ainsi que tout autre territoire qui se trouve situé entre le Tessin, le Pô et la mer Adriatique.

2. Les vallées de la Valteline, de Bormio et de Chiavenna.

3. Les territoires ayant formé la ci-devant république de Raguse.

Article 95.

Frontières autrichiennes en Italie.

En conséquence des stipulations arrêtées dans les articles précédens, les frontières des états de S. M. I. et R. A. en Italie seront:

1. Du côté des états de S. M. le Roi de Sardaigne, telles qu'elles étoient au 1er janvier 1792.

2. Du côté des états de Parme, Plaisance et Guastalla, le cours du Pô, la ligne de démarcation suivant le Thalweg de ce fleuve.

3. Du côté des états de Modène, les mêmes qu'elles étoient au 1er janvier 1792.

4. Du côté des états du Pape, le cours du Pô jusqu'à l'embouchure du Goro.

5. Du côté de la Suisse, l'ancienne frontière de la Lombardie, et celle qui sépare les vallées de la Valteline, de Bormio et Chiavenna, des cantons des Grisons et du Tessin. Là où le Thalweg du Pô constituera la limite, il est statué que les changemens que subira par la suite le cours de ce fleuve, n'auront à l'avenir aucun effet sur la propriété des îles qui s'y trouvent.

Article 96.

Navigation du Pô.

Les principes généraux, adoptés par le congrès de Vienne pour la navigation des fleuves, seront appliqués à celle du Pô.

Des commissaires seront nommés par les états riverains, au plus tard dans le délai de trois mois après la fin du congrès, pour régler tout ce qui a rapport à l'exécution du présent article.

Article 97.

Dispositions relatives au Mont-Napoléon de Milan.

Comme il est indispensable de conserver à l'établissement connu sous le nom de Mont-Napoléon, à Milan, les moyens de remplir ses obligations envers ses créanciers, il est convenu que les biens-fonds et

autres immeubles de cet établissement, situés dans des pays qui, ayant fait partie du ci-devant royaume d'Italie, ont passé depuis sous la domination de différens Princes d'Italie, de même que les capitaux appartenans audit établissement, et placés dans ces différens pays, resteront affectés à la même destination.

Les redevances du Mont-Napoléon non-fondées et non-liquidées, telles que celles dérivant de l'arrière de ses charges ou de tout autre accroissement du passif de cet établissement, seront réparties sur les territoires dont se composoit le ci-devant royaume d'Italie; et cette répartition sera assise sur les bases réunies de la population et du revenu. Les souverains desdits pays nommeront, dans le terme de trois mois, à dater de la fin du congrès, de commissaires pour s'entendre avec les commissaires autrichiens sur ce qui a rapport à cet objet.

Cétte commission se réunira à Milan.

Article 98.

Etats de Modène et de Massa et Carrara.

S. R. A. l'Archiduc François d'Este, ses héritiers et successeurs, posséderont, en toute propriété et souveraineté, les duchés de Modène, de Reggio et de Mirandole, dans la même étendue qu'ils étoient à l'époque du traité de Campo-Formio.

S. A. R. l'Archiduchesse Marie-Béatrix d'Este, ses héritiers et successeurs, posséderont en toute souveraineté et propriété le duché de Massa et la principauté de Carrara, ainsi que les fiefs impériaux dans la Lunigiana. Ces derniers pour-

ront servir à des échanges ou autres arrangemens de gré à gré avec S. A. I. le Grand-Duc de Toscane, selon la convenance réciproque.

Les droits de succession et réversion établis dans les branches des Archiducs d'Autriche, relativement au duché de Modène, de Reggio et Mirandole, ainsi que des principautés de Massa et Carrara, sont conservés.

Article 99.

Parme et Plaisance.

S. M. l'Impératrice Marie-Louise possédera, en toute propriété et souveraineté, les duchés de Parme, de Plaisance, et de Guastalla, à l'exception des districts enclavés dans les états de S. M. I. et R. A. sur la rive gauche du Pô.

La réversibilité de ces pays sera déterminée de commun accord entre les cours d'Autriche, de Russie, de France, d'Espagne, d'Angleterre et de Prusse, toutefois ayant égard aux droits de réversion de la maison d'Autriche et de S. M. le Roi de Sardaigne sur lesdits pays.

Article 100.

Possessions du Grand-Duc de Toscane.

S. M. I. et R. l'Archiduc Ferdinand d'Autriche est rétabli, tant pour lui que pour ses héritiers et successeurs, dans tous les droits de souveraineté et propriété sur le grand-duché de Toscane et ses dépendances, ainsi que S. A. I. les a possédés antérieurement au traité de Lunéville.

Les stipulations de l'article 2 du traité de Vienne, du 3 octobre 1735, entre l'Empereur Charles VI et le Roi de France, auxquelles accédèrent

directs, soit dans celui que l'Infante Marie-Louise ou ses héritiers directs obtinssent un autre établissement où succédassent à une autre branche de leur dynastie.

Toutefois le cas de réversion échéant, le Grand-Duc de Toscane s'engage à céder, dès qu'il entrera en possession de la principauté de Lucques, au Duc de Modène, les territoires suivans:

1. Les districts toscans de Fivizzano, Pietra Santa et Barga, et

2. Les districts lucquois de Castiglione et Gallicano, enclavés dans les états de Modène, ainsi que ceux de Minucciano et Monte-Ignose, contigus au pays de Massa.

Article 103.

Dispositions relatives au Saint-Siège.

Les Marches, avec Camerino et leurs dépendances, ainsi que le duché de Bénévent et la principauté de Ponte-Corvo, sont rendus au Saint-Siège.

Le Saint-Siège rentrera en possession des légations de Ravenne, de Bologne et de Ferrare, à l'exception de la partie du Ferrarois située sur la rive gauche du Pô.

S. M. I. et R. A. et ses successeurs auront droit de garnison dans les places de Ferrare et Commachio.

Les habitans des pays qui rentrent sous la domination du Saint-Siège par suite des stipulations du congrès, jouiront des effets de l'article 16 du traité de Paris du 30 mai 1814. Toutes les acquisitions faites par des particuliers, en vertu

d'un titre reconnu légal par les lois actuellement existantes, sont maintenues, et les dispositions propres à garantir la dette publique et le paiement des pensions, seront fixées par une convention particulière entre la cour de Rome et celle de Vienne.

Article 104.

Rétablissement du Roi Ferdinand IV à Naples.

S. M. le Roi Ferdinand IV est rétabli, tant pour lui que pour ses héritiers et successeurs, sur le trône de Naples, et reconnu par les puissances comme Roi du royaume des Deux-Siciles.

Article 105.

VI. Affaires de Portugal. Restitution d'Olivenza.

Les puissances reconnoissant la justice des réclamations formées par S. A. R. le prince-Régent de Portugal et du Brésil, sur la ville d'Olivenza et les autres territoires cédés à l'Espagne par le traité de Badajoz de 1801, et envisageant la restitution de ces objets comme une des mesures propres à assurer entre les deux royaumes de la péninsule cette bonne harmonie complète et stable, dont la conservation dans toutes les parties de l'Europe a été le but constant de leurs arrangemens, s'engagent formellement à employer dans les voies de conciliation leurs efforts les plus efficaces, afin que la rétrocession desdits territoires en faveur du Portugal soit effectuée; et les puissances reconnoissent, autant qu'il dépend de chacune d'elles, que cet arrangement doit avoir lieu au plus tôt.

Article 106.

Rapport entre la France et le Portugal.

Afin de lever les difficultés qui se sont opposées de la part de S. A. R.

le prince - Régent du royaume de Portugal et de celui de Brésil, à la ratification du traité signé le 30 mai 1814, entre le Portugal et la France, il est arrêté que la stipulation contenue dans l'article 10 dudit traité, et toutes celles qui pourroient y avoir rapport, resteront sans effet, et quil y sera substitué, d'accord avec toutes les puissances, les dispositions énoncées dans l'article suivant, lesquelles seront seules considérées comme valables.

Au moyen de cette substitution, toutes les autres clauses du susdit traité de Paris seront maintenues et regardées comme mutuellement obligatoires pour les deux cours.

Article 107.

Restitution de la Guiane françoise.

S. A. R. le prince - Régent du royaume de Portugal et de celui du Brésil, pour manifester d'une manière incontestable sa considération particulière pour S. M. T. C., s'engage à restituer à Sadite Majesté la Guiane françoise jusqu'à la rivière d'Oyapock, dont l'embouchure est située entre le quatrième et le cinquième degré de latitude septentrionale, limite que le Portugal a toujours considérée comme celle qui avoit été fixée par le traité d'Utrecht.

L'époque de la remise de cette colonie à S. M. T. C. sera déterminée dès que les circonstances le permettront, par une convention particulière entre les deux cours; et l'on procédera à l'amiable, aussitôt que faire se pourra, à la fixation définitive des limites des Guianes portugaises et françoises, conformément au sens précis de l'article huitième du traité d'Utrecht.

Article 108.

VII. DISPOSITIONS TOUCHANT LA NAVIGATION DES RIVIÈRES.
Navigation des rivières.

Les puissances dont les états sont séparés ou traversés par une même rivière navigable, s'engagent à régler, d'un commun accord, tout ce qui a rapport à la navigation de cette rivière. Elles nommeront à cet effet des commissaires, qui se réuniront au plus tard six mois après la fin du congrès, et qui prendront pour bases de leurs travaux les principes établis dans les articles suivans.

Article 109.

Liberté de la navigation.

La navigation dans tout le cours des rivières indiquées dans l'article précédent, du point où chacune d'elle devient navigable jusqu'à son embouchure, sera entièrement libre, et ne pourra, sous le rapport du commerce, être interdite à personne; bien entendu que l'on se conformera aux réglemens relatifs à la police de cette navigation, lesquels seront conçus d'une manière uniforme pour tous, et aussi favorables que possible au commerce de toutes les nations.

Article 110.

Uniformité de système.

Le système qui sera établi, tant pour la perception des droits que pour le maintien de la police, sera, autant que faire se pourra, le même pour tout le cours de la rivière, et s'étendra aussi, à moins que les circonstances particulières ne s'y opposent, sur ceux de ses embranchemens et confluens, qui, dans leur cours navigable, séparent ou traversent différens états.

Article 111.

Tarif. Les droits sur la navigation seront fixés d'une manière uniforme, invariable, et assez indépendante de la qualité différente des marchandises, pour ne pas rendre nécessaire un examen détaillé de la cargaison, autrement que pour cause de fraude et de contravention. La quotité de ces droits, qui, en aucun cas, ne pourront excéder ceux existant actuellement, sera déterminée d'après les circonstances locales, qui ne permettent guère d'établir une règle générale à cet égard. On partira néanmoins en dressant le tarif, du point de vue d'encourager le commerce en facilitant la navigation, et l'octroi établi sur le Rhin pourra servir d'une forme approximative.

Le tarif une fois réglé, il ne pourra plus être augmenté que par un arrangement commun des états riverains, ni la navigation grevée d'autres droits quelconques, outre ceux fixés dans le règlement.

Article 112.

Bureaux de perception. Les bureaux de perception, dont on réduira autant que possible le nombre, seront fixés par le règlement, et il ne pourra s'y faire ensuite aucun changement que d'un commun accord, à moins qu'un des états riverains ne voulût diminuer le nombre de ceux qui lui appartiennent exclusivement.

Article 113.

Chemins de hallage. Chaque état riverain se chargera de l'entretien des chemins de hallage qui passent par son territoire, et des traveaux néces-

saires pour la même étendue dans le lit de la rivière, pour ne faire éprouver aucun obstacle à la navigation.

Le règlement futur fixera la manière dont les états riverains devront concourir à ces derniers travaux, dans le cas où les deux rives appartiennent à différens gouvernemens.

Article 114.

Droits d'étape et de relâche.

On n'établira nulle part des droits d'étape, d'échelle, ou de relâche forcée. Quant à ceux qui existent déjà, ils ne seront conservés qu'en tant que les états riverains, sans avoir égard à l'intérêt local de l'endroit, ou du pays où ils sont établis, les trouveroient nécessaires ou utiles à la navigation et au commerce en général.

Article 115.

Douanes.

Les douanes des états riverains n'auront rien de commun avec les droits de navigation. On empêchera, par des dispositions réglementaires, que l'exercice des fonctions des douaniers ne mette pas d'entraves à la navigation; mais on surveillera par une police exacte sur la rive, toute tentative des habitans de faire la contrebande à l'aide des bateliers.

Article 116.

Réglement.

Tout ce qui est indiqué dans les articles précédens, sera déterminé par un réglement commun qui renfermera également tout ce qui auroit besoin d'être fixé ultérieurement. Le réglement, une fois arrêté, ne pourra être changé que du consentement de tous les états riverains

et ils auront soin de pourvoir à son exécution d'une manière convenable et adaptée aux circonstances et aux localités.

Article 117.

Navigation du Rhin, du Necker etc. etc.

Les réglemens particuliers relatifs à la navigation du Rhin, du Necker, du Mein, de la Moselle, de la Meuse, et de l'Escaut, tels qu'ils se trouvent joints au présent acte, auront la même force et valeur, que s'ils y avoient été textuellement insérés.

Article 118.

VIII. Dispositions générales.
Confirmations des traités et actes particuliers.

Les traités, conventions, déclarations, réglemens et autres actes particuliers, qui se trouvent annexés au présent acte, et nommément,

1. Le traité entre la Russie et l'Autriche, du $\frac{\text{21 avril}}{\text{3 mai}}$ 1815;
2. Le traité entre la Russie et la Prusse, du $\frac{\text{21 avril}}{\text{3 mai}}$ 1815;
3. Le traité additionnel relatif à Cracovie entre l'Autriche, la Prusse et la Russie, du $\frac{\text{21 mai}}{\text{3 avril}}$ 1815;
4. Le traité entre la Prusse et la Saxe, du 18 mai 1815;
5. La déclaration du Roi de Saxe sur les droits de la maison de Schoenbourg, du 18 mai 1815;
6. Le traité entre la Prusse et le Hanovre, du 29 mai 1815;
7. La convention entre la Prusse et le Grand-Duc de Saxe-Weimar, du 1er juin 1815;

8. La convention entre la Prusse et les Duc et Prince de Nassau, du 31 mai 1815;
9. L'acte sur la constitution fédérative de l'Allemagne, du 8 juin 1815;
10. Le traité entre le Roi des Pays-Bas et la Prusse, l'Angleterre, l'Autriche et la Russie du 31 mai 1815,
11. La déclaration des puissances sur les affaires de la confédération helvétique, du 20 mars, et l'acte d'accession de la diète, du 27 mai 1815;
12. Le protocole du 29 mars 1815, sur les cessions faites par le Roi de Sardaigne au canton de Genève;
13. Le traité entre le Roi de Sardaigne, l'Autriche, l'Angleterre, la Russie, la Prusse et la France, du 20 mai 1815;
14. L'acte intitulé: „Conditions qui doivent servir de bases à la réunion des états de Gênes à ceux de S. M. Sarde";
15. La déclaration des puissances sur l'abolition de la traite des nègres, du 8 fevrier 1815;
16. Les réglemens pour la libre navigation des rivières;
17. Le réglement sur le rang entre les agens diplomatiques, sont considérés comme parties intégrantes des arrangemens du congrès, et auront partout la même force et valeur que s'ils étoient insérés mot à mot dans le traité général.

Article 119.

Invitation à accéder à ce traité et aux autres actes.

Toutes les puissances qui ont été réunies au congrès, ainsi que les

Princes et les villes libres qui ont concouru aux arrangemens consignés, ou aux actes confirmés dans ce traité général, sont invitées à y accéder.

Article 120.

Réserve relativement à l'emploi de la langue françoise.

La langue françoise ayant été exclusivement employée dans toutes les copies du présent traité, il est reconnu par les puissances qui ont concouru à cet acte, que l'emploi de cette langue ne tirera point à conséquence pour l'avenir; de sorte que chaque puissance se réserve d'adopter, dans les négociations et conventions futures, la langue dont elle s'est servie jusqu'ici dans ses relations diplomatiques sans que le traité actuel puisse être cité comme exemple contraire aux usages établis.

Article 121.

Ratification et disposition du présent traité.

Le présent traité sera ratifié et les ratifications seront échangées, dans l'espace de six mois, par la cour de Portugal dans un an, ou plutôt, si faire se peut.

Il sera déposé à Vienne, aux archives de cour et d'état de S. M. I. et R. A., un exemplaire de ce traité général, pour servir dans le cas où l'une ou l'autre des cours de l'Europe pourroit juger convenable de consulter le texte original de cette pièce.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé ce traité *) et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Vienne, le neuf juin de l'an de grâce mil-huit cent-quinze.

*) In einer Abschrift steht: cet acte. A. d. H.

(Suivant les signatures *), dans l'ordre alphabétique des cours.

Autriche.

(L. S.) Le Prince de Metternich.

(L. S.) Le Baron de Wessenberg.

Espagne **).

. . . .

France.

(L. S.) Le Prince de Talleyrand.

(L. S.) Le Duc de Dalberg.

(L. S.) Le Comte Alexis de Noailles.

Grande-Bretagne.

(L. S.) Clancarty.

(L. S.) Cathcart.

(L. S.) Stewart.

*) Die unten benannten Herren Bevollmächtigten haben am 9. Junius 1815 die einzelnen Artikel dieser Schlußacte paraphirt. Als späterhin die Reinschrift des Originals fertig geworden war, waren schon mehrere derselben von Wien abgereiset, so daß dieselbe nicht von allen konnte unterschrieben werden. A. d. H.

**) Durch zwei Noten, vom 3. April und 5. Junius, hatte der spanische Gesandte erklärt, daß er diese Schluß-Acte des Congresses nicht unterzeichnen werde. Als Ursache gab er an; weil sein Begehren nicht erfüllt worden, dem Sohn der Infantin Marie Louise, dem gewesenen König von Hetrurien, Toscana, oder, wenn dieses nicht statt haben sollte, wenigstens die Herzogthümer Parma, Piacenza und Guastalla, zurückzugeben; ferner, weil man in der Congreßacte festgesetzt habe, die wirksamsten Bemühungen anzuwenden, daß Spanien das Olivenza-Gebiet an Portugal zurückgebe, u. s. w. Vergl. meine Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des wiener Congr., S. 94. 116. u. 169. Späterhin, erst am 26. Mai / 7. Juni 1817, trat Spanien der Congreßakte bei. A. d. H.

Portugal.

(L. S.) Le Comte de Palmella.
(L. S.) Antonio de Saldanha da Gama.
(L. S.) D. Joaquim Lobo da Silveira.

Prusse.

(L. S.) Le Prince de Hardenberg.
(L. S.) Le Baron de Humboldt.

Russie.

(L. S.) Le Prince de Rasoumoffski.
(L. S.) Le Comte de Stackelberg.
(L. S.) Le Comte de Nesselrode.

Suède.

(L. S.) Le Comte Charles Axel de Loewenhielm, sauf la réservation faite aux articles 101, 102 et 104 du traité.

Pièces annexées à l'Acte final du congrès de Vienne, signé le 9 juin 1815.

No 1.

Traité

entre l'Autriche et la Russie, conclu à Vienne le 3 mai (21 avril) 1815.

(Dieser Tractat ist oben schon abgedruckt, Bd. V. S. 121—137.)

No 2.

Traité

entre la Russie et la Prusse, conclu à Vienne le 3 mai (21 avril) 1815.

Au nom de la très-sainte et indivisible Trinité.

Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, animés du désir de resserrer les liens qui ont uni leurs armes et leurs peuples dans une guerre difficile et meurtrière, et dont l'objet sacré fut de rendre la paix à l'Europe et la tranquillité aux nations, ont jugé nécessaire, pour remplir leurs obligations immédiates et mettre un terme à toutes les incertitudes, de fixer définitivement et par un traité solennel tout ce qui concerne les arrangemens relatifs au duché de Varsovie, et l'ordre des choses résultant à cet égard du concours des négociations et des principes d'équilibre et de répartition de forces, discutés et soutenus au congrès de Vienne. L'esprit national, l'avantage du commerce, les rapports qui peuvent ramener la stabilité dans l'administration, l'ordre dans les finances, la prospérité publique et individuelle dans les provinces de leur nouvelle contigüité, tout a été consulté; et LL. MM. I. et R., pour achever cette oeuvre salutaire, pour déterminer et tracer définitivement les limites de leurs états, pour convenir de toutes les stipulations qui peuvent en assurer le bonheur, ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir

S. M. le Roi de *Prusse*, le Prince de Har-

denberg, son chancelier d'état, etc. *), son premier plénipotentiaire au congrès;

Et S. M. l'Empereur de toutes les Russies, le Sieur André, Comte de Rasoumoffsky **), son premier plénipotentiaire au congrès.

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans.

Ces articles ayant été négociés en commun, pour les traités réciproques entre la Prusse, la Russie, et l'Autriche, ils sont insérés dans toute leur forme et teneur, aux exceptions près motivées par la nature même des choses, dans celui conclu avec S. M. I. et R. A.

Article 1er.

La partie du duché de Varsovie, que S. M. le Roi de Prusse possédera en toute souveraineté et propriété, pour lui et ses successeurs, sous le titre de Grand-Duché de Posen, sera comprise dans la ligne suivante:

En partant de la frontière de la Prusse orientale au village de Neuhoff, la nouvelle limite suivra la frontière de la Prusse occidentale, telle qu'elle a subsisté depuis 1772 jusqu'à la paix de Tilsit, jusqu'au village de Leibitsch, qui appartiendra au duché de Varsovie, de là il sera tiré une ligne qui, en laissant Kompania, Grabowiec et Szytno ***)

*) Der vollständige Titel findet sich oben, in dem Eingang des Acte final du congrès de Vienne, signé le 9 juin 1815. A. d. H.

**) Der vollständige Titel steht ebenfalls a. a. O. A. d. H.

***) Grabowice et Szczytno, steht in dem wiener Ausdruck.

à la Prusse, passe la Vistule auprès de ce dernier endroit, de l'autre côté de la rivière qui tombe vis-à-vis de Szytno dans la Vistule, jusqu'à l'ancienne limite du district de la Netze, auprès de Gross-Opoczko, de manière que Sluzewo appartiendra au duché, et Przybranowa-Holländer et Maciejewo à la Prusse. De Gross-Opoczko on passera par Chlewiska, qui restera à la Prusse, au village de Przibislaw, et de là par les villages Piasky, Chelmce, Witowiczky, Kobylinka, Wbyczyn, Orchowo jusqu'à la ville de Powiedz.

De Powiedz on continuera par la ville de Slupce jusqu'au point du confluent des rivières Wartha et Prosna.

De ce point, on remontera le cours de la rivière Prosna jusqu'au village Koscielnawicz à une lieue de la ville de Kalisch.

Là, laissant à cette ville (du côté de la rive gauche de la Prosna) un territoire en demi-cercle, mesuré sur la distance qu'il y a de Koscielnawicz à Kalisch, on rentrera dans le cours de la Prosna, et l'on continuera à la suivre en remontant par les villes de Grabow, Wieruszow, Boleslawice, pour terminer la ligne près du village Gola, à la frontière de la Silésie, vis-à-vis de Pitschin.

Article 2.

La ville de Cracovie est déclarée libre et indépendante, ainsi que le territoire désigné dans le traité additionel, signé en commun entre les cours de Prusse, de Russie et d'Autriche.

Article 3.

Le duché de Varsovie, à l'exception de la ville libre de Cracovie et de son territoire, ainsi que du rayon qui, sur la rive droite de la Vistule, retourne à S. M. l'Empereur d'Autriche, et des provinces dont il a été autrement disposé en vertu des articles ci-dessus, est réuni à l'empire de Russie. Il y sera lié irrévocablement par sa constitution, pour être possédé par S. M. l'Empereur de toutes les Russies, ses héritiers et ses successeurs à perpétuité. S. M. I. le réserve de donner à cet état, jouissant d'une administration distincte, l'extension intérieure qu'elle jugera convenable. Elle prendra, avec ses autres titres, celui de Czar, Roi de Pologne, conformément au protocole usité et consacré pour les titres attachés à ses autres possessions.

Les Polonois, sujets respectifs des hautes parties contractantes, obtiendront des institutions qui assurent la conservation de leur nationalité, d'après les formes d'existence politique que chacun des gouvernemens auxquels ils appartiennent jugera convenable de leur accorder.

Article 4.

Les habitans et propriétaires des pays, dont la séparation a lieu en conséquence du présent traité, s'ils vouloient se fixer dans un autre gouvernement, auront, pendant six ans, la liberté de disposer de leurs propriétés, meubles ou immeubles, de quelque nature qu'ils soient, de les vendre, de quitter le pays, et d'exporter le produit de ces ventes en argent comptant, ou en fonds d'autre nature sans empêchement ni détraction quelconque.

Article 5.

Il y aura amnistie pleine, générale et particulière en faveur de tous les individus, de quelque rang, sexe ou condition qu'ils puissent être.

Article 6.

Par suite de l'article précédent, personne ne pourra à l'avenir être recherché ni inquiété en aucune manière, pour cause quelconque de participation directe ou indirecte, à quelque époque que ce soit, aux évènemens politiques, civils ou militaires en Pologne. Tous les procès, poursuites ou recherches, seront regardés comme non avenus; les séquestres ou confiscations provisoires seront levés, et il ne sera donné suite à aucun acte provenant d'une cause semblable.

Article 7.

Sont exceptés de ces dispositions générales, à l'égard des confiscations, tous les cas où les édits ou sentences, prononcés en dernier ressort, auroient déjà reçu leur entière exécution, et n'auroient pas été annullés par des évènemens subséquens.

Article 8.

La qualité de sujet mixte, quant à la propriété, sera reconnue et maintenue.

Article 9.

Tout individu qui posséde des propriétés sous plus d'une domination, est tenu, dans le courant d'une année, à dater du jour où le présent traité sera ratifié, de déclarer par écrit, par devant le magistrat de la ville la plus prochaine,

ou bien le capitaine du cercle le plus voisin, ou bien l'autorité civile la plus rapprochée dans le pays qu'il a choisi, l'élection qu'il aura faite de son domicile fixe. Cette déclaration, que le susdit magistrat ou autre autorité devra transmettre à l'autorité supérieure de la province, le rend, pour sa personne et sa famille, exclusivement sujet du souverain dans les états duquel il a fixé son domicile.

Article 10.

Quant aux mineurs et autres personnes qui se trouvent sous tutelle ou curatelle, les tuteurs ou curateurs seront tenus de faire, au terme prescrit, la déclaration nécessaire.

Article 11.

Si un individu quelconque, propriétaire mixte, avoit négligé, au bout du terme prescrit d'une année, de faire la déclaration de son domicile fixe, il sera considéré comme étant sujet de la puissance dans les états de laquelle il avoit son dernier domicile; son silence dans ce cas devant être envisagé comme une déclaration tacite.

Article 12.

Tout propriétaire mixte qui aura une fois déclaré son domicile, n'en conservera pas moins, pendant l'espace de huit ans, à dater du jour des ratifications du présent traité, la faculté de passer sous une autre domination, en faisant une nouvelle déclaration de domicile, et en produisant la concession de la puissance sous le gouvernement de laquelle il veut se fixer.

Article 13.

Le propriétaire mixte qui a fait sa déclaration de domicile, ou qui est censé l'avoir faite conformément aux stipulations de l'article 11, n'est pas tenu à se défaire, à quelque époque que ce soit, des possessions qu'il pourroit avoir dans les états d'un souverain dont il n'est pas sujet. Il jouira, à l'égard de ces propriétés, de tous les droits qui sont attachés à la possession. Il pourra en dépenser les revenus dans le pays où il aura élu son domicile, sans subir aucune détraction au moment de l'exportation. Il pourra vendre ces mêmes possessions et en transporter le montant, sans être soumis à aucune retenue quelconque.

Article 14.

Les prérogatives énoncées dans l'article précédent, de non-détraction, ne s'étendent toutefois qu'aux biens qu'un tel propriétaire possédera à l'époque de la ratification du présent traité.

Article 15.

Ces mêmes prérogatives s'appliquent cependant à toute acquisition faite dans l'une des deux dominations à titre d'hérédité, de mariage ou de donation d'un bien qui, à l'époque de la ratification du présent traité, appartenoit en dernier lieu à un propriétaire mixte.

Article 16.

Dans le cas qu'il fût dévolu à un individu qui ne possède aujourd'hui que dans l'un des deux gouvernemens, une fortune quelconque, à titre d'héritage, de legs, de donation, de mariage, dans l'autre gouvernement, il sera assimilé au proprié-

taire mixte, et sera tenu de faire, dans le terme prescrit, la déclaration de son domicile fixe. Ce terme, d'un an, datera du jour où il aura apporté la preuve légale de son acquisition.

Article 17.

Il sera libre au propriétaire mixte, ou à son fondé de pouvoir, de se rendre, en tout temps, de l'une de ses possessions dans l'autre; et pour cet effet, il est de la volonté des deux cours que le gouverneur de la province la plus voisine délivre les passe-ports nécessaires, à la réquisition des parties. Ces passe-ports seront suffisans pour passer d'un gouvernement dans l'autre, et seront réciproquement reconnus.

Article 18.

Les propriétaires dont les possessions sont coupées par la frontière, seront traités, relativement à ces possessions, d'après les principes les plus libéraux.

Ces propriétaires mixtes, leurs domestiques et les habitans, auront le droit de passer et repasser avec leurs instrumens aratoires, leurs bestiaux, leurs outils, etc. etc., de l'une partie de la possession, ainsi coupée par la frontière, dans l'autre, sans égard à la différence de souveraineté, de transporter de même d'un endroit à l'autre leurs moissons, toutes les productions du sol, leurs bestiaux et tous les produits de leur fabrication, sans avoir besoin de passe-ports, sans empêchement, sans redevance, et sans payer de droit quelconque.

Cette faveur est restreinte toutefois aux productions naturelles ou industrielles dans le terri-

toire ainsi coupé par la ligne de démarcation. De même, elle ne s'étend qu'aux terres appartenantes au même propriétaire dans l'espace déterminé d'un mille, de quinze au degré, de part et d'autre, et qui auroient été coupées par la ligne de frontière.

Article 19.

Les sujets de l'une et de l'autre des deux puissances, nommément les conducteurs de troupeaux et pâtres, continueront à jouir des droits, immunités et privilèges dont ils jouissoient par le passé. Il ne sera également mis aucun obstacle à la pratique journalière de la frontière entre les limitrophes, (en allemand: GrenzVerkehr).

Article 20.

La juridiction du domicile sera aussi celle qui décidera entre particuliers des questions provenant du chef de ces territoires. Mais c'est le forum du territoire dans lequel est située la propriété en litige, qui fera exécuter la sentence. Cette disposition sera en vigueur pendant l'espace de dix ans, au bout desquels les deux hautes cours se réservent de convenir, s'il y a lieu, d'une autre règle.

Article 21.

La souveraineté des moulins, fabriques ou usines établis sur la largeur d'un lit de rivière qui fait la frontière, sera exercée par le souverain dans le territoire duquel sera situé le village ou l'endroit d'où dépendent ces établissemens.

Dans le cas où ils constitueroient une propriété particulière, on déléguera aux commissaires qui

seront chargés de la démarcation des frontières sur le terrain, le soin de déterminer, selon les règles réciproques de l'équité, et d'après les localités, ce qui sera convenable par rapport à la souveraineté.

Il est bien entendu que l'on ne pourra point former de nouveaux établissemens de ce genre sans le consentement réciproque des gouvernemens riverains.

Article 22.

La navigation de tous les fleuves et canaux de toutes les parties de l'ancienne Pologne (année 1772) dans toute leur étendue, jusqu'à leur embouchure, tant en descendant qu'en remontant, que ces fleuves soient navigables actuellement, ou qu'on les rende tels à l'avenir, ainsi que sur les canaux qui pourroient être entrepris, sera libre, de telle sorte qu'elle ne puisse être interdite à aucun des habitans des provinces polonoises qui se trouvent sous les gouvernemens prussien ou russe.

Les mêmes principes établis en faveur des sujets des deux hautes puissances, seront appliqués à la fréquentation des ports par lesdits sujets; bien entendu qu'il ne s'agit ici que des ports où ils peuvent arriver au moyen de la navigation des fleuves, canaux et des rivières en question, ou au moyen de celle du Haff pour l'entrée de celui de Koenigsberg.

Article 23.

Le droit de hallage et d'attérage sur les rives des fleuves, les bords des rivières et canaux, sera commun à tous les sujets en question. Les bate-

tiers seront assujettis néanmoins aux réglemens de police concernant la pratique de la navigation intérieure.

Article 24.

Pour assurer davantage encore la liberté de la navigation et son activité, pour en écarter toute entrave pour l'avenir, les deux hautes parties contractantes sont convenues de n'établir qu'une seule espèce de droit de navigation, portant sur la capacité, le jaugeage du vaisseau ou sur le poids de son chargement.

Il sera nommé de part et d'autre des commissaires pour régler ce droit, qui sera porté à un taux très-modéré, uniquement destiné à entretenir les fleuves et les canaux en question dans un état navigable. Ce droit, une fois approuvé par les deux cours, ne pourra plus être changé que d'un commun accord. Il en sera de même à l'égard des bureaux à déterminer pour la perception de ces mêmes droits. Le péage établi de cette manière sera perçu, sur le territoire de chacune des deux puissances contractantes, pour le compte respectif de chacune d'elles.

Si l'une des deux puissances contractantes cependant faisoit à ses frais l'établissement d'un nouveau canal, les sujets de S. M. prussienne ne pourront jamais être assujettis à des droits de navigation plus élevés que ceux de S. M. l'Empereur de toutes les Russies. La réciprocité sera entière à cet égard.

Article 25.

En conséquence du principe admis dans l'article précédent, tous les droits onéreux quelcon-

ques d'entrepôt, de rompre-charge, d'étape, de non-allège et autres de pareille nature, qui pourroient avoir existé contrairement à la liberté de la navigation des fleuves, rivières et canaux en question dans toute leur étendue, seront abolis à jamais.

Article 26.

Quant aux droits ou privilèges de quelques villes et leurs ports, qui pourroient donner atteinte aux droits de propriété, et qui seroient par conséquent en contradiction avec les principes réciproquement adoptés, il à été convenu qu'ils seroient examinés par une commission composée de commissaires des deux cours, pour convenir des abolitions nécessaires, et pour procurer ainsi au commerce la liberté et l'activité nécessaires à sa prospérité.

Les commissaires à déléguer pour cet objet, seront nommés incessament, et leur travail devra être terminé, vu et approuvé au plus tard six mois après la date de la ratification du présent traité.

Article 27,

Il sera libre à chacune des deux puissances d'établir chez l'autre des consuls ou des agens de commerce, à condition néanmoins qu'ils se feront reconnoître d'après les formes usitées.

Article 28.

Afin d'activer autant que possible la culture dans toutes les parties de l'ancienne Pologne, d'exciter l'industrie des habitans, de consolider leur prospérité, les deux hautes parties contrac-

tantés, pour ne laisser aucun doute sur leurs vues bienfaisantes et paternelles à cet égard, sont convenues de permettre à l'avenir, et pour toujours, entre toutes leurs provinces polonoises (à dater de 1772), la circulation la plus illimitée de toutes les productions et produits du sol et de l'industrie de ces mêmes provinces. Les commissaires nommés pour les arrangemens à faire, conformément aux stipulations de l'article 26, seront chargés également de convenir, dans le terme indiqué de six mois, d'un tarif d'après lequel sera payé le droit d'entrée et de sortie de toutes les productions de la nature du sol, des manufactures et des fabriques des provinces mentionnées: ce droit ne pourra pas excéder dix pour cent de la valeur de la marchandise au lieu de son expédition. S'il convenoit aux deux cours d'établir un droit sur l'importation réciproque des grains, il sera réglé sur le taux le moins onéreux par les mêmes commissaires, selon les instructions qui leur seront données. Pour obvier que des étrangers ne profitent des arrangemens pris en faveur des provinces citées, il est arrêté que tous les articles, produits de ces dernières, qui passeront d'un gouvernement dans l'autre seront accompagnés d'un certificat d'origine, sans quoi ils n'entreront pas. A défaut de celui du consul, s'il se trouvoit trop éloigné, celui du magistrat du lieu sera admis.

Article 29.

Quant au commerce de transit, il sera parfaitement libre dans toutes les parties de l'ancienne Pologne. Il sera soumis au péage le plus modéré. La même commission, indiquée aux arti-

cles 26 et 28, déterminera le mode d'après lequel cette valeur devra être constatée, et avisera aux moyens les plus sûrs pour éviter toute espèce de retard dans les expéditions aux douanes, ou d'autres vexations, de quelque nature qu'elles puissent être.

Article 30.

Les stipulations arrêtées dans les articles ci-dessus, relatifs au commerce et à la navigation, ne pourront point souffrir d'application partielle. En conséquence, jusqu'à l'époque (qui ne pourra point passer le terme de six mois) où la commission mentionnée aura terminé son travail, la navigation continuera sur le pied où elle se trouvoit dans les derniers temps. A l'égard du commerce d'importation, chacun des deux gouvernemens adoptera, pendant cette époque intermédiaire, les mesures qu'il jugera convenable.

Article 31.

Le règlement de dettes, et la fixation des proportions dans lesquelles chacune des puissances contractantes concourra à une oeuvre sur laquelle se fondent l'avantage des individus, l'ordre dans les finances, et l'application des traités, ont fixé l'attention particulière des deux hautes cours. Il a été convenu en conséquence, pour procéder avec la précision que de pareilles stipulations exigent, de séparer les dettes en anciennes, c'est-à-dire celles du Roi Stanislas-Auguste et de la ci-devant république de Pologne, et en nouvelles, c'est-à-dire celles du duché de Varsovie.

Article 32.

Quant à la première catégorie, toute la part des dettes en question à supporter par la Prusse, en conséquence du traité de 1797, ayant été convertie en obligations de la société maritime, connues sous le nom de reconnoissances, et S. M. le Roi voulant rester chargé de la totalité de ces obligations avec leurs intérêts, la bonification à faire à la Prusse de ce chef, par le duché de Varsovie, sous la garantie de S. M. l'Empereur de toutes les Russies, a été réglée, pour capital et intérêts, dans le tableau (A). Il a été arrêté en conséquence, que ce tableau seroit envisagé comme s'il avoit été inséré mot à mot au présent article. Il a été pour cet effet signé séparément, et la somme totale qui en résulte, en faveur de la Prusse, sera remboursée à cette puissance en huit termes égaux et annuels, les intérêts comptés à quatre pour cent. Il est entendu que les paiemens seront réglés de manière à ce qu'il ne puisse jamais être payé intérêt de l'intérêt. Le premier terme écherra le 12/24 juin 1816. Les hautes parties contractantes ayant cependant pris en considération l'état actuel des choses et les nouveaux efforts que les circonstances exigeront, elles sont convenues, si la paix n'étoit point rétablie à l'époque précitée, de reculer le terme du premier paiement, et les autres progressivement, selon l'ordre indiqué, jusqu'au temps où les troupes respectives rentreront dans leurs foyers.

Article 33.

Il sera libre au duché de Varsovie de rembourser à la Prusse le capital et les intérêts, tels

qu'ils sont arrêtés dans le tableau mentionné, soit en obligations de la société maritime, dites reconnoissances, ou en tel autre papier par lequel ces reconnoissances pourroient être remplacées, soit en espèces; et dans ce cas, S. M. prussienne consent à un rabais de dix pour cent. Ce rabais ne pourra point s'appliquer aux intérêts courans, qui pourront toutefois être acquittés en coupons courans.

Article 34.

Quant aux nouvelles dettes du duché de Varsovie, S. M. prussienne se charge d'y concourir dans la proportion de trois dixièmes. Il est entendu que la cour de Prusse participera à l'actif résultant de la liquidation qui aura lieu, dans les mêmes proportions.

Article 35.

La quote-part pour laquelle S. M. l'Empereur de toutes les Russies s'engage de concourir aux dettes anciennes du duché de Varsovie, se trouvant détaillée et fixée au tableau (B), il sera envisagé comme s'il étoit inséré mot à mot au présent article, et le trésor impérial russe paiera directement au gouvernement prussien le montant résultant de ce tableau dans les mêmes séries, les mêmes termes et avec les mêmes intérêts stipulés et arrêtés pour les remboursemens à faire par le trésor du duché de Varsovie sous la garantie de S. M. I.; de sorte que ce dernier ne sera plus chargé, vis-à-vis de la Prusse, que d'une somme de dix-huit millions cinq cent soixante treize mille neuf cent cinquante-deux et vingt-un trentièmes florins de Pologne.

Article 36.

Immédiatement après la signature du présent traité, il sera nommé une commission qui se réunira à Varsovie: elle sera composée d'un nombre suffisant de commissaires et d'employés. Son objet sera,

1. De dresser une balance exacte de ce qui est dû par les gouvernemens étrangers;

2. De régler réciproquement entre les parties contractantes les comptes provenans de leurs prétentions respectives;

3. De liquider les prétentions des sujets vis-à-vis des gouvernemens, en un mot, de s'occuper de tout ce qui a rapport à des question de ce genre.

Article 37.

Dès que la commission mentionnée dans l'article précédent sera installée, elle nommera un comité chargé de procéder sur-le-champ aux dispositions nécessaires pour la restitution de tous les cautionnemens, soit qu'ils consistent en argent comptant ou en titres et documens que des sujets de l'une des parties contractantes pourroient avoir faits, et qui se trouveroient dans les états de l'autre. Il en sera de même de tous les dépôts judiciaires, et autres quelconques, qui pourroient avoir été transférés d'une province dans l'autre. Ils seront restitués aux juridictions des gouvernemens auxquels ils appartiennent.

Article 38.

Tous les documens, plans, cartes ou titres quelconques qui pourroient se trouver dans les

archives de l'une ou de l'autre des parties contractantes, seront réciproquement restitués à la puissance dont ils concernent le territoire.

Si un document de ce genre a un effet commun, la partie qui en est en possession, le conservera, mais il en sera donné à l'autre une copie vidimée et légalisée.

Article 39.

Les actes de l'administration seront séparés; chacune des parties contractantes recevra la part qui concerne ses états.

La même règle s'observera pour les livres et actes hypothécaires. Dans le cas prévu à l'article ci-dessus, il en sera donné copie légalisée.

Article 40.

Quant aux dépôts de tout genre qui, pendant la guerre de 1806, ont été mis par des employés prussiens en sûreté à Koenigsberg, si la restitution n'en a pas encore été effectuée, elle aura lieu immédiatement, d'après les principes établis par la convention du 10 septembre 1810, et conformément à ce qui a été fixé dans les conférences des commissaires respectifs qui ont traité cet objet à Varsovie.

Article 41.

Il sera nommé immédiatement une commission mixte militaire et civile, pour lever une carte exacte de la nouvelle frontière, en faire la description topographique, placer les poteaux, et en désigner les angles de relèvement, de manière à ce que, dans aucun cas, il ne puisse naître le

moindre doute, contestation, ni difficulté, si, par la suite des temps, il s'agissoit de rétablir une marque de bornage détruite par un accident quelconque.

Article 42.

Aussitôt après la ratification du présent traité, les ordres nécessaires seront envoyés aux commandans des troupes dans le duché de Varsovie, et aux autorités compétentes, pour l'évacuation des provinces qui retournent à S. M. prussienne, et la remise de ce pays aux commissaires qui seront désignés pour cet objet. Elle s'effectuera de manière à pouvoir être terminée dans l'espace de vingt-un jours.

Article 43.

Le présent traité sera ratifié, et les ratifications en seront échangées dans l'espace de six jours.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signé, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Vienne le $\frac{\text{trois mai}}{\text{vingt-un avril}}$ de l'an de grâce mil huit cent quinze.

(L.S.) Le Prince de Hardenberg.
(L.S.) Le Comte de Rasoumoffsky.

Tableaux
faisant suite au précédent traité.

A.
Somme à bonifier par le trésor du duché de Varsovie.

Tableau relatif à l'article 32.

	Flor. de Pologne.
La part des dettes anciennes du Roi et de la république de Pologne, dont, par suite de la convention de 1797, la Prusse s'étoit chargée, à titre de ses acquisitions dans les deux derniers partages, et sur le montant de laquelle elle avoit créé des obligations connues sous le nom de reconnoissances, se monte à vingt-sept millions deux cent soixante-six mille six cent soixante-six et deux tiers, ci .	27,266,666$\frac{2}{3}$
Sur ce total, la Prusse conserve, à sa charge, à titre d'une partie des susdites acquisitions qui lui restent, dix millions, ci	10,000,000
Reste du capital à rembourser à la Prusse, dix-sept millions deux cent soixante-six mille, six cent soixante-six et deux tiers, ci	17,266,666$\frac{2}{3}$
Les intérêts de la part totale susdite depuis le 9 juillet 1807 (date du traité de Tilsit) jusqu'au 9 avril 1815, par conséquent pour sept ans et neuf mois, pendent lesquels la Prusse étoit	
	17,266,666$\frac{2}{3}$

	Flor. de Pologne.
De l'autre part	$17,266,666^{2}/_{3}$
privée de ses possessions en Pologne, à raison de quatre pour cent par an, montant à 8,452,666	
La Prusse se chargeant des trois dixièmes de ces arrérages d'intérêts, qui sont envisagés comme dette nouvelle du duché, il faut décompter du total des arrérages 2,535,799	
Reste à rembourser à la Prusse, à titre d'arrérages d'intérêts, cinq millions neuf cent seize mille huit cent soixante-sept, ci	5,916,867
Total de ce que le duché doit rembourser à la Prusse	$23,183,533^{2}/_{3}$
Mais S. M. l'Empereur de toutes les Russies s'étant engagé, en vertu de l'art. 35 du présent traité, de faire rembourser directement par son trésor impérial russe, la quote-part dont S. M. I. est chargée d'après le tableau relatif à l'article 35 cité, avec la somme de	$4,609,580^{7}/_{10}$
Le trésor du duché de Varsovie ne reste plus chargé que de celle de dix-huit millions cinq cent soixante-treize mille neuf cent cinquante-deux vingt-un trentièmes	$18,573,952^{21}/_{30}$

A Vienne, le trois mai mil huit cent quinze.

Le Prince de Hardenberg.
Le comte de Rasoumoffsky.

B.

Sommes à bonifier par le trésor impérial russe.

Tableau relatif à l'article 35.

	Flor. de Pologne.
La part des dettes anciennes du Roi et de la république de Pologne, dont S. M. l'Empereur de toutes les Russies se charge, à titre de l'acquisition de Bialystock, équivalant à un douzième de la dette originaire de 27,266,666$^2/_3$ florins de Pologne, résultant de la convention de 1797, à la charge de la Prusse, la somme à bonifier de ce chef immédiatement par le trésor impérial russe, est donc de deux millions deux cent soixante-douze mille deux cent vingt-deux un cinquième florins de Pologne, ci . .	2,272,222$^1/_5$
Intérêts arriérés de cette somme à quatre pour cent, à dater de la paix de Tilsit (9 juillet 1807), c'est-à-dire pour sept ans et neuf mois, sept cent quatre mille trois cent quatre-vingt-huit florins de Pologne, ci	704,388
Le duché de Varsovie ayant été administré pour le compte de la Russie depuis le mois de novembre 1812, c'est-à-dire pendant deux ans et quatre mois, S. M. l'Empereur s'engage de faire bonifier de ce chef, immédiatement par le trésor impérial russe, à la place de celui du duché de Varsovie, pour ce temps, sept dixièmes des intérêts du capital de	
	2,976,610$^1/_5$

	Flor. de Pologne.
Ci-contre . .	2,976,610 $^{1}/_{5}$
24,994,444 $^{3}/_{15}$ de florins de Pologne, qui restoient à la charge du duché par suite des acquisitions faites par le traité de Tilsit, ce qui fait la somme d'un million six cent trente-deux mille neuf cent soixante-dix et demi florins de Pologne, ci	1,632,970 $^{1}/_{2}$
Total, quatre millions six cent neuf mille cinq cent quatre-vingt et sept dixièmes florins de Pologne, ci . .	4,609,580 $^{7}/_{10}$

A Vienne, le trois mai mille huit cent quinze.

Le Pince de Hardenberg.
Le Comte de Rasoumoffsky.

No 3.

Traité additionnel

relatif à Cracovie, son territoire et sa constitution, conclu entre les cours de Russie, d'Autriche et de Prusse, à Vienne le $\frac{21\ \text{avril}}{3\ \text{mai}}$ 1815.

Avec
la constitution de la ville libre de Cracovie.

(Dieser Tractat, nebst der Constitution der freien Stadt Cracau, ist schon oben abgedruckt, Bd. V, S. 138—157.)

No. 4.

Traité de paix
entre S. M. le Roi de *Saxe* et la *Prusse*, l'*Autriche* et la *Russie*; en date de Vienne le 18 mai 1815. *)

Au nom de la très-sainte et indivisible Trinité.

S. M. le Roi de Prusse d'une part, et S. M. le Roi de Saxe d'autre part, animées du désir de renouer les liens d'amitié et de bonne harmonie qui ont si heureusement substité entre leurs états respectifs, et ayant à coeur de contribuer au rétablissement de l'ordre et de la tranquillité, en Europe, par l'exécution des arrangemens territoriaux stipulés au congrès de Vienne, leursdites Majestés ont nommé des plénipotentiaires, pour discuter, arrêter et signer un traité de paix et d'amitié, savoir:

S. M. le Roi de Prusse, le Prince de Hardenberg, son chancelier d'état, etc. **), et le Sieur Charles-Guillaume Baron de Humboldt, etc. *):**

*) Bei gegenwärtiger Ausgabe dieses Tractats ist derjenige officielle Abdruck verglichen worden, welcher zu Dresden auf Befehl des königlich-sächsischen Hofes („imprimé par l'ordre de la cour de Saxe"), mit beigefügter teutschen Uebersetzung, bei dem Hofbuchdrucker Meinhold und Söhnen, auf 23 Seiten in gr. 4. erschienen ist. — Großbritannien's Beitritt steht unten, im achten Bande. A. d. H.

**) Der vollständige Titel steht oben in dem Eingang des Acte final du congrès de Vienne. A. d. H.

***) Den vollständigen Titel findet man oben, a. a. O. A. d. H.

Et S. M. le Roi de Saxe, le Sieur Frédéric-Albert, Comte de Schulenbourg, son chambellan, chevalier de l'ordre de Saint-Jean-de-Jérusalem, et le Sieur Hans-Auguste-Fürchtegott de Globig, son chambellan, conseiller de la cour de justice, et référendaire intime.

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans:

Article 1er.

Il y aura, à compter de ce jour, paix et amitié entre S. M. le Roi de Prusse, d'une part, et S. M. le Roi de Saxe, de l'autre part, leurs héritiers et successeurs, leurs états et sujets respectifs, à perpétuité.

Article 2.

S. M. le Roi de Saxe renonce à perpétuité, pour lui et tous ses descendans et successeurs, en faveur de S. M. le Roi de Prusse, à tous ses droits et titres sur les provinces, districts et territoires, ou parties de territoires du royaume de Saxe désignées ci-après. S. M. le Roi de Prusse possédera ces pays en toute souveraineté et propriété, et les réunira à sa monarchie. Les districts et territoires ainsi cédés seront séparés du reste du royaume de Saxe par une ligne qui fera désormais la frontière entre les deux territoires prussien et saxon, de manière que tout ce qui est compris dans la délimitation formée par cette ligne, sera restitué à S. M. le Roi de Saxe, et *)

*) In dem angeführten Dresdner officiellen Abdruck und in dem wiener amtlichen Abdruck S. 149. steht: „mais que," statt des obigen „et que." A. d. H.

que S. M. renonce à tous les districts et territoires, qui seroient situés au delà de cette ligne, et qui lui auroient appartenu avant la guerre.

Cette ligne partira de confins de la Bohème près de Wiese dans les environs de Seidenberg, et suivant le courant du ruisseau de Wittich jusqu'à son confluent avec la Neisse.

De la Neisse, elle passera au cercle d'Eigen, entre Tauchritz, venant à la Prusse, et Bertschoff restant à la Saxe; puis elle suivra la frontière septentrionale du cercle d'Eigen jusqu'à l'angle entre Paulsdorf et Oberschland: de là, elle sera continuée jusqu'aux limites qui séparent le cercle de Goerlitz de celui de Bautzen, de façon que Ober-, Mittel- et Nieder-Sohland, Olisch et Radewitz restant à la Saxe.

La grande route de poste entre Goerlitz et Bautzen, sera à la Prusse, jusqu'aux limites des deux cercles susdits. Puis la ligne suivra la frontière du cercle jusqu'à Dubrauke; ensuite elle s'étendra sur les hauteurs; à la droite du Loebauer-Wasser *), de manière que ce ruisseau avec ses deux rives, et les endroits riverains jusqu'à Neudorf, restent, avec ce village, à la Saxe.

Cette ligne retombera ensuite sur la Sprée et le Schwarz-Wasser; Liska, Hermsdorf, Ketten et Solchdorf passent à la Prusse.

Depuis la Schwarze-Elster, près de Solchdorf, on tirera une ligne droite jusqu'à la frontière de la seigneurie de Königsbrück près de Gross-Graebchen. Cette seigneurie reste à la Sa-

*) In dem pariser Abdruck des Herrn Friedr. Schöll, steht „Lobauer-Wasser." Der wiener amtliche Abdruck hat S. 149: „Löbauer-Wasser." A. d. H.

xe, et la ligne suivra la frontière septentrionale de cette seigneurie jusqu'à celle du bailliage de Grossenhayn dans les environs d'Ortrand. Ortrand et la route, depuis cet endroit, par Merzdorf, Stolzenhayn et Groebeln, à Mühlberg, avec les villages que cette route traverse, et de manière qu'aucune partie de ladite route ne reste hors du territoire prussien, passent sous la domination de la Prusse. La frontière depuis Groebeln sera tracée jusqu'à l'Elbe près de Fichtenberg, et suivra celle du bailliage de Mühlberg. Fichtenberg vient à la Prusse.

Depuis l'Elbe jusqu'à la frontière du pays de Mersebourg, elle sera réglée de manière que les bailliages de Torgau, Eilenbourg et Delitsch passent à la Prusse, et ceux d'Oschatz, Wurzen et Leipzig restent à la Saxe. La ligne suivra les frontières de ces baillages, en coupant quelques enclaves et demi-enclaves. La route de Mühlberg à Eilenbourg, sera en entier sur le territoire prussien.

De Podelwitz, appartenant au bailliage de Leipzig et restant à la Saxe, jusqu'à Eytra, qui lui reste également, la ligne coupera le pays de Mersebourg, de manière que Breitenfeld, Haenichen, Gross- et Klein-Doelzig, Mark Ranstaedt et Knaut-Nauendorf restent à la Saxe; Modelwitz, Skenditz, Klein-Liebenau, Alt-Ranstaedt, Schkoehlen *) et Zietschen passent à la Prusse.

*) In dem angeführten pariser Abdruck steht in diesem Absatz: Hanichen, statt Haenichen: Dolzig, statt Doelzig; Mark-Randstaedt, statt MarkRanstaedt; Kleinau, Libenau, statt Klein-Liebenau; Schkohlen, statt Schkoehlen. Der wiener amtliche Abdruck S. 150 ff. stimmt mit obigem (meinem) Abdruck überein. A. d. H.

Depuis là, la ligne coupera le bailliage de Pégau entre le Flossgraben et la Weisse-Elster. Le premier, du point où il se sépare au dessous de la ville de Crossen, qui fait partie du bailliage de Haynsbourg, de la Weisse-Elster, jusqu'au point où, au-dessus de la ville de Mersebourg, il se joint à la Saale, appartiendra, dans tout son cours entre ces deux villes avec ses deux rives, au territoire prussien.

De là où la frontière aboutit à celle du pays de Zeitz, elle suivra celle-ci jusqu'à celle du pays d'Altenbourg près de Luckau.

Les frontières du cercle de Neustadt, qui passe en entier sous la domination de la Prusse, restent intactes.

Les enclaves du Voigtland dans le pays de Reuss, savoir: Gefäll, Blintendorf, Sparenberg et Blankenberg, se trouvent comprises dans le lot de la Prusse.

Article 3.

Pour éviter toute lésion de propriétés particulières, et mettre à couvert, d'après les principes les plus libéraux, les biens des individus domiciliés sur les frontières, il sera nommé, tant par S. M. le Roi de Prusse, que par S. M. le Roi de Saxe, des commissaires pour procéder conjointement à la délimitation des pays qui, par les dispositions du présent traité, changent de souverain.

Aussitôt que le travail des commissaires sera terminé, et approuvé par les deux souverains, il sera dressé des cartes signées par les commissai-

res respectifs, et placé des poteaux qui constateront les limites réciproques.

Article 4.

Les provinces et districts du royaume de Saxe, qui passent sous la domination de S. M. le Roi de Prusse, seront désignées sous le nom de duché de Saxe, et S. M. ajoutera à ses titres ceux de Duc de Saxe, de Landgrave de Thuringe, Margrave des deux Lusaces, et Comte de Henneberg. S. M. le Roi de Saxe continuera à porter le titre de Margrave de la Haute-Lusace. S. M. continuera de même, relativement à *) et en vertu de ses droits de succession éventuelle sur les possessions de la branche Ernestine, à porter ceux de Landgrave de Thuringe, et de Comte de Henneberg.

Article 5.

S. M. le Roi de Prusse s'engage à faire évacuer par ses troupes, les provinces, districts et territoires du royaume de Saxe, qui ne passent point sous sa domination, et à en faire remettre l'administration aux autorités de S. M. le Roi de Saxe, dans le terme de quinze jours, à dater de l'échange des ratifications du présent traité.

Article 6.

On s'occupera immédiatement de tous les arrangemens qui sont une suite nécessaire et indispensable de la cession des provinces et districts désignés dans l'article 2 à la Prusse, tels que ceux

*) Das Wort „à" fehlt in dem pariser Abdruck, und auch in dem Dresdner, und in dem wiener amtlichen, S. 152. A. d. H.

relatifs aux archives, dettes, Cassenbillets ou autres charges, tant de ces provinces que du royaume en général, aux caisses publiques, arrérages, nommément à ceux des impôts ordinaires et revenus domaniaux, échus pendant le temps de l'administration prussienne, aux biens des établissemens publics, religieux, civils ou militaires, à l'armée, l'artillerie, aux provisions et munitions de guerre, aux rapports de féodalité et autres objets de la même nature.

Quant aux rapports de féodalité, S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi de Saxe, désirant d'écarter soigneusement tout objet de contestation ou de discussion futures, renoncent, chacun de son côté, et réciproquement, en faveur l'un de l'autre, à tout droit ou prétention de ce genre, qu'ils exerceroient ou qu'ils auroient exercés au delà des frontières fixées *) par le présent traité.

L'exécution du présent article se fera d'un commun accord, et par des commissaires nommés par les deux gouvernemens.

Article 7.

La séparation des archives se fera de la manière suivante. Les titres domaniaux, documens et papiers se rapportant exclusivement aux provinces, territoires ou endroits cédés en entier par S. M. le Roi de Saxe à S. M. prussienne, seront remis dans le terme de trois mois, à dater du jour de l'échange des ratifications, aux commissaires prussiens. La remise des plans et cartes

*) Das Wort „fixées" fehlt in dem Dresdner officiellen Abdruck. Nicht so in dem wiener, S. 153. A. d. H.

des forteresses, villes et pays, se fera de la même manière et dans le même terme. Là où une province ou territoire ne passe pas en entier sous la domination prussienne, les documens qui en regardent la totalité, seront remis en original aux commissaires prussiens, ou resteront ainsi à la Saxe, selon que la plus grande ou la plus petite partie de ladite province ou territoire aura été cédée. Celle des deux parties, à qui passent ou restent les originaux, s'engage à en fournir à l'autre des copies légalisées. Quant aux actes et papiers qui, sans se trouver dans l'un ou l'autre des deux cas mentionnés ici, sont d'un commun intérêt pour les deux parties, le gouvernement saxon en conservera les originaux; mais il s'engage à en faire délivrer à la Prusse des copies légalisées. Les commissaires prussiens seront mis en état de pouvoir juger lesquels de ces derniers actes, documens et papiers, pourroient avoir de l'intérêt pour leur gouvernement.

Article 8.

Relativement à l'armée, il est posé en principe, que les soldats, bas-officiers et tous les autres militaires qui n'ont pas rang d'officiers, suivront l'un ou l'autre des deux gouvernemens, prussien ou saxon, selon que l'endroit de leur naissance passera ou restera sous l'une ou l'autre domination. Les officiers de tout grade, ainsi que les chirurgiens et aumôniers, auront la liberté de choisir dans lequel des deux services ils préféreront de rester, et cette même liberté s'étendra aussi aux soldats et autres militaires, n'ayant pas rang d'officiers, qui ne sont pas pa-

tifs du royaume de Saxe ni de la monarchie prussienne.

Article 9.

Les dettes spécialement hypothéquées sur les provinces qui passent ou restent en entier sous la même domination, seront entièrement à la charge du gouvernement auquel ces provinces appartiendront; quant à celles affectées aux provinces dont une partie reste à S. M. le Roi de Saxe, ainsi qu'à celles qui appartiennent au royaume en général, S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi de Saxe établissent le principe suivant:

On distiguera les dettes à l'acquittement desquelles, soit pour le capital, soit pour les intérêts, certains revenus ont été spécialement assignés (fundirte Schulden), de celles où ce cas n'existe point. Les premières suivront ces revenus, de façon que la proportion dans laquelle ceux-ci tombent sous l'une ou l'autre domination, soit aussi celle dans laquelle elles seront partagées entre les deux gouvernemens. Pour ce qui est des dettes, à l'acquittement desquelles de certains revenus n'ont point été assignes (unfundirte Schulden), le motif qui les a fait contracter, doit faire connoître aussi le fonds sur lequel elles auroient dû être assignées, c'est-à-dire, les branches de revenus qui auroient dû être affectées au paiement des intérêts et au remboursement des capitaux. La Prusse et la Saxe y contribueront dans la proportion dans laquelle elles percevront ces revenus. Si, contre toute attente, il se trouvoit des cas où il fût impossible de désigner exactement le fonds spécial auquel une dette auroit

dû être affectée, on supposera que la totalité des revenus de la province, de l'établissement, de l'institution ou de la caisse, pour l'avantage desquels cette dette aura été contractée, en est grevée, et la dette sera à la charge des deux gouvernemens, dans la proportion de la part de ces revenus que chacun d'eux percevra. Les gages qu'on retirera moyennant le remboursement du capital pour lequel ils avoient servi de nantissement, retomberont à la province, à l'établissement, à l'institution, ou à la personne, auxquels la propriété de ces gages appartient. Ceux qui sont la propriété d'une province partagée entre les deux puissances, seront partagés dans la proportion dans laquelle les deux parties de cette province auront contribué à l'acquittement du capital.

Les principes ci-dessus établis pour les dettes, seront également appliqués aux créances.

Article 10.

S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi de Saxe, en reconnoissant la nécessité de remplir exactement les obligations contractées pour les besoins et le service du royaume de Saxe, par la commission dite Central Steuer Commission, sont convenues que celles-ci seront garanties mutuellement et acquittées par les deux gouvernemens. Il sera nommé, en conséquence, sans délai, de part et d'autre, un nombre égal de commissaires, pour liquider ces dettes, pour en faire le partage d'après le principe adopté pour les dettes publiques non fondées par l'article 9, et pour arrêter les termes et modalités de leur

acquittement. Chacun des deux gouvernemens s'engage à fournir les moyens de cet acquittement; ils se réservent néanmoins réciproquement d'effectuer ces paiemens, soit par les arrérages de l'impôt et les coupes de bois extraordinaires, sur lesquelles ils avoient été assignés, soit par d'autres mesures offrant une sûreté égale, de manière que, pour les époques du paiement, les obligations pour lesquelles l'impôt et les coupes de bois ont été ordonnés, soient exactement remplies. En autant toutefois que le produit de cet impôt et de ces coupes ne suffiroit pas, pour acquitter les engagemens contractés, il est convenu que leur produit dans la partie prussienne soit employé d'abord aux paiemens dont la banque et la société maritime prussiennes se sont chargées; si, pour les remplir, il falloit encore que la partie saxonne contribuât, et que, contre toute attente, le produit de l'impôt et des coupes dans la partie saxonne ne suffit pas pour fournir à ces deux établissemens le supplément nécessaire dans les termes échus, on accorde, de la part de la Prusse, un délai jusqu'à la foire de Leipzig de Saint-Michel de cette année. Pour ce qui regarde les autres paiemens auxquels le produit de l'impôt et des coupes de bois doit être employé, S. M. prussienne et S. M. saxonne se réservent, dans le cas de l'insuffisance de ce produit, de s'arranger, soit en s'entendant amiablement avec les créanciers, soit d'une autre manière, sur une prolongation des termes, et sur des facilités quant au mode de paiement.

Article 11.

S. M. le Roi de Prusse reconnoît expressément que le papier, connu sous le nom de Cassenbillets, appartient aux dettes de pays qui doivent être partagées selon les principes établis par l'article 9. S. M. prussienne promet, en conséquence, de se charger de la part qui lui reviendra, et tant elle que S. M. le Roi de Saxe, désirant de pourvoir, autant que possible, au bien-être de leurs sujets respectifs, s'engagent à prendre, d'un commun accord, relativement à ce papier, des mesures propres à maintenir son crédit dans les deux territoires. Pour cet effet, les deux gouvernemens sont convenus d'établir une administration commune des Cassenbillets, qui sera continuée au moins jusqu'au 1er septembre de cette année, et à laquelle on fournira, de commun accord, les fonds nécessaires pour maintenir le crédit de ces billets. Ils sont convenus également, que les réglemens qui subsistent à l'égard des Cassenbillets, relativement à leur acceptation dans les caisses publiques et dans d'autres paiemens, seront maintenus pendant cette époque, tant dans la partie du royaume de Saxe, cédée à la Prusse, que dans celle qui reste à S. M. le Roi de Saxe, et ne pourront être changés sans un commun accord.

Article 12.

S. M. le Roi de Saxe, formant des réclamations, soit sur les revenus échus du cercle de Cottbus, soit pour des avances faites à ce cercle, la commission, établie par l'article 14, s'occupera spécialement de la discussion de cet objet, et y

appliquera les principes convenus dans le présent traité pour des objets analogues.

Article 13.

S. M. le Roi de Prusse promet de faire régler tout ce qui peut regarder la propriété et les intérêts des sujets respectifs, sur les principes les plus libéraux. Le présent article sera particulièrement appliqué aux rapports des individus qui conservent des biens sous les deux dominations prussienne et saxonne, au commerce de Leipzig et à tous les autres objets de la même nature; et pour que la liberté individuelle des habitans, tant des provinces cédées que des autres, ne soit point gênée, il leur sera libre d'émigrer d'un territoire dans l'autre, sauf l'obligation du service militaire, et en remplissant les formalités requises par les lois. Ils pourront également exporter leurs biens, sans être sujets à aucun droit d'issue ou de détraction (Abzugsgeld).

Article 14.

S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi de Saxe nommeront incessament des commissaires, pour régler d'une manière précise et détaillée les objets mentionnés dans les articles 6 à 13, et 16 à 20. Cette commission se réunira à Dresde, et son travail devra être terminé au plus tard dans le terme de trois mois, à dater de l'échange des ratifications du présent traité.

Article 15.

S. M. l'Empereur d'Autriche ayant offert sa médiation pour tous les arrangemens entre les cours de Prusse et de Saxe, devenus nécessaires à la suite des cessions territoriales stipulées dans

l'article 2, S. M. le Roi de Saxe et S. M. le Roi de Prusse acceptent cette médiation, tant en général que spécialement pour les arrangemens dont les commissions mentionnées dans les articles 3 et 14 seront chargées.

S. M. s'engage, en conséquence, à nommer sans délai un commissaire chargé de ses pleins-pouvoirs, pour intervenir aux travaux desdites commissions.

Article 16.

Les communautés, corporations et établissemens religieux et d'instruction publique qui existent dans les provinces et districts cédés par S. M. le Roi de Saxe à la Prusse, ou dans les provinces et districts qui restent à S. M. saxonne, conserveront, quel que soit le changement que leur destination puisse subir, leur propriétés, ainsi que les redevances qui leur appartiennent d'après l'acte de leur fondation, ou qui ont été acquises depuis par eux, par un titre valable devant les lois, sous les deux dominations prussienne et saxonne, sans que l'administration et les revenus à percevoir puissent être molestés ni d'une part ni de l'autre, en se conformant toutefois aux lois, et en supportant les charges auxquelles toutes les propriétés ou redevances de la même nature sont sujettes dans le territoire dans lequel elles se trouvent.

Article 17.

Les principes généraux qui ont été adoptés au congrès de Vienne pour la libre navigation sur les fleuves, serviront de norme à la commission établie en vertu de l'article 14, pour régler sans

délai tout ce qui est relatif à la navigation, et sont particulièrement appliqués à celles sur l'Elbe, et, par rapport aux trains de bois, et au bois de flottage, aussi aux eaux désignées sous le nom du Elsterwerdaer-Flossgraben, de la Schwarze-Elster et de la Weisse-Elster, ainsi que du Flossgraben qui dérive de cette dernière rivière.

Article 18.

S. M. le Roi de Prusse s'engage à remplir les contracts passés entre le gouvernement saxon et les fermiers de domaines ou revenus domaniaux dans les provinces et territoires cédés en vertu de l'article 2, et dont les termes ne sont point encore expirés.

Article 19.

S. M. le Roi de Prusse promet de faire fournir annuellement au gouvernement saxon, et celui-ci s'engage à recevoir cent cinquante mille quintaux de sel (le quintal à cent dix libres poids marchand de Berlin), contre un prix qui, sans augmenter le prix de vente actuel pour les sujets saxons, assure à S. M. le Roi de Saxe la jouissance d'une gabelle aussi rapprochée que possible de celle qu'il percevoit immédiatement avant la dernière guerre sur chaque quintal de sel vendu.

La commission qui sera établie en vertu de l'article 14, réglera, d'après ce principe, le prix du quintal, ainsi que le nombre d'années pendant lesquelles il ne pourra être changé, et à l'expiration desquelles une nouvelle fixation sera faite de commun accord, tant de la quantité de sel que de son prix. La quantité des cent cinquante mille quintaux par an, pourra être portée, sur la de-

mande du gouvernement saxon (laquelle demande devra être articulée, si l'excédent est de cinquante mille quintaux ou de moins, six mois; s'il dépasse cette quantité, une année d'avance), jusqu'à deux cent cinquante mille quintaux, que le gouvernement prussien s'engage à fournir aux mêmes conditions que le minimum ci-dessus énoncé. Il est entendu que le terme convenu expiré, le minimum de cent cinquante mille quintaux ne pourra, dans aucun cas, être diminué à la volonté d'une des deux parties, et que le principe adopté pour les prix dans le présent article, fera encore la base de la nouvelle fixation.

Les sels que le gouvernement saxon recevra d'après le présent article, seront fournis des salines de Dürrenberg et de Koesen, et, dans le cas qu'on n'en produisît point une aussi grande quantité sur ces deux salines, des salines prussiennes les plus rapprochées des frontières de la Saxe.

Les sels que le gouvernement prussien fournira, en vertu de cet article, à la Saxe, ne pourront être grevés d'aucun droit d'exportation, et il n'en sera payé sur leur transport, des salines jusqu'à la frontière, d'autres droits quelconques que ceux de barrière, ponts, canaux ou écluses, que les sujets prussiens auroient également à payer en se servant de la même route et des mêmes moyens de transport.

Article 20.

L'exemtion *) des droits d'exportation, énoncée à la fin de l'article précédent pour les sels,

*) Nicht „l'exécution," wie in dem pariser Abdruck des Hrn. Schöll steht. Der wiener, S. 163, hat l'exemption. A. d. H.

est étendue sous les mêmes modifications de la part des deux gouvernemens, prussien et saxon, à l'exportation et l'importation respectives d'un territoire dans l'autre, des bleds, des combustibles de toute espèce, du bois de charpente, de la chaux, de l'ardoise, des meules, briques*) et pierres de tout genre, que ces objets soient acquis par les sujets des deux gouvernemens, ou par les gouvernemens eux-mêmes.

S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi de Saxe s'engagent en même temps mutuellement à ne jamais prohiber ni gêner l'exportation des objets ci-dessus mentionnés.

Article 21.

Aucun individu domicilié dans les provinces qui se trouvent sous la domination de S. M. le Roi de Saxe, ne pourra, non plus qu'aucun individu domicilié dans celles qui passent par le présent traité sous la domination de S. M. le Roi de Prusse, être frappé dans sa personne, dans ses biens, rentes, pensions et revenus de tout genre, dans son rang et ses dignités, ni poursuivi, ni recherché en aucune façon quelconque, pour aucune part qu'il ait pu politiquement ou militairement prendre aux évènemens qui ont eu lieu depuis le commencement de la guerre, terminée par la paix conclue à Paris le 30 mai 1814. Cet article s'étend également à ceux qui, sans être domiciliés dans l'une ou l'autre partie de la Saxe, y auroient des biens-fonds, rentes, pensions ou revenus, de quelque nature qu'ils soient.

*) Nicht „briquets," wie in dem angeführten pariser Abdruck steht. Der wiener, S. 163, hat briques. A. d. H.

Article 22.

S. M. le Roi de Saxe, tant pour Lui, ses héritiers et successeurs, que pour les princes de sa maison, leurs héritiers et successeurs, renonce à perpétuité, à tout titre quelconque, domanial ou autre, qui pourroit dériver de la possession du duché de Varsovie.

S. M. reconnoît les droits de souveraineté sur ce pays, tels qu'ils ont été stipulés par le traité de Vienne, du $\frac{\text{21 avril}}{\text{3 mai}}$ de cette année; pour les provinces qui passent sous le sceptre de S. M. l'Empereur de toutes les Russies, avec le titre de Roi de Pologne; pour les parties qui sur la rive droite de la Vistule retournent à S. M. l'Empereur d'Autriche; ainsi que pour les provinces qui seront possédées par S. M. le Roi de Prusse, sous le titre de grand-duché de Posen.

Article 23.

S. M. le Roi de Saxe s'engage à faire restituer fidèlement les archives, cartes, plans et autres documens quelconques, appartenans au duché de Varsovie. Cette restitution aura lieu dans un délai qui ne pourra point passer l'espace de six mois, à dater du jour de l'échange des ratifications du présent traité.

Article 24.

S. M. le Roi de Saxe est dégagée de toute responsabilité et charges quelconques, à l'égard de toutes les dettes contractées pour le duché de Varsovie, avec le concours du ministère des finances ou autres employés publics de ce pays, nommément de toute obligation à l'égard de la

convention de Bayonne, qui est annullée, et de l'emprunt ouvert sur les salines de Wieliczka.

Quant aux 2,550,193 florins, reclamés pour avoir été versés par les caisses saxonnes dans celles du duché de Varsovie, comme par le traité signé le $\frac{\text{21 avril}}{\text{3 mai}}$ entre la Prusse, l'Autriche et la Russie, il est stipulé qu'il seroit établi incessamment à Varsovie une commission de liquidation composée de commissaires russes, autrichiens et prussiens, et que les trois cours ont investis cette commission des pouvoirs nécessaires pour connoître de la dette extérieure et intérieure, et même de leurs prétentions ou charges réciproques entre elles, cette réclamation suivra le même mode; elle sera déférée à ladite commission, et il sera libre à S. M. le Roi de Saxe d'y accréditer de sa part un commissaire qui assistera à ses délibérations.

Article 25.

Le présent traité sera ratifié, et les actes de ratification échangés, dans le terme de trois jours, ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et *) muni du cachet de leurs armes.

Fait à Vienne, le 18 mai de l'an de grâce 1815.

(Signés.) (L. S.) Le Prince de Hardenberg.
(L. S.) Le Baron de Humboldt.
(L. S.) Le Comte de Schulenburg.
(L. S.) De Globig.

*) In dem pariser Abdruck fehlt hier noch das Wort: l'ont. Nicht so in dem wiener S. 166. A. d. H.

Note de l'éditeur.

Le même traité a été conclu et signé, le même jour, entre S. M. le Roi de Saxe et la cour de Vienne; de même, entre la Saxe et la Russie.

No 5.

Déclaration

de S. M. le Roi de Saxe, sur les droits de la maison des Princes et Comtes de Schoenburg, en date de Vienne le 18 mai 1815; avec l'Acte d'acceptation, datée de Vienne le 29 mai 1815.

S. M. le Roi de Saxe, désirant se conformer à l'intention que les cours de Russie, d'Autriche, de France, de la Grande-Bretagne et de Prusse ont exprimée dans l'article relatif à la maison de Schoenburg, ici transcrit, et formant le trente-troisième de ceux qui ont été communiqués à Sadite Majesté à Presbourg:

Article:

„Les hautes parties contractantes, en réservant „expressément à la maison des Princes de „Schoenburg les droits qui résulteront de ces „rapports futurs avec la ligue germanique, lui „confirment et garantissent respectivement, par „rapport à ses possessions dans le royaume de „Saxe, toutes les prérogatives que la maison „royale de Saxe a reconnues, dans le recès du

„4 mai 1740, conclu entre elle et la maison de „Schoenburg,“

Déclare,

1. S'engager envers les cinq puissances ci-dessus rappelées, à reconnoître les avantages et les droits qui seront assurés dans la ligue germanique aux Princes et Comtes de Schoenburg, sauf les droits que la cour de Saxe exerce sur les biens de ladite maison;

2. S. M. le Roi de Saxe s'engage également envers les cinq puissances, pour lui et ses successeurs, à observer et faire observer pour tous les temps à venir, et dans toute leur étendue, les termes du recès du 4 mai 1740.

La présente déclaration sera de la même force et valeur, comme si elle avoit été insérée dans le traité conclu sous la date de ce jour entre Sadite Majesté et LL. MM. l'Empereur d'Autriche, l'Empereur de Russie et le Roi de Prusse.

Fait à Vienne, le 18 mai 1815.

Signé (L. S.) le Comte de Schulenburg.
(L. S.) De Globig.

Acte d'acceptation.

Les soussignés plénipotentiaires d'Autriche, de Russie, de France, de la Grande-Bretagne et de Prusse, acceptent formellement, au nom de leurs cours respectives, la déclaration ci-dessus faite au nom de S. M. le Roi de Saxe, à l'effet que la disposition y contenue ait la même force que si elle étoit textuellement comprise-

dans le traité du 18 mai entre les cours ci-dessus dénommées et S. M. le Roi de Saxe.

Fait à Vienne, le 29 mai 1815.

Signés: (L. S.) Le Prince de Metternich.
(L. S.) Le Prince de Hardenberg.
(L. S.) Le Prince de Rasoumoffsky.
(L. S.) Le Prince de Talleyrand.
(L. S.) Clancarty.

No 6.

Traité

entre la *Prusse* et le *Hanovre;* en date de Vienne le 29 mai 1815.

Au nom de la très-sainte et indivisible Trinité.

S. M. le Roi de Prusse, et S. M. le Roi du royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Roi d'Hanovre, désirant de consigner, dans un traité particulier, les stipulations contenues dans les procès-verbaux des 13 et 21 février 1815, du comité des plénipotentiaires d'Angleterre, de l'Autriche, de la Russie, de la Prusse et de la France, à l'effet de mettre en exécution les dispositions du traité conclu à Reichenbach le 14 juin 1813, et d'effectuer les arrangemens territoriaux qui sont une suite de cet engagement pris par S. M. prussienne, les deux souverains ont nommé des plénipotentiaires, pour concerter, arrêter et signer tout ce qui est relatif à cet objet; savoir:

S. M. le Roi de Prusse, le Prince de Hardenberg, son chancelier d'état, etc. *),

Et S. M. le Roi du royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Roi d'Hanovre, le Sieur Ernest-Frédéric-Herberth, Comte de Münster, land-maréchal héréditaire du royaume, grand'-croix de l'ordre royal de Saint-Etienne, son ministre d'état et du cabinet, et ministre plénipotentiaire au congrès de Vienne, et le Sieur Ernest-Chrétien-George-Auguste, Comte de Hardenberg, grand'croix de l'ordre de Léopold d'Autriche et de l'aigle rouge de Prusse, chevalier de l'ordre de Saint-Jean-de-Jérusalem, son ministre d'état et du cabinet, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près S. M. I. et R. A., et son ministre plénipotentiaire au congrès de Vienne;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans:

Article 1er.

S. M. le Roi de Prusse cède à S. M. le Roi du royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Roi d'Hanovre, pour être possédée par S. M. et ses successeurs, en toute propriété et souveraineté,

1. La principauté de Hildesheim, qui passera sous la domination de S. M., avec tous les droits et toutes les charges avec lesquels ladite principauté a passé sous la domination prussienne;

*) Der vollständige Titel des Fürsten steht schon oben, in dem Eingang des Acte final du congrès de Vienne.
A. d. H.

2. La ville et le territoire de Goslar;

3. La principauté de la Frise orientale, y compris le pays dit le Harlinger-Land, sous les conditions réciproquement stipulées à l'article 5 pour la navigation de l'Ems, et le commerce par le port d'Emden. Les états de la principauté conserveront leurs droits et privilèges.

4. Le comté inférieur (niedere Grafschaft) de Lingen et la partie de la principauté de Münster prussienne, qui est située entre ce comté et la partie de Rheina-Wolbeck, occupée par le gouvernement hanovrien. Mais comme les deux hautes parties contractantes sont convenues, que le royaume d'Hanovre obtiendra par cette cession un agrandissement renfermant une population de vingt-deux mille âmes, et que le comté inférieur de Lingen et la partie de la principauté de Münster, ici mentionnés, pourroient ne pas répondre à cette condition, S. M. le Roi de Prusse s'engage à faire étendre la ligne de démarcation dans la principauté de Münster autant qu'il sera nécessaire pour renfermer ladite population. La commission que les gouvernemens prussien et hanovrien nommeront incessament pour procéder à la fixation exacte des limites, sera spécialement chargée de l'exécution de cette disposition.

S. M. prussienne renonce à perpétuité, pour elle, tous ses descendans et successeurs, aux provinces et territoires mentionnés dans le présent article, ainsi qu'à tous les droits qui y sont relatifs.

Article 2.

S. M. le Roi de Prusse renonce à perpétuité, pour lui, ses descendans et successeurs, à tout

droit et prétention quelconque que S. M. pourroit, en sa qualité de souverain de l'Eichsfeld, former sur le chapitre de Saint-Pierre, dans le bourg de Noerten, ou sur ses dépendances, situées dans le territoire hanovrien.

Article 3.

S. M. le Roi de Prusse s'engage à disposer, moyennant des compensations à fournir sur la masse des pays dont la possession a été assurée à S. M. prussienne par les stipulations faites au congrès de Vienne,

1. S. A. R. l'Electeur de Hesse, à céder à S. M. le Roi du royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Roi d'Hanovre, pour être possédés par lui et ses successeurs, en toute souverainété et propriété, les trois bailliages de Uechte, Freudenberg et Aubourg, autrement dit Wagenfeld, avec les districts et territoires qui en dépendent, ainsi que la partie que S. A. R. posséde du comté de Schaumbourg, et les seigneuries de Plessen et de Neuengleichen;

2. S. A. S. de Landgrave de Hesse-Rothenbourg, à renoncer à perpétuité aux droits qu'il possède dans ladite seigneurie de Plessen, pour que ces droits passent à S. M. britannique, Roi d'Hanovre.

La cession de la part de S. A. R. l'Electeur de Hesse, et la renonciation du Landgrave de Hesse-Rothenbourg, ci-dessus énoncées, n'ayant pas été obtenues dans le terme de trois mois, prescrit dans l'article 40 du procès-verbal du 13 février, et les cessions réciproques ayant, en vertu de l'article mentionnée dû être mises en exé-

cution sous la réserve que, tandis que la Prusse continue à jouir du territoire qu'elle auroit destiné à satisfaire l'Electeur de Hesse et le Landgrave de Rothenbourg, le Hanovre retiendroit, de son côté, la partie du duché de Lauenbourg, dont il a été disposé par l'article 4 en faveur de S. M. prussienne, cet arrangement continuera d'avoir lieu jusqu'à ce que le Hanovre ait effectivement obtenu lesdites cessions et renonciations hessoises, ou que les gouvernemens de Prusse et d'Hanovre soient convenus sur les indemnités égales à la diminution, qui résulteroient, pour le Hanovre, de la perte des territoires compris dans ladite cession et renonciation, indemnités qui doivent être prises sur l'Eichsfeld et sur la partie prussienne du comté de Hohenstein *).

Quant aux autres cessions à faire en vertu des stipulations consignées dans le procès-verbal du 13 février 1815, le consentement de S. M. prussienne et de S. A. R. le prince-régent de la Grande-Bretagne et d'Hanovre ayant déjà, à cet effet, été obtenu, les deux hautes parties contractantes donneront les ordres nécessaires pour qu'elles soient effectuées en huit semaines, à dater de la signature du présent traité.

Article 4.

S. M. le Roi du royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Roi d'Hanovre, cède à S.

*) Ces indemnités ont été déterminées par une convention conclue, entre la Prusse et le Hanovre, le 23 septembre 1815. Par cette convention la Prusse a cédé au Hanovre, les bailliages Lindau et Giebolds-

M. le Roi de Prusse, pour être possédés en toute propriété et souveraineté, par lui et ses successeurs,

1. La partie du duché de Lauenbourg *) située sur la rive droite de l'Elbe, avec les villages lunebourgeois situés sur la même rive. La partie de ce duché, située sur la rive gauche, demeure au royaume d'Hanovre. Les Etats de la partie du duché qui passe sous la domination prussienne, conserveront leurs droits et privilèges, et nommément ceux fondés sur le recez provincial du 15 septembre 1702, confirmé par S. M. le Roi de la Grande-Bretagne, actuellement régnant, en date du 21 juin 1765.

2. Le bailliage de Kloetze.

3. Le bailliage d'Elbingerode.

4. Les villages de Rüdigershagen et Gaenseteich.

5. Le bailliage de Reckeberg.

S. M. britannique, Roi d'Hanovre, renonce à perpétuité, pour elle, ses descendans et successeurs, aux provinces et districts, compris dans le présent article, ainsi qu'à tous les droits qui y sont relatifs.

Article 5.

S. M. le Roi de Prusse et S. M. britannique, Roi d'Hanovre, animés du désir de rendre entièrement égaux et communs à leurs sujets respectifs les avantages du commerce de l'Ems et

hausen, ainsi que le mandement (Gericht) Duderstadt, districts appartenant jusque là à l'Eichsfeld.
Note de l'éditeur.

*) Ward von Preussen an Dänemark vertauscht, durch einen Vertrag vom 4 Juni 1815, oben Bd. V, S. 507.

du port d'Emden, conviennent à cet égard de ce qui suit:

1. Le gouvernement hanovrien s'engage à faire exécuter à ses frais, dans les années de 1815 et 1816, les travaux qu'une commission mixte d'experts, qui sera nommée immédiatement par la Prusse et le Hanovre, jugera nécessaires pour rendre navigable la partie de la rivière de l'Ems, de la frontière de la Prusse jusqu'à son embouchure, et d'entretenir après l'exécution de ces travaux, constamment, cette partie de la rivière dans l'état dans le quel lesdits travaux l'auront mise pour l'avantage de la navigation.

2. Il sera libre aux sujets prussiens d'importer et d'exporter par le port d'Emden toutes denrées, productions et marchandises quelconques, tant naturelles qu'artificielles, et de tenir dans la ville d'Emden des magasins pour y déposer lesdites marchandises durant deux ans, à dater de leur arrivée dans la ville, sans que ces magasins soient assujettis à une autre inspection que celle à laquelle sont soumis ceux des sujets hanovriens eux-mêmes.

3. Les navires prussiens, ainsi que les négocians prussiens, ne paieront pour la navigation, l'exportation et l'importation des marchandises, ainsi que pour le magasinage, d'autres péages ou droits quelconques que ceux auxquels sont tenus les sujets hanovriens eux-mêmes. Ces péages et droits seront réglés d'un commun accord entre la Prusse et le Hanovre, et le tarif ne pourra être changé ensuite que d'un commun accord. Les prérogatives et libertés spécifiées ici s'étendent également aux sujets hanovriens qui navi-

gueroient sur la partie de la rivière d'Ems, qui reste à S. M. prussienne.

4. Les sujets prussiens ne seront point tenus de se servir des négocians d'Emden pour le trafic qu'ils font pour ledit port, et il leur sera libre de faire le négoce avec leurs marchandises à Emden; soit avec des habitans de cette ville, soit avec des étrangers, sans payer d'autres droits que ceux auxquels seront soumis les sujets hanovriens, et qui ne pourront être haussés que d'un commun accord.

S. M. le Roi de Prusse, de son côté, s'engage à accorder aux sujets hanovriens la libre navigation sur le canal de la Stecknitz, de manière qu'ils n'y seront tenus qu'aux mêmes droits qui seront payés par les habitans du duché de Lauenbourg. S. M. prussienne s'engage, en outre, d'assurer ces avantages aux sujets hanovriens, aussi dans le cas que le duché de Lauenbourg fût cédé par elle à un autre souverain.

Article 6.

S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi du royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Roi d'Hanovre, consentent mutuellement à ce qu'il existe trois routes militaires par leurs états respectifs, savoir:

1. Une de Halberstadt, par le pays de Hildesheim à Minden,

2. Une seconde, de la Vieille-Marche, par Gifhorn et Neustadt à Minden;

3. Une troisième d'Osnabruck, par Ippenbüren et Rheina, à Bentheim,

Les deux premières en faveur de la Prusse, et la troisième en faveur de Hanovre.

Les deux gouvernemens nommeront, sans délai, une commission, pour faire dresser, d'un commun accord, les réglemens nécessaires pour lesdites routes.

Article 7.

Les militaires en activité de service auprès de l'une et de l'autre des deux hautes puissances contractantes, et natifs des pays cédés par l'une de celles-ci à l'autre, en vertu de la présente convention, seront envoyés dans leur patrie dans l'espace d'un an, à dater de l'échange des ratifications de la présente convention; les officiers de tout grade pourront, s'ils le préfèrent, continuer le service auquel ils sont actuellement attachés.

Les pensions des militaires de tout grade continueront à être payées par celle des puissances qui les a accordées.

Article 8.

Les hautes parties contractantes s'engagent à se remettre réciproquement les titres domaniaux, documens et papiers relatifs aux provinces et districts réciproquement cédés, dans le terme de deux mois, à dater du jour de la remise de chacune desdites provinces ou districts. La même disposition s'étendra aux plans et cartes des villes et pays ci-dessus mentionnés.

Article 9.

Dans tous les pays cédés ou échangés par la présente convention, le nouveau possesseur se

chargera des dettes spécialement hypothéquées sur le sol desdits pays, et de celles contractées pour des dépenses faites pour l'amélioration effective de ces pays; les dettes contractées constitutionnellement au nom du pays, particulièrement celles qui dans le duché de Lauenbourg ont été faites depuis 1798, pour subvenir aux frais de la ligne de démarcation et à ceux causés par l'occupation françoise, seront reconnues dettes du pays; et il sera avisé, avec le concurs des Etats provinciaux, aux moyens pour le remboursement prompt et exact des capitaux et intérêts.

Article 10.

Le bailliage de Meppen, appartenant au Duc d'Aremberg, ainsi que la partie de Rheina-Wolbeck, appartenant au Duc de Looz-Corswaren, qui dans ce moment se trouvent provisoirement occupés par le gouvernement hanovrien, seront placés dans les relations avec le royaume d'Hanovre que la constitution fédérative de l'Allemagne réglera pour les territoires médiatisés. Les gouvernemens prussien et hanovrien s'étant néanmoins réservé dans l'art. 43 du procès-verbal du 13 fevrier mentionné, de convenir dans la suite, s'il étoit nécessaire, de la fixation d'une autre frontière par rapport au comté appartenant au Duc de Looz-Corswaren, lesdits gouvernemens chargeront la commission qu'ils nommeront pour la délimitation de la partie du comté de Lingen, cédée au Hanovre, de s'occuper de l'objet susdit, et de fixer définitivement les frontières de la partie du comté appartenant au Duc de Looz-Corswaren, qui doit, ainsi qu'il est dit, être occupée par le gouvernement hanovrien.

Les rapports entre le gouvernement d'Hanovre et le comté de Bentheim resteront tels qu'ils sont réglés par les traités d'hypothèques existans entre S. M. britannique et le Comte de Bentheim; et après que les droits qui découlent de ce traité seront éteints, le comté de Bentheim se trouvera envers le royaume d'Hanovre dans les relations que la constitution fédérative de l'Allemagne réglera pour les territoires médiatisés.

Article 11.

S. M. le Roi de Prusse désirant faire quelques échanges de territoire avec S. A. S. le Duc de Brunswick, pour purifier leurs territoires respectifs, S. M. le Roi du royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Roi d'Hanovre, s'engage à faire tout ce qui dépendra de lui, pour porter S. A. S. à ces arrangemens et pour les faciliter, et consent d'avance aux cessions desquelles les deux parties pourroient convenir. Le présent article s'étendra particulièrement sur Calvoerde et Walkenried, sans être absolument restreint à ces deux endroits.

Article 12.

S. M. britannique, Roi d'Hanovre, afin de concourir au voeu de S. M. prussienne, de procurer un arrondissement de territoire convenable à S. A. S. le Duc d'Oldenbourg, promet de lui céder un district renfermant une population de cinq mille habitans.

Article 13.

Le présent traité sera ratifié, et les actes de ratification en seront échangés dans le terme de quatre semaines, ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et muni du cachet de leurs armes.

Fait à Vienne, le 29 mai, l'an de grâce 1815.

(L. S.) Le Prince de Hardenberg.
(L. S.) Le Comte de Münster.
(L. S.) Le Baron de Humboldt.
(L. S.) Le Comte de Hardenberg.

No 7.

Convention

entre S. M. le Roi de *Prusse* et S. A. R. le Grand-Duc de *Saxe-Weimar*; en date de Vienne le 1er juin 1815.

Au nom de la très-sainte et indivisible Trinité.

S. M. le Roi de Prusse désirant mettre en exécution les dispositions qui ont été stipulées au congrès de Vienne en faveur de S. A. R. le Grand-Duc de Saxe-Weimar, et que S. M. prussienne a pris sur elle de remplir, et, tant elle que S. A. R. le Grand-Duc, ayant résolu de conclure un traité particulier pour cet effet, les deux souverains ont nommé des plénipotentiaires pour concerter, arrêter et signer tout ce qui est relatif à cet objet; savoir:

S. M. le Roi de Prusse, le Prince de Hardenberg, son chancelier d'état, etc. *), et le Sieur Charles-Guillaume, Baron de Humboldt, etc. **);

*) Der vollständige Titel findet sich oben, in dem Eingang des Acte final du congrès de Vienne. A. d. H.

**) Der vollständige Titel steht ebenfalls a. a. O. A. d. H.

Et S. A. R. le Grand-Duc de Saxe-Weimar, le Sieur Ernest-Auguste, Baron de Gersdorff, son conseiller intime actuel;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleinspouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans:

Article 1er.

S. M. le Roi de Prusse s'engage à céder de la masse de ses états, tels qu'ils ont été fixés et reconnus par les stipulations du congrès de Vienne, à S. A. R. le Grand-Duc de Saxe-Weimar, des districts de la population de cinquante mille habitans, ou contigus ou voisins de la principauté de Weimar.

S. M. prussienne s'engage également à céder à S. A. R., dans la partie de la principauté de Fulde qui lui a été remise en vertu des mêmes stipulations, des districts de la population de vingt-sept mille habitans.

S. A. R. le Grand-Duc de Weimar possédera les susdits districts en toute souveraineté et propriété, et les réunira à perpétuité à ses états actuels.

Article 2.

Les districts et territoires qui devront être cédés à S. A. R. le Grand-Duc de Saxe-Weimar, en vertu de l'article précédent, seront déterminés par une convention particulière, et S. M. le Roi de Prusse s'engage à conclure cette convention, et à faire remettre les susdits districts et territoires dans le terme de deux mois, à dater de l'échange des ratifications du présent traité.

Article 3.

Afin de répondre toutefois au désir qui lui en a été témoigné par S. A. R. le Grand-Duc de Saxe-Weimar, S. M. le Roi de Prusse cède dès à présent et promet de faire remettre à S. A. R., dans le terme de quinze jour, à dater de la signature du présent traité, les districts et territoires suivans; savoir:

La seigneurie de Blankenhayn, avec la réserve toutefois que le bailliage de Wandersleben, appartenant à Unter-Gleichen, ne soit point compris dans cette cession;

La seigneurie inférieure (niedere Herrschaft) de Kranichfeld;

Les commanderies de l'ordre Teutonique Zwaetzen, Lehesten et Liebstädt, avec leurs revenus domaniaux, lesquelles faisant partie du bailliage d'Eckartsberga, forment des enclaves dans le territoire de Saxe-Weimar ainsi que toutes les autres enclaves situées dans la principauté de Weimar, et appartenant audit bailliage;

Le bailliage de Tautenbourg, à l'exception de Droizen, Goerschen, Wethabourg, Wetterscheid et Moellschütz, qui resteront à la Prusse.

Le village de Ramsela, ainsi que ceux de Klein-Brembach et Berlstedt, enclavés dans la principauté de Weimar, et appartenant au territoire d'Erfurt.

La propriété des villages de Bischoffsroda et Probsteizella, enclavés dans le territoire d'Eisenach, dont la souveraineté appartient déjà à S. A. R. le Grand-Duc.

La population de ces différens districts entrera dans celle de cinquante mille âmes, assurée à S. A. R. le Grand-Duc par l'article 1er, et en sera décomptée.

Article 4.

Tous les arrangemens accessoires qui sont une suite des cessions stipulées à l'article 3, relativement aux dettes, archives, caisses publiques et autres objets de la même nature, feront partie de la convention particulière mentionnée à l'article 2.

S. A. R. le Grand-Duc s'engage spécialement à se charger, pour les districts qu'il possédera dans la principauté de Fulde, dans la proportion de ces possessions, de sa part aux obligations que tous les nouveaux possesseurs du cidevant grand-duché de Francfort auront à remplir.

Article 5.

Le présent traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées dans le terme de quatre semaines.

En foi de quoi les plénipotentiaires dénommés l'ont signé et muni du cachet de leurs armes.

Fait à Vienne, ce 1er juin, l'an de grâce 1815.

(L. S.) Le Prince de Hardenberg.

(L. S.) Le Baron de Humboldt.

(L. S.) Le Baron de Gersdorff.

No 8.

Convention

entre la *Prusse* et LL. AA. les Duc et Prince de *Nassau;*

en date de Vienne le 31 mai 1815 *).

Da, in Uebereinkunft der zum Congresse in Wien vereinigten Mächte, die oranischen Erblande des Königs von Preussen Majestät zur Entschädigung überwiesen sind, und dabei eine Ausgleichung der TerritorialVerhältnisse mit des Herrn Herzogs und Herrn Fürsten zu Nassau Durchlauchten, ausdrücklich vorbehalten worden ist; so haben Se. Majestät der König von Preussen Ihren Staatskanzler, Fürsten von Hardenberg, Ritter des großen schwarzen und rothen Adler-, des St. Johanniter- und des eisernen Kreuzes Ordens, so wie des russisch-kaiserlichen St. Andreas-, St. Alexander Newsky-und St. Annens erster Classe, Großkreuz des ungarischen St. Stephans-, der Ehren-Legion, des spanischen St. Carls-, des hohen sardinischen AnnunciadeOrdens, des schwedischen Seraphinen-, des dänischen Elephanten-, des baierischen St. Huberts, des würtembergischen goldnen Adlers, und mehrerer anderer Orden Ritter, Ihren ersten CongreßBevollmächtigten; und Ihre Durchlauchten der Herr Herzog und Fürst zu Nassau Ihren dirigenden Staats-Minister und CongreßBevollmächtigten, Herrn Ernst Franz Ludwig Marschall von Bieberstein, Großkreuz des badenschen Ordens der Treue, bevollmächtigt, die Ausgleichung abzuschliessen; welche, nach gegensei-

*) Eine französische amtliche Uebersetzung dieser Convention, findet man in der wiener amtlichen Ausgabe des Acte final, desgl. in den pariser und londoner Ausgaben dieses Acte; auch in der pariser von Schöll. Sie ist auch abgedruckt unten, Bd. VII, S. 456.

tig ausgewechselten Vollmachten, über nachstehende Artikel übereingekommen sind.

Art. 1.

Von Ihren Durchlauchten dem Herrn Herzog und Herrn Fürsten zu Nassau, werden an Se. Maj. den König von Preussen mit allen Rechten der Landeshoheit und Oberherrlichkeit abgetreten die nachstehenden Aemter, Kirchspiele und Ortschaften:

1. Das Amt Linz;
2. Das Amt Altenwied;
3. Das Amt Schöneberg;
4. Das Amt Altenkirchen;
5. Das Kirchspiel Hamm, ehemals zum Amte Hachenburg gehörig;
6. Das Amt Schönstein;
7. Das Amt Frensberg;
8. Das Amt Friedewald;
9. Das Amt Dierdorf;
10. Derjenige abgesonderte Theil des Amtes Hersbach, der an Altenkirchen stößt;
11. Das Amt Steuerburg;
12. Das Amt Hammerstein, mit Irlich und Engers;
13. Das Amt Heddersdorf;
14. Die Stadt Neuwied;
15. Von dem Amte Vallendar die Gemeinen Gladbach, Hermbach, Weiß, Sayn, Mühlhofen, Bendorf, Weitersburg, Vallendar und Mallendar;
16. Von dem Amte Ehrenbreitstein die Gemeinen NiederWerth, Niederberg, Urbar, Immendorf, Neudorf, Arenberg, Ehrenbreitstein mit den Mühlen, Arzheim, Pfaffendorf und Horchheim;
17. Das Amt Braunfels;
18. Das Amt Greifenstein;
19. Das Amt HohenSolms.

Art. 2.

Von Sr. Maj. dem Könige von Preussen werden dagegen an Ihro Durchlauchten den Herrn Herzog und Herrn Fürsten zu Nassau, mit allen Rechten der Landeshoheit und Oberherrlichkeit, abgetreten:

1. Die drei oranien-nassauischen Fürstenthümer Diez, Hadamar und Dillenburg, mit Einschluß der hierunter begriffenen Herrschaft Beilstein, und mit Ausschluß der Aemter Burbach und Neunkirchen;
2. Ferner von dem Fürstenthum Siegen und den Aemtern Burbach und Neunkirchen, eine Bevölkerung von zwölf tausend Einwohnern, in solchen Gemeinen, welche sich an das Fürstenthum Dillenburg anschließen;
3. Endlich die Herrschaften Westerburg und Schadeck, und der vormals bergische Antheil des Amtes Runkel.

Art. 3.

Die Ausmittelung des nach obiger Bestimmung abzutretenden Antheils des Fürstenthums Siegen, und der Aemter Burbach und Neunkirchen, soll in der kürzesten Frist, und spätestens in vier Wochen nach Auswechslung der Ratificationen des gegenwärtigen Tractats, auch in jedem Falle, noch vor der Besitzergreifung von diesen oranischen Landestheilen, durch gemeinschaftlich zu ernennende Commissarien bewürkt werden. Diese Commissarien sollen dabei von dem Grundsatze der Contiguität und des Anschlusses dieser Landesantheile an beide Territoirien, und von der Rücksicht vorzüglich ausgehen, daß der Zusammenhang der Communal-kirchlichen und gewerblichen Verhält-

nisse, letzteres namentlich auch in Bezug auf den Bergbau, sorgfältig beobachtet werde.

Auf den Fall, daß sich die Commissarien über den einen oder den andern dieser Punkte nicht vereinigen könnten, sind sie ermächtigt, auf die Entscheidung eines von ihnen selbst gemeinschaftlich gewählten Obmanns zu compromittiren, bei dessen Entscheidung es sein Verbleiben haben soll.

Art. 4.

Die wechselseitig, in Gemäßheit der Art. 1, 2, 3, abzutretenden Aemter und Landestheile, gehen an den künftigen Besitzer über, mit den ganzen Gemarkungen der dazu gehörigen Gemeinen, so wie mit allem darin befindlichen Staats- und DomanialEigenthum, wie dasselbe Namen haben, oder aus welchem Titel dasselbe früher erworben seyn mag. Kein Theil wird Enclaven im Gebiete des andern besitzen, und namentlich sind die Abteyen Rommersdorf, Sayn, Nieder-Weeth und Besselich, welche in den nach Art. 1. abzutretenden Gemeinen liegen, mit ihrem in der preussischen Begrenzung liegenden Eigenthum, in dem preussischen Landesantheil begriffen.

Auch begeben sich beide Theile aller und jeder dem einen Theile in dem Staatsgebiete des andern zustehenden Einkünfte, Hoheits-, Lehns- und anderer Gerechtsame, wie dieselben Namen haben mögen.

Die Münzgeräthschaften zu Ehrenbreitstein, die fürstlichen Mobilien zu Engers, und die fürstlichen Jagdschiffe, bleiben dem herzoglich- und fürstlich-nassauischen Hause, zur Wegnahme binnen drei Monaten nach Auswechslung der Ratificationen, vorbehalten.

Art. 5.

Um die Fortification und Vertheidigung der, in dem von nassauischer Seite abgetretenen Territorio gelegenen, ehemaligen Festung Ehrenbreitstein, im Fall deren Wiederaufbauung, vollkommen sicher zu stellen, wird festgesetzt, daß überhaupt und ohne Ausnahme, innerhalb der Entfernung von ein tausend fünfhundert rheinländischen Ruthen von der Festung, auch in den Gemarkungen solcher Orte, die etwan unter nassauischer Hoheit verblieben seyn möchten, gegen Entschädigung der Grundeigenthümer, und der TerritorialVerhältnisse unbeschadet, von königlich-preussischer Seite zu MilitärZwecken bestimmte Anstalten angelegt werden können.

Art. 6.

Um die Handelsverhältnisse des Herzogthums Nassau, durch die Art. 1. bestimmten Abtretungen nicht zu beschränken, wird hiemit festgesetzt, daß die Einfuhr von dem Rheine, und die Ausfuhr nach dem Rheine, auf den durch Ehrenbreitstein und Vallendar an diesen Fluß gehenden Strassen dem Herzogthume nicht erschwert, oder mit neuen Belästigungen des Handels belegt werden solle.

Art. 7.

Wegen der RevenüenRückstände und AerarialVorräthe in den abgetretenen Landestheilen, sollen die nämlichen Grundsätze in Ausübung gebracht werden, welche in Ansehung der RevenüenRückstände und AerarialVorräthe gegen S. M. den König der Niederlande in denjenigen Landestheilen festgesetzt und beobachtet werden, welche aus dem Besitz Sr. Majestät des Königs von Preussen, an Höchstdieselben übergegangen sind.

Art. 8.

Wegen der auf den abgetretenen Landestheilen haftenden Schulden, wird festgesetzt:

1. Daß die Particular-, Gemeinen-, Kirchenspiels-, Amts- und Landes- oder ProvincialSchulden, mit den betroffenen Gemeinen, Kirchspielern, Aemtern und Ländern oder Provinzen an den künftigen Besitzer übergehen, und auf demselben haften bleiben. Da, wo eine Theilung der Aemter und Länder oder Provinzen statt findet, werden die Particular-, Amts- und LandesSchulden nach eben dem Fusse und Maaßstabe auf beide Theile vertheilt, nach welchem die getrennten Theile zu der Verzinsung und CapitalRückzahlung, oder, wenn dieß nicht auszumitteln ist, überhaupt zu gemeinschaftlichen Ausgaben beigetragen haben.

2. Die herzoglich-nassauischen Staats- und KammerCassenSchulden, sollen, nach Constatirung der auf den Staats- und KammerCassen am 31. Dec. 1814 haftenden Schuldenmasse, nach Verhältniß des reinen RevenüenBetrags, welcher aus den abgetretenen Territorien in die Central-, Staats- und KammerCassen nach dem Durchschnitte der letzten fünf Jahre vor dem Jahre 1812, geschlossen ist, mit Hinzufügung des reinen RevenüenBetrags des Amtes Runkel vom Jahre 1814, zwischen beiden Paciscenten getheilt werden;

3. Die nassau-oranischen Staats- und KammerSchulden werden nach eben diesem Maaßstabe unter zu Grundelegung desselben Termins, jedoch nach dem Durchschnitte der oranien-nassauischen reinen KammerRevenüen von den fünf Jahren 1801 bis 1805 einschließlich, welchen jedesmal der reine Ertrag der Herrschaften Westerburg und Schadeck vom Jahre

1814 beizufügen ist, unter den beiden Paciscenten getheilt.

4. Ausgenommen von dieser Abtheilung, sind die ehemaligen nassau-saarbrückschen, auf die herzoglich nassauische StaatsCasse übernommenen, noch passive ausstehenden Schulden. Diese bleiben dem herzoglich-nassauischen Hause ausschließlich zur Last.

Art. 9.

Diejenigen StaatsPensionen, welche wegen in den einzelnen Landestheilen geleisteter Local-Dienste bewilliget worden sind, oder auf darin gelegenen secularisirten Gütern ruhen, überhaupt ihrem Ursprung nach einzelnen LandesTheilen angehören, sind von derjenigen Seite ferner zu berichtigen, in deren Besitz die Objecte übergehen, oder verbleiben, auf welchen sie ihrem Ursprung nach geruht haben.

MilitärPensionen fallen der Regierung zur Last, die den Landesantheil besitzt, aus dem die zu pensionirenden MilitärPersonen gebürtig sind.

Die übrigen in diese Categorie nicht gehörigen StaatsPensionärs, werden nach dem RevenüenVerhältnisse wie die Staatsschulden abgetheilt.

Leibrenten werden wie Schulden behandelt, und je nachdem sie auf einzelnen Landestheilen oder auf dem Ganzen haften, ganz oder antheilsweise von beiden Theilen übernommen.

Art. 10.

Die LocalDiener gehen mit den abgetretenen Territorien über. Bei getheilten Aemtern übernimmt sie derjenige Theil, dem die Gemeine zufällt, in der sie bisher ihren Wohnort gehabt haben.

Sämmtliche Central- und ProvincialDiener, die zu den administrirenden Stellen zu Wiesbaden, Weilburg, Diez und Dillenburg gehören, verbleiben Nassau oder gehen an Nassau über, die zu Ehrenbreitstein angestellten übernimmt Preussen.

Diejenigen CentralDiener, welche ihre Dienste bei einer oder der andern Regierung nicht fortsetzen können, oder deren Versetzung in den QuiescentenStand von einer oder der andern Seite in den nächsten drey Monaten nach Abschluß gegenwärtigen Vertrags beschlossen wird, werden nach Maasgabe des nassauischen Edicts vom 3. und 6. December 1811 pensionirt, oder mit QuiescentenGehalten versehen, welche pro rata, nach dem bei der Schuldenabtheilung angenommenen Maasstab, gemeinschaftlich bezahlt werden sollen. Kein übernommener Staatsdiener soll weniger günstig behandelt werden, als das angezogene Edict bestimmt.

Art. 11.

Alle in den wechselseitig abgetretenen Landestheilen gebohrnen Militärpersonen, welche in einem geringern Dienstrange als dem eines Oberofficiers stehen, werden, nach geendigtem gegenwärtig bevorstehenden Feldzuge, an die MilitärBehörden desjenigen Staats abgegeben, zu welchem ihre Geburtsörter gehören. Bis zu diesem Zeitpuncte, setzen sie ihre jetzige MilitärDienste fort.

Oberofficiere werden von dem Staate, in dessen Gebiet ihr Geburtsort fällt, nicht gehindert werden, ihre Dienste bei dem andern paciscirenden Staate, wenn sie diese vorziehen, fortzusetzen.

Art. 12.

Die in den Zucht-, Arbeits- und Irrenhäusern befindlichen Verbrecher und Wahnsinnige, werden nach den Geburtsorten an die betreffenden Behörden abgegeben.

Art. 13.

Archive und Registraturen werden, nach Maasgabe der TerritorialVeränderungen, abgesondert, und beiden Theilen die auf ihre Landesantheile sich beziehenden Actenstücke überliefert.

Art. 14.

Preussen übernimmt diejenigen Verpflichtungen des herzoglich-nassauischen Hauses, welche wegen der taxischen Post auf den an dasselbe abgetretenen Ländertheilen haften.

Art. 15.

Die große Landesstrasse von Giessen durch das nassauische Gebiet nach Ehrenbreitstein, wird eine MilitärStrasse für Preussen zur Verbindung zwischen Erfurt und Coblenz seyn.

Es sollen für dieselbe eben die Bestimmungen gelten, welche für die preussischen MilitärStrassen durch die königlich-hannöverischen und kurfürstlich-hessischen Staaten angenommen werden.

Art. 16.

Zur endlichen Auseinandersetzung aller, einer nähern Ausgleichung noch bedürfenden Puncte, namentlich der Schulden, Pensionen und StaatsdienerschaftVerhältnisse, werden, gleich nach erfolgter Ratification des gegenwärtigen Vertrags, von beiden Seiten Commissarien ernannt werden, die zu Wiesbaden zusammentreten, um dieß Geschäft in der mög-

lichst kürzesten Zeit zu beendigen. Sie werden solche Maasregeln zu ergreifen bevollmächtigt seyn, daß der Zinsenlauf von den Staatsschulden, und die Zahlung der Pensionen nicht ins Stocken gerathe, der Credit der Staatspapiere nicht gefährdet, und der Cassendienst nicht unterbrochen werde.

Art. 17.

Da in den, zwischen des Königs von Preussen und des Königs der Niederlande Majestäten, über die gegenwärtigen gegenseitigen Cessionen gleichzeitig abgeschlossenen Vertrag ein Artikel aufgenommen worden ist, welcher wörtlich folgendermasen lautet:

„Il sera nommé incessament par S. M. le „Roi de Prusse et S. M. le Roi des Pays-Bas, „une commission pour régler tout ce qui est „relatif à la cession des possessions nassoviennes de S. M., par rapport aux archives, dettes, excédens des caisses et autres objets de „la même nature. La partie des archives qui „ne regarde point les pays cédés, mais la maison d'Orange, et tont ce qui, comme bibliothèque, collection de cartes et autres objets „pareils, appartient à la propriété particulière „et personnelle de S. M. le Roi des Pays-Bas, „restera à S. M., et lui sera aussitôt remis. „Une partie des susdites possessions étant échangée contre des possessions des Duc et prince „de Nassau, S. M. le Roi de Prusse s'engage, „et S. M. le Roi des Pays-Bas consent à faire „transférer l'obligation stipulée par le présent „article sur leurs AA. SS. les Duc et Prince „de Nassau pour la partie desdites possessions „qui sera réunie à leurs états;“

So verpflichten sich Ihre Durchlauchten der Herr Herzog und Herr Fürst zu Nassau, die in demselben von des Königs von Preussen Majestäten übernommenen Verpflichtungen in so weit ganz in gleicher Art zu erfüllen, als dieselben die jetzt an Ihre Durchlauchten übergehenden vormals oranischen Länder und Ländertheile betreffen.

Art. 18.

Die Ratificationen sollen innerhalb vier Wochen, oder eher, wenn es seyn kann, ausgewechselt, auch die abzutretenden Unterthanen gleichzeitig ihrer Pflichten gegen die vorige Regierung entbunden werden.

Deß zu Urkund, haben die Unterzeichneten Bevollmächtigten vorstehenden Vertrag eigenhändig vollzogen und mit ihrem Insiegel bedrucken lassen *).

So geschehen Wien den 31. Mai 1815.

(L. S.) Der Fürst von Hardenberg.
(L. S.) Marschall von Bieberstein.

No. 9.

Acte pour la *constitution fédérative* des états souverains de l'*Allemagne*; en date de Vienne le 8. juin 1815.

(Ce pacte fédéral se trouve imprimé ci-dessus, Tome II. page 587 — 615.)

*) Ein Separat-Artikel zu diesem Vertrage steht unten in dem Bd. VIII. A. d. H.

No 10.

Traité

entre S. M. le Roi des *Pays-Bas*, et l'*Autriche*, la *Russie*, la *Grande-Bretagne*, et la *Prusse*;

en date de Vienne le 31 mai 1815.

Au nom de la très-sainte et indivisible Trinité.

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême, et S. M. le Roi des Pays-Bas, désirant de mettre en exécution et de compléter les dispositions du traité de paix conclu à Paris le 30 mai 1814, qui, afin d'établir un juste équilibre en Europe, et de constituer les Provinces-Unies dans des proportions qui les mettent à même de soutenir leur indépendance par leurs propres moyens, leur assure les pays compris entre la mer, les frontières de la France et la Meuse: mais qui ne détermine point encore leurs limites sur la rive droite de ce fleuve, et LL. dites MM. ayant résolu de conclure pour cet effet un traité particulier conforme aux stipulations du congrès de Vienne, elles ont nommé des plénipotentiaires pour concerter, arrêter et signer tout ce qui est relatif à cet objet, savoir:

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême, le Sieur Clément-Venceslas-Lothaire Prince de Metternich-Winnebourg-

Ochsenhausen, etc. *), et le Sieur Jean-Philippe Baron de Wessenberg etc. **);

Et S. M. le Roi des Pays-Bas, le Sieur Gerhard-Charles Baron de Spaen de Voorstonden, membre du corps des nobles de la province de Gueldres, envoyé extraordinaire de S. M. le Roi des Pays-Bas, Prince d'Orange-Nassau, Grand-Duc de Luxembourg, près la cour de Vienne, et le Sieur Hans-Christophe-Erneste, Baron de Gagern, grand'croix des ordres du Lion de Hesse, et de la fidélité de Bade, plénipotentiaire de Sadite M. au congrès de Vienne;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans:

Article 1er.

Les anciennes Provinces-Unies des Bays-Bas et les ci-devant Provinces Belgiques, les unes et les autres dans les limites fixées par l'article suivant, formeront, conjointement avec les pays et territoires désignés dans le même article, sous la souveraineté de S. A. R. le Prince d'Orange-Nassau, Prince souverain des Provinces-Unies, le royaume des Pays-Bas, héréditaire dans l'ordre de succession déjà établi par l'acte constitutionnel desdites Provinces-Unies: S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, reconnoît le titre et les prérogatives de la dignité royale dans la maison d'Orange-Nassau.

*) Der vollständige Titel steht oben, in dem Eingang des Acte final du congrès de Vienne. A. d. H.

**) Der vollständige Titel steht oben, a. a. O. A. d. H.

Article 2.

La ligne comprenant les territoires qui composeront le royaume des Pays-Bas, est déterminée de la manière suivante. Elle part de la mer et s'étend le long des frontières de la France du côté des Pays-Bas, telles qu'elles ont été rectifiées et fixées par l'article 3 du traité de Paris, du 30 mai 1814, jusqu'à la Meuse, et ensuite le long des mêmes frontières jusqu'aux anciennes limites du duché de Luxembourg. De là, elle suit la direction des limites entre ce duché et l'ancien évêché de Liège, jusqu'à ce qu'elle rencontre (au midi de Deiffelt) les limites occidentales de ce canton et de celui de Malmédi, jusqu'au point où cette dernière atteint les limites entre les anciens départemens de l'Ourthe et de la Roer; elle longe ensuite ces limites jusqu'à ce qu'elles touchent à celles du canton ci-devant françois d'Eupen, dans le duché de Limbourg, et en suivant la limite occidentale de ce canton dans la direction du nord, laissant à droite une petite partie du ci-devant canton françois d'Aubel, se joint au point de contact des trois anciens départemens de l'Ourthe, de la Meuse-Inférieure et de la Roër; en partant de ce point, ladite ligne suit celle qui sépare ces deux derniers départemens jusque-là où elle touche à la Worm (rivière ayant son embouchure dans la Roër), et longe cette rivière jusqu'au point où elle atteint de nouveau la limite de ces deux départemens, poursuit cette limite jusqu'au midi de Hillensberg (ancien département de la Roër), remonte de là vers le nord, et, laissant Hillensberg à droite et coupant le canton de Sittard en deux parties à peu près égales, de manière que Sittard

et Susteren restent à gauche, arrive à l'ancien territoire hollandois; puis, laissant ce territoire à gauche, elle en suit la frontière orientale jusqu'au point ou celle-ci touche à l'ancienne principauté autrichienne de Gueldre, du côté de Ruremonde, et, se dirigeant vers le point le plus oriental du territoire hollandois, au nord de Swalmen, continue à embrasser ce territoire.

Enfin, elle va joindre, en partant du point le plus oriental, cette autre partie du territoire hollandois où se trouve Venloo; elle renfermera cette ville et son territoire. De là, jusqu'à l'ancienne frontière hollandoise, près de Mook, situé au dessous de Gennep, elle suivra le cours de la Meuse, à une distance de la rive droite, telle que tous les endroits qui ne sont pas éloignés de cette rive de plus de mille perches d'Allemagne (rheinlaendische Ruthen), dont 1970 équivalent à la quinzième partie d'un degré du méridien, appartiendront, avec leurs banlieues, au royaume des Pays-Bas; bien entendu toutefois, quant à la réciprocité de ce principe, qu'aucun point de la rive de la Meuse ne fasse partie du territoire prussien, qui ne pourra en approcher de huit cents perches d'Allemagne.

Du point où la ligne qui vient d'être décrite, atteint l'ancienne frontière hollandoise, jusqu'au Rhin, cette frontière restera, pour l'essentiel, telle qu'elle étoit en 1795 entre Clèves et les Provinces-Unies. Elle sera examinée par la commission qui sera nommée incessament par les deux gouvernemens, pour procéder à la détermination exacte des limites, tant du royaume des

Pays-Bas que du Grand-duché de Luxembourg, désignées dans l'article 4; et cette commission réglera, à l'aide d'experts, tout ce qui concerne les constructions hydrotechniques et autres points, suivant l'avantage mutuel des deux hautes parties contractantes, et de la manière la plus équitable et la plus convenable. Cette même disposition s'étend sur la fixation des limites dans les districts de Kyfwaerd, Lobith, et de tout le territoire jusqu'à Kekerdom.

Les enclaves Huissen, Malburg, le Lymers avec la ville de Sevenaer, et la seigneurie de Weel, feront partie du royaume des Pays-Bas, et S. M. prussienne y renonce à perpétuité, pour elle et tous ses descendans et successeurs.

Article 8.

La partie de l'ancien duché de Luxembourg, comprise dans les limites spécifiées par l'article suivant, est également cédée au Prince souverain des Provinces-Unies, aujourd'hui Roi des Pays-Bas, pour être possédée à perpétuité par lui et ses successeurs en toute propriété et souveraineté. Le souverain des Pays-Bas ajoutera à ses titres celui de Grand-Duc de Luxembourg, et la faculté est réservée à S. M. de faire, relativement à la succession dans le grand-duché, tel arrangement de famille entre les Princes ses fils, qu'elle jugera conforme aux intérêts de sa monarchie et à ses intentions paternelles.

Le grand-duché de Luxemburg servant de compensation pour les principautés de Nassau-Dillenbourg, Siegen, Hadamar et Dietz, formera un

des états de la confédération germanique, et le Prince, Roi des Pays-Bas, entrera dans le système de cette confédération, comme Grand-Duc de Luxembourg, avec toutes les prérogatives et privilèges dont jouiront les autres Princes allemands.

La ville de Luxembourg sera considérée, sous le rapport militaire, comme forteresse de la confédération. Le Grand-Duc aura toutefois le droit de nommer le gouverneur et commandant militaire de cette forteresse, sauf l'approbation du pouvoir exécutif de la confédération, et sauf telles autres conditions qu'il sera jugé nécessaire d'établir en conformité de la constitution future de ladite confédération.

Article 4.

Le grand-duché de Luxembourg, se composera de tout le territoire situé entre le royaume des Pays-Bas, tel qu'il a été désigné par l'art. 2, la France, la Moselle jusqu'à l'embouchure de la Sure, le cours de la Sure jusqu'au confluent de l'Our, et le cours de cette dernière rivière jusqu'aux limites du ci-devant canton françois de Saint-Vith, qui n'appartiendra point au grand-duché de Luxembourg.

Des contestations s'étant élevées sur la propriété du duché de Bouillon, S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, s'engage de restituer la partie dudit duché qui est comprise dans la démarcation ci-dessus indiquée, à celle des parties dont les droits seront legitimement constatés.

Article 5.

S. M. le Roi des Pays-Bas renonce à perpétuité, pour lui et ses descendans et successeurs, en faveur de S. M. le Roi de Prusse, aux possessions souveraines que la maison de Nassau-Orange possédoit en Allemagne, et nommément aux principautés de Dillenbourg, Dietz, Siegen et Hadamar, y compris la seigneurie de Beilstein, et telles que ces possessions ont été définitivement réglées entre les deux branches de la maison de Nassau par le traité conclu à la Haye, le 14 juillet 1814. S. M. renonce également à la principauté de Fulde et aux autres districts et territoires qui lui ont été assurés par l'art. 12 du recez principal de la députation extraordinaire de l'Empire, du 25 février 1803.

Article 6.

Le droit et l'ordre de succession établi entre les deux branches de la maison de Nassau par l'acte de 1783, dit Nassauischer ErbVerein, est maintenu et transféré des quatre principautés d'Orange-Nassau au grand-duché de Luxembourg.

Article 7.

S. M. le Roi des Pays-Bas, en réunissant sous sa souveraineté les pays désignés dans les articles 2 et 4, entre dans tous les droits, et prend sur lui toutes les charges et tous les engagemens stipulés relativement aux provinces et districts détachés de la France, dans le traité de paix conclu Paris le 30 mai 1814.

Article 8.

S. M. le Roi des Pays-Bas ayant reconnu et sanctionné, sous la date du 21 juillet 1814, comme bases de la réunion des Provinces-Belgiques avec les Provinces-Unies, les huit articles renformés dans la pièce annexée au présent traité, lesdits articles auront la même force et valeur, comme s'ils étoient insérés de mot à mot dans la transaction actuelle.

Article 9.

Il sera nommé incessamment, par S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi des Pays-Bas, une commission, pour régler tout ce qui est relatif à la cession des possessions Nassoviennes de S. M., par rapport aux archives, dettes, excédens de caisses et autres objets de la même nature. La partie des archives qui ne regarde point les pays cédés, mais la maison d'Orange, et tout ce qui, comme bibliothèque, collection de cartes et autres objets pareils, appartient à la propriété particulière et personelle de S. M. le Roi des Pays-Bas, restera à S. M., et lui sera aussitôt remis. Une partie des susdites possessions étant échangée contre des possessions des Duc et Prince de Nassau, S. M. le Roi de Prusse s'engage, et S. M. le Roi des Pays-Bas consent à faire transférer l'obligation stipulée par le présent article sur LL. AA. SS. les Duc et Prince de Nassau pour la partie desdites possessions qui sera réunie à leurs états.

Article 10.

Le présent traité sera ratifié, et les ratifications seront échangées dans le terme de six semaines, et plutôt, si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires ci-dessus nommés l'ont signé et muni du cachet de leurs armes.

Fait à Vienne, le 31 mai, de l'an de grâce 1815.

Signés (L. S.) Le Prince de Metternich.
(L. S.) Le Baron de Wessenberg.
(L. S.) Le Baron de Spaen.
(L. S.) Le Baron de Gagern.

Annexe
de l'article 8 du traité précédent du 31 mai 1815.

Acte
signé par le secrétaire d'état pour les affaires étrangères, pour l'acceptation de la souveraineté de S. A. R. des Provinces Belgiques; en date du 21 juillet 1814.

S. E. le Comte de Clancarty, ambassadeur extraordinaire et ministre plénipotentiaire de S. M. britannique auprès de S. A. R. le Prince souverain des Pays-Bas-Unis, ayant remis au soussigné la copie du protocole d'une conférence qui a eu lieu au mois de juin passé entre les ministres des hautes puissances alliées, et signé par eux, au sujet de la réunion de la Belgique à la Hollande; et ledit ambassadeur lui ayant aussi fait part des instructions qu'il venoit de recevoir de sa cour, de se concerter avec le général Baron de Vincent, gouverneur-général de la Belgique, afin de remettre le gouvernement provisoire des provinces belgiques à celui qui en seroit chargé par S. A. R. au nom

des puissances alliées, jusqu'à leur réunion définitive et formelle, pourvu que, préalablement et conjointement avec les ministres ou autres agens diplomatiques de l'Autriche, de la Russie et de la Prusse actuellement à la Haye, ledit ambassadeur reçût de S. A. R. son adhésion formelle aux conditions de la réunion des deux pays, selon l'invitation faite au Prince souverain par ledit protocole; le soussigné à mis la copie du protocole et la note officielle dudit ambassadeur, qui contenoit le précis de ses instructions à ce sujet, sous les yeux de S. A. R.

S. A. R. le Prince souverain reconnoît que les conditions de la réunion contenues dans le protocole sont conformes aux huit articles dont la teneur suit.

Article 1er.

Cette réunion devra être intime et complète, de façon que les deux pays ne forment qu'un seul et même état, régi par la constitution déjà établie en Hollande, et qui sera modifiée, d'un commun accord, d'aprés les nouvelles circonstances.

Article 2.

Il ne sera rien innové aux articles de cette constitution qui assurent à tous les cultes une protection et une faveur égales, et garantissent l'admission de tous les citoyens, quelle que soit leur croyance religieuse, aux emplois et offices publics.

Article 3.

Les provinces belgiques seront convenablement représentées à l'assemblée des Etats - généraux, dont les sessions ordinaires se tiendront,

en temps de paix, alternativement dans une ville hollandoise et dans une ville de la Belgique.

Article 4.

Tous les habitans des Pays-Bas se trouvant ainsi constitutionnellement assimilés entre eux, les différentes provinces jouiront également de tous les avantages commerciaux et autres que comporte leur situation respective, sans qu'aucune entrave ou restriction puisse être imposée à l'une au profit de l'autre.

Article 5.

Immédiatement après la réunion, les provinces et les villes de la Belgique seront admises au commerce et à la navigation des colonies, sur le même pied que les provinces et les villes hollandoises.

Article 6.

Les charges devant être communes, ainsi que les bénéfices, les dettes contractées jusqu'à l'époque de la réunion par les provinces hollandoises d'un côté, et de l'autre par les provinces belgiques, seront à la charge du trésor général des Pays-Bas.

Article 7.

Conformément aux mêmes principes, les dépenses requises pour l'établissement et la conservation des fortifications, sur la frontière du nouvel état, seront supportées par le trésor général, comme résultant d'un objet qui intéresse la sûreté et l'indépendance de toutes les provinces et de la nation entière.

Article 8.

Les frais d'établissement et d'entretien des digues, resteront pour le compte des districts qui sont plus directement intéressés à cette partie du service public, sauf l'obligation de l'état en général à fournir des secours en cas de désastre extraordinaire, le tout ainsi que cela s'est pratiqué jusqu'à présent en Hollande.

Et S. A. R. ayant accepté ces huit articles, comme la base et les conditions de la réunion de la Belgique à la Hollande, sous la souveraineté de S. A. R.;

Le soussigné Anne-Willem-Carel, Baron de Nagell, chambellan de S. A. R. le Prince souverain des Pays-Bas-Unis, et son secrétaire d'état pour les affaires étrangères, est chargé et autorisé, au nom et de la part de son auguste maître, d'accepter la souveraineté des provinces belgiques sous les conditions contenues dans les huit articles précédens, et d'en garantir, par le présent acte, l'acceptation et l'exécution.

En foi de quoi le soussigné Anne-Willem-Carel, Baron de Nagell, chambellan de S. A. R. le Prince, souverain des Pays-Bas-Unis, et son secrétaire d'état pour les affaires étrangères, a muni le présent acte de sa signature, et y a fait apposer le cachet de ses armes.

Fait à la Haye, ce 21 juillet 1814.

(L. S.) Signé: A. W. C. de Nagell.

Pour copie conforme.

Le secrétaire général du département des affaires étrangères.

Signé: Van Zuylen van Nyevelt.

Note de l'éditeur.

Le même traité a été conclu et signé, le même jour, entre S. M. le Roi des Pays-Bas et les cours de Londre, de Berlin et de Pétersbourg.

No 11 a.

Déclaration

des puissances signataires du traité de paix de Paris du 30 mai 1814, sur les affaires de la *Suisse*; en date de Vienne, le 20 mars 1815.

(Cette déclaration se trouve déjà imprimée plus haut, Tome V, page 310 — 318. Elle se trouve dans une édition plus exacte, ci-après T. VII, p. 364.)

Dans l'Acte du congrès de Vienne, publié à Paris par M. Schoell, on ne trouve pas cette déclarction, mais, page 323 — 335, le projet de déclaration qu'on peut également voir plus haut, Tome V, page 289 — 296. Ce projet et la déclaration, telle qu'elle a été transmise à la diète helvétique, diffèrent dans un bon nombre d'endroits.)

No 11 b.

Acte d'acceptation *)

de la *déclaration* du congrès de Vienne du 20 mars 1815; donné par la diète de la confédération suisse, en date de Zurich, le 27 mai 1815 **).

La Diète de la Confédération Suisse, réunie à Zurich en session extraordinaire, ayant

*) In dem wiener amtlichen Abdruck steht: Acte d'adhésion. So auch in dem Acte final du congrès, art. 84.

**) Die AcceptationsActe, welche oben Bd. V, S. 223 ff. abgedruckt sich befindet, ist eine Uebersetzung aus dem Teutschen. A. d. H.

reçu, dans sa séance du 3 avril 1815, par l'intermédiaire des ministres accrédités auprès de la Confédération, savoir:

M. de Schraut, ministre d'Autriche, au nom de S. M. I. et R. A.; comme aussi, en vertu d'un pouvoir spécial, au nom de S. A. R. le Prince-régent de Portugal;

M. Stratford Canning, au nom de S. M. le Roi du royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande;

M. le Comte Auguste de Talleyrand, au nom de S. M. T. C. le Roi de France; comme aussi, en vertu d'un pouvoir spécial, au nom de S. M. C. le Roi d'Espagne et des Indes;

M. le Baron de Chambrier d'Olleyres, au nom de S. M. le Roi de Prusse;

M. le Baron de Krudener, chargé d'affaires, au nom de S. M. l'Empereur de Russie;

La Déclaration relative aux affaires de la Suisse, insérée au protocole du congrès de Vienne le 19, et signée le 20 mars 1815 par les Plénipotentiaires des huit Puissances signataires du traité de Paris du 30 mai 1814;

s'est empressée de communiquer cet acte aux dix-neuf cantons confédérés, en les invitant à mettre, par leurs suffrages, la diète en état de déclarer en bonne et due forme l'accession générale de la Suisse aux stipulations renfermées dans ladite transaction.

Les autorités souveraines de chaque canton ayant pris en mûre délibération l'objet de ce reféré, et fait connoître successivement à l'autorité fédérale leurs résolutions définitives;

La Diète de la Confédération Suisse;

En vertu des actes déposés dans son archive, et des déclarations insérées dans son protocole, d'où il résulte qu'un nombre de cantons excédant celui que le pacte fédéral prescrit pour l'acceptation des résolutions les plus importantes du Corps Helvétique, a prononcé un vote affirmatif, lequel, aux termes de la constitution, devient par la même celui de la Confédération entière;

A pris l'arrèté dont la teneur suit:

1. La Diète accède, au nom de la Confédération Suisse, à la déclaration des Puissances réunies au congrès de Vienne, en date du 20 mars 1815, et promet que les stipulations de la transaction insérée dans cet acte, seront fidèlement et religieusement observées.

2. La Diète exprime la gratitude éternelle de la Nation Suisse envers les hautes Puissances qui, par la Déclaration susdite, lui rendent, avec une démarcation plus favorable d'anciennes frontières importantes, réunissent trois nouveaux cantons à son alliance, et promettont solennellement de reconnoître et garantir la neutralité perpétuelle que l'intérêt général de l'Europe réclame en faveur du Corps Helvetique. Elle témoigne les mêmes sentimens de reconnoissance pour la bienveillance soutenue, avec laquelle les augustes Souverains se sont occupés de la conciliation des différends qui s'étoient élevés entre les cantons.

3. En suite du présent Acte d'Accession et de la note adressée aux Envoyés suisses à Vienne, le 20 mars 1815, par le Prince de Metternich, président des conférences des huit Puissances, la

diète exprime le voeu que les Ministres de LL. MM., résidans en Suisse, veuillent, en vertu des instructions et des pouvoirs qu'ils ont reçus, donner suite aux dispositions de la déclaration du 20 mars, et compléter l'exécution des engagemens qui y sont énoncés.

En foi de quoi les présentes ont été signées et scellées à Zurich, le 27 mai 1815.

Au nom de la Diète de la Confédération Suisse,

Le bourgmestre du canton de Zurich, président,

(L. S.) Signé: de Wyss.

Le chancelier de la Confédération, Contre-signé: Mousson.

No 12.

Protocole

sur les cessions faites par le Roi de *Sardaigne*, au canton de *Genève*; en date de Vienne le 29 mars 1815 *).

Les puissances alliées ayant témoigné le vif désir qu'il fût accordé quelques facultés au

*) Diese Uebereinkunft ist, aber in teutscher Uebersetzung, schon gedruckt oben, Bd. V, S. 331—337. Vermuthlich ward solche als Erklärung, (man s. oben, Bd. V, S. 328), unter dem Datum vom 26. März, von dem sardinischen Hrn. Bevollmächtigten gegeben, solche aber nachher, am 29. März, von den Herrn Bevollmächtigten der acht Mächte angenommen und ihrem Protocoll einverleibt.

canton de Genève, soit pour le désenclavement d'une partie de ses possessions, soit pour ses communications avec la Suisse; S. M. le Roi de Sardaigne étant empressée d'autre part de témoigner à ses hauts et puissans alliés toute la satisfaction qu'elle éprouve à faire quelque chose qui puisse leur être agréable, les plénipotentiaires soussignés sont convenus de ce qui suit;

Article 1er.

S. M. le Roi de Sardaigne met à la disposition des hautes puissances alliées la partie de la Savoie qui se trouve entre la rivière d'Arve, le Rhône, les limites de la partie de la Savoie occupée par la France, et la montagne de Salève jusqu'à Veiry inclusivement; plus celle qui se trouve comprise entre la grande route, dite du Simplon, le lac de Genève et le territoire actuel du canton de Genève, depuis Venezas *), jusqu'au point où la rivière d'Hermance traverse la susdite route, et de là continuant le cours de cette rivière jusqu'à son embouchure dans le lac de Genève, au levant du village d'Hermance, pour que ces pays soient réunis au canton (la totalité de la route dite du Simplon continuant à être possédée par S. M. le Roi de Sardaigne), de Genève, sauf à déterminer

unten Bd. IX, S. 74 ff. Daher, wahrscheinlich, die Verschiedenheit des Datums vom 26. und 29. März, und die Benennung Protocoll. Man vergleiche die Gutheißungs-Formeln, oben Bd. V, S. 331 u. 337. A. d. H.

*) So der wiener amtliche Abdruck des Acte final du Congrès, S. 227. und in den Errata. Eine andere Lesart hat Verenal; eine dritte Vénézar; eine vierte Vezenas. Man vergl. den Art. 80 des Acte final du Congrès. A. d. H.

plus précisément la limite par des commissaires respectifs, surtout pour ce qui concerne la délimitation en dessus de Veiry, et sur la montagne de Salève. Dans tous les lieux et territoires compris dans cette démarcation, S. M. renonce, pour elle et ses successeurs à perpétuité, à tous droits de souveraineté et autres qui peuvent lui appartenir, sans exceptions ni réserves.

Article 2.

S. M. accorde la communication entre le canton de Genève et le Vallais, pour la route dite du Simplon, de la même manière que la France l'a accordée entre Genève et le pays de Vaud, par la route qui passe par Versoy. Sa Majesté accorde de même, en tout temps, une communication libre pour les milices genevoises, entre le territoire de Genève et le mandement de Jussy, et les facilités qui pourroient être nécessaires à l'occasion pour revenir par le lac à la susdite route dite du Simplon.

Article 3.

D'autre part S. M. ne pouvant se résoudre à consentir qu'une partie de son territoire soit réunie à un état où la religion dominante est différente, sans procurer aux habitans du pays qu'elle cède, la certitude qu'ils jouiront du libre exercice de leur religion, qu'ils continueront à avoir les moyens de fournir aux frais de leur culte, et à jouir eux-mêmes de la plénitude des droits de citoyens;

Il est convenu que:

1. La religion catholique sera maintenue et protégée de la même manière qu'elle l'est maintenant, dans toutes les communes cédées par S. M. le Roi de Sardaigne, et qui seront réunies au canton de Genève;

2. Les provinces actuelles qui ne se trouveront ni démembrées, ni séparées par la délimitation des nouvelles frontières, conserveront leurs circonscriptions actuelles, et seront desservies par le même nombre d'ecclésiastiques; et quant aux portions démembrées qui seroient trop foibles pour constituer une paroisse, on s'adressera à l'évêqué diocésain pour obtenir qu'elles soient annexées à quelque autre paroisse du canton de Genève.

3. Dans les mêmes communes cédées par S. M., si les habitans protestans n'égalent point en nombre les habitans catholiques, les maîtres d'école seront toujours catholiques. Il ne sera établi aucun temple protestant, à l'exception de la ville de Carouge qui pourra en avoir un.

4. Les officiers municipaux seront toujours, au moins pour les deux tiers, catholiques; et spécialement sur les trois individus qui occuperont les places de maire et de deux adjoints, il y en aura toujours deux catholiques.

En cas que le nombre des protestans vînt, dans quelques communes, à égaler celui des catholiques, l'égalité et l'alternative seront établies, tant pour la formation du conseil municipal, que pour celle de la mairie. En ce cas cependant, il y aura toujours un maître d'école catholique, quand même on en établiroit un protestant.

On n'entend pas, par cet article, d'empêcher que des individus protestans, habitant une commune catholique, ne puissent, s'ils le jugent à propos, y avoir une chapelle particulière pour l'exercice de leur culte, établie à leurs frais, et y avoir, également à leurs frais, un maître d'école protestant pour l'instruction particulière de leurs enfans.

Il ne sera point touché, soit pour les fonds et revenus, soit pour l'administration, aux donations et fondations pieuses existantes, et on n'empêchera pas les particuliers d'en faire de nouvelles.

5. Le gouvernement fournira aux mêmes frais que fournit le gouvernement actuel, pour l'entretien des ecclésiastiques et du culte.

6. L'église catholique actuellement existante à Genève, y sera maintenue, telle qu'elle existe, à la charge de l'état, ainsi que les lois éventuelles de la constitution de Genève l'avoient déjà décrété; le curé sera logé et doté convenablement.

7. Les communes catholiques, et la paroisse de Genève, continueront à faire partie du diocèse qui régira les provinces du Chablais et du Faucigny, sauf qu'il en soit réglé autrement par l'autorité du Saint-Siège.

8. Dans tous les cas, l'évêque ne sera jamais troublé dans les visites pastorales.

9. Les habitans des territoires cédés sont pleinement assimilés, pour les droits civils et politiques, aux Genevois de la ville; ils les exerceront communément avec eux, sauf la réserve des droits de propriété, de cité, ou de commerce.

10. Les enfans catholiques seront admis dans les maisons d'éducation publique: l'enseignement de la religion n'y aura pas lieu en commun, mais séparément, et on emploiera à cet effet, pour les catholiques, des ecclésiastiques de leur communion.

11. Les biens communaux ou propriétés appartenans aux nouvelles communes, leur seront conservés, et elles continueront à les administrer comme par le passé, et à employer les revenus à leur profit.

12. Ces mêmes communes ne seront point sujettes à des charges plus considérables que les anciennes communes.

13. S. M. le Roi de Sardaigne se réserve de porter à la connoissance de la diéte helvétique, et d'appuyer par le canal de ses agens diplomatiques auprès d'elle, toute réclamation à laquelle l'inexécution des articles ci-dessus pourroit donner lieu.

Article 4.

Tous les titres terriers et documens, concernant les choses cédées, seront remis par S. M. le Roi de Sardaigne au canton de Genève, le plus tôt que faire se pourra.

Article 5.

Le traité conclu à Turin le 3 du mois de juin 1754, entre S. M. le Roi de Sardaigne et la république de Genève, est maintenu pour tous les articles auxquels il n'est point dérogé par la présente transaction; mais S. M. voulant donner au canton de Genève une preuve particulière de sa bienveillance, consent néanmoins à annuller la

partie de l'art. 13 du susdit traité qui interdisoit aux citoyens de Genève, qui se trouvoient dès lors avoir des maisons et biens situés en Savoie, la faculté d'y faire leur habitation principale.

Article 6.

S. M. consent par les mêmes motifs à prendre des arrangemens avec le canton de Genève, pour faciliter la sortie de ses états, des denrées destinées à la consommation de la ville et du canton.

Vienne, le 29 mars 1815.

Signés: De Saint-Marsan.

Autriche.

Le Prince de Metternich.
Le Baron de Wessenberg.

Espagne.

Gomez Labrador.

France.

Talleyrand.
Le Duc de Dalberg.
Le Comte Alexis de Noailles.

Grande-Bretagne.

Clancarty.
Cathcart.
Stewart, L. G.

Portugal.

Le Comte de Palmella.
Antonio de Saldanha da Gama.
Lobo da Silveira.

Prusse.

Le Prince de Hardenberg.
Le Baron de Humboldt.

Russie.
Comte de Rasoumoffski.
Le Comte de Stackelberg.
Le Comte de Nesselrode.

Suède.
Le Comte de Loewenhielm.

No 13.

Traité
entre S. M. le Roi de *Sardaigne* et l'*Autriche*, la *Grande-Bretagne*, la *Russie*, la *Prusse* et la *France*; en date de Vienne le 20 mai 1815.

Au nom de la très-sainte et indivisible Trinité.

S. M. le Roi de Sardaigne, etc. etc., étant rentrée dans la pleine et entière possessions de ses états de terre-ferme, de la même manière qu'elle les possédoit au 1er janvier 1792, et dans la totalité, à la réserve de la partie de la Savoie cédée à la France par le traité de Paris du 30 mai 1814;

Des changemens ayant été depuis convenus pendant le congrès de Vienne, relativement à l'étendue et aux limites de ces mêmes états;

S. M. l'Empereur d'Autriche et S. M. le Roi de Sardaigne, voulant confirmer et établir, par un traité formel, tout ce qui est relatif à ces objets, ont en conséquence nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, le Sieur Clément-Venceslas-Lothaire, Prince de Metternich-Winnebourg-Ochsenhausen, etc. *), et le Sieur Jean-Philippe, Baron de Wessenberg, etc. **);

Et S. M. le Roi de Sardaigne, etc., etc., les Sieur dom Antoine-Marie-Philippe Asinari, Marquis de Saint-Marsan et de Carail, Comte de Cortigliole, Cartasio et Castelletto, Val d'Erro, chevalier grand'croix de l'ordre militaire et religieux des saints Maurice et Lazare, de ceux de l'aigle noire et de l'aigle rouge de Prusse, général-major de cavalerie, son ministre d'état et premier secrétaire de la guerre, et son premier plénipotentiaire au congrès, et comte dom Joachim-Alexandre Rossi, chevalier grand'croix et commandeur de l'ordre royal militaire des saints Maurice et Lazare, conseiller de S. M. et son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire auprès de la cour I. et R. A. et second plénipotentiaire au congrès;

Lesquels, en vertu des pleins-pouvoirs produits par eux au congrès de Vienne, et trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans.

Article 1er.

Les limites des états de S. M. le Roi de Sardaigne seront:

*) Der vollständige Titel steht oben, in dem Eingang zu dem Acte final du congrès de Vienne. A. d. H.

**) Der vollständige Titel ist ebenfalls a. a. O. zu lesen. A. d. H.

Du côté de la France, telles qu'elles existoient au 1er janvier 1792, à l'exception des changemens portés par le traité de Paris du 30 mai 1814;

Du côté de la confédération helvétique, telles qu'elles existoient au 1er janvier 1792, à l'exception du changement opéré par la cession faite en faveur du canton de Genève, telle que cette cession se trouve spécifiée dans l'article 7 ci-après;

Du côté des états de S. M. l'Empereur d'Autriche, telles qu'elles existoient au 1er janvier 1792; et la convention conclue entre LL. MM. l'Impératrice Marie-Thérèse et le Roi de Sardaigne, le 4 octobre 1751, sera maintenue de part et d'autre dans toutes ses stipulations;

Du côté des états de Parme et de Plaisance, la limite, pour ce qui concerne les anciens états de S. M. le Roi de Sardaigne, continuera à être telle qu'elle existoit au 1er janvier 1792.

Les limites des ci-devant états de Gênes et des pays nommés fiefs impériaux, réunis aux états de S. M. le Roi de Sardaigne d'après les articles suivans, seront les mêmes qui, le 1er janvier 1792, séparoient ses pays des états de Parme et de Plaisance, et de ceux de Toscane et de Massa.

L'île de Capraja, ayant appartenu à l'ancienne république de Gênes, est comprise dans la cession des états de Gênes à S. M. le Roi de Sardaigne.

Article 2.

Les états qui ont composé la ci-devant république de Gênes sont réunis à perpétuité aux états de S. M. le Roi de Sardaigne, pour être,

comme ceux-ci, possédés par elle en toute propriété, souveraineté et hérédité, de mâle en mâle, par ordre de primogéniture, dans les deux branches de sa maison, savoir: la branche royale et la branche de Savoie-Carignan.

Article 3.

S. M. le Roi de Sardaigne joindra à ses titres actuels celui de Duc de Gênes.

Article 4.

Les Génois jouiront de tous les droits et privilèges spécifiés dans l'acte intitulé: AA. Conditions qui doivent servir de bases à la réunion des états de Gênes à ceux de S. M. Sarde; et ledit acte sera considéré comme partie intégrante du présent traité, et aura la même force et valeur que s'il était textuellement inséré dans l'article présent.

Article 5.

Les pays nommés fiefs impériaux, qui avoient été réunis à la ci-devant république ligurienne, sont réunis définitivement aux états de S. M. le Roi de Sardaigne, de la même manière et ainsi que le reste des états de Gênes; et les habitans de ces pays jouiront des mêmes droits et privilèges que ceux des états de Gênes, désignés dans l'article précédent.

Article 6.

La faculté que les puissances contractantes du traité de Paris, du 30 mai 1814, se sont réservée par l'article 3 dudit traité, de fortifier tels points de leurs états qu'elles jugeront convenables pour

leur sûreté, est également réservée sans restriction à S. M. le Roi de Sardaigne.

Article 7.

S. M. le Roi de Sardaigne cède au canton de Genève, les districts de la Savoie spécifiés dans l'article ci-joint, intitulé BB. Cession faite par S. M. le Roi de Sardaigne au canton de Genève, et aux conditions spécifiées dans le même acte.

Cet acte sera considéré comme partie intégrante du présent traité, et aura la même force et valeur que s'il étoit textuellement inséré dans l'article présent.

Article 8.

Les provinces du Chablais et du Faucigny, et tout le territoire de Savoie au nord d'Ugine, appartenant à S. M. le Roi de Sardaigne, feront partie de la neutralité de la Suisse, telle qu'elle est reconnue et garantie par toutes les puissances *).

En conséquence, toutes les fois que les puissances voisines de la Suisse se trouveront en état d'hostilités, ouvertes ou imminentes, les troupes de S. M. le Roi de Sardaigne qui pourroient se trouver dans ces provinces, se retireront, et pourront, à cet effet, passer par le Vallais, si cela devient nécessaire, aucunes autres troupes armées, d'aucune autre puissance, ne pourront traverser ni stationner dans les provinces et territoires susdits, sauf celles que la confédération suisse jugeroit à propos d'y placer; bien entendu, que cet état de choses ne gêne en rien l'adminis-

*) Man vergleiche oben, Bd. V, S. 329. A. d. H.

tration de ce pays, où les gens civils de S. M. le Roi de Sardaigne pourront aussi employer la garde de municipale pour le maintien du bon ordre.

Article 9.

Le présent traité fera partie des stipulations définitives du congrès de Vienne.

Article 10.

Les ratifications du présent traité seront échangées dans le terme de six semaines, ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé le présent traité, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Vienne, le 20 mai 1815.

Signés: (L. S.) Le Prince de Metternich.
(L. S.) Le Marquis de Saint-Marsan.
(L. S.) Le Baron de Wessenberg.
(L. S.) Le Comte de Rossi.

AA.

Annexe
de l'article 4 du traité précédent du 20 mai 1815.

Conditions
qui doivent servir de bases à la réunion des états de *Gênes* à ceux de S. M. *Sarde*.

Article 1er.

Les Génois seront en tout assimilés aux autres sujets du Roi. Ils participeront, comme eux,

aux emplois civils, judiciaires, militaires et diplomatiques de la monarchie, et, sauf les privilèges qui leur sont ci-après concédés et assurés, ils seront soumis aux mêmes lois et règlemens, avec les modifications que S. M. jugera convenables.

La noblesse génoise sera admise, comme celle des autres parties de la monarchie, aux grandes charges et emplois de cour.

Article 2.

Les militaires génois composant actuellement les troupes génoises, seront incorporés dans les troupes royales. Les officiers et sous-officiers conserveront leurs grades respectifs.

Article 3.

Les armoiries de Gênes entreront dans l'écusson royal, et ses couleurs dans le pavillon de S. M.

Article 4.

Le port franc de Gênes sera rétabli, avec les réglemens qui existoient sous l'ancien gouvernement de Gênes.

Toute facilité sera donnée par le Roi pour le transit, par ses états, des marchandises sortant du port franc, en prenant les précautions que S. M. jugera convenables pour que ces mêmes marchandises ne soient pas vendues ou consommées en contrebande dans l'intérieur: elles ne seront assujetties qu'à un droit modique d'usage.

Article 5.

Il sera établi, dans chaque arrondissement d'intendance, un conseil provincial, composé de trente membres choisis parmi les notables des

différentes classes, sur une liste des trois cents le plus imposés de chaque arrondissement. Ils seront nommés la première fois par le Roi, et renouvelés de même par cinquième tous les deux ans. Le sort décidera de la sortie des quatre premiers cinquièmes. L'organisation de ces conseils sera réglée par S. M.

Le président, nommé par le Roi, pourra être pris hors du conseil: en ce cas, il n'aura pas le droit de voter.

Les membres ne pourront être choisis de nouveau que quatre ans après leur sortie.

Le conseil ne pourra s'occuper que des besoins et réclamations des communes de l'intendance, pour ce qui concerne leur administration particulière, et pourra faire des représentations à ce sujet.

Il se réunira chaque année au chef-lieu de l'intendance, à l'époque et pour le temps que S. M. déterminera.

S. M. le réunira d'ailleurs extraordinairement, si elle le juge convenable.

L'intendant de la province, ou celui qui le remplace, assistera de droit aux séances, comme commissaire du Roi.

Lorsque les besoins de l'état exigeront l'établissement de nouveaux impôts, le Roi réunira les différens conseils provinciaux, dans telle ville de l'ancien territoire génois qu'il désignera, et sous la présidence de telle personne qu'il aura déléguée à cet effet.

Le président, quand il sera pris hors des conseils, n'aura point voix délibérative.

Le Roi n'enverra à l'enregistrement du sénat de Génes, aucun édit portant création d'impôts extraordinaires, qu'après avoir reçu le vote approbatif des conseils provinciaux réunis comme ci-dessus.

La majorité d'une voix, déterminera le vote des conseils provinciaux assemblés séparément ou réunis.

Article 6.

Le maximum des impositions que S. M. pourra établir dans l'état de Gênes, sans consulter les conseils provinciaux réunis, ne pourra excéder la proportion actuellement établie pour les autres parties de ses états; les impositions maintenant perçues seront amenées à ce taux, et S. M. se réserve de faire les modifications que sa sagesse et sa bonté envers ses sujets génois pourront lui dicter à l'égard de ce qui peut être réparti, soit sur les charges foncières, soit sur les perceptions directes ou indirectes.

Le maximum des impositions étant ainsi réglé, toutes les fois que le besoin de l'état pourra exiger qu'il soit assis de nouvelles impositions ou des charges extraordinaires, S. M. demandera le vote approbatif des conseils provinciaux, pour la somme qu'elle jugera convenable de proposer, et pour l'espèce d'imposition à établir.

Article 7.

La dette publique, telle qu'elle existoit légalement sous le dernier gouvernement françois, est garantie.

Article 8.

Le pensions civiles et militaires accordées par l'état, d'après les lois et les réglemens, sont main

tenues pour tous les sujets génois habitant les états de S. M.

Sont maintenues, sous les mêmes conditions, les pensions accordées à des ecclésiastiques ou à d'anciens membres de maisons religieuses des deux sexes, de même que celles qui, sous le titre de secours, ont été accordées à de nobles Génois par le gouvernement françois.

Article 9.

Il y aura à Gênes un grand corps judiciaire ou tribunal suprême, ayant les mêmes attributions et privilèges que ceux de Turin, de Savoie et de Nice, et qui porte comme eux le nom de sénat.

Article 10.

Les monnoies courantes d'or et d'argent de l'ancien état de Gênes actuellement existantes, seront admises dans les caises publiques concuremment avec les monnoies piémontoises.

Article 11.

Les levées d'hommes dites provinciales dans le pays de Gênes, n'excéderont pas en proportion les levées qui auront lieu dans les autres états de S. M. Le service de mer sera compté comme celui de terre.

Article 12.

S. M. créera une compagnie génoise de gardes-du-corps, laquelle formera une quatrième compagnie de ses gardes.

Article 13.

S. M. établira à Gênes un corps-de-ville, composé de quarante nobles, vingt bourgeois vivant de leur revenu, ou exerçant des arts libéraux, et vingt des principaux négocians.

Les nominations seront faites la première fois par le Roi, et les remplacemens se feront à la nomination du corps-de-ville même, sous la réserve d'approbation du Roi. Ce corps aura ses réglemens particuliers, donnés par le Roi, pour la présidence et pour la division du travail.

Les présidens prendront le titre de syndics, et seront choisis parmi ses membres.

Le Roi se réserve, toutes les fois qu'il le jugera à propos, de faire présider le corps de ville par un personnage de grande distinction.

Les attributions du corps-de-ville seront, l'administration des revenus de la ville, la sur-intendance de la petite police de la ville, et la surveillance des établissemens publics de charité de la ville.

Un commissaire du Roi assistera aux séances et délibérations du corps-de-ville.

Les membres de ce corps auront un constume, et les syndics le privilège de porter la simarre ou toga comme les Présidens des tribunaux.

Article 14.

L'université de Gênes sera maintenue, et jouira des mêmes privilèges que celle de Turin. S.M. avisera aux moyens de pourvoir à ses besoins *).

Elle prendra cet établissement sous sa protection spéciale, de même que les autres instituts d'instruction, d'éducation, de belles-lettres et de charité, qui seront aussi maintenus.

S. M. conservera, en faveur de ses sujets génois, les bourses qu'ils ont dans le collège dit

*) In der ersten Ausgabe dieses Bandes war hier eine bedeutende Auslassung. Man s. unten Bd. VII, S. 441 und 413.

Lycée, à la charge du gouvernement; se réservant d'adopter sur ces objets les réglemens qu'elle jugera convenables.

Article 15.

Le Roi conservera à Gênes un tribunul et une chambre de commerce, avec les attributions actuelles de ces deux établissemens.

Article 16.

S. M. prendra particulièrement en considération la situation des employés actuels de l'état de Gênes.

Article 17.

S. M. accueillera les plans et propositions qui lui seront présentés, sur les moyens de rétablir la banque de Saint-George.

Pour copie conforme à l'original déposé à la chancellerie intime du conseil d'état à Vienne:

Signé: (L. S.) Le Prince de Metternich.

BB.

Annexe
de l'article 7 du traité précédent, du 20 mai 1815.

Cession
faite par S. M. le Roi de *Sardaigne* au canton de *Genève*.

Article 1er — 6.

(Ces articles sont textuellement conformes aux articles 1er à 6 du protocole, daté du 29 mars 1815, inséré sous no 12, ci-dessus page 182, et suiv. Note de l'éditeur.)

Article 7.

Il est accordé exemtion de tout droit de transit à toutes les marchandises, denrées, etc., qui, en revenant des états de S. M. et du port franc de Gênes, traverseront la route dite du Simplon, dans toute son étendue, par le Vallais et l'état de Gênes.

Il est entendu que cette exemption ne regarde que le transit, et ne s'étend pas ni aux droits établis pour le maintien de la route, ni aux marchandises et denrées destinées à être vendues ou consommées dans l'intérieur.

Cette réserve s'applique également à la communication accordée aux Suisses entre le Vallais et le canton de Genève, et les gouvernemens prendront à cet effet, de commun accord, les mesures qu'ils jugeront nécessaires, soit pour la taxe, soit pour empêcher la contrebande, chacun sur leur territoire *).

Pour copie conforme à l'original déposé à la chancellerie intime de cour et d'état à Vienne.

(L. S.) Signé: Le Prince de Metternich.

Note de l'éditeur.

Le même traité qui précède, avec ses deux annexes, a été conclu et signé, le même jour, entre S. M. le Roi de Sardaigne et les cours de Pétersbourg, Londres et Berlin, et la France.

*) Man vergl. oben, Bd. V, S. 329 f. A. d. H.

No. 14.

Conditions

qui doivent servir de bases à la réunion des états de *Gênes* à ceux de S. M. *sarde*.

(Cet acte se trouve ci-dessus, comme pièce jointe, sous AA, au traité entre S. M. le Roi de Sardaigne et l'Autriche, la Russie, la Grande-Bretagne, la Prusse et la France, inséré sous no 13 qui précède).

No 15.

Déclaration

des plénipotentiaires des puissances qui ont signé le traité de paix de Paris du 30 mai 1814, relativement à l'*abolition* de la *traite* des *Nègres* d'Afrique ou du commerce des esclaves;

datée de Vienne le 8 février 1815.

(On peut voir cette déclaration ci-dessus, Tome IV, page 531 à 533. On ajoute seulement ici les signatures dont elle est revêtue.)

Signé: Castlereagh. Stewart. Wellington. Nesselrode. C. Loewenhielm. Gomez Labrador. Palmella. Saldanha. Lobo. Humboldt. Metternich. Talleyrand.

No 16.

Réglemens

pour la *libre navigation* des *rivières.*

Articles

concernant la navigation des rivières qui dans leur cours navigable *séparent* ou *traversent différents états*, tels qu'ils ont été signés le 24 mars 1815.

Art. 1er — 9.

(Ces articles se trouvent déjà imprimés plus haut, Tomes III, page 254 — 257.)

Signés: Dalberg. Clancarty. Humboldt. Wessenberg.

Articles

concernant la navigation du *Rhin*.

Art. 1er — 32.

(On peut voir ces articles plus haut, Tome III, page 257 - 275.)

Signé: Dalberg. Clancarty. Wrede. Turckheim. Berckheim. De Marschall. Spaen. Humboldt. Wessenberg.

Articles

sur la navigation du *Neckar*, du *Mein*, de la *Moselle*, de la *Meuse*, et de l'*Escaut*.

Art. 1er — 7.

(Ces articles sont imprimés plus haut, Tome III, page 245 — 247.) *).

Signés; **Dalberg**. Le Comte de **Keller**. **Clancarty**. **Wrède**. **Turckheim**. **Danz**. **Berckheim**. **Spaen**. De **Marschall**. Le Baron de **Linden**, sauf la ratification de S. M. le Roi. **Wessenberg**.

No 17.

Réglement

sur le *rang* entre les *agens diplomatiques* **).

Pour prévenir les embarras qui se sont souvent présentés, et qui pourroient naître encore des prétentions de préséance entre les différens agens diplomatiques, les plénipotentiaires des puissances signataires du traité de Paris sont convenus des articles qui suivent; et ils croient devoir inviter ceux des autres têtes couronnées à adopter le même réglement.

Article 1er.

Les employés diplomatiques sont partagés en trois classes:

*) So viel den Neckar und den Main betrifft, vergl. man oben, Bd. III, S. 233 f. und 226. A. d. H.

**) Verhandelt ward über diesen Gegenstand, in vier Sitzungen der Herren Bevollmächtigten der acht Mächte, welche den pariser Frieden vom 30. Mai 1814 unterzeichnet haben, vom 10. Dec. 1814, 16. Jänner, 9. Febr. und 19. März 1815. Die Protocolle dieser Sitzungen folgen weiter unten. A. d. H.

Celle des ambassadeurs, légats ou nonces;

Celle des envoyés, ministres ou autres accrédités auprès des souverains;

Celle des chargés d'affaires, accrédités auprès des ministres chargés des affaires étrangères.

Article 2.

Les ambassadeurs, légats ou nonces, ont seuls le caractère représentatif.

Article 3.

Les employés diplomatiques en mission extraordinaire n'ont, à ce titre, aucune supériorité de rang.

Article 4.

Les employés diplomatiques prendront rang entre eux dans chaque classe, d'après la date de la notification officielle de leur arrivée.

Le présent réglement n'apportera aucune innovation relativement aux représentans du Pape.

Article 5.

Il sera déterminé, dans chaque état, un mode uniforme pour la reception des employés diplomatiques de chaque classe.

Article 6.

Les liens de parenté ou d'alliance de famille entre les cours, ne donnent aucun rang à leurs employés diplomatiques.

Il en est de même des alliances politiques.

Article 7.

Dans les actes ou traités entre plusieurs puissances qui admettent l'alternat, le sort décidera entre les ministres de l'ordre qui devra être suivi dans les signatures.

Le présent réglement est inséré au protocole des plénipotentiaires des huit puissances signataires du traité de Paris, dans leur séance du 19 mars 1815.

(Suivent les signatures, dans l'ordre alphabétique des cours.)

Autriche.
Le Prince de Metternich.
Le Baron de Wessenberg.

Espagne.
P. Gomez Labrador.

France.
Le Prince de Talleyrand.
Le Duc de Dalberg.
Latour du Pin.
Le Comte Alexis de Noailles.

Grande-Bretagne.
Clancarty.
Cathcart.
Stewart, lieut.-gal.

Portugal.
Le Comte de Palmella.
Saldana.
Lobo.

Prusse.
Le Prince de Hardenberg.
Le Baron de Humboldt.

Russie.

Le Comte de Rasoumoffski.
Le Comte de Stackelberg.
Le Comte de Nesselrode.

Suède.

Le Comte de Loewenhielm.

Anmerkung
des Herausgebers zu dem Art. 7 vorstehenden Reglements.

Zu Erläuterung dieser letzten Bestimmung dient Folgendes. In Staatsverträgen pflegen die grösseren Mächte, und so auch unter sich die minder grossen, zu Behauptung ihrer Ranggleichheit, sowohl bei Benennung der Paciscenten in dem Eingang und Inhalt, als auch in der Unterschrift, zu wechseln (das „Alternat“); so, daß jede von ihnen in demjenigen Exemplar, welches für sie bestimmt, und in ihrer Kanzlei ausgefertiget ist, den ersten Platz einnimmt. Contrahiren und unterzeichnen mehr als zwei solcher Mächte, unter welchen diese Abwechslung gilt, so sind über die Ordnung, in welcher sie in den verschiedenen Exemplaren zu benennen sind und zu unterzeichnen haben, bisweilen Zweifel und Streitigkeiten entstanden. Auf den Congressen von Utrecht und Aachen (1713 und 1748) wählte man als Auskunftmittel, daß jeder Theil einem jeden der übrigen Paciscenten, eine von ihm allein unterzeichnete Urkunde zustellte. Für diesen Fall, ist nun, in der wiener Uebereinkunft, dem Loos die Entscheidung übertragen, in Absicht auf die Ordnung, welche in der Unterschrift der verschiedenen Mächte zu beobachten ist. Doch ist damit der Gebrauch nicht aufgehoben, daß jeder Theil, in

den von ihm selbst ausgefertigten Exemplaren, sich selbst zuerst nennt, und auch zuerst unterzeichnet. Nur für die Unterzeichnungen der übrigen Theile, in jenen Exemplaren, und in solchen Fällen, wo nur eine Urkunde (documentum unicum) von mehreren Mächten gemeinschaftlich ausgefertigt wird, soll das Loos die Ordnung bestimmen.

II.

Note

des königlich-spanischen Herrn Bevollmächtigten, an den Herrn Fürsten von Metternich, als Präsidenten des Congresses, worin derselbe seine Unterschrift der HauptActe des Congresses, aus verschiedenen, bestimmt angegebenen Gründen, verweigert, und die Rechte seines Hofes, so wie des Königs von Hetrurien, gegen diese Acte verwahrt; datirt Wien den 5. Jun. 1815 *).

Der unterzeichnete Gesandte Sr. Majestät des Königs von Spanien glaubt bemerkt zu haben, daß in dem Protocoll der Conferenzen, derjenigen, die gestern Abends statt gefunden hat, keine Erwähnung geschehen sey. Er vermuthet, daß sie, statt einer Conferenz, vielmehr eine Höflichkeit gewesen ist, welche die Herren Bevollmächtigten von Oestreich, Großbritannien, Frankreich, Rußland und Preussen ihm erwiesen haben, um ihm die Acte mitzutheilen, durch welche sie sich

*) Uebersetzung aus dem Französischen, in Ermangelung des OriginalTextes. Dieser findet sich unten, Bd. VII, S. 446. A. d. H.

entschieden haben, ihre Arbeiten zu beendigen, und worin sie, wie man ihm gesagt hat, unwiderruflich unter sich allein übereingekommen sind, über die Rechte Sr. Maj. des Königs von Spanien, und Sr. Maj. des Königs von Hetrurien in Italien, so wie über die seltsame Empfehlung, die man in einem Artikel des Tractats Sr. kathol. Maj. in Betreff der Abtretung von Olivenza an Portugal machen will; eine Angelegenheit, mit der sich die Bevollmächtigten der angegebenen Mächte ohne Zweifel nur durch einen Irrthum abgegeben haben, indem es nicht einmal dem ganzen Congresse, viel weniger einem Theile zukommt, sich in diese Sache einzumischen. Und da es von der größten Wichtigkeit ist, daß entweder in den Protocollen, oder in den diplomatischen Archiven, eine Spur von dem zurückbleibe, was der Unterzeichnete gestern mündlich aus einander gesetzt hat, so hat er die Ehre es hier schriftlich zu wiederholen. Er hat gesagt, daß alles, was er aus Achtung für die Mächte, deren Bevollmächtigte gestern Abend beisammen waren, thun kann, seyn wird, daß er in Bezug auf den mitgetheilten Tractat seinem Hofe die Entscheidung überläßt, und bis dahin kann er nicht unterzeichnen:

1) weil seine Verhaltungsbefehle ihm untersagen, irgend eine Uebereinkunft, die der unmittelbaren und völligen Wiederherstellung der drei Herzogthümer von Parma, Piacenza und Guastalla entgegen wäre, zu unterzeichnen, wie er die Ehre gehabt hat, Sr. Durchlaucht dem Fürsten von Metternich anzukündigen, in seiner Note vom 3. April, die immerfort ohne Antwort geblieben ist, und die man dem Congresse nicht

mitgetheilt hat, dem ausdrücklichen Verlangen entgegen, das darin ausgesprochen ist.

2) Weil, indem Spanien von Oestreich in seinem Namen die Wiederherstellung von Toscana, und subsidiarisch die von Parma verlangt hat, und Se. königl. Majestät ausserdem ein unmittelbares Interesse am Schicksale Sr. Maj. des Königs von Hetrurien nimmt, selbst wenn der Unterzeichnete nicht, wie die Bevollmächtigten der andern Mächte, die den pariser Frieden geschlossen haben, zum Congresse von Wien beigerufen und zugelassen worden wäre, doch keineswegs die Bevollmächtigten von Oestreich, Britannien u. s. w. gesetzlich über das Schicksal von Toscana und Parma ohne seine Dazwischenkunst verfügen können. Und gewiß, man wird Niemand überreden können, es heisse bei einer Verhandlung zwischen zweien Mächten eintreten, wenn man den Bevollmächtigten der einen einladet, das anzuhören, was die vermittelnden Mächte mit den andern unwiederruflich festgesetzt haben, und das noch zudem in förmliche Artikel eines Tractats gefaßt.

3) Weil unter der großen Zahl der Artikel, aus denen der Tractat besteht, nur eine kleine Zahl sich befindet, worüber man in den Conferenzen an die Bevollmächtigten der acht Mächte, die den Frieden von Paris unterzeichnet haben, Bericht erstattet hätte; und da alle diese Bevollmächtigten gleich untereinander, und die Mächte, welche sie vertreten, gleich unabhängig sind, so kann man nicht einem Theil davon das Recht gestatten, zu erörtern und zu beschliessen, und dem andern allein das, zu unterzeichnen, oder die Unterzeichnung zu verweigern,

ohne eine offenbare Hintansetzung der wesentlichsten Formen, ohne die schreiendste Verletzung aller Grundsätze, und ohne Einführung eines neuen Völkerrechtes, das die Mächte Europa's nicht zulassen können, ohne ihrer Unabhängigkeit durch die That zu entsagen, und das, wenn es sogar allgemein angenommen wäre, es nie jenseits der Pyrenäen werden wird.

Der Unterzeichnete bittet Se. Durchlaucht den Fürsten von Metternich, in seiner Eigenschaft als Präsident des Congresses, die andern Herren Bevollmächtigten von dieser Note in Kenntniß zu setzen, und sie in das Conferenz-Protocoll aufnehmen zu lassen. Er benutzt diese Gelegenheit, um Sr. Durchlaucht die Versicherung seiner Hochachtung zu wiederholen.

Wien, den 5. Jun. 1815.

P. Gomez Labrador.

III.

Note

adressée par S. A. Mr. le prince de Metternich à MM. les plénipotentiaires des Princes souverains et Villes libres d'Allemagne, avec invitation d'accéder à l'acte final du congrès; en date de Vienne le 13 juin 1815.

Les plénipotentiaires des puissances qui ont signé le traité de Paris du 30 mai 1814, ayant terminé les travaux, pour lesquels ils s'étoient

réunis à Vienne, en conformité de l'article 32 du dit traité avec les Princes et Etats leurs alliés, et voulant comprendre dans une transaction commune les résultats des négociations qui ont eu lieu au congrès, ont résolu de réunir dans un traité général les dispositions d'un intérêt majeur et permanent, et de joindre à cet acte, comme parties intégrantes, les différens traités, conventions, déclarations, réglemens, et autres actes particuliers, concertés et arrêtés entre les puissances pendant le congrès.

L'article 119 dudit traité général portant, en conséquence,

„que toutes les puissances qui ont été réunies „au congrès, ainsi que les Princes et Villes „libres qui ont concouru aux arrangemens con- „signés, ou aux actes confirmes dans ce traité „général, sont invités à y accéder"

le soussigné, en sa qualité de président à l'assemblée des plénipotentiaires des huit puissances qui ont signé le traité de Paris, est chargé d'informer Monsieur . . . . ., que le susdit instrument, étant trop volumineux pour être communiqué à chacun de Messieurs les plénipotentiaires en particulier, se trouvera déposé, à dater du 20 de ce mois, à la chancellerie de cour et d'état de Sa Majesté impériale et royale apostolique, ou Monsieur....... voudra bien en prendre connoissance, pour en faire son rapport et mettre sous les yeux de Son Altesse Sérénissime le Prince . . . . l'invitation contenue dans ledit article 119 d'accéder à cet acte final du congrès.

Le soussigné, en s'acquittant de cette commission, à l'honneur de renouveler à Monsieur ...... les assurances de sa considération distinguée.

Vienne, le 13 juin 1815.

Metternich.

IV.

Procès-verbal de la conférence de MM. les plénipotentiaires d'Autriche, de Russie, d'Angleterre et de Prusse, à Paris le 4 novembre 1815,

touchant

les formes à donner aux actes de ratification par rapport au traité de Paris du 30 mai 1814, à l'acte final du congrès de Vienne du 9 juin 1815, et aux actes d'accession et d'acceptation relatifs au dit acte; avec trois formulaires sub lit. A, B et C.

MM. les ministres des cabinets alliés jugeant nécessaire de convenir d'un mode uniforme pour les ratifications de l'acte du congrès de Vienne du 9 juin entre les puissances signataires, ainsi que pour régler les actes d'accession de la part des autres puissances et états, et acceptation de la part des puissances signataires, ont arrêté les points suivans:

1. Le traité de Paris de 1814, et les transactions complémentaires de Vienne, éprouvant quelques légères modifications territoriales

par le second traité de Paris de 1815, MM. les ministres des cabinets ont trouvé dans celle circonstance un motif de plus de voir observer dans les dates des ratifications l'ordre successif des traités. En conséquence il a été reconnu, que les instrumens de ratification du traité général de Vienne du 9 juin 1815 seroient expédiés sous une date antérieure aux actes de ratification du traité de Paris du 20 novembre, et on est convenu de ne recevoir ni échanger des ratifications dudit traité de Paris de 1815, avant d'avoir reçu et échangé les ratifications de l'acte du congrès du 9 juin.

2. Le traité de Vienne et ses annexes ayant été expédiés en huit exemplaires entièrement conformes, d'ont l'un est déposé aux archives d'état à Vienne pour être à la disposition de tous les intéressés, l'authenticité et l'identité du contenu des expéditions formelles de cet acte sont assez assurées, pour qu'il ne soit pas nécessaire d'en transcrire de nouveau le texte dans les actes de ratification, ainsi qu'il est d'usage; et, d'après ce motif, il a été convenu que l'on se dispenseroit de l'insertion dudit traité et de ses annexes dans les actes de ratification, pour lesquels on a adopté un formulaire dans le sens du projet ci-joint sub lit. A.

3. Le même motif existant pour les actes d'accession et d'acceptation relatif au dit traité du 9 juin, dont un exemplaire original a été mis à Vienne depuis plusieurs mois à la disposition des intéressés, on a reconnu également superflu d'insérer dans ces actes le texte des traités, et qu'il suffiroit que les parties accédantes s'y

rapportassent, en déclarant dans leur acte d'accession qu'elles en ont reçu la communication, et qu'elles en ont pleine et entière connoissance. De plus, comme on étoit convenu à Vienne, que l'invitation à accéder au traité du 9 juin 1815 seroit adressée (ainsi qu'elle l'a été) au nom des puissances signataires, par M. le Prince de Metternich, il a été arrêté que, dans les actes d'accession, il seroit fait mention de cette circonstance, néanmoins chaque puissance accédante devra s'engager, par un acte particulier d'accession, envers chacune des sept puissances signataires du traité de Vienne, et que, par conséquent, il sera fait mention dans les actes d'accession respectifs de la puissance à laquelle l'expédition est destinée.

D'après ces observations, il est convenu d'adopter pour les actes d'accession et d'acceptation les formulaires ci-joints sub B et C.

Signé: Castlereagh.
Rasoumoffsky.
Capo d'Istria.
Wessenberg.
Metternich.
Wellington.
Hardenberg.
Humboldt.

Annexes
du procès-verbal du 4 novembre 1815.

A.

Formulaire
de la ratification de l'acte du Congrès.

Nous François (Alexandre) etc.

Les puissances qui avoient signé le traité de Paris du 30 mai 1814 s'étant réunie à Vienne, en conformité de l'article 32 de cet acte, avec les Princes et Etats, leurs alliés, pour compléter les dispositions de cette transaction, il a été conclu et signé, en la ville de Vienne, le neuf juin de la présente année 1815, entre

l'Autriche *)
la France,
la Grande Bretagne,
le Portugal,
la Prusse,
la Russie
et
la Suède,

un traité général et commun en huit exemplaires originaux, tous de mot à mot les mêmes et entièrement conformes entr'eux, dont sept exemplaires pour chacune des Sept Puissances Signataires et le huitième exemplaire se trouve déposé en exécution de l'article 121 de cet acte, aux archives de cour et d'état à Vienne, pour servir de titre commun tant aux Signataires ci-dessus mentionnés qu'aux autres puissances et états accédans,

*) Il a été convenu que chaque puissance ratifiante se mettra ici en première, et les six autres dans l'ordre alphabétique des cours.

et ledit traité général ayant été revêtu entre autres signatures de celle de Nos ministres plénipotentiaires et de ceux de S. M. le Roi du royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande: S. M. l'Empereur de Russie etc. *).

Nous, après avoir lu et examiné tant le traité général du 9 juin 1815 que les traités, conventions, déclarations, réglemens et autres actes cités dans le 118 article et joints à la transaction commune lesquels sont les uns et les autres, censés insérés ici de mot à mot, les avons trouvés en tout point conformes à Notre volonté. En conséquence, Nous les avons approuvés, confirmés et ratifiés, comme par les présentes Nous les approuvons, confirmons et ratifions, promettant, tant en notre nom qu'en celui de Nos héritiers et successeurs, d'en accomplir fidèlement le contenu.

En foi de quoi, Nous avons signé et fait munir de notre sceau les actes de ratifications en sept expéditions conformes, dont une sera réunie au traité déposé, comme titre commun, aux archives impériales à Vienne, et les six autres seront échangés avec les six Puissances Signataires, entre lesquelles expéditions la présente sera échangée contre les actes de ratification **) de S. M. le Roi du royaume-uni de la Grande-Bretagne

*) Dans les cinq autres actes de ratification, il sera fait mention du ministre ou des ministres plénipotentiaires de la puissance à laquelle l'instrument de ratification sera destiné.

**) Dans les actes de ratification pour les autres puissances, il sera fait mention de celle avec laquelle l'échange se fait.

et d'Irlande fait en double, pour qu'un exemplaire de ratification de sa part soit également joint au traité commun déposé à Vienne, et que l'autre soit remis aux archives d'état et de notre maison impériale.

Fait à . . . . le . . . . *) de l'an de grâce 1815.

(Suit signature.)

B.

Formulaire

d'un acte d'accession à l'acte du congrès du 9 juin 1815.

S. M. le Roi de Sardaigne (Würtemberg etc.) ayant été amicalement invitée par S. M. l'Empereur d'Autriche, tant en son nom, qu'en celui de LL. MM. II. RR. le Roi de France, du Roi du royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, S. A. R. le prince-régent des royaumes de Portugal et du Brésil, le Roi de Prusse, l'Empereur de toutes les Russies, et le Roi de Suède

*) L'ordre successif dans lequel l'acte du Congrès du 9 juin 1815, et le traité de Paris du . . novembre 1815 ont été conclus, devant être observé dans les actes de ratification, de manière à ne point interrompre les époques de ratification, on est convenu, que l'expédition de la ratification de l'acte du congrès (laquelle, excepté pour le Portugal, doit être faite dans les six mois, ainsi avant le 9 décembre 1815) se feroit sous une date antérieure à la ratification du traité de Paris du . . novembre 1815, et qu'on n'accepteroit pas cette dernière avant que l'acte du congrès et le premier traité de Paris de 1814 ne fussent ratifiés.

et de Norwège, à accéder au traité de Paris du 30 mai 1814 et au traité signé en la ville de Vienne le 9 juin de la présente année 1815 entre les puissances ci-dessus dénommées, lequel traité a été fait et signé en huit exemplaires originaux, tous de mot à mot les mêmes et entièrement conformes entr'eux, dont sept exemplaires pour chacune des huit puissances signataires, et le huitième exemplaire se trouve déposé en exécution de l'article 121 de cet acte; aux archives de cour et d'état à Vienne pour servir de titre commun, tant aux signataires ci-dessus mentionnés qu'aux autres puissances et états accédans;

Et Sadite Majesté le Roi de Sardaigne, après avoir eu la communication tant dudit traité commun du 9 juin, que des traités, conventions, déclarations, réglemens et autres actes cités dans le 118 article et joints au dit instrument général, voulant donner à LL. MM. II. et RR. toutes les preuves de confiance et d'amitié qui sont en son pouvoir, a muni, à cet effet, de ses pleins-pouvoirs le Sieur . . . . . . pour, en son nom, donner acte de cette accession, lequel, en conséquence, déclare, que S. M. le Roi de Sardaigne accède, par le présent acte, aux dits traités, conventions, déclarations, réglemens et autres actes cités dans le 118 article, lesquels actes sont, les uns et les autres, censés insérés ici de mot à mot, en s'engageant formellement et solennellement, non seulement envers S. M. l'Empereur (ou l'Empereur de Russie) *) mais aussi envers toutes les autres

*) Il est entendu que la puissance ou l'état qui accède, fera un semblable acte d'accession pour chacune des sept

puissances et états qui, soit comme signataires, soit comme accédans, ont pris part aux engagemens de l'acte du congrès, à concourir de son côté à l'accomplissement des obligations contenues au dit traité, qui peuvent concerner S. M. le Roi de Sardaigne. Le présent acte d'accession sera ratifié dans les trois mois, qui suivront la remise de l'acte d'acceptation, et, avant l'expiration du dit terme, il sera procédé à l'échange des instrumens de ratification, de l'accession d'une part, et de ratification de l'acceptation d'autre part, lesquels instrumens seront expédiés en double, l'une des expéditions devant servir de titre entre les parties accédantes et acceptantes, et l'autre expédition devant être réunie au traité général du 9 juin 1815 déposé à Vienne.

En foi de quoi, nous plénipotentiaire de S. M. le Roi de Sardaigne avons, en vertu de nos pleins-pouvoirs, dont copie vidimée restera ci-jointe, signé le présent acte d'accession.

Fait à . . . . le . . . . . .

(Suit signature.)

puissances du traité de Vienne du 9 juin 1815, et que dans ces actes d'accession respectifs, il sera fait mention de la puissance signataire à laquelle l'expédition d'accession est destinée.

C.

Formulaire

d'un acte d'acceptation de l'accession au traité de Vienne du 9 juin 1815;

p. e. entre l'Autriche et la Sardaigne.

Comme S. M. le Roi de Sardaigne a accédé au traité complémentaire du traité de Paris du 30 mai 1814, conclu et signé à Vienne le 9 juin 1815, par l'acte d'accession délivré par le Sieur . . . . . . muni des pleins-pouvoirs de Sa dite Majesté le Roi de Sardaigne, duquel acte d'accession la teneur suit ici mot pour mot.

(Fiat insertio de l'acte d'accession) S. M. l'Empereur d'Autriche a autorisé le soussigné, son ministre d'état et des affaires étrangères, à accepter formellement ladite accession, S. M. I. et R. A. s'engageant réciproquement envers S. M. le Roi de Sardaigne, à concourir de Son côté à l'accomplissement des obligations contenues au dit traité, qui peuvent concerner Sa dite M. Impériale.

Le présent acte d'acceptation sera ratifié dans le terme de trois mois, et avant l'expiration du dit terme, il sera procédé à l'échange des instrumens respectifs de ratification de l'accession et de l'acceptation, lesquels instrumens seront, expédiés au double, l'une des expéditions servant, de titre entre les parties accédantes et acceptantes, et l'autre expédition devant être réunie au traité général du 9 juin 1815 déposé à Vienne.

En foi de quoi Nous, ministre d'état etc. de S. M. l'Empereur d'Autriche, avons signé le présent acte d'acceptation et y avons fait apposer le cachet de nos armes.

Fait à Vienne le . . . . . . de l'an de grâce . . . . .

(Suit signature.)

Verzeichniß verschiedener Verlagswerke von Palm u. Enke in Erlangen, welche um die beigesetzten Preise durch alle Buchhandlungen zu erhalten sind:

Acten des Wiener Congresses in den Jahren 1814 und 1815. Herausgegeben von Dr. Joh. Ludw. Klüber (Staatsrath) Band I — VIII. in 31 Heften, und IX. Band. gr. 8. 1815 — 1836. 21 Rthlr. 6 gr. oder 33 fl. 48 kr. rhein.

(Das 1. — 22. Heft incl. sind in einer zweiten Auflage erschienen).

Staatsarchiv des teutschen Bundes. Herausgegeben von Dr. Joh. Ludw. Klüber. 6 Hefte. gr. 8. 1816 — 1818. 3 Rthlr. 18 gr. oder 6 fl. rhein.

Quellen-Sammlung zu dem öffentlichen Recht des teutschen Bundes. Enthaltend die Schluß-Acte des Wiener Congresses, den Frankfurter Territorial-Receß, die Grundverträge des teutschen Bundes und Beschlüsse der Bundesversammlung von allgemeinerem Interesse. Mit historisch-literärischen Einleitungen, Uebersichten des Inhaltes, und Anmerkungen, herausgegeben von Dr. Joh. Ludw. Klüber. Dritte, sehr vermehrte Aufl. gr. 8. 1830. 1 Rthlr. 6 gr. oder 2 fl. (In Sarsenet gebunden 12 kr. oder 3 gr. mehr.)

Fortsetzung der Quellen-Sammlung zu dem öffentlichen Recht des teutschen Bundes. Enthaltend die neuesten Beschlüsse der Bundesversammlung. Von Dr. Joh. Ludw. Klüber. gr. 8. 1833. geh. 14 gr. oder 54 kr.

Bentham, Jer., Taktik oder Theorie des Geschäftsganges in deliberirenden Volksständeversammlungen. Nach dessen hinterlassenen Papieren bearbeitet von St. Dümont. gr. 8. 1817. 1 Rthlr. oder 1 fl. 30 kr.

Michaelis, Dr. Adolph, (Prof.) die Protokolle der hohen deutschen Bundesversammlung. Eine publicistische Betrachtung. gr. 8. 1829. geh. 8 gr. oder 30 kr.

Puchta, Dr. Wolfg. Heinr., das Institut der Schiedsrichter nach seinem heutigen Gebrauche und seiner Brauchbarkeit für Abkürzung und Verminderung der Prozesse betrachtet. gr. 8. 1823. geh. 16 gr. oder 1 fl.

Rudhart, Dr. Ign., (Regierungsdirector) über die Censur der Zeitungen im allgemeinen und besonders nach dem baierischen Staatsrechte. 8. 1826. geh. 6 gr. oder 24 kr.

— — über die Gewerbe, den Handel und die Staatsverfassung des Königreichs Bayern. Auch mit dem Titel: Ueber den Zustand des Königreichs Bayern nach amtlichen Quellen. Zweiter Band. Mit vielen Tabellen. gr. 8. 1827. 3 Rthlr. 12 gr. oder 6 fl.

— — Die Finanzverwaltung, Rechtspflege und Kriegsanstalten des Königreichs Bayern. Auch unter dem Titel: Ueber den Zustand des Königreichs Bayern nach amtlichen Quellen. Dritter Band. gr. 8. 1827. 2 Rthlr. 16 gr. od. 4 fl. 12 kr.

Strelin, Geo. Gottfr., (Geh. Rath) Versuch einer Geschichte und Literatur der Staatswissenschaft. gr. 8. 1827. 1 Rthlr. 6 gr. oder 2 fl.

Widenmann, Ed., die Nordamerikanische Revolution und ihre Folgen. gr. 8. 1826. 1 Rthlr. 4 gr. oder 1 fl. 48 kr.

Acten des Wiener Congresses.

22. Heft.

V.

Actenstücke,

betreffend die Maasregeln der acht Mächte, welche den pariser Frieden vom 30. Mai 1814 unterzeichnet haben, wider Napoleon Buonaparte, wegen seines Einfalls in Frankreich seit dem 1. März 1815.

1.

Erklärung

der genannten acht Mächte, betreffend Buonaparte's Einfall in Frankreich; datirt Wien den 13. März 1815.

(Befindet sich oben, Bd. I, Heft 4, S. 51 ff.)

2.

Betrachtung

über vorstehende Erklärung; datirt Wien den 16. März 1815.

(Befindet sich oben, Bd. I, Heft 4, S. 54 ff.)

3.

Allianz-Tractat,

geschlossen zu Wien am 25. März 1815, zwischen Oestreich, Rußland, England

Preussen, mit Einladung an alle Mächte von Europa, demselben beizutreten.

(Befindet sich oben, Bd. I, Heft 4, S. 57 ff.)

Separat-Artikel für Grossbritannien; desgleichen eine königlich-grossbritannische vorbehaltende Erklärung, bei Genehmigung des genannten Allianz-Tractats; endlich eine Convention additionnelle, welche Grossbritannien mit Oestreich, Russland und Preussen, zu Wien am 30. April 1815 geschlossen hat, stehen oben, Bd. II, S. 289—291.

Accessions-Verträge, in Beziehung auf oben gedachten Allianz-Tractat, stehen oben: 1) der vereinigten souverainen Fürsten und freien Städte Teutschlands, vom 27. April 1815, Bd. II, S. 274 ff. 2) Sr. Königlichen Hoheit, des Grossherzogs von Baden, Bd. IV, S. 427 ff. 3) Sr. Königlichen Hoheit des Grossherzogs von Hessen, Bd. IV, S. 431 ff.

Andere Verträge, Noten und Verhandlungen, die Theilnahme an dem Krieg wider Napoleon Buonaparte und dessen Anhänger betreffend, stehen oben, Bd. IV, S. 391—427, und S. 439—509.

[illegible].

Zwei Actenstücke,

zu Erläuterung des Verfahrens der verbündeten Mächte wider Napoleon Buonaparte, in privat- und völkerrechtlicher Hinsicht *).

A.

Vertrag

zwischen den verbündeten Mächten und Kaiser Napoleon, betreffend dessen Entsagung auf das französische Kaiserreich

*) Vergl. auch die Actenstücke in v. Martens recueil des traités, Supplément, T. V, p. 695.

und das Königreich Italien, so wie auf jedes andere Land; ferner seinen souverainen Besitz der Insel Elba, seinen und seiner Familie Unterhalt, Titel und Rechte; desgleichen die Bestimmung der Herzogthümer Parma, Piacenza und Guastalla für die Kaiserin Marie Louise, ihren Sohn und dessen Nachkommen; die Versorgung des Prinzen Eugen rc.; datirt Fontainebleau den 11. April 1814.

Article 1er.

S. M. l'Empereur Napoléon renonce pour lui et ses successeurs et descendans, ainsi que pour chacun des membres de sa famille, à tout droit de souveraineté et de domination, tant sur l'empire françois et le royaume d'Italie, que sur tout autre pays.

Article 2.

L. M. l'Empereur Napoléon et l'Impératrice Marie-Louise conservent leurs titres et qualités, pour en jouir leur vie durant. La mère, les frères, soeurs, neveux et nièces de l'Empereur conserveront également, partout où ils se trouveront, les titres de princes de sa famille.

Article 3.

L'isle d'Elbe, adoptée par S. M. l'Empereur Napoléon pour le lieu de son séjour, formera, sa vie durant, une principauté séparée, qui sera possédée par lui en toute souveraineté et propriété. Il sera en outre donné à l'Empereur Napoléon en toute propriété un revenu annuel

de deux millions de francs en rente sur le grand livre de France, dont un million reversible sur l'Impératrice.

Article 4.

Toutes les puissances s'engagent à employer leurs bons offices, pour faire respecter par les Barbaresques le pavillon et le territoire de l'isle d'Elbe, et pour que dans les rapports avec les Barbaresques, elle soit assimilée à la France.

Article 5.

Les duchés de Parme, Plaisance et Guastalla seront donnés, en pleine propriété et souveraineté, à S. M. l'Impératrice Marie Louise. Ils passeront à son fils et à sa descendance en ligne directe. Le prince son fils prendra, dès ce moment, le titre de prince de Parme, Plaisance et Guastalla.

Article 6.

Il sera réservé, dans les pays auxquels l'Empereur Napoléon renonce pour lui et sa famille, des domaines ou des rentes sur le grand livre de France, produisant un revenu annuel net et déduction faite de toutes charges, de 2,500,000 fr. Ces domaines ou rentes appartiendront en toute propriété, et pour en disposer comme bon leur semblera, aux princes et princesses de sa famille, et seront reparties entre eux, de manière, savoir: à Madame mère 300,000 fr., au Roi Joseph et à la Reine 500,000, au Roi Louis *) 200,000, à la Reine Hortense et à

*) Relativement à cette stipulation, M. Louis Buonaparte fit publier, dans la gazette de Lausanne, la déclaration suivante.

ses enfans 300 mille, au Roi Jérôme et à la Reine 500,000, à la princesse Elisa 300,000, à la princesse Pauline 300,000. Les princes et princesses de la famille Napoléon conserveront en outre tous les biens meubles et immeubles, de quelque nature que ce soit, qu'ils possèdent à titre particulier, et notamment les rentes dont ils jouissent également comme particuliers sur le grand livre de France, ou le Mont Napoléon de Milan.

„L'ancien Roi de Hollande, portant, depuis le mois de juillet 1810, le nom de Louis de St. Leu, ayant lu dans la gazette de Lausanne du 17 de ce mois une convention dans laquelle il se trouve compris (le traité du 11 avril), déclare qu'il renonce à tout ce qui pourroit le concerner dans l'article 6 du dit acte. Il déclare en outre, que, nul n'ayant le droit d'accepter des avantages particuliers ou de stipuler pour ses enfans sans son consentement, il renonce pour eux et désapprouve tout ce qui pourroit avoir été fait, ou pourroit l'être encore durant leur séparation d'avec lui."

„Fait et signé à Lausanne le 18 juin 1814."

„Louis de St. Leu."

M. de St. Leu avoit également protesté contre le sénatus-consulte français du 10 décembre 1810, par lequel on lui donnoit un appanage en dédommagement de la Hollande. Un acte contenant ces deux protestations avec les pièces y relatives, passé devant notaire public à Lausanne le 18 juin 1814, se trouve inséré dans la Gazette d'Aarau du même mois, ainsi que dans le Journal de Francfort du 7 juillet 1814, no 188. Voir aussi Martens recueil des traités, Supplément, T. V, p. 340.

Rem. de l'éditeur.

Article 7.

Le traitement annuel de l'Impératrice Joséphine sera réduit à 1,000,000 en domaines, ou en inscriptions sur le grand livre. Elle continuera à jouir, en toute propriété, de tous ses biens meubles et immeubles particuliers, et pourra en disposer conformément aux lois françaises.

Article 8.

Il sera donné au prince Eugène, Vice-Roi d'Italie, un établissement convenable hors de France.

Article 9.

Sur les propriétés que S. M. l'Empereur Napoléon possède en France, soit comme domaines extraordinaires ou comme domaines privés, attachés à la couronne, sur les fonds placés par l'Empereur Napoléon, soit sur le grand livre, soit sur la banque de France, soit sur les actions des forêts, soit de toute autre manière et dont S. M. fait l'abandon à la couronne, il sera réservé un capital qui n'excédera pas 2,000,000, pour être employés en gratifications en faveur des personnes qui seront portées sur l'état que signera l'Empereur Napoléon, et qui sera remis au gouvernement françois.

Article 10.

Tous les diamans de la couronne resteront à la France.

Article 11.

L'Empereur Napoléon fera retourner au trésor et aux autres caisses publiques, toutes les

sommes et effets qui en auroient été déplacés par ses ordres, à l'exception de ce qui provient de la liste civile.

Article 12.

Les dettes de la maison de S. M. l'Empereur Napoléon, telles qu'elles se trouvent au jour de la signature du présent traité, seront immédiatement acquittées sur les arrérages dûs par le trésor public à la liste civile, d'après les états qui seront signés par un commissaire nommé à cet effet.

Article 13.

Les obligations du Mont-Napoléon envers tous les créanciers, soit françois, soit étrangers, seront exactement remplis, sans qu'il soit fait aucun changement à cet égard.

Article 14.

On donnera tous les saufs conduits nécessaires pour le libre voyage de S. M. l'Empereur Napoléon, de l'Impératrice, des princes et princesses et de toutes les personnes qui voudront les accompagner, ou s'établir hors de France, ainsi que pour le passage de tous les équipages, chevaux et effets qui leur appartiennent. Les puissances aliées donneront en conséquence quelques officiers et des escortes.

Article 15.

La garde impériale de France fournira un détachement de 12 à 1500 hommes de toute arme pour servir d'escorte jusqu'à Saint-Tropès, lieu d'embarquement.

Article 16.

Il sera fourni une corvette armée et les bâtimens de transport nécessaires pour conduire au lieu de sa destination S. M. l'Empereur Napoléon, ainsi que sa maison. La corvette demeurera en toute propriété à S. M.

Article 17.

S. M. l'Empereur Napoléon pourra emmener avec lui et conserver pour sa garde 400 hommes de bonne volonté, tant officiers que sous-officiers et soldats.

Article 18.

Tous les françois qui auront suivi S. M. l'Empereur Napoléon ou sa famille, seront tenus, s'ils ne veulent perdre leur qualité de françois, de rentrer en France dans le terme de 3 ans, à moins qu'ils ne soient compris dans les exceptions que le gouvernement françois se réserve d'accorder après l'expiration de ce terme.

Article 19.

Les troupes polonoises de toute arme, qui sont au service de France, auront la liberté de retourner dans leur patrie, en conservant armes et bagages, en témoignage de leurs services honorables. Les officiers, sous-officiers et soldats conserveront les décorations qui leur ont été accordées et les pensions affectées à ces décorations.

Article 20.

Les hautes puissances garantissent l'exécution de tous les articles du présent traité; elles s'engagent à obtenir qu'ils soient adoptés et garantis par la France.

Article 21.

Le présent traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Paris dans le terme de deux jours, ou plus-tôt si faire se peut.

Fait à Paris, le 11 avril 1814.

Caulincourt, duc de Vicence.

Ney, duc d'Elchingen.

Macdonald, duc de Tarente.

Le prince de Metternich.

J. P. comte de Stadion.

André comte de Rasumoffski.

Charles-Robert comte de Nesselrode.

Castlereagh *).

Ch.-Auguste baron de Hardenberg.

Avons approuvé le traité ci-dessus en tous et chacun des articles qui y sont contenus; déclarons qu'il est accepté, ratifié et confirmé, et promettons qu'il sera inviolablement observé. En foi de quoi nous avons donné les présentes signées de notre main, contresignées et munies de notre sceau impérial.

Fait à Fontainebleau, le 12 avril 1814.

Napoléon.

Le ministre secrétaire d'état duc de Bassano.

*) Lord Castlereagh a déposé à Londres, vers la fin de juin 1815, sur le bureau de la chambre des communes quatre pièces relatives au traité du 11 avril. Par la dernière lord Castlereagh, attendu que L. M. les Empereurs d'Autriche et de Russie et le Roi de Prusse sont intervenus à ce traité, a accédé, au nom de S. M. britannique, aux stipulations relatives à l'isle d'Elbe et aux duchés de Parme, Plaisan-

B.

Abdankungsurkunde

Napoleon Buonaparte's; datirt Fontainebleau den 11. April 1814.

Les puissances alliées ayant proclamé que l'Empereur Napoléon étoit le seul obstacle au rétablissement de la paix en Europe, l'Empereur Napoléon, fidèle à son serment, déclare qu'il renonce pour lui et ses héritiers aux trônes de France et d'Italie, et qu'il n'est aucun sacrifice personnel, même celui de la vie, qu'il ne soit prêt à faire à l'intérêt de la France.

Fait au palais de Fontainebleau, le 11 avril 1814.

Napoléon.

Pour copie conforme:
Dupont de Nemours, secrétaire-général du gouvernement provisoire.

---

ce et Guastalla, avec la réserve de ne pouvoir être considéré comme partie intervenante pour les autres stipulations. Voyez Allgemeine Zeitung, 1814, no. 191.

Rem. de l'éditeur.

5.

Extraît

des registres de la secrétairerie d'Etat à Paris, relativement à la déclaration des Puissances qui ont signé le traité de Paris du 30 mai 1814, réunies en congrès à Vienne, datée du 13 mars 1815. Publié par le Moniteur universel de jeudi le 13 avril 1815, no 103. Conseil des Ministres.

Séance du mercredi 29 mars 1815.

Le duc d'Otrante, ministre de la police générale, expose qu'il va donner au conseil lecture d'une déclaration datée de Vienne, le 13, et qu'on suppose émanée du congrès;

Que cette déclaration, provoquant l'assassinat de l'Empereur, lui parait apocriphe; que si elle pouvait être vraie, elle serait sans exemple dans l'histoire du Monde; que le style de libelle dans lequel elle est écrite, donne lieu de penser qu'il faut la classer au nombre de ces pièces fabriquées par l'esprit de parti et par ces folliculaires qui, sans mission, se sont, dans ces derniers temps, ingérés dans toutes les affaires d'Etat; quelle est supposée signée des ministres anglais, et qu'il est impossible de penser que les ministres d'une nation libre, et sur-tout lord Wellington, aient pu faire une démarche contraire à la législation de leur pays et à leur caractère; qu'elle est supposée signée des ministres d'Autriche, et qu'il est impossible de concevoir, quelques dissentimens politiques qui existassent d'ailleurs, qu'un père pût appeler l'assassinat sur

son fils; que, contraire à tout principe de morale et de religion, elle est attentatoire au caractère de loyauté des augustes souverains dont les libellistes compromettent ainsi les mandataires; que cette déclaration est connue depuis plusieurs jours, mais que, par les considérations qui viennent d'être déduites, elle avait dû être considérée comme digne d'un profond mépris; qu'elle n'a été jugée devoir fixer l'attention du ministère, que lorsque des rapports officiels, venus de Strasbourg et de Metz ont fait connaître qu'elle a été apportée en France par des courriers du prince de Bénévent; fait constaté par le résultat de l'enquête qui a eu lieu et des interrogatoires qui ont été subis; qu'enfin il est démontré que cette pièce, qui ne peut pas avoir été signée par les ministres de l'Autriche, de la Russie, de l'Angleterre et de la Prusse, est émanée de la légation du comte de Lille à Vienne; laquelle légation a ajouté au crime de provoquer l'assassinat, celui de falsifier la signature des membres du congrès.

La prétendue déclaration du congrès, les rapports de Strasbourg et de Metz, ainsi que l'enquête et les interrogatoires qui ont été faits par les ordres du ministre de la police générale, et qui constatènt que ladite déclaration est émanée du comte de Lille à Vienne, seront renvoyés aux présidens des sections du conseil.

Certifié conforme:
Le ministre secrétaire-d'état,
Signé, le duc de Bassano.

6.

Circulaire

adressée aux ambassadeurs, ministres et autres agens de France à l'extérieur, par le ministre des relations extérieures de Napoléon Buonaparte; en date de Paris le 30 mars 1815.

Paris le 30 mars 1815.

Monsieur, les voeux de la nation française n'avaient cessé de rappeler le souverain de son choix, le seul prince qui puisse lui garantir la conservation de sa liberté et de son indépendance. L'Empereur s'est montré, et le gouvernement royal n'existe plus. A l'aspect du mouvement universel qui emportait vers son monarque légitime, et le peuple et l'armée; la famille des Bourbons a compris qu'il ne restait point d'autre parti pour elle que de se réfugier sur une terre étrangère. Elle a quitté le sol français, sans qu'il ait été tiré un seul coup de fusil, ni versé une goutte de sang pour sa défense. La maison militaire qui l'accompagnait, s'est réunie à Béthune, où elle a déclaré sa soumission aux ordres de l'Empereur. Elle a remis ses chevaux et ses armes; plus de la moitié entre dans nos rangs, les autres, en petit nombre, se retirent dans leurs foyers, heureux de trouver un asile dans la générosité de S. M. I. Le calme le plus profond règne dans toute l'étendue de l'Empire. Partout un même cris se fait entendre: jamais nation ne présenta le spectale d'une plus complète unanimité dans l'expression de son bonheur et de sa joie. Ce grand changement n'a été

l'ouvrage que de quelques jours. C'est le plus beau triomphe de la confiance d'un monarque dans l'amour de ses peuples; c'est en même temps l'acte le plus extraordinaire de la volonté d'une nation qui connait ses droits et ses véritables devoirs.

Les fonctions dont vous avait chargé le gouvernement royal sont terminées, et je vais prendre sans délai les ordres de S. M. l'Empereur, pour accréditer une nouvelle légation.

Vous devez sur le champ, Monsieur, prendre la cocarde tricolore et la faire prendre aux français qui sont auprès de vous.

Si, au moment de quitter la cour auprès de laquelle vous résidez, vous avez occasion de voir le ministre des affaires étrangères, vous lui ferez connaître que l'Empereur n'a rien de plus à coeur que le maintien de la paix; que S. M. a renoncé aux projets de grandeur qu'elle pouvait avoir antérieurement conçus, et que le système de son cabinet, comme l'ensemble de la direction des affaires en France, est dans un tout autre principe.

Je ne doute pas, Monsieur, que vous ne regardiez comme un devoir de faire connaître aux français qui sont auprès de vous la position nouvelle de la France et celle où, d'après nos lois, ils se trouvent placés eux mêmes.

Signé: Caulaincourt, duc de Vicence.

7.

Extrait
des registres de la secrétairerie d'Etat.
Conseil des ministres.

(Les ministres d'état appelés.)

Séance du dimanche 2 avril 1815.

Rapport de la commission des présidens du Conseil - d'Etat.

En conséquence du renvoi qui lui a été fait, la commission composée des présidens des sections du Conseil-d'Etat, a examiné la déclaration du 13 mars, le rapport du ministre de la police générale, et les pièces qu'il y a jointes.

La déclaration est dans une forme si inusitée, conçue dans des termes si étranges, exprime des idées tellement anti-sociales, que la commission était portée à la regarder comme une de ces productions supposées par lesquelles des hommes méprisables cherchent à égarer les esprits, et à faire prendre le change à l'opinion publique.

Mais la vérification des procès-verbaux dressés à Metz et des interrogatoires des courriers, n'a pas permis de douter que l'envoi de cette déclaration n'eût été fait par les membres de la légation française à Vienne, et elle doit conséquemment être considérée comme adoptée et signée par eux.

C'est sous ce premier point de vue que la commission a cru devoir d'abord examiner cette production, qui n'a point de modèle dans

les annales de la diplomatie, et dans laquelle des Français, des hommes revêtus du caractère public le plus respectable, commencent par une espèce de mise hors la loi, ou, pour parler plus nètement, par une provocation à l'assassinat de l'Empereur Napoléon.

Nous disons avec le ministre de la police que cette déclaration est l'ouvrage des plénipotentiaires français; parceque ceux d'Autriche, de Russie, de Prusse, d'Angleterre n'ont pu signer un acte que les souverains et les peuples auxquels ils appartiennent s'empresseraient de désavouer.

Et d'abord ces plénipotentiaires coopérateurs pour la plupart du traité de Paris, savent que Napoléon y a été reconnu comme conservant le titre d'Empereur et comme souverain de l'île d'Elbe; ils l'auraient désigné par ces titres et ne se seraient écartés, ni au fond ni dans la forme, du respectueux égard qu'ils imposent.

Ils auraient senti que d'après les lois des nations, le prince le moins fort par l'étendue ou la population de ses Etat, jouit, quant à son caractère politique et civil, des droits appartenans à tout prince souverain à l'égal du monarque le plus puissant; et Napoléon, reconnu sous le titre d'Empereur et en qualité de prince souverain par toutes les puissances, n'était pas plus qu'aucune d'elles, justiciable du congrès de Vienne.

L'oubli de ces principes, impossible à supposer dans des plénipotentiaires qui pèsent les

droits des nations avec réflexion, sagesse et maturité, n'a rien d'étonnant quand il est manifesté par quelques ministres français, à qui leur conscience reproche plus d'une trahison, chez qui la crainte a produit l'emportement, et dont les remords égarent la raison.

Ceux-là ont pu risquer la fabrication, la publication d'une pièce telle que la prétendue déclaration du 13 mars, dans l'espoir darrêter la marche de Napoléon et d'abuser le peuple français sur les vrais sentimens des puissances étrangères.

Mais il ne leur est pas donné de juger comme elles le mérite d'une nation qu'ils ont méconnue, trahie, livrée aux armes de l'étranger.

Cette nation brave et généreuse se révolte contre tout ce qui porte le caractère de la lâcheté et de l'oppression; ses affections s'exaltent quand leur objet est menacé ou atteint par une grande injustice; et l'assassinat auquel provoquent les premières phrases de la déclaration du 13 mars, ne trouvera de bras pour l'accomplir, ni parmi les 25 millions de Français, dont la majorité a suivi, gardé, protégé Napoléon de la Méditerranée à la capitale, ni parmi les 18 millions d'Italiens, les 6 millions de Belges ou riverains du Rhin, et les peuples nombreux d'Allemagne qui, dans cette conjoncture solennelle, n'ont prononcé son nom qu'avec un souvenir respectueux, ni au sein de la nation anglaise indignée, dont les honorables sentimens désavouent le langage qu'on a osé prêter aux souverains.

Les peuples de l'Europe sont éclairés; ils jugent les droits de Napoléon, les droits des princes alliés et ceux des Bourbons.

Ils savent que la convention de Fontainebleau du 11 avril 1814 est un traité entre souverains; sa violation, l'entrée de Napoléon sur le territoire français ne pouvait, comme toute infraction à un acte diplomatique, comme toute invasion hostile, amener qu'une guerre ordinaire, dont le résultat ne peut être, quant à la personne, que d'être vainqueur ou vaincu, libre ou prisonnier de guerre; quant aux possessions, de les conserver ou de les perdre, de les accroître ou de les diminuer; et que toute pensée, toute menace, tout attentat contre la vie d'un prince en guerre contre un autre, est une chose inouie dans l'histoire des nations et des cabinets de l'Europe.

A la violence, à l'emportement, à l'oubli des principes qui caractérisent la déclaration du 13 mars, on reconnaît les envoyés du même prince, les organes des mêmes conseils qui, par l'ordonnance du 9 mars, mettaient aussi Napoléon hors la loi, appelaient aussi sur lui les poignards des assassins, promettaient aussi un salaire à qui apporterait sa tête.

Et cependant qu'a fait Napoléon? il a honoré par sa sécurité les hommes de toutes les nations qu'insultait l'infâme mission à laquelle on voulait les appeler; il s'est montré modéré, généreux protecteur envers ceux-là-mêmes qui avaient dévoué sa tête à la mort.

Quant il a parlé au général Excelmans, marchant vers la colonne qui suivait de près Louis-

Stanislas-Xavier, au général comte d'Erlon, qui devait le recevoir à Lille, au général Clausel, qui allait à Bordeaux, où se trouvait la duchesse d'Angoulême, au général Grouchy, qui marchait pour arrêter les troubles civils excités par le duc d'Angoulême, partout enfin des ordres ont été donnés par l'Empereur pour que les personnes fussent respectées et mises à l'abri de toute attaque, de tout danger, de toute violence, dans leur marche sur le territoire français, et au moment où elles le quitteraient.

Les nations et la postérité jugeront de quel côté a été, dans cette grande conjoncture, le respect pour le droit des peuples et des souverains, pour les règles de la guerre, les principes de la civilisation, les maximes des lois civiles et religieuses. Elles prononceront entre Napoléon et la maison de Bourbon.

Si, après avoir examiné la prétendue déclaration du congrès sous ce premier aspect, on la discute dans ses rapports avec les conventions diplomatiques, avec le traité de Fontainebleau du 11 avril, ratifié par le gouvernement français, on trouvera que sa violation n'est imputable qu'à ceux-là même qui la reprochent à Napoléon.

Le traité de Fontainebleau a été violé par les puissances alliées et par la maison de Bourbon, en ce qui touche l'Empereur Napoléon et sa famille, en ce qui touche les intérêts et les droits de la nation française.

1. L'Impératrice Marie-Louise et son fils devaient obtenir des passeports et une escorte

lue, sous le prétexte illusoire d'un échange sans évaluation, sans proportion, sans souveraineté, sans consentement; et les documens existans aux relations extérieures que nous nous sommes fait représenter, prouvent que c'est sur les sollicitations, sur les instances, par les intrigues du prince de Benevent, que Marie-Louise et son fils ont été dépouillés.

4. Il devait être donné au prince Eugène, fils adoptif de Napoléon, qui a honoré la France, qui le vit naître et conquit l'affection de l'Italie qui l'adopta, un établissement convenable hors de France, et il n'a rien obtenu.

5. L'Empereur avait (article 9 du traité) stipulé, en faveur des braves de l'armée, la conservation de leurs dotations sur le Monte Napoleone; il avait réservé sur le domaine extraordinaire et sur des fonds restans de sa liste civile des moyens de récompenser ses serviteurs, de payer les soldats qui s'attachaient à sa destinée; tout a été enlevé, réservé par les ministres des Bourbons. Un agent des militaires français, M. Bresson est allé inutilement à Vienne réclamer pour eux la plus sacrée des propriétés, le prix de leur courage et de leur sang.

6. La conservation des biens, meubles et immeubles de la famille de l'Empereur est stipulée par le même traité (art. 6); et elle a été dépouillée des uns et des autres; savoir, à main armée en France par des brigands commissionnés, en Italie par la violence des chefs militaires; dans les deux pays par des séquestres et des saisies solennellement ordonnées.

7. L'Empereur Napoléon devait recevoir 2 millions et sa famille 2,500,000 fr. par an, selon la répartition établie art. 6 du traité; et le gouvernement français a constamment refusé d'acquiter cet engagement, et Napoléon se serait vu bientôt réduit à licencier sa garde fidèle, faute de moyens pour assurer sa paie, s'il n'eût trouvé dans les reconnoissans souvenirs des banquiers et negocians de Gênes et d'Italie, l'honorable ressource d'un prêt de 12 millions qui lui fut offert.

8. Enfin ce n'était pas sans motif qu'on voulait par tous les moyens éloigner de Napoléon ces compagnons de sa gloire, modèles de dévouement et de constance, garans inébranlables de sa sureté et de sa vie. L'île d'Elbe lui était assurée en toute propriété (art. 3 du traité); et la résolution de l'en dépouiller, désinée par les Bourbons, sollicitée par leurs agens avait été prise au congrès.

Et si la providence n'y eût pourvu dans sa justice, l'Europe aurait vu attenter à la personne, à la liberté de Napoléon, relégué, désormais à la merci de ses ennemis, loin de sa famille, et séparé de ses serviteurs, ou à Sainte-Lucie, ou à Sainte-Helène, qu'on lui assignait pour prison.

Et quand les puissances alliées cédant aux voeux imprudens, aux instances cruelles de la maison de Bourbon, ont condescendu à la violation du contrat solennel, sur la foi duquel Napoléon avait dégagé la nation française de ses sermens, quand lui-même, et tout les membres de sa famille, se sont vus menancés, atteints dans

leurs personnes, dans leurs propriétés, dans leurs affections, dans tous les droits stipulés en leur faveur comme principes, dans ceux-mêmes assurés par les lois aux simples citoyens, que devait faire Napoléon?

Devait-il après avoir enduré tant d'offenses, supporté tant d'injustices, consentir à la violation completée des engagemens pris avec lui, et se résignant personnellement au sort qu'on lui préparait, abandonner encore son épouse, son fils, sa famille, ses serviteurs fidèles à leur affreuse destinée?

Une telle résolution semble au-dessus des forces humaines; et pourtant Napoléon aurait pu la prendre si la paix, le bonheur de la France eussent été le prix de ce nouveau sacrifice. Il se serait encore dévoué pour le peuple français, duquel, ainsi qu'il veut le déclarer à l'Europe, il se fait gloire de tout tenir, auquel il veut tout rapporter, à qui seul il veut répondre de ses actions, et dévouer sa vie.

C'est pour la France seule, et pour lui éviter les malheurs d'une guerre intestine, qu'il abdiqua la couronne en 1814. Il rendit au peuple français les droits qu'il tenait de lui; il le laissa libre de se choisir un nouveau maître, et de fonder sa liberté et son bonheur sur des institutions protectrices de l'un et de l'autre.

Il espérait pour la nation la conservation de tout ce qu'il avait acquis par 25 années de combats et de gloire, l'exercice de sa souveraineté dans le choix d'une dynastie et dans la stipulation des conditions auxquelles elle serait appelée à régner.

Il attendait du nouveau gouvernement, le respect pour la gloire des armées, les droits des braves, la garantie de tous les intérêts nouveaux, de ces intérêts nés et maintenus depuis un quart de siècle, résultant de toutes les lois politiques et civiles, observées, révérées depuis ce temps parce qu'elles sont identifiées avec les moeurs, les habitudes, les besoins de la nation.

Loin de là, toute idée de la souveraineté du peuple a été écartée.

Le principe, sur lequel a reposé toute la législation politique et civile depuis la révolution, a été écarté également.

La France a été traitée par les Bourbons comme un pays révolté, reconquis par les armes de ses anciens maîtres, et asservie de nouveau à une domination féodale.

Louis-Stanislas-Xavier a méconnu le traité qui seul avait rendu le trône de France vacant, et l'abdication qui seule lui permettait d'y monter.

Il a prétendu avoir régné 19 ans; insultant ainsi et les gouvernemens établis depuis ce temps, et le peuple qui les a consacrés par ses suffrages, l'armée qui les a défendus, et jusqu'aux souverains qui les ont reconnus dans leurs nombreux traités.

Une charte rédigée par le sénat, toute imparfaite qu'elle fût, a été mise en oubli.

On a imposé à la France une loi prétendue constitutionnelle, aussi facile à éluder qu'à révoquer, et dans la forme des simples ordonnances royales, sans consulter la nation, sans

entendre même ces corps devenus illégaux, fantômes de représentation nationale.

Et comme les Bourbons ont ordonné sans droits et promis sans garantie, ils ont éludé sans bonne foi et éxecuté sans fidelité.

La violation de cette prétendue charte n'a été restreinte que par la timidité du gouvernement; l'étendue des abus d'autorité n'a été bornée que par sa faiblesse.

La dislocation de l'armée, la dispersion de ses officiers, l'exil de plusieurs, l'avilissement des soldats, la suppression de leurs dotations, la privation de leur solde ou de leur retraite, la réduction des traitemens des légionnaires, le dépouillement de leurs honneurs, la prééminence des décorations de la monarchie féodale, le mépris des citoyens, désignés de nouveau sous le nom de Tiers-Etat, le dépouillement préparé et déjà commencé des acquéreurs de biens nationaux, l'avilissement actuel de la valeur de ceux qu'on était obligé de vendre, le retour de la féodalité dans ses titres, ses priviléges, ses droits utiles, le rétablissement des principes ultramontains, l'abolition des libertés de l'église gallicane, l'anéantissement du concordat, le rétablissement des dîmes, l'intolérance renaissante d'un culte exclusif, la domination d'une poignée de nobles sur un peuple accoutumé à l'égalité, voilà ce que les Bourbons ont fait ou voulaient faire pour la France.

C'est dans de telles circonstances que l'Empereur Napoléon a quitté l'île d'Elbe,

tels sont les motifs de la détermination qu'il a prise, et non la considération de ses intérêts personnels, si faible près de lui, comparée aux intérêts de la nation à qui il a consacré son existence.

Il n'a pas apporté la guerre au sein de la France; il y a au contraire éteint la guerre que les propriétaires de biens nationaux, formant les quatre-cinquiémes des propriétaires français, auraient été forcés de faire à leurs spoliateurs; la guerre que les citoyens opprimés, abaissés, humiliés par les nobles, auraient été forcés de déclarer à leurs oppresseurs; la guerre que les protestans, les juifs, les hommes des cultes divers, auraient été forcés de soutenir contre leurs persécuteurs.

Il est venu délivrer la France, et c'est aussi comme libérateur qu'il a été reçu.

Il est arrivé presque seul; il a parcouru 220 lieues sans obstacles, sans combats, et a repris sans résistance, au milieu de la capitale et des acclamations de l'immense majorité des citoyens, le trône délaissé par les Bourbons, qui, dans l'armée, dans leur maison, dans les gardes nationales, dans le peuple, n'ont pu armer personne pour essayer de s'y maintenir.

Et cependant, replacé à la tête de la nation qui l'avait déjà choisi trois fois, qui vient de le désigner une quatrième fois par l'accueil qu'elle lui a fait, dans sa marche et son arrivée, rapides et triomphales; de cette nation par laquelle et pour l'intérêt de laquelle il veut régner, que veut Napoléon?

Ce que veut le peuple français: l'indépendance de la France, la paix intérieure,

la paix avec tous les peuples, l'exécution du traité de Paris du 30 mai 1814.

Qu'y a-t-il donc désormais de changé dans l'état de l'Europe et dans l'espoir du repos qui lui était promis? Qu'elle voix s'élève pour demander ces secours qui, suivant la déclaration, ne doivent être donnés qu'autant qu'ils seront réclamés?

Il n'y a rien de changé: si les puissances alliées reviennent, comme on doit l'attendre d'elles, à des sentimens justes, modérés; si elles reconnaissent que l'existence de la France dans un état respectable et indépendant, aussi éloigné de conquérir que d'être conquis, de dominer que d'être asservie, est nécessaire à la balance des grands royaumes, comme à la garantie des petits états.

Il n'y a rien de changé: si respectant les droits d'une grande nation qui veut respecter les droits de toutes les autres, qui, fière et généreuse, a été abaissée, mais ne fut jamais avilie, on lui laisse reprendre un monarque et se donner une Constitution et des lois qui conviennent à ses moeurs, à ses intérêts, à ses habitudes, à ses besoins nouveaux.

Il n'y a rien de changé: si n'essayant pas de contraindre la France à reprendre avec une dynastie dont elle ne peut plus vouloir, les chaînes féodales qu'elle a brisées, à se soumettre à des prestations seigneuriales ou ecclésiastiques dont elle est affranchie, on ne veut pas lui imposer des lois, s'immiscer dans ses affaires intérieures, lui assigner une forme de gouvernement, lui donner des maîtres au gré des intérêts ou des passions de ses voisins.

Il n'y a rien de changé: si quand la France est occupée de préparer le nouveau pacte social qui garantira la liberté de ses citoyens, le triomphe des idées généreuses qui dominent en Europe et qui ne peuvent plus y être étouffées, on ne la force pas de se distraire pour combattre, de ces pacifiques pensées et des moyens de prospérité intérieure auxquels le peuple et son chef veulent se consacrer dans un heureux accord.

Il n'y a rien de changé: si quand la nation française ne demande qu'à rester en paix avec l'Europe entière, une injuste coalition ne la force pas de défendre, comme elle l'a fait en 1792, sa volonté et ses droits, et son indépendance, et le souverain de son choix.

Signés: Le ministre-d'état président de la section des finances,
Le comte Defermon.

Le ministre-d'état président de la section de l'intérieur,
Le comte Regnaud de St. Jean-d'Angely.

Le président de la section de législation,
Le comte Boulay.

Le président de la section de la guerre,
Le comte Andréossy.

Certifié conforme,
Le ministre secrétaire-d'état,
Le duc de Bassano.

8.

Lettre autographe de Napoléon Buonaparte aux Souverains étrangers;

datée de Paris le 4 avril 1815.

Monsieur mon frère, vous aurez appris, dans le cours du mois dernier, mon retour sur les côtes de France, mon entrée à Paris, et le départ de la famille des Bourbons. La véritable nature de ces évènemens doit maintenant être connue de Votre Majesté. Ils sont l'ouvrage d'une irrésistible puissance, l'ouvrage de la volonté unanime d'une grande nation qui connaît ses devoir et ses droits. La dynastie, que la force avait rendue au peuple français, n'était plus faite pour lui: les Bourbons n'ont voulu s'associer ni à ses sentimens ni à ses moeurs: la France a dû se séparer d'eux. Sa voix appelait un libérateur: l'attente qui m'avait décidé au plus grand des sacrifices avait été trompée.

Je suis venu, et du point où j'ai touché le rivage, l'amour de mes peuples m'a porté jusqu'au sein de ma capitale. Le premier besoin de mon coeur est de payer tant d'affection par le maintien d'une honorable tranquillité. Le rétablissement du trône impérial était nécessaire au bonheur des Français. Ma plus douce pensée est de le rendre en même tems utile à l'affermissement du repos de l'Europe. Assez de gloire a illustré tour-à-tour les drapeaux des diverses nations; les vicissitudes du sort ont assez fait succéder de grands revers à de grands succès. Une plus belle arène est au-

jourd'hui ouverte aux souverains, et je suis le premier à y descendre.

Après avoir présenté au Monde le spectacle de grands combats, il sera plus doux de ne connaître désormais d'autre rivalité que celle des avantages de la paix, d'autre lutte que la lutte sainte de la félicité des peuples. La France se plaît à proclamer avec franchise ce noble but de tous ses voeux. Jalouse de son indépendance, le principe invariable de sa politique sera le respect le plus absolu pour l'indépendance des autres nations: si tels sont, comme j'en ai l'heureuse confiance, les sentimens personnels de Votre Majesté, le calme général est assuré pour long-temps; et la Justice, assise aux confins des divers Etats, suffira seule pour en garder les frontières.

Je saisis avec empressement, etc., etc., etc.

Paris, le 4 avril 1815.

Napoléon.

9.

Lettre

adressé, par le ministre des affaires étrangères de Napoléon Buonaparte, aux ministres des affaires étrangères des principaux cabinets de l'Europe;

en date de Paris le 4 avril 1815.

Paris le 4 avril 1815.

Monsieur

L'espoir qui avait porté S. M. l'Empereur, mon auguste souverain, au plus magnanime des

sacrifices, n'a point été rempli. La France n'a point reçu le prix du dévouement de son monarque; ses espérances ont été douloureusement trompées. Après quelques mois d'une pénible contrainte, ses sentimens, concentrés à regret, viennent de se manifester avec éclat. Par un mouvement universel et spontané, elle a invoqué pour libérateur celui de qui seul elle peut attendre la garantie de ses libertés et de son indépendance. L'Empereur a paru, le trône royal est tombé, et la famille des Bourbons a quitté notre territoire, sans qu'une goutte de sang ait été versée pour sa défense. C'est sur les bras de ses peuples que S. M. a traversé la France, depuis le point de la côte où elle a d'abord touché le sol, jusqu'au milieu de sa capitale, jusqu'au sein de ce château rempli encore, comme tous les coeurs français, de nos plus chers souvenirs. Aucun obstacle n'a suspendu la marche de S. M.; au moment où elle a remis le pied sur le territoire français, elle avait déjà ressaisi les rênes de son Empire. A peine son premier règne semble-t-il avoir été un moment interrompu. Toutes les passions généreuses, toutes les pensées libérales se sont ralliées autour d'elle: jamais nation ne présenta le spectacle d'une plus solennelle unanimité.

Le bruit de ce grand évènement aura, Monsieur, déjà retenti jusqu'à vous. Je suis chargé de vous l'annoncer au nom de l'Empereur, et de prier V. Exc. de porter cette déclaration à la connaissance de votre cabinet.

Ce second avènement de l'Empereur à la couronne de France est pour lui le plus beau de ses

triomphes. S. M. s'honore sur-tout de le devoir uniquement à l'amour du peuple français, et elle ne forme qu'un desir, c'est de payer tant d'affection, non plus par les trophées d'une trop infructueuse grandeur, mais par tous les avantages d'une heureuse tranquillité. C'est à la durée de la paix que tient l'accomplissement des plus nobles voeux de l'Empereur. Disposée à respecter les droits des autres nations, S. M. a la douce confiance que ceux de la nation française sont au-dessus de toute atteinte. La conservation de ce précieux dépôt est le premier comme le plus cher de ses devoirs. Le calme du Monde est pour longtemps assuré, si les autres souverains s'attachent comme S. M., à faire consister l'honneur dans le maintien de la paix, en plaçant la paix sous la sauve-garde de l'honneur.

Tels sont, Monsieur, les sentimens dont Sa Majesté impériale est sincèrement animée et dont elle m'ordonne d'être l'interprête auprès de votre cabinet.

J'ai l'honneur d'être, Monsieur, etc. etc.

Signé: Caulaincourt, duc de Vicence.

10.

Observations sur une déclaration du congrès de Vienne *).

On prétend que le congrès de Vienne a déclaré, en date du 13 mars dernier, sur la nouvelle

*) Publiées dans le Journal de Paris du 4 avril, et dans le Moniteur du 5 avril 1815.

de Napoléon Buonaparte en France, que toutes les puissances étaient prêtes à donner au roi de France et à la nation française, ou à tout autre gouvernement attaqué et sur les demandes qui en seraient faites, les secours nécessaires pour rétablir la tranquillité publique.

Il est manifeste que cette déclaration repose sur diverses hypothèses que les puissances considéraient alors comme des faits, et qui, ne s'étant point réalisées, et ne pouvant désormais se réaliser, changent totalement la position des choses.

Les puissances supposaient:

1. Que le roi de France était encore sur son trône, et n'avait pas renoncé à défendre sa couronne et son pays;

2. Que la nation française subissait malgré elle une invasion à force ouverte, contre laquelle elle implorait le secours de ses alliés;

3. Que la tranquillité publique était troublée, et que l'intervention des puissances étrangères était nécessaire pour la rétablir;

4. Que d'autres gouvernemens pourraient se trouver attaqués et compromis par la chûte de la famille qui régnait en France.

De ces quatre hypothèses aucune n'est fondée.

1. Louis XVIII n'est plus sur son trône; il n'est plus en France. Il ne s'agit point de le maintenir dans la possession de son autorité. Il s'agirait de la lui rendre, c'est-à-dire, non d'empêcher qu'une révolution ne se fît, mais de faire une révolution contre un état déjà stable et tran-

quille. Les puissances veulent, disent-elles, que la paix ne soit pas troublée, et que les peuples ne soient pas replongés dans les désordres et les malheurs des révolutions. Ce principe a pu les engager à se déclarer contre l'Empereur Napoléon, à la première nouvelle de son débarquement, et quand elles ne voyaient en lui qu'un compétiteur incertain de succès, se dirigeant contre un trône occupé paisiblement par un autre; quand elles ont pu croire qu'une lutte dans laquelle les forces seraient balancées, troublerait la paix générale, et replongerait dans les désordres et les malheurs révolutionnaires la France et l'Europe. Mais aujourd'hui l'Empereur est en possession pleine et incontestée. C'est en disputant cette possession, c'est en appuyant Louis XVIII, qui est redevenu un prétendant, qu'on ramènerait ces malheurs et ces désordres.

2. La nation française ne subit point l'invasion contre laquelle elle implore ou puisse accepter le secours de ses alliés. Pas un coup de canon n'a été tiré, pas une goutte de sang n'a été répandue, pas une résistance n'a été tentée. Les Bourbons et leurs partisans se sont sentis en si petit nombre qu'ils n'ont pas essayé une seule mesure défensive ou seulement dilatoire. Les Bourbons sont tombés parce qu'ils ne tenaient à rien, et que l'édifice de leur gouvernement éphémère n'avait ni bases ni fondemens. L'Empereur n'a vaincu personne: il n'a fait que réunir tout le monde. Si, lorsqu'il était paisiblement sur le trône, reconnu par l'Europe, il y a six, huit ou dix ans, il avait voulu voyager de Paris à Cannes, il n'aurait voyagé ni plus tranquillement

ni plus vite. Les secours que les puissances offrent à la nation française ne trouvent donc pas plus d'application que ceux qu'elles offrent au roi de France. Il n'y a plus de roi de France pour accepter les uns, et la nation française ne veut pas des autres. Les prétendus secours seraient une attaque; ces offres d'assistance seraient une déclaration de guerre à la nation toute entière, déclaration qui rappellerait aux peuples de l'Europe la croisade de 1792, et qui serait suivie du même résultat.

3. Les puissances se sont trompées également, en supposant la tranquillité publique menacée, et leur intervention nécessaire pour la rétablir. Nulle part il n'y a des symptômes de trouble, ni des démonstrations de guerre civile. Les princes de la maison de Bourbon en ont acquis la conviction profonde.

Le duc de Bourbon a quitté la Vendée.

La duchesse d'Angoulême abandonne Bordeaux. L'ancienne dynastie a reconnu sur tous les points de la France la même impuissance de se defendre, la même impossibilité de se rétablir. Que serait l'intervention des puissances chez un peuple qui est parfaitement d'accord? une agression gratuite et non provoquée. Ce serait cette intervention qui détruirait la tranquillité qui existe partout. Les sujets de ces puissances, encore fatigués de vingt ans de guerre, ne s'y tromperaient pas. Ils verraient qu'on veut remettre l'Europe en feu pour une seule famille, pour une famille qui, déjà replacée une fois dans son héritage par des flots de sang, n'a pu s'y maintenir une année. Ils se demanderaient, si la destinée de tous les Européens

est de sacrifier leur repos, leur industrie, leur bien-être, leur vie, pour aller toujours chercher une famille fugitive dans un asile où elle se laisse toujours repousser et pour la remettre dans un poste que toujours elle abandonne.

4. Enfin, la crainte que d'autres gouvernemens ne se trouvent attaqués et compromis dans la chûte de la famille dont le règne vient de finir, est également chimérique. L'Empereur a déclaré qu'il ne se mêlerait des affaires d'aucune nation, et il ne peut vouloir attacher à son rétablissement sur le trône le renouvellement de la guerre. Le traité de Paris peut exciter dans son ame comme dans celle de tout français des regrets d'autant plus vifs, qu'un Gouvernement ferme et courageux aurait indubitablement obtenu des conditions bien moins onéreuses. Mais ce traité existe: il n'est pas l'ouvrage de l'Empereur, il ne retombè pas sur lui; ce n'est pas sa gloire qui en souffre. Ce traité est la base de la position actuelle de l'Europe. La France veut la paix. Les limites sont tracées. L'Empereur n'en sortira point, si on ne l'y force en y pénétrant. Aucun gouvernement n'est donc attaqué ni compromis. Aucun n'a de motifs ni de prétexte pour se déclarer en hostilité contre la France. Il n'y a rien de changé dans les relations de cet Empire avec les autres nations: le chef est changé, les relations sont les mêmes.

Telles sont les réflexions que nous a suggérées la déclaration du congrès; des considerations plus générales les appuient.

En 1813 et en 1814, les souverains ont pu se liguer contre la France avec l'appui de l'opinion

de leurs peuples, parce que les fauteurs de la guerre étaient parvenus à faire croire aux peuples qu'ils avaient intérêt à combattre les prétentions de la France. Aujourd'hui, la France n'a plus de prétentions qui les effraient. L'Empereur sort de sa retraite avec un nouveau système extérieur et intérieur: il renonce pour l'extérieur à l'idée du grand Empire; il veut pour l'intérieur une constitution libre.

Aucune expérience n'est perdue. Après quatorze ans de succès miraculeux, l'Empereur s'est vu arrêter par le mouvement européen vers la paix et l'indépendance des peuples. Après un an d'un gouvernement faible, les Bourbons se sont vus délaissés par le sentiment national, qui voulait des garanties. La durée n'appartient donc manifestement en France et en Europe, qu'à celui qui respectera en Europe cette indépendance et qui donnera à la France cette liberté. L'Empereur ne peut avoir d'autre but. Sa situation nouvelle imprime à son gouvernement un caractère nouveau.

Le génie a lutté contre le siècle. Le siècle est sorti vainqueur de la lutte. La ruse a cherché à tromper le siècle. Le siècle a pénétré ses détours et déconcerté la ruse. Il n'y a de ressource que dans la vérité nationale et dans la bonne foi.

L'Empereur veut donc aujourd'hui ce que les peuples peuvent vouloir et ce que la France veut.

Si les puissances l'attaquent, elles ne seront plus dans la situation de 1813. Leurs instrumens se briseront ou se retourneront contr'elles.

Si l'Empereur est attaqué, il ne sera pas non plus dans la situation de 1814.

Ceux qui se tenaient alors a l'écart, se réuniront tous à lui.

Le motif de leur apathie d'alors deviendra le motif de leur zèle d'aujourd'hui.

Qu'on ne s'y trompe pas, la plupart des défenseurs les plus zélés des Bourbons, à cette dernière époque, les defendaient pour établir sur la liberté leur faiblesse: cette faiblesse, en dépassant l'idée qu'ils s'en faisaient, a déçu leur espérance. Mais les principes qu'ils chérissent sont proclamés par le pouvoir même dont ils redoutaient l'étendue. Ce pouvoir consacre le systême représentatif, la responsabilité des agens, l'absence de l'arbitraire, la liberté individuelle, la liberté de la presse, la liberté des cultes. Ils n'hésiteront pas à se rallier à cet étendard.

Si les Bourbons avaient voulu *nationaliser* leur gouvernement, ils régneraient encore. L'Empereur nationalise le sien. Il est inébranlable.

C'est donc aujourd'hui contre la *volonté nationale* que les puissances agiraient en attaquant la France. Or, elles savent ce qui en résulte.

Nous nous *résumons*.

Les puissances ne peuvent se croire obligées à maintenir sur le trône Louis XVIII qui n'y est plus. Elles ne peuvent imposer à la nation de secours qu'elle ne veut pas. Elles n'ont point à intervenir pour une tranquillité qui existe sans elles. Elles n'ont à défendre aucun gouvernement car aucun n'est attaqué.

La question est donc celle-ci: Une grande nation, brave et forte, a changé de chef. Celui qu'elle a pris lui promet le gouvernement qu'elle désire. Elle croit à ses promesses. L'étranger n'a plus rien à dire. Nous respectons son indépendance, qu'il respecte la nôtre. Il n'a pas le droit d'y porter atteinte; et l'expérience a bien montré que, lorsque nous sommes unis, il n'en a pas non plus le pouvoir.

11.

Rapport
du ministre français des relations extérieures à Napoléon Buonaparte *).

Sire,

Si la prudence m'impose le devoir de ne point offrir indiscrètement à Votre Majesté un fantôme de dangers chimériques, c'est pour moi une obligation non moins sacrée de ne pas laisser endormir dans une sécurité trompeuse la surveillance que me prescrit le soin de la conservation de la paix, ce grand intérêt de la France, ce premier objet des voeux de V. M. Voir le péril là où il n'existe pas, c'est quelquefois le provoquer et le faire naître d'un autre côté; fermer les yeux aux indices qui peuvent en être les précurseurs, serait un acte d'un inexcusable aveuglement. Je ne dois pas le dissimuler, Sire, quoiqu'aucune motion positive ne constate jusqu'à ce jour, de la part des puissances étrangères, une résolution formellement arrêtée qui doive nous

*) Publié dans le Moniteur du 14 avril 1815.

faire présager une guerre prochaine, les apparences autorisent suffisamment une juste inquiétude: des symptômes alarmans se manifestent de tous côtés à-là-fois. En vain vous opposez le calme de la raison à l'entrainement des passions. La voix de V. M. n'a pu encore se faire entendre. Un inconcevable système menace de prévaloir chez les puissances, celui de se disposer au combat sans admettre d'explication préliminaire avec la nation qu'elles paraissent vouloir combattre. Par quelque prétexte que l'on veuille justifier une marche aussi inouie, la conduite de V. M. en est la plus éclatante réfutation. Les faits parlent, ils sont simples, précis, incontestables, et sur l'exposé seul que je vais faire de ces faits, les conseils de V. M., les conseils de tous les souverains de l'Europe, les gouvernemens et les peuples peuvent également juger ce grand procès.

Depuis quelques jours, Sire, j'éprouvais le besoin d'appeler vos méditations sur les préparatifs des divers gouvernemens étrangers; mais les germes de troubles qui se sont développés un moment sur quelques points de nos provinces méridionales compliquaient notre situation: peut-être le sentiment si naturel qui nous porte à vouloir, avant tout, la répression de tout principe de dissention intérieure, m'eût-il empêché, malgré moi, de considérer sous un jour assez sérieux les dispositions comminatoires qui se font remarquer au-dehors. La rapide dispersion des ennemis de notre repos domestique m'affranchit de tout ménagement de cette nature. La nation française a le droit d'attendre la vérité de la part de son gouvernement, et jamais son gouvernement ne put avoir, autant

qu'aujourd'hui, la volonté comme l'intérêt de lui dire la vérité toute entière.

Vous avez, Sire, repris votre couronne le 1er du mois de mars. Il est des évènemens tellement au-dessus des calculs de la raison humaine, qu'ils échappent à la prévoyance des rois et à la sagacité de leurs ministres. Sur le premier bruit de votre arrivée aux rives de la Provence, les monarques assemblés à Vienne ne voyaient encore que le souverain de l'île d'Elbe, quand déjà V. M. régnait de nouveau sur l'Empire français. Ce n'est que dans le château des Tuileries que V. M. a pu apprendre l'existence de leur déclaration du 13. Les signataires de cet acte inexplicable avaient déjà compris d'eux-mêmes que V. M. était dispensée d'y répondre.

Cependant, toutes les proclamations, toutes les paroles de Votre Majesté, attestaient hautement la sincérité de ses voeux pour le maintien de la paix. J'ai dû prévenir les agens politiques français, employés à l'extérieur par le gouvernement royal, que leurs fonctions étaient terminées, et leur mander que V. M. se proposait d'accréditer incessamment de nouvelles légations. Dans son désir de ne laisser aucun doute sur ses sentimens véritables, V. M. m'a ordonné d'enjoindre à ces agens de s'en rendre les interprètes auprès des divers cabinets. J'ai rempli cet ordre, en écrivant le 30 mars aux ambassadeurs, ministres et autres agens, la lettre ci-jointe sous le No 1er *). Non contente de cette première démarche, V. M. a voulu, dans cette circonstance

*) Voyez cette lettre plus haut.

extraordinaire, donner à la manifestation de ses dispositions pacifiques, un caractère encore plus authentique et plus solennel: il lui a paru qu'elle ne pouvait en consacrer l'expression avec plus d'éclat, qu'en la consignant elle-même dans une lettre aux souverains étrangers. Elle m'a en même temps prescrit de faire à leurs ministres une déclaration semblable.

Ces deux lettres *), dont je joins ici copie sous les N[os] 2 et 3, expédiées le 5 de ce mois, sont un monument qui doit déposer à jamais de la loyauté et de la droiture des vues de V. M. Impériale.

Tandis que les momens de V. M. étaient ainsi marqués, et, pour ainsi dire, remplis par une seule pensée, quelle a été la conduite des diverses puissances?

De tous temps les nations se sont plu à favoriser les communications de leurs gouvernemens entre eux; et les cabinets eux-mêmes se sont attachés à rendre ces communications faciles. Pendant la paix, l'objet de ces relations est de prolonger sa durée: pendant la guerre, il tend au rétablissement de la paix: dans l'une et l'autre circonstance, elles sont un bienfait pour l'humanité. Il était réservé à l'époque actuelle de voir une société de monarques s'interdire simultanément tout rapport avec un grand Etat, et fermer l'accès à ses amicales assurances. Les courriers expédiés de Paris le 30 mars pour différentes cours, n'ont pu arriver à leur destination. L'un n'a pu dépasser Strasbourg, et le géné-

*) Voyez ces deux lettres plus haut.

ral autrichien qui commande à Kehl, s'est refusé à lui ouvrir un passage, même avec la condition de se faire accompagner d'une escorte. Un autre, expédié pour l'Italie, a été obligé de revenir de Turin sans avoir pu remplir l'objet de sa mission. Un troisième, destiné pour Berlin et le Nord, a été arrêté à Mayence et maltraité par le commandant prussien. Ses depêches ont été saisies par le général autrichien qui commande en chef dans cette place.

Je joins ici sous les Nos 4, 5 et 6 (A et B), les pièces relatives aux refus de passage que ces courriers ont éprouvé dans leurs diverses directions.

J'apprends déjà que parmi les courriers expédiés le 5 de ce mois, ceux qui étaient destinés pour l'Allemagne et pour l'Italie n'ont pu dépasser les frontières. Je n'ai aucune nouvelle de ceux qui ont été expédies pour le nord et pour l'Angleterre.

Lorsqu'une barrière presque impénétrable s'élève ainsi entre le ministère français et ses agens au-dehors, entre le cabinet de V. M. et celui des autres souverains, ce n'est plus, Sire, que par les actes publics des gouvernemens étrangers qu'il est permis à votre ministère de juger leurs intentions.

Angleterre.

La constitution de l'Angleterre soumet le monarque à des obligations fixes envers la nation qu'il gouverne. Ne pouvant agir sans son concours, il est obligé de lui faire part, sinon de ses résolutions formelles, du moins de ses résolutions

probables. Le message adressé au parlement le 5 de ce mois par le prince-régent, n'est pas propre à inspirer aux amis de la paix une confiance bien étendue. J'ai l'honneur de mettre cette pièce sous les yeux de V. M. (No 7).

Une première remarque doit péniblement affecter les hommes qui connaissent les droits des peuples, et qui attachent du prix à les voir respectés par les rois. Le seul motif allégué par le prince-régent pour justifier les mesures qu'il annonce l'intention d'adopter, est, qu'il s'est passé en France des évènemens contraires aux engagemens pris par les puissances alliées entre elles; et ce souverain d'une nation libre semble ne pas même faire attention à la volonté du grand peuple chez lequel ont eu lieu ces évènemens! Il semble qu'en 1815 l'Angleterre et ses princes ne se souviennent plus de 1688! Il semble que les puissances alliées, parce qu'elles ont eu un avantage momentané sur le peuple français, aient pu, sur l'acte intérieur qui intéresse le plus toute son existence, stipuler irrévocablement, pour lui et sans lui, au mépris du plus sacré de ses droits!

Le prince-régent déclare qu'il donne des ordres pour augmenter les forces britanniques, tant sur terre que sur mer. Ainsi la nation française, dont il tient si peu de compte, doit être de tous côtés sur ses gardes: elle peut craindre une agression continentale, et en même temps elle doit surveiller toute l'étendue de ses côtes contre la possibilité d'un débarquement. C'est, dit le prince-régent, pour rendre la sûreté de l'Europe permanente qu'il réclame les secours de la nation anglaise. Et comment a-t-il besoin

de pareils secours, quand cette sûreté n'est pas menacée?

Au reste les rapports des deux pays n'ont point éprouvé d'altération remarquable. Sur quelques points des faits particuliers prouvent que les Anglais mettent du soin à entretenir toutes les relations rétablies par la paix. Sur d'autres, des circonstances différentes porteraient à une croyance contraire. Des lettres de Rochefort du 7 de ce mois (Nos 8 et 9) font mention de quelques incidens qui seraient d'un augure peu favorable s'ils venaient à être constatés, et s'ils ne s'expliquaient pas d'une manière satisfaisante; mais nos informations actuelles n'offrent point encore un caractère qui doive faire attacher à ces incidens une grande importance.

En Autriche, en Russie, en Prusse, dans toutes les parties de l'Allemagne, et en Italie, partout enfin on voit un armement général.

Autriche.

A Vienne, le rappel de la landwehr, dernièrement licenciée, l'ouverture d'un nouvel emprunt, la progression chaque jour croissante du discrédit du papier monnaie, tout annonce l'intention ou la crainte de la guerre.

De fortes colonnes autrichiennes sont en marche pour aller renforcer les corps nombreux déjà rassemblés en Italie. On peut douter si elles sont destinées à des opérations aggressives, où si elles n'ont d'autre mission que de maintenir dans l'obéissance le Piémont, Gênes et les autres parties du territoire italien, dont les intérêts froissés peuvent faire craindre le mécontentement.

Naples.

Au milieu de cet ébranlement de l'Autriche vers l'Italie, le roi de Naples n'a pu rester immobile. Ce prince, dont les alliés avaient précédemment invoqué les secours, dont ils avaient reconnu la légitimité et garanti l'existence, n'a pas pu ignorer que leur politique, modifiée depuis par des circonstances différentes, aurait mis son trône en danger, si trop habile pour s'abandonner à leurs promesses, il n'avait su s'affermir sur de meilleurs fondemens. La prudence lui a prescrit de faire quelques pas en avant pour observer les évènemens de plus près et le besoin de couvrir son royaume l'a obligé de prendre des positions militaires dans les Etats romains.

Prusse.

Les mouvemens de la Prusse n'ont pas moins d'activité: par-tout les cadres se remplissent et se complettent; les officiers reformés sont obligés de se rendre à leurs corps; pour accélérer leur marche, on leur accorde la franchise de la poste, et ce sacrifice, léger en apparence, mais fait par un gouvernement calculateur, n'est pas une faible preuve de l'intérêt qu'il met à la rapidité de ses préparatifs.

Sardaigne.

Dès les premiers momens du retour de V. M., un commandant de troupes anglaises, de concert avec le gouverneur du comté de Nice, s'est emparé de la place de Monaco (Pièces Nos 10 et 11). D'après les anciens traités, renouvelés par celui de Paris, la France seule a le droit de mettre garnison dans cette place, l'époque où cette

occupation a eu lieu indique assez que le commandant des troupes anglaises ne s'y est porté que de lui-même, et qu'il n'avait pu avoir sur ce point d'instructions préalables de son gouvernement. La France doit demander satisfaction sur cette affaire aux cours de Londres et de Turin. Elle doit exiger l'évacuation de Monaco et sa remise à une garnison française conformément aux traités: mais V. M. jugera sans doute que cette affaire ne peut être qu'un sujet d'explication, attendu que la détermination du gouverneur sarde et celle surtout du commandant anglais ont été accidentelles, et un effet subit de l'inquiétude occasionnée par des mouvemens extraordinaires.

Espagne.

Les nouvelles d'Espagne et une lettre officielle de M. de Laval du 28 mars, No 12, apprennent qu'une armée doit se porter sur la ligne des Pyrénées. La force de cette armée sera nécessairement subordonnée à la situation intérieure de cette monarchie; et son mouvement ultérieur, aux déterminations des autres Etats. La France remarquera que ces ordres ont été donnés sur la demande de M. le duc et de Mme la duchesse d'Angoulême. Ainsi en 1815, comme en 1793, ce sont des princes nés Français qui appellent l'étranger sur notre territoire.

Pays-Bas.

Les rassemblemens de troupes de diverses nations qui ont eu lieu dans le nouveau royaume des Pays-Bas, et les nombreux débarquemens de troupes anglaises sont connus de V. M. Un fait particulier se joint encore aux doutes que ces

rassemblemens peuvent faire naître sur les dispositions du souverain de ce pays. Je viens d'être informé (Nos 13 et 14) qu'un convoi de 120 hommes et de 12 officiers, prisonniers français revenant de Russie, a été arrêté par ses ordres du côté de Tirlemont. En me réservant de prendre à cet égard des informations exactes et de demander au besoin le redressement d'un tel procédé, je me borne aujourd'hui à en rendre compte à V. M., vu la gravité qu'il reçoit de son rapport avec les autres circonstances qui se développent autour de nous. Sur tous les points de l'Europe à-la-fois, on se dispose, on s'arme, on marche ou bien on est prêt à marcher.

Et ces grands armemens, contre qui sont-ils dirigés? Sire, c'est V. M. que l'on nomme, mais c'est la France que l'on menace. La paix la moins favorable que les puissances aient jamais osé vous offrir, est celle dont aujourd'hui V. M. se contente. Quelles raisons auraient-elles de ne plus vouloir maintenant ce qu'elles stipulaient à Chaumont, ce qu'elles ont signé à Paris? Ce n'est donc point au monarque, c'est à la nation française, c'est à l'indépendance du peuple, c'est à tout ce que nous avons de plus cher, à tout ce que nous avons acquis par vingt-cinq années de souffrances et de gloire, à nos libertés, à nos institutions, que des passions ennemies veulent faire la guerre: une partie de la famille de Bourbons et quelques hommes, qui depuis long-temps ont cessé d'être Français, cherchent à soulever encore les nations de l'Allemagne et du Nord, dans l'espoir de rentrer une seconde fois par la force des

armes sur un sol qui les désavoue et ne veut plus les recevoir. Le même appel a retenti un moment dans quelques contrées du Midi, et c'est à des troupes espagnoles qu'on redemande la couronne de France: c'est une famille redevenue solitaire et privée qui va implorer ainsi l'assistance de l'étranger; où sont les fonctionnaires publics, les troupes de ligne, les gardes nationales, les simples habitans qui aient accompagné sa fuite au-delà de nos frontières? Vouloir rétablir encore une fois les Bourbons, ce serait déclarer la guerre à toute la population française. Lorsque Votre Majesté est entrée à Paris avec une escorte de quelques hommes; lorsque Bordeaux, Toulouse, Marseille et tout le Midi se dégagent, en un jour, des pièges qu'on leur avait tendus, est-ce un mouvement militaire qui opere ces miracles; ou plutôt n'est-ce point un mouvement national, un mouvement commun à tous les coeurs français, qui confond en un seul sentiment l'amour de la patrie et l'amour du souverain qui saura la défendre? Ce serait donc pour nous rendre une famille qui n'est ni de notre siècle ni de nos moeurs, qui n'a su ni apprécier l'élévation de nos ames, ni comprendre l'étendue de nos droits; ce serait pour replacer sur nos têtes le triple joug de la monarchie absolue, du fanatisme et de la féodalité, que l'Europe entière semblerait se livrer encore à un immense soulèvement! On dirait que la France, resserrée dans ses anciennes limites, quand les limites des autres puissances se sont si prodigieusement élargies, que la France libre, riche seulement du grand caractère que lui ont laissé ses révolutions, tient encore trop de place dans la carte du Monde.

Oui; si, contre le plus cher des voeux de V. M., les puissances étrangères donnent le signal d'une nouvelle guerre, c'est la France même, c'est la nation toute entière qu'elles veulent atteindre, quand elles prétendent ne s'attaquer qu'à son souverain, quand elles affectent de séparer la nation de l'Empereur. Le contrat de la France avec V. M. est le plus étroit qui jamais ait uni une nation à son prince. Le peuple et le monarque ne peuvent plus avoir que les mêmes amis et les mêmes ennemis. S'agit-il de provocations personnelles de souverain à souverain? ce ne peut être autre chose qu'un duel ordinaire. Que fit François Ier dans son emportement contre Charles-Quint? il lui envoya un cartel. Mais distinguer le chef d'une nation de cette nation même, protester que l'on n'en veut qu'à la personne du prince et faire marcher contre lui seul un million d'hommes, c'est trop se jouer de la crédulité des peuples. Le seul, le véritable but, que les puissances étrangères puissent se proposer dans l'hypothèse d'une coalition nouvelle, serait l'épuisement, l'avilissement de la France, et, pour parvenir à ce but, le plus sûr moyen à leurs yeux serait de lui imposer un gouvernement sans force et sans énergie. Cette politique de leur part n'est pas au reste une politique nouvelle: l'exemple leur en a été donné par de grands maîtres. Ainsi les Romains proscrivaient les Mithridate, les Nicomède, et ne couvraient de leur orgueilleuse protection que les Attalus et les Prusias, qui s'honorant du titre de leurs affranchis, reconnaissaient ne tenir que d'eux leurs Etats et leur

couronne! Ainsi la nation française serait assimilée à ces peuples d'Asie, auxquels le caprice de Rome donnait pour rois les princes dont la soumission et la dépendance lui étaient le plus assurées! En ce sens, les efforts que pourraient tenter aujourd'hui les puissances alliées, n'auraient point pour but déterminé de nous ramener encore une dynastie repoussée par l'opinion publique. Ce ne serait point spécialement les Bourbons qu'on voudrait protéger: dès long-temps leur cause, abandonnée par eux-mêmes, l'a été par l'Europe entière; et cette famille infortunée n'a subi partout que de trop cruels dédains. Peu importerait aux alliés le choix du monarque qu'ils placeraient sur le trône de France, pourvu qu'ils y vissent siéger avec lui la faiblesse et la pusillanimité: cet outrage serait le plus sensible qui pût être fait à l'honneur d'une nation magnanime et généreuse. C'est celui qui a déjà blessé le plus profondément les coeurs français, celui dont le renouvellement serait le plus insupportable.

Lorsque dans les derniers mois de 1813, on publiait à Francfort cette déclaration fameuse, par laquelle on annonçait solennellement que l'on voulait la France grande, heureuse et libre, quel fut le résultat de ces pompeuses assurances? Dans le même moment on violait la neutralité helvétique. Lorsqu'ensuite sur le sol français, afin de refroidir le patriotisme et de désorganiser l'intérieur, on continuait à promettre à la France une existence et des lois libérales, les effets ne tardèrent pas à montrer quelle confiance on devait à de pareils engagemens. Eclairée par l'expérience, la France a les yeux ouverts: il n'est

pas un de ses citoyens qui n'observe et ne juge ce qui se passe autour d'elle; renfermée dans son ancienne frontière, lorsqu'elle ne peut donner d'ombrage aux autres gouvernemens, toute attaque contre son souverain est une tendance à intervenir dans ses affaires intérieures, et ne pourra lui paraître qu'une tentative pour diviser ses forces par la guerre civile et pour consommer sa ruine et son démembrement.

Cependant, Sire, jusqu'à ce jour, tout est menace, et rien n'est encore hostilité. Votre Majesté ne voudra pas que des incidens qui peuvent tenir aux volontés individuelles de commandans particuliers, ou peu scrupuleux observateurs des ordres de leur cour, ou trop prompts à devancer les intentions qu'ils lui supposent, soient considérés comme des actes procédans de la volonté des puissances, et comme ayant rompu l'état de paix. Aucun acte officiel n'a constaté la détermination d'une rupture. Nous sommes réduits à des conjectures vagues, à des bruits peut-être mensongers. Il paraît certain qu'il aurait été signé le 25 mars un nouvel accord, dans lequel les puissances auraient consacré l'ancienne alliance de Chaumont. Si le but en est défensif, il rentre dans les vues de Votre Majesté elle-même, et la France n'a point à se plaindre: s'il en était autrement, c'est l'indépendance de la nation française qui serait attaquée, et la France saurait repousser une si odieuse aggression.

Le prince-régent d'Angleterre déclare qu'il veut, avant d'agir, s'entendre avec les autres puissances. Toutes ces puissances sont armées, et elles délibèrent. La France exclue de ces délibéra-

tions, dont elle est le principal objet, la France seule délibère, et n'est point armée encore.

Dans des circonstances aussi graves, au milieu de ces incertitudes sur les dispositions effectives des puissances étrangères, dispositions dont les actes extérieurs sont de nature à autoriser de justes alarmes, les sentimens et les voeux de Votre Majesté pour le maintien de la paix et du traité de Paris ne doivent pas empêcher de légitimes précautions.

Je crois en conséquence devoir appeler l'attention de Votre Majesté et les réflexions de son conseil sur les mesures que doivent dicter à la France la conservation de ses droits, la sûreté de son territoire et la défense de l'honneur national.

Le ministre des affaires étrangères,
Signé: Caulaincourt, duc de Vicence.

12.

Article officiel

inséré dans la Gazette de Vienne du 26 avril 1815, contre un article inséré dans le Journal de Paris du 4 avril 1815.

La Déclaration du 13 mars est connue en France. L'article inséré dans le Journal de Paris du 5 avril en est la preuve. Cette déclaration est l'expression unanime des voeux et des suffrages des nations. L'article par lequel on prétend la combattre, offre l'abus le plus scandaleux qu'on ait jamais fait de la parole et de la raison humaine, au milieu d'un peuple éclairé.

Développer les principes qui ont dicté l'acte du congres du 13 mars, c'est démontrer à la nation française qu'elle n'a point parlé, qu'elle ne parlera jamais le langage sacrilège que lui prête son oppresseur; c'est séparer sa cause de la sienne; c'est conserver à la nation sa véritable dignité, lui ouvrir une voie prompte et honorable pour se rallier encore à l'Europe.

Le congrès n'a point délibéré sur des hypothèses. Il a proscrit Buonaparte. Cet homme ne peut et ne doit plus trouver un asyle parmi les peuples civilisés. Il peut encore moins les gouverner. Tel est le principe de l'acte de proscription lancé contre lui. Il se fonde sur la justice, autant que sur les intérêts légitimes des nations. Il est donc irrévocable.

On a offert des secours à la nation française et à son gouvernement. On lui en offre encore. Elle peut noblement les refuser en rejetant de son sein le principe de la guerre. Elle ne pourra pas s'en passer tant qu'elle supportera le joug d'un homme qui veut son déshonneur, en la rendant coupable d'un double parjure. Un pacte l'unissait à son souverain. Un traité l'avoit reconciliée avec l'Europe. Buonaparte, en s'arrogeant le pouvoir suprème, lui a fait violer l'un et l'autre. Il la replonge dans les horreurs de la guerre civile, de l'anarchie ou du despotisme militaire. Et se peut-il qu'il ôse encore promettre à la France des institutions libérales et l'empire des lois? se peut-il que ce même homme ait le front de promettre aux nations étrangères de respecter les traités et de ne point se mêler de leurs affaires? Est-ce lui qui prétend faire respecter l'indépendance des

français? Son évasion de l'isle d'Elbe, son arrivée en France, les titres dont il ôse se revêtir, l'autorité dont il s'est emparé, les prestiges dont il l'environne, ceux qu'il prépare pour la soutenir, tous ces attentats légitimés par l'assentiment des puissances européennes, menaceraient l'ordre social d'un bouleversement complet, et les nations du joug dont elles viennent d'être délivrées.

Non, aucune expérience n'est perdue pour l'Europe, après tant d'années de souffrances et de calamités, aucune ne le sera de même pour la France. Elle sait que ce sont les maux innombrables que ce monstrueux despotisme d'un seul homme fit peser sur elle comme sur le reste de l'univers, qui ont fait sentir aux nations ce qu'elles doivent à leur dignité comme membres de la famille européenne, et à leur prospérité intérieure comme états. Ce sentiment devenu commun à tous les peuples et à tous les gouvernemens, créa dans les combinaisons politiques une nouvelle force morale, qui seule fit prospérer la grande alliance, et la mit à même de conquérir la paix générale aux portes de Paris. Cette force existe. Elle est indestructible, parce-qu'elle se compose des mobiles les plus puissans, et des sentimens les plus chers: ceux de la religion, de la patrie et de l'honneur national.

Le traité du $^{18}/_{30}$ mai posa les bases de la restauration du droit public de l'Europe, et il établit par ses suites un accord salutaire entre les progrès de l'esprit du siècle et le perfectionnement des institutions propres à garantir à chaque peuple la jouissance de sa gloire et de sa liberté. Le

congrès de Vienne étoit à la veille d'achever l'oeuvre de la reconstruction du système politique de l'Europe. Ce même congrès, la marche qu'il a suivie, prouvent que tous les intérêts ont été mûrement pesés, et son travail offre le résultat consolant qui assure aux peuples l'inaliénabilité de leur indépendance. Ce n'est plus la volonté du plus fort qui étouffe la voix de la vérité, et brise les résistances les plus légitimes. C'est le droit de chacun, c'est la convenance générale. C'est la justice et la raison d'état qui décident. Ce ne sont plus les armées.

L'Europe veut la paix. Elle en a sans doute besoin. Mais elle ne croira l'avoir obtenue, que quand elle sera fondée sur les principes immuables inhérens à chaque état, et sur l'intérêt commun à tous de la maintenir. Elle ne veut point être réduite à la placer sous la sauve-garde perpétuelle des armées. Elle ne le veut pas sans se démoraliser.

Mais cette France représentée par des adresses, cette France gouvernée par un homme que le parjure et l'infraction de tous les traités ont conduit sur le trône; cette France, tant que cet homme parlerait en son nom, pourrait-elle prétendre à inspirer la confiance qui fait la première base des transactions politiques?

Il en est des états comme des individus: leur crédit ne résulte que de leurs actions.

L'Europe a déclaré la guerre à Buonaparte. La France peut et doit prouver à l'Europe qu'elle sent assez sa dignité, pour ne pas vouloir de la souveraineté de cet homme. La nation françoise

est puissante et libre. Sa liberté et sa grandeur reposent en elle-même, et sont nécessaires à l'équilibre européen. La paix de Paris et le congrès de Vienne l'ont prouvé.

C'est dans cette intention et dans cet espoir que la Déclaration du 13 mars a eu lieu. Si cet acte se fonde sur une supposition, c'est uniquement sur celle qui dérive de l'estime que l'Europe accorde à juste titre au peuple français. Elle l'a jugé. Elle sait qu'il est trop éclairé sur ses véritables intérêts, assez penétré des principes de l'honneur, pour le croire asservi à la volonté d'un individu dont la puissance se compose des élémens qui amènent la chûte des états.

On le répète encore une fois: la France n'a qu'à se délivrer de son oppresseur, n'a qu'à revenir aux principes sur lesquels repose l'ordre social, pour être en paix avec l'Europe.

13.

Observations

par rapport à celles qui se trouvent dans le Moniteur sur la déclaration des puissances en date du 13 mars 1815 *).

Il n'est pas question de savoir dans les circonstances actuelles, si les Bourbons, si la nation française, ou si les états les plus voisins de la France réclameront ou non le secours des alliés. Ce qui décide de la nécessité de la guerre qui va s'ouvrir, c'est non seulement l'expérience des douze

*) Publiées dans la Gazette de Berlin du 26 avril 1815.

dernières années, mais encore l'histoire de tous les usurpateurs qui ont existé; mais surtout en dernière instance, la présence de Napoléon en France contre le traité qu'il a conclu. Les derniers évènemens ont donné au monde une nouvelle et importante leçon, savoir qu'à l'égard des usurpateurs, ce n'est point assez de leur avoir enlevé l'existence politique. C'est sur ce principe qu'est fondé le but de la nouvelle guerre. La nation française peut au fond être innocente par rapport à tout ce qui s'est fait jusqu'à présent; mais elle ne peut continuer à rester irréprochable, qu'autant qu'elle montrera assez de caractère pour prononcer ses rapports envers l'homme qui s'est mis de force à la tête du gouvernement, et apprécier d'avance à sa juste valeur tout ce qui pourra émaner de lui. Il est aisé de concevoir que l'habitant paisible n'a pas voulu s'engager dans une lutte avec une armée qui a oublié son devoir; mais ce même habitant serait inexcusable, s'il abandonnait ses occupations ordinaires pour soutenir l'oeuvre de la perversité, qui tend évidemment à faire perdre à la France les avantages de la civilisation, et à convertir la masse de ses habitans en une immense bande de brigands pour en inonder l'Europe.

14.

Rede

welche Lord Castlereagh zu London in dem Unterhause des Parlamentes, in dessen Sitzung vom 28. April 1815 gehalten hat, betreffend die von Großbritannien, in Verbindung mit seinen Verbündeten, wider Napoleon Buonaparte und dessen Anhänger ergriffenen Maasregeln.

Aus dem Englischen.

Als die Alliirten ihre Declaration vom 13. März erließen, wurde dieselbe gegen ein Individuum gerichtet, welches, indem es die feierlichsten auf sich genommenen Verbindlichkeiten mit Füßen trat, nach Frankreich zurückkehrte, allein noch weit davon entfernt zu seyn schien, sich der obersten Gewalt über dieses Land wieder zu bemächtigen. Meine Meinung über die gedachte Declaration ist von jener des Hrn. Whitbread sehr weit verschieden, und sobald dieser Gegenstand zur Verhandlung kommen wird, werde ich sonnenklar beweisen, daß darin nicht die entfernteste Idee zu einem Meuchelmord enthalten ist. Die alliirten Mächte wurden dadurch in der Meinung bestärkt, nur ein neuer Krieg könne ihnen Sicherheit gewähren, daß sie einsahen, wie nahe und groß die Gefahr sey, welche einen jeden einzeln aus ihnen bedrohe. England hat sie zu diesem Kriege nicht zu bewegen gesucht, vielmehr waren die Minister Sr. Majestät bemüht, sie auf die Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, welche sie dabei zu überwinden hätten. Sollten diese Mächte den Krieg beschließen, so wird sie England dabei unterstützen, denn bei einer solchen Coalition kann nur das innige Gefühl eines heiligen und gemeinschaftlichen Interesse's Ziel und Maas geben. Als der Trac-

tat zu Wien (25. März 1815) unterschrieben wurde, war man genau von der verrätherischen Rolle unterrichtet, welche Ney damals spielte, und daß man auf das ArmeeCorps bei Melun nicht rechnen durfte; allein das wußte man noch nicht, daß der König gezwungen worden war, seine Hauptstadt zu verlassen. Durch die darauf folgenden Ereignisse wurden die Schwierigkeiten aller Art immer noch vergrößert.

Die gegenwärtige Lage der Dinge unterscheidet sich von allen denjenigen, welche uns die Geschichte überliefert hat, dadurch, daß eine Verletzung feierlicher Tractate ganz Europa um alle die Vortheile eines erst jüngst abgeschlossenen Friedens betrügt. Die Zurückkunft dieses Menschen bleibt im ewigen Widerspruch mit den auf sich genommenen Verbindlichkeiten; sie ist eine offenbare Beleidigung aller derjenigen, welche den Frieden unterzeichnet haben, und übertrifft bei weitem die Schandthaten der vormals in Frankreich bestandenen revolutionären Regierungen, so abscheulich und niederträchtig jene auch gewesen seyn mögen. Dieser Mensch wagt es, mit seinem Lug- und Trugsystem sogar zu prahlen, und keine andere Nation, als die französische, würde sich haben verleiten lassen, aus dem Rachgefühl erlittener Erniedrigung einen neuen Krieg zu beginnen; allein in allen Handlungen dieses Volks erblickt man nur zu deutlich Buonaparte's PrivatCharakter. Herr Whitbread hat nirgendwo gesagt, daß man diesen Charakter in besondere Erwägung ziehen müsse, und doch wird er nicht läugnen, daß sowohl Buonaparte's vorhergegangenes Betragen, als dessen neueste Schritte und Handlungen offenbar beweisen, daß er keinen Glauben und kein Vertrauen mehr verdiene, und daher nichts mehr vorstellt, als einen Menschen, welcher sich in dem augenblicklichen Besitz einer Macht befindet. Wir haben die allerge-

gründetste Ursache zu glauben, daß er den jetzigen Frieden nur so lange fortbestehen lassen wird, bis er eine günstige Gelegenheit findet, ihn zu brechen, und während die übrigen Nationen sich damit beschäftigen, den Friedensfuß herzustellen, er unermüdet an der Vermehrung seiner Streitkräfte fortarbeiten wird. Sollte ihn wohl seine neue Constitution daran verhindern können, da Frankreich seit wenigen Jahren seine Constitution so oft gewechselt hat? Wenn eine geschriebene Constitution Buonaparte binden könnte, dann müßte er der friedliebendste aller lebenden Menschen seyn. Die Partei, welche er dermalen an sich geknüpft hat, theilt nicht alle seine Gesinnungen, und er bedient sich derselben auch nur zu Werkzeugen, um seine alten Banden wieder um sich her zu versammeln, die nur nach Raub und nach Plünderung schnauben. Wer zweifelt wohl daran, daß Buonaparte, sobald er sich wieder an der Spitze von 400,000 Mann erblickt, den geringsten Anstand nehmen wird, einen Fouchet, oder einen Lucian Buonaparte weit von sich weg zu schleudern, wenn sie es wagen sollten, seinen Absichten nur von ferne entgegen zu stehen? Hat er nicht nach seiner Zurückkunft aus Rußland zu dem Herrn Lainé gesagt: Weder Sie, noch die übrigen Deputirten verstehen das, wovon sie sprechen; ich aber bin für den Posten geboren, auf welchem ich stehe, und darum Kaiser der Franzosen, weil dieß der Wunsch aller Franzosen gewesen ist.

Man hat hier und da die Bemerkung fallen lassen: dieser Mensch sey dermal ganz umgeändert, seit seiner Zurückkunft verlange er nichts mehr, als mit allen Mächten, Großbritannien mit einbegriffen, in Frieden zu leben; ja er habe sogar, in Beziehung auf uns, Maßregeln ergriffen, welche seine Geneigtheit zu einer Aussöhnung ankündigten. Allein wo ist die Bürg-

schaft dafür zu finden, daß er den Frieden gegen den Wunsch seiner meineidigen Armee aufrecht zu halten im Stande seyn wird? Man glaubt, daß er sich dermal in dem Zustande einer wiederholten Wahl des französischen Volkes befinde; allein genau betrachtet, handelt hier nur die Armee, zahlreich, verdorben, mißvergnügt über den halben Sold ꝛc., des Friedens eben so sehr überdrüßig, als der sanften Regierung des wohlthätigen Ludwigs XVIII., dessen Benehmen mit der Achtung aller übrigen Nationen beehrt worden ist. Die einzige Hoffnung dieser Armee geht dahin, sich mit dem Raub des Auslandes zu beladen, und höher zu steigen, welches der Abgott aller Officiere ist. Sobald Buonaparte sich nicht nach diesen ihren Absichten benimmt, so wird er es sehr bald mit ihnen verdorben haben, denn er hat strenge Verbindlichkeiten gegen sie. Es ist daher wohl der Mühe werth, zu untersuchen: ob man mehr dabei wagt, einen solchen Menschen zu bekriegen, als sich durch seine Vorspiegelungen von Frieden einschläfern zu lassen?

Die Mächte des festen Landes waren schon im Begriff, ihre Streitkräfte zu vermindern, als sie dazu aufgefordert wurden, dieselben in einer kräftigen Bereitschaft zu halten; sie werden gerechte Forderungen an die französische Nation zu machen haben. Niemals wurde eine Nation unter ähnlichen Umständen mit so viel Nachsicht und Güte behandelt; nie haben Sieger auf ihre errungenen Vortheile einen so edeln Verzicht geleistet, und so große Opfer gebracht, um sich einer besiegten Nation nicht feindlich, sondern vielmehr als deren Alliirten darzustellen. Es wird Niemand entgangen seyn, welcher sich damals zu Paris befand, daß die siegenden Mächte an ihren Ruhm und an ihr Interesse weit weniger als an Frankreichs Wohlfahrt dachten; daher haben sie auch gegenwärtig

das volle Recht, von der französischen Nation bestimmt zu verlangen, daß sie dem Friedensschluß von Paris, welcher sich auf Buonaparte's Ausschließung von dem Thron gründet, genau erfülle. Sollte das französische Volk so verblendet seyn, sich Buonaparte's Absichten blindlings hinzugeben, und fortfahren geheiligte Verträge zu verletzen, sollte Frankreich alle Grundsätze der Ehre so sehr mißkennen, um dabei zu beharren, dann muß es mit Krieg überzogen werden, und Europa für seine eigene Sicherheit kämpfen.

Es ist denkbar, daß das französische Volk durch so viele auf einander gefolgte Revolutionen erschöpft, eher geneigt seyn mag, sich einem Usurpator zu unterwerfen, als neuerdings große Anstrengungen zu machen, um sich von demselben zu befreien, und daß es sich folglich Buonaparte sobald unterwerfen wird, als dieser seine Armee organisirt hat; allein dies darf Europa nicht zugeben, es darf den Franzosen die Wahl nicht lassen, über die Zeit und über ihr Land zu gebieten. Oestreich, Preußen, ganz Teutschland und viele andere Länder noch dürfen nicht neuerdings dem verheerenden Schwerdte der Franzmänner Preis gegeben werden.

Will sich Frankreich nicht an das übrige Europa anschließen, um die beste Bürgschaft für seine Sicherheit und den Frieden zu erlangen, so muß man es mit Krieg überziehen, um es für seine Schwachheit und Ungelehrigkeit zu bestrafen. Wenn es die französischen Soldaten für eine Ungerechtigkeit halten, daß man sie auf dem Wege ihrer Plünderungen und Avansirungen aufhalten will; wollen sie fortfahren, Europa's Ruhe zu stören, dann muß sie Europa belehren, daß sie den ersehnten Krieg haben können, aber nicht nach ihrem Willen und Eigendünkel, sondern auf die Art und Weise, wie Europa dieses will. Man behauptet

daher mit großem Unrecht, daß die alliirten Mächte nach Krieg verlangen, denn sie hat die Erfahrung nur zu sehr belehrt, daß sie sich weder auf Buonaparte's Friedensvorspiegelungen verlassen dürfen, noch von irgend einem andern Verhältniß mit demselben den Frieden zu erwarten haben, und sind fest davon überzeugt, daß ihre Sicherheit nur in ihrer innigsten und herzlichsten Verbindung besteht.

Man hat die Frage aufgeworfen, warum diese Mächte dermal nicht mehr so wie bei Chatillon mit Buonaparte unterhandeln wollen; allein daraus, daß man vor seiner Thronentsagung mit ihm unterhandelte, folgt noch gar nicht, daß man hiezu auch nach derselben verbunden sey. Er selbst hat zu Chatillon einen Waffenstillstand unter den Bedingungen angeboten, daß man ihn in dem ruhigen Besitz des alten Frankreichs ließe; als er aber hierauf einige Verstärkung erhielt, nahm er dieses Anerbieten nach drei Tagen wieder zurück. Man hat Buonaparte nie einen Frieden vorgeschlagen, welcher für Frankreich so vortheilhaft gewesen ist, als jener von Paris. Von ihm hätte man bei dem Congresse nimmermehr einen Bevollmächtigten zugelassen. Es gereicht den Alliirten zu einem besondern Vergnügen, sogleich nach Napoleons Sturz mit Frankreich freundschaftlich unterhandeln, und dasselbe mit zu dem Congreß zuziehen zu können. Die alliirten Mächte haben dem König von Frankreich Sachen eingeräumt, welche Buonaparte nie von ihnen erhalten haben würde. Unter andern einen Theil der Flotte zu Antwerpen, und mehrere wichtige Colonien; sie haben dadurch dem allgemeinen Frieden von Europa wahrhaft große Opfer gebracht.

Man prüfe einmal das Benehmen Buonaparte's sowohl im Glück als im Unglück, und man wird finden, daß all sein Dichten und Trachten nur dahin

ging, seine ehrgeizigen Absichten und seinen Eigensinn zu befriedigen, und daß er nur immer darauf bedacht war, mehr zu erhalten, als was ihm gebührte. Alle seine Plane waren grenzenlos, und nie konnte er dazu gebracht werden, deren Ausführung Schranken zu setzen. Wenn er sich nicht gänzlich umgeändert hat, welches nach der bekannten Ordnung der Natur durchaus nicht wahrscheinlich ist, dann darf man mit Zuversicht annehmen, daß er seinem Ehrgeiz und seiner Rachsucht keine andern Grenzen setzen wird, als diejenigen, welche ihm die in seinen Händen befindlichen Mittel vorschreiben werden, und daß er die Plane seines Ehrgeizes nie aus den Augen verlieren wird.

Es liegen Beweise genug vor Augen, daß es ein Hauptzug in Buonaparte's Charakter sey, Lug und Trug in ein System zu bringen. Ich will nur ein Beispiel davon anführen. Buonaparte hatte seinem Bevollmächtigten zu Chatillon geheime Instructionen zugeschickt, welche derselbe beim Eintreten eines gewissen Falles zernichten sollte. Diese Depeschen wurden durch einen Zufall aufgefangen, und man fand bei ihrer Eröffnung den unläugbaren Beweis von einer bei den civilisirten Nationen bisher unerhörten Treulosigkeit während der Unterhandlungen. Die Depesche bestand in einem Brief, den Maret unter dem 19. März an Caulaincourt geschrieben hatte, als die Unterhandlungen noch fortwährten. Damals hatte Buonaparte eine Truppenbewegung vor, welcher er nicht ganz traute, und befahl daher seinem Minister, sich nachgiebig zu bezeigen, und Abtretungen zu bewilligen. Zu gleicher Zeit befahl er aber denjenigen, welche mit der Vollziehung des abzuschließenden Tractats nach dessen Ratification beauftragt waren, mit der Vollziehung mehrerer Artikel desselben an sich zu halten, damit der Kaiser nach den etwa

vorkommenden Umständen daraus Vortheile ziehen könne. Hier liegt also Buonaparte's Gesinnung klar am Tage, daß er den Friedenstractat zwar ratificiren, aber darum noch lange nicht vollziehen würde.

Die Gegenstände, auf welche dieses doppelsinnige Benehmen hindeutet, waren folgende.

Buonaparte wollte drei Dinge für sich behalten, welche er die drei großen Schlüssel zu seinem Reiche nannte, nämlich: 1) Antwerpen, von ihm der Schlüssel von England genannt, 2) Mainz, welches wirklich der Schlüssel zu Teutschland ist, und 3) Alessandria, welches man vielmehr den Schlüssel von Italien als jenen von Frankreich nennen kann. Will man einen noch auffallenderen Beweis von dem schlechten Charakter dieses Menschen verlangen? Geht hieraus nicht unwidersprechlich hervor, daß er lebenslänglich alle mit ihm abgeschlossenen Verträge sobald brechen wird, als ihm dieses gutdünkt? Ist es noch gleichgültig, ob ein solcher Mann eine große Macht in Händen habe, oder nicht? Kann man wohl noch daran zweifeln, daß er im ruhigen Besitz seiner jetzigen Macht sehr bald ganz Europa mit seinen Räuberbanden wieder überschwemmen wird?

Man mag den Gedanken noch so sonderbar finden: Krieg gegen ein Individuum zu führen, so bleiben die europäischen Mächte allemal vollkommen dazu berechtigt, sich nachdrücklich dagegen zu setzen, eine bedeutende Macht in den Händen eines solchen Individuums zu lassen, dessen Charakter keine moralischen oder geselligen Bande des Lebens erträgt. Die Bestandtheile dieses Charakters sind hinreichend genug, um die Alliirten dahin zu bestimmen, durch einen gemeinschaftlichen Krieg ihr gemeinsames Interesse gehörig zu schützen und zu bewahren. Diese Mächte

handeln, wie man sieht, nicht nach aus der Luft gegriffenen Ideen, die nicht anwendbar sind, sondern vielmehr um einen Friedenstractat aufrecht zu erhalten, welcher sich auf Buonaparte's Thronentsagung stützt. So lang sie fortfahren werden, ihre Anstrengungen zu dem Zweck zu vereinigen, daß Buonaparte alle Macht entrissen werde, so lang dürfen sie auf die volle Unterstützung der englischen Nation rechnen, denn das GesammtInteresse der ganzen Menschheit erfordert es, sich einem RaubSystem zu widersetzen, von welchem es notorisch ist, daß es dieser Mensch nie aufgeben wird.

Ich schließe damit, daß ich dem Hause die ausdrückliche Versicherung hiermit ablege: daß sich die Minister Sr. Majestät es besonders angelegen seyn lassen werden, den Frieden überall beizubehalten, wo dieses mit Ehre geschehen kann. Ich eröffne zugleich, daß ich dem Unterhause nächstens eine Uebereinkunft vorlegen werde, ans welcher dasselbe ersehen wird, daß sich England zu nichts anders verbindlich gemacht hat, als die alliirten Mächte zu ihren nachdrücklichen KriegsOperationen mit Geld zu unterstützen, daß aber dabei der größte Theil der zu machenden Ausgaben immer den Alliirten zur Last bleiben wird. Die Mitglieder der OppositionsPartei werden sich bei der genauen Untersuchung dieses Actenstückes davon überzeugen, daß die den Mächten des Continents bisher gelieferten Vorschüsse sie weder zum Kriegführen bewegen, noch dazu hinreichend seyn konnten. Ich nähre die feste Hoffnung, daß es den Alliirten durch kräftige und schnelle Anstrengung sehr bald gelingen werde, die allgemeine Sicherheit wieder ganz herzustellen.

15.

Extrait

du Procès-verbal des Conférences des Puissances signataires du Traité de Paris.

Conférence du 12 Mai 1815.

La commission nommée le 9 de ce mois et chargée d'examiner, si, après les évènemens qui se sont passés depuis le retour de Napoléon Buonaparte en France, et en suite des pièces publiées à Paris sur la Déclaration que les Puissances ont fait émaner contre lui le 13 mars dernier, il serait nécessaire de procéder à une nouvelle Déclaration? a présenté à la séance de ce jour le rapport qui suit:

Rapport de la Commission.

La Déclaration publiée le 13 mars dernier contre Napoléon Buonaparte, et ses adhérens, par les Puissances qui ont signé le Traité de Paris, ayant depuis son retour à Paris été discutée dans différentes formes par ceux quil a employés à cet effet; ces discussions ayant acquis une grande publicité, et une lettre adressée par lui à tous les souverains, ainsi qu'une note adressée par le Duc de Vicence aux chefs des cabinets de l'Europe, ayant également été publiée par lui dans l'intention manifeste d'influer sur l'opinion publique et de l'égarer, la Commission nommée dans la séance du 9 de ce mois a été chargée de présenter un travail sur ces objets; et attendu que, dans les publications susdites, on a essayé d'invalider la Déclaration du 13 mars, en posant en fait:

1. Que cette Déclaration dirigée contre Buonaparte à l'époque de son débarquement sur les

côtes des France, se trouvait sans application; maintenant qu'il s'était emparé des rênes du gouvernement sans résistance ouverte, et que, ce fait prouvant suffisamment le voeu de la nation, il se trouvait non seulement rentré dans ses anciens droits vis-à-vis de la France, mais que la question même de la légitimité de son gouvernement avait cessé d'être du ressort des Puissances;

2. Qu'en offrant de ratifier le Traité de Paris, il écartait tout motif de guerre contre lui;

La Commission a été spécialement chargée de prendre en considération:

1. Si la position de Buonaparte vis-à-vis des Puissances de l'Europe a changé par le fait de son arrivée à Paris, et par les circonstances qui ont accompagné les premiers succès de son entreprise sur le trône de France;

2. Si l'offre de sanctionner le Traité de Paris du 31 mai 1814 peut déterminer les Puissances à adopter un système différent de celui qu'elles avaient énoncé dans la Déclaration du 13 mars;

3. S'il est nécessaire ou convenable de publier une nouvelle Déclaration pour confirmer, ou pour modifier celle du 13 mars?

La Commission, après avoir mûrement examiné ces questions, rend à l'assemblée des plénipotentiaires le compte suivant du résultat de ses délibérations:

Premiere Question.

La position de Buonaparte vis-à-vis des Puissances de l'Europe a-t-elle changé par les premiers succès de son entreprise,

ou par les évènemens qui se sont passés depuis son arrivée à Paris?

Les Puissances, informées du débarquement de Buonaparte en France, n'ont pu voir en lui qu'un homme qui, en se portant sur le territoire français à main armée et avec le projet avoué de renverser le gouvernement établi, en excitant le peuple et l'armée à la revolte contre le souverain légitime, et en usurpant le titre d'Empereur des Français *), avait encouru les peines que toutes les législations prononcent contre de pareils attentats; un homme qui, en abusant de la bonne foi des souverains, avait rompu un Traité solennel; un homme enfin, qui en rappelant sur la France, heureuse et tranquille, tous les fléaux de la guerre intérieure et extérieure, et sur l'Europe, au moment où les bienfaits de la paix devaient la consoler de ses longues souffrances, la triste nécessité d'un nouvel armement général, était regardé à juste titre comme l'ennemi implacable du bien public. Telle fut l'origine, tels furent les motifs de la Déclaration du 13 mars: Déclaration, dont la justice

*) L'article I, de la Convention du 11 Avril 1814 est conçu en ces termes: „L'Empereur Napoléon renonce pour lui, ses successeurs et descendans, ainsi que pour tous les membres de sa famille, à tous droits de souveraineté et de pouvoir, non seulement sur l'Empire français, et sur le royaume d'Italie, mais sur tout autre pays.“ Nonobstant cette renonciation formelle, Buonaparte dans ses différentes proclamations, du Golfe de Juan, de Gap, de Grenoble, de Lyon, s'intitula: „Par la grâce de Dieu et les constitutions de l'Empire, Empereur des Français, etc. etc. etc.“ V. Moniteur du 21 Mars 1815.

et la nécessité ont été universellement reconnues, et que l'opinion générale a sanctionnée.

Les évènemens qui ont conduit Buonaparte à Paris, et qui lui ont rendu pour le moment l'exercice du pouvoir suprême, ont, sans doute, changé de fait la position dans laquelle il se trouvait à l'époque de son entrée en France; mais ces évènemens, amenés par des intelligences criminelles, par des conspirations militaires, par des trahisons révoltantes, n'ont pu créer aucun droit; ils sont absolument nuls sous le point de vue légal; et pour que la position de Buonaparte fût essentiellement et légitimement changée, il faudrait que les démarches qu'il a faites pour s'établir sur les ruines du gouvernement renversé par lui, eussent été confirmées par un titre légal quelconque.

Buonaparte établit dans ses publications, que le voeu de la Nation française en faveur de son rétablissement sur le trône, suffit pour constituer ce titre légal.

La question à examiner par les Puissances se réduit aux termes suivans: Le consentement réel ou factice, explicite ou tacite de la Nation française au rétablissement du pouvoir de Buonaparte, peut-il opérer dans la position de celui-ci vis-à-vis des Puissances étrangères, un changement légal et former un titre obligatoire pour ces Puissances?

La Commission est d'avis, que tel ne peut point être l'effet d'un pareil consentement; et voici les raisons sur lesquelles elle s'appuie:

Les Puissances connaissent trop bien les principes qui doivent les guider dans leurs rapports avec un pays indépendant, pour entreprendre (comme on voudrait les en accuser) „de lui imposer des lois, de s'immiscer dans ses affaires interieures, de lui assigner une forme de gouvernement, de lui donner des maitres au gré des intérêts ou des passions de ses voisins" *). Mais elles savent aussi que la liberté d'une nation, de changer son système de gouvernement, doit avoir ses justes limites, et que, si les Puissances étrangères n'ont pas le droit de lui prescrire l'usage qu'elle fera de cette liberté, elles ont au moins indubitablement celui de protester contre l'abus qu'elle pourrait en faire à leurs dépens. Pénétrées de ce principe, les Puissances ne se croient point autorisées à imposer un gouvernement à la France; mais elles ne renonceront jamais au droit d'empêcher que sous le titre de gouvernement il ne s'établisse en France un foyer de désordres et de bouleversemens pour les autres Etats. Elles respecteront la liberté de la France partout où elle ne sera pas incompatible avec leur propre sûreté, et avec la tranquillité générale de l'Europe.

Dans le cas actuel, le droit des Souverains alliés, d'intervenir dans la question du régime intérieur de la France, est d'autant plus incontestable, que l'abolition du pouvoir que l'on prétend y rétablir aujourd'hui, étoit la condition fondamentale d'un Traité de paix, sur lequel reposaient tous les rapports qui, jusqu'au retour de

*) C'est ainsi que le rapport du Conseil-d'Etat de Buonaparte s'exprime sur les intentions des Puissances. V. Moniteur du 3 Avril.

Buonaparte à Paris, ont subsisté entre la France et le reste de l'Europe. Le jour de leur entrée à Paris, les Souverains déclarèrent qu'ils ne traiteraient jamais de la paix avec Buonaparte *). Cette déclaration, hautement applaudie par la France et par l'Europe, amena l'abdication de Napoléon, et la Convention du 11 Avril; elle forma la base de la négociation principale; elle fut explicitement articulée dans le préambule du Traité de Paris. La nation française, supposé même qu'elle soit parfaitement libre et unie, ne peut se soustraire à cette condition fondamentale, sans renverser le Traité de Paris, et tous ses rapports actuels avec le système Européen. Les Puissances alliées de l'autre côté, en insistant sur cette même condition, ne font qu'user d'un droit qu'il est impossible de leur contester, à moins d'admettre que les pactes les plus sacrés peuvent être dénaturés au gré des convenances de l'une ou de l'autre des parties contractantes.

Il s'ensuit, que la volonté du peuple français ne suffit pas pour rétablir, dans le sens légal, un gouvernement proscrit par des engagemens solennels, que ce même peuple avait pris avec toutes les Puissances de l'Europe, et qu'on ne saurait, sous aucun prétexte, faire valoir contre ces Puissances le droit de rappeler au Trône celui dont l'exclusion avait été la condition préalable de tout arrangement pacifique avec la France. Le voeu du peuple Français, s'il était même pleinement constaté, n'en serait pas moins nul et sans effet vis-à-vis de l'Europe pour rétablir un pouvoir contre

*) Déclaration du 31 Mars 1814.

lequel l'Europe entière a été en état de protestation permanente depuis le 31 Mars 1814 jusqu'au 13 Mars 1815; et sous ce rapport, la position de Buonaparte est précisément aujourd'hui ce qu'elle était à ces dernières époques.

Seconde Question.

L'offre de sanctionner le Traité de Paris peut-elle changer les dispositions des Puissances?

La France n'a eu aucune raison de se plaindre du Traité de Paris. Ce Traité a reconcilié la France avec l'Europe, il a satisfait à tous ses véritables intérêts, lui a assuré tous les biens réels, tous les élémens de prospérité et de gloire qu'un peuple appelé à une des premières places dans le système Européen pouvait raissonnablement désirer, et ne lui a enlevé que ce qui était pour elle, sous les dehors trompeurs d'un grand éclat national, une source intarissable de souffrances, de ruine, et de misère. Ce Traité était même un bienfait immense pour un pays, réduit par le délire de son chef à la situation la plus désastreuse *).

Les Puissances alliées eussent trahi leurs intérêts et leurs devoirs, si, au prix de tant de modération et de générosité, elles n'avaient pas, en

*) „L'empereur convaincu de la position critique où il a placé la France, et de l'impossibilité où il se trouve de la sauver lui-même, a paru se résigner et consentir à l'abdication entière et sans aucune restriction.“ Lettre du Maréchal Ney au Prince de Bénévent, en date de Fontainebleau 5 Avril 1814. (V. Moniteur du 7 Avril 1814.)

signant ce Traité, obtenu quelque avantage solide; mais le seul qu'elles ambitionnaient était la paix de l'Europe et le bonheur de la France. Jamais, en traitant avec Buonaparte, elles n'eussent consenti aux conditions qu'elles accordèrent à un gouvernement, lequel, „en offrant à l'Europe un gage de sécurité et de stabilité, les dispensait d'exiger de la France les garanties qu'elles lui avaient demandées sous son ancien gouvernement" *). Cette clause est inséparable du Traité de Paris; l'abolir, c'est rompre ce Traité. Le consentement formel de la Nation française au retour de Buonaparte sur le Trône, équivaudrait à une déclaration de guerre contre l'Europe; car l'état de paix n'a subsisté entre l'Europe et la France que par le Traité de Paris, et le Traité de Paris est incompatible avec le pouvoir de Buonaparte.

Si ce raisonnement avait encore besoin d'un appui, il le trouverait dans l'offre même de Buonaparte de ratifier le Traité de Paris. Ce Traité avait été scrupuleusemeut observé et exécuté; les transactions du Congrès de Vienne n'en étaient que les supplémens et les développemens; et sans le nouvel attentat de Buonaparte, il eût été pour une longue suite d'années une des bases du droit public de l'Europe. Mais cet ordre de choses a fait place à une nouvelle révolution; et les agens de cette révolution, tout en proclamant sans cesse, „qu'il n'y a rien de changé" **), conçoivent

*) Préambule du Traité de Paris.

**) C'est l'idée qui reparait perpétuellement dans le rapport du Conseil-d'Etat de Buonaparte, publié dans le Moniteur du 13 Avril 1815.

et sentent eux-mêmes que tout est changé autour d'eux. Il ne s'agit plus aujourd'hui de maintenir le Traité de Paris; il s'agirait de le refaire. Les Puissances se trouvent rétablies envers la France dans la même position dans laquelle elles étaient le 31 mars 1814. Ce n'est pas pour prévenir la guerre — car la France l'a rallumée de fait — c'est pour la terminer que l'on offre aujourd'hui à l'Europe un état de choses essentiellement différent de celui sur lequel la paix fut établie en 1814. La question a donc cessé d'être une question de droit; elle n'est plus qu'une question de calcul politique et de prévoyance, dans laquelle les Puissances n'ont à consulter que les intérêts réels de leurs peuples, et l'intérêt commun de l'Europe.

La Commission croit pouvoir se dispenser d'entrer ici dans un exposé des considérations qui, sous ce dernier rapport, ont dirigé les mesures des cabinets. Il suffira de rappeler que l'homme, qui, en offrant aujourd'hui de sanctionner le Traité de Paris, prétend substituer sa garantie à celle d'un Souverain, dont la loyauté était sans tache, et la bienveillance sans mesure, est le même qui, pendant quinze ans, a ravagé et bouleversé la terre pour trouver de quoi satisfaire son ambition, qui a sacrifié des millions de victimes et le bonheur d'une génération entière à un système de conquêtes, que des trêves, peu dignes du nom de paix, n'ont rendu que plus accablant et plus odieux *); qui, après avoir, par des entre-

*) La Commission croit devoir ajouter ici l'observation importante, que la plus grande partie des envahissemens et des réunions forcées, dont Buonaparte a successive-

prises insensées, fatigué la fortune, armé toute l'Europe contre lui, et épuisé tous les moyens de la France, a été forcé d'abandonner ses projets, et a abdiqué le pouvoir pour sauver quelques débris de son existence; qui, dans un moment où les nations de l'Europe se livraient à l'espoir d'une tranquillité durable, a médité de nouvelles catastrophes, et par une double perfidie, envers les Puissances qui l'avaient trop généreusement épargné, et envers un gouvernement qu'il ne pouvait atteindre que par les plus noires trahisons, a usurpé un trône, auquel il avait renoncé, et qu'il n'avait jamais occupé que pour le malheur de la France et du monde. Cet homme n'a d'autre garantie à proposer à l'Europe que sa parole. Après la cruelle expérience de quinze années, qui aurait le courage d'accepter cette garantie? et si la Nation française a réellement embrassé sa cause, qui respecteroit davantage la caution qu'elle pourrait offrir?

ment formé ce qu'il appelait le grand Empire, a eu lieu pendant ces perfides intervalles de paix, plus funestes à l'Europe que les guerres mêmes dont elle fut tourmentée. C'est ainsi qu'il s'empara du Piémont, de Parme, de Gênes, de Lucques, des Etats de Rome, de la Hollande, des pays composant la 32me division militaire. Ce fut aussi dans une époque de paix (au moins avec tout le continent) qu'il porta ses premiers coups contre le Portugal et l'Espagne, et il crut avoir achevé la conquête de ces pays par la ruse et par l'audace, lorsque le patriotisme et l'energie des peuples de la péninsule l'entrainèrent dans une guerre sanglante, commencement de sa chûte, et du salut de l'Europe.

La paix avec un gouvernement placé entre de telles mains, et composé de tels élémens, ne serait qu'un etat perpétuel d'incertitude, d'anxiété et de danger. Aucune Puissance ne pouvant effectivement désarmer, les peuples ne jouiraient d'aucun des avantages d'une véritable pacification; ils seraient écrasés de charges de toute espèce; la confiance ne pouvant se rétablir nulle part, l'industrie et le commerce languiraient partout; rien ne serait stable dans les relations politiques; un sombre mécontentement planerait sur tous les pays, et du jour au lendemain, l'Europe en alarme, s'attendrait à une nouvelle explosion. Les Souverains n'ont certainement pas méconnu l'intérêt de leurs peuples en jugeant qu'une guerre ouverte, avec tous ses inconvéniens et tous ses sacrifices, est prétérable à un pareil état de choses, et les mesures qu'ils out adoptées ont rencontré l'approbation générale.

L'opinion de l'Europe s'est prononcée dans cette grande occasion d'une manière bien positive et bien solennelle; jamais les vrais sentimens des peuples n'ont pu être plus exactement connus, et plus fidèlement interprêtés, que dans un moment où les répréseutans de toutes les Puissances se trouvaient reunis pour consolider la paix du monde.

TROISIEME QUESTION.

Est-il nécessaire de publier une nouvelle déclaration?

Les observations que la Commission vient de présenter, fournissent la réponse à la dernière question qui lui reste à examiner. Elle considère:

1. Que la Déclaration du 13 mars a été dictée aux Puissances par des motifs d'une justice si

évidente, et d'un poids si décisif, qu'aucun des sophismes par lesquels on a prétendu attaquer cette Déclaration, ne saurait y porter atteinte.

2. Que ces motifs subsistent dans toute leur force, et que les changemens survenus de fait depuis la Déclaration du 13 mars, n'en ont point opéré dans la position de Buonaparte et de la France, vis-à-vis des Puissances.

3. Que l'offre de ratifier le Traité de Paris, ne saurait, sous aucun rapport, changer les dispositions des Puissances.

En conséquence, la Commission est d'avis, qu'il serait inutile d'émettre une nouvelle Déclaration.

— Les Plénipotentiaires des Puissances qui ont signé le Traité de Paris, et qui, comme telles, sont responsables de son exécution vis-à-vis des Puissances accédantes ayant pris en délibération, et sanctionné, par leur approbation, le rapport précédent, ont résolu qu'il serait donné communication du procès-verbal de ce jour aux plénipotentiaires des autres Cours Royales. Ils ont arrêté en outre que l'extrait du susdit procès-verbal sera rendu public.

Suivent les signatures dans l'ordre alphabétique des Cours:

Autriche.	Portugal.
Le Prince de Metternich.	Le Comte de Palmella.
Le Baron de Wessenberg.	Saldanha. Lobo.

Espagne.	Prusse.
P. Gomez Labrador.	Le Prince de Hardenberg. Le Baron de Humboldt.
France.	**Russie.**
Le Prince de Talleyrand. Le Duc de Dalberg. Le Comte Alexis de Noailles.	Le Comte de Rasoumowsky. Le Comte de Stackelberg. Le Comte de Nesselrode.
Grande Bretagne.	**Suède.**
Clancarty. Cathcart. Stewart.	Comte de Löwenhielm.

Les plénipotentiaires soussignés approuvant en totalité les principes contenus dans le présent extrait du Procès-verbal y ont apposé leur Signature.

Vienne le 12 mai 1815.

Bavière.	Sardaigne.
Le Comte de Rechberg.	Le Marquis de St. Marsan. Le Comte Rossi.
Danemarc.	**Saxe.**
Comte Bernstorff. J. Bernstorff.	Le Comte de Schulembourg.
Hanovre.	**Siciles (Deux).**
Le Comte de Munster. Le Comte de Hardenberg.	Le Commandeur Ruffo.
Pays Bas.	**Wurtemberg.**
Le Baron de Spaen. Le Baron de Gagern.	Le Cte de Wintzingerode. Le Baron de Linden.

VI.

Patent

wodurch Se. Maj. Kaiser Franz I. verkündigt, daß er die ihm zugefallenen lombardischen und venetianischen Provinzen, nebst dem Theil des mantuanischen Gebietes auf der rechten Seite des Po, dann die Landschaft Veltlin, und die Grafschaften Cleven und Bormio, mit dem östreichischen Kaiserstaat, unter dem Namen des lombardisch venetianischen Königreichs *) vereinigt habe ꝛc. ꝛc., datirt Wien den 7. April 1815.

Wir Franz der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn, von Böhmen, von der Lombardey, und von Venedig, von Galizien und Lodomirien ꝛc. Erzherzog von Oesterreich.	Noi Francesco primo per la Grazia di Dio Imperatore d'Austria; Re d'Ungheria, di Boemia, Lombardia e Venezia, Galizia e Lodomeria ecc.; Arciduca d'Austria ecc. ecc.
In Folge der mit den alliirten Mächten geschlossenen Tractate, und weiter mit denselben gepflogenen freundschaftlichen Uebereinkunft, sind nun die lombardischen und venezianischen Provinzen	In conseguenza dei Trattati conchiusi colle Potenze alleate, e delle ulteriori amichevoli Convenzioni colle medesime stabilite, restano in perpetuo incorporate all' impero Austriaco

*) Nach den neuesten Berechnungen enthält das lombardisch-venetianische Königreich, welches in das Gouvernement von Mailand und in das von Venedig zerfällt, das erste 358, das letzte 429; also im Ganzen 787 Quadratmeilen.

in ihrer ganzen Ausdehnung bis an den Lago Maggiore, den Fluß Ticino und den Po, nebst dem Theile des mantuanischen Gebietes auf dem rechten Ufer dieses letzteren Flusses, dann die Landschaft Veltlin, die Grafschaften Cleven und Bormio, mit dem österreichischen Kaiserstaate vereinigt, und demselben als integrirender Theil auf ewige Zeiten einverleibt.

Von dem lebhaftesten Wunsche beseelt, den Bewohnern dieser Provinzen und Districte einen unzweideutigen Beweis Unsers kaiserlichen Wohlwollens und des ausgezeichneten Werthes zu geben, welchen Wir auf diese Wiedervereinigung legen, zugleich auch eine Bürgschaft mehr für das enge Band aufzustellen, welches sie von nun an umschlingt, haben Wir erachtet den Zweck dadurch zu erreichen, daß Wir die obengenannten Provinzen und Districte zu einem Königreiche, unter dem Na-

come parte integrante, le Provincie Lombarde e Venete in tutta la loro estensione sino al Lago Maggiore, ai fiumi Ticino, e Po, come pure quella porzione del territorio Mantovano, che e situata sulla riva destra di quest' ultimo fiume, e parimenti la Provincia della Valtelina e le Contee di Chiavenna e Bormio.

Mossi dal vivo disiderio d'impartire agli Abitanti delle suaccennate Provincie e Distretti una luminosa prova del Nostro Sovrano affetto, e del pregio distinto, che Noi mettiamo a questa riunione, come ancora di vie piu consolidare i vincoli, che le uniscono al Nostro Impero, abbiamo trovato opportuno di erigere in Regno le Provincie e Distretti sudetti col Titolo di Regno Lombardo - Veneto, ed a quest' effetto ema-

ken des lombardisch-venetianischen Königreichs, erheben, und in dieser Absicht gegenwärtiges Patent erlassen, um diesen Unsern kaiserlichen Beschluß, wie hiemit geschieht, zu Jedermanns Wissenschaft und Nachachtung feierlich kund zu machen.

Wir erklären zugleich:

§. 1. Daß das Wappen des neuen Königreiches und dessen Aufnahme in das Wappen des österreichischen Kaiserstaates, so wie auch die Einschaltung des königlichen Titels in Unsere kaiserliche Titulatur unverzüglich durch ein besonderes Publicandum bestimmt werden wird.

§. 2. Daß das Königreich seine eigenen Kronämter haben soll, zu welchen Wir Uns vorbehalten die dazu am meisten geeigneten Individuen nach Verdiensten zu ernennen.

§. 3. Daß die uralte eiserne Krone, die Krone

niamo le Presenti, onde portare solennemente a pubblica cognizione e norma universale questa Imperiale Nostra Risoluzione.

Inoltre determiniamo quanto segue:

§. 1. Le Armi del nuovo Regno, e dove debbano inquartarsi nello Stemma Imperiale Austriaco, come pure l'aggiunta del nuovo Titulo Reale agli altri Nostri Titoli saranno da Noi immediatemente determinate con separato Editto.

§. 2. Saranno da Noi stabiliti nel Regno dei proprj Grandi Uffiorali, e ci riserviamo di nominare come tali quegl' Individui, che saranno da Noi reputati i piu atti e meritevoli.

§. 3. Resta conservata l'antica Corona di ferro,

§. 7. Jedes Gouvernements-Gebiet wird in Provinzen, jede Provinz in Districte, jeder District in Gemeinden eingetheilt. Die Namen und Grenzen der Provinzen, und die Districte, mit den ihnen zugetheilten Gemeinden, werden nachträglich durch besondere Circulare bekannt gemacht werden.

§. 7. Ogni Governo si dividi in Provincie, ciascheduna Provincia in Distretti, ed i Distretti in Comuni. I nomi e confini delle Provincie, e de' Distretti, come pure l'indicazione de Comuni respettivamente attinenti alle une ed agli altri saranno pubblicati in seguito con separati Editti.

§. 8. In jedem Gouvernements-Gebiet ist die administrative Geschäftsleitung unter der Abhängigkeit von Unseren Hofstellen, einem Gouverneur und einem Gubernial Collegium, das seinen Sitz in Mailand, und beziehungsweise in Venedig nehmen wird, anvertraut.

§. 8. Nel Territorio di ciaschedun Governo la direzione generale di tutti gli affari viene affidata ad un Governatore, e ad un Collegio Governativo, i quali risiederanno rispettivamente in Milano ed in Venezia. Essi eserciteranno il loro Ufficio colla dovuta dipendenza da' Nostri aulici Dicasterj.

§. 9. In jeder Provinz wird die administrative Geschäftsführung, unter der Abhängigkeit von dem Gubernium, einer königlichen Delegation übertragen.

§. 9. L'Amministrazione di ciascheduna Provincia viene affidata ad una Regia Delegazione, che dipende dal Governo.

§. 10. Jedem Districte wird in der königlichen Delegation ein Cancelliere del Censo vorgesetzt, der die Oberleitung der in seinem Bezirke befindlichen Gemeinden der zweiten und dritten Classe, die Steuerangelegenheiten, und die allgemeine Aufsicht über die Befolgung der politischen Gesetze zu besorgen hat.

§. 10. In ogni Distretto vi sara un Cancelliere del Censo, il quale sotto la dipendenza dalla rispettiva Regia Delegazione avrà la superiore ispezione sopra i Comuni di seconda e terza classe, tutta l'ingerenza negli affari censuarj, e la sorveglianza generale sui Comuni delle suddette classi per l'adempimento delle Leggi politiche.

§. 11. Die Eintheilung der Gemeinden nach drei Classen und ihre MunicipalVerwaltung, wird vor der Hand und bis hierüber andere Bestimmungen werden festgesetzt werden, in der gegenwärtigen Art beibehalten. In dem venetianischen Territorium werden die CommunalBezirke wieder so hergestellt, wie sie am 1. Januar 1813 bestanden, in so fern nämlich in der Zwischenzeit darin eine Veränderung vorgenommen wurde. Die Gemeinden der ersten Classe, und jene

§. 11. La divisione de' Comuni in tre classi, e la forma delle Amministrazioni municipali resta per ora conservata nello stato attuale, sino a che venga disposto altrimenti; nel Territorio Veneto le Municipalita saranno ripristinate nello stato, in cui erano all' Epoca 1 Gennaro 1813; ove fossero state levate, o concentrate. I Comuni di prima classe, le Città, che abbiamo inalzate al grado di Città Regie, e così pure quelle, nelle quali e fissata la Resi-

Städte, welche Wir zu königlichen Städten erhoben haben, dann jene, wo der Sitz einer königlichen Delegation ist, unterstehen unmittelbar den königlichen Delegationen, und sind von dem Einflusse der Cancellieri del Censo unabhängig.

denza della Regia Delegazione, dipendono immediatamente dalle Regie Delegazioni, e non dai Cancellieri del Censo.

§. 12. Um die Wünsche und Bedürfnisse der Einwohner Unseres longobardisch-venetianischen Königreiches im gesetzlichen Wege genau zu vernehmen, und die Einsichten und Rathschläge ihrer Repräsentanten für das Wohl des Landes in der öffentlichen Verwaltung zu benützen, haben Wir beschlossen, Unsern landesfürstlichen Verwaltungs-Behörden **permanente Collegien aus Mitgliedern der verschiedenen Classen der Nation** an die Seite zu setzen. In dieser Absicht wird

§. 12. Per conoscere nelle vie regolari con esattezza i desiderj e bisogni degli Abitanti del Nostro Regno Lombardo-Veneto, e per mettere a profitto nella pubblica Amministrazione i lumi e consigli, che i loro Rappresentanti potessero somministrare a vantaggio della Patria, abbiamo determinato di erigere, oltre ai Nostri Dicasterj, anche de' Collegj permanenti composti di varie classi d'Individui nazionali.

§. 13. In dem **mailändischen Gebiete** eine **Central-Congregation in Mailand**, und

§. 13. A tale effetto sara istituita una Congregazione centrale pel Territorio Milanese in

Tage die Consigli generali der Departemente als aufgehoben zu betrachten seyn werden.

Gegeben in Unserer kaiserlichen Residenz zu Wien, den 7. April des Jahres 1815, und des vier und zwanzigsten Unserer Regierung.

Franz,

(L. S.)

Ludwig Graf v. Ugarte,
Oberster Kanzler.

Prokop Graf von Lazanzky.
Kanzler.

Auf ausdrücklichen und allerhöchsten Befehl S. k. k. Majestät:
Franz Graf Guiccardi.

Dato nell'Imperiale Nostra Residenza di Vienna il di settimo di Aprile dell' anno mille ottocente quindici, e vigesimo quarto dei Nostri Regni.

Francesco.

(L. S.)

Luigi Conte d'Ugarte,
Supremo Cancelliere.

Procopio Conte di Lazanzky.
Cancelliere.

Per espresso, e supremo ordine di Sua Maestà:
Francesco Conte Guicciardi.

VIII.

Bekanntmachung

Sr. Majestät des Kaisers von Oestreich, daß Er die provisorische Verwaltung der Staaten von Parma, Piacenza und Guastalla, in eigenem Namen, übernommen habe; datirt Wien den 2. April 1815.

Wir Franz I, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich rc. rc. Nachdem Wir, dem Wunsche und dem Ansuchen Unserer geliebtesten Tochter, der Kaiserin Marie Louise, Erzherzogin von Oesterreich, Herzogin von Parma, Piacenza und Guastalla, zufolge, die Verwaltung dieser Staaten angenommen haben, glauben Wir die im Namen Unserer geliebtesten Tochter bis auf den heutigen Tag ergangenen Verordnungen bestätigen, und zugleich Unseren Willen eröffnen zu müssen, daß die während Unserer provisorischen Administration in Unserem Namen von dem Staatsminister, Grafen Magawly Cerati erlassenen Befehle genau befolgt werden sollen.

Gegeben in Unserer kaiserlichen Residenzstadt Wien, am 2. April des Jahres 1815, Unserer Reiche im vier und zwanzigsten.

Unterz. Franz.

Unterz. Fürst von Metternich.

Auf Befehl Sr. k. k. apostol. Majestät:
Unterz. Joseph von Hudelist.

Für gleichlautende Abschrift:
Magawly Cerati.

gegen die nur auf einen vollständigen Beitritt berechnete AcceptationsUrkunde in dem sub Num. 3 beiliegenden Antwortschreiben verweigert worden; so hat der Herr Fürst von Metternich durch ein, sub Num. 4 beiliegendes, und zu schnellerer Beförderung durch die Dictatur mitzutheilendes, CircularSchreiben die Herren Bevollmächtigten der Fürsten und freien Städte von diesem Vorgange in Kenntniß setzen wollen.

G. F. v. Martens,
GeneralSecretär.

Beilagen.

Num. 1.

Eventualiter unterzeichnete AcceptationsActe des erwarteten königlich-wirtembergischen Beitritts *).

Die endesgefertigten Bevollmächtigten teutscher Höfe, welche die BundesUrkunde vom 8. dieses unterzeichnet haben, erklären, daß sie die von den königlich-wirtembergischen Bevollmächtigten gemachte Erklärung des Beitritts Sr. königlichen Majestät zu dem teutschen Bunde nach ihrem ganzen Inhalte annehmen, daß demnach dieser Beitritt eben so angesehen werden soll, als ob die königlich-wirtembergischen Bevollmächtigten den Act vom 8. selbst mit unterfertigt hätten.

*) Diese Acte steht zwar oben, Bd. II, S. 570, aber ohne die Unterschriften. A. d. H.

v. Berg, fürstl. waldeck. und schaumburg-lippischer Bevollmächtigter.
Helwing.
Hach.
Danz.
Schmidt.
Gries.
Frhr. v. Marschall.

Num. 2.

Erklärung

der königlich-wirtembergischen Herren Congreß-Bevollmächtigten, worin sie, im Namen und Auftrag ihres Hofes, dessen Beitritt zu den eilf ersten Artikeln der BundesActe erklären; datirt Wien den 10. Jun. 1815 *).

Nachdem die CongreßBevollmächtigten Sr. königlichen Majestät von Wirtemberg, zur Zeit der Unterzeichnung der teutschen BundesActe durch die Bevollmächtigten der übrigen theilnehmenden Höfe, noch nicht mit der erforderlichen Instruction versehen waren, dieselbe aber ihnen unterm gestrigen Dato zugekommen ist; so erklären die Endesunterzeichneten, im Namen und durch Auftrag ihres allergnädigsten Herrn, Allerhöchstdessen unbedingten und vollkommnen Beitritt zu den, auf die Feststellung des Bundes gerichteten Puncten von Artikel 1 bis 11 des mitgetheilten, unter dem Dato des 8. Jun. ausgefertigten Instruments (wie sie dieses in der, heute abgegebenen Note vorläufig schon eröffnet haben), und zwar in der

*) Hiemit verdient verglichen zu werden, das oben Bd. II. S. 569 befindliche Formular einer königlich-wirtembergischen BeitrittsUrkunde. A. d. H.

zu den sämmtlichen Bestimmungen, woraus die BundesActe besteht, erfolgen würde, unterzeichneten die Bevollmächtigten eine gemeinschaftliche Annahme der erwarteten Erklärung der wirtembergischen Minister.

Da nun in der später eingelaufenen Note, der Beitritt des Königs, nur auf einen Theil der Bestimmungen, nämlich von Art. 1 bis 11, beschränkt ist; so bedauert Unterzeichneter, daß es nicht in seiner Befugniß liegt, die auf einen völligen Beitritt zu sämmtlichen Artikeln berechnete AnnahmsUrkunde auszuwechseln. Da die Sitzungen gestern geschlossen worden, auch bereits mehrere Bevollmächtigte der Bundesglieder von hier abgereiset sind, so erübrigt nichts anders, als daß, wenn nicht vor Ablauf der zur Auswechslung der Ratificationen bestimmten Frist, eine andere, den obwaltenden Anstand hebende Erklärung von Seite der königlich-wirtembergischen Herren Bevollmächtigten erfolgen sollte, die Berichtigung dieses Gegenstandes auf die Bundesversammlung in Frankfurt verschoben werden müßte.

Der Unterzeichnete hat die Ehre, die königlich-wirtembergischen Herren Bevollmächtigten zu benachrichtigen, daß die Urkunde der Annahme sowohl, als oben erwähnte Erklärung vom 10. bei dem Instrumente des Bundesvertrags in dem Archiv der kaiserlich-königlichen geheimen Hof- und StaatsCanzlei niedergelegt worden sind.

Wien, den 11. Junius 1815.

Metternich.

Anmerkung des Herausgebers.

Die Antwort der königlich-wirtembergischen Herren Bevollmächtigten auf vorstehende Note, datirt ebenfalls vom 11. Jun. 1815, steht oben, Bd. II, S. 575.

bei dem Original des Bundesvertrags niedergelegt worden.

X.

Note

des Herrn Bevollmächtigten des herzoglichen Gesammthauses Anhalt an den königlich-preußischen Herrn Staatskanzler, Fürsten von Hardenberg, betreffend den Vorbehalt der herzoglich-anhaltischen Ansprüche auf das Herzogthum Sachsen-Lauenburg; datirt Wien den 2. März 1815.

Der unterzeichnete Bevollmächtigte des herzoglichen Gesammthauses Anhalt bei dem Congreß zu Wien, hat mit Gewißheit vernommen, daß, vermöge einer besondern Uebereinkunft, von Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Regenten von Großbritannien und Hannover das Herzogthum Sachsen-Lauenburg auf dem rechten Elbufer, an Se. Majestät den König von Preußen abgetreten worden ist.

In dem von dem Unterzeichneten Sr. Durchlaucht dem königlich-preußischen StaatsCanzler, Herrn Fürsten von Hardenberg, mit der Note vom 7. Dec. v. J. übergebenen, an die hohen verbündeten Mächte gerichteten ProMemoria, sind bereits die Rechte und gegründeten Ansprüche des Gesammthauses Anhalt auf das Herzogthum Sachsen-Lauenburg (worin eigentlich den übrigen Fürsten zu Anhalt, nach dem im Jahre 1689 ohne männliche Erben erfolgten Absterben ihres Vetters, des Herzogs Julius Franz zu Sachsen-Lauenburg, mit dem sie von einem gemeinschaftlichen Stammvater abstammen, die Succession gebühret hätte) näher bezeichnet worden; und indem derselbe hierauf, der Kürze wegen, sich beziehen zu

tung des Herzogthums Sachsen-Lauenburg auf dem rechten Elbufer an Se. Majestät den König von Preußen, dem königlich-preußischen Staatskanzler, Fürsten von Hardenberg Durchlaucht, übergeben hat; und ergreift zugleich auch diese Veranlassung, um Sr. Excellenz dem Herrn Grafen von Münster die Versicherung seiner Hochachtungsvollsten Ergebenheit zu wiederholen. Wien, den 2. März 1815.

v. Wolfframsdorff.

XII.

Rechtsverwahrende Erklärung

für sämmtliche Mitglieder des fürstlichen und gräflichen Hauses Solms, gegen das Vorhaben in der teutschen BundesActe, bei Bestimmung des künftigen Rechtsverhältnisses der subjicirten, vormaligen reichsständischen Landesherren, die königlich-baierische Declaration von 1807 als Grundlage anzunehmen; datirt Wien den 3. Jun. 1815 *).

Die Unterzeichneten haben in Erfahrung gebracht, daß in der für Teutschland entworfenen Constitution, zur näheren Bestimmung ihrer, von ihren Vorfahren

*) Diese Erklärung ward überreicht den Herren Bevollmächtigten von Oestreich, Preussen, Hannover, Königreich Sachsen, Baiern, Kurhessen, Mecklenburg, Luxemburg, SachsenCoburg, Hamburg, Großbritannien. — Eine ähnliche Erklärung erfolgte, unter demselben Datum, im Namen des Comité's der subjicirten, vormaligen reichsständischen Landesherren. Sie steht oben, Bd. II, S. 538 f. — Die Erörterung des Gegenstandes derselben, findet man oben, Bd. II, S. 452, 467, 493, 504, 511, 525 und 530. A. d. H.

XIII.

Rechtsverwahrung

für sämmtliche Mitglieder des fürstlichen und gräflichen Hauses Solms, wider den, die subjicirten, vormaligen reichsständischen Landesherren betreffenden Inhalt der teutschen BundesActe, mit Beziehung auf ihren Rechts- und Besitzstand von 1805; datirt Wien den 12. Jun. 1815 *).

Die Mitglieder des Hauses Solms, welche die Unterzeichneten vertreten, sehen sich, wie alle unterjochten teutschen Reichsstände, in ihrer gerechten Erwartung, durch die teutsche BundesActe ihren Rechtszustand von 1805, unter denen von ihnen zu Beförderung des teutschen Gemeinwohls freiwillig dargebotenen Opfern, wieder hergestellt zu sehen, schmerzhaft getäuscht.

Sie sind zwar ausser Stand, sich der Gewalt der Umstände zu widersetzen; aber Pflicht und Ehre gebieten ihnen, ihrem Rechte nichts zu vergeben.

Sie legen daher durch die Unterzeichneten, für sich, ihre Nachkommen und angestammten Unterthanen, vor dem hohen Congresse und vor ganz Europa die Verwahrung nieder, daß sie sich den Umfang ihrer Rechte und Befugnisse, wie der Besitzstand vom Jahr 1805 dieselben bezeichnet, für ewige Zeiten vorbehalten, und nur in diejenigen Opfer willigen können und

*) Diese Rechtsverwahrung ward überreicht den Herren Bevollmächtigten von Oestreich, Rußland, Großbritannien, Preussen, Hannover, Königreich Sachsen und Kurhessen. — Eine fast gleichlautende Rechtsverwahrung, im Namen des Comité's der subjicirten, vormaligen reichsständischen Landesherren, steht oben, Bd. II, S. 584. A. d. H.

werden, welche als Resultat der freien Berathung und Uebereinkunft, mit ihnen, einzig und allein eine rechtliche Aenderung ihres alten, ehrwürdigen, garantirten Rechtszustandes zu begründen vermögen.

Sie reserviren sich diesemnach auch die Befugniß, den Umfang dieses Rechtszustandes bei der künftigen Bundesversammlung und jeder rechtlichen Veranlassung geltend zu machen.

Wien, den 12. Juni 1815.

Henriette, Fürstin zu Solms-Lich,
Vormünderin.

Für die fürst- und gräflich-Solmsischen Häuser Braunfels, Rödelheim und Laubach.

Der Specialbevollmächtigte, Kammer-Director und Cabinets-Rath
Stephan.

XIV.

Denkschrift

des fürstlich-leyenschen Herrn Bevollmächtigten, betreffend theils die Wiedereinsetzung des Herrn Fürsten von der Leyen in seine ehemaligen Besitzungen auf der linken Rheinseite, theils dessen Entschädigung für die durch den pariser Frieden ihm entzogenen vier Ortschaften mit 1082 Einwohnern; datirt Wien den 27. Oct. 1814. Mit Beilagen Lit. A — E.

§. 1.

Der am 30. Mai 1814 zwischen Sr. kaiserl. königl. apostol. Majestät, dem Kaiser von Oestreich und seinen hohen Alliirten einer Seits und der Krone Frankreichs

anderer Seits in Paris abgeschlossene Friede, eröffnet vorzüglich ganz Teutschland und insbesondere den durch den französischen Revolutionskrieg gekränkten teutschen Fürsten und Ständen die günstigsten Aussichten zu dem Ersatz ihres bisherigen Verlustes zu gelangen, unter welchen sich besonders der ohne sein Zuthun und ohne irgend einen Länder- oder RevenüenZuwachs zum souverainen Fürsten des rheinischen Bundes erhöbene Herr Reichsgraf von der Leyen befindet, welcher durch jene langwierigen RevolutionsKriege und dadurch entstandenen politische Staatsumwälzungen einen so ungeheuren Verlust erlitten hat, welchem in ganz Teutschland kaum ein Beispiel gleichgesetzt werden kann.

§. 2.

Das hier beikommende, der hohen ReichsVersammlung in Regensburg im J. 1803, übergebene gedruckte ProMemoria unter dem Buchst. A, zählt alle die Unfälle auf, welche das reichsgräfliche Haus von der Leyen aus Anlaß der französischen Revolution und durch den Lüneviller Frieden erlitten hat, und berechnet in dem angefügten Zusammentrag den durch die Abtretung des linken Rheinufers ohne irgend eine Entschädigung demselben zugegangenen Verlust von 63 Ortschaften von 19,000 *) Einwohnern, 24 Schlössern und herrschaftlichen Wohngebäuden, 148 Mayerhöfen und Mühlen, nebst vielen tausend Morgen Waldungen — Eichen — Steinkohlen — Glas und mehreren andern Werkern mit einem jährlichen RevenüenVerlust von 370,616 fl.

§. 3.

Von den sogenannten Domainen wurde zwar am Ende des J. 1804, nach theuern, während 11 Jahren

*) Eigentlich 18,705. Man s. unten S. 353.

gebrachten Opfern von der damaligen französischen Regierung der größere Theil zurückgegeben. Es waren aber solche in dem ruinösesten Zustande und die Waldungen dergestalt degradirt, daß kaum der dritte Theil ihres ehemaligen Werthes dafür angenommen werden konnte; und mit dieser endlich bewirkten Auflösung des 11jährigen Sequesters war noch die den Güterwerth vollends herabgewürdigte Bedingniß einer auf 3 Jahre beschränkten unnachläßigen Veräusserung verbunden.

Die in der Anlage Buchstabe B, verzeichneten Liegenschaften hingegen (worunter sich das gegenwärtig unter der Administration der hohen alliirten Mächte stehende beträchtliche Kohlwerk zu 4 Jugbert in der Herrschaft Bliescastell rücksichtlich seiner Ausbeute zu 10,000 fl. jährlich, ganz vorzüglich auszeichnet) wurden von dem französischen Gouvernement, unerachtet seiner öftern hierüber gegebenen Zusicherungen, dem reichsgräflichen Hause von der Leyen, unerachtet aller Demarchen, mit angewohnter Eigenmacht bisher vorenthalten.

§. 4.

Diesen während vollen 11 Jahren erlittenen jährlichen VerlustesBetrag der herrschaftlichen Domainen hat, besag des unter dem Buchstaben A, anliegenden ProMemoria und des diesem unter dem Z. 1 nachgesetzten Zusammentrags die kurwirtembergische und kurbadische SubdelegationsCommission zu Ochsenhausen zu 113,000 fl. und jenen während Unterdrückung der vorhin bestandenen landesherrlichen und sonstigen Gerechtsame rc. auf 105,000 fl. berechnet und für liquid erkannt, womit ad §. 24 des DeputationsHauptschlusses auf weitere disponible Fonds das reichsgräfliche Haus von der Leyen mit vorzüglichster Rücksichtsnahme einstweils getröstet worden ist.

§. 5.

Dieses von der hohen ReichsDeputation selbst geschehene Anerkenntniß sowohl, als die durch den angezogenen neuerlichen pariser Frieden geschehene Zurückgabe des linken Rheinufers und dessen Wiedervereinigung mit dem teutschen Staatskörper, möchte nun den Herrn Fürsten von der Leyen allerdings berechtigen, seine sämmtlichen auf der linken Rheinseite gehabten Herrschaften, nebst der Wiedereinsetzung in alle ehemals darin ausgeübten Rechte und den Ersatz dessen, was durch die neuen Grenzen davon verlohren gegangen, zu reclamiren.

§. 6.

Dieser Verlust besteht in den durch die nach dem pariser Frieden neu regulirte DemarcationsLinie von der Herrschaft Bliescastell in dem Canton Arneval abgeschnittenen 4 Ortschaften Hanweiler, Rilchingen, Auersmachen und Kleinblittersdorf, welche nunmehr mit Frankreich vereinigt werden und nach der unter Buchst. C anliegenden Bevölkerungsliste 1082 Seelen enthalten.

§. 7.

Die unter Buchst. D anliegende geographische Karte giebt deutlich an Handen, daß die sub Lit. B bezeichneten Orte, Escheringen, Enzheim, Sengscht, Reichenborn, Haßel mit den dortigen Haßeler und Fronspacher Höfen das passendste Aequivalent seyn würden.

Der Ort Escheringen war vor der französischen Revolution ein Condominat von Nassau-Saarbrücken, der Abtei Wattgassen, Leyen, und des diesem Hause subordinirten Stiftes Gräfinthal-Enzheim; Sengscht und Reichenborn waren Besitzungen der Abtei Wattgassen, und Haßel mit den dortigen Höfen ritterständisch.

§. 8.

Die in der angezogenen Karte sub Lit. D enthaltenen Alt-Leyenschen Orte Altheim, Beckweiler, Medelsheim, Neualtheim, Niedergailbach, Beggenkam, Seiweiler und Uttweiler, werden durch die Blies und die pfalzzweibrückischen Ortschaften Walzheim, Bliesthalheim, Breitfurt, Mimbach und Webenheim von der Herrschaft Bliescastell getrennt.

Für die beiderseitigen Besitzer würde ein Austausch dieser gegen jene sehr convenient seyn und ein Arrondissement erzielt werden; eben so convenient würde

§. 9.

a) Die in der Rheinpfalz gelegene Leyensche Herrschaft Bürweiler
b) die in dem Herzogthum Zweibrücken liegende Herrschaft Münchweiler
c) die an die kurpfälzische Herrschaft Lautern grenzende Herrschaft Otterbach, desgleichen die Herrschaft
d) Oberkirch, gegen andere an die Herrschaft Bliescastell grenzende pfalzzweibrückische Ortschaften ausgeglichen werden können.

§. 10.

Die unter dem Buchst. C angerufene Bevölkerungsliste von dem Canton und respect. Herrschaft Bliesenstett begreift in sich die Seelenzahl der AltLeyenschen Orte nach der jetzigen CantonsEintheilung, die dazu genommenen fremden Cantonsorte, die alt-leyenschen Orte ausser dem Canton, und zugleich die angrenzenden Orte, welche etwa zum Aequivalent angesonnen werden können.

§. 11.

Der Buchstabe E enthält eine tabellarische Uebersicht aller gräflich Leyenschen Besitzungen auf dem nun

wieder zu Teutschland gekommenen linken Rheinufer, nebst der Seelenzahl und deren vorhinnigen Ertrag, welche in der Unterstellung hier angebogen wird, auf den Fall es in dem Plane der hohen allijrten Mächte liegen würde, eine Länder-Arrondirung die in jeder Hinsicht mit ausnehmenden Vorzügen begleitet ist, zu begünstigen *).

§. 12.

Mit diesen auf dem linken Rheinufer gelegenen Besitzungen waren, nebst andern Praecipuis, sehr ansehnliche Patronatrechte verbunden.

Das reichsgräfliche Haus von der Leyen hatte das Recht, alle CanonicatPräbenden in den Collegiat-Stiftern zu Oberwehell und Bliescastell, eine Vicarie in der Domkirche zu Mainz, einige evangelische und gegen 50 catholische Pfarreien und Beneficien zu verleihen.

Nebst dem waren in dem Seminario zu Trier und Cölln 14 Stipendien für Studierende von allen Classen fundirt, auch bestanden noch mehrere andere milde Stiftungen, worunter das zu Bliescastell in den 1770er Jahren errichtete Waisenhaus sich ganz vorzüglich ausnahm.

Diese Stiftungen ertrugen jährlich gegen 4000 Gulden, welche größtens mit ihren Gerechtsamen und dem, so beträchtlichen Stiftungsfond, ohne allen Ersatz dem gräflichen Hause von der Leyen bisher entrissen worden sind.

§. 13.

Diese in der tabellarischen Uebersicht Buchstabe E, enthaltenen Herrschaften gehörten, mit den darin gelegenen Ortschaften ohne Unterschied, zum teutschen Reiche; es waren solche keinem andern Fürsten oder Stande mit der Landsäßigkeit zugethan oder steuerbar.

*) 63 Ortschaften, 18,705 Einw. u. 248,781 fl. 34 kr. 1 Pf. jährliche Einkünfte.

Das reichsgräfliche Haus von der Leyen besaß solche mit vollständiger Landeshoheit; es bezog von seinen Unterthanen aus sämmtlichen Herrschaften und Ortschaften die Steuern und Schatzung, und alle aus der Landeshoheit fließende Effectus.

Nur in dem einzigen unweit Koblenz gelegenen Orte Saffig war das Erzstift Cölln in dem Besitze eines Theiles der Schatzung und hierüber lag bei dem Reichskammergerichte ein bisher unentschiedener Rechtsstreit; zur Administrirung der dem gräflichen Hause von der Leyen in allen seinen Herrschaften competirten alleinigen Gerichtsbarkeit, waren nebst den Ober- und Unterbeamten, die in einem reichsständischen Lande gewöhnlichen höhern Dicasterien angeordnet und im Justizwesen hatten die Unterthanen die nemlichen, wie bei allen andern Reichsständen hergebrachten reichsverfassungsmäßigen Instanzen.

Nie hatte eine Appellation von irgend einem Rechtsurtheil der untern Stelle an einen andern Fürsten oder dessen Justizbehörde jemals statt; es gieng solche von den Leyenschen Aemtern an das gräfliche Regierungs- und JustizCollegium, und von da, wenn Summa appellabilis vorhanden war, an eines der höchsten teutschen Reichsgerichte.

§. 14.

An die Reichsritterschaft wurde blos wegen einer in den Herrschaften Münchweiler, Aderdorf, Bürweiler und Otterbach festgesetzten Anzahl von Unterthanen und wegen eines in dem Umfange der Herrschaft Bliescastell liegenden, und im Jahre 1778 acquirirten ganzen und halben Dorfes, dann wegen einiger minder beträchtlichen Privatgüter eine convenirte ständige Abgabe geleistet.

§. 15.

Die Herrschaft Bliescastell an den Gränzen des sogenannten Westreichs und von dem ehemaligen Lothringen, dem Herzogthum Lothringen, dem Herzogthum Zweibrücken und dem Fürstenthum Nassau-Saarbrücken begränzet, war ehemals ein Bestandtheil des Erzstiftes Trier. Es wurde solches in dieser Eigenschaft mit den übrigen Aemtern des Erzstiftes, bei der im Jahre 1521 errichteten ReichsMatricul, im Anschlag aufgenommen, die Reichstags- und Kreisstimme des Erzstiftes haftete auf derselben eben so vereint und unzertrennlich, wie auf den übrigen bei dem Erzstifte gebliebenen Aemtern. Im Jahre 1660 überließ das Erzstift Trier die Herrschaft Bliescastell gegen andere Abtretungen mit aller Hoheit und Schatzung der reichsgräflichen Familie von der Leyen als ein Mannlehen, ohne daß jedoch sich diese Subjection jemals weiter als blos in Beziehung auf den Lehensnexus ausgedehnt hat.

§. 16.

Unter der Administration des Oberamtes Blies-Castell stunden noch die 3 Ortschaften Medelsheim, Seiweiler und Beppenkamm, welche ein erzherzoglich östreichisches Kunkellehen und in dem Leopoldinischen Privilegio caesareo ausdrücklich als reichsständisch erklärt sind.

§. 17.

Die Herrschaft Münchweiler an der Glane, in dem Umfange des Herzogthums Zweibrücken, ist kein herzoglich pfalzzweibrückisches Lehen und reichsunmittelbar.

§. 18.

Die Herrschaft Oberkirch, an das Fürstenthum Lautern gränzend, ist allodial.

Es war solche ehemals ein lothringisches Lehen und fiel, als das Herzogthum Lothringen an Frankreich kam, unter die französische Souverainetät. Im Jahre 1781 gieng diese Herrschaft mittels eines Tausches von der Krone Frankreich an das reichsgräfliche Leyensche Haus über und erstere erließ ausdrücklich ihre Hoheits- und Lehensrechte dem Letztern.

§. 19.

Die Herrschaft Otterbach war ein Lehen vom Hochstift Speyer und der Blutbann in demselben ein Reichslehen.

§. 20.

Die Herrschaften Aderdorff und Burweiler sind zum teutschen Reiche lehenrührig, und erstere nächst Bonn und letztere in der Rheinpfalz nächst Landau in dem Umfange des teutschen Reichs gelegen.

Das Privilegium des Kaisers Leopold I. vom Jahre 1661 und desselben Confirmation des Kaisers Joseph II. vom Jahre 1788 ertheilt diesen 2 Herrschaften, so wie den Herrschaften Münchweiler und Medelsheim die reichsständische Eigenschaft mit der Landes-Ober- und Herrlichkeit, Gebot und Verbot mit den dürren Worten, dem jure collectandi subditos.

§. 21.

Die Herrschaft Leiningen auf dem sogenannten Hundsrücken ist allodial.

§. 22.

Die Herrschaft Saffig nächst Coblenz war ein kurcöllnisches Lehen.

§. 23.

Von allen diesen beträchtlichen Besitzungen und Revenüen war der Herr Fürst von der Leyen, wäh-

rend seines Regierungs-Antrittes seit 21 Jahren verdrängt und sah sich genöthigt, mit harten Aufopferungen seine Unterkunft im Auslande zu suchen, und mittelst Aufbietung alles seines Credits, wovon die Vermehrung des Passivstandes seines Hauses die leidige Folge war, seine und seiner Familie höchst nöthige Subsistenz zu versichern.

Nichts desto weniger wurden seines Orts die einem teutschen Fürsten angemessene und obliegende Pflichten nicht nur während der langen Kriegsjahre aufs pünktlichste geleistet und erfüllet, sondern auch in dem jetzigen Entscheidungsjahre, wo die teutsche Kraft wider den alles verheerenden Feind aufgeboten worden, das doppelte Contingent seiner auf dem rechten Rheinufer noch erübrigten Besitzungen, gleich andern höchsten und hohen teutschen Fürsten gestellet, und alle Kriegsbeiträge, welche über 10,000 Reichsthlr. sich belaufen, mit Hingebung seiner eigenen Kasse auf das genaueste abgeliefert, folglich alle staatsrechtlichen Verhältnisse mit den allerhöchsten alliirten Mächten so genau als möglich beobachtet.

Unter dem Schutze der allerhöchsten Mächte, darf demnach der Herr Fürst von der Leyen, nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Billigkeit, auf die volle Reintegration seiner bisher auf dem linken Rheinufer verlustigten und nunmehr durch die teutsche Kraftanstrengung wieder eroberten Besitzungen sowohl, als auf eine Entschädigung für jene durch den jüngeren pariser Frieden ihm §. 6 entzogenen vier Ortschaften mit 1082 Seelen um so mehr alle Hoffnung schöpfen, da durch ebengedachten Friedenstractat sich häufige Mittel und Gegenstände darbieten, dieses von einem einzelnen Fürstenhaus gebrachte Opfer durch ein angemessenes Aequivalent auszugleichen und demselben einen verhältlichen Ersatz für jene verlustigten Reve-

nüen zuzuweisen, in deren Genusse alle andern fürstliche und hohe Häuser sich im Gefolge des lüneviller Friedens bereits 12 Jahre befinden.

Wien, den 27. October 1814.

Gottlieb Friedrich v. Borsch,
fürstlich leyenscher Bevollmächtigter.

Beilage A.

Dictatum Ratisbonae die — — Augusti 1803 per Archicancellariensem.

Des heil. röm. Reichs Kurfürsten, Fürsten und Stände zur gegenwärtigen allgemeinen Reichsversammlung bevollmächtigte Räthe, Botschafter und Gesandte,

Hochwürdige, Hoch- und Wohl- auch Hochedelgeborne, Hochedle und Hochgelehrte,

Insbesondere Hochgeehrtest- und vielgeehrte Herrn!

Eure Excellenzen, auch meine Hochgeehrtest und Vielgeehrte Herren kennen schon aus der, in den verflossenen Jahren Einer hochansehnlichen allgemeinen Reichsversammlung übergebenen Denkschrift die Beträchtlichkeit meiner auf der linken Rheinseite gehabten und zum Reiche gehörig gewesenen Besitzungen, mithin auch die Größe des Verlustes, welcher mir durch die in dem lüneviller Frieden förmlich bewilligte Abtretung dieser Seite zugeht.

Die nähern Verzeichnisse desselben sowohl, als auch des Schadens, welchen ich während dieses Krieges noch auf sonstige Art gelitten habe, habe ich der zur Berichtigung der, auf weitere Erörterung ausgesetzt gewesenen Gegenstände bevollmächtigten ausserordentlichen ReichsDeputation und zugleich auch der zur Untersuchung der Entschädigungsforderungen der Herrn

Reichsgrafen angeordnet gewesenen kurwirtembergischen und kurbadenschen SubdelegationsCommission vorlegen lassen. Der Erfolg davon, dann der Beschluß, welchen die ausserordentliche ReichsDeputation auf meine nachher bei derselben eingereichte Vorstellung in der 45. Sitzung genommen hat, sind gleichfalls bekannt.

Bis hieher sind noch keine Fonds zu meiner Entschädigung ausgemittelt worden; da aber von der baldigen Erfüllung der desfallsigen Versprechungen das Wohl meines Hauses und die Erhaltung seiner politischen Existenz abhängt, so sehe ich es als eine unnachlässige Pflicht gegen mich selbst und meine Nachkommen an, mich deßhalben in dem hier beikommenden ProMemoria an meine Höchst und hohen Reichsmitstände ehrerbietigst zu wenden.

Eure Excellenzen, auch meine Hochgeehrtest- und Vielgeehrte Herrn ersuche ich daher inständigst, meine Angelegenheit durch hochgefällige und günstige Berichtserstattungen zu unterstützen.

Ich verehre diese Willfahrung mit dem wärmsten Dankgefühle und verharre mit der vollständigsten Hochachtung

Euer Excellenzen, auch meiner Hochgeehrtest- und Vielgeehrten Herren

Wiesentheid, den 16. August 1803.

gehorsamst ergebenst und dienstbereitwilliger Diener
Philipp Reichsgraf von der Leyen und Hohengeroldseck.

Pro Memoria.

§. 1.

Die gänzliche Berichtigung des lüneviller Friedens war bisher der große Gegenstand der erhabenen Bemühungen der höchsten vermittelnden Mächte, Seiner kaiserl. Majestät und des Reichs. Durch dieselbe sind nun alle Stände des teutschen Reichs beruhigt und zufrieden gestellt; und den Unterthanen schimmert die Morgenröthe einer glücklichern politischen Existenz entgegen.

Die Weisheit und Billigkeit, welche dieses große Werk allenthalben bezeichnen, verdienen die Bewunderung der gegenwärtigen Generation und den warmen Dank der künftigen.

§. 2.

Nur der einzige Herr Reichsgraf von der Leyen befindet sich in der traurigen Nothwendigkeit, noch Reclamationen machen zu müssen, und sich über Verkürzungen zu beklagen, wovon das ganze teutsche Entschädigungswesen kein Beispiel aufzuweisen hat.

§. 3.

Der Herr Reichsgraf von der Leyen verliert durch die Abtretung der linken Rheinseite an Territorialbesitzungen, worüber ihm die vollkommene Landeshoheit zustand, die Herrschaften Bliescastell, Leiningen, Oberkirch, Saffig, Adendorf, Bürweiler, Münchweiler, und Otterbach, dann noch viele frei adeliche Güter, welche unter neun Kellereien vertheilt waren.

Die vier ersten dieser Herrschaften hat die in Ochsenhausen gewesene kurwirtembergische und kurbadensche SubdelegationsCommission, nach dem von derselben über ihre Verrichtungen abgestatteten und per dictaturam vom 14. Februar dieses Jahrs bekannt

gewordenen Berichte, als reichsständisch in die vierte Classe gesetzt und dadurch anerkannt, daß sie zu einer Entschädigung geeigenschaftet sind.

Die drei folgenden Herrschaften sind zwar durch ein von Kaiser Leopold I. im Jahre 1661 ertheiltes, und von Kaiser Joseph II. allerglorreichesten Andenkens im Jahr 1788 bestätigtes Privilegium auch als reichsständisch erklärt worden, wobei zugleich die dem reichsgräflichen Hause darin zustehende Landeshoheit und namentlich das Recht der Schatzung bestätiget wurde. Da aber die reichsgräfliche Familie um dem, in gedachtem Privilegio eingerückten Vorbehalte:

> daß sie schuldig und verbunden seyn sollte, ihre quotam an den Reichs- und Kreisverwilligungen von solchen Gütern gehöriger Orten, oder auch ungemittelter Reichsritterschaft jedesmal abzuführen,

ein Genüge zu leisten, deßhalben jährlich eine bestimmte Summe an die unmittelbare Reichsritterschaft gezahlt hat, so wurden diese drei Herrschaften von gedachter SubdelegationsCommission als ritterschaftliche Besitzungen, gleich der im ritterschaftlichen Verband gewesenen Herrschaft Otterbach, mit den übrigen unter die neun Kellereien vertheilten Gütern in die fünfte Klasse gesetzt.

§. 4.

Sämmtliche Herrschaften enthalten einen Flächeninhalt von wenigstens

8 Quadratmeilen,
63 Ortschaften und
20,000 Einwohnern.

§. 5.

Der jährliche Rentenverlust übersteigt nach der der SubdelegationsCommission übergebenen Tabelle

248,000 fl. Der sehr vielen und sehr ansehnlichen Vorzüge, welche mit diesen Besitzungen verbunden waren; dann der mit den schwersten Kosten errichteten Stiftungen, deren Vergebung auch dem reichsgräflichen Hause zustand, nicht zu gedenken.

Die Beweisurkunden über den oben gemeldeten Verlust sind der SubdelegationsCommission vorgelegt worden.

Diesem Verluste verdienet der Schaden noch beigerechnet zu werden, welchen der Herr Reichsgraf von der Leyen durch die Hinwegnahme seiner Mobiliarschaft und aller Vorräthe ꝛc. durch die Verwüstungen an seinen Gebäuden und seinen Waldungen, dann durch die neunjährige Entbehrung seiner jenseitigen Einkünfte gelitten hat.

Das Ganze der demselben zugegangenen Beschädigungen zeigt der sub Nro. 1 hier anliegende Zusammentrag.

§. 6.

Der Friede von Campo-Formio hat schon dem Herrn Reichsgrafen von der Leyen, welcher darin namentlich angeführt ist, eine angemessene Entschädigung zugesichert; der zwölfte geheime Artikel sagt:

„Seine kaiserl. Majestät und die französische Republik werden sich bei dem Frieden des teutschen Reichs einstimmig dahin verwenden, daß die verschiedenen Fürsten und Stände dieses Reichs, welche in Folge der Stipulationen des gegenwärtigen FriedensTractates, oder in Folge des mit dem teutschen Reiche noch zu schließenden Tractats einigen Verlust an Gebiet und Rechten erleiden, besonders der Kurfürst von Pfalzbaiern, der Herzog von Wirtemberg und Teck, der Marggraf von Baden, der Herzog von Zweibrücken,

die Landgrafen von Hessenkassel und Darmstadt, die Fürsten von Nassau-Saarbrück, von Salm-Kyrburg, Löwenstein-Wertheim und von Wied-runkel und der Graf von der Leyen in Teutschland angemessene Entschädigungen erhalten, die unter gemeinschaftlicher Uebereinstimmung mit der französischen Republik werden regulirt werden."

§. 7.

In dem auf dem FriedensCongresse in Rastadt von dem französischen bevollmächtigten Minister Roberjot entworfenen Entschädigungsplane waren auch schon die Gegenstände bestimmt, woraus diese Entschädigung bestehen sollte, die den Herrn Reichsgrafen betreffende Stelle lautet also:

„der Graf von der Leyen hatte Entschädigung nachgesucht im Allgemeinen, ohne die Gegenstände zu benennen, welche er verlangte; er würde die Herrschaften Bliescastell, Münchweiler und Bürweiler verlieren, müßte dafür bekommen das Amt Ettenheim vom Bisthum Straßburg, die Abteien Gengenbach und Rottenmünster, dann die auf der rechten Rheinseite gelegenen Güter des Capitels von Straßburg."

§. 8.

Der FriedensTractat von Lüneville spricht auch zu seinem Vortheile, indem der siebente Artikel desselben ausdrücklich verordnet, daß das Reich gehalten seyn sollte, den erblichen Fürsten, oder wie der von der ausserordentlichen ReichsDeputation verfaßte, und von Seiner kaiserl. Majestät und dem Reiche genehmigte, somit zu einem förmlichen Reichsgesetze erhobene Hauptschluß vom 25. Febr. sich ausdrückt, den erblichen Reichsständen, welche auf der linken Seite das Ihrige verlieren würden, eine Entschädigung zu geben.

§. 9.

Ganz in dem Geiste dieser vordern Verhandlungen und in dem unbezweifelten Anerkenntniß des vollesten Rechts auf eine angemessene Entschädigung haben die höchsten vermittelnden Mächte dem Herrn Reichsgrafen von der Leyen in dem ersten Entschädigungsplane vom 18. August 1802 die Abteien Schuffenried, Guttenzell, Heggbach, Baindt und Burheim angewiesen, und obschon der Werth dieser Abteien seinen Verlust nie ausgeglichen haben würde, so wußte er doch die Verfügungen dieser höchsten Mächte zu verehren.

§. 10.

Aber das erste Supplement zu dem Entschädigungsplane, nämlich jenes vom 8. Oct. 1802, veränderte auf einmal die Lage der Sachen, indem es ihm diese Gegenstände wieder entzog, und sie mit zu der Masse bestimmte, aus welcher mehrere Herren Reichsgrafen, nach dem von einer anzuordnenden Commission nach sichern Grundsätzen zu entwerfenden Plane, entschädigt werden sollten.

§. 11.

Diese Commission hat ihre Arbeiten geendigt, wovon das Resultat war: daß dem Herrn Reichsgrafen von der Leyen weder für seine reichsständischen, noch für seine sonstigen Besitzungen Etwas zu Theil geworden ist; indem die Masse nicht hinreichend war, Alle zu befriedigen, und weil nach den von der ausserordentlichen ReichsDeputation in dem Concluso der 16. Sitzung vorgeschriebenen Grundsätzen die Graf- und Herrschaften, welche Sitz und Stimme hatten, den reichsgräflich Leyenschen Besitzungen, auf welchen namentlich kein Recht zu Sitz und Stimme haftete, vorgezogen wurden.

§. 12.

Der Herr Reichsgraf von der Leyen wendete sich hierauf, wegen dieser gänzlichen Entbehrung aller Entschädigung, an die ausserordentliche ReichsDeputation; diese beschloß in der 45. Sitzung:

daß der Herr Reichsgraf wegen seines ersten *) Verlustes à 105,000 fl. jährlicher Renten ad §. 24 des DeputationsHauptschlusses gehöre, und unter denjenigen, welche daselbst auf weitere disponible Fonds vertröstet worden, vorzüglichste Rücksicht verdiene.

§. 13.

In dieser Lage befindet sich noch jetzt die Entschädigungsangelegenheit des Herrn Reichsgrafen von der Leyen. Andere Stände, die weit weniger verloren haben, als er, sind nicht allein durch die Güter, welche ihm bestimmt waren, entschädiget worden, sondern er hat auch statt des ihm angewiesen gewesenen, aber wieder entzogenen Looses bis hieher noch nichts erhalten, als die Anerkennung seines Rechts auf Entschädigung, zu deren Realisirung ihm aber nichts den Zeitpunkt, noch den Gegenstand anzeigt. Das sonst so blühende und gesegnete reichsgräfliche Haus von der Leyen ist also das einzige und unschuldige Opfer des lüneviller Friedens, der für so viele andere Reichsstände die Veranlassung war, sich in ihrem Reichthum und politischen Verhältnissen namhaft zu erheben.

§. 14.

Die nächste Hoffnung des Herrn Reichsgrafen von der Leyen ist die der Aufhebung des, auf seine Güter in Frankreich gelegten, Sequesters, welche er in Folge des lüneviller Friedens von der Gerechtigkeit des französischen Gouvernements zu erhalten hoffet: bis jetzt ist

*) Nämlich nicht reichsritterschaftlichen. A. d. H.

sie jedoch noch nicht erfolgt. Wenn er aber auch den Genuß dieser Güter zurückerhält, so wird er dadurch kaum die Mittel finden, die Schulden auszugleichen, welche ein neunjähriger Aufenthalt ausser seinen Besitzungen ihn zu machen zwang.

§. 15.

Die Unterdrückung der vorhin bestandenen landesherrlichen und sonstigen Gerechtsame auf dem linken Rheinufer, die Aufhebung der Zehenden und Gülten, die nunmehr an die französische Republik zu zahlenden Steuern, die Degradationen der Gebäude und der Wälder, dann die wahrscheinliche Bestimmung einer sichern Zeitfrist zum Verkaufe dieser Güter vermindern den ehemaligen Werth derselben so sehr, daß höchstens nur ein Drittel der vorhin davon gefallenen Renten übrig seyn wird.

§. 16.

Alle Vorfahren des Herrn Reichsgrafen von der Leyen, und vorzüglich die drei Kurfürsten: Damian Hartard von der Leyen, Kurfürst zu Mainz, Johann und Carl Caspar von der Leyen, Kurfürsten zu Trier, zeichneten sich durch ihre unerschütterliche Anhänglichkeit an das allerhöchste Reichsoberhaupt und die Reichsverfassung aus. Eben so hat derselbe es sich stets zur heiligen Pflicht gemacht, den ganzen Umfang seiner staatsrechtlichen Verhältnisse mit Seiner kaiserl. Majestät und dem Reiche mit der größten Treue zu beobachten. Er hat seit seinem Regierungsantritt bis hierhin, ungeachtet er fast die ganze Zeit von seinen Besitzungen verdrängt war, seine reichsständischen Obliegenheiten genau erfüllt, und das, was ihm nach dem Verhältniß seiner Kräfte zugemessen war, redlich beigetragen. Er glaubt daher auch mit der größten Zuversicht von Seiner kaiserl. Majestät und seinen höchst-

und hohen Mitständen, in dieser so wichtigen Angelegenheit seines Hauses, Theilnahme und Unterstützung hoffen zu können.

§. 17.

Die Dispositionen des Friedens von Campoformio, der Rastadter Verhandlungen und des ersten Entschädigungsplanes, dürfen in Ansehung des Herrn Reichsgrafen von der Leyen allein, nicht widerrufen und unwirksam gemacht werden, somit seine friedensschlußmäsige Befugnisse zu einer Entschädigung sich in bloßen entfernten Hoffnungen auflößen. Währenddem seine Mitstände so gut zufrieden gestellt sind, kann er allein von der Vertheilung nicht ausgeschlossen werden, an welcher Theil zu nehmen, er ein so oft anerkanntes Recht hat.

§. 18.

Die Gerechtigkeit der Reclamation des Herrn Reichsgrafen von der Leyen erhebt sich dadurch zu einem hohen Grade von seltener Evidenz.

Seinen Grundsätzen getreu wird er jedoch sie mit der nämlichen Anheimstellung in den Willen der höchsten vermittelnden Mächte, Seiner kaiserl. Majestät und seiner höchst und hohen Mitstände, wie bisher, betreiben. Er ist zu bescheiden, um die Mittel, ihn zu entschädigen, vorzuschlagen. Er hat ein zu unbegränztes Vertrauen in die Weisheit dieser höchsten Mächte, als daß er einen Augenblick an der Möglichkeit und glücklichen Wahl dieser Mittel zweifeln könnte.

§. 19.

Die so oft wiederholte Anerkennung seiner sich auf den ausdrücklichen Inhalt der Friedensschlüsse gründenden Rechte wird sicher der Gerechtigkeit der höchsten vermittelnden Mächte, Seiner kaiserl. Majestät und seiner höchst und hohen Mitstände nicht entgehen.

Auch setzt der Herr Reichsgraf auf dieses für ihn so laut sprechende Gerechtigkeitsgefühl zu viele Hoffnung, um glauben zu können, daß diese höchsten Behörden je im Stande seyn würden, einen einzelnen Reichsstand aufzuopfern, dem doch so viele Versprechungen gemacht worden sind.

Mit grenzenlosem Vertrauen empfiehlt derselbe daher seine Angelegenheit der Berücksichtigung und dem Schutze der höchsten vermittelnden Mächte, Seiner kaiserl. Majestät und seiner höchst- und hohen Mitstände, und bittet ehrerbietigst, daß diese höchsten Behörden sich nunmehr auch mit der ihm gebührenden Entschädigung, nach eben den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Billigkeit, welche Höchstdieselben bei seinen Mitständen so glänzend erprobt haben, zu beschäftigen mildest geruhen mögen.

Nro. 1.

Zusammentrag

des gräflich leyenschen Verlustes auf dem linken Rheinufer.

Die Besitzungen des Herrn Reichsgrafen von der Leyen auf dem linken Rheinufer enthielten wenigstens:

8 Quadratmeilen,
63 Ortschaften,
20,000 Einwohner,
24 Schlösser und herrschaftliche Gebäude,
148 Maierhöfe und Mühlen, nebst vielen tausend Morgen Waldungen; Eisen, Steinkohlen, Glas und mehrere andere Werker.

Wovon der Verlust an jährlichen Renten sich folgendermassen zusammensetzt:

1) Beträgt der Verlust der reichsständischen Besitzungen des Herrn Reichsgrafen von der Leyen nach der Evaluation der in Ochsenhausen gewesenen SubdelegationsCommission . . . . 105,000 fl.

2) Haben die übrigen Herrschaften und Güter des Herrn Reichsgrafen jährlich ertragen . . . . 113,000 fl.

3) Wurden von der SubdelegationsCommission bei der Evaluation der reichsständischen Besitzungen an den davon berechneten Renten ungefähr 30,000 fl. abgezogen, und dieses wahrscheinlich, nach den von gedachter Commission aufgestellten Grundsätzen, wegen der auf diesen Besitzungen gehafteten beständigen Lasten und primitiven Erhebungskosten, wegen der in den diesseitigen Etats angesetzt gewesenen Zinsen von den darin ausstehenden ActivCapitalien und wegen des zugleich zu einem sehr mäßigen jährlichen Ertrage berechnet gewesenen Werthes von den darin befindlichen herrschaftlichen Gebäuden. Man glaubt diese Summe daher wieder beifügen zu können, weil gedachte SubdelegationsCommission dem Herrn Reichsgrafen von der Leyen keine TerritorialBesitzungen, worin nach eben diesen Grundsätzen die Lasten und Erhebungskosten gleichfalls abgezogen gewesen, auch keine nicht in Anrechnung gebrachten Capitalien und Gebäude zum Ersatz der seinigen angewiesen hat . 30,000 fl.

4) Beträgt der Verlust, welchen der Herr Reichsgraf von der Leyen

a) an Mobilien, Silber, Früchten, Fourage ꝛc. und durch die Verwüstungen

Beilage C.

Bevölke

des Cantons Bliescastell, nebst der

Alte leyensche Orte im Canton	Seelen	Dazu gekommene fremde Orte.	Seelen
Alsbach . . .	131	Bierbach . . .	348
Asweiler . . .	117	Enzheim, Sengst, Reichenborn .	820
Balweiler und Wecklingen . . .	190	Eschringen . . .	205
Bekelsheim u. Neuhof	410	Haßel	248
Bisingen . . .	151	Rohrbach . . .	267
Blikweiler . . .	323	Wolfersheim . .	214
Bliescastell . .	1320	Werschweilerhof, Gatenbronn, Schwarzenacker . . .	75
Ehlingen . . .	195	Zusammen	2177
Erfweiler . . .	210		
Gersheim . . .	462		
Habkirchen . . .	308		
Herbigheim . .	158		
Hackendahlheim .	152		
Lauzkirchen . .	320		
Manchen, Bolchen, Gräfinthal . .	531		
Niederwirtzbach und Seelbach . .	340		
Oberwirtzbach . .	135		
Ormersheim u. Ponzheimerhof . .	424		
Ommersheim . .	308		
Rheinheim . . .	366		
Rubenheim . .	296		
St. Tegbert . .	1240		
Wittersheim . .	201		
Total	8300		

rungsliste

schiedenen angrenzenden Orten.

Alt leyensche Orte ausser dem Canton.	Seelenzahl.	Anliegende Orte zu Aequivalenten.	Seelenzahl.
Im Medelsheimer Canton.		Im Canton Waldmohr.	
Altheim	492	Kirkel	191
Beckweiler, wovon nur der Bann leyisch . . .	. .	Neuhäussel . .	90
		Limbach . . .	410
		Im Medelsheimer Canton.	
Modelsheim . .	348		
Neualtheim . .	110		
Niedergeilbach .	272	Bliesdahlheim .	271
Pegenkam . . .	214	Breitfurt . . .	391
Seiweiler . . .	182	Mimbach . . .	468
		Walsheim . . .	287
Im Hornbacher Canton.		Wakenheim . .	490
		Zusammen	2598
Uttweiler . . .	104		
Zusammen	1722		
Im Canton Arnoual, welche zu Frankreich gefallen.			
Auersmachern 443			
Hanweiler . 98			
Rülchingen . 87			
Kleinblittersdorf 454			
Zus. 1082	1082		
Zusammen	2804		

Beilage D.

Ist die S. 329 §. 7 erwähnte geographische Karte über den Canton Bliescastell, mit Bemerkung der Orte, welche ehedem dem fürstlich-leyenschen Hause gehört haben. (Eine Handzeichnung.)

Beilage E.

Uebersicht

der sämmtlichen fürstlich-leyenschen Besitzungen auf dem linken Rheinufer, nebst dem Enthalt deren jährlichen Ertrags, der wirklichen Zahl der Seelen und Ortschaften.

I. Auf dem linken Rheinufer.	Ortschaften.	Seelenzahl.	Jährlicher Ertrag zur Zeit des französ. Sequesters. fl.	kr.	pf.
Unter eigener Landeshoheit.					
Die Herrschaft Bliescastell einschließlich der Herrschaft Medelsheim	38	11,104	26,992	45	1
— — Münchweiler	7	1,461			
— — Oberkirchen	5	746			
— — Otterbach	2	395			
— — Adendorff	3	1,361	19,425	16	—
— — Bürweiler einschließlich der Renten im Elsaß, nebst dem Hofgut Modenbach . . .	3	1,827	15,799	24	—
— — Leiningen	4	1,204	3,593	39	—
— — Saffig mit gemeinschaftlicher Jurisdiction zu Collendorn und Eppenburg . .	1	607	12,562	25	
	63	18,705	178,373	29	1
II. Freiadeliche Renten und Gefälle in auswärtigen Territoriis.					
Die Kellerei Ahrenfels auf dem linken Rheinufer liegende Güter	—	—	1,828	8	—
— — Berncastell	—	—	3,468	16	—
— — Gondorff	—	—	10,680	22	—
— — Coblenz	—	—	8,707	57	—
— — Cölln	—	—	16,617	55	—
— — Mainz	—	—	8,390	2	—
— — Oberwesel	—	—	8,665	23	—
— — Gommern, mit gemeinschaftlicher Jurisdiction in 3 Ortschaften	—	—	6,367	27	2
— — Trier, einschließlich der unter französischer Hoheit befindlichen Renten in Saargau	—	—	2,935	34	2
Jährlicher ZinsenVerlust an verlornen Rückständen, besag der vorliegenden Rechnung .	—	—	2,750	—	—
		Suma	248,781	34	1



Acten
des
Wiener Congresses.
23. Heft.

XV.

Note

des fürstlich-leyenschen Herrn Bevollmächtigten, enthaltend die Bitte um Aufhebung des auf die fürstlich-leyenschen Besitzungen gelegten Sequesters; datirt Wien den 27. Oct. 1814.

Les Puissances alliées ont frappé de séquestre les propriétés de M. le Prince de la Leyen en Allemagne.

Quoiqu'il fournissoit son contingent dans les troupes de Bade, cette mesure a eu lieu et n'a point été changée.

Le Prince de la Leyen ne connoît aucun motif de cette disposition.

Le soussigné, son chargé d'affaires, a donc l'honneur de supplier son Excellence, Monsieur le Baron de Stein, ministre d'état de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, de bien vouloir faire ordonner, que le séquestre soit levé, et que le Prince de la Leyen soit rétabli dans la libre jouissance de ses biens.

Le soussigné prie son Excellence d'agréer l'assurance de son très-profond respect.

Vienne, le 27 octobre 1814.

de Borsch,
Chargé d'affaires de S. A.
le Prince de la Leyen.

XVI.

Denkschrift
des fürstlich-leyenschen Herrn Bevollmächtigten, betreffend die Zurückgabe der freien Verwaltung der fürstlich-leyenschen Güter; datirt Wien den 22. März 1815.

Als die glorreichen Waffen der hohen verbündeten Mächte die teutschen Provinzen von der französischen Herrschaft befreiten, wurden die sämmtlichen Besitzungen des Fürsten von der Leyen, im Namen höchstgedachter Mächte mit Sequester belegt, und der Herr Graf Franz Erwein von Schönborn zum Administrator derselben bestellt.

Unerachtet der Herr Fürst schon im October v. J. theils bei den Ministerien der hohen verbündeten Mächte, theils bei dem obersten VerwaltungsDepartement der sequestrirten Länder, die Aufhebung dieses Sequesters nachsuchte: so gelang es ihm bisher jedoch nicht, solche zu erlangen, indem der Chef jenes Departements, der russisch-kaiserliche Staatsminister Baron von Stein in der hier sub Lit. A. anliegenden Antwort bloß äusserte:

> Die Zurückgabe der Verwaltung der fürstlich-leyenschen Güter, unter Aufhebung des bisherigen Sequesters, könne zwar keinem Bedenken unterworfen seyn, in so weit von der Ausübung der Rechte des PrivatEigenthums die Rede sey. Da jedoch auch die von dem Herrn Fürsten zuvor ausgeübte Souverainetät zur Sprache komme; so habe er diese Angelegenheit der Entscheidung der die teutschen Verhältnisse berathenden Versammlung überlassen.

Je mehr dem Herrn Fürsten von der Leyen die freie Verwaltung seines Eigenthums am Herzen liegt, desto

dringender sieht sich der unterzeichnete Bevollmächtigte veranlaßt, Eine hohe Congreß Commission um die angemessene Verfügung zu bitten: daß dem Herrn Fürsten von der Leyen, unter Aufhebung des bisherigen Sequesters, die freie Administration seiner sämmtlichen Besitzungen schleunigst zurückgestellt werden möge.

Wien, den 22. Merz 1815.

Gottlieb Friedrich v. Borsch,
fürstlich-leyenscher Bevollmächtigter.

Beilage Lit. A.

Schreiben des Herrn Staatsministers Freiherrn von Stein, an den herzoglich-sächsischen und fürstlich-leyenschen Herrn geheimen Rath von Borsch; datirt Wien den 3. Dec. 1814.

Ew. Hochwohlgeborn benachrichtige ich, auf Ihr gefälliges Schreiben vom 21. v. M. ergebenst, daß nach meiner Ansicht, die Zurückgabe der Verwaltung der fürstlich-leyenschen Güter, unter Aufhebung des bisherigen Sequesters, keinem Bedenken unterworfen seyn kann, in so weit von der Ausübung der Rechte des Privat Eigenthums die Rede ist. Da jedoch auch die von dem Herrn Fürsten von der Leyen zuvor ausgeübte Souverainetät zur Sprache kommt; so habe ich mich veranlaßt gefunden, diese Angelegenheit der Entscheidung der, die teutschen Verhältnisse berathenden Versammlung zu überlassen, und den Antrag des Herrn Grafen von Schönborn dem königlich-preussischen Staatskanzler Herrn Fürsten von Hardenberg zuzufertigen.

Wien, den 3. December 1814.

L. W. Stein.

XVII.

Denkschrift

des fürstlich-leyenschen Herrn Bevollmächtigten, betreffend die Entschädigung des Herrn Fürsten von der Leyen, für die, durch die neuen Grenzbestimmungen des pariser Friedens, an Frankreich abgetretenen fürstlich-leyenschen vier Ortschaften mit 1082 Einwohnern; datirt Wien den 15. März 1815.

Durch den am 30. Mai 1814 zu Paris abgeschlossenen Friedens-Tractat, und die darin gemachten neuen Grenzbestimmungen, sind dem Fürsten von der Leyen von seiner Herrschaft Bliescastell im Canton Arneval, die vier Ortschaften Hanweiler, Rilchingen, Auersmachen und Kleinblittersdorf, mit einer Bevölkerung von 1082 Seelen, entzogen, und nunmehr mit Frankreich vereinigt worden.

Da derselbe für diesen Verlust eine angemessene Entschädigung ansprechen zu können sich berechtigt glaubt: so hat er Einem Hohen Congresse bereits in dem durch seinen Bevollmächtigten im October v. J. übergebenen Pro-Memoria auf dasjenige Aequivalent aufmerksam gemacht, welches er dafür zu erhalten wünscht. Solches besteht in den, in der mitübergebenen geographischen Charte, bezeichneten Ortschaften Escheringen, Enzheim, Sengscht, Reichenborn und Hassel, mit den dortigen Haseler und Fronspacher Höfen; wovon der erste Ort, vor der französischen Revolution, ein Condominat von Nassau-Saarbrücken, der Abtei Wattgassen, Leyen, und dem diesem Hause subordinirten Stifte Gräfinthal, die drei andern Orte Besitzungen der Abtei Wattgassen, der letzte Ort Hassel mit den dortigen Höfen aber ritterständisch war.

Der Fürst von der Leyen findet sich, bei der gegenwärtig regulirt werdenden LänderVertheilung, veranlaßt, Einem Hohen Congresse das obige Entschädigungs-Gesuch, mit der wiederholten Bitte, in Erinnerung zu bringen, darauf in Gemäßheit des obgedachten Pro-Memoria die gerechteste Rücksicht zu nehmen, und zugleich nach Beschaffenheit der Umstände die zu einer Arrondirung gemachten AustauschVorschläge der angemessenen Aufmerksamkeit zu würdigen.

Wien, den 15. März 1815.

Gottlieb Friedrich v. Borsch,
fürstlich-leyenscher Bevollmächtigter.

XVIII.

Denkschrift

des fürstlich-leyenschen Herrn Bevollmächtigten, betreffend die Zurückgabe der, von der französischen Regierung dem Herrn Fürsten von der Leyen vorenthaltenen, noch unveräussert vorhandenen Domainen ꝛc.; datirt Wien den 15. März 1815.

In dem siebenten Artikel des lüneviller Friedens wurde zwar festgesetzt, daß diejenigen Reichsstände, welche ihre Besitzungen auf dem linken Rheinufer ganz oder zum Theil verloren haben, von dem teutschen Reiche entschädigt werden sollen; gleichwohl hatte der Fürst von der Leyen für den auf der linken Rheinseite erlittenen, und bei der Commission in Ochsenhausen auf 218,000 Gulden verificirten jährlichen RevenüenVerlust, wegen Mangels an zureichenden Fonds, keine Entschädigung erhalten, sondern wurde auf die Aufhebung des französischen Seque-

sters vertröstet. (Gaspar's Erläuterung des Deputations Schlusses, 2. Theil, pag. 21.)

Wenn gleich diese Aufhebung in der Folge grossentheils erfolgt ist, so hat der Fürst von der Leyen dennoch den empfindlichen Verlust verschiedener bedeutender Besitzungen zu betrauern, welche theils dem öffentlichen Dienste gewidmet, theils mit den französischen Domainen vereiniget worden sind.

Nach erfolgter Wiedereroberung der auf der linken Rheinseite gelegenen teutschen Provinzen, konnte derselbe daher mit Grund hoffen, daß ihm der Besitz der von der französischen Regierung vorenthaltenen Güter sogleich, und um so mehr wieder eingeräumt werden würde, als die zu solcher Wiedereinräumung von dem Chef des obersten Verwaltungs-Departements als Norm vorgeschriebenen Umstände, hier durchaus vorhanden waren, indem

1) der Fürst für jene Besitzungen keine Entschädigung erhalten hatte;
2) solche noch jetzt unveräussert vorhanden sind; und
3) die französische Entziehung blos deshalb verfügt wurde, weil der Besitzer ein unmittelbares Reichsglied war.

Dennoch wurde das, bei der kaiserlich-österreichischen und königlich-baierischen gemeinschaftlichen Landes Administrations Commission in Creuznach angebrachte, Restitutions Gesuch mit dem Vorgeben abgeschlagen, daß die reclamirten Gegenstände von der französischen Regierung schon vormals zum öffentlichen Dienste verwendet, und mit den französischen Staatsgütern vereinigt, mithin als französisches Staats Eigenthum, der Disposition der hohen verbündeten Mächte heimgefallen seyen.

Durch diese RestitutionsVerweigerung findet sich der Fürst von der Leyen äusserst beschwert. Denn so wenig die französische Vorenthaltung seiner Güter durch deren Widmung zum Staatsdienste, und durch die Vereinigung mit den StaatsDomainen gerechtfertigt werden kann, eben so wenig haben selbige aufgehört, ein Eigenthum desselben zu seyn, und eben so wenig kann Hochdessen Recht bezweifelt werden, diese den Händen des unrechtmäßigen Besitzers entrissenen Güter reclamiren und vindiciren zu können.

Wollte man aber auch die, von der französischen Regierung verfügte, Vereinigung der fürstlich-leyenschen Domainen mit den französischen Staatsgütern, als eine in der Folge der Abtretungen des lüneviller Friedens, rechtlich bestehende Handlung, mithin eben diese Domainen als ein, der Disposition der hohen alliirten Mächte heimgefallenes feindliches Eigenthum ansehen: so müßte jedoch dem Fürsten von der Leyen dafür die, im §. 7. eben dieses FriedensTractates zugesicherte Entschädigung nunmehr ohne allen Zweifel um so mehr geleistet werden, da das im Jahr 1803 statt gefundene Hinderniß, nämlich der gänzliche Mangel an Fonds, dermalen nicht mehr eintritt, ausserdem auch durch den §. 24 des ReichsDeputationsHauptschlusses vom Jahr 1803, den einzelnen Reichsgrafen und reichsritterschaftlichen Gliedern, die gebührende Entschädigung, in so weit solche nicht durch die Aufhebung des Sequesters bewirkt wird, zugesichert worden ist.

Offenbar wird aber diese Entschädigung sehr erleichtert und vereinfacht, wenn das noch jetzt unveräussert vorhandene fürstlich-leyensche Eigenthum selbst, an ihn zurückgegeben wird; welches mit desto grösserer Zuversicht erwartet werden kann, da die hohen alliirten Mächte, weit entfernt, Jemand sein Eigenthum zurückzuhalten, vielmehr die

gerechteste Absicht hegen, Jeden in die unter dem Drang der Umstände verlornen Besitzungen und Rechte wieder einzusetzen.

In dieser beruhigenden Ueberzeugung, glaubt daher der Fürst von der Leyen von Einem hohen Congresse nicht bloß die Aufstellung des Grundsatzes, daß jeder, einem teutschen Reichs-Angehörigen von der vormaligen französischen Regierung entzogene, und noch unveräussert vorhandene Gegenstand, im Fall deßhalb noch nicht erhaltener Entschädigung, an denselben zurückzustellen sey, mit Zuversicht hoffen, sondern auch um die entsprechende Verfügung bitten zu dürfen, damit der Fürst von der Leyen, in Gemäßheit dieses Grundsatzes, in den Besitz der ihm von der französischen Regierung ohne alle Entschädigung zurückgehaltenen Güter, nebst den davon, seit Wiedereroberung der jenseit des Rheins gelegenen teutschen Provinzen, eingegangenen reinen Nutzungen, unverweilt gesetzt, und demselben zugleich, für den erlittenen grossen Verlust, eine billige Entschädigung zugetheilt werden möge.

Wien, den 15. März 1815.

Gottlieb Friedrich v. Borsch,
fürstlich-leyenscher Bevollmächtigter.

XIX.

Denkschrift

des fürstlich-leyenschen Herrn Bevollmächtigten, betreffend die Schuldforderungen des fürstlichen Hauses von der Leyen, an die im Jahr 1803 abgetretenen Entschädigungslande; datirt Wien den 21. März 1815.

Der Reichs-Deputations-Hauptschluß vom Jahr 1803, hat in den §. 77 — 83 zwar die angemessenen Verordnungen, wegen der auf den Entschädigungslanden gehafteten Schulden, gemacht, und dadurch die Beruhigung so vieler Gläubiger zu bewirken gesucht.

Allein das fürstliche Haus von der Leyen muß es mit dem tiefsten Schmerz beklagen, daß diese Verordnungen rücksichtlich jener beträchtlichen Forderungen, welche solches laut des Verzeichnisses Num. 1 an verschiedene abgetretene Provinzen zu machen hat, und welche bis jetzt auf die grosse Summe von 145,435 Rthlr. 51 Alb. steigen, nicht den geringsten entsprechenden Erfolg gehabt haben.

Bemeldte Forderungen bestehen größtentheils in baaren Vorschüssen, welche die Vorfahren des Herrn Fürsten von der Leyen, theils den vorigen Herzogen zu Jülich, theils dem ehemaligen Erzstifte Trier gemacht hatten, oder die sonst ihrer Natur nach, als eine auf dem Erzstifte haftende Schuld angesehen werden müssen; wie z. B. die, Pos. 4 der obigen Beilage vorkommende, Acquisition des gräflich-leiningischen Turnus*) am kur-trierischen Zolle zu Boppard, welche Gattung auf die Zölle hypothecirter

*) Turnos-Zoll zu Boppard. A. d. H.

Schulden, nach dem §. 78 des Deputationsschlusses, als gemeine Landesschulden anzusehen sind.

Eine nähere Aufklärung der wichtigen Forderungen jenes Verzeichnisses, liefern die abschriftlich anliegenden SchuldDocumente 2, 3, 4, 5, und 6; woraus die Eigenschaft derselben sich am besten beurtheilen läßt.

Die Länder der Debitoren, des fürstlichen Hauses, sind im Jahr 1803 entweder ganz, wie bei dem Herzogthum Jülich, oder grossen Theils, wie bei KurTrier der Fall war, an Frankreich abgetreten worden.

In wie weit jetzt diese Krone, oder wem sonst, die darauf gehafteten Schulden zur Last fallen, dieß wird, ausser den in dem angeführten Reichsschlusse enthaltenen Bestimmungen, nun auch noch von der näheren Erörterung der nach dem Art. 21 des pariser Friedens vom 30. Mai v. J. niedergesetzt werdenden gemeinschaftlichen Commission abhangen.

Das fürstliche Haus von der Leyen hat übrigens, seit dem Jahr 1803, alle mögliche Mittel und Wege eingeschlagen, um zu dem Bezug seiner rechtmäsigen Forderungen zu gelangen. Es ist auch von Seite des Hauses NassauWeilburg die Richtigkeit der dasselbe treffenden Capitalien, und der darauf haftenden InteressenRückstände, anerkannt, die Zahlungsverfügung aber, bis zur vordersamsten Uebereinkunft mit einer von dem französischen Gouvernement zur Regulirung des Schuldenwesens zugesicherten Commission, ausgesetzt worden.

Auf gleiche Weise ist das fürstliche Haus, auch von Seite des französischen Gouvernements mit leeren Hoffnungen hingehalten worden, unerachtet es sich theils im Jahr 1805, theils später noch im Jahr 1810, bei den niedergesetzten Commissionen gemeldet,

und das letztemal sogar die Originalien seiner Schuld-Documente, theils bei der Präfectur des Rhein- und MoselDepartements, theils bei jener des RoerDepartements übergeben hatte, so, daß sich dieselben noch jetzt in Händen der französischen Stellen befinden, ohne daß das Geringste darauf erfolgt ist.

Da die Forderungen des fürstlichen Hauses von der Leyen, mit Einbegriff der sub pos. 8. bemerkten Stadtkölnischen Schuld, nun schon auf 145,435 Rthlr. steigen, und die so langjährige Vorenthaltung der davon verfallenen Interessen nicht anders als höchst empfindlich seyn kann; so ist es einer der sehnlichsten Wünsche hochbemeldten Hauses, daß diesem Stande der Ungewißheit einmal ein Ende gemacht, und die Quelle auf eine bestimmte Art angewiesen werde, woher es seine Befriedigung erhalten solle.

Der Unterzeichnete nimmt sich daher die Freiheit, Einer hohen Congreß Commission dieses Anliegen des fürstlichen Hauses von der Leyen zur gerechtesten Berücksichtigung ehrerbietigst und dringendst zu empfehlen.

Wien, den 21. März 1815.

Gottlieb Friedrich v. Borsch,
fürstlich-leyenscher Bevollmächtigter

Beilagen

Num. 1.

Verzeichniß

der fürstlichen von der leyenschen Activ-Forderungen, worüber die OriginalUrkunden zufolge kaiserlich-französischen Decrets vom 30. December 1809, bei den Präfecten des Rhein- und Mosel-, wie auch des Roer-Departements im Februar 1810 eingereicht worden sind.

		Reichsthaler im 24 Gulden Fuß.	Albus
1.	Urkunde vom 21. September 1654, über die an Pfalzgrafen Philipp Wilhelm auf die Aemter Sinzig, Sumagen und Neuennahr vorgeliehenen Reichsthaler	7,000	—
	wegen deshalbigem Agio, nach heutigem Geldwerth . . .	1,400	—
	An Zinsen, vom 1. Jänner 1791 bis dahin 1815	10,080	—
2.	Urkunde von 1688, über die an den Kurfürsten von der Pfalz zur wiener Reise vorgeschossenen 1000 Rthlr., wovon ⅓ bezahlt ist, also noch	666	36
	An deßhalbigem Agio . . .	100	—
	An Zinsen vom ersten Jänner 1791 bis dahin 1815	920	30
3.	Urkunde vom 31. December 1710, über ein ferneres Anlehen an Kurfürsten von der Pfalz ad . .	5,000	—
	An Agio	500	—
	An Zinsen, vom ersten Jänner 1791 bis dahin 1815	6,600	—
		32,266	66

		Reichsthaler im 24 fl. Fuß.	Al-bus
	Transp.	32,266	66
4.	Urkunde vom 15. Mai 1673, über den vom Hause Leiningen-Westerburg erkauften Turnus am Zoll*) zu Boppard, für	3,000	—
	Ferner 600 Goldgülden	800	—
	An Agio	570	—
	An Zinsen, vom ersten Jänner 1794 bis dahin 1815	4,588½	—
5.	Urkunde vom 1. Jänner 1731, über die dem Herrn Kurfürsten Franz Georg zu Trier, gegen Versicherung auf den Zoll zu Engers, vorgeschossenen	15,000	—
	An deshalbigen Zinsen, von 1795 bis 1. Jänner 1815 . . .	15,000	—
6.	Urkunde vom 28. April 1734, wegen an höchstdenselben Kurfürsten zu Trier, gegen Verpfändung der Zölle zu Engers und Niederhammerstein, dargeliehener	20,000	—
	An Zinsen, vom 28. April 1796 bis dahin 1815 à 4 o/o . .	15,200	—
7.	Urkunde vom 12. November 1549, über die an Wilhelm Herzog zu Jülich, gegen Hypothek auf die Aemter Wilhelmstein und Waßenberg, vorgeschossenen 8100 Goldgülden, nach jetziger Münz-Evaluation	18,514	—
		124,938½	66

*) Turnos-Zoll zu Boppard. A. d. H.

send Reichsthaler haubtgeldts baar Erlegen, und Gut machen. Wann aber Ihr von der Leyen zu Adendorff Mannstamb abgangen, sollen Unsere Nachkommen undt Cammer der drey Tausend Reichsthaler widdererlegung gentzlich befreit seyn, der Jenig aber, welchem die Aemter alsdann anvertrauet werden mögten, ihrer von der Leyen nächsten Rechtmäsigen Erben die obgemeldte viertausend Reichsthaler baar erstatten, und dieselbe alsdann die Aembter eher abzutretten nicht schuldig seyn. Urkundt Unseres Handzeichens und aufgedruckten Secrets. So geschehen Hambach den 21. September Anno Sechzehn hundert Fünfzig vier.

Philipp Wilhelm.

(L. S.)

Num. 3.

Von Gottes Gnaden Wir Johann Wilhelm Pfalzgraf bey Rhein, des Heiligen Römischen Reichs Ertztrugsaß, undt Churfürst, in Baiern, zu Gülich undt Berg, Hertzog, Fürst zu Meurs, Graf von Veldentz, Sponheim, der Mark und Rauensperg, Herr zu Rauenstein, Thun Kundt und bekennen hiermit für Uns, Unsere Erben undt nachkommen zu Gülich, Nachdeme Wir auß verschiedenen Unß und unserm Churhauß, und gesambten Herzogthumb und Landen, forth dem gemeinen Wesen zum Besten gereichigen höchsttriftigen Motiven die Chur- und Landsfürstliche Verfügung sub dato 10. May nechsthin zu thun gdgst bewogen, daß Ein jeder Ober- undt Amtmann, Pfleger, Landrichter, oder wie sonst dergleichen Oberbeamter genennet wirdt, ein sicheres Geld-Quantum gegen Geniesung des, Innhalts der hierüber unter

obgedachten Dato in Truck außgelassener Conditionen Verordnete Interesse, und sonstiger Vortheile in terminis ultima Augusti zu Einer, und ultima Decembris laufenden Jahres zur anderer Halbscheid ahn die ihme angewiesene Cassam Vorschußweiß bezahlen solle, undt dann deme zu gehorsamster folg, unser Churpfälzischer geheimer Rath und Amtmann zu Newenahr, Sintzig, und Remagen, Carl Caspar Freyherr von der Leyen, wegen obgedachter ihme an VerTrauter Aembter über die unser ggst. gelibsten hh. Vetteren Churfürstl. Dhtn. im Jahr 1654 desfalls bereüts hergeschossene sieben Tausend, noch ferner wegen des Ambts Newenahr drey, sodann wegen Sintzig undt Remagen die Summ von zwey, undt also diesmal in allem weither fünf Tausent Reichsthaler, inhalts der zu solchen Endt producirter Quittung zu Handen unseres Gülischen pfennings-Meistern Lesesque erlegt hat, daß dahero ermeldter Freyherr von der Leyen, und seine männliche Descendentz, und dahe Er deren Keine hette, Ein anderer, welchen er zu solchen Endt benennen wird, obgemeldter undt hierbey angehofter Conditionen und Vortheilen nicht nur allerdings fähig, sondern auch dieselbe auf den von höchstgeb. unsers Hrn. Vatern Churfürstl. Dhtn. sub Dato den 21. September obgeb. 1654. Jahrs verwilligten Fueß von unß hiemit extendirt seyn, und mehrgemeldter Freyherr von der Leyen, undt die seinige dabey jetzt und ins Künftig gehandhabet werdten sollen; Urkundt unserer eigenhändigen Unterschrift, undt hervorgetrukten geheimen Camer-CantzleySecretInsiegels. Düsseldorf den 31. Decembris 1710.

Johann Wilhelm Churfürst.

(L. S.) L. F. v. Hundheim.

Versicherungsschein für den Amtmann zu Newenahr Freyherrn von der Leyen.

Num. 4.

Von Gottes Gnaden Wir Franz Georg Erzbischof zu Trier, des Heiligen rhömischen Reichs durch Gallien, und das Königreich Arelaten Erz-Canzler und Churfürst, Administrator zu Prümb rc. Thun kund, urd bekennen hiermit, demnach unser würdiges Dom Kapitel zu Trier bey letzt für gewester hiesiger Sedisvacans Unsern Kammerathen Nell auf Cölln abgeschickt, um daselbst eine Summam Gelds von etwa zwanzig Tausent Reichsthaler zu Bestreitung allerhand in Interregno vorgefallener Lands- und RegierungsNothwendigkeiten gegen leidentliche ReichsInteresse für besagtes Unser Thum Kapitel aufzusprechen, gedachter Kammerrath aber damit zu Kölln eben nicht in Zeiten zu Schlag kommen können, und dahero der Hoch und Wohlgebohrne Herr Carl Caspar Graf von der Leyen, Herr zu Hohengeroldseck, Adendorf, Blieskastell, Sassig, Ahrenfels, Burweiler rc. Ihrer römischen Kaiserlichen Magestät wirklicher geheimter Rath bey vorbesagtem Interregno, auf endlich ahn denselben beschehenes Ersuchen, zu Beförderung und Nutzen Unsern hohen Erzstifts Trier Bestens, eine Summam von zwölf Tausend Reichsthaler, und hernächst eine fernere von drey Tausend Reichsthaler, jeden zu Funfzig Vier Albus trierische Wehrung gerechnet, jedesmahl in unzertheilter Summa vorgeschossen, die welche auch zu obigen Behuf nützlich verwendet worden, und dann Wir sothane Schuld deren funfzehen Tausend Reichsthaler auf Begehren oberwähnten Unsern würdigen Dom Capituls, entweder zu bezahlen, oder zu verzinnßen, williglich auf uns und Unsere Nachkommen am Erzstift genommen haben, daß wir dannenhero obbenannten Herrn Cre-

ditori und dessen Erben, auch sonsten jedem getreuen Briefs-Inhabern, versprechen und angeloben, von all solchen Uns creditirten Funfzehen Tausend Reichsthalern Capital, jährlichs, von jedem Hundert Fünf, und also zusammen Siebenhundert Fünfzig Reichsthaler pensiones bis zu erfolgender Ablag (so jedem Theil nach einer halbjähriger Auffkündigung freystehen, und in unzertheilten Summis geschehen solle) unfehlbar abzuführen, auch die jährlichs einfallende pensiones durch Unsere auf dem Zoll zu Engers bestellte Bediente aus dasigen Zoll-Einkünften richtig und uhnfehlbar jährlichs zu bezahlen, und zu entrichten, und in des Herrn Creditoris Gewahrsamkeit auf unsere Gefahr und Kosten zu liefern, auch bis zu Ablag des Capitalis, mit Zahlung, deren pensionen (so alle bis auf jetzigen Datum entrichtet) zu continuiren; damit aber der Herr Creditor, wegen obgedachten Capitalis, und Interesse desto sicherer gestellt seye, als thun wir, zu dessen Sicherheit, Unsern Erzstiftischen Trierischen Zoll zu Engers demselben Specialiter, et cum clausula constituti possessorii, sodann die übrige andere, Unserm hohen Erzift Trier zugehörige eigenthümliche Renthen und Gefälle generaliter, umb sich daran in unverhoftem Mißzahlungs-Fall mit oder ohne Recht per viam paratissimam executionis seu immissionis erholen, und bezahlt machen zu können, verpfänden, verschreiben, und bis zu völliger erfolgter Bezahlung mehr erwähnten Capitalis, und davon nachständigen pensionen, auch Erstattung aufgewendeter Kosten, zum angreiflichen Unterpfand setzen. Dargegen uns keinerley exceptiones und Einreden geist- oder weltlichen Rechtens, wie sie von menschlichem Sinn erdacht, oder Nahmen haben mögen, in Specie die exception, daß anderst geschrieben, als ge-

handlet, böser Gefährde rc. generalem renunciationem non valere, nisi praecesserit specialis, nicht schützen, noch zu statten kommen, allermaßen Wir darauf wissentlich verzeihen, und diese Obligation vim instrumenti guarentigiati et rei judicatae ein für allemal haben solle; dessen zur Urkund haben wir dieses eigenhändig Unterzeichnet, und mit Unserm Churfürstlichen Innsiegel. Atrucken — auch unser würdiges Thum Capitul ersuchen lassen, diese unsere Obligation und Verschreibung mit seinem Capitularischen Consens bey jetzo fürwährendem General Capitul zu bestätigen, und darüber die gewöhnliche Fertigung zu ertheilen. So geschehen Trier in Unserer Churfürstlichen Residenz St. Petersburg den 1. Januari 1731.

Franz Georg Churfürst.

(L. S.)

Wir Thumbprobst, Thumbechgndt, und Capitul des Erzhohen Thumbstifts Trier, haben zufolg dem bey letzterer hiesiger Sedisvacanz unterm 13. April 1729 gefaßten Capitular Concluso, daß zu Bestreitung deren bei jetzt gedachtem Interregno vorgefallenen Nothwendigkeiten, eine zulängliche Geld Summe aufgenommen werden möchte, über die zu solchem End, vor dem Hochgebohrnen Herrn Carl Casparen von der Leyen Herrn zu hohen Geroldsegg, Adendorf, Blieskastell, Saffig, Ahrenfels, Burweiler rc., Ihrer römisch Kaiserlichen Majestät würklichem Geheimen Rath gethane Geldvorlage ad Fünfzehn Tausend Reichsthaler: Unser Capitular Siegel, so wir zu dergleichen Sachen zu gebrauchen pflegen, zu mehrerer Bestettigung dieser solcher hierbey gehender GeldVerschreibung, und zu Bezeugung daß alles Obiges mit Un-

serem guten Wissen, und Bewilligung geschehen, hier unten beysetzen, und durch Unseren Thum Secretarium unterschreiben lassen. So geschehen Trier in Unser Oesterlichen Capitular-Versammlung den 14. Monats April Jahrs 1731.

Ex Mandato
(L. S.) Ch. Polch,
Thum-Secretair.

Daß vorstehende Abschrift, dem auf Pergament geschriebenen, an Unterschrift und Siegeln unverletzten Original, gleichlautend sey, wird unter NotariatsBeglaubigung attestirt. Thal Ehrenbreitstein den 23. März 1804.

Nikolaus Elsen,
(L. S.) kaiserlicher und gehörig immatrikulirter Notar.

Num. 5.

Von Gottes Gnaden, Wir Franz Georg Erzbischof zu Trier, des heiligen Rhömischen Reichs durch Gallien, und das Königreich Arelaten Erzkanzler und Churfürst, Bischof zu Worms, gefürsteter Probst, und Herr zu Ellwangen, Administrator zu Prümb rc. Thuen kund und bekennen hiermit, demnach bey gegenwärtigen Land verderblichen Kriegszeiten, durch feindliche französische Truppen Unsere Hauptstatt Trier, samt oberem Erzstift besetzet, und überzogen, wie auch alle Unsere jenseitigen Nieder-Erzstiftische Aemter unter Bedrohung scharfer Militärischen Execution mit unaufbringlicher FourageLieferung nicht allein beschweret, sondern auch Unsere Kameral und Kellereygefälle Uns völlig entzogen, mithin alle Mitteln für unsere eigene

Subsistenz sowohl, als zu nöthiger Vorsehung, un
Unterhalt, Unserer allein noch übrigen Stadt Col
lenz, und Vestung Ehrenbreitstein, und deren geri
gen Besatzung abgeschnitten, forthin wir in die äu
serste Noth gesetzt worden, zu höchst nöthiger B
streitung Eines und andern obengemeldet mit vo
wissen und willen Unseres würdigen Dhomkapitul
anderwerte gelder aufzusprechen, mithin auf Uns
gnädigstes Ansinnen der Hoch und Wohlgebohrn
Herr Carl Caspar Graf von der Leyen, He
zu Hohengeroldseeg, Abendorf, Blieskastell, Sassi
Arenfels, Burweiler rc. Ihrer röhmischen Kaiser
chen Majestät wirklicher geheimter Rath, Uns ei
abermaliges Capitale von vierzig Tausen
Reichsthaler, jeden zu funfzig vier Petermen
gen gerechnet, gegen vier vom Hundert jährliche
Interesse zu obbemelden End geliehen, und zu un
seren Landrhentamt würklich auszahlen lassen;
haben Wir vor Uns und Unsere **Successores** den
selben gnädigst gelobet, und zugesagt, besagtes C
pital, als auch die darab jahrs scheinende Interes
ad 4 per Centemi bis zur Ablag, welche ein hal
Jahr vorhero angekündiget werden solle, richtig b
zahlen zu lassen, und womit Uns von Unserem Nac
kommen am Erzstift desto leichter falle, sich hinkün
tig dieser Schuldigkeit wiederumb abzuthun, so i
paciscirt, und beiderseits beliebt worden, daß s
thane Summa einmahl mit zwanzig Tausend Reichs
thaler, sodann einmal mit zehen Tausend Reichs
thaler, und endlichen noch einmal zu zehen Tausen
Reichsthaler, mithin zu dreyen Stiegen, jedoch da
die jeden Theil freystehende Aufkündigung, jedes
mahl ein halb Jahr vorhero geschehe, geschehe
könne und möge. Und womit auch der Herr Cred
tor obgedachten Capitals und Interesse halber, dest

sicherer gestellt seyn möge; als thun Wir Ihme zu solchem Ende Unsere Erzstift trierische Zölle zu Engers, und Niederhammerstein specialeter et cum clausula constituti possessorii fernerhin, sodann die übrige andern Unserm hohen Erzstift Trier zugehörige eigenthümliche Rhenten, und Gefälle generaliter, umb sich daran in unverhoftem Mißzahlungsfall mit, oder ohne Recht per viam paratissimam executionis seu immissionis erholen, und bezahlt machen zu können, verpfänden verschreiben und bis zur völliger erfolgter Bezahlung mehrerwähnten Capitals und davon nachständigen pensionen, auch Erstattung aufgewendeter Kosten zum angreiflichen Unterpfand setzen, dagegen uns keinerley Exceptiones und Einreden, geist oder weltlichen Rechten, wie sie von menschlichem Sinn erdacht oder Nahmen haben mögen, in Specie die Exception, daß anderst geschrieben als gehandelt, böser Gefährde rc. generalem renuntiationem non valere, nisi praecesserit specialis, nicht schützen noch zu statten kommen, allermaßen Wir darauf wissentlich verzeihen, und diese Obligation vim Instrumenti quarentigiati, et reijudicatae ein für allemahl haben solle. Dessen zur Urkund haben Wir dieses eigenhändig unterzeichnet, und mit Unserm Churfürstlichen Insiegel bedrucken, auch Unser würdiges Domkapitel ersuchen lassen, diese Unsere Obligation, und Verschreibung mit seinem capitularischen Consens zu bestätigen, und darüber die gewöhnliche Fertigung zu ertheilen. So geschehen Ehrenbreitstein den 28. Aprill-1734.

F. G. Churfürst.

(L. S.)

Wir Thumb-Dechant und Capitul des Ertz hohen ThumbStifts Trier, haben zufolg Unserer in Capitulo unterm 31. Martii laufenden Jahres 1734 zu Auffsprechung einer Summe von Hundert Tausend Gulden rheinisch ertheilten Capitular Bewilligung über die inhalts vorstehender Obligation bey dem Hochgebohrnen Herrn Carl Casparen von der Leyen, Herrn zu Hohengeroldsegg, Adendorf, Blieskastell, Saffig, Ahrenfels, Burweiler rc. Ihrer röhmisch Kaiserlichen Majestät, würklichen geheimen Rath, aufgesprochene Vierzig tausend Reichsthaler, Unser CapitularSiegel, so wir zu dergleichen Sachen zu brauchen pflegen, zu mehrerer (Bestettigung) dieser solcher hiebey gehender Geldverschreibung, und zu Bezeugung, daß alles obiges mit Unserm guten Wissen und Bewilligung geschehen, hierunter beysetzen, und durch Unsern Thum Secretarium unterschreiben lassen. So geschehen in Unserer Oesterlichen General Capitular Versammlung, Trier den achten Tag May Jahres Ein Tausend Siebenhundert Dreyßig und Vier.

Ex Mandato,
(L. S.) C. Wölich
Thumb-Secret.

Nachdem das Hochgräflich Leyische Haus, vermög des unterm 17. May 1734 an Ihro Churfürstliche Gnaden Franz Georg Höchstseeligen Andenkens ausgestellten und hierneben zurück kommenden Original Revers, an einvermeldtem Capital deren m/40 rthlr, nur die Halbscheid vorgeschossen hat, die übrige Halbscheid aber ad m/20 Rthlr. vor der privat Cassa höchst gedachter, Seiner Churfürstlichen Gnaden p. M. hergeliehen, diese aber denen

Churfürstlich hohen herrn Erben, nehmlich denen Herrn Grafen von Schönborn durch die am 24. May 1771 mit selbigen getroffenen Vergleich würklich von Churfürstlicher Hofkammer mit 20,000 Rthlr vergütet worden ist; also verbleibet dem Hochgräflich Leyischen Haus Camera Electoralis an einvermeldtem Capital allein die andere Halbscheid mit m/20 Rthlr. schuldig. Ehrenbreitstein den 12. Marty 1772.

Ex Mdto Camerae.
J. G. Remelt, Secret. mppria.

Daß vorstehende Abschrift, dem auf Pergament geschriebenen, an Urschrift und Siegeln unverletzten Original gleichlautend sey, wird unter Notariatsbeglaubigung attestirt. Thal Ehrenbreitstein den 23. März 1804.

Nicolaus Elsen,
(L. S.) kaiserlicher und gehörig inmatrikulirter Notar.

Num. 6.

Wir von Gottes Gnaden Herr Wilhelm, Herzog zu Jülich Cleve und Berg, Graf zu der Maas, und Ravensberg, Herr zu Ravenstein ꝛc. thuen kund und Bekennen, daß der Hochgebohrne Fürst Herr Gerhard, Herzog zu Jülich, zu dem Berg, und Graf zu Ravensberg, Unser überahnherr seel. Gedächtnus, in seiner WL. Wernern von Bode Ritter, und seiner Erben, seiner WL. 3 Theil Unseres schloß, ambts, und Landes Wilhelmstein, und darzu die beyden Herrlichkeiten zu Wilhelmstein und Rothberg mit allem In- und Zubehör, für sieben tausent und hundert alte schwehre oberländi-

sche Rheinische gülden Müntz zu Churfürsten l
Rhein ohnberechnet, eingegeben, und verpfant
Innhalt der verschreibungen, davor der Datum st
het Ein Tausend vier Hundert Sieben und Funfzi
uff den Siebenzehenden Tag des Monaths Aprili
und als Herr Gerhard von Löve ein Herr zu Gülic
und Graff zu Blankenheim Unßer Vorfarß seel. sei
ahntheil Unßeres amts Wilhelmsteins vorgeb. fo
gends ahn Hr. Friederichen Grafen zu Mörs un
zu Karbetrim, Undt derselbig solches forth Johan
von Palland überrechnet vor Tausend goldgülden ve
schrieben, vermog der verschreibung, davor der Da
tum stehet tausend vierhundert sieben und vierzig u
St. Alexius Tag, machen die zwo verschrieben
Summen zusamben 8000 und Hundert Enkel besche
der goldgulden, Und aber bey Leben des Hochge
bohrnen Fürsten herrn Johannes Herzogen zu Cleve
Gülich und Berg rc. Unsers Lieben Herrn vatter
seel. gedächtnuß durch den Ausschus unserer Ritter
schaft und Landschaft, unter anderen begehrt, all
die vorberechnete ämter, so weith sich die Lande
steuer so damals gewilliget ertragen wird, wiede
rumb zu lößen, derowegen sein Lieb auch willig und
geneigt geweßen, unßer Amt Wilhelmstein wiede
rumb zu freyen und zu ledigen, vndt dahn unse
Rath und Lieber getrewer Werner von Palland zu
Breitenbend von wegen seiner selbst und seiner Brü
der dieweil Ihr Vater Johann von Palland Landtrof
seel. Benannte verschreibung gehabt, und also ahn
sie geErbt, sich gutwillig erbotthen die Haupt Summ
der acht Tausend und Hundert Enkel Bescheidne
goldgülden stehen zu lassen, vnd Jahrlichst von hun
dert goldgülden Fünf derselbigen gulden zur pension
zu nehmen, welches gerührter vnser herr vater
Ihnen zu der zeit also auch gnädiglich gewilliget

demnach bekennen wir öffentlich hiermit für uns, unsere Erben und Nachkomblingen, daß uns gemeldt Palland zu Breitenbend, undt seine Brüder die vorschriften Hauptverschreibungen, die sie auf unser Amt Wilhelmstein hatten, und obgerührter Gestallt gelöst seyn gegen diese Vns, Vns verschreibung über geben, vndt wir derhalben denselbigen Werneren von Palland zu Breidenbend, seinen Brüdern, und Ihren Erben oder halteren dieses Briefs, mit ihrem Wissen, und Willen, für die vorschreibung acht Tausent und Ein Hundert Enkel Bescheidne goldgülden erblicher, Jährlichen Renten, Namblich auf Vnseren Gülden und Rhenten unsers amts Waffenberg, auf zwei Hundert goldgülden beweist vnd verschrieben haben, Beweisen und verschreiben festiglich und Erblich in diesem Briff, also daß unsere Rentmeister daheselbst zu Wilhelmstein und Wasenberg ihnen die vierhundert und fünf goldgülten auß unseren gülten und Rhenten versch. von Unsertwegen auf St. MartinsTag deß hrn. Bischoffs, doch binnen den Nachsten 14 Tagen darnach umbfangen, liefern, Handreichen und wohl bezahlen sollen; biß zu der Ablösung hernach geliefert, befehlen demnach Euch godbarten von Wöffelstein Vnd Theisen von Mayen, vnseren Jetzigen und andern nach euch Kommenden Vogten und Rhentmeister zu Wilhelmstein und Wassenberg, Erstlich und festiglich mit diesem Brieff, daß ihr dem vorbenannten Werneren von Balland, seinen Brüdern, ihren Erben oder haltern, die vorsch. vierhundert und fünf goldgülden oder die rechte Werth dafür, an andere guthen valuirten harten gold = oder sielbernen geld, als in vnserem Fürstenthums gülich gang und genehm ist, off zeit und Termin vorgerührt auf unseren Rhenten und gülden zu Wilhmstein zwey Hundert Fünf, und aus unseren

Rhenten zu Wassenberg auch zweyhundert gold-gülden, wie obgerührt aufgerichtet, handreichet, liefert und muß offermit gebührliche quitan berechnet, auch bemelden von Palland, ihren Erben oder haltern, jährliche Rhenten wie vorschr. zu bezahlen. Zusaget und versprechet, weilen wir sonder einig fordern, oder andern Befehl derhalben zugewarthen, also gehabt und gethan haben, und ob sach wäre, daß unsere Rhentmeistern vorschr. an Bezahlung der Jahr Rhenten vorschr. ein theil oder zumahl sie euch nachlässig, oder brüchig befunden würden, alsdann mögen bestimmte Werner von Palland seine Brüder und ihre Erben, oder haltere sich an andern unseren gülden und Rhenten In unseren Aemteren Wilhmstein und Wassenberg, oder sonst in unserem Fürstenthumb Gülich gelegen, wohe ihnen solche beliebt, erhollen; wie sie aber also nach zu den ihren nicht kommen Könnten, daß alles verhütte, so Mögen sie unsere Rhentmeister zu Wilhmstein und Wassenburg vorschr. dafür kammeren und helligen als vor ihr eigen schuld, und was käntlich - und beweislichen Schaden, sie, ihre Erben oder halter vorgenannd, und Unsere Befehlhabere vorschr. derselben hätte, thäten, oder liesen, davon sollen und wollen wir sie schadlos halten, und solchen Schaden entrichten lassen waß auch berührter Werner von Palland, seine Brüder und ihre Erben oder halter im Fall der unbezahlung gegen unsere güter und Befehlshaber, wie vorschr. fürnehmen und handeln würden, derselben Willen nach, sollen wir, unsere Erben, gegen Sie ihre erben, oder halter keine Ungnad kehren, sondern sie der Hauptsummen und aller hinterständigen JahrRhenten und Schadens wie vorschr. und sich gebühret entrichten lassen, ferners ist bey ihnen gefehr warth, daß wir herzog rc. obgenannt unsere

Erben und nachKömmlingen, wann uns geliebt und gelegen seyn wird, die vierhundert Und Fünf Enkel bescheiden goldgülden ErbRhenten vorschr. wieder ahn Unß lößen und ledigen mögen mit acht tausend und Einhundert, derselbigen Enkel, bescheiden Goldgülten Churfürstl. Münzen und Wehrung, guth von gold, und aufrecht ahn gewicht, samt der erschienenen JahrRhenten nach Verlauf der Zeit, in dem darnach Etwaß hinterständig wären, und nachdem benannte Werner von Palland und seine Brüder angegeben, als sollten die goldgülten in zeit der Belegung besser gewesen seyen, dann jetzo, wollen und sollen wir unsere Erben und Nachkömmlingen die ablöße mit Goldgülten thuen, als die Vorelltern aufgegeben, oder die Besserung ahn andern guten gewichtigen Goldgülden ablegen lassen nnd erstatten, und wir sollen und wollen bemelden, Werner von Polland, seinen Brüdern, Ihren Erben oder haltern, die Vorgenannte acht Tausent und Einhundert Goldgülden Haubtgelds wie vorschriftlich mit dem erschienenen Termin wie obgerühret ahn Einer gantzer, Ungeteilter Summen, frey, kummerloß und Unbeschwehrt von Jedermann, Binnen eigene unserer Stadt Gülich oder Tühren Thun, liefern, oder Handreichen. Und also wir oder unsere Erben die loose, oder Wiedergeltung thun wollen, solches bemeldten Wernern von Polland, seinen Brüdern, oder haltern, ein halb Jahr zuvorn verkündigt werden, undt als die Ueberlieferung umb solches alles In massen vorschriftlich Beschehen ist, so soll unß, unseren Erben und Nachkömmlingen dieser Briff wieder überliefert werden. Würde auch dieser Briff Naaß, Löcherich, an Sigelen, Buchstaben oder sonsten gequat, Verwahrloset, verbrandt oder verlohren, Ehe er gelöset wäre, so soll man gewahren

Vidimus und Transumpten herauß, undt überg macht, glauben, und Ihnen auf ihr gesinnen gebüh liche Neue Briff derhalben geben lassen, und nac dem gen. Herr Unser Herr Vatter seel. obgeb. We nern von Polland zu Breidenbend durch guth V trauen und glauben, Und auf sonderlich gnaden ve mittelst seine gebührliche Huld und Aydt zu Eine Amtmann unseres Ambts Wilhmstein angenohme gesätzt, und gemacht, wie wir Ihnen auch zu uns rem Ambtmann vorschriftlich ahnnehmen, setzen un machen mit diesem Brief, so soll er hinführo, s lang uns gefallen wird, Unser Amt vorschriftlich z Unserem Meisteren Nutzen und Besten ehrbarli Undt Treulich verwahren, Bedienen, Handhaben undt verthätigen vor Jedermann der deſſgeſinnet ge gebührlich recht und schaffen Urtheil gedrye und wi derfahren lassen, und unsere Unterthanen bey gu ten Gewohnheiten, altem Herkommen und Freiheite halten als sich gebühret, auch soll er Unßere For ren, Landweren, und alle andere Unserer Hochhei Herrlichkeit und Gerechtigkeit unseres Ambts vorschr trewlich handhaben, verthätigen und auf keinen an dern Vormünder, verender oder von Jemand Unte ziehen lassen, dergleichen nicht gestatten, daß Einig eine Wind oder Wassermühlen, Schloss oder Bev stigung In gedachtem Unserem Ambt gemachet, ode mit Fischen, Jagen, Quellen, Rottzehenden, ode sonst einige Neuerungen vorgenohmen worden, di uns Unseren Erben und Nachkömmlingen oder Un sern Unterthanen In Einigem Theil oder Manierei abbrüchlich, oder zum Nachtheil seyn mögten. Es wäre dann alles mit unserem, Unserer Erben, un Nachkömmlingen Vorwissen und Zulassen daVon ihm unser schriftlich Befehl oder Schein Vorbracht würd sonderen so sich etwa davon entzogen oder abzubre

chen unterstanden wäre, so soll er sich Erkundigen, und mit allem Fleiß und seiner Macht unterstehen wieder beyzubringen, und Indem er solches nicht vermögt, und forderlich mit allem Bericht zu Erkennen geben, auch soll gedachter Unser Amtmann unseren Rhentmeistern und anderen den Vnseren so unsere Schätz, Rhenten, Gülden aufkünften und Gefelle in Bestimbtem Vnserem Ambt von unsertwegen auffbühren und empfangen, fürderlich, behülflich und Beyräthig seyn, und auffsicht haben, damit dieselbige Vnverhindert zu unßeren Meisten Nutzen aufgefordert und gewandt, auch unsere Unterthanen nicht Ungebührlicherweiß beschweret werden, Vnd fort unseren Ordnungen und Befelhen, die wir hiebevor auffgerichtet, oder ferner aufrichten würden, nachkommen, und sich sonst in unserem Dienst halten, als einen getreuen Diener und Amtmann zu thuen gebühret, dàmit dann gedachter Werner von Palland sich zu solchem unserem Dienst halten mag, wollen wir ihme durch unseren Vogten und Rhentmeisteren zu Wilhmstein für Ambts Gehalt Jährlich geben und liefern lassen, Fünfzig Rader Gulden, solcher Wehrung als wir daselbst in unserem Schatz Bühren lassen, dergleichen Fünfzig Malter haabern Vm den zehenden Pfenning von Unsern Bruchten, so muß in gedachten Unserm Ambt fallen.

Befehlen demnach die Gottarden von Newelstein vorschr. Vnseren jetzigen und anderen nach dir Komenden Vogten und Rhentmeistern zu Wilhmstein Vorschr. daß Ihr gen. Wernern von Palland solch geld und habern zu gebührlich- und fälligen Zeiten, wie oben stehet, aufrichtet und liefert, und uns mit seiner Quittanz wie sich gebühret, berechnet, weillen wier also gehat und gethan haben, auch soll

unser gerührter Amtmann in benanntem Unserm Ambt Unsere Hochheit und Gerechtigkeiten Unsere Wildbachn, und Wilderfischereyen darzu gehörende, nach aller Nothdurft, und wie sich gebühret, Verthättigen, und darauff von Unsertwegen Jagen und Fischen lassen, und derselbigen auch biß zu unserem weiteren Befelch und Ordnung geniesen und gebrauchen mögen, Er soll auch in Bestimbten unserem Ambt von Unsertwegen Gebott und Verbott thuen und fürwarden und Geleuth geben mögen, wie wir ihm und andern Amtleuthen davon Befehl und Ordnung gegeben oder ferner geben werden, doch In Sonderheit ausgescheiden, den wir Geleuth verweigert haben wollen, wäre auch sach daß Bemelder Werner von Palland unser Amtmann seine Knecht oder Jemands anders von seinetwegen umb unsere Ambts Hochheit und Herrlichkeit zu bewahren, zu bereithen, Und zu verthätigen, einigen angreiffen oder fangen und darüber Jemand würd todt oder lohm bleiben, wie solches sonder Fürsaz oder mordt will geschehn, doch solle er, seine Knecht und alle diejenige so aus seinem Geheisch, mit darahn handtthätig wären, vor Uns, Unsere Erben und Nachkömmlingen Unbedingt und sonder auffsprach sein und bleiben, und wo er sonsten Jemand Niederzöge und griff, sollen uns sein, und zu unser Händen gestellet werden, so auch benannter Unßer Amtmann, die weil Unßer Amtmann wie vorschr. ist, umb desselbigen Unseres Ambts willen Einige Niederläge hätte oder ließe, davon wollen wir, Unsere Erben und Nachkömmlingen seine Haubt Herrn sein, sonder alle Gefahr und arglist, die bey ihme gänzlich und zumahlen abgescheiden seynd und bleiben sollen, In Urkund der Wahrheit und fäster Stättigkeit, haben

Wilhelm Hertzog rc. vorgenannt deren Siegel für unß, unsere Erben, und Nachkömmlingen ahn diesen Brief thuen Hangen, der geben ist zu Düsseldorf in den Jahren Unsers Herrn Tausend Fünfhundert und Neun und Vierzig, vf der zwölften Tag Monaths Novembris.

Auf Befehl Meines Gnädigen Herrn,
(L. S.) Herrn Herzog rc. hochgem.
M. H. N. Ell.

XX.

Pro Memoria

des Herrn Bevollmächtigten der freien Stadt Frankfurt, betreffend die Beziehung derjenigen Renten, deren Bezahlung in dem Reichsdeputationsschluß von 1803, der Stadt Frankfurt auferlegt ward; datirt Wien den 13. Mai 1815.

In dem §. 27 des ratificirten Hauptschlusses der Reichsdeputation vom Jahre 1803, wurden der Stadt Frankfurt, als Entschädigung für die Abtretung ihres Antheils an den Dörfern Sulzbach und Soden, angewiesen: „alle, innerhalb ihres Umkreises gelegenen Stifter, Abteien und Klöster, mit allen ihren, innerhalb und ausserhalb des Stadtbezirks befindlichen Zugehörungen, namentlich: Mockstadt, und alle in gedachter Stadt und ihrem Gebiete begriffenen geistlichen Güter, Gebäude, Eigenthum und Einkünfte (das Compostell ausgenommen) unter der Bedingung eine beständige Rente von 28,000 Gulden dem Grafen vom Salm-ReiferscheidDyk, eine von 3,600 Gulden dem Grafen von StadionWarthausen, und von 2,400 Gulden dem Grafen von StadionTann-

hausen zu bezahlen." — „Diese Renten" — heißt es weiter — „welche im Ganzen 34,000 Gulden ausmachen, werden in der Folge auf den Ueberschuß des Ertrags von dem §. 39 erwähnten SchiffahrtsOctroi übertragen, wenn sich nach Bezahlung jener Renten welche in gegenwärtiger Urkunde, auf diesen Ertrag unmittelbar angewiesen sind, ein hinreichender Ueberschuß ergiebt."

§. 2.

Es wurde nämlich in dem angeführten §. 39. festgesetzt:

„Alle sowohl auf dem rechten als linken Ufer erhobenen Rheinzölle, sollen aufgehoben seyn, ohne unter irgend einer Benennung wieder hergestellt werden zu können; jedoch mit Vorbehalt der Eingangsgebühren (droits de douane) und eines SchifffahrtsOctroi, welches nach folgenden Grundlagen, genehmiget wird."

„Der Ertrag des Octroi im Ganzen, hat vordersamst die Kosten der Erhebung, der Verwaltung und der Polizey zu bestreiten."

„Der Ueberschuß wird in zwei gleiche Theile getheilt, deren jeder vorzüglich zur Unterhaltung der Leinpfade und der zur Schiffahrt erforderlichen Arbeiten, auf jedem der respectiven Ufer, bestimmt ist. Der reine Rest der zum rechten Rheinufer gehörigen Hälfte wird,

1) zur Ergänzung der Dotation des Kurfürsten Erzkanzlers, dann für die übrigen in den §§. 9, 14, 17, 19 und 20 gegebenen Anweisungen,
2) zur Bezahlung der in den §§. 7 und 27 subsidiarisch und bedingnißweise angewiesenen Renten verhypothecirt."

„Falls sich ein jährlicher Ueberschuß von Einkünften ergäbe, so wird er zur stufenweisen Ablösung der Lasten dienen, mit welchen das Schifffahrts-Octroi-Recht belegt ist."

§. 3.

Der §. 27 des Deputationsschlusses, wegen der von der Stadt Frankfurt zu bezahlenden Renten, ist mit der Fassung des §. 7, wegen der von dem Landgrafen von Hessen-Cassel an den Landgrafen von Hessen-Rothenburg zu entrichtenden Rente, von 22,500 fl, in den Worten:

> „welche Rente jedoch, in der Folge, auf den Ueberschuß des Ertrags von dem §. 39 erwähnten Schifffahrts Octroi übertragen wird, wenn sich, nach Bezahlung jener Renten, welche in gegenwärtiger Urkunde, auf diesen Ertrag, unmittelbar, angewiesen sind, ein hinreichender Ueberschuß ergiebt,"

gleichlautend.

Da das, im §. 39 vorkommende „subsidiarisch und bedingnißweise" aus den §§. 7 und 27 erklärt werden muß, so folgt, daß das Recht der Stadt Frankfurt, so wie des Herrn Kurfürsten von Hessen, die Uebertragung der genannten Renten auf den Ertrag der Schiffahrts Octroi zu verlangen, in der Wirksamkeit nur von dem einzigen Umstande abhängig gemacht ist, daß sich nach Bezahlung der in den §§. 9, 14, 17, 19 und 20 gegebenen Anweisungen, ein Ueberschuß ergiebt; oder, mit andern Worten, daß der Ertrag so weit reicht, daß wenn vorerst jene ganz bezahlt sind, auch noch die in den §§. 7 und 27 genannten, ganz oder zum Theil, bezahlt werden können. Die Ergänzung der Dotation des Kurfürsten Erzkanzlers fällt jetzo weg.

§. 4.

Der wahre Betrag der, der Stadt Frankfurt zu Entschädigung angewiesenen Gegenstände, aus welch dieselbe, neben andern deputationsschlußmäsigen Prästatione vor der Hand auch jene Renten bezahlen sollte, kam er durch die Besitznahme zu ihrer Kenntniß. In Vergl chung der Einnahme mit der Ausgabe, oder jener m den auf diese sogenannte Entschädigungs-Masse gelegte Lasten, ergab sich bald die leidige Wahrnehmung ein jährlichen Deficit von mehr denn 40,000 Gulde

§. 5.

Man konnte und mußte mit Recht voraussetze daß es nicht die Meinung der Reichsfriedens-Deputatic gewesen sey, die Stadt Frankfurt, statt der ihr zugedac ten, und ihr für die Abtretung ihres Eigenthums bill gebührenden Entschädigung, ausserordentlich, und schwer zu belasten. Dieß veranlaßte, bei dem ehemalige kaiserlichen Reichshofrath, zwischen dem Herrn Grafe von Stadion und dem Herrn Grafen von Salm, welc die Entrichtung der erwähnten Renten foderten, eine und der Stadt Frankfurt anderer Seits, einen Rechts streit.

§. 6.

In der Hoffnung, daß die Entschädigung fi die Abtretung des Antheils an den Dörfern Sulzba und Soden, annoch und auf andere Weise wert realisirt werden, und daß der Ertrag des Schiffahrts Octroi, früher oder später, wenigstens Erleichterun verschaffen werde, verglich sich die Stadt Frankfu mit dem Herrn Grafen von Stadion, am 14. Augu 1805, gegen eine Aversional Summe von 100,000 f des 24 fl. Fusses, und mit dem Herrn Grafen vo

SalmReiferscheidDyk, am 27. Sept. 1805, gegen eine AversionalSumme von 500,000 fl. des 24 fl. Fusses, und lösete mit diesem bedeutenden baaren Geldbetrage jene Renten ab, wodurch mithin auch der gedachte Rechtsstreit beendigt wurde.

In einem, wie in dem andern dieser Vergleiche oder Ablösungsverträge, wurde besonders bedungen, daß das in dem Deputationsschlusse festgesetzte Recht, die Bezahlung oder die Ablösung der gedachten Renten, aus dem Ertrage des SchifffahrtsOctroi zu beziehen, der Stadt Frankfurt zu fünf Sechstheilen, den genannten Herren Grafen aber zu Einem Sechstheile zustehen solle, während ohne eine solche besondere Verabredung die Stadt Frankfurt allein dieses Recht gehabt haben würde.

§. 7.

Eichhoff (gewesener General-Director des Rheinschifffahrts-Octroi) in der topographisch-statistischen Darstellung des Rheines, bemerkt, S. 164:

„Der rohe Ertrag der Octroigefälle auf den zwölf, durch die Convention, angeordneten Hebungs-Büreaux, belief sich in den ersten fünf Jahren und zwey Monaten, vom 1. November 1805 bis zum 31. December 1810, auf die Summe von 10,673,700 Franken."

„In den Jahren 1811 und 1812 haben, Holland abgerechnet, die nämlichen Büreaux eingebracht die Summe von 3,642,367 Franken, welche zu der obigen addirt, eine TotalSumme von 14,316,067 Franken für sieben Jahre, oder im Durchschnitt, die Summe von 2,054,152 Franken für jedes Jahr ausmacht. Bey der Entfernung von dem Ar-

chiv der OctroiVerwaltung, ist es nicht möglich,
nau den Betrag aller Administrations- und Hebun
kosten anzugeben; man glaubt solche aber auf z
Procent ansetzen zu können, welches, in Vergl
mit Kosten dieser Art, welche bei der Verwaltu
und Hebung der meisten andern indirecten Steu
statt haben, durchaus nichts darbietet, wodurch
Vorwurf, als seyen sie übertrieben, sich begründ
und somit könnte man den reinen Ertrag
OctroiGefälle, nach einem Mittel aus den verflo
nen sieben ersten Jahren, auf 1,840,637 Fran
jährlich anschlagen; wobei jedoch zu bemerken,
diese sieben Jahre, dem Handel und der Schi
fahrt des Rheins größtentheils ungü
stig gewesen."

§. 8.

Die in den §§. 9, 14, 17, 19 und 20
DeputationsSchlusses genannten Renten, betragen
sammen 90,000, die in den §§. 7 und 27 genar
ten aber 56,500 fl. wonach sich die TotalSumme
146,500 fl. ergiebt. Da die Dotation des Kurf
stenErzkanzlers wegfällt, so ist klar, daß alle d
Renten, nebst der Unterhaltung der Leinpfade und
zur Schifffahrt erforderlichen Arbeiten nicht allein v
kommen bezahlt werden können, sondern daß auch n
ein bedeutender Ueberschuß, für die Regierun
übrig bleibt, deren Gebiete an den Rhein grenz
Das letzte kann um so gewisser behauptet werd
da die Rheinschifffahrt nach den glücklich veränder
Umständen und nach den neuen weisen Einrichtung
gegen die Zeit der französischen Uebermacht, sehr em
kommen wird, wodurch denn auch das Einkommen
Abgaben von der Schifffahrt einen grossen Zuwachs
halten muß.

§. 9.

Durch den ReichsDeputationsSchluß von 1803 wurden die Rheinzölle aufgehoben, und es wurde ein SchifffahrtsOctroi eingeführt, dessen Ertrag die oben bemerkten Bestimmungen erhielt (§. 2). Ist nun auch in der, in Gemäßheit des pariser Friedens beschlossenen neuen Ordnung der Rheinschifffahrt, die ältere Ordnung wohlthätig abgeändert worden, hat besonders die in der letzten festgesetzte gemeinschaftliche Einnahme eine Abänderung erlitten: so werden doch auch nach der neuen Ordnung öffentliche Abgaben erhoben, und es werden in derselben und nach dieser, selbst gleichförmig mit dem Art. 99. der älteren, die **droits à percevoir sur les marchandises transportées par le Rhin** bestimmt, **de manière, que la totalité du droit à payer entre Strasbourg et la frontière du Royaume des Pays-bas, soit en remontant de deux Francs et en descendant d'un Franc 33 Centimes par quintal** — es ist also keine Veränderung vorgegangen, welche, in Hinsicht auf die Renten, die Wirksamkeit des in dem Deputationsschlusse gegründeten Rechtes hindern könnte. Erwägt man hiebei, daß die Theilung des Ertrags in zwei Hälften jetzt wegfällt, und daß der Ertrag, da die Rheinzölle aufgehoben waren, jetzt eine neue Erwerbung für die ehemaligen Zollherrschaften oder ihre Nachfolger ist; so kann noch weniger der Wirksamkeit jenes Rechtes Etwas im Wege stehen, welches von Seite der Stadt Frankfurt, mittelst eines wahrhaft beschwerlichen Titels, erworben worden ist.

§. 10.

Die Stadt Frankfurt hat ihren Antheil an den Dörfern Soden und Sulzbach, für welchen sie ent-

schädigt werden sollte, nicht wieder erhalten; sie ha
die Renten mit der grossen Summe von 600,000 fl
baares Geld abgelöset. Die Umstände, unter wel
chen ihr, durch den Deputationsschluß, ein Rech
auf den Ertrag des Octroi gegeben wurde, sind als
eben sowohl immer noch die nämlichen, als die öf
fentlichen Abgaben von der Rheinschifffahrt doch nu
mit den darauf radicirten Rechten Dritter, an di
neuen Erwerber übergehen konnten. Käme Etwa
darauf an, so liesse sich leicht nachweisen, daß, noch
bis zur Stunde, das Einkommen der ganzen Mass
der Entschädigungs-Gegenstände bei weitem nicht ein
mal zureicht, die auf derselben haftenden Lasten zu
bestreiten, so, daß noch weniger an eine Entschädigung
für das, was die Stadt hat hingeben müssen, gedach
werden kann.

§. 11.

Und, welche Verschiedenheit waltet zwischen den
unmittelbar und bedingnißweise — wel
cher Ausdruck in dem Deputationsschlusse gebrauch
wird — angewiesenen Renten jetzt noch vor, da de
Ertrag der von der Rheinschifffahrt zu entrichtenden
öffentlichen Abgaben, zu Bezahlung sowohl jene
als dieser hinreicht? Durch den letzten Umstand is
die Bedingung aufgehoben, mithin sind die vorhi
bedingnißweise angewiesenen Renten, jetzt den
unmittelbar angewiesenen, in rechtlichem Betracht
vollkommen gleich.

§. 12.

Mußte die, durch die Gnade der allerhöchsten
verbündeten Mächte, nun wieder in ihre Selbst
ständigkeit zurückgetretene Stadt Frankfurt ihre Hoff
nung, Erleichterung, in der ihr in dem Deputations

schlusse wider die Absicht der Allerhöchsten Paciscenten auferlegten Last, zu erhalten, und zu der ihr billig zugedachten Entschädigung zu gelangen, bisher unerfüllt sehen, so eröffnet sich doch dermal die frohe Aussicht, nicht allein für die Zukunft in den Genuß der Renten, nach Abzug dessen, was dem Herrn Grafen von Stadion und dem Grafen von Salm-Reifferscheid-Dyk vorbehalten ist (§. 6.), zu gelangen, sondern auch Ersatz für das in den verflossenen Jahren Entbehrte, oder für die Rückstände zu erhalten. Für die Bezahlung der Rückstände spricht besonders, daß auf der einen Seite die Einnahme der Octroigebühren, welche seit der Wiedereroberung des linken Rheinufers durch eine besonders angeordnete Behörde verwaltet worden, leicht Mittel darbietet, und daß auf der andern Seite die Stadt, die Zinsen von der, baar an die Herren Grafen von Stadion und von Salm, bezahlten Ablösungs-Summe von 600,000 fl., ebenwohl hat berichtigen müssen.

§. 13.

Nach allen diesem, darf die freie Stadt Frankfurt hoffen, daß ihr die oben gedachten Renten im Gesammt-Betrag von jährlich 34,000 fl., zu Fünf Sechstheilen werden zugesprochen, somit jetzt zur wirklichen Beziehung werden angewiesen, wie nicht weniger, daß auf Berichtigung des Rückstandes, für die verflossenen Jahre, Bedacht werde genommen werden.

Wien den 13. Mai 1815.

Danz.

XXI.

Unterthänige Vorstellung und Bittschrift der israelitischen Gemeinde zu Frankf am Main, an den hohen Congreß zu Wi Mit drei Beilagen. (Uebergeben daselbst am 10. Oct. 1814.)

In dem vierten Artikel der bei Eichenberg schienenen Constitution der freien Stadt Frank am Main, findet sich in Ansehung der dortigen jüdisch Gemeinde folgende merkwürdige Verfügung:

„Wegen der bürgerlichen GemeinheitsVerh „nisse der israelitischen Glaubensverwandten „der Behandlung der zu den letztern gehör „den Gegenstände bleibt die Bestimmung „behalten".

Dieser Artikel der neuen frankfurter Staa verfassung mußte der dortigen israelitischen Gemein (zu deren Bevollmächtigten wir uns hier durch die Anlage unterthänigst legitimiren) um so fremdender seyn, als dieselbe gegen den in der lage*) hier kopeilich angefügten feierlichen Vertr anstößt, welchen unsere Gemeinde bereits am Dec. 1811 mit dem damaligen souverainen Fürs des Großherzogthums öffentlich abgeschlossen, auch ihrer seits in vollem Maase laut Anlage**) füllt hat.

Es ist in der That nicht wohl begreiflich, laut dieses Artikels, unsere unter den Augen ganzen Bürgerschaft wohlerworbenen Rechte zu Fra

*) Num. 1.
**) Num. 2.

furt, von neuem in Frage gestellt, und anderweitigen willkührlichen Verfügungen unterworfen werden sollten.

Niemand wird in Zweifel ziehen wollen, daß der Fürst Primas als damaliger Souverain des Großherzogthums Frankfurt, der dortigen Judenschaft das Bürgerrecht zu ertheilen, vollkommen befugt war, ohne daß Er dadurch in die ehemaligen Gemeinderechte der christlichen Bürger im geringsten eingegriffen habe. Selbst nach den alten Reichsgesetzen, war die Judenschaft, ehe noch von einem feierlichen Vertrage über das Bürgerrecht für dieselbe die Rede war, in Ansehung ihrer politischen Verhältnisse, niemals von dem städtischen Magistrate abhängig. Sie stand vielmehr, vermöge der im Jahr 1616 von dem Reichsoberhaupt erhaltenen Stätigkeit, unter dem unmittelbaren Schutze Sr. Kaiserlichen Majestät; wie sie dann auch bei jeder neuen Thronbesteigung die allerhöchste Bestätigung jener ihr verwilligten Stätigkeit erhielt, und Kaiserlicher Majestät fortdauernd, ausser Verbindung mit der übrigen Bürgerschaft, zu Frankfurt besonders huldigte. Sie hatte demnach selbst in diesem ehemaligen Zustande, eine von den besondern Rechten der christlichen Gemeinde zu Frankfurt ganz abgesonderte Existenz, und war vielmehr von dem überdieß verfassungsmäßig nicht jure proprio, sondern nur als Administrator des Gemeinwesens regierenden Senat politisch vollkommen unabhängig*).

*) Diese Behauptung, welche dem vormaligen teutschen Staatsrecht fremd ist, hätte streng sollen erwiesen werden. In allen Reichsstädten ward, einem alten auch nach Ausbildung der reichsstädtischen Landeshoheit beibehaltenen Herkommen gemäß, dem neu erwählten und

Durch diese unbestreitbaren Gründe, hat sich denn auch die erste, zu Entwerfung einer neuen

gekrönten Kaiser gehuldigt. In Frankfurt geschah es jedesmal von dem Magistrat, von der Bürgerschaft, und von der Judenschaft. Nie ist, meines Wissens, ein Publicist auf den Einfall gerathen zu behaupten, daß die Bürgerschaft oder gar die Judenschaft der Stadt Frankfurt, oder einer andern Reichsstadt, darum weil sie dem Kaiser gehuldigt, von dem Senat, als der verfassungsmäßigen höchsten obrigkeitlichen Behörde der Stadt, „politisch vollkommen unabhängig" gewesen sey.

Ganz gegen Geschichte und Staatsrecht der ehemaligen Reichsstadt Frankfurt, wird solches hier gleichwohl, im Angesicht des Congresses, von den Deputirten der frankfurter Judenschaft behauptet. Diese Deputirten hätten sich erinnern sollen, daß die frankfurter Judenschaft zu der Huldigung jedesmal von Bürgermeister und Rath vorbeschieden ward, daß ihr, damit sie dieser Feierlichkeit keine verfassungswidrige Deutung geben möchte, in dem deshalb an sie erlassenen MagistratsBefehl, zugleich erklärt ward, „wie es damit „nicht die Absicht habe, hiesiger Stadt und Bürgerschaft „an ihren auf der Juden Personen und Wohnun„gen hergebrachten Rechten, noch ihren dem Rath „geleisteten Pflichten, Etwas zu entziehen"; ferner daß zu dem Act der Huldigung jedesmal zwei Rathsglieder abgeordnet wurden; endlich, daß vor und nach dem Act, wobei die Juden dem Kaiser „als dessen treue und „gehorsame Knechte" huldigten, jederzeit die Rechte der frankfurter Stadt und Bürgerschaft über die Juden, verwahrt, und dagegen von den kaiserlichen HuldigungsCommissarien die Versicherung ertheilt ward: „daß die von Sr. Kaiserlichen Majestät verlangte Hul„digung der Juden, deren Pflichten gegen den „Magistrat nicht entgegen, sondern mit densel„ben gar wohl zu vereinigen sey." Diarium der Wahl- und Krönung K. Leopolds II. (Frankf. 1791.

Staatsform für Frankfurt berufene, aus den wahren Repräsentanten aller Stände der Bürgerschaft zusammengesetzte Organsations Commission der Dreizehn (welche nachher durch eine bloß magistratische Commission verdrängt wurde) bewogen gefunden, das unserer Gemeinde ertheilte Bürgerrecht, in dessen Besitz wir uns bereits seit mehreren Jahren befinden, so wie auch die vollkommene Gültigkeit des darüber errichteten Vertrages, förmlich anzuerkennen. Eine Anerkennung, welche überdieß auch durch die Zustimmung des achtbaren bürgerlichen Collegiums der Herren Ein und Funfziger, neue Bekräftigung erhalten hat.

Auf solche Gründe gestützt, legten wir daher bei Sr. Excellenz dem russischen Herrn Staatsminister Freiherrn von Stein, als Chef des obersten Verwaltnngs Departements, gegen diese unser auf einem förmlichen Vertrage beruhendes Recht hart verletzende Verfügung des vierten Artikels der neuen frankfurter Staatsverfassung, eine angemessene Vorstellung und Protestation ein.

Wir bemühten uns darin, besonders auf zwei Punkte aufmerksam zu machen, und zu zeigen:

1) daß, wenn man alle Handlungen des von allen übrigen hohen Souverainen und Mächten anerkannt gewesenen souverainen Fürsten des Großherzogthums Frankfurt ohne Unterschied annulliren und vernichten wollte, dadurch eine grenzenlose Verwirrung und Zerrüttung in dem politischen und moralischen Zustande des Gemeinwesens, ja auch die nachtheiligsten und unglücklichsten Folgen selbst für das Privatwohl unzähliger Familien entstehen

Fol.), S. 346. f. Des röm. Kaisers Franz I. Krönungs Diarium (Frankf. 1746. Fol.), S. 170 f.

müssen, indem derselbe ja nicht bloß der israelitischen Gemeinde, sondern auch einer bedeutenden Zahl von 400 christlichen Bürgern, das Bürgerrecht zu Frankfurt ertheilt habe.

Wollte man aber gar den neuen Ansichten, Staatseinrichtungen und Convenienzen, eine rückwirkende Kraft, gegen ältere, wohlerworbene und titulo oneroso erlangte Rechte eines Dritten geben, so würde dadurch die Heiligkeit der Verträge selbst verletzt und vernichtet, und mit dem Vertrauen auf ihre Unverletzbarkeit, zugleich die eigentliche Grundfeste jeder wohlgeordneten Regierung angegriffen und erschüttert werden. Auch aus diesem Grunde, müsse daher das von uns ohnehin vertragmäßig und öffentlich erworbene Bürgerrecht zu Frankfurt unangetastet bleiben.

2) Bemühten wir uns zu zeigen, daß selbst nach der ältern reichsstädtischen Verfassung, wenn man auch den alle älteren Verhältnisse auflösenden und verändernden Vertrag gewaltsamer und widerrechtlicher Weise, für Nichts achten wollte, das Schicksal und die Rechte der israelitischen Gemeinde doch keineswegs von der willkührlichen Entscheidung der christlichen Stadtbehörde, und des frankfurter Senats abhängig gemacht werden könne; welcher letztere, als Administrator der christlichen Bürgergemeinde, hier offenbar Richter in seiner eigenen Sache seyn würde.

Gleichwohl erhielten wir auf unsere wohlbegründete Vorstellung und Protestation, von Sr. Excellenz dem Herrn Staatsminister Freiherrn von Stein keine andere Antwort, als daß Se. Excellenz uns laut Anlage*) an eben diesen Senat verwiesen.

*) Num. 3.

Die Frage, auf die es ankömmt, ist: ob 3000 jüdische Einwohner, 3000 gebohrne Teutsche, welche den Bürgereid geleistet, und alle Bürgerpflichten redlich erfüllt, deren Söhne für die Errettung Teutschlands mitgefochten, und die in dem Krieg mehr als jede andere Gemeinde gelitten haben, da ihnen über 300 Häuser eingeäschert wurden, ob diese in dem Besitze und Genusse des vertragmäsig so feierlich erworbenen Bürgerrechtes zu Frankfurt geschützt werden sollen, oder ob man sie wieder in den vorigen Zustand der Unterdrückung zurückwerfen, und dadurch dem Elende und Spott Preis geben will?

Die Entscheidung dieser für uns so überaus wichtigen, gewiß aber auch für keinen Menschenfreund gleichgültigen Frage, erwarten wir nun mit Zuversicht und Vertrauen, von dem erhabenen Richterstuhle, an welchen wir uns gegenwärtig zu wenden wagen.

Nach Allem, was wir bereits unterthänigst angeführt haben, wird es keiner weitern Auseinandersetzung bedürfen, weßhalb wir uns bei der gegebenen Entscheidung des hohen VerwaltungsDepartements unmöglich beruhigen können. Die darin enthaltene Hinweisung auf den Gemeinsinn unserer Gegner, kann uns weder Vertrauen einflössen, noch Trost gewähren.

Es ist hier nicht die Rede von Verträgen, welche man auch ohne Verletzung der Gerechtigkeit aufheben, und dafür die Betheiligten entschädigen kann! Für die politische Existenz, für die fortschreitende Cultur, für die durch schimpfliche Zurücknahme wohlerworbener Rechte gekränkte Ehre der gegenwärtigen und künftigen Geschlechter unserer Gemeinde, giebt es weder Entschädigung noch Ersatz.

Nur auf die umfassende Weisheit eines hohen Richters, welcher die Gesammtheit der in Frage stehenden Rechte ruhig übersieht und prüft; nur auf diese setzen wir, mit tiefster Unterwerfung, unsere Hoffnung und unser unbegrenztes Vertrauen.

Diesen höchsten Richter flehen wir unterthänigst an, um Gerechtigkeit und Schutz gegen die Bedrückung, mit welcher man uns bedroht, und erwarten von ihm zuversichtvoll den gerechtesten Ausspruch. Er wird nicht leiden, noch gestatten, daß die Wohlfahrt ganzer Generationen einem verjährten Vorurtheil, einseitigen Grundsätzen, persönlichen Rücksichten, oder einer parteyischen Abneigung aufgeopfert werde.

Wir könnten, um das Vorurtheil der weniger Unterrichteten zu widerlegen und zu berichtigen, hier noch Manches anführen über den Gebrauch, welchen wir von dem wohlerworbenen Bürgerrechte gemacht, so wie über den Eifer, mit welchem wir unsern Bürgerpflichten nachzukommen gestrebt haben; könnten anführen, daß in dem kurzen Zeitraume von wenigen Jahren, seitdem wir im Genusse des Bürgerrechtes sind, eine beträchtliche Anzahl Juden aus der arbeitenden Classe bürgerliche Professionen und Handwerke erlernt, andere Wohlhabendere sich den Studien gewidmet, und zu den bürgerlichen Geschäften auf Universitäten geschickt gemacht haben, daß wir, nachdem die Theilnahme der Stadt Frankfurt zur Truppenstellung für die verbündete Armee in Anspruch genommen worden, nicht nur die gesetzlich bestimmte Anzahl von Mannschaft an unserm Theile persönlich gestellt, sondern auch noch über diese pflichtmäsige Zahl mehrere Freiwillige aus unserer Gemeinde sich gestellt, und auf eigene Kosten equipirt, von denen auch nicht wenige sich die Zufriedenheit ihrer Obern mit Auszeichnung erworben haben.

Es wird aber um so weniger nöthig seyn, hiebei über die Gebühr zu verweilen, da die erhabenen Staatsmänner, deren gerechter Entscheidung und menschenfreundlichen Theilnahme wir unser Schicksal anheim zu stellen in Unterthänigkeit gewagt haben, sehr wohl wissen, daß man nur durch Verbesserung des politischen Zustandes der Menschen, ihren moralischen Werth erhöhen könne; ohnehin auch eine Sache keiner andern Empfehlung bedarf, die sich auf das Recht und auf die Heiligkeit der Verträge gründet, welche unverletzt zu bewahren, für die Aufrechthaltung des öffentlichen Vertrauens und der bürgerlichen Ordnung und Ruhe so unumgänglich nothwendig ist.

Von diesem gerechtesten obersten Richter, erflehet demnach mit vertrauensvoller Unterwerfung die jüdische Gemeinde zu Frankfurt:

> daß ihre, durch den am 28. December 1811, mit dem ehemaligen Souverain des Großherzogthums Frankfurt, unter den Augen der ganzen Bürgerschaft, errichteten feierlichen Vertrag, wohlerworbenen Bürgerrechte, in ihrem ganzen Umfang, unbedingt aufrecht erhalten werden mögen.

Die in ihren Rechten bedrängte israelitische Gemeinde, wird diese hohe Gnade ewig mit dem dankbarsten Herzen verehren, in tiefster Unterwerfung,

unterthänigste,
Jacob Baruch.
J. Gumbrecht.

Beilage Num. 1.

Wir Carl von Gottes Gnaden, Fürst Primas des
nischen Bundes, Großherzog von Frankfurt, Erz
bischof von Regensburg ꝛc. Urkunden
und bekennen andurch:

Nachdem Wir in Unserem Organisations-Pa
vom 16. Aug. 1810, §. 11, die Gleichheit
Rechte sämmtlicher Einwohner Unseres G
herzogthums festgesetzt, und in Unserer fernern
ordnung vom 7. Febr. 1811 gnädigst verfügt ha
daß die Vollstreckung des Grundsatzes der Gleic
der Rechte, auf der vordersamsten Ablösung
bisherigen Lasten beruhe, welche die Leib
nen, die Schutzverwandten und die Juden r
mäsig, und herkömmlich zu bezahlen hatten. N
dem Wir weiter in Unserer jüngsten Erklärung
9. Nov. l. J., zur Ausführung dieses Grundsa
Unsern Minister StaatsSecretär Freiherrn
Eberstein, und Unsern GeheimenRath und D
polizeiDirector von Itzstein, als Commissar
zu ernennen geruht, und die Ablösung im zw
zigfachen Werthe der auf der Judengemeinde
Frankfurt ruhenden Lasten, auf die Summe
viermal hundert und vierzig Tausend G
den des vier und zwanzig Gulden Fusses gnä
festgesetzt haben, dergestalt, daß bis zum Ende
Jahres 1811 die Summe von einmal hundert
funfzig Tausend Gulden an die großherzogliche R
nei zu Frankfurt, von der Judenschaft baar a
führt werde, sodann zu Ende des Jahrs acht
hundert und dreizehn abermals die Summe von f
zig tausend Gulden, jedoch letztere bis dahin un
zinslich; die Abführung des sodann annoch von
Summe von viermal hundert und vierzig tau

Gulden bleibenden Restes von zweimal hundert und vierzig tausend Gulden aber, unter gleichbaldiger Verzinsung zu fünf vom Hundert, nach dem Verlaufe des Jahres achtzehn hundert und dreizehn, mit jedesmaligen Zielern von zehn tausend Gulden zu geschehen habe. Nachdem endlich die Judengemeinde zu Frankfurt durch ihre erwählten Deputirten nicht nur zur pünctlichen Beobachtung dieser Bedingungen vor Unsern Commissarien sich verpflichtet, sondern auch bereits die Zahlung der einmal hundert und funfzig tausend Gulden an Unsere Rechenei zu Frankfurt baar geleistet hat; so erklären Wir demnach andurch für Uns und Unsere Nachkommen:

1) Mittelst der Verpflichtung zu dem von Uns gnädigst festgesetzten AblösungsCapital von viermal hundert und vierzig tausend Gulden, und der hieran schon wirklich baar bezahlten einmal hundert und funfzig tausend Gulden, erhalten andurch, und in Kraft gegenwärtiger Unserer landesherrlicher Erklärung, alle zu Frankfurt dermal in der Stätigkeit und im Schutze stehenden Juden, deren Kinder und Nachkommen, das Bürgerrecht und gleiche bürgerliche Befugnisse und Rechte mit den übrigen Bürgern daselbst, und geniessen von nun an bei allen gerichtlichen und administrativen Behörden völlig gleiche Behandlung; auch hört durch diese bedungene Ablösung im zwanzigfachen Werthe, das bisherige jährliche ConcessionsQuantum von zwei und zwanzig tausend Gulden, und alle übrigen Abgaben, welche die andern Bürger nicht auch leisten, von nun an gänzlich auf; so wie denn insbesondere alle früheren Gesetze, Verordnungen und Observanzen, wodurch die frankfurter Judengemeinde sowohl im Allgemeinen, als deren einzelne Individuen, bisher zu Ent-

richtung mehrerer oder höherer Abgaben als die chri
chen Bürger und Einwohner angehalten waren, au
Kraft und Wirkung gesetzt werden.

2) Alle Familienväter, Witwen und sell
ständige Personen (personae sui juris) welche
genwärtig in der Stätigkeit, und im Schutze steh
erhalten das Bürgerrecht und den Genuß der v
lig gleichen bürgerlichen Rechte mit den chr
lichen Bürgern zu Frankfurt. — Die Ablegung
Bürgereids betreffend, so sollen die jetzt in das Bürg
buch eingeschrieben werdenden Juden den nämlichen
in die Hände des Maire ablegen, welchen die Bür
im Allgemeinen, den bestehenden Vorschriften nach,
zulegen haben. Ein Gleiches hat auch bei den in
kunft neu eintretenden jüdischen Bürgern statt. Die
malige Einschreibung in das Bürgerbuch, und die Eid
abnahme geschehen unentgeldlich, da von den in
Bürgerrecht jetzt einrückenden Juden ähnliche Einschr
gebühren bereits respective dem Staat, und an
Judenschaft entrichtet worden sind.

3) Die Söhne der jetzt in das Bürgerrecht
tenden Juden, wenn sie einst ein eigenes Gewerbe anf
gen wollen, und sui juris sind, geniessen die nä
lichen Vortheile, unterliegen aber auch den näm
chen Verbindlichkeiten, welche bisher die Söhne der üb
gen christlichen Bürger respective zu geniessen und
leisten hatten.

Da indessen von den israelitischen Glaubens
nossen, welche aus Ursache der bisherigen, sie v
allen andern Gewerben ausschliessenden Verfassun
seither bloß von dem Handel lebten, und
her dermalen noch diesen allein als bürgerliches G
werbe anzugeben vermögen, noch nicht in Stren

gefordert werden kann, daß sie ausser dem Handel sich mit einem andern bürgerlichen Gewerbszweig ausweisen sollen; so wird ein Zeitraum von zehn Jahren gnädigst vergönnt, binnen welchem für die jüdischen Bürgerssöhne der bisherige Handel als anzugebender bürgerlicher Gewerbzweig genügen soll. Nach Verlauf dieser zehn Jahren aber, unterliegt der jüdische Bürgerssohn bei dem Antritt des wirklichen Bürgerrechts hinsichtlich der Angabe eines bürgerlichen Nahrungszweiges und Gewerbes, auch dessen ordentlichen Erlernung, sowohl in Hinsicht der Handlung als der übrigen Gewerbe, den hierunter bestehenden allgemeinen gesetzlichen Vorschriften.

4) Die Töchter und Witwen der in das Bürgerrecht wirklich eintretenden Juden, haben die nämlichen Vorrechte, welche das Gesetz und Observanz allen Bürgerstöchtern und Witwen überhaupt zuerkennt.

5) Fremde Juden, welche zu Frankfurt aufgenommen, und Bürger werden wollen, werden gleich allen übrigen um das Bürgerrecht Nachsuchenden behandelt; insbesondere ist der in dem §. 15 des frankfurter BürgerStatuts geforderte Beweis, daß auch diesseitige Unterthanen in des Fremden Heimath zu Bürgern aufgenommen werden, dahin zu verstehen, daß dieses großherzogliche Unterthanen, und namentlich frankfurter Einwohner überhaupt, ohne Beschränkung auf ein gewisses Religionsbekenntniß, berühre.

6) Die zu dem Bürgerrecht zu Frankfurt gelangenden Juden, haben die Freiheit, ohne Beschränkung auf eine Zahl jährlich zu stiftender Ehen, sich zu verheurathen; sie unterliegen aber

unter Beziehung auf die im §. 4. gemachten Be
gungen, den hierunter bestehenden allgemeinen
ordnungen.

7) Die frankfurter jüdische Religionsgeme
behält das alleinige Eigenthum, die allein
und vollkommene Verwaltung, Verwend
und Leitung aller ihrer Kirchen-, S
len- und milden Stiftungs Fonds, ohne T
nahme der Christen daran; dagegen hat sie aber
keinen Anspruch auf Theilnahme an den dort b
henden, für die christlichen Confessionen allein
stimmten milden Stiftungen und Anstalten, wenn
nicht mit ein, oder der andern dieser christli
Stiftungen eine besondere Uebereinkunft trifft,
hiedurch das Recht zur Theilnahme daran erl
Sollten aber besondere und eigene Armen-
Waisen Anstalten durch besondere Umlagen
dem Steuer- oder Vermögensfuß der Einwo
statt haben, so haben die dazu contribuirenden j
schen Glaubensgenossen die nämlichen Ansprüche
auf, wie die Christen; auch können die jüdis
Glaubensgenossen bei der bestehenden allgemeinen
menDirection, welche auf freiwillige Beiträge g
tentheils gegründet ist, Theil nehmen, wenn
gleich den Christen dazu contribuiren wollen.
Christliches Gesinde, welches bei Juden d
hat in Erkrankungsfällen das Recht, in die sich
zu eignenden christlichen Stiftungen auf gleiche
als hätte solches bei christlichen Bürgern in D
sten gestanden, aufgenommen zu werden, indem
demselben nicht die ReligionsEigenschaft der Di
herrschaft, sondern jene des Dienstboten in Betracht
kömmt.

8) Die so genannte Judengasse, in so
sie bisher noch keinen Theil der übrigen Stadtq

tiere ausgemacht hat, wird dem einen, oder den andern der zunächst liegenden Quartiere, gleich den übrigen christlichen Bewohnern, beizutragen haben. Demnach hören die jährlichen Quartiergelder, welche die Judengemeinde bisher an das Rechenei-Amt bezahlte, durch Erhaltung des Bürgerrechts der jüdischen Glaubensgenossen für die Zukunft auf, wo hingegen ins künftige jeder einzelne israelitische Bürger und Bewohner eben die Quartiergelder an den treffenden BürgerCapitain verhältnißmäßig zu bezahlen hat, welche die christlichen Bürger und Bewohner entrichten, so wie wenn dieser Quartiergelder halber, bei den Bürgern überhaupt dereinst irgend eine Abänderung statt finden sollte, der Bürger jüdischer Religion nicht mehr und nicht weniger als der christliche Bürger zu zahlen hat, somit Erstere den Letztern durchaus gleich gehalten werden sollen. In Betreff der Armatur der dermaligen in das Bürgerrecht tretenden jüdischen Unterthanen, wird gnädigst vergönnt, daß für dermalen, und ausnahmsweise ein jedes Individuum die nöthigen Armatur-Stücke sich selbsten stelle, ohne Etwas dafür an das städtische Aerar zu zahlen, jedoch müssen diese ArmaturStücke durchaus reglementsmäßig, und von dem bürgerlichen MilitärCommando als annehmbar erklärt werden. Nicht minder muß Jeder sich damit, innerhalb der zur Einschreibung in das Bürgerbuch bestimmten Zeit von vier Wochen, nach möglichster Thunlichkeit versehen.

9) Den Hausierhandel können diejenigen in das Bürgerrecht jetzt eintretenden Juden forttreiben, welche sich damit bisher ernährt haben; jedoch stehen sie unter deßfallsiger besondern Polizeiaufsicht. Ein neuer Hausierhandel kann dagegen nicht anders

als auf besonders nachgesuchte und erhaltene polizeili
Bewilligung angefangen werden.

10) Es wird ferner der frankfurter Judengemein
die Versicherung andurch ertheilt, daß die jeweils zu d
tigen Bürgern von Uns angenommen werdenden fre
den Juden, an den sämmtlichen Gemeindelast
und Schulden der frankfurter Judengemeinde ihr
verhältnißmäßigen Antheil nach ihrem Vermögen zu üb
nehmen, so wie auch, daß der Auswandernde oder dur
Religionsveränderung aus ihrer Gemeinde tretende, an d
alten Schulden und Lasten seinen Antheil, nach dem
der Gemeinde observanzmäßig zur Basis angenomm
Fusse, beizutragen, oder sich respective darüber m
der Gemeinde zu vergleichen haben solle; die d
malen, durch Uebernahme der Ablösung der Jude
gemeinde erwachsende neue Schuld von viermal hund
und vierzig Tausend Gulden insbesondere betreffend,
hat jedes auf die eine oder die andere Art austreten
Mitglied, nach Verhältniß der zur Zeit seines Austri
annoch bestehenden Restschuld, an besagter Summe d
auf sein Vermögen fallenden Theil zu übernehmen, u
ordnungsmäßig an die israelitische ReligionsGemeinde a
zuführen.

Zur wahren Urkund dessen, haben Wir gegenw
tige Unsere gnädigste Erklärung eigenhändig unterschrieb
und mit Unserm grössern KabinetsInsiegel verseh
lassen.

Gegeben Aschaffenburg den 28. Dec. 181
Carl, Großherzog.

(L. S.) Auf Befehl des Großherzog
der Minister, StaatsSecret
Freiherr von Eberstein.

Beilage Num. 2.

(Regierungsblatt Th. I., S. 609 ff.)

Allgemeine Gesetze und Verordnungen.

Höchste Verordnung, die bürgerliche Rechtsgleichheit der Judengemeinde zu Frankfurt betreffend.

Wir Carl von Gottes Gnaden,
Fürst Primas des rheinischen Bundes, Großherzog von Frankfurt, Erzbischof von Regensburg ꝛc.

Nachdem die Judengemeinde zu Frankfurt, in Gemäßheit Unserer Verordnung vom 7. Feb. 1811, und zufolge der besondern an dieselbe unterm 9. Nov. d. J. erlassenen Erklärung, die ihr bisher obgelegenen besondern Abgaben und Leistungen abgelöset hat; so ist dieselbe und deren Nachkommen, nunmehr in die, vermöge Unsers OrganisationsPatents vom 16. Aug. 1810 §. 11, constitutionsmäsig verordnete Gleichheit der Rechte wirklich eingetreten, und es geniessen von nun an die israelitischen Einwohner der Stadt Frankfurt, unter gleichen Verbindlichkeiten, auch gleiche bürgerliche Rechte und Befugnisse mit den übrigen christlichen Bürgern; welchemnach alle früheren Vorschriften, Verordnungen und Observanzen, worauf die vorhinnige Ungleichheit der Rechte und Abgaben beruhete, ausser Kraft und Wirkung gesetzt sind, und die israelitischen Bürger bei allen gerichtlichen und administrativen Behörden völlig gleiche Behandlung mit den übrigen Bürgern verfassungsmäsig anzusprechen haben.

Unser Minister der Justiz, des Innern und der Polizei ist mit der Vollziehung gegenwärtiger Ver-

ordnung beauftragt, welche in das Regierungsblatt eingerückt werden soll.

Gegeben Aschaffenburg den 28. Dec. 1811.

Carl, Großherzog.
Auf Befehl des Großherzogs,
der Minister Staats-Secretär,
Freiherr von Eberstein.

Zur Beglaubigung,
der Justiz-Minister Frhr. v. Albini.

Beilage Num. 3.

Auszug

der ehrerbietigsten Recurs-Schrift des Grafen von Benzel-Sternau an den hohen Congreß zu Wien, vom 30. Oct. 1814, Seite 44 u. ff.

XXIV.

General-Gouvernement Frankfurt.

Die Relutionsgelder der Judenschaft zu Frankfurt betreffend.

Durch Se. Excellenz den Herrn Staatsminister Freiherrn von Stein, ist die nähere Vorlage über die von der Judenschaft zu Frankfurt bei Erwerbung der Bürgerrechte bezahlten Reluitionsgelder veranlaßt worden.

Da die von Herrn Staatsrath Steitz übergebene Berechnung, welche in Abschrift hier beigeschlossen ist, nun mehrere Posten enthält, welche . . . . abgeliefert worden sind, so ersuche ich Euer Excellenz mir hierüber von

Posten zu Posten, über die Verwendung eine belegte Auskunft zu ertheilen . . .

Frankfurt am 20. Dec. 1813.

P. Prinz zu Hessen.

K. K. D. M. Lieutenant und Gouverneur.

An Herrn Finanzminister Grafen
von BenzelSternau.

XXVI.

Bericht

an das hohe GeneralGouvernenement zu Frankfurt, israelitische Reluitionsgelder betreffend.

Hohes GeneralGouvernement!

Die hohen Erlasse vom 20. u. 22. Dec., welche ich am 21. und 23. zu Aschaffenburg empfieng, erwähnen in Beziehung auf die israelitischen Reluitionsgelder mehrere Posten, wegen deren . . . . ich belegte Auskunft über die Verwendung gehorsamst zu ertheilen, von dieser hohen Stelle veranlaßt wurde.

Ich habe die Ehre, diese Auskunft in den anliegenden Fascikeln von 1 bis 3 gehorsamst zu erstatten . . . .

I.

§. 1. Se. K. H. der Großherzog hatte in dem Laufe des Jahrs 1811 zwei Verträge unterhandeln und abschliessen lassen; den einen über die Zurückkaufung der noch für die Krone Frankreich reservirten Domänen in Hanau und Fulda; den andern über die Reluition der nach erhaltenem Bürgerrechte aufhörenden Abgaben der jüdischen Gemeinde als solcher . . . .
. . . .

§. 6. Im Laufe des Sommers 1812 hatte dem Staate eine Ressource, durch die noch erm gelnde Disponibilität der §. 1. erwähnten israe schen Reluitionsgelder, zu erzielen gesucht. D Gelder waren nämlich durch einen abgeschlossenen V trag, nach dem Maasstabe zu 5 Prozent, zu $\frac{440}{m}$ G den bedungen worden. Hiervon wurden $\frac{150}{m}$ G den baar erlegt, und für die Zahlungen die Krone Frankreich, als Liberation StaatsDomänen, deponirt, auch, laut der von He Staatsrath von Steitz geführten Rechnung, hie verwendet. Rücksichtlich der übrigen 290,000 war stipulirt, daß 50,000 fl. hiervon unverzinsl bis Ende 1813 stehen bleiben, und dann erlegt, übrigen $\frac{240}{m}$ fl. aber in 24 gleichen Jahresziele jedesmal zu 10,000 fl., und zu 5 Prozent verzi lich, abgetragen werden sollten. Eine weitere Schu verbriefung, als der Vertrag selbst, existirte jed nicht. Ich bewirkte, unter dem thätigen Beista des damaligen JudenschaftsCommissärs, Herrn G heimerath und jetzigen Präsidenten von Itzstein, u des nunmehr verstorbenen Herrn M. A. Rothschi Vaters, so wie durch die guten Gesinnungen Judenschaft, daß einzelne disponible Obligationen üb die 50,000 fl. mit Coupons au porteur, ausgefert und abgeliefert wurden.

§. 7. Dieses Geschäft war so sehr zur Zufr denheit Sr. K. H. des Großherzogs, Höchstwel mir mehrmal erklärten, daß ich hierdurch de Staate seine Selbstständigkeit und E haltung gesichert, ausgefallen, daß sich Höchstd

selben zu jenen remuneratorischen Schenkungen bewogen fanden.

Ich verharre ehrerbietigst

Frankfurt den 28. Dec. 1813. Graf von Benzel Sternau.

XXII.

Schreiben

der Deputirten der israelischen Gemeinde zu Frankfurt am Main, an den königlich-preussischen ersten Herrn Bevollmächtigten, Fürsten von Hardenberg, wegen Erhaltung des von dem Großherzog von Frankfurt jener Gemeinde bewilligten Rechtszustandes; datirt Wien den 12. Mai 1815.

Durchlauchtigster Fürst,
gnädigster Fürst und Herr!

Die unterzeichneten Bevollmächtigten der israelitischen Gemeinde zu Frankfurt am Main, haben bereits ihre unterthänigste Bitte, um gnädigste Bestätigung des, in Gefolg allgemeiner Landes-Organisation unterm 6. Aug. 1810, mit dem damaligen Souverain und Landesherrn, dem Großherzog von Frankfurt errichteten förmlichen Vertrags, vermöge dessen ihren Glaubensgenossen zu Frankfurt, das dortige Bürgerrecht ertheilt, und auch schon damals in seiner vollen Wirkung eingeräumt worden war, sammt einer Abschrift dieses Vertrags selbst, welcher diese unsere titulo oneroso erworbenen Rechte begründet, bei dem hohen Congreß einzureichen die Ehre gehabt.

Da indessen, so lange der zwar im Recht 1
der Vernunft liegende Grundsatz: daß späterhin (
getretene, rein politische Ereignisse unmöglich
früher erworbene Rechte zurückwirken können, n
auch wirklich ausgesprochen worden ist, bei al
Glauben an die höchste Gerechtigkeit der Häupter
hohen Congresses, dennoch in der That, in der L
unserer Glaubensgenossen — so durch ihren Vert
nicht etwa Vorzüge gegen die übrige Bürgersch
von Frankfurt, sondern blosse Gleichstellung 1
derselben erhalten — und besonders in gegenwärtig
neuem Krieg bis zur endlichen Regulirung der te
schen Angelegenheiten, ein Zustand der Ungewißl
zurückbleiben würde, welcher auf dieselbe in al
ihren bürgerlichen Verhältnissen, sehr nachthei
wirken müßte; so glauben die Unterzeichneten,
stützt auf die hohe Liberalität Euer Hochfürstlid
Durchlaucht, und vorzüglich auf das grosse Beisp
welches Preussen in dieser Hinsicht unter Euer Ho
fürstlichen Durchlaucht weisen Führung, dem ül
gen Teutschland gegeben hat, mit Zuversicht gnäd
ster Erhörung die unterthänigste Bitte wagen
dürfen:

daß Euer Hochfürstliche Durchlaucht, so viel t
hohe Interesse Sr. Königlichen Majestät v
Preussen bei dem hohen Congresse betrifft, di
für uns so wichtige Angelegenheit gnädigst
sonders zu beherzigen, und darüber nach d
nämlichen Geist hoher Liberalität, welche Höch
deroselben wahrhaft väterliche Regierung
zeichnet, die Confirmation des fraglid
Vertrags vom 28. December 1811 in höch
Gnade zu ertheilen geruhen mögen.

Die wir diese höchste Gnade lebenslänglich verehren werden.

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht
unterthänigste
Jacob Baruch.
G. G. Uffenheim.

Wien
den 12. Mai 1815.

XXIII.

Antwort

Sr. Durchlaucht, des Fürsten von Hardenberg, auf vorstehendes Schreiben; datirt Wien den 18. Mai 1815.

Auf Ihre Vorstellung vom 12. d. M. Namens der jüdischen Einwohner der Stadt Frankfurt am Main, nehme ich nicht Anstand Ihnen zu erwiedern: daß es in Rücksicht der Gerechtsame, welche die jüdischen Einwohner der Stadt Frankfurt aus einem besondern mit dem vorigen Landesherrn am 28. December 1811 errichteten, und von ihrer Seite erfüllten Vertrage geltend zu machen berechtigt sind, der preussischen Intercession bei dem Congreß gar nicht bedarf, indem die Verhältnisse der frankfurter Judenschaft als gesetz- und rechtmäßig feststehend, nicht bezweifelt werden können.

In so weit jedoch die jüdischen Einwohner der Stadt Frankfurt, den Umfang ihrer bürgerlichen Rechte noch über den Vertrag mit dem vorigen Landesherrn hinaus zu erweitern wünschen, ersuche ich Sie, die Bestimmungen des Congresses über die bürgerlichen Verhältnisse der Juden in Teutschland abzuwarten, und sich dabei der diesseitigen Unterstützung um so mehr versichert zu halten, als

Preussen durch ein besonderes Gesetz zu Gunsten seiner jüdischen Unterthanen bereits vorgegangen ist.

Wien den 18. Mai 1815.

C. F. von Hardenberg.

XXIV.

Erlaß

des kaiserlich-östreichichischen ersten Bevollmächtigten und Congreß-Präsidenten, Herrn Fürsten von Metternich, an die Deputirten der israelitischen Gemeinde der Stadt Frankfurt am Main, als Antwort auf die von diesen bei dem Congreß eingereichte Bittschrift; datirt Wien den 9. Jun. 1815.

(Vergl. unten Bd. IX. S. 334.)

Auf die am 10. Oct. 1814, von den israelitischen Deputirten der Stadt Frankfurt am Main bei dem hohen Congreß eingereichte Bittschrift, um die Confirmation des mit dem ehemaligen Großherzog von Frankfurt unterm 28. December 1811 abgeschlossenen Vertrags über das Bürgerrecht der jüdischen Glaubensgenossen, wird denenselben zu erkennen gegeben, daß in dem Selbstständigkeits-Act, der für die freie Stadt Frankfurt unterm 9. dieses ausgefertigt worden ist, dem Magistrat auferlegt worden sey, alle wohlerworbenen Rechte jeder Classe von Einwohnern fest zu halten, und jede zurückwirkende Maasregel zu vermeiden.

In dieser Verfügung, wird auch die jüdische Gemeinde in Frankfurt am Main ihre Beruhigung finden, indem dadurch die Gerechtsame, welche sie

aus einem früheren Vertrage geltend zu machen berechtigt ist, vollkommen gesichert sind.

Wien den 9. Junius 1815.

Aufschrift. Fürst Metternich.

Herrn Baruch von Frankfurt.

XXV.

Anmerkung

des Herausgebers, zu vorstehendem Erlaß an die Deputirten der israelitischen Gemeinde zu Frankfurt am Main.

Der Selbstständigkeits-Act für die freie Stadt Frankfurt, auf welche in vorstehendem Erlaß die Deputirten der israelitischen Gemeinde dieser Stadt, in Hinsicht auf ihre bei dem Congreß eingereichte Bittschrift, verwiesen werden, besteht in einem Auszug aus dem Conferenz-Protocoll der Herren Bevollmächtigten der allerhöchsten verbündeten Mächte, Art. 80*), welcher wörtlich übereinstimmt mit dem 46. Artikel der Haupt- oder Schluß-Acte des Congresses vom 9. Jun. 1815.

Zwar wird in vorstehendem Erlaß gesagt, daß in dem genannten Selbstständigkeits-Act, dem Magistrat der Stadt Frankfurt auferlegt worden sey,

„alle wohlerworbenen Rechte jeder Classe von „Einwohnern fest zu halten, jede zurückwir„kende Maasregel zu vermeiden.“

*) Er ist unten abgedruckt, als Beilage zu der unmittelbar auf gegenwärtige Anmerkung folgenden fürstlichmetternichischen Note an den Bevollmächtigten der freien Stadt Frankfurt.

Allein derselbe Selbstständigkeits-Act, auf we
die Deputirten der israelitischen Gemeinde zu Fran
verwiesen werden, enthält in Absicht auf die Rechte
frankfurter Einwohner mehr nicht, als folgende
stimmung.

„Ses" (der Stadt Frankfurt) „institut
„seront basées sur le principe d'une
„faite égalité des droits *entre* les d
„rens cultes de la religion *chrétie*
„*Cette* égalité de droits s'étendra à
„les droits civils et politiques, et
„observée dans tous les rapports du
„vernement et de l'administration."

Also beschränkt sich der in dem Erlaß in
ziehung genommene Selbstständigkeits-Act, auf
Grundsatz einer vollkommenen Rechtsgleichheit zwisc
den „différens cultes de la religion *chrétiens*
Daß die Israeliten hier nicht gemeint seyen,
daß ihrer in jenem Act, auch unter irgend einer R
von „wohlerworbenen Rechten jeder Classe von
„wohnern" nicht erwähnt sey, daß folglich das d
mentum referens wesentlich abweiche von dem
lato *), ist vollkommen klar.

Im übrigen verdienen hiemit, aus den Con
Verhandlungen über Errichtung und Einrichtung
teutschen Bundes, noch verglichen zu werden: 1

*) Diese Abweichung, eben so wichtig als unverkennbar,
auch die Ursache seyn, warum die frankfurter Juden
in der von ihr veranstalteten Actenmäßigen
stellung des Bürgerrechtes der Israeliten zu Fra
am Main (Rödelheim 1816. gr. 8.), S. 67. f. der
lagen, bloß das Referens, und nicht auch das Rel
hat abdrucken lassen.

Erklärung des Herrn Bevollmächtigten der freien Hansestadt Bremen, in dem Protocoll der achten Sitzung über Errichtung und Verfassung des teutschen Bundes, vom 3. Jun. 1815, oben Bd. II, S. 502; — 2) die Erklärung des Herrn Bevollmächtigten der freien Stadt Frankfurt, in der sechsten Sitzung, vom 1. Jun. 1815, oben Bd. II, S. 463; — 3) Ebendesselben Erklärung in der zehnten Sitzung, vom 8. Jun. 1815, oben Bd. II, S. 542: — 4) vorzüglich aber das Protocoll der zehnten Sitzung, vom 8. Jun. 1815, wo in dem 16. Artikel der BundesActe, die sinnvolle Verwandlung des Wörtchens in in von vorgenommen ward, oben Bd. II, S. 535.

Auch findet sich eine nähere Erörterung dieses Gegenstandes, in des Herausgebers Abhandlung:

> „Ueber Rechte und bürgerliche Verbesserung der Juden," welche in desselben „Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen „des wiener Congresses," 3. Abtheilung, Num. VII, abgedruckt steht.

XXVI.

Note

des kaiserlich-östreichischen Herrn Bevollmächtigten und Congreß-Präsidenten, Fürsten von Metternich, wodurch derselbe dem Bevollmächtigten der freien Stadt Frankfurt, Herrn Syndicus Danz, die von den allerhöchsten verbündeten Mächten neuerdings erfolgte Bestätigung der Selbststän-

digkeit und Freiheit der Stadt Frankfurt zeigt; datirt Wien 9. Jun. 1815. Mit einer Beilage.

Seine kaiserlich-königlich-apostolische Majestät ben, in Einverständniß mit AllerhöchstIhren Allürten Selbstständigkeit und Freiheit der Stadt Fr furt neuerdings bestätigt, und ich beeile mich, dem tischen Herrn Bevollmächtigten den deßfalls gefaßten schluß, mittelst Extract des betreffenden Confe Protocolls, in der Anlage mitzutheilen.

Bei dem grossen Interesse, welches die hohen te für das Wohl der Stadt Frankfurt an den Tag legt haben, sind Sie berechtigt, von dem Senat und Bürgerschaft dieser Stadt dasjenige Benehmen zu er ten, welches sowohl Ihren künftigen Verhältnissen dem neuen teutschen Bunde, als den gegenwärtigen ständen, angemessen ist.

Indem Sie dem Senat und der Bürgerschaf vollkommenste Eintracht und Unparteilichkeit bei Festse ihrer Verfassung empfehlen, müssen Sie auf Er tung aller wohlerworbener Rechte jeder Cl von Einwohnern festbestehen, damit jede zu wirkende Maasregel vermieden werde.

Das bisher bestandene General Gouve ment ist aufgehoben, und erhielt den Befehl, Functionen bis 20. d. M. ganz einzustellen.

Wien den 9. Jun. 1815.

Fürst Metternich.

Beilage.

A u s z u g

aus dem Conferenz-Protocoll der Herren Bevollmächtigten der allerhöchsten verbündeten Mächte.

Art. 80.

Ville libre de Francfort.

La ville de Francfort, avec son territoire, tel qu'il se trouvoit en 1803, est déclarée libre, et fera partie de la ligue germanique. Ses institutions seront basées sur le principe d'une parfaite égalité des droits entre les différens cultes de la religion chrétienne. Cette égalité de droits s'étendra à tous les droits civils et politiques, et sera observée dans tous les rapports du gouvernement et de l'administration.

Les discussions qui pourront s'élever, soit sur l'établissement de la constitution, soit sur son maintien, seront du ressort de la diète germanique, et ne pourront être décidées que par celle *).

*) Dieser Auszug aus dem ConferenzProtocoll stimmt wörtlich überein mit dem 46. Artikel der Schluß- oder HauptActe des Congresses vom 9. Jun. 1816, oben Bd. VI, S. 53; mit der einzigen (ausserwesentlichen) Ausnahme, daß in dieser letzten als Schlußwort „elle" in obigem Auszug hingegen „celle" steht. — In einem oben S. 418 abgedruckten, Erlaß Sr. Durchlaucht des Fürsten von Metternich an die Deputirten der israelitischen Gemeinde zu Frankfurt, gleichfalls datirt Wien den 9. Jun. 1815, wird vorstehende Note „Selbstständigkeits-Act" genannt, obgleich dieser nicht in der der Note, sondern in ihrer Beilage, dem Auszug aus dem ConferenzProtocoll enthalten ist. Anm. d. H.

XXVII.

Accessions-Urkunde
der freien Stadt Frankfurt am Main, wodurch
selbe ihren Beitritt zu der Schluß-Acte des w
Congresses vom 9. Jun. 1815 erklärt; datirt Fra
furt den 3. Dec. 1815; und

Königlich-preussische Acceptations-Urkunde,
wodurch die Annahme dieses Beitritts erklärt u
datirt Berlin den 1. Mai 1816.

Nous Frederic Guillaume III, par
grâce de Dieu Roi de Prusse etc.

faisons savoir par les présentes: Comme le B
guemètre et Sénat de la ville libr
Francfort ont accédé au Traité com
mentaire du Traité de Paris du trente Ma
huit cent quatorze, conclu et signé à Vie
le neuf Juin dernier, par l'acte d'acc
sion en date du trois Décembre mil huit
quinze et dont la teneur suit ici mot pour

„**Nous Bourguemêtre et Sénat de la**
libre de Francfort ayant été gracieusen
invités par sa Majesté l'Empereur d'
triche, tant en son nom, qu'en celu
Leurs Majestés Impériales et Royale
Roi de France, le Roi du Royaume
de la Grande-Bretagne et d'Irla
Son Altesse Royale le Prince Régent
Royaumes de Portugal et du Brési
Roi de Prusse, l'Empereur de toute
Russies et le Roi de Suède et de N
vège, à accéder au Traité de Pa
du trente Mai mil huit cent quatorze e

Traité signé en la ville de Vienne le neuf Juin de la présente année mil huit cent quinze, entre les Puissances ci-dessus dénommées, lequel Traité a été fait et signé en huit exemplaires originaux, tous de mot à mot les mêmes et entièrement conformes entr'eux, dont sept exemplaires pour les Puissances signataires et le huitième exemplaire se trouve déposé, en exécution de l'article cent vingt-un de cet acte, aux archives de Cour et d'Etat à Vienne pour servir de titre commun, tant aux signataires ci-dessus mentionnés, qu'aux autres Puissances et Etats accédans."

„Et les susmentionnés Bourguemêtre et Sénateurs de la ville libre de Francfort, après avoir eu la communication tant dudit Traité commun du neuf Juin, que des traités, conventions, déclarations, règlemens et autres actes cités dans le cent-dix-huitième article et joints au dit instrument général, voulant donner à Leurs Majestés Impériales et Royales toutes les preuves de confiance et de dévouement, qui sont en leur pouvoir, déclarent accéder avec respect par le présent acte aux dits traités, conventions, déclarations, règlemens et autres actes cités dans le cent-dix-huitième article, lesquels actes sont, les uns et les autres, censés insérés ici de mot à mot, s'engageant formellement et solemnellement, non seulement envers Sa Majesté le Roi de Prusse, mais aussi envers toutes les autres Puissances et Etats qui, soit comme signataires, soit comme accédans, ont

pris part aux engagemens de l'acte du C
grès, à concourir de leur côté à l'acc
plissement des obligations contenues au
Traité, qui peuvent concerner la ville li
de Francfort."

„Le présent acte d'accession est s
mis respectueusement à lacceptation
Sa Majesté le Roi de Prusse. En foi
quoi Nous Bourguemêtre et Sénat de
ville libre de Francfort avons signé le p
sent acte d'accession et fait apposer
grand sceau de la ville."

„Fait à Francfort ce 3 Décembre n
huit-cent-quinze."

(L. S.) „Le Bourguemêtre et Sé
de la ville libre de Francfo
(Signé) „de Humbracht

Nous avons accepté formellement la
accession, en Nous engageant reciproquem
envers le Bourguemêtre et Sénat de la v
libre de Francfort, à concourir de Notre côt
l'accomplissement des obligations contenues
dit Traité, qui peuvent Nous concerner.

En foi de quoi Nous avons signé et
munir de Notre sceau royal le présent A
d'acceptation expédié en double, pour
l'une des expéditions soit remise au dit Bourg
mêtre et Sénat de la ville libre de Francfort
que l'autre soit réunie au Traité général dép
comme titre commun aux archives Impériale
Vienne.

Fait à Berlin le vingt-un Mai de l'an de grâce mil-huit-cent-seize.

(L. S.) FREDERIC GUILLAUME.
Le Prince de Hardenberg.

XXVIII.

Uebersicht
der Eingaben, Forderungen und Erklärungen des päpstlichen Hofes bei dem wiener Congreß.

Von dem Herausgeber.

Es war zu erwarten, daß die römische Curie ihr Interesse, in geistlicher und weltlicher Hinsicht, bei dem Congreß nicht vernachlässigen werde. Der heilige Vater hatte zu dem Ende einen eigenen Legaten an den Congreß gesendet, den Herrn Ercole Consalvi, der heiligen römischen Kirche Cardinal, Diacon von Santa Agatha alla Suburra, Staats-Secretär Sr. päpstlichen Heiligkeit; einen durch Erfahrung, Einsicht und Eifer längst bewährten Diener der römisch-katholischen Kirche. Die Angelegenheiten des päpstlichen Hofes, waren von zweierlei Art: weltliche und geistliche.

Beide hatte der Papst Sr. Majestät dem Kaiser von Oestreich dringend empfohlen, in einem eigenen Breve*), welches der Cardinal-Legat gleich nach seiner Ankunft überreichen mußte, und worin zugleich die Glückwünsche des heiligen Vaters, zu

*) Vergl. oben, Bd. IV, S. 314. — Dieses Breve hat der Herausgeber, zur Einrückung in gegenwärtige Sammlung, sich noch nicht verschaffen können.

der für Oestreich so günstigen Wendung der politisch
Angelegenheiten, vorgetragen waren.

1.

Die weltlichen Angelegenheiten, brachte d
Herr Cardinal erst in Anregung durch eine ausführlich
Note vom 23. October 1814 *). Darin begehr
er, was schon vorhin, sowohl in Paris als au
in London, von ihm bei den verbündeten Mäch
ten, und auch bei Frankreich, schriftlich geschehe
war, alle und jede Provinzen und Dominien zurück
welche dem heiligen Stuhl seit dem Jahr 178
(seit dem Anfang der französischen Revolution) na
und nach waren entrissen worden; namentlich nicht nu
die Marken, Ancona, Macerata und Fermo, d
Herzogthümer Cammerino, Benevento und Pont
Corvo, und die Legationen Romagna, Bologn
und Ferrara, die letzte mit Inbegriff des auf de
linken Seite des Po gelegenen Theils derselben, sonder
auch den so genannten Staat von Avignon und da
Comtat Venaissin.

Avignon und Venaissin, hatten die ve
bündeten Mächte schon in dem pariser Frieden vo
30. Mai 1814 (Art. 3) Frankreich zugesichert **)
Auf dem Congreß ward diese Stipulation nich
widerrufen. Die Besitzungen des heiligen Stuhl
in Italien, wurden demselben wieder eingeräumt

*) Vergl. oben, Bd. IV, S. 319 und 326. — Auch dies
Note hat der Herausgeber sich noch nicht verschaffe
können. Aber das Wesentliche ihres Inhaltes ist aus de
weiter unten angeführten Note und aus der Protesta
tionsUrkunde, beide vom 14. Jun. 1815, zu ersehen.

**) Oben, Bd. I, Heft 1, S. 14.

aber mit Ausnahme des auf der linken Seite des Po liegenden Theils von Ferrara, welcher, nebst dem Besatzungsrecht in den festen Plätzen Ferrara und Commachio, dem Hause Oestreich überlassen ward *). Für alles dieses ward dem päpstlichen Stuhl Entschädigung nicht gegeben.

Wider alle diese Verfügungen, so weit sie dem heiligen Stuhl nachtheilig sind, und überhaupt gegen alle der römisch-katholischen Kirche nachtheiligen Verfügungen des Congresses, protestirte der CardinalLegat feierlich, in einem eigenen ProtestationsInstrument, in forma patente, datirt vom 14. Jun. 1815 **). In einer ausführlichen Note, von demselben Tage datirt ***), setzte er zugleich die Gründe der Forderungen seines Hofes, und der von ihm eingelegten Rechtsverwahrung, auseinander. Er fügte ausdrücklich hinzu, daß er durch seine Protestation demjenigen Beispiel genau nachkomme, welches andere, an frühere Congresse abgeordnete, päpstliche Legaten gegeben hätten, insbesondere der an den westphälischen FriedensCongreß abgesendet gewesene Fabio Chigi, Bischof von Nardo.

2.

Die geistlichen Angelegenheiten des heiligen Vaters, betrafen die Rechte und Ansprüche der katholischen Kirchen Teutschlands †). In

*) Acte final du congrès de Vienne, art. 94, 95 et 103.

**) Es steht abgedruckt, oben Bd. IV, S. 325 ff.

***) Sie steht oben, Bd. IV, S. 319 ff.

†) So, in der Mehrzahl (Kirchen), drückte sich die römische Curie allenthalben aus: ohne Zweifel, um dem Grundsatz der Einheit der römisch katholischen Kirche

dieser Beziehung überreichte der Herr Cardinal Co
salvi dem Herrn Fürsten von Metternich e
Note, datirt vom 17. Nov. 1814. Noch hat di
Note in gegenwärtiger Sammlung nicht können
liefert werden, und es gewinnt fast das Anseh
daß sie absichtlich geheim gehalten werde. Inzi
schen erfährt man das Wesentliche ihres Inhal
aus einer spätern Note desselben Herrn Cardin
vom 14. Jun. 1815, noch mehr aber aus d
von demselben mit dieser Note zugleich übergebenen Pr
testationsUrkunde von demselben Datum, welche bei
unten, unmittelbar nach gegenwärtiger Uebersicht, gedru
erscheinen.

In der ProtestationsUrkunde, drückt sich d
Legat über den Inhalt seiner Note vom 1
Nov. 1814 folgendermasen aus. „Darin habe i
mich beschwert über alle Veränderungen, welche
den verflossenen Jahren, unter Mißbilligung — n
aus öffentlichen Urkunden (publicis documenti

nichts zu vergeben, mit welchem ihr, katholische Ki
chen Teutschlands vereinbarer scheinen, als eine kath
lische Kirche Teutschlands, wie eine Gesammtheit b
trachtet. Dagegen trugen die, welche als Orator
für diese letzte auf dem Congreß auftraten, überall ke
Bedenken, sich des Ausdrucks „katholische Kirch
Teutschlands" zu bedienen. Vergl. oben, Bd. I, Heft
S. 28. ff., Bd. II, S. 255 ff., Bd. IV, S. 290 ff. 295
Auch der Herr GeneralVicar des Bisthum Constan
Frhr. von Wessenberg, sprach, in seinen Eingab
auf dem Congreß, von der „teutschen Kirche" und vo
der „katholischen Kirche in Teutschland." Oben, Bd. IV
S. 300, 301 u. 308. In den letzten Entwürfen d
teutschen BundesActe, bediente man sich zuerst des Au
drucks „die katholische Kirche in Teutschland," nachh
der Worte: „die katholische Kirche in den teutsche
Bundesstaaten." Oben, Bd. II, S. 321, 476 u. 490.

erhellet — unseres allerheiligsten Vaters, in Teutschland statt gehabt haben, deren viele auch durch die Sanction mehrerer Verträge, besonders der Reichsversammlung im Jahr 1803 *), bekräftigt worden sind, zum Nachtheil der Kirchen (Teutschlands), der (geistlichen) Oerter und Institute, und selbst auch des römischen Reichs; aus welchen so viel verderblicher Schaden, auch über die geistlichen Verhältnisse der Kirche, und über das Heil der Seelen gekommen ist; durch welche auch den Rechten des heiligen Stuhls grosser Nachtheil zugefügt worden ist, die so viele Jahrhunderte hindurch, von den Kaisern selbst, und von den übrigen Fürsten des Reichs anerkannt worden sind. Hierauf habe ich, im Namen Sr. Heiligkeit, den Antrag gemacht, daß man, gemäß der Gerechtigkeit und Weisheit der erlauchten Regenten, solchem grossen Uebel abhelfen möge."

Näher noch entwickelt der Herr Cardinal, unmittelbar nachher, in derselben ProtestationsUrkunde, die Beschwerden des heiligen Stuhls. „Was die geistlichen Angelegenheiten betrifft," sagt er, „so läßt der öfters erklärte geneigte Wille der teutschen Fürsten hoffen, daß solche nächstens, nach Vorschrift der Kirchengesetze, werden beigelegt und geordnet werden können." — „Ein Theil der Rechte und Vorzüge der Kirchen Teutschlands," fügt der Cardinal in seiner Note vom 14. Jun. 1815 noch hinzu, „gehört, nach seinem inneren Gehalt, zu der allgemeinen Verfassung der (römisch-katholischen) Kirche: ein anderer Theil derselben, ist gegründet auf den rechtmäsigen und canonischen Besitzstand der teutschen Kirchen."

*) Der ReichsDeputationsHauptschluß von 1803.

„Anlangend hingegen“ heißt es weiter in
Protestationsurkunde, „die weltlichen Besitz
gen der Kirchen Teutschlands, so hat der Congr
Mehreres entweder festgesetzt, oder besteh
lassen, welches das Gemüth Sr. Heiligkeit
grossem Schmerz ergreifen wird. Denn 1) s
die weltlichen Fürstenthümer*), deren n
in Teutschland die Kirche beraubt hat, nicht w
der hergestellt worden, ja man hat solche
gar weltlichen Fürsten, katholischen und nicht
tholischen, zugetheilt. 2) Werden die Güter u
Einkünfte der Geistlichkeit, sowohl der w
geistlichen als auch der regulären, beiderlei G
schlechtes, welche Eigenthum der Kirche sind, th
ihren neuen Besitzern, ohne irgend eine B
willigung der rechtmäßigen Behörde, gelass
theils wird gestattet, daß solche demjenigen G
brauch, wozu sie verordnet waren, entzog
und entwendet bleiben. 3) Endlich ist auch d
heilige römische Reich, welches für ei
Mittelpunct der politischen Einheit mit Recht gehalt
und durch die Heiligkeit der Religion consecrirt wa
keineswegs wieder aufgerichtet worden.“ So lautet wi
lich die dreifache Beschwerde des römischen Hof
in Beziehung auf Teutschland.

Die letzte Beschwerde wird, in der Note v
14. Junius, noch mehr hervorgehoben, mit folg
den Worten: „das heilige römische Rei
dieser Mittelpunct der politischen Einhe
dieses ehrwürdige Werk des Alterthums, con
crirt durch den erhabenen Character der Re

*) In Teutschland gewöhnlich, obwohl nicht ganz schick
geistliche Fürstenthümer genannt, auch geistliche W
staaten.

gion, und dessen Umsturz eine der beklagenswerthesten Zerstörungen der Revolution war, ist aus seinen Ruinen nicht wieder aufgerichtet worden." Was der päpstliche Hof unter dieser Heiligkeit des römischen Reichs, und unter dem Mittelpunkt der politischen Einheit (aller christlichen Staaten) verstehe, ist in des Herausgebers „Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des Wiener Congresses" (Frankf. 1816, gr. 8, Abth. III, Num. X) erörtert worden.

In der Note vom 17. Nov. 1814, soll zugleich der CardinalLegat, nach Versicherung der „für die katholische Kirche Teutschlands" auf dem Congreß aufgetretenen Oratoren*), eine ihren Bemühungen bestimmende Aeusserung gethan haben.

Nicht bloß in der genannten Note, auch mündlich empfahl und betrieb der päpstliche Herr Bevollmächtigte das Interesse seines Hofes, mit nie ermüdendem Eifer. „Ich habe," so drückt er sich hierüber in der ProtestationsUrkunde aus, „nicht aufgehört, die Gesandten der teutschen Regenten zu beschwören, daß sie, bei der neuen Einrichtung der teutschen Staatsangelegenheiten, womit sie sich zu beschäftigen hatten, auf die katholische Religion, das Heil der Seelen, und die Rechte der teutschen Kirchen und des apostolischen Stuhls vorzügliche Rücksicht nehmen möchten."

Was hierauf, in dieser Beziehung, von den Herren Gesandten, in den Sitzungen, welche im Mai und Junius wegen Errichtung und Einrichtung des teutschen Bundes gehalten wurden, verhandelt und beschlossen worden, kommt zerstreut vor, in den

*) Oben, Bd. II, S. 256.

über jene Sitzungen gehaltenen Protocollen, und ist, in Zusammenhang, anderswo *) von dem Herausgeber berichtet worden.

Die Wünsche des heiligen Vaters wurden nicht erfüllt, seine Forderungen nicht bewilliget, die eifrigen Bemühungen seines Legaten blieben ohne Erfolg. Die teutsche BundesActe, und eben so die SchlußActe des Congresses, übergeht diesen Gegenstand mit überlegtem Stillschweigen. Demnach trat der päpstliche Bevollmächtigte, auch in dieser Hinsicht, mit einer feierlichen Protestation auf.

In der BegleitungsNote (vom 14. Juni 1815) beruft er sich deßhalb auf die Pflichten, welche mit der Eigenschaft eines sichtbaren Oberhauptes der Kirche verbunden seyen, und auf die feierlichen Eidschwüre welche der heilige Vater bei seiner Erhebung zu dem souverainen Apostelamt gethan habe. Auch habe der heilige Vater, fügt er hinzu, „vor Augen, das Beispiel so vieler seiner erlauchten Vorfahren, welche, selbst in Fällen von minderer Wichtigkeit, die größte Sorgfalt angewandt hätten, die Rechte der Religion und des heiligen Stuhls zu wahren. So habe, um nicht eine Reihe älterer Thatsachen anzuführen, Innocenz X. im Jahr 1649 nach dem westphälischen Congreß und Friedensschluß, Clemens XI. im Jahr 1707 nach dem altranstädter Frieden, und im Jahr 1714 nach dem badener Frieden, und Benedict XIV. im Jahr 1744 **), so wie die Stellvertreter dieser Päp-

*) In seiner Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des Wiener Congresses, Abth. III. Num. VIII.

**) Im Jahr 1742, unter dem 22. Jänner, protestirte zu Frankfurt auf dem Wahl- und Krönungstage, der päpstliche Nuntius wider die kaiserliche Wahlcapitulation.

ste auf den oben genannten Congressen, protestirt, wider alle in diesen Tractaten enthaltenen Neuerungen, welche der Kirche und den Rechten des heiligen Stuhls nachtheilig" seyen.

In der offenen Protestationskunde, welche der Herr CardinalLegat, unter demselben Datum vom 14. Jun. 1815 einreichte, erklärt er Folgendes:

„Vermöge der dem heiligen Vater obliegenden Sorge für die Heerde Gottes und alle Kirchen, und Kraft des bei seiner Erhebung zu der päpstlichen Würde geleisteten Eides, darf derselbe dergleichen, den weltlichen Verhältnissen der deutschen Kirchen zugefügte Beschädigung, durch welche überdieß dem katholischen Wesen sowohl bedeutende Nachtheile zugefügt, als auch viele und große Hülfquellen entzogen werden, nicht nur nicht mit Stillschweigen übergehen, damit es nicht das Ansehen gewinne, als billige er dieselben durch Nachsicht, sondern er ist auch verpflichtet, nach dem Beispiel seiner Vorfahren, welche gegen weit geringere Beeinträchtigungen der Kirche ihre apostolische Stimme zu erheben nicht unterlassen haben, das Interesse und die Rechte der Kirche, so viel an ihm liegt, aufrecht und unbeschädigt zu erhalten."

„Ich, dem die Vertretung des heiligen Vaters auf diesem Congreß übertragen ist, protestire

Mosers teutsches Staatsrecht, Th. VIII, S. 405. Oben wird das Jahr 1744 als ein solches genannt, wo Papst Benedict XIV. selbst protestirt habe. Vermuthlich ist damit eine eigene ProtestationsBulle gemeint, welche dieser Papst, wie sein Vorfahr Innocenz X. im J. 1649, der Protestation seines Nuntius noch besonders nachfolgen ließ.

demnach, widerspreche und widersetze mich
gend dem Beispiel anderer Legaten des heiligen S
und namentlich des Fabio Chigi, Bischofs von
apostolischen Nuntius auf dem berühmten westphä
Friedens-Congreß zu Münster gegen Alles,
auf gegenwärtigem wiener Congreß, zum
theil der Rechte und wider das Inte
der Kirchen Teutschlands entweder ver
oder unverändert gelassen worden ist
wie gegen allen Schaden, welcher fü
Gottesverehrung und das Heil der Seel
raus hervorgeht, und welches ich, so viel an mi
zu verhindern mich bestrebt habe; ich thue dieses i
men des heiligen apostolischen Stuhls und unseres
heiligsten Vaters, Herrn Pius, durch Gottes Vor
Papstes, des siebenten jenes Namens, öffentlich
gegenwärtige Urkunde, und in bester Form,
Maße, und Weg, wie ich solches Kraft meines
thun soll und mag."

Allen diesen Vorgängen ließ Papst Pius
drei Monate später, noch eine eigene Consistorial
nachfolgen *). Er trug daher, in dem zu Rom
Sept. 1815 gehaltenen geheimen Consistorium, den
nälen den Gang der wiener Unterhandlungen vor
genehmigte zugleich die Schritte und Erklärungen
Legaten. Er ertheilte darin namentlich den „b
Protestationen des Cardinals seine vol
mene päpstliche Bestätigung, so, als wen
diese Gegenstände eine apostolische Bulle w
lassen worden."

*) Sie steht oben, Bd. IV, S. 312 ff.

XXIX.

Note

des Herrn CardinalLegaten Consalvi, betreffend die geistlichen Angelegenheiten des heiligen Stuhls, womit den Herren Bevollmächtigten derjenigen acht Mächte welche den pariser Frieden vom 30. Mai 1814 unterzeichnet haben, eine Protestation übersendet ward, wider jeden für das Interesse der katholischen Religion nachtheiligen, und den Rechten der katholischen Kirche und des heil. Stuhls widerstrebenden Beschluß oder Act, welchen der Congreß, namentlich in Hinsicht auf die katholischen Kirchen Teutschlands gehandhabt oder festgesetzt hat; datirt Wien den 14. Jun. 1815.

Le Cardinal soussigné, secrétaire d'état de Sa Sainteté le Pape Pie VII et son plénipotentiaire au congrès de Vienne, d'après les ordres reçus de Sa Sainteté, n'a pas manqué, dans sa Note du 17 novembre 1814 adresseé à Son Altesse Monsr. le Prince de Metternich président de la commission destinée pour les affaires de l'Allemagne, de présenter les réclamations du St. Père au sujet des pertes et dommages soufferts par les Eglises germaniques, soit dans leurs droits et prérogatives, soit dans leurs possessions.

Sa Sainteté avait déjà fait connoître, par des Actes publics*), sa vive douleur en voyant

*) Durch öffentlichen Druck sind diese Actes publics, oder publica documenta, wie sie in der, dieser Note beigelegten, Protestationsurkunde genannt werden, so weit

sanctionner par différents traités, (notan
celui de Ratisbonne de l'année 1803) et
cuter tant et de si graves changement
détriment des Eglises, des Evêchés, des
pitres, des Monastères, et autres institutio
clésiastiques de l'Allemagne, et au détrime
St. Empire romain lui-même, changements
quels ont résulté les effets les plus doulo
pour les intérêts spirituels et tempo
de l'Eglise, pour le salut des âmes, c
aussi pour les droits du St. Siège apo
lique, reconnus pendant tant des siècles p
Empereurs et par les autres Princes de l'Em

Pendant le long cours de ses calamit
St. Père, prosterné devant Dieu et implora
ses ferventes prières l'esprit de la paix et
concorde pour tous les Monarques et pe
chrétiens, a fait toujours les voeux les pl
dents, afin que son pontificat, qui dès le
miers moments a été pour sa personne la s
féconde des vicissitudes les plus amères, fi
retour de l'ordre et à l'occasion de la pacific
générale, l'époque heureuse du triomphe de
ligion, et de la réintégration de l'Église dan
ce dont Elle avoit été privée.

A cet effet, le soussigné, en exécutio
ordres du St. Père, ne laissa pas de joindre
réclamations les prières les plus vives, pou
tenir une réparation convenable aux
qui, par la Note énoncée ci-dessus, étoien

fie den Reichsdeputations-Hauptschluß von 1803 b
sollen, meines Wissens, in Teutschland wenigsten
bekannt worden. Anm.

sous les yeux de la Commission germanique, à laquelle elle devoit être communiquée.

Pour ce qui regarde les droits et les prérogatives des Eglises de l'Allemagne, droits et prérogatives dont une partie appartient intrinséquement à la constitution générale de l'Eglise, et dont une autre partie est fondée sur la possession légitime et canonique des Eglises germaniques, Sa Sainteté, par suite des principes qu'on entend énoncer par les Princes glorieux qui gouvernent l'Allemagne, a lieu de nourrir l'espoir que ces Princes magnanimes prêteront tout leur concours et appui à une systémation des affaires ecclésiastiques de cette nation illustre, conforme aux loix de l'Eglise.

Mais, pour ce qui regarde les possessions de l'Eglise en Allemagne, différentes dispositions, que le congrès de Vienne a cru devoir laisser subsister ou établir, ne peuvent qu'être un sujet de douleur pour le St. Père. Les principautés ecclésiastiques qui ont été détruites par la violence révolutionnaire, en faveur desquelles parloient (du moins également) les mêmes principes et droits admis en faveur de tant de Princes séculiers rétablis dans leurs possessions, n'ont pas été réintégrées, et ont été assignés à différents Princes séculiers, catholiques et non-catholiques. Les biens ecclésiastiques, patrimoine sacré de tant d'Eglises si anciennes et si illustres, nécessaires au culte divin et à l'entretien du sacerdoce, et qui forment aussi la dotation d'établissements indispensables ou infiniment utiles du clergé sécu-

lier et régulier des deux sexes, ont été en
tie laissés aux nouveaux possess
sans aucun concours de l'autorité légitim
restent distraits de leurs déstinatio
spectives. Le St. Empire romain, cen
l'unité politique, ouvrage vénérable de l'a
té, consacré par l'auguste caractère de l
gion, et dont la déstruction a été nn de
versements les plus funestes de la révol
n'est pas résuscité de ses ruines.

Les devoirs inhérents à la qualité d
visible de l'Eglise, et les serments sol
prononcés par le St. Père à son élévati
souverain apostolat, lui tracent la conduit
nir dans cette circonstance pénible.

Il a aussi devant les yeux l'exemp
tant de ses illustres prédécesseurs qui
me dans des cas d'une moindre impo
eurent le plus grand soin de pourvoir au
de la religion et du St Siège. C'est ainsi
ne pas citer une série de faits plus ancie
Innocent X après le congrès et la p
Westphalie en 1649, Clément XI ap
traité d'AltRanstädt en 1707 et de B
en 1714, et Bénoit XIV en 1744 *), de mêr
leurs représentants dans les Congrès
protestèrent contre toutes les inno
préjudiciables à l'Eglise et aux droits
Siège, renfermées das ces traités.

Le St. Père, responsable à Dieu, à l'I
et aux fidèles, ne sauroit, sans manquer à

*) Hievon oben, S. 484, in einer eigenen Note.

voirs essentiels, garder le silence sur des résolutions*) d'un tel genre.

Par conséquent, le Cardinal soussigné, conformément aux ordres de Sa Sainteté, et à l'exemple des Légats du St. Siège envoyés près différents Congrès, et notamment de l'Evêque de Narde Fabio Chigi au Congrès Westphalie, a l'honneur de remettre à Son ..... la protestation ci-jointe contre les résolutions et tout autre acte, préjudiciable aux intérêts de la Religion catholique et contraire aux droits de l'Eglise et du St. Siège, qui ont été maintenus ou établis par le Congrès de Vienne.

Le soussigné prie que sa protestation soit insérée dans le protocole du Congrès.

Il a l'honneur de renouveler à ....
l'assurance de sa haute considération.

Vienne le 14 juin 1815.

(Signé) E. Cardinal Consalvi.

*) Eine andere Lesart hat „révolutions." Anm. d. H.

XXX.

Protestatio

nomine Sanctitatis Suae Pii Papae VII. et Sanctae Sedis apostolicae, contra ea omnia, quae in praejudicium jurium et rationum

Ecclesiarum Germaniae, atque e
Sanctae Sedis, vel sancita ve
manere permissa sunt in Con-
gressu Vindobonensi.
(Data Vindobonae d. 14. Juni 1815.)

Ego Hercules, S. R. E. Cardinalis C
salvi, Diaconus Stae Agathae ad Subu
Sanctitatis Suae Pii Papae VII. a secretis
tus, Ejusdemque Plenipotentiarius ad congre
Vindobonensem, omnibus et singulis chirogr
hoc testatum facio, non eas tantam partes
a summo Pontifice apud Vindobonensem
gressum fuisse commissas, ut Dominio
Sanctae Sedis apostolicae*) curam
ciperem, sed attendendum etiam mihi SSmi
mini jussu fuisse, diligenterque cavendum
occassione generalis pacificationis constabi
dae, ac rerum Europae componendarum, G
manicae ecclesiae et apostolica Se
in earum juribus, immunitatibus, pr
legiis, bonis, et, quod caput est, in di
cultu et salute animarum, aliquid de
menti acciperent, immo vero mihi omni
dio enitendum, ut quidquid damni, ta
spiritualibus quam in temporalibus r
nibus suis, vicissitudine praeteritorum tempo
in Germania passa esset Ecclesia, sa
retur.

Ut his partibus satisfacerem, ubi pri
cognovi, auctoritate principum supremorum i

*) Auf diese Dominien beziehen sich die oben, Bl
S. 319 ff. und 325 ff. abgedruckte Note und P
stationsUrkunde desselben Herrn Cardinals, eb
vom 14. Jun. 1815 datirt. Anm. d.

riali hac regiaque in urbe congregatorum, peculiarem constitutam fuisse Commissionem *). ad quam de Germaniae negotiis cognoscere, deliberare et constituere pertineret, Celsissimo Principi de Metternich, praesidi ejus Commissionis, Sanctitatis Suae expostulationis in scriptis, praedictae Commissionis exhibendas, obtuli die 17. novembris elapsi anni 1814.

In iis de omnibus illis rerum immutationibus sum conquestus, quae superioribus annis, improbante (ut publicis documentis patet) SSmo Domino Nostro, in Germania sunt factae, quarum multae plurium etiam conventionum, praesertim vero Commitiorum Ratisbonensium anni 1803, sanctione firmatae fuerunt, in detrimentum Ecclesiarum, locorum et institutionum, ipsiusque etiam Romani Imperii, unde tam exitialia damna manarunt in spirituales etiam Ecclesiae rationes et animarum salutem, nec non grave illatum fuit praejudicium et apostolicae Sedis juribus, quae tot saeculorum spatio fuerant ab Imperatoribus ipsis, caeterisque Imperii Principibus agnita;

*) Wahrscheinlich wird hier unter dieser Commission, dasjenige Comité verstanden, welches anfangs die Bevollmächtigten fünf teutscher Höfe (Oestreich, Preussen, Baiern, Hannover, Wirtemberg), nicht ohne laute Mißbilligung der übrigen vermuthlichen Mitglieder des teutschen Bundes, auf dem Congreß bildeten, für Vorbereitung und Errichtung und Einrichtung des teutschen Bundes. Nach dreizehn Sitzungen, welche vom 14. Oct. bis 16. Nov. 1814 gehalten wurden, hörte schon die Thätigkeit dieses Comité auf. Man s. des Herausgebers Uebersicht der diplomat. Verhandlungen des wiener Congresses (Frankfurt 1816. gr. 8.) S. 20 f.

quibus expositis Sanctitatis Suae nomine p
tus snm, ut, pro justitia et sapientia claris
rum Principum, remedium tantis m
afferetur. Ipsorum praeterea Legato
testari non destiti, ut in instauration
rum Germaniae, cui daturi essent operam
tholicae religionis, animarum salı
juriumque Ecclesiarum germanica
et apostolicae Sedis, potissimam h
vellent rationem.

Quod res ecclesiasticas attinet,
pensa voluntas Principum, quorum imperio
mania regitur, saepius declarata, spem ex
fore, ut illae quamprimum, ad praescripta l
ecclesiae, componi atque ordinari possint.

Quod vero ad temporales Eccle
rum Germaniae possessiones per
plura in congressu aut sancita, aut ma
permissa sunt, quae Sanctitatis Suae an
magno dolore sunt affectura.

Principatus enim temporales, q
Ecclesia in Germania spoliat fuit, instau
non sunt, immo Principibus saecul
bus, tam catholicis quam a-catholicis, a
buti; bona ac reditus Cleri, tum sae
ris tum regularis, utriusque sexus, quae pat
nium Ecclesiae sunt, ex parte penes novo
rum possessores, quin ulla legitima
testatis sanctio intercesserit, relinquun
ex parte autem iis usibus, in quos ordi
erant, abstracta et aversa manere
mittuntur. Ipsum denique sacrum Imper
romanum, politicae unitatis centrum

habitum, et religionis sanctitate consecratum, minime redintegratum est.

Cum igitur Sanctissimus Dominus, pro ea qua premitur Dominici gregis atque Ecclesiarum omnium sollicitudine, ac jurisjurandi in Sua ad summum Pontificatum evectione praestiti religione obstrictus, hujusmodi damna temporalibus Ecclesiarum germanicarum rationibus illata, aut manere permissa, ex quibus praeterea catholicae rei cum graviora detrimenta necessario parantur, tum multa et magna praesidia tolluntur, non modo silentio praeterire non possit, ne adprobare illa connivendo videatur, sed more etiam Praedecessorum suorum, qui contra multo minores Ecclesiae jacturas apostolicam proferre vocem non praetermiserunt, rationis ac jura Ecclesiae sarta tecta, quantum in ipso est, tueri atque intacta servare teneatur; idcirco Ego, cui partes Ejus in hoc Congressu commissae sunt, exemplo inhaerens aliorum Stae Sedis legatorum, ac signanter Fabii Chisii, Episcopi Neritonensis, apud celeberrimum Monasteriensem in Westphalia Congressum apostolici Nuntii, contra omnia, quae in hoc Vindobonensi Congressu in praejudicium jurium et rationum Ecclesiarum Germaniae, atque etiam Sanctae Sedis, vel sancita, vel manere permissa sunt, et contra damna omnia, quae divino cultui animarumque saluti inde proveniunt, quaeque, quantum in me fuit, impedire conatus sum, nomine sanctae Sedis apostolicae, ac Sanctissime Patris Nostri, Domini Pii, divina providentia Papae VII., palam per has litteras,

atque omni meliori modo, via, causa et fo
quibus pro officii mei rationi teneor ac pos
protestor, resisto et contradico; ad
rum omnium ampliorem notitiam, apud abse
quoque et posteros adstruendam, hanc pr
stationem manu mea subscripsi, meoque
gillo munivi, eamque in protocollum acto
hujus Congressus inseri, firmiter postulo.

Datum Vidobonae, ex aedibus apostoli
Nunciaturae, die 14. Junii anni 1815.

(L. S.) (Unterzeichnet von dem H
CardinalLegaten Consal

XXXI.

InterimsVollmacht

der ehemaligen unmittelbaren Reichsritterschaft
Schwaben, für ihren CongreßBevollmächtigten;
datirt den 1. Jul. 1814.

In Erwägung, daß in dem am 30. Mai 1
geschlossenen Frieden ausdrücklich die Wirkungen
Tractate von 1805 und 1809 aufgehoben und
nulirt worden sind; in Erwägung ferner, daß
Fürsten des Rheinbundes in öffentlichen Urkun
diesem Bunde, folglich auch seinen Wirkungen, ent
haben, ertheilet die freie Reichsritterscha
in Schwaben, und deren Cantone, Sr.
cellenz dem Kaiserl. Königl. östreichischen wirklich
GeheimenRath Freiherrn Joseph von Hornste
auf Weiterdingen, bei Auseinandersetzung der in
ren teutschen Angelegenheiten auf dem Congresse
Wien, als ihrem resp. Delegaten die volle Gew
in allen dienlichen Vorkommenheiten, sowohl

Oeffentlichen, als privatim, ihr Bestes zu vertreten und ihre durch den Frieden von 1805 und 1809 und die rheinische BundesActe gewaltsam entrissene Rechte, Freiheiten, Immunitäten und Observantien zu reclamiren, vorderfamst aber darauf anzutragen, daß ihr unter dem Kaiserlichen Schutze ein Provisorium allergnädigst bewilliget werden möge.

Da die schwäbische Reichsritterschaft aber sich zur Zeit noch unter fremder Oberherrlichkeit und Souverainetät befindet, und es für alle, so wie für hierzu erbetene Ausschüsse gefährlich seyn dürfte, diese Urkunde in legaler Form zu unterzeichnen, so verpflichtet man sich aber, Sr. Excellenz dem K. K. östreichischen wirklichen GeheimenRath Freiherrn von Hornstein auf Weiterdingen, bei adelicher Ehre und Treue, so bald Sicherheit der Personen und des Eigenthums eintritt, eine feierliche Urkunde mit den nöthigen NamensUnterschriften auszustellen.

So geschehen den 1. July 1814.

Von der freien unmittelbaren Reichsritterschaft in Schwaben erbetene Mitglieder.

(L. S.) Max Freiherr von Ow auf Wochendorf.

(L. S.) Ernst Wilhelm Freiherr von Stozingen.

(L. S.) Joseph Anton Freiherr von Ulm auf Erbach ꝛc.
K. K. östr. Kammerherr.

(L. S.) Carl Graf zu Wetsperg, Reitenau, Primair und Langenstein, K. K. östr. Kammerherr.

XXXII.

Vollmacht

eines Ausschusses der ehemaligen unmittelbaren Rei
ritterschaft in Franken, für ihren Cong
Bevollmächtigten; datirt Würzburg den
4. Sept. 1814.

Der Endes gesetzte Ausschuß eines Theils
zur Wiederherstellung seiner Rechte und Erzielung e
bessern Lage, vereinigten teutschen ReichsAb
bevollmächtiget den Hochwohlgebohrnen Friederich
Zobel zu Gibelstadt, Darstatt rc., die zum Theile
mentlich hier aufgeführten, aber auch ungenannt,
einem Zwecke verbundenen adelichen fränkisc
Familien, bei dem bevorstehenden Congresse zu W
ihrer Interessen und Wünsche wegen zu vertreten, al

des Grafen von Rotenhan; der Freifrau
Wöllwarth; der Freiherren von Guttenbe
von Bibra; von Thüngen; von Gros;
Zobel; von Truchseß; von Speth;
Rotenhan; v. Stein; von Fuchs; von
Tann; v. Gebsattel; v. Hutten; v. Cra
heim; v. Egloffstein; v. Wolffskeel; v.
hof; v, Greiffenclau; v. Habermann;
Bobek; von Würzburg; v. Zurhein;
Schaumberg; v. Stauffenberg; s. w. s

Urkundlich dessen haben die gesammten Mitgli
gedachten Ausschusses unter Vordrückung ihrer
gebohrnen FamilienSiegel, diese Vollmacht nam
lich vollzogen. So geschehen Würzburg den
Sept. 1814.

(L. S.)	Franz Freiherr von Hutten.
(L. S.)	Freiherr Friederich von Guttenberg.
(L. S.)	Freiherr Friederich Carl v. u. zu Guttenberg.
(L. S.)	Freiherr Ludwig von u. zu Guttenberg, K. K. östr. Kämmerer.

XXXIII.

Vollmacht

verschiedener, zu der ehemaligen unmittelbaren Reichsritterschaft der Cantone Ottenwald und Craichgau gehörig gewesenen adelichen Familien, für ihren CongreßBevollmächtigten; datirt Wirzburg den 4. Sept. 1814.

Der hier zu Ende unterzeichnete Ausschuß, eines Theils des zur Wiederherstellung seiner Gerechtsame und zur Erzielung einer besseren Lage, vereinigten teutschen ReichsAdels, bevollmächtiget den Hochwohlgebohrnen Freiherrn Ludwig von Rüdt zum Collenberg, die, zum Theile namentlich hier aufgeführten, aber auch ungenannt, zu einem Werke verbundenen adelichen Geschlechter im Ottenwald und Craichgaue, bei dem bevorstehenden Congreß zu Wien, wegen ihrer Interessen und Wünsche zu vertreten, als:

die Freiherrn von Berlichingen; von Rüdt; v. Helmstatt; v. Venningen; von Gemmingen; von Menzingen; von Göler; von Sturmfeder; s. w. s. w.

Urkundlich dessen haben die Mitglieder dieses Ausschusses, gegenwärtige Vollmacht, namentlich und

unter Vordrückung ihrer angebohrnen FamilienS
vollzogen. Gegeben Würzburg den 4. Sept. 1814.

E. Zobel v. D. (L. S.)
(L. S.) Franz Freiherr von Hutten.
(L. S.) Freiherr Friederich von Gut
berg.
(L. S.) Freiherr Friederich Carl von
zu Guttenberg.
(L. S.) Freiherr Ludwig von und zu G
tenberg, K. K. östr. Kämm

XXXIV.

Vollmacht

eines Theils der Mitglieder der ehemaligen unmittelb
Reichsritterschaft in der Wetterau
am Rheinstrom, für ihren Congreß-Be-
vollmächtigten; datirt Frankfurt den
17. Jul. 1814.

Wir unterzeichnete Mitglieder der ehema
freien Reichsritterschaft in der Wette
und am Rheinstrom, ermächtigen unser Mitg
den K. K. GeneralMajor und Ritter des Ma
TheresienOrdens, Herrn Grafen von Degen
Hochgebohrnen, bei dem bevorstehenden Congreß
Wien den allerhöchsten Verbündeten unsere vertrau
volle Bitte vorzutragen unter dem Schutz der l
tigen Verfassung, welche das gemeine Vaterland
Zutrauen und Ruhe von der Weisheit der verei
Monarchen erwartet, bei denjenigen Rechten gesc
und in deren Genuß wieder eingesetzt zu wer
welche zu Erhaltung der adelichen Familien

und zur Sicherstellung des richtigen Verhältnisses des Adels zum Staat überhaupt nothwendig sind und nach der organischen Bestimmung der künftigen Verfassung des deutschen Vaterlandes, von uns in Anspruch genommen werden können.

Wir ersuchen daher die Allerhöchsten Monarchen unsern Abgeordneten zu gestatten, unsre desfallsigen Wünsche und Ansichten zu allergerechtester Prüfung vorzulegen.

Zu urkund dessen haben wir diese Vollmacht ausgestellt, und solche durch Beidrückung unserer angestammten Siegel bekräftigt.

So geschehen Frankfurt a/M. den 17. July 1814.

(L. S.) Heinrich Friederich Karl Freiherr von Stein.
(L. S.) Klemendt August Wilhelm Graf von Westphalen.
(L. S.) Verwittibte Gräfin von Coudenhoven, gebohrne Gräfin von Hatzfeld.
(L. S.) Julie Freifrau Langwerth von Simmern, gebohrne von Ahlefeldt, als Vormünderin.
(L. S.) Friederich Carl Freiherr von Ritter.
(L. S.) Hans Carl Freiherr von Zwierlein.
(L. S.) F. G. von Ingelheim.
(L. S.) Franz Georg Freih. v. Sohlern.
(L. S.) F. G. v. Ingelheim, Vormund und Administrator der Familie v. Breidbach.
(L. S.) T. Graf von Waldbott-Baßenheim.
(L. S.) Freiherr v. Syberg, ehemaliger RitterRath.
(L. S.) Jacob Friederich Graf v. Rohde.
(L. S.) Freifrau v. Günderrode, gebohrne von Stein.

(L. S.) Carl Freiherr Löw von und zu Steinfurth, ehemaliger RitterRath.
(L. S.) Friederich Freiherr Löw von und zu Steinfurth.
(L. S.) Johann Baptist Freih. von Wetzel, genannt von Carben.
Würzburg den 8. Aug. 1814.
(L. S.) J. P. Graf zu Eltz Vickovar.
(L. S.) Philipp Carl Anton Freih. Greiffenclau zu Wollwaths, Oberstallmeister.
(L. S.) Friederich Carl v. u. zu Frankenstein.
(L. S.) Fried. Aug. Frhr. v. Schütz.
(L. S.) Fr. g. v. Walderdorff.
(L. S.) C. G. v. Boos-Waldeck.

XXXV.

Plan

zu einem allgemeinen Adelsverein durch ganz Teutschland, die Kette genannt; datirt Wien den 10. Jan. 1815.

Mit einer kurzen Nachschrift.

Ubi est virtus Germanorum? ubi illa omnibus nationibus cognita, omnibus populis decantata fortitudo nostra?

Udalricus ab Hutten.

Der wiener Congreß hat ausser dem vielen Guten, das wir von ihm erwarteten, schon dieß veranlaßt, daß sich aus allen Gegenden Teutschlands in Wien Edelleute, an der allgemeinen Sache des Vaterlandes Antheil nehmend, versammelt daß sich mehrere derselben genauer kennen gelernt,

und freundschaftliche Verbindungen unter sich gestiftet haben, welche ausserdem einander ewig fremd geblieben wären.

In Betrachtung, daß das teutsche Vaterland die schmählichen Fesseln fremder Herrschaft aus eigener Kraft gebrochen, daß es heilige unerläßliche Pflicht des teutschen Volkes ist, sich nicht nur auf jener Stufe zu erhalten, zu welcher es sich durch seine Kraftanstrengungen wieder aufgeschwungen hat, sondern sich durch innern Werth immer höher zu heben; in fernerem Betracht, daß der Adel nur dann seiner Bestimmung entspricht, wenn es der edelste, das heißt, derjenige Stand im Staate ist, der sich durch Kopf und Herz, durch vorzügliche Bildung und Grundsätze vor den übrigen Ständen im Volke auszeichnet; haben die Unterzeichneten, ganz von der Wahrheit dieser Grundsätze durchdrungen, beschlossen, einen freundschaftlichen Bund unter sich zu schließen, dessen Zweck kein anderer seyn soll, als durch eine nähere Verbindung unter dem teutschen Adel, vermittelst Verbreitung moralischer Grundsätze und wissenschaftlicher Kenntnisse auf eine höhere Bildung des Standes zu wirken. Alles was auf Religion und Staatsverfassung Bezug hat, ist diesem Vereine fremd. Diese reinsittliche Absicht unverrückt im Gesicht behaltend, haben sie für nothwendig erachtet, für sich nachstehende Sätze und Grundsätze auszusprechen, aus welchen sie, nach vorgegangener Berathung, die Satzungen dieses vaterländischen Vereins zu entwerfen und festzustellen gedenken. Sie erklären demnach:

§. 1. Daß sie für eine der heiligsten und unerläßlichsten Pflichten des Adels halten, der Staats-

verfassung und dem Fürsten treu, hold und gewärtig zu seyn, und mit allen übrigen Ständen im Staate an Gehorsam, Anhänglichkeit und Bereitwilligkeit zu allen Opfern, welche die Wohlfahrt des Vaterlandes erheischen könnte, nach allem Vermögen zu wetteifern.

§. 2. Daß ihre Absichten keine andern seyen als jene, auf den sittlichen und wissenschaftlichen Zustand des teutschen Adels vortheilhaft zu wirken, und ihn durch Erhebung und Vermehrung seines inneren Gehaltes, der Stufe würdig zu machen, welche ihm Verfassung und Gesetze im teutschen Vaterlande einräumen.

§. 3. Daß ihr Wunsch und ihr Bestreben dahin gehen, die freundschaftliche Verbindung, zu welcher sie gegenwärtig hier den Grund legen, zu Erreichung des ausgesprochenen Zweckes durch ganz Teutschland auszubreiten.

§. 4. Daß daher Jeder aus ihnen, bei seiner Rückkehr in die heimathlichen Gegenden, seine Freunde, Verwandte und Bekannte, welche Kraft und Beruf hiezu fühlen, einladen könne und solle, diesem vaterländischen Verein beizutreten.

§. 5. Daß sie für ein besonders wirksames Mittel zum vorgesetzten Zweck erachten, wenn die altväterliche Gastfreiheit unter dem teutschen Adel wieder eingeführt, und dadurch persönlicher Verkehr unter demselben befördert werde, so wie auch

§. 6. wenn nicht nur unter dem Adel im Allgemeinen, sondern besonders unter den Mitgliedern des Vereins, innerhalb zu bestimmender Bezirke,

zu gewissen Zeiten freundschaftliche Zusammenkünfte statt fänden, bei welchen sowohl Erneuerung und Belebung altväterlichen Sinnes, als auch Verbreitung desselben, und wechselseitiges Berichtgeben über den Fortgang des Vereins, zum Hauptgegenstand dienen müßten.

§. 7. Daß sie alle zusammen, und jeder aus ihnen für sich, den ernstlichen Willen aussprechen: in ihrem häuslichen Leben, wie im öffentlichen, den wahren alterthümlichen ritterlichen Sinn des teutschen Adels zu erwecken, denselben in ihnen, und in den ihnen befreundeten Geschlechtern, zu erhalten und zu bewahren, und durch Beispiel und Zuspruch dahin zu wirken, daß jede geistige und körperliche Bildung unter dem teutschen Adel immer mehr fortschreite.

§. 8. Daß diejenigen unter ihnen, welchen ihre Fähigkeit und persönliche Verhältniße es gestatten, Alles sammeln werden, was auf teutsche Sprache, Sitten, Geschichte, Kunst und Alterthümer Bezug hat, daß sie ein solches durch Briefwechsel oder mündlichen Vortrag, dem Verein und dessen Mitgliedern mittheilen, und auch wohl durch schriftliche Aufsätze und Abhandlungen solche Grundsätze und Gedanken verbreiten wollen, welche geeignet sind, den Adel zu seiner ursprünglichen Bestimmung, der erste und gebildetste Stand im Staat zu seyn, zu bilden.

§. 9. Daß sie sowohl im Einzelnen durch Beispiele und Aneiferung, als auch, wenn der Himmel in der Folge ihre Bemühungen segnet, im Allgemei-

nen durch kräftige Einwirkung in die Erziehun
des jungen teutschen Adels, als wovon haup
sächlich alles Gute und Bleibende ausgeht, nach all
ihrem Vermögen beförderlich seyn wollen.

§. 10. Daß, so wie sie allen Tand und klei
liche Spielereien, als ihrer Absicht und ihr
Bestimmung unwürdig betrachten, ihnen denno
nichts Bildliches, was mit Erinnerung an e
schönes Zeitalter, und an wahrhaft große und ed
Männer der Vorwelt, die Seele zu hohen und v
terländischen Gesinnungen zu erheben geeignet i
fremd, sondern vielmehr angelegen seyn soll, dur
festliche Feierung großer teutscher g
schichtlicher Tage im häuslichen, oder, wo
möglich, im Kreise gleichgestimmter Nachbaren, i
mer mehr teutschen Sinn zu verbreiten. Sie w
den daher über Festsetzung solcher, als teutsch
Festtage mit einander übereinkommen, auf daß d
Freund an der Ostsee, wie jener am Rhein, und an d
Elbe wie jener an der Donau wisse, daß an jene
Tage zu jener Stunde, seiner durch ga
Teutschland von seinen Freunden mit Liebe gedacht, u
lauterer Wunsch für des Vaterlandes Wohl zum Hi
mel geschickt werde.

§. 11. Daß, so wie sie überzeugt sind, d
ohne inneren Zusammenhang und einen Mi
telpunkt, nach welchem sich die Glieder beweg
können, und von welchem sie hinwiederum Anw
sung und Leitung bekommen, ein Verein weder b
stehen, noch viel weniger kräftig wirken könne,
es für umumgänglich wichtig halten, sich eine Ve
fassung zu geben, welche ihren Verbindung
Haltbarkeit, und ihrem Bestreben Uebersic
gewähre, und in Hinsicht auf Zweck und Mitt

Abstufungen auf Wirken und Handeln sehr geeignet halten.

§. 12. Daß sie folglich, zuerst, eine örtliche Eintheilung des teutschen Vaterlandes in gewisse Kreise festsetzen; so wie ihnen alles Politische fremd bleiben soll, halten sie sich nicht bei dieser Abscheidung an Teutschlands politische Geographie, sondern wollen um mehrerer Bequemlichkeit willen nachfolgende Kreiseintheilung belieben: 1. Schwaben (für jetzt inclusive der Schweiz). 2. Franken. 3. Rheinland. 4. Westphalen. 5. Niedersachsen 6. Hessen. 7. Obersachsen und Thüringen. 8. Die Marken und Pommern. 9. Burgund. 10. Baiern. 11. Oestreich. 12. Böhmen und Mähren. 13. Sachsen und die Lausitzen. 14. Preussen.

§. 13. Daß jeder dieser Kreise wieder in besondere Bezirke abgetheilt werde, denen man die Benennung Gau beilegen will, wie z. B. Schwabengau, 1. Breisgau, 2. Hägau, 3. Binzgau, 4. Ortenau, 5. Allgau, 6. Donau, 7. Neckar, 8. Schwarzwald, 9. Schweiz.

§. 14. Daß jeder Gau einen Vorsteher haben soll; so auch jeder Kreis, daß die allgemeine Versammlung sich aus den Vorgesetzten aller Gauen bilden soll.

§. 15. Daß jeder Gau einen Vorsteher haben soll, der die Versammlung berufen, in derselben den Vortrag haben, die Stimmen sammeln, und, wenn sie gleich sind, eine entscheidende Stimme haben, die Beschlüsse aussprechen soll; daß ihm ein Ausschuß aus den Kreisvorstehern, aus ihrer Mitte, oder aus den übrigen Mitgliedern

gewählt, zum Beistand gegeben werden soll, um in geeigneten Fällen schleuniger berathen zu können.

§. 16. Daß Versammlungen gehalten werden, bestimmte und unbestimmte, die ersten in dem Gau zu den vier Jahrszeiten, in jedem Kreise halbjährig, für den Verein einmal im Jahr; die andern in den Gauen und Kreisen, bei festlicher Veranlassung, oder auf ausdrückliches Verlangen der Mehrheit der Mitglieder für den ganzen Verein, wenn es der Vorsteher und Ausschuß für dringend erachten, oder wenn die Mehrheit sämmtlicher Mitglieder es verlangte; ausserordentliche für die Wahl eines Vorstehers des Vereins.

§. 17. Daß jedem Mitgliede frei stehe, ausser den GauVersammlungen auch jene des Kreises, und auch die des Vereines zu besuchen; jedoch daß der Besuchende ausser seinem Gau, keine Stimme haben soll.

§. 18. Daß bei Versammlungen, über die Verhandlungen Protocolle geführt, und vierteljährig an die Kreisvorsteher gesandt werden sollen.

§. 19. Daß jedem Mitglied frei stehen soll, die Protocolle der Gaue, der Kreise und des Vereins, bei dem Vorsteher einzusehen.

§. 20. Wer in den Verein treten will, muß zwei Mitglieder als Bürgen in die GauVersammlung bringen, welche ihn entweder abweiset, oder bei der Kreisversammlung zur Aufnahme vorschlägt. Der Kreisvorsteher theilt den Vortrag den übrigen Gauen seines Kreises mit dem Auftrage

mit, über die Individualität des Vorgeschlagenen, wenn sie Anlaß zu haben glauben, zu reclamiren. Läuft binnen 4 Wochen keine motivirende Protestation ein, so kann der Vorgeschlagene durch die Kreisversammlung gewählt werden. Der Kreisvorsteher sendet das AufnahmeProtocoll an den Vorsteher des Vereins, welcher die Sache, durch die übrigen Kreisvorsteher des Vereins, den Vorstehern sämmtlicher Gaue mit dem Auftrage zustellt, die sämmtlichen übrigen Mitglieder des Vereins davon zu benachrichtigen. Laufen binnen zwei Monaten keine ferneren Reclamationen gegen die Vorgeschlagenen ein, so hat die Vereinsammlung kein weiteres Bedenken, und kann der Vorgeschlagene bestätigt, und als thätiges Mitglied des Vereins mit der AufnahmeUrkunde versehen werden.

§. 21. So lange nicht in jedem Gau wenigstens drei Ritter aufgenommen worden, soll die Aufnahme von den Mitgliedern aus demselben, der Kreisversammlung anheim gestellt werden.

§. 22. Daß, so wie aller Anfang klein, und ein kleines Hauswesen mit weniger Bedürfnissen, also auch mit weniger Wirkung kann angefangen und bestritten werden, der Verein bei seinem rein ernstlichen und thätigen Bestreben, im festen Vertrauen auf Gottes Segen ein fröhliches und kräftiges Gedeihen und Wachsthum hofft, und aus dem sich manche liebliche Blüthen und Früchte entwickeln werden, die für jetzt noch nicht zu ahnen sind, zur Zeit ihrer Reife aber, dann auch fernere Einwirkung und Bestimmungen erfordern, welche zu berathen und festzusetzen, der Verein dann mit Freuden beflissen seyn wird.

§. 23. Daß sie, gleichwie Alles in der Welt einen Namen haben will und soll, also auch für ihren Verein einen Namen und Sinnbild angenommen haben, und zwar eine geschlossene Kette, andeutend, daß, so wie die Kraft einer Kette in der Gleichheit zu einem Zwecke angezogener Ringe besteht, der Verein aus unter sich gleichen, an Muth, Kraft und Beharrlichkeit wetteifernden Mitgliedern bestehe, welche fest, wie die Ringe einer Kette zusammen halten, und weder Anfang noch Ende zeigen, an dem sie getrennt und von einander entfernt werden könnten.

Der Name des Vereins ist demnach:

Die Kette.

§. 24. Schließlich erklären die Unterzeichneten, daß sie keinen für einen wahren Edelmann halten, könnte er seine Ahnen auch bis auf Wittekind heraufführen, der nicht fromm gegen Gott, treu und gehorsam gegen Vaterland und Fürsten, mild und gerecht gegen seine Unterthanen, bescheiden im Glück, muthig im Unglück, und freigebig gegen Arme, ein alle Menschen mit Liebe umfassender Bruder ist.

§. 25. Mit diesen Gesinnungen beginnen sie das löbliche Werk ihrer Veredlung und stellen alles andere Gott anheim.

Geschrieben zu Wien in Oesterreich, am 10. Jänner 1815.

Nachschrift.

Vorerst (s. §. 22.) soll also diese Kette, bloß für eine allgemeine teutsche, sittliche und wissenschaftliche Bildungsanstalt gelten, ausschliessend für den Adel, dessen Bestimmung sey, der erste und gebildetste Stand im Staate zu seyn (§. 8). In ihm soll der alterthümliche ritterliche Sinn erweckt und erhalten werden, damit jede geistige und körperliche Bildung bei dem Adel immer mehr fortschreite (§. 7). Es soll in die Erziehung des jungen Adels eingewirkt werden (§. 9). Es sollen, in Hinsicht auf Zweck und Mittel, Grade für Wirken und Handeln, in der Gesellschaft statt finden (§. 11). Zuerst soll eine örtliche Eintheilung der Mitglieder in Kreise und Gaue statt haben; doch nicht nach der jetzigen politischen Geographie, sondern nach einer ältern (§. 12 u. 13), doch nicht ganz nach der alten TurnierGeographie. Es sollen theils teutsch-adeliche Festtage durch ganz Teutschland (§. 10), theils öftere Versammlungen gehalten, darin Protocolle geführt, und diese an die Kreisvorsteher gesendet werden (§. 16 ff). Alles dieses soll nur für einen kleinen Anfang gelten (§. 22). Aber man hofft ein fröhliches und kräftiges Gedeihen und Wachsthum. Aus diesem werden sich manche liebliche Blüthen und Früchte entwickeln, die für jetzt noch nicht zu ahnen sind. Zur Zeit ihrer Reife, werden diese fernere Einwirkung und Bestimmungen erfordern, welche dann die Kette zu berathen und festzusetzen mit Freuden beflissen seyn wird (§. 22). Billige Beurtheiler dieses Planes, werden gewiß geneigt seyn, Verir-

rungen Einzelner aus der Classe des niedern Adel
hohe darf, in Absicht auf Rechte, Ansprüche,
nung und Handlungsweise, mit diesem nicht vern
werden) nicht auf Rechnung Aller zu schreiben.
man darf wohl zu der Einsicht, wo nicht der M
doch eines großen Theils, der stimmfähigen Mit
dieses Standes vertrauen, daß sie dem hier vorlie
Plan, schon seiner Unausführbarkeit wegen, ihren
versagen werden. Denn angenommen, die Staa
gierungen sähen der sorglichen Pflege eines solch
gemeinen teutschen Adelsgartens, seinem „fröhliche
kräftigen Gedeihen und Wachsthum,“ wohlgefällig
liesse sich wohl hoffen, daß gleichzeitig der ihn umg
grosse teutsche Volksgarten veröden und verwildern
um einst aus jenem Adelsgarten, mit „lieblichen
then und Früchten,“ und zwar nach dem „Einwirke
den Bestimmungen“ der Kette, Gärtner zu empf
deren pflegende Hand darin, neben Dornen, Distel
Wildobst, auch Getreide, Obst und Grobgemüse f
ren Hausgebrauch erzöge? — Ubi est *virtus* Ge
manorum? ubi illa omnibus nationibus co
omnibus populis decantata *prudentia* nostr
So war denn vorauszusehen, daß diese wiener Co
Frucht, welche vier Jahrhunderte zu spät kam, zur
nicht gedeihen werde!

XXXVI.

Mémoire

présenté par les Ministres plénipotentiaires de l'Ordre souverain de St. Jean de Jérusalem à Leurs Excellences les Membres du Congrès de Vienne *).

(Daté de Vienne le 24. février 1815.)

Un injuste aggresseur, sans provocation, sans prétexte, dans le temps même que son gouvernement profitoit de l'hospitalité généreuse qu'on accordoit à ses vaisseaux, secondé par des conspirateurs perfides, dépouilla l'Ordre de St. Jean de Jérusalem du petit, mais florissant état qu'il avoit fondé sur le rocher obtenu de la libéralité de l'Empereur Charles-Quint.

Ce malheur étoit grand sans doute, mais l'Ordre ne perdit ni son existence, ni le caractère sacré de souverain qu'il portoit dignement puis tant de siècles. Un monarque des plus puissans de l'Europe **) se déclara le Chef de l'Ordre, dans le seul dessein de lui rendre son ancienne splendeur: son auguste fils en renonçant à ce titre n'a pas cessé d'en être le Protecteur. Le souverain de la Sicile lui ouvrit un asile dans ses états, sans blesser son indépendance. Un nouveau Grand-Maître fut nommé par Sa Sainteté, sur

*) Le premier Mémoire présenté par MM. les Ministres plénipotentiaires du même Ordre, en date du 20 septembre 1814, se trouve plus haut Tome Ier, cahier 3. pag. 85. et suiv. Note de l'éditeur.

**) Paul Ier.

la demande même de l'Ordre et de l'aveu puissances. Ses Ministres furent reçus dans tes les cours où il étoit dans le cas d'en env et Buonoparte lui-même le comprit dans le t d'Amiens. L'inexécution de ce traité augm les malheurs de l'Ordre; ses biens furent de en plus envahis: les souverains mêmes qu étoient les plus propices crurent devoir les m temporairement sous leur surveillance, ju ce qu'ils fussent rendus à leur premier obje utilité générale.

Cependant l'Ordre n'en existoit pas m dans tous les états, excepté dans ceux imm tement soumis à Napoléon, qui le regardoit, comme éteint, mais comme étranger. Sur ce trefaites le Grand-Maître meurt: le St. P quoiqu'instamment prié, ne trouva pas dan sagesse de prendre sur lui la détermination lui donner un successeur *); mais en se servai l'autorité qui lui est attribuée, et dont il a fait également usage dans d'autres circonsta extraordinaires il décerna au sacré conseil jours subsistant à Catane, et au Lieutenan la Grande-Maîtrise, élu par celui-ci, les fa tés nécessaires pour continuer à régir l'O dans la situation où il se trouvoit. Tel est tat où il a été trouvé lors des évènemens rieux et à jamais mémorables, qui ont ren l'Europe sa liberté, aux souverains leur scep aux sujets leur tranquillité.

Malte avoit été reconquise par une puis ce aussi généreuse qu'invincible. Ses compag de victoire lui en ont assuré la possession. Ordre est bien éloigné d'élever sa voix contr

*) S. Bd. I. . H. 3. S. 94.

tel engagement. Il a toujours fait gloire de soumettre sa volonté à celles des souverains de la chrétienté. Il recconnoît que son sort est dans leurs mains; il en conçoit les plus belles espérances, et, ne se dissimulant pas combien le moment actuel est décisif pour son destin, en ce que c'est au congrès de Vienne qu'il doit trouver son tombeau ou sa restauration, il se persuade que ces magnanimes souverains, qui réparent autant que possible tous les maux faits par la révolution, ne voudront pas achever la ruine de l'Ordre et détruire même les restes qui y ont échappé. Et les possesseurs actuels de Malte et de tout ce que l'Ordre y avoit réuni ou créé par trois siècles de travaux et de dépenses ne saisiront-ils pas avec leur magnanimité ordinaire l'occasion d'ajouter à leur gloire en tendant une main secourable à leurs devanciers et en assurant leur existence par une équitable compensation?

L'Ordre de St. Jean de Jérusalem a envoyé ses plénipotentiaires au congrès, non pour demander une subsistance opulente et oisive, mais d'être mis en état de continuer à prodiguer son sang et ce qui lui reste de biens, pour s'exercer dans les vertus de ses prédécesseurs, la charité et la valeur. Et qui est l'Ordre qui fait cette demande? Cest une corporation qu'aucune nation chrétienne ne peut considérer comme étrangère: c'est la Noblesse européenne elle-même, qui n'est qu'une avec l'Ordre de St. Jean, puisque c'est d'elle qu'il reçoit ses membres et que c'est à Elle qu'il ouvre cette carrière qui a mis tant d'illustres sujets en état de cueillir des lauriers au service de leur prince et de leur patrie.

La noblesse allemande a déjà manifesté formellement ses voeux pour conservation de cet Ordre; celle des autres pays auroit suivi ou précédé son exemple, si elle avoit pu comme la première, sexpliquer devant le congrès par ses représentans. Mais sa voix n'en retentit pas moins dans toute l'Europe. Ce sont ces raisons et ces espérances expliquées plus au long dans le mémoire (le seul *) de la part de l'Ordre qui ait un caractère officiel) que sous la date du 20 septembre dernier, les soussignés ont eu l'honneur d'adresser aux représentans des hautes puissances qui leur font prendre la confiance de soumettre au Congrès, d'après leurs instructions, les demandes respectueuses de leur Ordre, qui sont les suivantes:

1. Que, puisqu'en conséquence des évènemens et des engagemens pris par les hautes puissances qui ont signé le traité de Paris, il n'est pas possible que Malte, avec toutes ses appartenances, soit rendue à l'Ordre de St. Jean de Jérusalem, celui-ci soit pourvu d'un autre établissement également libre et souverain, dans les limites de la Méditerranée, tel qu'il soit convenable à l'exercice de son institut, qui est d'entretenir un hôpital ouvert à toutes les nations, et d'armer des navires contre les pirates Barbaresques, et autres infideles qui exerceroient des hostilités contre les nations chrétiennes.

*) Un autre Mémoire pour l'Ordre, avoit été présenté au Congrès par M. le commandeur Vié de Césarini. On le trouve plus haut T. V. p. 490 et suiv.
Remarque de l'éditeur.

2. Que la possession libre et indépendante de cet établissement soit garantie à l'Ordre par toutes les hautes puissances assemblées au Congrès, ainsi que la neutralité constitutionnelle, et que pour la plus grande sécurité de celle-ci, en cas de guerre entre puissances chrétiennes, il soit déclaré le nombre et la force des bâtimens de guerre de chacune des nations belligérantes qui pourront être reçus à la fois dans ses ports.

3. Que la puissance qui retiendra l'île de Malte, veuille indemniser l'Ordre des biens et propriétés de toute espèce, qu'il a été obligé d'y laisser, et cela comme le lui dictera sans doute sa justice et sa générosité.

4. Que le Congrès daigne employer ses bons offices, envers tous les souverains sous la domination desquels l'Ordre a des biens et des propriétés retenus provisoirement, afin qu'ils veuillent les lui rendre, et que pour la partie de ces biens qui auroit été vendue ou autrement aliénée, il leur plaise de l'indemniser par d'autres biens ou revenus, selon que les circonstances respectives de chaque état pourroient le comporter. On sollicite également les bons offices de chaque plénipotentiaire en particulier, auprès de la puissance quil représente.

5. Que si, ces bases accordées, qui toutes sont essentielles, moins pour l'Ordre lui-même que pour l'utilité générale de laquelle il a toujours été et dont il désire encore d'être, il fût trouvé nécessaire d'y ajouter d'autres conditions, celles-ci pourroient-être, ainsi que la

voie de leur exécution, l'objet d'une négoci
tion particulière.

Les soussignés plénipotentiaires, de mê
que leur Ordre et toute la Noblesse de l'Euro
fondent leur confiance sur la sagesse et la m
nanimité des hautes puissances, qui ne déda
neront pas d'ajouter à la gloire que sous t
de rapports, Elles ont si justement acquise, d
voir conservé et restauré le plus illustre mo
ment de cet âge noble et loyal de la chevale
qu'on regrette à plus d'un titre.

Vienne le 24 février 1815.

Le Bailli Miari.
Le Commandeur Berlinghie

XXXVII.

Entwurf

eines Freundschafts-Tractates zwischen verschie
nen teutschen unabhängigen Fürsten, welche
auf dem wiener Congreß in Vorschlag kam.
Im November 1814.

Die unterzeichneten Bevollmächtigten te
scher Höfe, haben den dermaligen Zustand der T
ge in Erwägung gezogen, ihre Pflichten geprüft, u
so wohl das teutsche Vaterland in seiner Größe u
Gesammtheit, als ihrer Länder Ehre und Wohlfa
treu und redlich vor Augen gehabt. Sie haben
Natur der größeren Allianzen, die Beitritts-Verträ
die im December des v. J. zu Frankfurt geschlos
worden, den Frieden zu Paris, insbesondere des
dritten Artikel, — endlich die Art, wie seither

dem dermaligen Congreß die teutschen Angelegenheiten behandelt worden sind, vor Augen gehabt. Die nähere Kenntniß der hierüber gepflogenen Verhandlungen, hat die gerechte Besorgniß in ihnen erregt, daß die, allen teutschen Staaten friedensschlußmäßig garantirte, Freiheit und Unabhängigkeit untergraben werden könnte.

Deßwegen sind sie, im Namen ihrer Höfe, über folgende Punkte, zu ihrer Sicherheit, und zum allgemeinen Wohl, übereingekommen.

1) Es soll ein engeres Band der Freundschaft, des Vertrauens, der Zusammensicht und gemeinschaftlicher Handlung in teutschen Staatsangelegenheiten zwischen ihnen seyn.

2) Sie verbinden sich, auch ihrer Seits die teutsche Unabhängigkeit von Innen und von Aussen, mit allen ihren Mitteln zu befördern und zu vertheidigen. Sie werden daher auf jede Weise

3) die ihnen zustehende Befugniß behaupten, zur Abstimmung über die künftige teutsche Bundesverfassung zugezogen zu werden, und sich keine andere als solche Verfassung gefallen lassen, wodurch ihre Höfe, rücksichtlich ihrer staatsrechtlichen Verhältnisse im Bunde, den andern teutschen Höfen, vollkommen gleichgestellt werden.

4) Der Wohlstand und die innere Ruhe der teutschen Provinzen, ist mit ein wesentlicher Gegenstand ihrer Fürsorge. Um diese zu befestigen, werden sie dahin trachten, so viel möglich, gleiche liberale Verfassungs- und Regierungsgrundsätze in ihren Staaten einzuführen, und

sich ihre Ideen und Wahrnehmungen in dieser Hinsi
freundschaftlich mittheilen; eben so fest und einträchtig a
auch mißverstandenen Grundsätzen und gehaltlosen Ans
ten widerstehen.

5) Also enger verbunden, und einen wesentli
Bestandtheil des Reichs teutscher Nation bildend, beha
sie sich vor, dieses Bündniß zu erweitern, auf
dere Gegenstände auszudehnen, und den Zutritt a
rer teutschen Fürsten und Stände zuzulassen.

6) Noch vor der Aufhebung des Congresses
Wien, werden sie, über die Zeit und den Ort ihrer er
Wiederversammlung durch Bevollmächtigte, über
kommen.

7) Dieser FreundschaftsVertrag und Concert,
in der kürzesten Frist ratificirt, und bei fürstlichen Eh
und Worten die Festhaltung versichert werden.

XXXVII.

Décision arbitrale

relative au droit de succéder dans le Duc de Bouillon.

(Vgl. unten Bd. VIII. S. 250.)

En exécution de l'article 69 de l'Acte fi
du congrès de Vienne du 9 juin 1815*), la Co
mission d'arbitres, qui s'étoit réunie à Le
sic, dès le commencement de juin 1816, pour
cider la question du droit de succéder dans

*) Oben Bd. VI, S. 66. — Von den Prädenten und Gründen ihrer Ansprüche, s. oben, Bd. IV, S. 57 f

Duché de Bouillon, a terminé le Ier juillet 1816 ses délibérations.

La possession de ce Duché et les indemnités pour la cession des droits de souveraineté, faite au Roi des Pays-Bas, ont été adjugées, à une majorité absolue, à S. A. le prince Charles-Alain de Rohan-Monbazon, duc actuel de Bouillon. M. le baron de Binder, ministre d'Autriche, M. le comte de Castelalfer, ministre de S. M. le Roi de Sardaigne à la cour de Prusse, et M. le comte de Fitte de Soucy, nommé arbitre par le prince de Rohan, ont voté d'une manière pure et simple, d'après les droits de naissance et de famille, en faveur des prétentions du prince de Rohan, petit fils de la soeur du duc de Bouillon, mort en 1792. Le jurisconsulte anglois Sir John Sewell, arbitre nommé par le vice-amiral Philippe d'Auvergne, le second des prétendans, s'est déclaré purement et simplement en faveur des prétentions du vice-amiral. M. le baron de Brokhausen, ministre d'état prussien, a reconnu le droit du prince de Rohan, mais sous la condition que celui-ci paieroit au fils adoptif de son grand-oncle l'amiral d'Auvergne, une légitime de six années du revenu de ce duché.

En conséquence, la question proposée par le congrès, sur le droit de succession au duché de Bouillon, a été décidée à une majorité de quatre voix contre une, et la clause proposée par une seule voix a été rejetée à une majorité de trois voix contre deux.

XXXIX.

Note

des königlich-hannöverischen ersten Herrn Bevollmächtigten, an den herzoglich-arenbergischen Herrn Bevollmächtigten, betreffend die Wiedereinsetzung des herzoglich-arenbergischen Hauses in seine vorigen Rechte; datirt Wien den 26. April 1815.
(Zu oben Bd. IV, S. 141.)

Der Unterzeichnete wird nicht unterlassen, den Inhalt der von dem herzoglich-arenbergischen Herrn GeheimenRath Freiherrn von Schmaus von Livonegg unter dem 12. und 23. d. M. ihm zugestellten Note zur Kenntniß Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Regenten von Großbritannien und Hannover zu bringen, und trägt kein Bedenken, zum Voraus zu erkennen zu geben, daß, wenn schon dem Antrag auf die Wiederherstellung der vormaligen Landeshoheit des herzoglichen Hauses Arenberg über Recklinghausen und Meppen entgegen stehen dürfte, daß dieses Haus bereits vor der erfolgten Befreiung Teutschlands von fremdem Joche, seine Landeshoheit verloren hat, demselben auch die Wiedereinsetzung in selbige durch keinen Vertrag mit den alliirten Mächten zugesichert worden; gleichwohl Se. Königliche Hoheit mit Bereitwilligkeit dahin mitwirken werden, daß diesem Hause alle diejenigen Rechte zugesichert werden mögen, welche, nach den auf dem hier versammelten Congreß festzustellenden Grundsätzen, den mediatisirten Fürsten in Ansehung ihrer Person und ihrer Güter eingeräumt werden, auch so Viel den Theil der arenbergischen Besitzun-

gen betrifft, welcher Hannover untergeordnet werden dürfte, auf den von dem herzoglichen Hause gemachten alternativen Antrag, wegen Bestimmung einer Rente, alle mögliche billige Rücksicht genommen werden wird, um diesen Gegenstand zur Zufriedenheit des herzoglichen Hauses durch eine gütliche Vereinbarung auszugleichen.

Der Unterzeichnete ergreifet mit Vergnügen diese Gelegenheit, dem Herrn GeheimenRath Freiherrn von Schmaus von Livonegg seiner vorzüglichen Hochachtung zu versichern.

Wien den 26. April 1815.

Graf von Münster.

XL.

AntwortSchreiben

des königlich-preussischen zweiten Herrn Bevollmächtigten, an den herzoglich-arenbergischen Herrn Bevollmächtigten, betreffend die Wiedereinsetzung des herzoglich-arenbergischen Hauses in seine vorigen Rechte; datirt Wien den 1. Mai 1815. (Zu oben, Bd. IV, S. 141.)

Ew. Hochwohlgebohrn mache ich mir das Vergnügen, auf Ihr gefälliges Schreiben vom 23. zu erwiedern, daß wegen derjenigen die Organisation des Justizwesens betreffenden Punkte, über welche Sie Beschwerde führen, bereits abhelfende Verfügungen abgegangen sind. Ueberhaupt können Sie Sich überzeugt halten, daß das her-

zoglich-arenbergische Haus sich unter Preussen aller derjenigen Rechte zu erfreuen haben wird, welche in der künftigen Bundes-Acte, den mit demselben in gleicher Categorie stehenden Häusern werden zugesichert werden, und daß Preussen selbst, so wie es bereits die Beweise davon gegeben hat, bemühet seyn wird, diese Verhältnisse auf eine den Rechtszustand dieser Häuser sicherstellende Weise zu bestimmen. Ich ersuche, zugleich die Versicherung meiner aufrichtigen Hochachtung anzunehmen.

Wien den 1. Mai 1815.

Humboldt.

Acten
des
Wiener Congresses.
24. Heft.

XLI.

Actenstücke

betreffend den künftigen Rechtszustand der wieder eroberten teutschen Länder auf der linken Rheinseite, insbesondere die Verhältnisse des ehemaligen unmittelbaren Reichsadels, die vormaligen PatrimonialRechte, Lehn- und FamilienFideicommißVerbindungen, Zehnten und die von der Regierung vernichteten oder vorenthaltenen PrivatEigenthumsrechte, und verkauften Gemeindegüter daselbst.

1.

Denkschrift,

betreffend die fortdauernde Gültigkeit der unter französischer Herrschaft erfolgten Allodification vormaliger teutscher Reichs-, Territorial- und Privatlehen auf der linken Rheinseite; datirt Wien den 20. Jan. 1815. Mit einer Beilage.

Es ist eine allgemein bekannte Sache, daß die französische NationalGesetzgebung das Lehnwesen gänzlich aufgehoben hat, und die Lehen daher freies Eigenthum der LehnsInhaber geworden sind.

Diese Gesetzgebung gieng so weit, daß alle LehnsUrkunden, Originalien und Abschriften, von

brannt, und die **Verhehler solcher Urkunden zu fünfjähriger Kettenstrafe verurtheilt werden sollten**, wie das Gesetz vom 17. Jul. 1793 verordnet.

Dieser Gesetzgebung zufolge, sind also die Güter, welche sich **vor** Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich in Lehnsverband befanden, nachdem sie unter die Gesetze dieses Reichs gekommen waren, von ihrem Besitzer, gleich jedem andern **unbeschränkten** Eigenthum behandelt worden. Diese ehemaligen Lehen kamen daher in Umlauf: sie wurden verkauft, vertauscht, getheilt, wurden der Gegenstand des Handels, von Transactionen rc.

Es waltete demnach kein Unterschied mehr ob, zwischen einem ehemaligen freien, und einem ehemaligen Lehngut. Daß die Besitzer der Lehengüter in den Ländern linker Rheinseite, deren freies Eigenthum völker- und staatsrechtlich erworben haben, dieses ist über allen Zweifel erhoben, weil diese Länder und die den Fürsten und Herren darin zugehörenden lehnherrlichen Rechte durch gültigen Staatsvertrag an Frankreich übergegangen waren, und es daher in der unzweifelhaften Gewalt des französischen Gouvernements, als rechtlichen Nachfolgers der vorgehenden Lehenherren lag, seine lehnherrlichen Rechte aufzugeben und die von ihm abhangenden Lehen als freies Eigenthum zu erklären. Daß die Regierung Frankreichs von diesem ihr zustehenden Rechte, in Hinsicht des linken Rheinufers, im ganzen Umfange Gebrauch gemacht hat, dieses liegt in Facto, indem sie durch ihren Regierungs-Commissär in Mainz am 6. Germinal 6. Jahres (26. März 1798) sämmtliche Gesetze für das linke Rheinufer hat verkünden lassen, welche das Lehnwesen in allen Zweigen auf-

gehoben, aufgelößt und zernichtet haben, wie der hier sub num. 1. anliegende Auszug dieser Gesetze es beweiset.

Demnach dürfen also die Besitzer solcher ehemaligen Lehengüter, in der Freiheit ihres Eigenthums, ohne Verletzung des Völkerrechtes, nicht gestört werden.

Welcher Titel könnte auch zu Störung dieses frei gewordenen Eigenthums gebraucht werden? Wer könnte, um dieses zu thun, einen rechtlichen Grund für sich anführen? Unter welchem Vorwand könnte der Lehensverband rechtlich wieder angelegt werden?

Auf das wieder teutsch gewordene linke Rheinland, hat allein Teutschland, hat allein die teutsche Nation Rechte; und zwar das Recht, zu fordern, daß dieses teutsche Volk mit Teutschland vereint werde und bleibe. — Wenn das ehemalige teutsche Reich, unter welcher Gestalt es immer seyn möge, wieder erstehen sollte; so hat selbiges nicht das geringste Recht, die Wiederauflebung der Lehen für sich zu fordern; noch auch können die weltlichen Fürsten und Herren, welche vor Abtretung dieser Länder an Frankreich, Lehnherren in denselben waren, die freies Eigenthum gewordenen Lehen im geringsten in Anspruch nehmen, zwar um so weniger, als sie für den LänderVerlust auf linker Rheinseite vollständig entschädiget worden sind; und was die ehemaligen geistlichen Länder des linken Rheinufers betrifft, so hat ohne alle Frage, hierauf Niemand ein rückgreifendes Recht.

Aus dem Vorhergehenden erhellet offenbar, daß das ehemals von Fürsten und Ständen des linken Rheinlandes abhangende Lehn zum freies Eigenthum

gewordene Gut, unter dem Schutze des Völ
rechtes stehet, und die Besitzer eines solchen
keiner stärkeren Wahrung bedürfen, um der Erha
dieses freien Eigenthums gesichert zu seyn.

Wäre dieser Gegenstand nicht so unumst
gegründet, so könnte folgender Betrachtung eine
Würdigung nicht versagt werden; daß nämlich
Wiedereinführung, das ist, die neue Erschaffung
fraglichen Lehen ein grosses Unglück, eine äu
beträchtliche Beraubung, und eine unübersel
Verwirrung für viele tausend Familien und In
duen mit sich führen würde. Betrachte man nu
Verkäufer solcher Güter, wodurch sie in so viele
terhände gekommen sind, erwäge man nur die
diesen Verkäufen von selbst liegende Eviction,
ausgedehnt würde das hiemit zusammenhängende
für Rechtsstreite, und wie unausbleiblich wäre der
aus fliessende Ruin, wenn die Fiscalität sich erla
könnte, den fraglichen ehemaligen Lehen dieses L
wieder auflegen zu wollen!

Daß der fiscalische Geist sich in Frankreich,
Gegensinn der klaren französischen Gesetzgebung,
che das Lehnwesen aus der Wurzel ausgehoben
zerstöret hat, in den letzten Jahren des französi
Kaiserthums sich zu erheben wagte, darüber
sich nicht wundern, wenn man das französische R
system, welches, nebst der Conscription, dieses L
vorzüglich gequält hat, nur etwas kennt. Als
ge dieses Systems suchte man, doch mit schüchte
Schritte, von Seite der DomainenVerwaltungen
neueren Zeiten, Gesetze vom 14. Ventose Jahrs V
(4. März 1799) und 11. Pluviose XII Jahrs
Hornung 1804) — Gesetze, welche a) viele J
später erschienen sind, als die, welche das L

wesen gänzlich aufgehoben haben, und b) Gesetze, welche **Domaines engagés**, aber ehemals teutsche Lehen nicht befassen können — auf solche Lehen anwendbar zu machen. Da aber die französische Fiscalität sich in dieser Sache keine raschen Schritte erlauben konnte, so mußte sie den Gerichtsweg gehen, wo sie ihren Zweck nicht erreicht hat.

Das Völkerrecht schützt, wie vorgesagt, das fragliche frei gewordene Eigenthum, auch teutsche Gerechtigkeit und der angekündigte Wille der höchsten Retter Europa's erheben die Stimme für den vorliegenden Gegenstand; jene und diese werden die Besitzer solcher ehemaligen Lehen in der Sache selbst schützen, auch gegen das fiscalische Unwesen sichern.

Allein zur Beruhigung so vieler tausend an diesem Gegenstand betheilten Familien und Individuen, darf der Unterzeichnete an den hohen Congreß, der die künftigen Verhältnisse Teutschlands zu bestimmen hat, den ehrerbietigsten Wunsch und die unterthänigste Bitte bringen, das als FundamentalGesetze für die wieder teutsch gewordenen Länder linker Rheinseite ausgesprochen und erkläret werde:

> daß alle ehedem lehnrührigen Besitzungen linker Rheinseite, über welche die teutschen Reichs- und reichsständischen Rechte an Frankreich übertragen gewesen waren, sie seyen vorher von welcher Gattung gewesen wie sie wollen — männliche, weibliche, Erblehen, ohne Unterschied — ihren Charakter der Allodification beibehalten sollen, und daher weder unter dem Vorwand der französischen Gesetze vom 14. Ventose, Jahrs VII, und 11. Pluviose, Jahrs XII, noch

sonst auf irgend eine Art, in Anspruch genommen werden können.

Wien am 20. Jänner 1815.

Edmund Graf von Kesselstadt.

Beilage.

Auszug
aus den auf dem linken Rheinufer verkündeten Verordnungen, über Aufhebung des Lehnwesens.

Verordnung
des Regierungs-Commissärs über die Abschaffung der lehnherrschaftlichen Rechte.

Mainz den 6. Germinal VI. J. (26. März 1798.)

Der Regierungs-Commissär, in der Absicht vermöge der Vollmachten, welche ihm das Vollziehungs-Directorium durch den Beschluß vom 14. verwichenen Brumaire ertheilet hat, die Bewohner dieser Länder der wohlthätigen Verfügungen der fränkischen Gesetzgebung, durch welche etc. das Lehnwesen abgeschafft sind, geniessen zu lassen, beschließt:

I. Artikel.

Die im nächsten Artikel angezeigten Gesetze und Auszüge aus Gesetzen, sollen in den vier neu errichteten Departementen auf dem linken Rheinufer öffentlich bekannt gemacht und vollzogen werden.

II. Artikel.

(Hier folgt die Anzeige dieser Gesetze, zusammen dreissig, und der Inhalt besagter Gesetze.)

Auszug aus dem Gesetz vom 4. Aug. 1789, über die Abschaffung des Lehnwesens.

Die NationalVersammlung zernichtet gänzlich die Lehnherrschaft.

Auszug aus dem Gesetz vom 28. März 1790.

Alle Unterschiede an Ehre, Vorzug und Macht, die von der Lehnsverfassung herrühren, sind aufgehoben.

Der Lehneid ist aufgehoben, sammt allen bisherigen persönlichen Diensten.

Da alle Lehnherrschaft zernichtet, welche auf den Gütern haftet, so ist das Recht des männlichen Stammes in Rücksicht der Lehen, und die ungleiche Theilung nach dem Stand der Personen abgeschafft; — demnach sollen alle Erbschaften sowohl in gerader, als Seitenlinie, ohne Rücksicht auf den Stand der Güter und Personen, unter die Erben, nach den Gesetzen, Statuten und Gebräuchen, welche die Theilungen für alle Bürger reguliren, vertheilt werden.

Gesetz vom 25. Aug. 1792.

Die NationalVersammlung in Erwägung, daß die Lehnverfassung abgeschafft ist, nichts destoweniger aber noch in ihren Wirkungen fortdauert, daß nichts dringender ist, als von dem fränkischen Boden diesen Schutt, der auf dem Eigenthum liegt und es verzehret, wegzuschaffen, decretirt: es dürfen nicht mehr gefordert werden

§. 5. Alle nutzbaren Lehenrechte.

§. 12. Alle angefangene und noch durch kein Urtheil in letzter Instanz entschiedene Rechtsstreite, die Lehngebühren betreffen, sind und bleiben erloschen;

2) Die Freiheit dieses Eigenthums, stehet unter völker- und staatsrechtlichem Schutze.

3) Der Regierung, welche der französischen Regierung in den Ländern des linken Rheinufers folgt, liegt zwar ohne allen Zweifel die Pflicht ob, das fragliche Eigenthum ungestört frei zu lassen, und selbiges unter keinem Vorwande zu beschränken, auch keine neue Lehnverbindlichkeit darüber zu verhängen ꝛc. Allein für die Besitzer solcher Güter ist es dennoch äusserst wichtig, daß bei Uebertragung der Länder des linken Rheinufers, an einen oder mehrere Fürsten, unter Anderem als FundamentalGesetz das ausgesprochen werde, was am Schluße der vorhergehenden Denkschrift gesagt ist.

Wie sehr mit der Aufrechthaltung des fraglichen freien Eigenthums, der Bestand, das Vermögen und die Ruhe von vielen tausend Familien und Individuen des ganzen Landes linker Rheinseite zusammenhänge, dessen wird jeder überzeugt seyn, dem bekannt ist, daß im fraglichen Lande ein sehr beträchtlicher Theil der ganzen Oberfläche, in Lehen bestanden hat, wovon die Lehnherrschaft an das französische Gouvernement übergegangen war.

In dieser Hinsicht bedenke man:

a) daß im Durchschnitt genommen, die meisten Grundgüter und Gefälle, selbst die der regierenden Fürsten und Herren des Landes, von andern zu Lehn giengen. Hiedurch waren sie Vassallen; sie waren aber auch Lehnherren von andern Fürsten, Herren u. s. w. *). Desgleichen

*) Z. B. der Kurfürst von der Pfalz, der Herzog von Zweibrücken ꝛc. besassen Lehen von dem Erzstift, Fürsten N. N.

waren die meisten Besitzungen des Adels, auch vieler andern Familien, und der sowohl weltlichen als geistlichen Körperschaften, lehnrührig; und zwar unter solcher Lehnherrschaft, die friedensschlußmäsig an Frankreich übergegangen war. Man betrachte ferner,

b) daß das französische Gouvernement alle Domainen, Grundrenten u. s. w. (Waldungen und sehr bedeutende Grundstücke ausgenommen), von ehemaligen geist- und weltlichen Fürsten und Herren, von Körperschaften, von vielen Familien und Individuen herrührend verkauft hat.

c) Daß viele Familien und Individuen ihre Güter ohne Unterschied, sie mögen ehemals lehnbar oder Allodium gewesen seyn, theils alle, theils zum Theil verkauft, vertauscht ꝛc. haben, und zwar als freies Eigenthum.

In wieviel Händen und Unterhänden befindet sich diesemnach die grosse Masse der ehemaligen Lehngüter des linken Rheinlandes, worüber die Lehnherrschaft an Frankreich übergegangen war? In wieviel Stücke und Untertheile, sind diese Güter getheilt.

Welche Wirkungen würden daher für die große Zahl der fraglichen Ankäufer und für die Privat-Verkäufer unausbleiblich entstehen, wenn man die Freiheit dieser Güter kränken oder sogar den Lehnverband über selbige neu verhängen, diese durch Gesetze allodificirten Güter in Lehen verwandeln wollte? Wer würde für die von dem Gouvernemant verkauften Güter (die Privatverkäufer wären erreichbar) Eviction leisten, und durch wie viel Stufen müßte dieselbe laufen?

Unglück und Ruin würde eine ausserordentliche Menge Familien und Individuen, sowohl die Käufer als Verkäufer der fraglichen Gegenstände, treffen, diese wegen der Eviction, und jene, weil sogar viele in Wirklichkeit keine EvictionsLeistung erlangen könnten.

Wie unübersehbar und unglücklich und ruinös würde es seyn, wenn man sich erlaubte, den Grundsatz des freigewordenen Eigenthums der Güter, Gefälle rc., welche vor Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich in dem Lehnverband gestanden haben, worüber die Lehnherrschaft an Frankreich übergetragen war, je anzugreifen!

Nachdem leider häufige Erfahrung gelehrt hat, daß das Heiligste unter mancherlei Vorwand, wenn man noch einen Vorwand hinstellen wollte, hintangesetzt wird; so erfordert die Sache, und die große Zahl der daran Betheilten müssen wünschen und bitten, daß der Grundsatz wie die oben angezogene Denkschrift anführt, ausgesprochen und erklärt werde, ehe das Land linker Rheinseite einem Regenten zugesichert wird.

Wien den 20. Jan. 1815.

Edmund Graf von Kesselstadt.

3.

Schreiben

des Herrn Domherrn Edmund Grafen von Kesselstadt, an einen Herrn Congreß-Bevollmächtigten, betreffend die Beibehaltung der Allodification in den teut-

schen Ländern der linken Rheinseite; datirt Wien den 6. Febr. 1815. Mit einer Beilage.

Monsieur le Comte!

Après la réunion des provinces sur la rive gauche du Rhin à la France, celle-ci y a expressément appliqué les loix françaises par lesquelles à l'époque de la révolution tous les droits féodeaux ont été abolis et les fiefs changés en alleux et ce sans indemnité pour les seigneurs suzerains.

Cette disposition a été maintenue depuis que, par le traité de Lunéville, l'Empire d'Allemagne a formellement cédé ces provinces à la France, et si depuis l'esprit fiscal de la partie des domaines en France a tenté de revenir sur une partie de cette disposition par rapport aux domaines de la couronne, et domaines engagés, ces tentatives, d'ailleurs non-applicables aux anciennes provinces allemandes, sont demeurées sans effet, de sorte qu'à l'époque où par le traité de Paris la majeure partie des provinces sur la rive gauche du Rhin a été restituée par la France, et résignée entre les mains des puissances alliées, le lien féodal y étoit supprimé et les fiefs changés en alleux.

Il ne peut point paraître douteux, que les souverains auxquels les puissances alliées donneront ces provinces, en indemnité, ne soient portées par eux-mêmes à reconnaitre la validité de cette suppression des droits féodaux, prononcée par la France à une époque où un traité de paix solemnel lui avait transmis légalement la libre disposition de ces provinces.

Ceci est d'autant plus urgent qu'il résulterait une infinité de procès et de disputes, s'il pouvait être question du rétablissement de l'ancien lien féodel, vu que nombre de ces fiefs allodifiés ont depuis librement été aliénés et ont passé de main en main, et ont été et pu être validement constitués en hypothèque.

Toute incertitude, à cet égard, serait même très-nuisible, pour le crédit des particuliers, et par ce motif même nuisible aux intérêts des nouveaux souverains.

C'est par ces motifs urgens que les possesseurs de ces terres supplient instamment les hautes puissances alliées de bien vouloir insérer dans les actes par lesquels elles céderont ces provinces ou parties d'icelles à tel souverain, la clause expresse:

> que tous les anciens fiefs, ressortissans anciennement de l'Empire, des états et des seigneurs d'Allemagne, dont les droits et la suzeraineté ont passé à la France dans ces provinces, de quelque qualité qu'ils soient, soit masculins, feminins, ou héréditaires, conservent leur qualité actuelle d'alleu, et que, sous aucun prétexte, il puisse être question de rétablir à leur égard l'ancienne qualité féodale.

J'ai l'honneur d'être avec la plus haute considération

Monsier le Comte
de
Votre Excellence
le très-humble et très-obéissant
Edmund comte de Kesselstadt.

Vienne
le 6 février 1815.

4.

Darstellung

rechtswidriger Handlungen der französischen Regierung, in Absicht auf das Privateigenthum in den wieder eroberten teutschen Ländern auf der linken Rheinseite; nebst Anträgen und Vorschlägen, wie das Unrecht wieder gut zu machen sey; mit einer Beilage, den Verkauf der Gemeindegüter betreffend; datirt Wien den 14. Febr. 1815.

Der Friede von Lüneville hat dem französischen Gouvernement die Souverainetät über das Land linker Rheinseite, sammt Allem was den Fürsten und Ständen in diesem Lande angehörte, übertragen. Durch letztes sind dem Gouvernement Eigenthum und Rechte, von der Souverainetät ganz unabhängig, zugekommen. Das Gouvernement hat sein Grundeigenthum in diesem Lande späterhin durch die Zernichtung aller geist- und weltlichen Körperschaften u. s. w. wesentlich vermehrt.

Handlungen des französischen Gouvernements als Souverain.

A. Betrachten wir das Gouvernement in seinen Handlungen als Souverain.

Die überschrittene souveraine Gewalt, nämlich Eingriffe in das Eigenthum.

I. Daß das Gouvernement, in dieser Eigenschaft, seine Zuständigkeiten (die Rechte des Souverains) überschritten hat, dieses ist keinem Zweifel unterworfen, seine Gesetzgebung und seine Handlungen bezeugen es. Zum Beleg will man nur Folgendes ausheben, als

1) die Zehnten, auch

2) viele Renten, Gefälle, Gerechtsame u. d. g. sind ohne Loskäufe, ohne Ersatz, ganz einfach zernichtet, und dem Eigenthümer geraubt worden.

3) Manches Eigenthum, dingliche auch erbliche Rechte, sind eingezogen, vorenthalten, und mancherlei Obliegenheiten sind nicht von dem Gouvernement geleistet worden.

4) Der Verkauf aller Gemeindegüter wurde verordnet und zum Theil vollbracht, durch die Gesetze, welche das Vorgesagte verfügten, und durch vielerlei eigenmächtige Handlungen hat das Gouvernement offenbar das Eigenthum angegriffen, und daher das Natur- und Völkerrecht verletzt. Solche Gesetze und Handlungen, können nichts Rechtskräftiges erzeugen.

Rechte der ihres Eigenthums Beraubten, und Obliegenheiten des Gouvernements.

Den in ihrem Eigenthum Verletzten stehet der Rückgriff nach ihrem Eigenthum zu, oder das Recht, von dem Gouvernement Entschädigung zu fordern, dessen Obliegenheit es auch ist, dieselbe zu leisten.

Hintansetzung der Rechtsgrundsätze, nämlich der Verjährung und des rechtmäsigen Besitzes.

Mit den, unter 2, vorerwähnten Verletzungen des Eigenthums durch Aufhebung vieler Renten, Gefälle, Abgaben 2c., selbst mit den Renten, welche beibehalten oder nicht zernichtet sind, hängt eine, den bisherigen allgemein anerkannten Grundsätzen in Hinsicht des rechtmäsigen Besitzes und der Verjährung, ganz widerstrebende Gesetzgebung zusammen.

Denn in den meisten Fällen, Renten u. dergl. betreffend, schützt, nach den neuen französischen Gesetzen, nicht der rechtmäsige und auf Verjäh-

rung gegründete Besitz den Eigenthümer bei seiner Rente rc., sondern er muß den Urtitel beibringen, um sie nicht zu verlieren.

Das Gouvernement hat daher, wie aus dem Ebengesagten klar erhellet, diese allgemein anerkannte Basis, worauf das Eigenthum ruhet, und welche das Eigenthum schützet, nämlich den rechtmäßigen Besitzstand und die Verjährung, theils zernichtet, theils verletzt.

Aus dem Vorhergehenden fliessen:

Folgerungen, rücksichtlich der verletzten Restitution oder Schadloshaltung des Gouvernements.

I) die Rechte derjenigen, welchen ihr Eigenthum geraubt wurde, oder die darin verletzt sind, in selbiges restituirt, oder dafür schadlos gehalten zu werden.

II) Die Obliegenheit des Gouvernements,

a) die Restitution zu bewirken, oder Schadenersatz zu geben;

b) die Gesetze, in Hinsicht des rechtmäßigen Besitzstandes und der Verjährung, vollständig herzustellen.

Zu erlassende Erklärung in Hinsicht des zernichteten Eigenthums und der Eigenthumsrechte.

Eine allgemeine und feierliche Erklärung, daß für alles zernichtete Eigenthum und Eigenthumsrechte (z. B. Renten, Gefälle, Erbpächte, Vogteien, Lehen von Privaten zu Privaten, Abgaben welche uneigentlich unter die Zehnten geordnet worden sind, als die Abgabe des zehnten Baumes u. d. g., die kein Gouvernement zu verletzen berechtiget seye,) Maasregeln ergriffen werden sollen, um die Verletzten auf gehörige Weise zu befriedigen

oder zu entschädigen. Dieses wäre eine der Sache angemessene Maasregel.

Durch diese Erklärung wird

a) dem unter der französischen Regierung hintangesetzten Völkerrechte gehuldigt,

b) Unrecht gut zu machen versichert, und

c) ein in mehrerer Hinsicht abschreckendes Beispiel für die Folge gegeben.

Art und Weise
wie das geraubte Eigenthum zu ersetzen und herzustellen ist, rücksichtlich der Zehnten, dann der Renten, Abgaben und des Eigenthums, unter verschiedenen Verhältnissen und Namen, auch Erklärung deßhalb.

A) Die Zehnten betreffend.

Diejenigen, welchen ihre Zehnten geraubt worden sind, hat das Gouvernement zu entschädigen.

Die Entschädigung ruhet auf Folgendem:

1) auf dem Object,

2) auf dem Werth, und

3) auf der Art, wie der Ersatz geschehen soll.

Die Entschädigungs Operation selbst ist sehr einfach, und zwar:

ad 1) das Object ist leicht, mittelst Beauftragter von der Regierung und von Seite der Zehntberechtigten zu bestimmen.

Die von der Regierung deßhalb zu Beauftragenden, wären z. B. einige von dem Zehntbezirk nächst gelegenen Bürgermeister, unter Aufsicht des Staatsrentmeisters.

ad 2) Die Festsetzung des Werths wird sich aus dem ErtragsQuantum des Zehnten und aus

dem Werth des Erzeugnisses ergeben; eines und das andere würde nach DurchschnittBerechnungen festgesetzt. Diese Operation wäre abermal das Geschäft der unter 1 gesagten Personen.

Dieses Verfahren ist natürlich, einfach und wenig kostbar, weil die Bürgermeister sachkundig, in der Nachbarschaft des Objects wohnen, und sie, wie auch die Rentmeister, von den Zeiten der französischen Regierung keine oder wenig Diäten zu erhalten gewöhnt sind.

ad 3) Dem Staat und dem Zehntberechtigten wird es gewiß am zuträglichsten seyn, daß der Capitalwerth, in gehörig zu bestimmenden Terminen zurückbezahlt werde. Die Betrachtung kann nicht entgehen, daß der Verlust des Zehntberechtigten bei der vorerwähnten Entschädigung, doch immer sehr groß bleibt, und zwar in doppelter Hinsicht, als:

1) wegen der Einbuße des Rechtes,

2) wegen des seit vielen Jahren entbehrten und verlornen Genusses.

Es bedarf wohl keiner Bemerkung, daß zum Beweise des Zehntrechtes, weder Urkunden noch sonstige Litteralien erforderlich seyn können; sondern daß es hinreichen müsse, wenn der Beweis nur gehörig hergestellt werde, es mag auf die eine oder andere Weise geschehen. Die durch die Revolution abhanden gekommenen, oder selbst öfters böslich zerstörten Papiere, machen das Gesagte wesentlich nöthig.

B) Die Renten betreffend.

Wenn die Abgaben, welche Ausflüsse der Leibeigenschaft sind, für die Folge abgeschafft



bleiben sollen, so möchte folgende Erklärung
den seyn:

1) Alle Abgaben, welche von der Lei
schaft berühren, bleiben abgeschafft, und da
von dem Gouvernement Entschädigung
Hingegen sollen

2) alle andern Renten, und Abgab
Art, in der Folge wieder geliefert werde
Unterschied, Einzelne oder ganze Gemeinden mö
verpflichtet seyn.

3) Die Güter, welche in Erbpacht od
gegeben sind, sie mögen Namen führen wie sie
z. B. Vogtei (avouerie), oder sonsten, beha
Natur wie selbige vor der französischen Gese
gewesen ist.

Die bisherigen Rückstände, sollen nach
Verhältnisse den Pflichtigen erlassen seyn. T
lige Verhältniß möchte vielleicht darin bestehen,
Pflichtigen zwei Drittheile nachgelassen wür
hingegen ein Drittheil an die Eigenthümer z
haben.

4) Alle dinglichen Gerechtsame soll
der aufleben.

5) Der gehörig erwiesene Besitzstand
die Verjährung, nach den ehemaligen Landes
soll dem Abgaben- oder RentenEigenthümer ꝛc.
für alle vorerwähnten Gegenstände, als rechtmäß
tel dienen.

6) Den Pflichtigen soll der Beweis
daß die Abgabe ein Ausfluß der Leibeigensch
wenn die Landesgesetze oder der Länderbrauch dies
schon darthun.

7) An denen Orten, wo der oder d
tenpflichtigen Individuen durch abhande

kommene Papiere **nicht bekannt** sind, da soll die **ganze Gemeinde** für die Leistung verpflichtet seyn, weil hiedurch die verpflichteten Individuen ganz gewiß an den Tag kommen, und angegeben werden.

Durch eine Erklärung vorgehender Art, wäre den Rechten aus der persönlichen Freiheit fliessend, und den Rechten der Eigenthümer Genüge geleistet.

Das von dem Gouvernement vorenthaltene Eigenthum u. s. w.

C) Das von dem **Gouvernement vorenthaltene** oder **verkaufte Privat-Eigenthum**, oder sonsten **dingliche Rechte**, wofür das Gouvernement verpflichtet ist, betreffend.

Alles dieses dem Eigenthümer **zurück zu geben**, oder **Schadensersatz** dafür zu leisten, ist Obliegenheit des Gouvernements.

Die verkauften Gemeindegüter.

D) **Die verkauften Gemeindegüter** betreffend.

Das Gesetz vom 20. März 1813, welches den **Verkauf der Gemeindegüter** anordnet, und die darauf gefolgte Vollstreckung dieses Gesetzes ist ein **Eingriff** in das **Privateigenthum**, und daher eine Verletzung des Völkerrechts. Das Beste, das Interesse der Gemeindeglieder selbst, auch das Interesse der Gemeindegläubiger, erheischen die **Aufhebung dieser Verkäufe**. Dagegen fordert auch die Gerechtigkeit, daß die **Käufer** ihre geleisteten **Zahlungen zurück erhalten**.

In der **Anlage** ist dieser Gegenstand etwas näher zergliedert.

Durch die vorhergehende Erörterung, glaubt man die wesentlichsten **Eingriffe** des französischen Gouvernements (dieses als **Souverain** betrachtet) in

das Eigenthum seiner ehemaligen Unt
linker Rheinseite dargestellt, und deren
wie auch die Pflichten des Gouvernements
zu haben.

Handlungen des französischen Gouvernements welche keine Ausflüsse der souverainen Gewalt sind.

B. Betrachten wi
noch das franz
Gouvernement,
als Souverain auch Handlungen, die
Privaten zustehen, unternommen hat.

1) Die Güter- (Domainen-) verkäuf

2) Die Aufhebung des Lehn Nexus,
lich der Lehnherrschaft, welche Eigenthum de
vernements war, worüber es gleich jedem Privat
Dispositionsrecht hatte. Eines und das ande
Handlungen obiger Categorie.

Diese beiden Handlungen wird man im
nen erörtern.

Güter- (Domainen-) Verkäufe.

Die Domainen Ve
betreffend.

In Teutschland, und in specie in
vinzen linker Rheinseite, ist der Grundsatz
veräusserbarkeit der Güter der
und Herren unbekannt gewesen. Nur du
milienverträge, Fideicommisse u
konnte die Veräusserbarkeit der Güter b
seyn, aber mittelst z. B. der Agnaten Einw
wo Fideicommisse u. dergl. bestanden, wa
Besitzungen der Fürsten eben so veräusserba
alle Privatgüter.

Nachdem nun die fraglichen Länder
darin gelegenen Güter der Fürsten und
ohne alle Beschränkung an Frankreich
gegangen sind, so konnte es mit diesen G

gleich jedem Privatmann schalten. Es ist demnach kein Grund denkbar, warum die Domainen-Verkäufe, welche das französische Gouvernement bewirkt hat, ungültig seyn sollten, und wie selbige aufgehoben werden dürften? Das Aeusserste was geschehen könnte, wäre allenfalls den Rückkauf sich vorzubehalten. Eine der Sache angemessene Erklärung wäre nöthig.

Aufhebung des Lehn-Nexus, in Hinsicht solcher Lehen worüber das Gouvernement, einem Privatmann gleich, frei disponiren konnte.

Die Aufhebung des LehnNexus betreffend.

Die Lehnherrschaft und die Souverainetät sind zwei ganz getrennte Eigenschaften. Ein Privatmann kann Lehnherr seyn. Nachdem das französische Gouvernemant über die ihm zustehende Lehnherrschaft, welche ihm vom Reich, von Reichsständen oder sonst zugekommen war, so verfügt hat, daß es darauf verzichtete, und diese Lehngüter freies Eigenthum geworden sind; so that das französische Gouvernement hierin nichts weiter, als was jeder Privatmann, der über sein Vermögen und über seine Rechte frei verfügen kann, zu thun berechtiget ist.

Diese Handlung wurde durch Gesetze sanctionirt, folglich hat, für den vorliegenden Fall, der Souverain zu dieser Handlung, deren ein Privatmann fähig ist, mitgewirkt. Es ist demnach nicht denkbar, wie die Freilassung der Lehen rechtlich angegriffen werden könne, wie dem Eigenthum was ehemals mit Lehnverband verstrickt war, selbiges wieder angelegt oder dieses freie Eigenthum wieder beschränkt oder beschweret werden könne, ohne daß das Völkerrecht verletzt würde.

Es ist diesemnach der Sache ganz angemess
Kundmachung zu erlassen, welche erklärt:

daß alle ehemals vom Reiche von Reichsstän
sonsten rührende Lehen, worüber die Lehnherr
das französische Gouvernement übergegangen
mögen männlich, weiblich, Erblehe
unter anderer Benennung, bestanden haben,
freies unter keinem Vorwand angreifbares,
schmälerndes Eigenthum.

Man sprach eben vorhin von dem aufg
LehnNexu, worüber dem Gouvernement das
gungsrecht zugehört hat, folglich allein von de
herrschaft, die an das französische Gouverneme
die Abtretung des linken Rheinufers überkommen

Wesentlicher Unterschied zwischen Staats- und PrivatLehngerechtsamen, in der verfügten Aufhebung.

Daß man in dem l
ten nicht von der b
französischen G
aufgehobenen Feuda
sprach, dessen wird man sich überzeugen, wenn
das oben in dem ersten Absatz Gesagte einen
macht, wo die aufgehobenen Rechte und Ge
(wozu auch die Lehen der Privaten gegen
ten gehören) unter die Eingriffe des Go
ments in das Privateigenthum gezählt,
her unter die völkerrechtswidrigen Handlungen
worden sind, wofür das Gouvernement die ihre
thums Beraubten zu entschädigen schuldig ist.

Wien den 14. Hornung 1815.

Edmund Graf von Kesselst

*) Die aufgehobene Feudalität begreift, unter And
in dem ersten Absatze aufgezählten Eingriffe in
genthum.

Beilage.

Betrachtungen

in Beziehung auf den durch Napoleons Gesetz vom 20. März 1813 verordneten Verkauf der Güter der Gemeinden.

Das Gemeindegut ist ein, unter den Gliedern einer Gemeinde ungetheiltes Eigenthum. Es ist derselben Natur wie das Eigenthum der Privaten*) Die Benutzungsweise und die Vertheilung der Einkünfte von diesen Gütern unter die Gemeindeglieder, sind Beweise, daß dieses Eigenthum auch in der Benutzungsart von dem Eigenthum der Privaten gar nicht unterschieden ist.

Der Staat kann daher nicht mehr Disposition zu seinem Vortheil über das GemeindeEigenthum haben, als ihm über das Eigenthum der Privaten zustehet. Die Oberaufsicht (weil die Gemeinden immer als minderjährig betrachtet werden) ändert die Natur des Eigenthums nicht.

Das französische Gesetz, welches die Verkäufe der Gemeindegüter verordnet, verfügt auch, daß der Kaufpreis in die caise d'amortissement gelegt, und daß aus selbiger den Gemeinden die Zinsen von dem Capital geleistet werden sollen.

Die Nachtheile dieses Gesetzes für die Gemeinden sind sehr bedeutend; man wird daher einige aufzählen.

*) Diese Vertheilung der Einkünfte hatte freilich nur statt in der ehemals teutschen Zeit. Während der französischen Epoche, wo mehr als diese ganzen Einkünfte absorbirt wurden, konnte freilich keine Vertheilung statt haben.



1) Gemeindeglieder, welche kein Gr
thum besitzen, konnten ihr Brod in dem Gem
gewinnen.

2) Im kleinsten Theil des Landes linke
seite, ist die Stallfütterung bekannt (diese kann a
plötzlich eingeführt werden). Da der Wei
durch den Verkauf der Gemeindegüter sehr bes
ist, so leidet hierdurch der Viehstand.

3) Die Gläubiger der Gemeinden
nachtheiliget.

4) Der Credit der Gemeinden
schmälert.

5) Viele Gemeindegüter sind unter dem
verkauft. Wenn auch der Verkaufspreis manch
le den respectiven Werth (selbigen nach dem b
Ertrag angeschlagen) überstiegen hat, so ist dag
bemerken, daß

a) die Schätzungsanschläge nach dem bish
Ertrag genommen wurden, und

b) daß man eigene Benutzungen, wie di
und 2 angeführten, nicht leicht nun
schätzen kann.

Es wäre daher gerecht, und der größte
theil, selbst das Bedürfniß der Gemeinden
es, daß die völkerrechtwidrigen Verkäufe d
meindegüter aufgehoben werden. Dageg
auch fordert die Gerechtigkeit, daß den Ankäuf
ausgelegtes Geld zurückerstattet werde.

Jenes und dieses wäre wohl nicht schwe
führbar. Zum Beweise folgende Bemerkungen:

1) wegen Kürze der Zeit, konnten nich
Gemeinde Güter verkauft werden.

NB. Das Decret, welches den Verkauf verordnet, ist vom 20. März 1813.

Ungeachtet der Eile, welche man auf die Vollbringung der Verkäufe angeordnet hat, zögerten selbige dergestalt, daß die dem französischen Reich drohende Gefahr sich inzwischen äusserte, weßhalb zuletzt keine Kauflustigen mehr auftraten. Hiedurch sind in einem Departement mehr, im andern weniger Verkäufe vollbracht.

2) Die Zahlungstermine sind in Drittel getheilt, nämlich ⅓ drei Monate nach dem Verkaufe, ⅓ ein Jahr, und das letzte ⅓ zwei Jahre nach Verfall des ersten Termins.

3) Man kann im Durchschnitte annehmen, daß nur ⅓ des Kaufpreises wirklich an das französische Gouvernement bezahlt worden ist. Demnach wäre, wenn die Verkäufe zernichtet, und die Gemeinden in ihr Eigenthum restituirt würden, nur ⅓ sammt Zinsen davon an die Käufer zu ersetzen.

Dieses ⅓ soll, dem Vernehmen nach, im Saar-Departement beiläufig 700,000 Franken betragen. Den Betrag der davon aus den andern Departements linker Rheinseite in die caise d'amortissement geflossenen Summen, ist man anzugeben ausser Stande. Wenn man aber diese Summen von dem französischen Gouvernement nicht zurückfordern könnte, oder selbige nicht zurückbekommen würde, so wäre dann doch z. B. das oben erwähnte ⅓ des SaarDepartemens nämlich die 700,000 Franken durch gehörige Einrichtung leicht aufzufinden, und hiedurch den Ankäufern zurückzuzahlen. Das Nämliche gilt gleichfalls für die andern Departemente linker Rheinseite.

Hierdurch würden, in diesen Departement
Gemeinden die oben erwähnten Vortheile gesich
die völkerrechtwidrige Handlung des französisch
vernements in die Reihe gebracht. *)

---

*) In Beziehung auf diesen wichtigen Gegenstand
hier folgende königlich - preussische Verordnu
gen der Gemeindegüter in den vormals französi
preußischen Provinzen am Rhein, eine Stelle.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden
von Preussen rc. rc.

Haben in Erfahrung gebracht, daß, nachdem da
sische Gesetz vom 20. März 1813,

wonach (unter gewissen Einschränkungen und V
gen) alle Güter der Gemeinden zum Besten d
tisations - Kasse des französischen Reichs eingezo
veräussert werden sollten,

in den damals französischen, und jetzt mit Unserm Re
einigten Provinzen am Rhein, von dem Zeitpunkte ihr
pation an aufgehoben worden, bei der Ausführun
Aufhebung des gedachten Gesetzes von Seiten der vers
einstweiligen VerwaltungsBehörden nicht gleic
verfahren, und dadurch über Unsere wahre Willens
Zweifel entstanden ist.

Um diesen Zweifel und alle sonstige Mißverständ
beseitigen, finden wir Uns veranlaßt, zu erklären:

§. 1. Es versteht sich von selbst, daß alle d
Güter der Gemeinden, welche bis zu dem Zeitpunct
die respect. Gouverneurs der gedachten Provinzen den
Verkauf derselben eingestellt haben, noch nicht w
dem französischen Gesetze vom 20. März 1813 gemäß
kauft worden waren, respect. in dem Eigenthum d
meinden, denen sie bis dahin angehörten, verbleib
ihnen zurückgegeben werden.

§. 2. Diejenigen GemeindeGüter aber, welche vo
Zeitpuncte bereits wirklich verkauft waren, soll

5.

Note
für den Adel auf der linken Rheinseite, datirt Wien den 28. Febr. 1815.

Die Anlage*) hat folgenden, in drei Puncte getheilten Zweck.

I. Punct. Die Lage des Adels der teutschen Provinzen des linken Rheinufers etwas zer-

Käufern und sonstigen redlichen Besitzern keineswegs wieder entzogen werden, sondern als wohlerworbenes Eigenthum unangetastet bleiben, wenn der Verkauf selbst in der gehörigen Form und dem Gesetze vom 20. März 1813 gemäß geschehen, und vorbehaltlich aller rechtlichen Einwendungen, die wegen Verletzung oder Ueberschreitung dieses Gesetzes oder aus sonst irgend einem speciellen Rechtstitel statt haben mögen.

§. 3. Dagegen sind die rückständigen Kaufgelder und alles, was sonst die Käufer dieser Güter und ihre Nachfolger im Besitz dennoch an die AmortisationsKasse von Frankreich zu leisten verpflichtet waren, so weit diese Verpflichtungen nicht vor dem §. 1 bestimmten Zeitpunct erfüllt worden sind, nunmehr als Eigenthum derjenigen respect. Gemeinden anzusehen, denen die verkauften Güter vorher gehörten, und treten diese, in dem Rechtsverhältniß zu den Käufern, als Gläubiger in die Stelle des französischen Reichs und seiner AmortisationsKasse.

Hiernach haben sich die betreffenden Behörden und Jeder, den es angeht, gebührend zu achten.

Gegeben Berlin, den 27. Januar 1816.

Friedrich Wilhelm.
F. v. Hardenberg.
Kircheisen. Schuckmann.

*) Es ist die hier unmittelbar folgende Denkschrift.

gliedert darzustellen, worin selbiger sich gegenwär
det; sowohl durch die Revolution Frankreichs
als insbesondere durch die völkerrechtwidrigen fr
sischen Gesetze, vorzüglich durch die Aufhe
des sogenannten Feudal-Systems, welches nicht
die Lehnherrschaft aufgehoben, sondern auch viele
des Eigenthums zernichtet hat, wodurch also di
des Adels auf zwei Hauptpuncte zu reducir
als:

a) auf den gänzlichen Verlust seiner
sönlichen Rechte und politischen
stenz:

b) auf die Beraubung eines grossen T
seines Eigenthums.

Sein Eigenthumsverlust ist nicht nur
tiv, sondern auch wirklich weit beträchtlicher (den
lichen Stand ausgenommen) als der Verlust von
andern Classen ist und seyn konnte, wegen der
thümlichkeit der Gesetze, die z. B. bei Renten,
Gefällen, Erbpachtgütern u. dergl., wenn sie
chen angehören, so mancherlei Präsumtionen für
lität, also für Zernichtung mit sich führen, wel
dergleichen Besitz in Händen von Nichtadelichen,
eintreten.

II. Punct. Das Begehren des Adels,

a) ihm seine persönlichen Rechte u. s. w. n
gegeben, und er dem Adel rechter S
seite gleichgestellt, und

b) ihm, völkerrechtmäßig, sein Eigenthum
alles dahin gehörende, an Renten, Gef
Gerechtsamen u. s. w. zurückgegeben
er dafür entschädigt werde.

III. Punct. Verschiedene Angaben, rücksichtlich der Gegenstände, welche restituirt werden können, und solcher, wofür Entschädigung eintritt.

Wien den 28. Hornung 1815.

Edmund Graf von Kesselstadt.

6.

Denkschrift

für die vier Departemente auf der linken Rheinseite, das Herzogthum Luxemburg x., insbesondere den Adel daselbst betreffend; datirt den 28. Febr. 1815.

§. 1.

Die Wirkungen der französischen Revolution auf das alte Frankreich, in specie das durch Aufhebung des Feudal-Systems in vielen Theilen zernichtete Eigenthum.

Das Unglück, was die französische Revolution in allen Verhältnissen über Frankreich verbreitet hat, dieß ist allgemein bekannt. Man will daher nur eines Zweiges davon, welcher der Revolution und ihren folgenden Regierungen angehört, erwähnen, wodurch einer der wichtigsten Grundpfeiler und eine der ersten Bedingnisse des gesellschaftlichen Bandes erschüttert worden sind, nämlich:

1) die Aufhebung des Feudal Systems, worunter bei weitem mehr, als das Lehnwesen begriffen ist, indem selbige die Aufhebung der Lehnherrschaft und die Zernichtung eines sehr beträchtlichen Theils des Eigenthums und vieler Eigenthumsrechte u. s. w. in sich fasset, dann

2) des sehr wichtigen Gesetzes, welches die bisher in allen Gesetzgebungen als Stützen des Eigen-

thums aufgenommenen Grundsätze aufgehob
nämlich die Wirkung des Besitzstandes und d
jährung in Eigenthumsfällen z. B. bei Ren
Frage ist, ob selbige feudal oder nicht sind, w
erwiesene Besitzstand und die Verjähru
nichts nützen.

§. 2.

Die Aufhebung des FeudalSystems hat auf die (t
Länder linker Rheinseite ꝛc. härter in Hinsicht de
thums gewirkt, als im alten Frankreich.

Das auf Frankreich so schwer wiegende
tionsunwesen, nämlich die Aufhebung des Feudal
hat die (teutschen) Länder linker Rheinseite in
Hinsicht mehr, als das alte Frankreich,
denn

a) die Gesetze, welche das Feudalwesen
ten Frankreich aufhoben, sind bei deren Ein
in den (teutschen) Ländern linker Rheinseite auf
stände ausgedehnet und angewendet worden,
Frankreich theils nicht existiren, theils daselbst and
sprungs sind, weil in Frankreich die Coutume
diale, in regula nicht anzunehmen ist; wodu
in den teutschen Provinzen manche Dinge getroffe
den, die nicht zur Categorie der supprimirten
welche die Gesetze über das Feudalwesen im alten
reich beabsichtigten. Dieser wichtige Unterschie
fühlbar wenn man betrachtet, daß in den Länd
ker Rheinseite, in dem Luxemburgischen u. s. w.
tume allodiale ist, folglich die Abgaben und
nach selbiger, als aus dem übertragenen Eigenthu
send, in Regula zu beurtheilen wären, was in
ten Theil des alten Frankreichs ganz entgegenge
weil auch

b) in dem alten Frankreich die Urkunden, folglich die Beweismittel für viele Gegenstände des Eigenthums, wo kein Besitzstand, keine Verjährung gelten, sondern UrTitel erfordert wurden, eher vorräthig seyn können, als in den Ländern linker Rheinseite, wo die verheerenden Kriege der Franzosen, Archive und Literalien seit mehr als einem Jahrhundert öfters zernichtet haben, wogegen über Frankreichs Boden lange her kein Krieg gekommen war.

Nebst diesem gab dem alten Frankreich die dasige, schon längst bestehende NotarialEinrichtung, sehr verschieden von dem Notarialwesen in Teutschland, ein Mittel weiter zur Sicherung von Urkunden.

§. 3.

Der Adel hat vorzüglich an seinem Eigenthum und seinen Einkünften verloren, durch Präsumtionen u. d. g.

Die französische Revolution und französischen Gesetze haben Eigenthum geraubt, sie haben zernichtet, man darf fragen, was nicht? Denn nur Eigenthum des Grund und Bodens, und reine Grundrenten, bilden das einzige, in dem alten Frankreich übrige, liegende Vermögen. Was ist aber unter reinen Grundrenten ꝛc. zu verstehen? Es sind solche Renten auf Grund und Boden haftend, wofür der erforderliche Beweis schwer zu liefern, und gegen welche viele kleinliche Umstände und eine Menge Präsumtionen aufgestellt sind (reine) übrig gebliebene Renten ꝛc. im Verhältniß der zernichteten Renten, und besonders der Renten welche schlafen, sehr gering ist.

Unter schlafenden Renten versteht man solche, welche die Eigenthümer aus Mangel an Documenten, und wegen der schwankenden Juris-

prudenz der Gerichtshöfe, bei Anwendung
gesetze fliessend zu machen nicht wagen dürfen,
unberührt gelassen haben, in der Erwa
über viele Gegenstände eine bestimmte Gesetz
scheinen würde, was sich um so mehr hat
lassen, als Napoleon in der Renten- und Ab
terie manche Decrete erlassen, welche die Feud
sigten, d. h. Renten, Abgaben rc. ausdrücklich
oder reine Renten erklärten. Daß der Adel
lichen Standes nicht zu erwähnen) bei weitem
alle andern Classen in jeder Hinsicht, besond
nem Eigenthum verlohren hat, dieses ist notc
wird auch hier nachfolgend etwas näher
werden.

§. 4.

Einige Zergliederungen des Verlustes, welchen d
litten hat.

Der Verlust des Adels läßt sich theilen

1) in persönlichen,

2) in politischen, und

3) in Hinsicht des Eigenthums.

ad 1) den persönlichen betreffend,
kannt, daß alle Vorzüge des Standes
haben.

ad 2) Es ist bekannt, daß durch die Auf
ler politischen und administrativen V
woran der Adel theils mittelbar, theils unmit
theilt war, die ihm auch als eine Eigenthu
angehörten, er nicht nur Rechte und Gerechtsa
dern auch manche davon abhängende Einkünft
verloren hat.

Unter dieser Rubrik verlor er:

a) die Landeshoheit und die daraus fliessenden Rechte, welche mehrere, ohne Reichsstände zu seyn, besaßen;

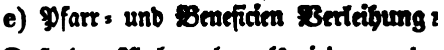
b) die reichsritterschaftliche Qualität und Rechte;

c) die Gerichtbarkeit, die hohe, mittlere und niedere (Patrimonial-) Gerichtbarkeit, Civil- und CriminalJurisdiction, Polizei und Forsteilichkeit u. s. w.;

d) die Landstandschaft, woran der Adel in einem grossen Theil des linken Rheinufers Antheil hatte.

ad 3) In Hinsicht des Eigenthums und der Einkünfte in specie, verlor der Adel, ausser den Zehnten (welcher Verlust jeden Besitzer wessen Standes er war, getroffen hat) weit mehr als jeder andere Eigenthümer nichtadelichen Standes, nämlich an

1) dinglichen Rechten, jeder Art,
2) Zinsen,
3) Erbbeständen,
4) Vogteien } Erbbestände unter verschiedenen
5) Schaftgütern } Namen,
6) Wasserläufe,
7) Gülten,
8) Lehen von Privaten zu Privaten,
9) Abgaben und Leistungen unter mancherlei Benennung u. s. w.;
 dann ferner
 a) an Gerechtsamen mancherlei Art
 b) Waidstrich,
 c) Jagd, Fischerei u. s. w.
 auch
 d) das Patronatrecht,



e) Pfarr- und Beneficien Verleihung:

Daß der Adel mehr als jeder ande
vorhergehenden und viel andern nicht ge
genthums- und EinkünfteGegenständen v
ergiebt sich nebst obigen Gründen, au
Verhältnissen.

A) Weil die vorerwähnten Gegenstä
theils (ausser den Landesherren und der G
den Händen des Adels sich gefunden haben.

B) Weil, was in specie betrifft

a) alle dinglichen Rechte,
b) - Zinsen,
c) - Erbbestände,
d) - Erbbestände unter verschiedenen Na
e) - Gerechtsame - -
f) - Waidstriche u. s. w.

in Händen eines Adelichen, hiedurch schon
sumtion von Feudalität trägt, folglich der
Nicht Feudalität für den Edelmann
Beschwerlichkeit mit sich führt, als
Andern.

Hiezu treten noch so viele andere, wa
liche, die Zernichtung der Renten mit sich füh
stände, als mélangé de féodalité (Fe
schung, welche in manchem, aber unter an
bestehen kann, daß in der Urkunde, die
Grundrente beweiset, nur ein Wort vorko
wie z. B. der Ausdruck: Herr, Herrschaft,
meistens nur der Courtoisie wegen gebraucht
alsdann eine solche Urkunde anstatt zum Bew
nen Grundrente zu dienen, sogar als Bewei
dalität angesehen wird, wozu das obe
kommt, daß keine Verjährung, kein B
schützet.

Aus diesen beispielweise angeführten Gründen, hat der Adel weit mehr als jeder Andere, an Einkünften und Renten verloren, auch sogar an Mitteln, sein Eigenthum, seine reine Grundrente zu wahren und zu beweisen.

Ohne zum Belege des grösseren Verlustes des Adels insbesondere,

1) die ungeheuere Contribution, z. B. die von dem VolksRepräsentanten Bourbotte Anno 1794 bei dem Eintritt der Franzosen, auch mehrere andere dieser Art, welche dem Adel in ungleich stärkerer Proportion zugetheilt wurden, noch auch

2) die besonderen Unglücksfälle, Plünderung, Niederhauung von Wäldern, GüterSequester u. s. w. — in Anschlag und Betrachtung zu ziehen, so ist der Verlust des Adels, der ihn ausschliessend treffende Verlust, dadurch ausserordentlich erhöht, daß sein übrig gebliebenes Grundvermögen gegenwärtig in der allgemeinen hohen Steuer liegt, wo ihm ehemals von dem größten Theil seines Grundvermögens nur sehr kleine Abgaben an die Ritterschaft zu entrichten oblagen.

§. 5.

Die Zernichtung wichtiger Eigenthumsrechte, wodurch der Adel abermals besonders verloren hat, rücksichtlich der Bedingnisse, welche mit den Renten, Erbpächten u. dergl. Contracten verbunden sind.

In dem Vorhergehenden hat man vorzüglich des EinkünfteVerlustes erwähnt, aber ein noch weiterer höchstwichtiger Verlust ruhet in der Supprimirung der Bedingnisse, welche mit den Renten- und ErbpachtContracten verbunden sind.

Diese Contracte enthalten gewöhnlich Bedingnisse, Clauseln u. dergl., die dem Eigenthümer,

nebst den Renten und (dem Canon) des Er
selbst den einstigen Rückfall des Grund un
versichern oder vorbehalten.

Allein diesen Theil der Contracte, diese
nisse, selbst wenn die Reinheit der Re
Erbpachtes u. s. w. erwiesen, folglich die
fliessend ist, haben die französischen Gesetze
erloschen erklärt. Wie nichtig aber diese
nisse, wie erheblich deren realer Werth ist
ergiebt sich aus der einfachen Betrachtung,
meisten Renten und Erbpächte in sehr frü
ten constituirt worden sind, und daß die be
Renten und der stipulirte Canon platterding
wärtig in keinem Verhältniß mit dem Umfa
bedingnißweise hingegebenen Gutes stehen.
deutend also dieser Verlust, diese Theilung
tractes, der pro parte bestehet, und pr
aufgelöset ist, den Eigenthümer trifft, dieses b
nes Beweises.

Man kann ein wirkliches Beispiel zum
anführen, von einem Gut 125 Morgen gr
besten Ackerlandes, welches seit nächst zwe
hunderten in Erbpacht gegen 1½ Malter Ko
lichen Canons stehet, welches den Bedingni
Contractes gemäß, nächstens heimfällig wär
ses Gut ist nun zufolge der Gesetze, welche
dingnisse zernichten, freies Eigenthum der
geworden.

Der nämliche Verlust waltet bei den
von Privaten gegen Privaten ob, wo
haber der Lehen freie Eigenthümer geword
Hiebei ist zu bemerken, daß die wenigste
Lehen wahre Lehen sind, d. h. Lehen nach de
ne des longobardischen Rechts, sondern

nur den Namen Lehen führende Güter sind, deren Nutzung unter Bedingnissen übertragen ist, wozu die des Heimfalls gehört.

Nachdem die meisten Erbpächte, die meisten sogenannten Lehen (die Landesherren und ehemalige Geistlichkeit ausgenommen) dem Adel angehören, so hat selbiger also abermal durch die gedachte Aufhebung und Zerstückelung des Contractes einen sehr beträchtlichen Verlust erlitten.

§. 6.

Verlust welcher mit der Weise zusammenhängt, wie der Loskauf von noch bestehenden reinen Erbpächten und reinen Renten bewirkt werden könne, wodurch der Adel abermal vorzüglich verloren hat.

Die Art und Weise, wie das französische Gesetz den Renten- und Erbpacht-Pflichtigen die Befugniß einräumt, ihre (reine) Erbpacht- und Rentenschuldigkeit, welche, wie oben erwähnt, forthin bestehen, loszukaufen, diese Art und die damit verbundenen Verhältnisse, führen einen eigenen Verlust für den Eigenthümer mit sich, denn der Pflichtige hat nur den Betrag der Rente und des Canons, d. h. den Werth dafür nach vorgeschriebener Modalität an den Eigenthümer zu bezahlen, um aus diesen Gütern freies Eigenthum zu machen; für die Bedingnisse in diesen Contracten, welche, wie in dem vorhergehenden §. schon gesagt ist, meistens so viel Wichtiges für den Eigenthümer enthalten, hat selbiger kein Recht, Entschädigung bei dem Loskauf zu fordern.

Wie groß ist daher, selbst in dem Modo und den Verhältnissen des Loskaufs, der Verlust des Eigenthümers! Dieser Verlust trifft abermal vorzüglich den Adel.

§. 7.

Einiger Vortheil, welcher zum Theil dem Adel als Gutbesitzer zugekommen ist, durch das Gesetz welches die dem Gouvernement zugehörende Lehnherrschaft aufgehoben hat.

Durch das aufgehobene FeudalSystem ist die Lehnherrschaft, welche dem Gouvernement zugehört hat, folglich auch die, welche ihm vom Reich, von den Reichsständen und sonsten überkommen war, aufgehoben. Hiedurch sind die Güter, welche unter diesem LehnNexu gestanden haben, freies Eigenthum geworden.

Dieser Vortheil, an dem die Käufer der Domainen-Güter besonders interessirt sind, daß er nicht gekränkt werde, ist dem Adel auch für seine lehnbaren Güter geworden; aber dieser Vortheil ist nur partiel, denn nicht alle seine Güter fanden sich in diesem Nexu, und manche des Adels besitzen gar keine oder nur wenige dieser Kategorie.

Dieser Vortheil ist also sehr schwach in der Wagschale des Verlustes, den der Adel, wie vorgehend im Allgemeinen aufgezählt wurde, erlitten hat. Wenn dem Adel auch alles verlorne Eigenthum zurückgegeben, oder Schadenersatz dafür gegeben wird, so wäre der Adel bei weitem nicht für den grossen Verlust schadlos gehalten, welchen die seinen Gütern aufliegende hohe Steuer ihm bringt.

§. 8.

Rechtliche Forderungen des Adels gestützt auf das Natur- und Völkerrecht, auch auf den ReichsdeputationsAbschluß vom 25. Febr. 1803.

Die Forderungen, welche die ihres Eigenthums Beraubten rechtlich zu machen befugt sind, stützt das Natur- und Völkerrecht. Dieses gewährt dem Beraubten die Alternative, entweder in das

verlorne Eigenthum wieder eingesetzt, oder dafür schadlos gehalten zu werden.

Ausser obigen starken Stützen des Eigenthums überhaupt, hat ein Theil des Adels des linken Rheinufers auch noch ein positives Gesetz für seine Forderungen in dem §. 28 des Reichsdeputationsschlusses vom 25. Hornung 1803.

§. 9.

Die Befriedigung der Forderung des Adels.

In obigem §. 4 hat man den Verlust des Adels, unter drei Hauptpuncte zusammengestellt. Dieser Ordnung getreu, ist die natürliche Forderung und das Begehren des gesammten Adels linker Rheinseite, wie folgt, daß ihm

1) die persönlichen Vorzüge, auch
2) die politischen Rechte und sonstigen Befugnisse so wieder gegeben würden, wie selbige dem Adel des rechten Rheinufers gehören.

Um das Detail dieser Objecte zu vermeiden, bezieht man sich deßhalb um so mehr im Allgemeinen auf die Denkschriften, welche der Adel des rechten Rheinlandes eingegeben hat, als kein Grund denkbar ist, warum der Adel linker Rheinseite dem des gegenüber liegenden Ufers nicht wieder gleichgestellt werden sollte, wie es ehemals gewesen ist.

Was den dritten Punct, nämlich das Eigenthum und die dazu gehörenden Rechte betrifft, so ist die alternative Forderung in der Natur der Sache gegründet, entweder in das verlorne Eigenthum restituirt, oder dafür entschädigt zu werden.

I. Die Restitution betreffend.

Diese wird sehr leicht zu bewirken seyn, für Gegenstände welche noch existiren. Dahin gehören:

a) vorenthaltenes, nicht verkauftes Eigenthum,

b) dingliche Gerechtsame, z. B. Holzberechtigung, Waidgang, Jagd, Fischerei u. s. w.

c) nicht dingliche Gerechtsame z. B. Patronatrecht,

d) die noch ruhenden Renten, welchen die obgesagten Präsumtionen, unrichtige Anwendung der Gesetze entgegenstehen, als: Zinse, Abgaben unter vielerlei Benennung, Erbbestände, Vogteien, Schaftgüter, die uneigentlich zur Classe der Zehnten gezählte Abgabe des zehnten Baumes von gewissen Waldbezirken u. s. w.

Die Restitution ist in doppeltem Betracht zu nehmen, nämlich in Hinsicht der Abgaben und in Hinsicht der Natur dieser Güter, wozu die Bedingnisse, unter welchen sie übertragen sind, gehören.

e) die (uneigentlich genannten) Lehen der Privaten zu Privaten, wobei, wenn keine Prästation damit verbunden ist, zu bemerken kommt, daß die Herstellung der Natur dieser Güter, die Restitution ausmacht.

Die vorerwähnten Gegenstände bedürfen theils nur des Wiederauflebens, theils näherer Bestimmung und Erläuterung, gleichwie unter Napoleon für verschiedene Renten geschehen ist. Zeugen sind das Decret vom 9. Vendemaire Jahrs **XIII** (1. Oct. 1804) rücksichtlich der Grundrenten ꝛc. in den vier Departements des linken Rheinunfers, das Decret, welches die Rente Leibgewinn als eine reine fortbestehende Grundrente erklärt hat.

Die Eigenthümer der erwähnten Einkünfte, welche seit so langen Jahren derselben beraubt sind, würden sich aus billigen Rücksichten gefallen lassen, den Pflichtigen ⅓ von Rückständen zu erlassen.

Entschädigung. Die Entschädigung betreffend; dahin gehören

a) die Zehnten, welche man in natura vermuthlich nicht herzustellen gesonnen ist;

b) die Gefälle, welche allenfalls als Ausflüsse der Leibeigenschaft bewiesen werden, worüber die Pflichtigen den Beweis zu stellen haben, wenn Gesetze und Landesgebrauch diese Eigenschaft nicht bestimmen.

Besitzstand und Verjährung.

III. Nachdem wie oben gesagt, der Besitzstand und die Verjährung für Renten u. dergl. Gefälle nichts wirken; so wäre beiden wiederum ohne Ausnahme die ehemalige Wirksamkeit zurück zu geben.

Loskauf.

IV. Da der Loskauf Modus (wie oben angeführt) für Renten, Erbpächte ꝛc. allein den Betrag des Canons ꝛc. begreift, die anderen damit verbundenen Rechte und Bedingnisse davon ausschließt, so wäre dieser Modus zu ändern, und zu bestimmen, daß unter dem Loskaufrechte nicht allein die Erstattung des Werthes der Lieferung, sondern auch der, mit dem Contract verbundenen Rechte und Bedingnisse zu begreifen sey; auch sollte der Loskauf nicht für einzelne Theile, sondern nur für das ganze Object, oder die ganzen Renten statt haben dürfen.

Präsumtionen für Feudalität (mélange de féodalité) ganzer Gemeinden.

V. Die Präsumtionen für Feudalität, das Unding mélange dé féodalité, der Unterschied ob Individuen oder ganze Gemeinden verpflichtet sind, können nichts zum Nachtheil des Eigenthümers einer Sache, einer Rente ꝛc. wirken.

Verpflichtung einer ganzen Gemeinde für verschwiegene Renten u. s. w.

VI. Nachdem häufig, wegen Literalien-Mängel und durch bösen Willen, der oder die Pflichtigen einer Rente, oder das Object worauf die Abgabe haftet, nicht aufzufinden sind, so wird eine Maasregel den bösen und räuberischen Willen zurecht führen, wenn die ganze Gemeinde in einem solchen Falle als lieferungspflichtig erklärt wird, bis der Pflichtige oder das Object angegeben ist. Hiedurch wird eines oder das andere gewiß an den Tag kommen.

Solidarität aller Rentpflichtigen, wenn Proceß wegen einer Rente entsteht, die nur ein Corpus bildet, wovon das Object oder das Gut unter mehrere Individuen vertheilt ist.

VII. Ein sehr beschwerlicher und sehr kostbarer Modus, die reinen Grundrenten fliessend zu machen, bestehet in der gesetzlichen Nothwendigkeit bei Renten und Abgaben die nur ein Object, daher eine Rente ausmachen, jedes Individuum, das an dem Objecte Theil hat, folglich pro rata zu liefern schuldig ist, gerichtlich belangen zu müssen, wenn die Rente contestirt wird; woher die Nothwendigkeit rühret mit jedem Individuum Proceß zu führen.

Die Schuldigkeit des Individuums, d. i. das Ratum an einer Rente, an einem Canon, kann manchmal nur einige Franken werth seyn, und der Proceß um diesen kleinen Theil viele hundert Gulden kosten, und so muß für ein jedes, an der Rente verpflichtete, Individuum ein abgesonderter Proceß geführt werden, wenn böser Wille oder Starrsinn unter den Pflichtigen ist, worüber man eingetretene Beispiele anführen kann. Dieser Modus ist für den Eigenthümer sehr beschwerlich und kostbar, denn er

kann für ein Object, wozu z. B. hundert Pflichtige sind, in thesi hundert Processe bekommen, für die Pflichtigen ist der Modus aber sehr häufig zu Grunde richtend. Die Erklärung der Solidarität für eine Rente rc., wovon die Lieferungs-Summe, oder das zu liefernde Quantum, unter Mehrere vertheilt ist, würde diesem Uebel steuern.

Aufhebung des Unterschieds zwischen Renten und Abgaben, welche Individuen oder Gemeinden zu liefern haben.

VIII. Der bisher bestehende Unterschied zwischen den Renten, wofür Grundstücke angezeigt werden können, worauf selbige radicirt sind, oder bestimmte Personen welche die Renten zu liefern schuldig sind, und denen Renten, welche einer ganzen Gemeinde können aufliegen, oder wofür eine ganze Gemeinde verpflichtet ist, wo man also für die Renten rc. keine besondern Grundstücke oder bestimmte Individuen angeben kann, in welchen zwei letzten Unterstellungen nach den französischen Gesetzen volle Präsumtion für Feudalität obwaltet, hat alle diese Renten als simpliciter unterdrückt bisher betrachten gemacht; selbige gehören daher zur Classe der oben in genere erwähnten ruhenden Renten. Daß in diesem besondern Unterschied auch eine besondere Ungerechtigkeit liegt, dieses wird man leicht einsehen, wenn man unter andern den Ursprung der Dörfer, die Vertheilung der Güter in frühern Zeiten, ohne daß man Aufmerksamkeit darauf verwendet hat, u. s. w. in Betrachtung zieht. Die Aufhebung des Unterschieds zwischen einer Rente, welche ein Privatmann oder eine Gemeinde zu entrichten hat, wäre daher eben so natürlich als gerecht.

§. 10.

Obliegenheiten des Gouvernements gegen die ihres Eigenthums Beraubten.

Das unwidersprechliche Recht der ihres Eigenthums Beraubten, auf dessen Rückgabe oder auf Entschädigung, führt die Frage mit sich:

wer hat eines oder anderes zu bewirken?

Die Antwort fließt aus der Natur der Sache, nämlich daß ein oder anderes Pflicht dessen ist, der das Eigenthum geraubt hat, folglich daß in dem vorliegenden Fall das Gouvernement als pflichtig eintritt. Wenn auch Zweifel eingewendet werden könnten, so läßt sich doch von keinem Gouvernement besorgen, daß es nicht durchdrungen sei,

> von der Nothwendigkeit, an die Stelle des französischen RevolutionsUnwesens Gerechtigkeit im ganzen Umfange wieder eintreten zu lassen, das Eigenthum mit der ihm gebührenden Ehrfurcht neuerlich zu umgeben, dem grossen Haufen Beweise zu geben, wie unerschütterlich und unangreifbar das Eigenthum seyn und bleiben solle.

Gerechtigkeit, selbst Politik, führen das Wort, jene für die Obliegenheit, jene und diese für die Vollbringung.

§. 11.

Betrachtung über den Umfang oder die Beträchtlichkeit der Sache.

Wenn man die Gegenstände, wovon die Frage ist, trennt in Gegenstände,

a) welche leicht zurückerstattet werden können,

b) welche durch erläuternde und feste Normen fliessend zu machen sind,

c) welche von den unnatürlichen Präsumtionen u. dergl. gereinigt werden sollten, so werden sich die Gegenstände, wofür das Gouvernement Schadenersatz zu geben hat, sehr verringern, und sich in regula concentriren auf Schadenersatz,

A) wegen Zehnten

B) wegen Abgaben, die aus der Leibeigenschaft fliessen, sobald selbige urkundlich oder durch Gesetze oder Landesbrauch erwiesen sind.

Diese beiden Gegenstände werden aber von keinem so sehr grossen Capitalbetrag seyn, weil man bedenken muß, daß das Gouvernement in seiner Eigenschaft als Privatmann, Eigenthümer des größten Theils der Zehnten und der allenfalls von Leibeigenschaft rührenden Abgaben gewesen ist, welche es rechtlich nicht zurückfordern kann, weil es hierüber gleich einem Privatmann disponirt hat, und in den Provinzen linker Rheinseite gültig disponiren konnte, wie es auch über die ihm zustehende Lehnherrschaft, welche ihm von dem Reich, von Reichsständen oder sonsten zugekommen ist, so disponirt hat, daß diese Lehen nun freies Eigenthum der Inhaber sind.

§. 12.

Beispiel eines grossen Gouvernements, in Hinsicht des Respects für Eigenthum.

Das Beispiel eines grossen Gouvernements, woraus wir sehen, daß es die Eigenthümer der Gewerbberechtigungen loskauft, bestätigt die oben aufgestellten Grundsätze in Hinsicht der Heiligkeit des Eigenthums jeder Art.

7.

Denkschrift

für die teutschen Länder auf der linken Rheinseite, wegen Fortdauer der Allodification, Zurückgabe oder Ersatz entzogenen Eigenthums und Anwendung der für Teutschland zu errichtenden Congreß-Bestimmungen auch auf jene Länder; datirt Wien den 2. März 1815.

Von Seite des Landes linker Rheinseite

an

den hohen europäischen Congreß!

die Bitte

daß in der Cessionsurkunde, kraft welcher gedachtes Land Fürsten übertragen wird, die drei Puncte rücksichtlich gedachten Landes aufgenommen werden, nämlich:

1) die Lehnherrschaft, welche dem Gouvernement gleich einem Privaten zugehört hat, daher die Aufrechthaltung der freies Eigenthum gewordenen Lehen, welche von dem französischen Gouvernement abhiengen,

2) das theils zurückzugebende, theils zu ersetzende Eigenthum,

3) die Gleichstellung des Landes überhaupt, mit dem, was für Teutschland auf dem Congreß bestimmt werden wird, betreffend.

Man hatte die Ehre, für das Land linker Rheinseite, das Herzogthum Luxemburg einbegriffen, Folgendes dem europäischen hohen Congresse einzureichen.

A. Erste Eingabe, am 20. Jänner jüngsthin. Eine Denkschrift die völker- und staats-

rechtlich freies Eigenthum gewordenen Besitzungen auf linker Rheinseite, über welche die teutschen reichs- und reichsständischen lehnherrlichen Rechte an Frankreich übertragen gewesen waren, mit angehängter Bitte für viele tausend Individuen und Familien; in Erwägung

a) daß dem französischen Gouvernement freies Dispositionsrecht, über die ihm gleich einem Privaten angehörende Lehnherrschaft, über die, wie oben, erwähnten Gegenstände, zugestanden hat; und daß

b) dieses frei gewordene Eigenthum unter dem Schutze des Völkerrechts stehe;

der hohe Congreß für das Land als Fundamental Gesetz ausspreche:

> daß diese oben gedachten Lehen, ohne Unterschied des Namens, ihren Character der Allodification beibehalten sollen, und daher unter keinem Vorwand und auf keine Art weder in Anspruch genommen, noch geschmälert werden dürfen.

B. Zweite Eingabe am 14. Febr. jüngsthin. Kurze Darstellung ꝛc. begreifend

I. die Gesetze und Handlungen des französischen Gouvernements, wodurch es das Eigenthum der Privaten zernichtet, und daher seine Souverainetäts-Rechte überschritten, auch das Völkerrecht verletzt hat, nebst Anzeige, daß die Gesetze welche das Feudal System aufgehoben haben, weit entfernt, allein die vorerwähnte Lehnherrschaft, welche dem Gouvernement als Privatperson zugehörte, zu begreifen, auch die Zernichtung von einem grossen Theil des Privateigenthums und der Eigenthumsrechte in sich fasse.

II. Mehrere Handlungen des Gouvernements, welche unabhängig von der Souverainetät sind; sammt Anträgen und Vorschlägen, dieses völkerrechtswidrige Benehmen gut zu machen, und das rechtmäßig Verfügte aufrecht zu halten.

Aus dem Resultate der Darstellung dieser zweiten Eingabe fliessen zwei Bitten an den hohen Congreß, daß nämlich ausgesprochen werde:

1) daß die Eigenthümer, welche Eigenthum, Eigenthumsrechte und Einkünfte, unter welchem Namen es sey, verloren haben, jenes und diese, entweder in natura zurückbekommen, oder dafür schadlos gehalten werden, und

2) die Handlungen, wo das französische Gouvernement einem Privatmann gleich, über seine Zuständigkeiten verfügt hat, unverrückt aufrecht bleiben sollen.

Die vorgehenden, auf das offenbarste Recht gestützten Begehren sind gewiß des Beifalls des hohen Congresses würdig. Und nachdem die Gegenstände sich auf das Völkerrecht beziehen und darauf stützen, so dürfen sich die Bittsteller um so mehr mit Zuversicht schmeicheln, daß der hohe Congreß selbige als Puncte in den CessionsAct, durch welchen die hohen verbündeten Souveraine über diese Länder verfügen werden, aufzunehmen geruhen wird, als Beispiele vorhanden sind, wo in LändercessionsActen ähnliche, selbst minder wichtige Gegenstände betreffend, eingerückt worden sind, was die UebertragsUrkunden für Genua, das Großherzogthum Würzburg, das Fürstenthum Aschaffenburg, die Grafschaft Tyrol rc. beweisen.

Die vorerwähnten Eingaben an den hohen Congreß, für das Land linker Rheinseite, vom 20.

Jänner und 14. Februar beweisen, daß gedachtes Land sich in einer von Teutschland rechter Rheinseite sehr verschiedenen Lage findet. In Hinsicht seines Eigenthums, sowohl durch die französischen Gesetze, als durch die Handlungen des französischen Gouvernements, welche das Völkerrecht verletzt haben, auch durch solche Handlungen, wo das französische Gouvernement gleich einem Privatmann verfügt hat.

Aus diesem Grunde ist deßhalb ferner eine eigene Stipulation in dem Cessions-Acte, für die fraglichen Länder wesentlich, wie sich hier folgend ergiebt:

Nachdem die Einwohner, gleich allen teutschen Völkerschaften, gemeinsame Wünsche haben, in Ansehung der Verfügungen, welche auf dem teutschen Congresse für Teutschland überhaupt, und für den Adel insbesondere, festgesetzt werden sollen; so gehet daher der weitere Antrag und die Bitte für das Land linker Rheinseite dahin:

> daß in dem Cessions-Acte auch stipulirt werde, daß die Länder linker Rheinseite alles dessen theilhaftig werden sollen, was der teutsche Congreß für Teutschland rechter Rheinseite bestimmen wird.

Wien den 2. März 1815.

Edmund Graf von Kesselstadt.

8.

Bemerkungen

betreffend

1) die freies Eigenthum gewordenen Lehen, worüber die Lehnherrschaft dem französischen Gouvernement zugehört hat, und

2) das aufgehobene Feudal-System;
datirt Wien den 3. März 1815.

Besondere Aufmerksamkeit verdient der Punct des frei gewordenen Eigenthums der ehemaligen Lehen (linker Rheinseite) worüber das französische Gouvernement die Lehnherrschaft vom Reich, von Reichsständen, und sonsten erhalten hatte, worüber es also gleich einem Privatmann (der Lehnherr ist) frei disponiren konnte.

Ich glaube diesen Punct aus zwei Gründen für besonders wichtig ansehen zu müssen:

a) wegen der Wichtigkeit der Sache selbst;
b) wegen der zu leichten Vermischung der oben erwähnten Lehnherrschaft, welche dem Gouvernement zugestanden hat, mit dem überhaupt aufgehobenen Feudal-System.

Bei sehr vielen Personen habe ich den Irrthum, nämlich die eben gesagte Vermischung, wahrgenommen.

Die richtige Ansicht der Sache ist folgende.

Die Befreiung der Güter von dem LehnNexu ist nur ein Ausfluß, folglich ein Theil des aufgehobenen FeudalSystems.

Was aber eigentlich unter dem aufgehobenen FeudalSystem zu verstehen ist, läßt sich nicht definiren, wohl aber descriptive anzeigen, z. B. die Gesetzgebung, welche das FeudalSystem aufhob, hat

a) das Lehnwesen zernichtet, und die Lehen in freies freies Eigenthum umgeschaffen,
b) Eigenthum, eigenthümliche und dingliche Rechte, auch Gerechtsame zernichtet,
c) persönliche Rechte, Unterschied an Ehre und Vorzug rc. abgeschafft, u. s. w.

Das Schwankende, das Ungewisse bei Anwendung dieser Gesetze auf einzelne Fälle, bei Zinsen, Renten, Erbpachten u. dergl. hat dieses französische Unwesen noch härter und unangenehmer gemacht.

Wie äusserst wichtig es ist, das Object, nämlich die aufgehobene Feudalität richtig zu kennen, ergiebt sich aus den Folgen und den Wirkungen; denn

a) das französische Gouvernement hatte volle Freiheit, über die ihm zustehende Lehnherrschaft zu disponiren, was es also deßhalb gethan hat, dessen Aufrechthaltung stehet unter dem Schutze des Völkerrechts;

b) das französische Gouvernement hatte kein Recht, über das Eigenthum Anderer zu disponiren, es hat also völkerrechtwidrig gehandelt.

Auf diesem Satze ruhet das Recht, Restitution oder Entschädigung zu fordern.

Wien den 3. März 1815.

Edmund Graf von Kesselstadt.

9.
Note

die Bitten des Landes linker Rheinseite an den hohen Congreß betreffend; Wien den 5. März 1816.

Die wichtigen Begehren für das Land linker Rheinseite, sind in drei getrennten schriftlichen Darstellungen gefasset:

1) vom 20. Jänner; selbige begreift die Freiheit der Lehen, welche von dem Gouvernement abhingen;

2) vom 14. Hornung, a) die völkerrechtw gen Eingriffe des Gouvernements in Eigenthum überhaupt, b) dessen recht Handlungen;

3) vom 28. Hornung, die besondern Ver nisse des Adels, in Hinsicht seines pe lichen Zustandes und seines Eigenthum

Diese Darstellungen mußten zergliedert, und ausgedehnt seyn; die ganze Sache selbst concentri aber auf zwei eben so rechtliche als einfache ren, wie die Anlage beweiset.

Die Ausführung oder Erfüllung des erster gehrens, die Rückgabe des Eigenthums, oder Sc ersatz dafür zu geben, umfasset ein Detail, welches Sache des Congresses seyn kann. Hinreichend fü Land wird es aber seyn, wenn die in der Anlage drückten Begehren in dem feierlichen Acte aufgen werden.

Das eben Gesagte paßt gleichfalls auf das z Begehren. Feierliche Anhaltpuncte zu haben, ist r und sichert (so viel etwas der Art gesichert werden die Erfüllung der Sache; denn in diesem Anhal liegt das Mittel, wenn bei der Ausführung Unge oder Zweifel entstehen sollten.

Die Sache ruhet auf Gerechtigkeit, sie ist au verbündeten hohen Monarchen würdig; — und sollte für das Land linker Rheinseite nicht das ges was wir für Genua, bei der Uebergabe von Wü u. s. w. für ähnliche und minder wichtige Dinge sehen?

Edmund Graf v. Kesselst

10.

Denkschrift

für die wieder eroberten teutschen Länder auf der linken Rheinseite, mit Inbegriff des Herzogthums Luxemburg; datirt Wien den 4. März 1815.

Rücksichtlich des teutschen Landes linker Rheinseite sind die Handlungen des französischen Gouvernements unter andern theils

1) widerrechtliche, theils

2) rechtliche.

ad 1) unter den widerrechtlichen, und zwar völkerrechtwidrigen, welcher man hier erwähnt, ist die Zernichtung und sind die Eingriffe in das Eigenthum und in die Eigenthumsrechte allein zu verstehen.

ad 2) Zu den rechtlichen gehören die Handlungen, wo das Gouvernement nicht allein gesetzlich, sondern einem Privaten gleich gehandelt hat.

Nach dem Vorgesagten ist es eben so natürlich als wesentlich für das fragliche Land, daß

a) die völkerrechtwidrigen Handlungen redressirt, gut gemacht werden.

Hierauf gründet sich das Begehren um Restitution des Eigenthums und der Eigenthumsrechte, oder Entschädigung dafür zu erhalten, und daß

b) die rechtlichen Handlungen, wo das Gouvernement als Privatmann gehandelt hat, aufrecht erhalten bleiben.

Hierauf gründet sich das Begehren: daß die freies Eigenthum gewordenen ehemaligen Lehengüter, worüber die Lehnherr-

schaft vom Reich, von den Reichsständen und sonsten an Frankreich gekommen war, unter keinem Vorwand in ihrer Freiheit gekränkt werden dürfen.

Diese zwei Begehren sind so tief in die Verhältnisse des fraglichen Landes greifend, daß die Dringlichkeit der Sache, nämlich die Aufnahme beider Puncte in den feierlichen Act gewiß geneigte Aufmerksamkeit verdient, und warum soll für dieses Land nicht sehr leicht das geschehen, was wir für Genua in dem Cessions-Act erfüllt sehen?

Wien den 5. März 1815.

Edmund Graf v. Kesselstadt.

11.

Begleitungs-Schreiben

zu nachstehender Note; datirt Wien den 9. März 1815.

P. P.

Erlauben Hochdieselben, daß ich die Ehre habe, in der Anlage für mein Vaterland, die teutschen Provinzen des linken Rheinufers, die wichtigsten Angelegenheiten und Bitten an den hohen Congreß der verbündeten höchsten Monarchen, welche den Frieden am 30. Mai 1814 unterzeichnet haben, ganz gehorsamst zu überreichen.

Die Lage, worin dieses durch Friedensschluß an Frankreich gekommene Land sich findet, rücksichtlich

des Eigenthums und
der persönlichen Rechte,

diese ist notorisch. In verschiedenen Darstellungen hatte ich die Ehre diese Lage etwas zergliedert auseinander zu setzen.

Die gegenwärtige Eingabe enthält

I. die Resultate der gedachten Darstellungen, und
II. die, aus diesen Resultaten fließenden Bitten, auf drei Puncte concentrirt, nämlich

a) daß die rechtmäßigen Handlungen des französischen Gouvernements ungekränkt erhalten werden. Dahin gehört die aufgehobene Lehnherrschaft, welche dem Gouvernement, einem Privaten gleich, zugehört hat.

b) daß die völkerrechtwidrigen Handlungen, wodurch es Eigenthum zernichtet hat, rechtlich und billig geordnet werden.

c) daß dieses, Teutschland zurückgegebene, Land linker Rheinseite die nämliche Haltung erlange, welche für Teutschland rechter Rheinseite festgesetzt ist, oder wird.

Vorzüglich die zwei ersten Puncte, sind in alle gegenwärtigen Verhältnisse des Landes tief eingreifend, daher fließt die wichtige und dringende Angelegenheit, daß der hohe Congreß für dieses Land die Vorsorge treffen möge, welche wir in ähnlichen Fällen, und selbst für minder wichtige und nicht so enge mit dem Völkerrecht verbundene Gegenstände, bei andern Ländern erfüllt sehen.

Wenn auch die Rechtlichkeit und die lieberalen Grundsätze der Gouvernements, dem ein bedeutender Theil des fraglichen Landes zufällt, die beste Gewährschaft für diesen Landestheil seyn können; so ist die nöthige allgemeine Beruhigung doch gewiß ein sehr starker Grund, welcher Hochdero gerech-

ten Beifalls für die Gewährung der in der Anlage gehorsamst vorgetragenen Bitten nicht unwürdig ist, um so mehr, als dieses Land unter mehrere Fürsten vertheilt wird, wo man das Bedürfniß allgemeiner Normen nicht verkennen kann.

Da die Vorstellung an den hohen europäischen Congreß gerichtet ist, so war ich in die Nothwendigkeit versetzt, selbige französisch zu fassen.

Mit ꝛc.

Wien den 9. März 1815.

Edmund Graf von Kesselstadt.

12.

Très-humbles demandes pour les provinces allemandes de la rive gauche du Rhin; en date de Vienne le 9 mars 1815.

La condition des provinces allemandes situées sur la rive gauche du Rhin differe essentiellement de celle des provinces sur la rive droite de ce fleuve, en ce que le premières ayant été validement cédées à la France par le traité de Lunéville, les actes de souveraineté qu'elle y a exercés pendant l'époque de sa domination, pour autant qu'ils sont légitimes par eux-mêmes, doivent rester en vigueur indépendamment des évènemens postérieurs qui ont enlevé ces provinces à la France, et qui en vertu du traité de Paris les ont placées sous la disposition des puissances signataires de ce traité.

C'est ainsi que la France pouvoit, ainsi qu'elle l'a fait, par un acte de souveraineté légitime

abolir le lien de féodalité qui avoit subsisté par rapport à nombre de terres, rentes et droits entre les possesseurs et l'Empire d'Allemagne, les anciens princes, comtes et (barons) de ces provinces qui en étoient les seigneurs suzerains, dont la suzeraineté étoit dévolue au gouvernement françois, et changer ainsi les fiefs en alleux.

Les possesseurs de ces terres, droits etc. croient donc pouvoir attendre de la justice des nouveaux souverains auxquels ces provinces tomberont en partage, qu'en maintenant cette allodification ils ne prédentront point faire revivre un lien, qui ne subsiste plus à l'époque de leur occupation. Cependant pour faire cesser à cet égard tout doute et toute crainte qui pourroient nuire au crédit de ces terres etc. ils désireroint, que dans l'acte de cession les puissances signataires du traité de Paris fissent insérer une clause expresse obligatoire pour le nouveau souverain contre tout ce qui auroit rapport à l'ancien lien de féodalité.

Il n'en est pas de même de nombre d'actes par lesquels le gouvernement françois a empiété sur les droits de propriété des particuliers, d'une manière contraire aux premiers principes qui font la base de tout gouvernement légitime, et auxquels la justice des nouveaux possesseurs non seulement doit empêcher de donner suite, mais qui semblent solliciter avec urgence le redressement des griefs auxquels ils ont donné lieu.

C'est ainsi que sous le prétexte de l'abolition de ce qu'on comprenoit sous la vague dénomination de féodalité on a supprimé, et en

partie sans aucune indemnité, mais imparfaite et souvent illusoire, une multitude de droits de rentes, préstations et redevances qui n'avoient rien du tout de commun avec le lien féodal, ou ne portoient qu'improprement le nom de féodalité, sans aucunement en partager la nature.

Il y a parmi ces droits quelquès-uns qui, tel que le servage proprement dit, pouvoient être abolis et dont le rétablissement n'est point à désirer, mais ce n'est qu'à une époque où sous le prétexte de rétablir les droits de l'homme, qu'on pouvoit prononcer cette abolition sans aucune indemnité pour ceux qui perdoient par-là des revenus dont eux et leurs ancêtres avoient joui depuis des siècles, et à l'égard desquels il n'étoit pas juste de leur faire éprouver seuls toutes les pertes, et de faire tomber tout l'avantage du côté de ceux qui n'auroient point fait difficulté de se racheter.

Il est nombre d'autres redevances pour lesquelles même le pretexte du rétablissement des droits de l'homme ne pouvoit pas être allégué et qui n'ont été abolis que par un motif de haine contre les nobles qui les possédoient ou par une entière ignorance de la vraie nature de ces droits, et ce sans aucun égard à la possession et à la préscription de ces droits qu'on ne pouvoit négliger sans commettre un acte de violence subversif de tout ordre social, qui veut qu'enfin la propriété devienne fixe et soit à l'abri de l'obligation de produire d'autres titres que ceux de la possession et de la préscription même.

Cette abolition a tourné en partie à l'avantage du gouvernement et des terres appartenantes

immédiatement à celui-ci, en partie à celui d'autres particuliers. De-là semble résulter une distinction à faire, quant aux obligations à imposer aux nouveaux souverains, savoir que, quant aux abolitions du premier genre, le gouvernement devroit pour l'avenir faire cesser cette abolition et restituer les anciens possesseurs de ces droits dans la jouissance de ce qui leur étoit dû antérieurement à ces innovations destructives des droits de propriété. Quant aux abolitions du dernier genre, il semble que les nouveaux gouvernemens pourroient au moins obliger les particuliers qui ont acquis l'immunité de ces droits, redevances etc. à un titre fautif, à s'arranger encore actuellement avec les anciens possesseurs, soit en leur payant à l'avenir ce dont ils avoient été injustement affranchis, soit en convenant avec eux de gré à gré d'une indemnité proportionée au droit racheté, à moins que les gouvernemens ne préferent d'aviser d'une autre manière, juste et équitable, à tenir indemnes les propriétaires qui furent spoliés.

C'est sur quoi se fonde le désir de voir insérer dans l'acte de cession, une clause susceptible de les rassurer sur l'un et l'autre de ces points.

En égard desquels on a l'honneur de soumettre ci-joint le rapprochement des points qui, en alliant la justice à l'équité, semblent répondre à ce que toutes les classes d'habitans des provinces de la rive gauche du Rhin peuvent desirer la justice et la réparation de l'injustice.

Vienne le 9 mars 1815.

Edmond comte de Kesselstadt.

13.

Rapprochement

des

très-humbles demandes pour les provinces allemandes de la rive gauche du Rhin.

Dans les provinces sur la rive gauche du Rhin, cédées à la France par le traité de Lunéville, dans lesquelles (la suzeraineté) le lien féodal, qui y avoit subsisté, provenant de l'Empire, des états d'Allemagne, ou autrement, dévolue au gouvernement françois, à été supprimée, il ne pourra point être réintroduit par les nouveaux possesseurs de ces provinces, mais les terres, rentes et droits allodifiés conserveront leur qualité d'alleu, sans aucune exception.

Par contre, comme pendant l'époque de la domination françoise ce gouvernement s'est permis d'empiéter en plusieurs points sur le droits de propriété des particuliers, en abolissant, soit sous le simple prétexte ou la simple présomtion de féodalité soit en haine contre la noblesse, des droits et préstations etc. qui devoient être conservés, ou ne pouvoient être abolis que moyennant une indemnité proportionée, les nouveaux souverains s'engagent, pour autant que cette suppression a été faite au profit du gouvernement, de restituer pour le futur les particuliers dans la jouissance des droits qui leur ont été enlevés, et pour autant qu'elle a été faite au profit des sujets particuliers, d'aviser par des moyens justes et équitables, soit à la restitution, soit à une indemnité proportionnée pour le futur.

Les stipulations que le présent acte ou la constitution future de l'Allemagne en général renferment à l'avantage des sujets dans les provinces allemandes sur la rive droite du Rhin, assignées, par les puissances signataires du traité de Paris du 30 mai 1814, en indemnité à tel prince sont également applicables aux sujets des provinces du même genre situées sur la rive gauche du Rhin, tant pour leurs personnes que pour leurs biens.

Vienne le 9 mars 1815.

Edmond comte de Kesselstadt.

14.

Uebersicht

der verschiedenen Eingaben für die deutschen Länder auf der linken Rheinseite.

Die Denkschriften, Darstellungen und Erläuterungen, welche ich für das Land linker Rheinseite einzugeben die Ehre hatte, umfassen, theils die Gesammtheit, theils die sehr grosse Zahl, theils eine Classe der Einwohner dieses Landes, wie meine vier gehorsamsten Eingaben es bezeugen, nämlich

I) die Denkschrift vom 20. Jänner d. J., wegen des frei gewordenen Eigenthums der Lehen, welche von dem französischen Gouvernement, als Eigenthümer (der vom Reich, den Reichsständen u. s. w. rührenden Lehnherrschaft) abgehangen haben.

Diese Denkschrift bezweckt: daß die Allodifikation der fraglichen ehemaligen Lehen, ungekränkt erhalten bleibe, und sie stützet sich auf

a) die Befugniß des Gouvernements, das zu erlassen, was ihm angehörte, und auf

b) den völker- und staatsrechtlichen Grundsatz, daß rechtmäßige Handlungen nicht aufgehoben werden dürfen.

II) Die zu der vorerwähnten Denkschrift gehörenden Betrachtungen vom 20. Jänner, worin die weit umfassenden Wirkungen des oben gesagten, frei gewordenen Eigenthums, und die unglücklichen Folgen, wenn diese Allodification nicht respectirt würde, zergliedert sind.

III) Die Darstellung vom 14. Hornung, welche

a) die rechtmäßigen und

b) die völkerrechtwidrigen Handlungen des französischen Gouvernements (durch Zernichtung des Eigenthums) etwas aus einandersetzt.

Die aus dieser Darstellung sich ergebenden Folgen, sind auf die, im Völkerrecht ruhende, Heiligkeit des Eigenthums zurückgeführt.

In diesen drei Piecen sprach ich für die grosse Mehrheit der Bewohner des ganzen Landes.

IV) Die Eingabe für die Departemente des linken Rheinufers vom 28. Hornung, enthält eine gedehntere Ausführung der völkerrechtwidrigen, ergo unrechtmäßigen Handlungen des französischen Gouvernements, mit beigefügter Anzeige und einiger Ausführung:

a) daß der Adel mehr als die andern Classen verloren habe, und

b) die Andeutung der Mittel, das fragliche Unwesen für alle Classen zu ordnen, resp. gut zu

machen; wozu im Ganzen einige für Particuliers nicht kränkende Maasregeln und nicht bedeutende Opfer des Gouvernements hinreichen werden.

In dieser Denkschrift ist ferner auch angedeutet, daß mit der Ausrottung des fraglich völkerrechtwidrigen Unwesens, zwei sehr wichtige Wirkungen zusammenhängen, nämlich:

1) daß dem Eigenthum, völkerrechtlich feste Basen zurückgegeben werden,

2) daß das Gouvernement seinen Willen für diesen grossen Zweck, mittelst eigener Opfer beiwirkend, an den Tag leget.

Diese letzt erwähnte Eingabe spricht, nebst den vorangezeigten Puncten, auch insbesondere

α) für das gesammte Land, durch die Bitte, daß es, als eine teutsche Provinz, der für Teutschland zu bestimmenden Normen theilhaft werde, und

β) für den Adel, daß ihm der Stand wieder zukomme, dessen Rückerhaltung er sich eben so sehr zu schmeicheln gegründeten Anspruch hat, als selbst das Interesse des Gouvernements es erheischet, ihm eine passende Existenz zu geben.

Wenn nun alle meine Eingaben zusammen erwogen werden, so ergiebt sich, daß in den Begehren und Anträgen nichts liegt, wodurch Jemand gekränkt würde; vielmehr erhellet daraus, daß derselben Erfüllung eine vertrauenvolle Ordnung der Dinge verspricht. Mit Zuversicht darf ich beifügen, daß die Ausführung des Antrags, das Eigenthum betreffend, mit keiner besondern Schwierigkeit verbunden seyn könne.

Nachdem offenbar in den vorgetragenen ständen, das wichtigste Interesse für das La Rheinseite ruhet, so rechtfertiget sich der Wu das Begehren, daß die Puncte, welche in d schrift Très-humbles demandes etc. vom vorgetragen sind, in die Urkunde aufgen werden mögen, wodurch diese Länder an ne veraine übergehen.

Wegen dieser Puncte erlaube ich mir n gende, von zwei Ansichten genommene Bem gen, als:

A) diese Puncte im Detail betrachtet, giebt sich, daß der erste, die Lehnherrschaft b an sich sehr einfach; der zweite, wegen de thums, in so allgemeinen Ausdrücken gefaßt i die Sache von den Gouvernements mit größter keit, ohne Eingehänge unzeitiger und unpassen derungen, recht und billig ausgeführt werden kan dritte, wegen der, diesen Provinzen zu geben schen Verhältnisse, ein mit der Sachenla knüpftes Begehren ist, welches dem Geist der G heit entspricht.

B) Diese Puncte überhaupt betrach kann die Ansicht nicht entgehen, wie beruhi ist, feierlich anerkannte Anhaltpuncte zu habe warum sollte dieses Land sich deren nicht dürfen? wo andere Länder solche von dem Congreß erhalten haben; der sogar für ind Fälle Vorsorge traf, z. B. für die Fami Schönburg *).

Uebrigens habe ich die Ehre beizufügen ich mit der besten Ueberzeugung; für das Wo

*) Man vergl. oben Bd. VI. S. 189. Anm.

nes Vaterlandes und für das Interesse der neuen Souveraine dieser Länder zu sprechen, mir stets vorgesetzt hatte.

Edmund Graf von Kesselstadt.

15.

Note

betreffend die Allodification der ehemaligen auf der linken Rheinseite gelegenen Lehen, wovon die Lehnherrschaft dem französischen Gouvernement gehört hat, und von dem Reich, Reichsständen und sonsten her ihm zugekommen war; datirt Wien den 7. Apr. 1815.

Die Clausel in den Cessions-Act der Länder linker Rheinseite aufzunehmen:

„daß alle Güter welche ehemals im Lehnverband gestanden haben, wovon die Lehnherrschaft dem französischen Gouvernement zugehört hat, und ihm vom Reich, den Reichsständen und sonsten zugekommen war, den Charakter der Allodification beibehalten werden",

dieses ist an sich nichts anders als eine Erklärung, daß man rechtmäßig erworbene Rechte respectirt.

Das hohe Bedürfniß, welches in die Vermögensverhältnisse eines sehr grossen Theils der Einwohner, nicht nur adelicher, sondern auch bei weitem mehrerer Familien und Individuen nichtadelichen Standes des fraglichen Landes, tief eingreift, ist leicht einzusehen, und ich habe es in einigen Denkschriften entwickelt.

Wenn diese Clausel mit Modificationen aufgenommen werden sollte, so würde immer eine Gefähr-

dung für die gegenwärtigen Besitzer solcher G[illegible]
springen. Dieses wird fühlbar, wenn man nu[illegible]
daß sehr viele dieser Güter verkauft, von Vater
der vererbt, getheilt, verpfändet x. sind. Pure
citer die Clausel, wie oben angezeigt ist, in den
Act aufgenommen, würde das vollkommen
erfüllen.

Wenn aber einige Modification der Cl[illegible]
gefügt werden müßte: so ist dringend nöthig, [illegible]
auszudrücken, daß die vor dem Eintritt der A[illegible]
das Land verkauften, von dem Vater auf Kind[illegible]
ten, oder getheilten ehemaligen Lehen, wovon [illegible]
zösischen Gouvernement die Lehnherrschaft, vo[illegible]
den Reichsständen und sonsten herrührend, zug[illegible]
den Charakter, der Allodification unverrückt
sollen.

Dem Vernehmen nach ist man geson[illegible]
Teutschland den LehnNexus aufzuheben.
können Modificationen oder Reservatione[illegible]
treten, weil dieses eine Sache ist, welche erst
soll. In den fraglichen Ländern linker Rhein[illegible]
selbige schon längst vollbracht. In Teutschland
Rheinseite, würde die Allodification eine Beg[illegible]
des Adels werden, wogegen die vollbrachte Allo[illegible]
linker Rheinseite den Adel zwar auch betrifft, a[illegible]
weit mehr die nicht adelichen Standes.

Wien den 7. April 1815.

Edmund Graf von Kesselst[illegible]

XLII.

CongreßVerhandlungen
über TerritorialVeränderungen des Großherzogthums Hessen, und deren Resultate.
Mit drei Beilagen.

Von großherzoglich-hessischer Seite hatte man sich, schon seit dem Monat December 1814, bestrebt, der Abtretung des Herzogthums Westphalen und der Oberhoheit über die Besitzungen der Fürsten von Wittgenstein Berlenburg und Wittgenstein-Wittgenstein auszuweichen. In einer Reihe von Noten, hatte der großherzoglich-hessische Herr Bevollmächtigte die Wichtigkeit dieser Besitzungen für das großherzoglich-hessische Haus, den Herren Bevollmächtigten von Oestreich und Preussen, und als hier seine Darstellungen und Anträge keinen Eingang zu finden schienen, vielmehr fast durchgehends unbeantwortet blieben, auch bei den Herren Bevollmächtigten von Rußland und Großbritannien vorzustellen sich bemüht.

Die Bevölkerung des Herzogthums Westphalen, eines ganz unvermischten und abgerundeten Landes, mit ansehnlichen Domainen, ward von preussischer Seite auf 131,888, von großherzoglich-hessischer Seite mit Inbegriff des Militärs auf mehr als 140,000 *), der Flächeninhalt auf 70 QuadratMeilen, und der jährliche Ertrag der Staats-

*) Eine Volkszählung von 1812 hatte 138,880 Einwohner ohne das Militär, eine andere von 1813 hatte 139,110 ebenfalls ohne das Militär, geliefert, nach andern Angaben nur 138,900. Seit 12 Jahren hatte man die Bemerkung gemacht, daß die Bevölkerung im Durchschnitt jährlich um 1000 zugenommen habe.

einkünfte von Hessen auf nahe an eine M
den angegeben, welcher nach und nach,
higkeit des Landes zu erweiterter und
Cultur und einer weit grösseren Volksm
deutende Erhöhung erwarten lasse. Hess
sich, unter Anderem, auf den mit den
Mächten zu Frankfurt am 23. Nov. 1813
AccessionsVertrag, der ihm die Erhaltung
verainetät und seiner damaligen Besitzunge
so wie auf den ReichsdeputationsHauptschluß
wodurch ihm das Herzogthum Westphalen al
gung für erlittenen TerritorialVerlust sey
worden.

Wegen der fürstlich - wittgenst
Besitzungen ward angeführt, daß solche
1493 dem Landgrafen Wilhelm dem Ä
dem Grafen Eberhard von Wittgenstein
lehn seyen aufgetragen worden; daß Kais
lian I. diesen Lehnauftrag bestätigt habe
Lehnherrlichkeit dem Hause HessenDarmsta
hessischen Vergleich von 1648 zugetheilt w
daß diese Besitzungen nun schon seit acht J
möge der rheinischen BundesActe) der Ob
großherzoglichen Hauses unterworfen seyen;
die alten hessischen Besitzungen zurundeten,
ziehendes Ganze bildeten mit den hessischen A
tenberg und Bidenkopf.

Endlich brachte man von großherzo
scher Seite noch in Erinnerung, daß S
heit der Großherzog, da Er in gerade
stamme von der erstgebohrnen Tochter
sten Johann Georgs I. von Sachsen, dur
ditionalReceß des prager Tractats von
den Fall der Erlöschung der albertinischen

linie des Hauses Sachsen, eine unstreitige Anwartschaft erlangt habe auf die Lausitz und das Fürstenthum Querfurt. Diese EventualSuccession sey bei den Belehnungen, von Seite des gemeinschaftlichen Lehnhofes jederzeit anerkannt worden, und der westphälische Friede habe den prager Tractat vollständig bestätigt. Wenn man nun jetzt jene Länder an Preussen wollen abtreten lassen, so gebühre Hessen dafür angemessene Entschädigung nicht weniger, als Sr. K. Hoheit dem Großherzog von SachsenWeimar für den Verlust seiner Successionsrechte auf solche königlich-sächsische Landesbezirke, die nunmehr an Preussen sollten abgetreten werden.

Für den Fall, daß die Abtretung des Herzogthums Westphalen, und der Oberhoheit über die fürstlich-wittgensteinischen Besitzungen, für unvermeidlich sollte erachtet werden, forderte Hessen vollständige, seinen TerritorialVerhältnissen völlig angemessene Entschädigung in geographischer, statistischer und finanzieller Hinsicht. Zwar hätten die teutschen Fürsten, welche im November 1813 der Coalition beitraten, sich verpflichtet, „de se prêter aux arrangemens qui seront jugés indispensables pour une juste répartition des forces respectives des puissances et leur délimitation sur des bases naturelles et réciproquement convenables". Allein vorerst müsse ein klarer Beweis der Unvermeidlichkeit obliegen, und auch dann brauche das Opfer nur nach völlig freier Uebereinkunft, und gegen vollständigste Entschädigung gebracht zu werden, von alliirten Fürsten, welche mit denjenigen nicht zu verwechseln seyen, deren Besitzungen man geglaubt habe mit Sequester belegen zu dürfen.

Die verbündeten Mächte hätten auf jenes Versprechen das Gegenversprechen gethan, „de procurer une indemnité compatible avec la masse des objets disponibles à l'époque de la pacification". Nun seyen aber zu dieser Zeit, (fast) alle ehehin teutschen Länder auf der linken Rheinseite disponibel gewesen, mithin sey man die vollständigste Entschädigung zu fordern berechtiget. Für Westphalen, müsse auf der linken Rheinseite an Volkszahl und Staatseinkommen bedeutend mehr gegeben werden, als man an jenem habe; denn transrhenanische Besitzungen seyen unsicher, und in Kriegszeiten mehr bloß gestellt. In diesen befänden sich so beträchtliche Domainen nicht, wie in dem Herzogthum Westphalen. Auch müsse für die beträchtliche Saline von Werl, entweder das Eigenthum der unter seiner Hoheit ohnehin schon befindlichen Saline von Nauheim, oder die Saline von Kreuznach gegeben werden, damit es nicht an inländischem Salz fehle.

In einem SeparatArtikel des frankfurter AccessionsVertrags vom 23. Nov. 1813, hatte Hessen sich verpflichtet, die im Jahr 1810 erhaltenen hanauischen Aemter zurückzugeben, und das landgräfliche Haus HessenHomburg in seinen vorigen Rechts- und Besitzstand wieder einzusetzen, dessen Einwohnerzahl HessenDarmstadt, in einer Note vom 22. April 1815, auf 8,286 angab. Aber es war die Bedingung hinzugefügt, daß Hessen dafür anderswo zu entschädigen sey, und diese Entschädigung mußte auf verwickelte Liquidationen führen, in Absicht auf Schulden, Domainen und Rückstände, über welche Hessen mit Frankreich sich sehr theuer hatte abfinden müssen; zudem mußten durch jene Zurückgabe wieder Condominate für Hessen ent-

stehen, und verschiedene seiner Besitzungen isolirt werden.

Ueberdieß hatte der königlich-baierische Herr Bevollmächtigte, Fürst von Wrede, am Ende Februars gegen den grossherzoglich-hessischen Herrn Bevollmächtigten geäussert, daß er sich zwar bemühen werde, dem Großherzogthum Hessen geographischen Zusammenhang mit seinen künftigen Besitzungen auf der linken Rheinseite, und vermuthlich Mainz selbst zu verschaffen, daß aber die Entschädigung nicht vollständig seyn und auf Worms sich nicht erstrecken könne. Eine Aeusserung, die auf hessischer Seite, in Absicht auf die Angemessenheit und Vollständigkeit einer transrhenanischen Entschädigung, neue Besorgniß, nun auch wegen Baierns Absichten auf Besitzungen auf beiden Seiten des Rheins, erregen mußte.

Dagegen hatte man von hessischer Seite schon unter dem 17. Febr. 1815, für den unvermeidlichen Fall einer Abtretung des Herzogthums Westphalen, den Landesbezirk verlangt von Bingen bis zu dem frankenthaler Canal, zwischen dem Rhein, der Nahe, dem Alzenbach und dem Flüßchen Isenach, welches in den gedachten Canal fließt, nebst der Saline von Kreuznach; sodann für seine EventualSuccession in die beiden Lausitzen und in Querfurt, die Stadt Wetzlar und verschiedene andere Bezirke auf der rechten Rheinseite, zum Theil nur Oberhoheit darin; endlich ununterbrochenen Zusammenhang seiner Staaten auf der linken Rheinseite, von Gustavsburg bis Miltenberg, etwa mit Ausnahme einer MilitärStrasse auf der linken Rheinseite, wenn solche durchaus für nöthig sollte erachtet werden.

Als Entschädigung für diese Abtretungen, hatte man für Hessen auf der linken Rheinseite einen Landesbezirk mit 319,436 Einwohnern bestimmt. Diese Einwohnerzahl ist um 38,526 geringer, als die Zahl der festgesetzten hessischen Abtretungen. Der Grund dieser Minderung lag in der Bestimmung, die man bei den TerritorialAusgleichungen als Grundsatz anzunehmen beliebt hatte, daß die so genannten mediatisirten Unterthanen, das heißt die zu standesherrlichen Bezirken gehörenden Unterthanen, über welche von dem Souverain bloß Oberhoheitsrechte auszuüben sind, nur zur Hälfte (als so genannte halbe Seelen) in Anschlag zu bringen seyen. Da nun HessenDarmstadt 107,638 Unterthanen dieser Art abtreten sollte, so wurden diese nur gerechnet zu 53,819
dazu die übrigen 250,324
kamen also überhaupt in Rechnung . . . 304,143
Bestimmt waren für Darmstadt 318,436
also mehr 15,293
Diese Mehrzahl mochte betrachtet worden seyn, theils als Vergütung für den Mehrbetrag der Domainen in dem Herzogthum Westphalen, theils als Ausgleichung der RechnungsDifferenz in der Einwohnerzahl des Herzogthums Westphalen, die man nur zu 131,000 angenommen hatte, während Hessen solche auf mehr als 140,000 angab.

Diese Festsetzungen wurden, kurz vor dem Abschluß des östreichisch-baierischen Vertrags vom 23. April 1815 *), dem großherzoglich-hessischen Herrn Bevollmächtigen mitgetheilt, der es an ungesäumtem Widerspruch, an Einwendungen

*) Man s. die angef. Uebersicht rc. S. 82.

le, so müsse doch das Amt Schönberg davon ausgenommen seyn, das neben der SommerResidenz Auerbach gelegen sey, und über welches Hessen seit undenklicher Zeit landeshoheitliche Rechte ausübe, so wie über Habizheim, das mitten in seinem Lande gelegen sey, und auf welches es ebenmäsig Rechte habe, die durch die Zeit geheiligt seyen. Weniger noch könne man sich entschliessen, zu Abtretung der von hessischem Gebiet umschlossenen ehemaligen reichsritterschaftlichen Besitzungen (FränkischGrumbach, Birkenau und Albersbach) an Baiern.

Wenn man an Kurhessen Bezirke von Oberhessen zu überlassen sich entschliessen solle, so müsse man dabei zur Bedingung machen, daß 1) die großherzoglich - hessische Provinz Starkenburg unangetastet bleibe, statt daß man einen Bezirk mit 125,809 Einwohnern davon abreissen wolle; nur einen zweifachen Tausch mit Baiern (der in der Beilage 1 unter lit. B. angegeben ist) könne man sich gefallen lassen. Denn was die pfälzischen und mainzer Aemter betreffe, welche Hessen durch den ReichsdeputationsHauptschluß von 1803, §. 7., gegen sehr reich ausgestattete Aemter, als Familien-Eigenthum, die es an Baden und Nassau habe abtreten müssen, und deren Abtretung an Baiern, dieses bis etliche Meilen der großherzoglichen Residenz nahe bringen würde, so werde man davon in keinem Fall auch nur ein Dorf abtreten, so wie von den Aemtern Babenhausen und Schafheim, den einzigen Resten von dem hanaulichtenbergischen Erbtheil. Gern wolle man Baiern das ganze rechte Mainufer einräumen, aber es werde schwer fallen, ein Bedürfniß einer militärischen Linie in dem Mittelpunct der Conföderation zu beweisen. 2) Nächstdem müsse Hessen eine Communication,

weit mehr, als man zur Zeit jenes Tractats habe hoffen können, disponibel gewesen; um so mehr müsse und könne diese Stipulation erfüllt werden. Die isenburgischen Lande auf der linken Rheinseite welche dem Oberhoheitsherrn auch keine Domainen darböten, habe man dazu für am besten gelegen erachtet.

Im äussersten Fall, glaubte der großherzoglich-hessische Herr Bevollmächtigte, wenn man die isenburgischen Lande für Hessen nicht bestimmen, und von der Forderung einer Abtretung der wittgensteinischen Lande abstehen würde, seinem Hofe den Vorschlag machen zu dürfen, daß derselbe für die hanauischen Aemter, Kurhessen überlassen möge, theils die vereinigten Aemter Alsfeld und Grabenau an der Grenze von Niederhessen, mit einer Bevölkerung von ungefähr 8,800 Einwohnern, theils das Amt Itter zwischen Waldeck und Niederhessen, mit ungefähr 5000 Einwohnern und schönen Kupferbergwerken.

Dagegen aber müsse an Hessen der anfangs für das Herzogthum Westphalen mit verlangte, aber bis jetzt verweigerte, Landesbezirk auf der linken Rheinseite bis an den Canal von Frankenthal, mit Einschluß dieser Stadt, das heißt, die beiden Cantone Frankenthal und Grünstadt von dem speyerischen Bezirk überlassen werden, welches Preussen mit Oestreich zu unterhandeln habe.

Auf diese Erklärungen des großherzoglich-hessischen Herrn Bevollmächtigten, glaubte man von preussischer Seite, die Unterhandlungen mit demselben sofort abbrechen zu müssen. Es ward dieses in einer Note vom 1. Jun. 1835, von Seite Sr. Durchlaucht des Fürsten Staatskanzlers von

Harbenberg erklärt, mit dem Anhang, daß man sich genöthigt sehe, den Mächten des Congresses, besonders aber dem k. k. östreichischen Hofe, zu überlassen, wie sie Preussen zu dem Besitz des demselben tractaten-mässig zugesicherten Herzogthums Westphalen verhelfen wollten, nachdem dasselbe von seiner Seite alle Verbindlichkeiten erfüllt habe*).

Da durch diese Eröffnung die Sache hauptsächlich bei Oestreich zur Sprache kommen mußte, so trug der großherzoglich-hessische Herr Bevollmächtigte nunmehr diesem Hofe seine Bemerkungen vor, in einer Note vom 2. und in Erläuterungen vom 6. Jun. 1815. Darin äusserte er: von der Hauptfrage, der Entschädigung für das Herzogthum Westphalen, lasse sich die damit vermengte Nebenfrage, wegen Wittgenstein und der hanauischen Aemter, leicht trennen und ad separatum verweisen. Wegen Kreuznach, scheine man stillschweigend einverstanden zu seyn, und sey sich schlechthin auf den amtlich angegebenen Bevölkerungszustand zu beziehen, der einen Ueberschuß von 9000 Einwohnern auf preussischer Seite ausweise, wofür Kreuznach, nebst den Dörfchen Münster und Rüdesheim und den beiden Salinen, als conditio sine qua non begehrt, und dagegen auf die Succession in die beiden Lausitzen und in Querfurt verzichtet werde; an eine Abtretung von Bingen sey nicht zu denken.

Wenn von preussischer Seite die Forderung einer stärkeren Bevölkerung für Westphalen, für überspannt erklärt werden wollte, so sey dagegen zu bemerken: 1) daß Westphalen über 70 QM. enthalte, vielleicht mehr als das Dreifache des von

*) Beilage 3.

hessischer Seite dafür begehrten Flächeninhaltes, und daß solches einer alljährlichen beträchtlichen Erhöhung, so wohl an Bevölkerung als an Einkünften, fähig sey; 2) daß dermal schon über eine Million Gulden Staatseinkünfte hingegeben werde, daß die Steuern, ohne die ausserordentlichen der letzten Kriegsjahre, auf 600,000 Gulden sich beliefen, und der Capitalwerth der Domainen, worunter 30,000 Morgen Waldungen, auf fünf Millionen Gulden geschätzt sey, nnd daß mehrere Rubriken der Regalien, nach den preussischen Gesetzen und Verwaltungs-Normen, das Sechsfache und noch mehr ertragen würden, besonders Consumtions-Steuer, Salzregal, Stempelpapier, Postregal rc., lauter Gegenstände, die man auf der linken Rheinseite, ungeachtet des bessern Himmelsstrichs, nicht wieder finde, und die, abgerechnet den Tausch bewährter treuer Unterthanen gegen solche die französische Gewohnheiten angenommen hätten, doch in aller Hinsicht eine Ungleichheit in der verlangten Einwohnerzahl rechtfertigen müßten, bei einem Tausch, der nicht durch Eroberungsrecht erzwungen worden sey.

Oestreichs Convenienz könne man sich als Basis der Uebereinkunft in so fern gefallen lassen, daß Mainz in desselben Civil-Besitz bis nach dem Frieden bleibe, und dafür einstweilen ein anderes Surrogat von dem Bezirk Speyer oder Kaiserslautern an Hessen überwiesen werde. — Der Punct wegen Hessen Homburg, könne zu Wien und in diesem Augenblick nicht abgemacht werden. Er, der Herr Bevollmächtigte, befinde sich deßhalb ohne Instruction, und habe auch seine darauf sich beziehenden Papiere schon nach Hause gesendet. Im übrigen sey in dem geheimen Artikel des Tractats vom 23. Nov. 1813,

nur von Wiederherstellung des Hauses Hessen-Homburg in den Stand vor 1806 die Rede gewesen, und nie von einer noch überdieß zu bewilligenden Abtretung eines Bezirks mit 10,000 Einwohnern vom alten Lande. — Auf Mainz, als in der Entschädigung für Westphalen begriffen, müsse man fest bestehen; nur bis zum Frieden habe man Oestreich den Genuß dieses Cantons und seines ansehnlichen Ertrags nachgeben wollen, um daselbst seine Central-Verwaltung zu haben. Nur müsse, bei etwaigen weitern Unterhandlungen über Baierns Entschädigung, dieser Canton primo loco für Hessen bleiben, falls man diesem eine neue Abtretung auf der rechten Rheinseite zumuthen würde.

Demnach müsse man als Ultimatum, 1) in Hinsicht auf die Entschädigung für das Herzogthum Westphalen, bestehen auf dem Bezirk von Alzey, oder nach der alten Benennung, auf demjenigen von Mainz mit Ausnahme der Hauptstadt, und auf den Cantonen Frankenthal, Worms, Pfedersheim und Grünstadt von dem Bezirk Speyer: 2) für die Abtretung der Successionsrechte auf die Lausitz rc. und für Preussens Mehrempfang von 9000 Einwohnern, auf Kreuznach mit den beiden dazü gehörigen Dörfchen und den Salinen. Um indessen jeder Erörterung über die Bevölkerung der Bezirke auszuweichen, seyen bloß die abgetretenen Cantone zu benennen.

Wenig Tage nach diesen letzten Erklärungen des hessischen Herrn Bevollmächtigten, erreichte diese Unterhandlung ihr Ende. In der Schluß-Acte des Congresses vom 9. Jun. 1815, Act. 24, 47 und 48, ward festgesetzt: 1) daß Hessen-Darmstadt, für die Abtretung der Herzogthums Westphalen an

Preussen erhalten solle: a) in dem ehemaligen Departement Donnersberg einen Bezirk mit 140,000 Einwohnern, mit aller Souverainetät und Proprietät; b) das Eigenthum der Salinen von Kreuznach, jedoch unter preussischer Hoheit. 2) HessenHomburg soll in diejenigen Besitzungen, Einkünfte, Rechte und politischen Verhältnisse wieder eingesetzt werden, deren es durch den rheinischen Bund beraubt war.

Ferner, ward am nächstfolgenden Tage, am 10. Jun. 1815, zu Wien der unten*) abgedruckte Vertrag geschlossen, zwischen Oestreich und Preussen einer Seits, und HessenDarmstadt anderer Seits. Darin trat Hessen das Herzogthum Westphalen an Preussen ab, gegen einen Landesbezirk mit 140,000 Einwohnern auf der linken Rheinseite, worin die Städte Worms, Frankenthal und Oppenheim begriffen seyn sollen, und gegen das Eigenthum der Salinen von Kreuznach, mit gänzlicher Abgabenfreiheit für Betreibung derselben und Ausfuhr ihrer Producte. Die Ausgleichungen, welche in Folge des frankfurter Tractats vom 23. Nov. 1813 statt haben sollten, insbesondere wegen der hanauischen Aemter, wurden zu einer künftigen Uebereinkunft verwiesen. Die oben erwähnte, in der SchlußActe des Congresses schon enthaltene Bestimmung für HessenHomburg, ward in in einem eigenen Separat- und geheimen Artikel wörtlich wiederholt.

Späterhin setzten die verbündeten Mächte, in einem zu Paris am 3. Nov. 1815 abgefaßten ConferenzProtocoll, fest, daß HessenDarm-

*) Er folgt hinter der dritten Beilage.

stadt überhaupt einen Bezirk mit 185,045 Einwohnern abtreten solle; nämlich: a) an Preussen das Herzogthum Westphalen mit 140,000 E.*); b) an Baiern die Aemter Miltenberg, Amorbach, Heubach und Alzenau, mit 24,661 E.; c) an Hessen Cassel die hanauischen Aemter mit 14,018 E.; d) an Hessen Homburg die Souverainetät über 6,366 E.

Dagegen soll Hessen empfangen: 1) einen Landesbezirk mit 203,704 Einwohnern, nämlich: a) auf der linken Rheinseite: die Stadt Mainz und die zehn Cantone Niederolm, Ober Ingelheim, Bingen, Wöllstein, Wörrstadt, Oppenheim, Bechtheim, Alzey, Pfedersheim, Worms, zusammen 155,083 E.; b) auf der rechten Rheinseite: die Dörfer Nieder Ursel und Ober Erlenbach mit 1,164 E., und die Oberhoheit über das Fürstenthum Isenburg mit 47,457 E.; 2) das Eigenthum der Salinen von Kreuznach. Doch sollte a) Hessen die Hälfte der Schulden des Fürsten von Isenburg übernehmen, und b) der Mehrbetrag an Volksmenge, den es erhielt, sollte dazu dienen, Sr. Maj. dem König von Preussen die Abtretung der Souverainetät über die Besitzungen von Wittgenstein und Berlenburg von Hessen zu verschaffen. c) Auch werde man sich bemühen, daß der auf der linken Mainseite gelegene Theil des fürstlich-isenburgischen Landes (die Oberhoheit darüber) verwendet werde zu Austauschungen, welche der Großherzog von Hessen mit dem Kurfürsten von Hessen in Ansehung der hanauischen Aemter zu machen habe, und dazu, daß Kurhes-

*) Man s. die oben zu dem Eingang dieses Aufsatzes stehende Note *.

sen die ganze Strasse von Saalmünster nach Hanau verschafft werde.

In Gemäßheit dieser Festsetzungen der verbündeten Mächte, wurden durch einen, zu Frankfurt am 30. Jun. 1816, zwischen Preussen und dem großherzoglich-hessischen Hofe geschlossenen Vertrag, nicht nur das Herzogthum Westphalen, sondern auch die Grafschaften Wittgenstein-Berlenburg und Wittgenstein-Wittgenstein von Hessen an Preussen abgetreten; die letzten so, daß die Herren Fürsten von Wittgenstein sich künftig derjenigen Begünstigungen sollten zu erfreuen haben, welche die königlich-preussische Verordnung vom 21. Jun. 1815 *) den vormaligen reichsständischen Landesherren unter preussischer Oberhoheit versichert. Preussen übernahm die Pensionen aller Individuen, welche sich auf den Reichsdeputations-Hauptschluß von 1803, oder auf dem Lande geleistete Dienste gründen, desgleichen die aus dem Lande gebürtigen und die kurkölnischen Militär-Pensionnäre, endlich die auf den genannten Ländern haftenden Landesschulden, die auf das Herzogthum Westphalen übernommenen kurkölnischen Schulden, und die unter dem 1. April 1810 aufgenommene, auf ebendasselbe hypothecirte Schuld von 500,000 Gulden.

*) Davon s. man des Herausgebers Uebersicht der diplomat. Verhandlungen des Wiener Congresses, Abh. II. S. 237. ff.

Beilage 1.

Arrangemens avec le Grand-Duc de Hesse.

(à Vienne au mois d'avril 1815.)

	Sujets directs	Sujets médiatisés	Total
Les cessions qu'on invite S. A. R. à faire sont les suivantes.			
1. Le duché de Westphalie	131,000	—	131,000
Cette évaluation de la population de ce duché, est la plus haute de celles qui se trouvent dans les auteurs statistiques, et en même temps celle qui du consentement de toutes les puissances a été adoptée dans les calculs de la réconstruction de la Monarchie prussienne.			
2. Les districts suivans, qui passeroient sous la domination de S. M. le Roi de Bavière.			
a) Les baillages qui apartenoient autrefois aux maisons de Wertheim, Erbach et Linange 60,626			
b) Les baillages de l'ancien Palatinat 16,661			
77,287			
Latus	131,000		131,000

Transport		131,000		131,000
	77,287			
c) Les bailliages de l'ancien électorat de Mayence, et de la noblesse immédiate, ainsi que la ville de Wimpfen . .	39,276			
d) La partie de Hanau au midi du Mein, savoir le bailliage de Schafheim 3,788, le balliage de Babenhausen . . 4,944	8,732			
		64,669	60,626	125,295
Le relevé des districts qui deviendroient bavarois se trouve dans l'annexe A.				
3. Les districts suivans, qui serviroient de compensation à l'Electeur de Hesse				
Les bailliages de Hombourg an der Ohm	7,651			
Alsfeld . . .	8,714			
Romrod . . .	9,435			
Grünberg . . .	9,585			
Lauterbach . .	24,214			
	59,599			
Latus		159,669	60,626	256,295

Transport	196,169	60,626	256,795
Ces districts ne sont mis en ligne de compte qu'avec 54,655 puisqu'il faut en déduire la population du bailliage de Babenhausen de 4,944 âmes qui ne peut pas être restitué en nature à l'Electeur de Hesse.	54,655	—	54,655
4. Les districts médiatisés désignés dans l'annexe B. destinés principalament à faciliter les arrangemens avec la Hesse electorale, qui ont une population de 58,040 âmes : mais qui ne sont portés ici en ligne de compte qu'avec 51,674 puisqu'on a décompté les 6,366 des possessions de Hesse Hombourg, que le Grand-Duc s'est engagé spécialement à retrocéder moyenuant un arrangement de famille . .		47,012	47,012
Total des cessions	250,824	107,638	357,962

S. A. R. le Grand-Duc rétrocéderoit outre cela, en vertu de l'engagement pris dans son traité de Francfort, les bailliages de Rodheim, Dorheim et Heuchelheim, et Ortenberg, duquel dernier il faudroit séparer cepedant les sujets stolbergeois qui y sont joins actuellement,

à l'Electeur de Hesse, moyennant un pacte de famille qui seroit placé sous la grantie des quatre puissances alliées.

Note Les 4,944 sujets, qu'avoit le baillage de Babenhausen, désignés sub d. comme devant être à la navibre, ont été bonifiés à l'Electeur de Hesse sub n. 8.

Annexe A.

Bailliages, qui appartiennent aux maison de Wertheim, Erbach et Linangen:		
Habizheim . . .	3,087	
Breuberg . . .	10,457	
Fränkisch-Grumbach .	1,311	
Koenig	1,514	
Laudenbach . . .	649	
Heubach . . .	3,505	
Miltenberg . . .	8,094	
Umpfenbach . . .	197	
Amorbach . . .	7,092	
Erbach	3,390	
Michelstadt . . .	2,729	
Fürstenau . . .	3,469	
Reichenberg . .	4,078	
Schoenberg . . .	5,031	
Freienstein et Rothenburg	6,023	
		60,626
Baillages de l'ancien Palatinat:		
Umstadt . . .	8,955	
Ozberg . . .	2,128	
Lindenfels et Waldmichelbach	5,578	
		16,661
Latus		77,287

Transport		77,287
Bailliages de l'ancien électorat de Mayence:		
Alzenau	5,970	
Steinheim	6,935	
Seligenstadt	6,590	
Diebourg	4,608	
Fürth	7,354	
		31,457
Noblesse immédiate:		
Albersbach et Greiswald	184	
Birkenau	971	
Worms, Hirschhorn et Neckar-Steinach .	4,075	
Wimpfen	2,689	
		7,819
Partie de Hanau:		
Schafheim ancien domaine de Darmstadt .	3,788	
Babenhausen, ancien domaine de la Hesse elect.	4,944	
		8,732
		125,295

Annexe B.

Possessions médiatisées

1. de la maison de Wittgenstein:		
Berlebourg	6,275	13,664
Wittgenstein . . .	7,389	
2. des maisons Solms:		
Braunfels	10,000	
Lich	5,730	
Laubach	6,055	
Latus	21,785	13,664

Transport	21,785	13,664
Roedelheim . . .	5,183	
Wildenfels	40	
		27,008
3. des maisons de Stollberg: le comté de Königstein		
partie de Wernigerode	3,508	
— d'Ortenberg . .	2,832	
		6,340
Total		47,012

Les districts, qu'on offre en indemnité pour les cessions à S. A. R. le Grand-Duc sont les suivans:

		Sujets directs	médiatisés	Total
a) Les arrondissemeus — — de Mayence	27,600			
b) — — d'Alzey	110,805			
c) — — de Kaisers-lautern	68,540			
d) — — d'Ottweiler	63,491			
e) dans les cantons de Worms et Pfedersheim et de l'arrondissement de Spire approximativement	25,000	295,436	—	295,436
f) une partie de l'arrondissement des Deux-ponts de la population de	24,000	24,000	—	24,000
Total des indemnissations		319,436	—	319,436

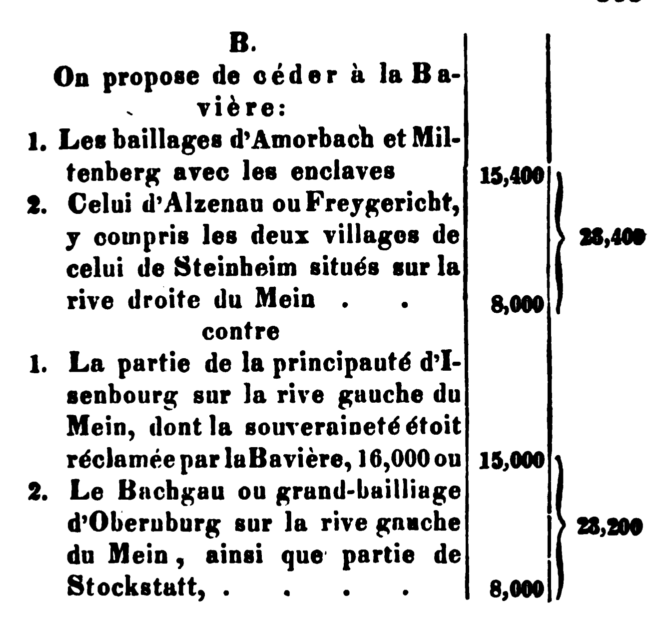
Beilage 2.

Contre-projet

de la part de Hesse-Darmstadt

(à Vienne le 22. avril 1815.)

A.		âmes
On consentiroit aux **cessions** suivantes:		
I. Duché de Westphalie, pour la Prusse . . .		140,000
II. Bailliages de la Hesse supérieure, pour indemnite éventuelle du comté de Hanau, savoir:		
1. baillage de Battenberg .	7,341	
2. — — de Biedekopf .	6,974	
3. — — de Blankenstein	11,665	
4. — — d'Itter . .	4,993	
5. — — de Lauterbach .	24,214	
6. — — de Wittgenstein	16,000	
		71,187
		211,187
pour lesquels on accepteroit sur la rive gauche du Rhin, depuis Bingen jusqu'au canal de Frankenthal, savoir		
1. District de Mayence .	120,000	
2. — — de Kaiserslautern	56,000	
3. Le canton de Kreuzenach	6,000	
4. partie du district de Spire: Worms, Pfedersheim, Frankenthal	28,700	
		211,800



B.

On propose de céder à la Bavière:

1. Les baillages d'Amorbach et Miltenberg avec les enclaves	15,400	23,400
2. Celui d'Alzenau ou Freygericht, y compris les deux villages de celui de Steinheim situés sur la rive droite du Mein . .	8,000	
contre		
1. La partie de la principauté d'Isenbourg sur la rive gauche du Mein, dont la souveraineté étoit réclamée par la Bavière, 16,000 ou	15,000	23,200
2. Le Bachgau ou grand-bailliage d'Obernburg sur la rive gauche du Mein, ainsi que partie de Stockstatt, ...	8,000	

Note. Alzenau a de riches forêts et domaines, et rapporte 77,000 fl. par an; tandis que le Bachgau en manque, ce qui compense le petit surplus de population *)

Isenbourg. Darmstadt a, par les traités de 1642 et 1710, droit de succession à Sprendlingen, Welschdorf et Ginsheim, en cas de défaillance de l'une des deux branches dI'senbourg, et en porte le titre et les armes depuis deux siècles.

*) Ein solches Surplus, von 800 Einwohern, würde nämlich statt finden, wenn man für den oben genannten Theil von Isenburg 16,000 Einwohner rechnet, und nicht 15,000, wie oben innerhalb den Linien angenommen ist. Anm. d. H.

C.

Ier Projet de communication des deux provinces du Grand-duché

1.	par le bailliage de Bergen ou Bornheimberg de	8,550
2.	quelques villages hors de la banlieue de Francfort apartenant à cette ville	3,350
	pour lesquels on renonceroit	
1.	à l'indemnité pour Hombourg ès monts	
2.	Wimpfen ville et val	2,639
3.	Kirnbach dans le Greichgau pour 2/3 l'entretien apartenant à Bade .	820

IId Projet de communication.

1. Par les de bailliages de Hoechst et OberUrsel, apartenant depuis 1802 à la maison de Nassau, qui céderoit en ce cas à la Hesse

a) les dits bailliages de	16,787	17,881
b) celui de Reichelsheim au milieu des états du Grand-Duc de	1,094	

2. Elle obtiendroit en échange, de Cassel, le comté du bas-Katzenelenbogen

gen	18,000	22,000
et pour indemniser le Landgrave de Rotenbourg, ainsi que pour mieux-valué, la ville et banlieue de Wetzlar . .	4,000	

3. On céderoit en échange, de la part du Grand-Duc de Hesse, pour in-

demniser ailleurs S. A. Electorale pour les 18,000 âmes:

a) les trois objets ci-haut, Hombourg, Wimpfen et Kirnbach 12,009

b) le bailliage de Hirschhorn ou Neckar-Steinach . . 4,075

et au besoin la petite ville de Herbstein dont on ne sait pas au juste la population.

Beilage 3.

Note

des königlich preussischen ersten Herrn Bevollmächtigten, an den großherzoglich-hessischen Herrn Bevollmächtigten, wodurch die Unterhandlungen über Vertauschung des Herzogthums Westphalen abgebrochen werden; datirt Wien den 1. Jun. 1815.

Dem unterzeichneten Staatskanzler Sr. königlichen Majestät von Preussen, sind von dem Herrn Staatsrath Hoffmann diejenigen Verhandlungen vorgelegt worden, welche derselbe wegen Abtretung des Herzogthums Westphalen und einiger andern Vertauschungen mit des großherzoglich-hessendarmstädtischen Bevollmächtigten Herrn Freiherrn von Türkheim Excellenz gepflogen hat.

Zu seinem innigem Bedauern hat er daraus die Ueberzeugung geschöpft, daß auf die überspannten Forderungen, die man darmstädtischer Seits macht, gar nicht hinein zu gehen sey. Er sieht sich daher genöthigt, die Unterhandlungen abzubrechen und den Mächten des Congresses, besonders

aber dem kaiserlich-königlich-östreichischen Hofe zu überlassen, wie sie Preussen zu dem Besitz des demselben tractatenmäsig zugesicherten Herzogthums Westphalen verhelfen wollen, nachdem dasselbe seiner Seits alle seine Verbindlichkeiten erfüllt hat.

Der Unterzeichnete versichert übrigens Sr. Excellenz dem Herrn Freiherrn von Türkheim seiner vollkommensten Hochachtung.

Wien den 1. Juni 1815.

(Unterschrieben) C. F. v. Hardenberg.

XLIII.

Vertrag

zwischen Oestreich und Preussen einer Seits, und Hessen Darmstadt anderer Seits, betreffend die Abtretung des Herzogthums Westphalen gegen Landesbezirke und Besitzungen auf der linken Rheinseite, so wie die Widereinsetzung des Herrn Landgrafen von Hessen Homburg in seinen vorigen Rechts- und Besitzstand; datirt Wien den 10. Jun. 1815. Nebst einem geheimen Artikel*).

Au nom de la très-sainte et indivisible Trinité.

LL. MM. l'Empereur d'Autriche et le Roi de Prusse d'une part et S. A. R. le

*) Mit diesem Vertrag sind zu verbinden die Bestimmungen, welche, in Beziehung auf denselben Gegenstand, theils in der Schlußacte des Wiener Congresses, Art. 24, 47 u. 48 enthalten, theils von den verbündeten Mäch-

Grand-Duc de Hesse d'autre part, comptant régler tout ce qui a rapport à la cession du duché de Westphalie à S. M. prussienne et à l'indemnité à fixer pour la dite accession, ont nommé à cet effet, savoir:

S. M. I. et R. A. le sieur Clément-Wenceslas-Lothaire prince de Metternich-Winnebourg-Ochsenhausen, chevalier de la Toison d'or, grand-croix de l'ordre royal de St. Etienne, chevalier des ordres de St. André, de St. Alexandre-Newsky et de Ste. Anne de la première classe, grand-cordon de la Légion d'honneur, chevalier de l'ordre de l'Eléphant, de l'ordre suprème de l'Annonciade, de l'Aigle noire et de l'Aigle rouge, des Séraphins, de St. Joseph de Toscane, de St. Hubert, de l'Aigle d'or de Wurtemberg et de la fidélité de Bade, de St. Jean de Jérusalem et de plusieurs autres, chevalier de l'ordre militaire de Marie-Thérèse, curateur de l'académie des beaux arts, chambellan, conseiller intime actuel de S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, son ministre d'état, des conférences et des affaires étrangères, son premier plénipotentiaire au congrès.

S. M. le Roi de Prusse, le prince de Hardenberg, son chancelier d'état, chevalier des grands ordres de l'Aigle noir, de l'Aigle rouge, de celui de St. Jean de Jérusalem et de croix de fer de Prusse, de ceux de St. André, de St.

ten gemacht worden sind in ihrem pariser Conferenz-Protocoll vom 3. Nov. 1815. Art. 8. und Beilage 3. Dieses steht in des Herausgebers Staatsarchiv des teutschen Bundes, Heft 3.

Alexandre-Newsky et de St[e] Anne de la première classe de Russie, grand-croix de l'ordre royal de St. Etienne d'Hongrie, grand cordon de la Légion d'honneur, chevalier de l'ordre de St. Charles d'Espagne, de l'ordre suprême de l'Annonciade de Sardaigne, de celui des Séraphins de Suède, de l'Eléphant de Danemarc, de l'Aigle d'or de Wurtemberg et de plusieurs autres: son premier plénipotentiaire au congrès de Vienne.

Et S. A. R. le Grand-Duc de Hesse, le sieur Jean baron de Turkheim d'Altorff, son ministre d'état et envoyé extraordinaire au congrès, grand-croix de son ordre, et commandeur de l'ordre royal de St. Etienne d'Hongrie.

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans:

Article 1er.

Son Altesse Royale Grand-Duc de Hesse cède à Sa Majesté le Roi de Prusse le duché de Westphalie, pour être possédé par Elle, Ses héritiers et successeurs en toute propriété et souveraineté.

Art. 2.

S. A. R. recevra, en échange de la cession exprimée dans l'article précédent, un territoire sur la rive gauche du Rhin, comprenant une population de cent quarante mille âmes pour être possédé pareillement par Elle, Ses héritiers et successeurs en toute propriété et souveraineté. Ce territoire sera en contiguïté parfaite, et comprendra les villes de Worms,

Frankenthal et Oppenheim. Des Commissaires seront nommés sans délai, de la part de S. M. l'Empereur d'Autriche et de celle de S. A. R., pour fixer l'évaluation et les limites du dit territoire, et pour régler tout ce qui a rapport à l'exécution du présent article.

Art. 3.

S. A. R. le Grand-Duc aura également la pleine et libre propriété et jouissance des salines de Kreuzenach situées sur la rive gauche de la Nahe. L'exploitation et l'exportation du produit des dites salines sera libre de tout impôt ou redevance quelconque.

Art. 4.

Le duché de Westphalie, tel qu'il a été possédé en dernier lieu, sera remis aux autorités constituées à cet effet par S. M. le Roi de Prusse le 15 juillet *), et S. A. R. le Grand-Duc sera mis à la même époque en possession des territoires et objets désignés dans les articles 2. et 3.

Art. 5.

Les revenus du duché de Westphalie jusqu'au 15 juillet sont explicitement réservés à S. A. R le Grand-Duc de Hesse, et S. M. le Roi de Prusse s'engage à en faire rentrer l'arriéré avant la fin de l'année courante. S. A. R le Grand-Duc de Hesse entrera en jouissance de

*) Cette remise n'a eu lieu qu'au mois de juillet de l'année suivante (1816. Remarque de l'éditeur.)

tous les revenus du pays et objets désignés dans les articles 2 et 3 à dater du 15. juillet.

Art. 6.

S. M. le Roi de Prusse se charge de tous les officiers civils employés dans l'administration du duché de Westphalie, tant de ceux qui sont en activité de service qu'en état de pension.

Art. 7.

Les dettes constituées sur le duché de Westphalie, provenant de l'électorat de Cologne, ou contractées pour son administration intérieure *) restent à la charge du dit duché. Il en est de même des pensions et charges affectées sur ce pays par le recès de l'Empire de 1803, nommément la rente de 15,000 florins assise sur le duché en faveur du prince de Wittgenstein-Berlebourg.

Art. 8.

Les traités antérieurs ayant purifié les territoires de la rive gauche du Rhin de tous les droits féodaux, ainsi que des dettes et pensions anciennement hypothéquées ou constituées sur eux, et ayant rejeté ces charges sur les possesseurs des états sur la rive droite du Rhin, qui ont reçu dans le temps des indemnités à ce titre, il est convenu, qu' aucune de ces

*) Postérieurement la Prusse s'est chargée nommément de la dette de 500,000 florins faite et hypothéquée sur le duché de Westphalie en date du 1er avril 1810. Remarque de l'éditeur.

charges ne pourra plus être transportée sur ces pays sans le consentement de S. A. R. le Grand-Duc. Il es toutefois statué, que l'article 27 du traité de Paris du 30 mai 1814, relativement aux acquéreurs des domaines nationaux, aura son plein effet dans les dits pays.

Art. 9.

Les troupes tirées du duché de Westphalie resteront au corps d'armée de S. A. R. le Grand-Duc pendant l'espace d'un an. Les officiers qui ne voudront point rester au service de la Hesse, passeront au service de S. M. le Roi de Prusse en conservant leur grade.

Art. 10.

S. A. R. le Grand-Duc de Hesse prendra le titre de prince de Worms.

Art. 11.

S. M. I. et Roy. Apost. et S. M. le Roi de Prusse garantissent à S. A. R. le Grand-Duc de Hesse la souveraineté et indépendance de Ses états, et promettent de lui obtenir la même garantie de la part de la cour de Russie. Les arrangemens, qui seroient encore à faire, en conformité du traité de Francfort du 23 novembre 1813, se feront d'un commun accord. Cette réserve est specialement appliquée aux bailliages de Hanau.

Art. 12.

La présente convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées dans l'espace de 30 jours.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Vienne le 10 de juin l'an de grâce 1815.

Signé. Le prince de Metternich. Le prince de Hardenberg. Le baron de Turkheim.

Article séparé et secret.

S. A. R. le Grand-Duc de Hesse s'engage à réintégrer le prince de Hesse-Hombourg dans ses possessions, revenus, droits et rapports politiques, dont il a été privé par les effets de la confédération rhénane*)

Le présent article séparé et secret aura la même force et valeur que s'il étoit inséré mot à mot à la convention patente de ce jour. Il sera ratifié, et les ratifications en seront échangées en même temps.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes. Fait à Vienne le 10 de juin l'an de grâce 1815.

Signé: Le prince de Metternich. Le prince de Hardenberg. Le baron de Turkheim.

*) Cet article secret se trouve textuellement dans l'art. 48. de l'Acte final du Congrès de Vienne. Voyez plus haut T. VI. p. 58. Rem. de l'édit.

XLIV.

Adresse an die allerhöchsten, auf dem Congreß versammelten Monarchen, im Namen der teutschen Nation, betreffend ihre Bitten und Wünsche.

Allerdurchlauchtigste,
Großmächtigste Kaiser und Könige!

Teutsche Männer, von der Fügung des Ewigen durchdrungen, durch das gemeinschaftliche Band der innigsten Dankbarkeit, Ehrfurcht und Vaterlandsliebe vereint, wagen es, den erhabensten Häuptern, durch welche die Vorsicht die Majestät ihres Willens kund gethan hat, jene Huldigungen, Segnungen und Wünsche auszudrücken, von welchen alle Herzen der Nation, welcher sie angehören, erfüllt sind.

So lange ein ganzer Welttheil der Entscheidung harrte, ob es noch Recht und Freiheit und Glauben geben sollte unter seinen Völkern, und ob teutsche Kraft und Treue, seit einem Jahrtausende sein Ruhepunct und die Siegelbewahrerin jener Heiligthümer, auch in dem geweihten Kampfe der Entscheidung sich bewähren würde: so war es dem Berufe und Geiste des Teutschen geziemend, sich keine andere Sprache zu erlauben, als die des Schwertes, keiner besonderen Angelegenheit zu gedenken, bis die allgemeine gerettet seyn würde, und durch freudige Hingebung von Gut und Blut zu beweisen, daß Teutschland des Rufes und Vertrauens der Führer Europa's würdig sey.

Das Werk des Krieges ist vollbracht. Der Bau des Unrechts und Truges liegt in Trümmern, seine Werkzeuge sind verschwunden, und nun, da wür-

dig das Wort den bewährten Thaten folgen kann, ist es erlaubt, die Stimme teutscher Herzen, welche der Ernst des Kampfes und der Prüfung verschlossen hielt, den Befreiern Europa's und Teutschlands zu öffnen.

Das Werk des Friedens beginnt. Ein neuer Bau erhebt sich, das Recht ist seine Grundfeste, die Freiheit wird von seinen Zinnen wehen, Treue und Glauben sollen ihn bewohnen; mit diesem Werke werden sich die großen Verhältnisse Teutschlands bestimmen. Da wird es Pflicht des teutschen Volkes, daß das Schweigen der Ehrfurcht den Ergießungen des Vertrauens gegen die Friedensstifter Platz mache.

Mit gerechtem Stolze freut sich die Nation der Teutschen, daß die Retter und Wiederbegründer des europäischen Staatenvereins aus den erlauchtesten und ältesten teutschen Geschlechtern entsprossen sind. Es ist ein Zeichen und Unterpfand, welches ihr der Himmel gegeben hat, daß sein väterliches Auge noch auf dem teutschen Stamme weile, und daß die erhabenen Organe, welche er zu seinem Werke erkohren hat, in unserm Vaterlande das Land Ihrer Väter lieben werden.

Alle Völker freuen sich schon des neuen Tages; Oesterreich, Rußland, Preussen, England, feiern die Triumphe ihrer Fürsten, Italien sieht der Wiederherstellung seiner alten glücklichen Verhältnisse durch sie entgegen, Spanien sieht sein angeerbtes Gebiet von den Fremdlingen gereinigt und bereitet sich, in einer kräftigen Verfassung erstehend, zu dem Empfange seines rechtmäßigen Königes vor, und selbst jene Nation, die überwundene, von welcher seit Jahrhunderten die geheime Auflösung und seit zwanzig Jahren die gewaltsame Zertretung aller

rechtlichen Verhältnisse ausgegangen ist, dankt es der Großmuth der Ueberwinder, daß sie durch freiwillige Huldigung für ihr angestammtes Königshaus ihr Schicksal versöhnen, durch eine selbstgewählte Verfassung ihre Wohlfahrt, ihre Kraft und Unabhängigkeit von Neuem begründen, und, nachdem sie das Erbtheil aller andern Nationen verletzen wollte, sich der Vollständigkeit ihres eigenen erfreuen kann.

Sollte der helle Tag, welcher allen andern Nationen in freudiger Hoffnung strahlt, für die teutsche noch in zweifelhafter Dämmerung liegen? Sollte, da große teutsche Brudervölker mit neuem Glanze sich erheben, unser gemeinsames Vaterland, welches in den zwanzig Kriegsjahren am meisten geblutet, welches in dem Kampfe der Entscheidung die Treue und den Geist der Väter bewährt hat, noch ungewiß seiner Vereinigung, seiner unverletzten Wiederherstellung entgegen harren?

Nein, wie auch die Zukunft sich noch verhüllen mag, des Teutschen Bauen und Trauen auf seine großen Führer kann nicht wanken, und ehrfurchtsvoll überläßt er sich der festen Zuversicht, daß Sie, die Gerechten, die Teutschgebohrnen, des Landes ihrer Väter mit großherziger Liebe gedenken, daß Sie sein theures Vaterland, in der unverletzten Vollständigkeit seines Umfanges, zu einem neuen, kraftvollen und würdigen Daseyn vereinigen werden.

Die teutsche Nation sieht die Fessel zerbrochen von den Völkern ihres Stammes über dem Rhein, welche die Gewaltthat der letzten Zeiten unter fremde Herrschaft gebeugt hat, von Völkern ihres Stammes, welche die fremde Herrschsucht seit einem Jahrhunderte dem mütterlichen Lande entrissen

hat. Sie hört die Geschichte von zwei Jahrtausenden, und erkennt jene Länder für ihr Erbtheil; sie hört den Sprachlaut jener Völker von dem Ausflusse der Schelde bis zum Eingange der Alpen, und erkennt sie für ihre Brüder; sie hört in dem Jubel der Befreiten und in den Segnungen, welche sie den Häuptern Europa's bringen, daß es ihre ächten Brüder sind, — und sey es, daß die Härte oder die Dauer des fremden Joches einige Verführte der Sinnesart ihres Stammes entäussert hat, — sie erkennt sie für verirrte Brüder, deren Söhne und Enkel in dem mütterlichen Schooße ihres Volkes, unter dem väterlichen Schutze ihrer Fürsten sich von dem aufgedrungenen Gepräge des Fremden reinigen werden. Die teutsche Nation erinnert sich, daß die frühere Losreissung von Elsaß und Lothringen die Gewaltthaten der letzten Zeiten, die innere Zerrüttung und die äussere Erschütterung ihres Reiches vorbereitet habe; sie sieht in den Ländern des Rheinstromes die Vormauer und Grundfeste ihres Vaterlandes, die Wurzel ihres Reiches. Die teutsche Nation endlich hat in dem Entscheidungskriege für diesen Welttheil, den Beruf und das Hochgefühl ihrer Ahnen bewährt; aber in dem Ringen des Kampfes hörte sie das Rufen ihres Schutzgeistes, daß mit der Rettung Europa's auch die Freiheit ihrer Söhne und Brüder gerettet würde.

Darum bittet das Volk der Teutschen die Führer der gerechten Sache, daß, was im Dunkel des Kampfes verheißend ihm vorgeschwebt, an der Sonne des Friedens zur Reife gedeihe; es bittet Sie, daß das teutsche Land seine Grundfeste, der teutsche Bund sein angestammtes Erbtheil und die Gesammtheit seiner Brüder wieder erhalte. Es

bittet Sie bei dem Andenken Ihrer und unsrer Urväter, deren Thaten jene Länder von Römern und Römlingen befreit haben, es bittet Sie bei dem Blute seiner Söhne, welches für die Rettung Europa's, für Recht und Freiheit aller Völker geflossen ist; es bittet Sie bei der Selbstständigkeit des teutschen Landes, in welches Europa den Ruhepunkt seines Gleichgewichtes gelegt hat; endlich bittet es Sie bei der Ehre des großen Urvolkes, aus welchem auch Ihre erhabenen Geschlechter entsprossen sind, damit dem Siege teutschen Heldengeistes nicht sein Kampfpreis entwendet werde, und unsre Brüder, noch wund von alten Fesseln, deren Trümmer an den Ruhm unserer Thaten erinnern sollen, nicht, an neuen Ketten dem Franzosen fröhnend, den Namen unseres Stammes demüthigen.

Die teutsche Nation sieht sich in viele Landschaften und Regierungen getheilt. Mit Freude gewahrt sie, wie reich und eigenthümlich sich die Quelle ihres Geistes in die Verschiedenartigkeit ihrer Glieder ergießt, und mit stolzer Selbsterkennung empfindet sie, wie vielfach sich die teutsche Treue der mannigfaltigen Länder gegen ihre Fürsten, und der teutsche Fürstensinn in jenen Ländern spiegelt. Aber sie fühlt sich vereinigt in allen diesen Gliedern zu Einem Körper, durch den rein erhaltenen Adel ihrer Abstammung, durch die Gemeinschaft ihrer Sprache und Sinnesart, durch die grauen und ruhmvollen Denkmäler ihrer Geschichte, durch die Bande ihrer erlauchten Fürsten, und die Bewohner der entferntesten ihrer Staaten erkennen sich als Brüder. Sie fühlt die Nothwendigkeit eines innigen Vereines aller ihrer Staatenglieder, damit durch ihn auch die Freiheit und Würde der einzelnen gesichert sey.

Sie hat gesehen, daß das Reich ihrer Ahnen groß und stark war, so lange ein festes Band sie umschlungen hielt; daß ihre Nationalkraft ermattete und ihre Nationalehre sich trübte, sobald dieses Band sich zu schwächen begann; daß das Recht und die Freiheit unterdrückt, die Treue gegen ihre Fürsten verfolgt, die Ehre befleckt wurde, sobald dieses Band gelöset war.

Darum bittet sie die großen und teutschgebohrnen Führer Europa's und alle ihre hochherzigen Fürsten, welche nun neuverherrlicht um das alte Kaiserhaus versammelt stehen, einen Bund ihres Reiches zu erneuern, welcher mit inniger Kraft und Liebe das gemeinsame Vaterland umarme, und in durchdringender Wirksamkeit allen Völkern Teutschlands stets das Gefühl gegenwärtig halte, daß sie nur Brüder Eines Stammes, und die gemeinschaftlichen Interessen desselben auch ihre ersten seyen.

Sie bittet Sie, die Stimme ihres Volkes zu hören, welches in der Würde und Freiheit seiner Fürsten auch die seinige findet, und zu jedem Opfer für die Wiedergeburt Teutschlands bereit ist. Sie bittet Sie, das gemeinsame Vaterland wieder zu dem Range jenes Reiches zu erheben, welches die alte Wiege des Rechtes, der Freiheit und der Treue war, von welchem einst zuerst die Begründung des europäischen Gleichgewichtes ausgegangen ist, und welches die Natur durch seinen Character und durch seine Lage zu dem Mittelpuncte desselben geschaffen hat. Sie beschwört Sie bei den Leiden, welche seit zwanzig Jahren über Teutschland gekommen sind, bei dem Werthe der Treue, welche es in der Zeit des Unrechts und der Bedrängniß für seine Fürsten erprobt hat, bei dem Schutzgeiste

Teutschlands, welcher auf das Anrufen seiner Fürsten wieder erschienen ist, und das teutsche Heldenblut in den Schlachten der Entscheidung dem Siege geweihet hat.

Dieß sind die Wünsche des teutschen Volkes, welches seine Ehrfurcht zwar als Bitten, zugleich aber seine vertrauensvolle Zuversicht ihrer Erfüllung schon mit dem Gefühle der vorläufigen innigsten Dankbarkeit darlegt.

Wenn einzelne teutsche Männer sich erlauben, die Wünsche ihrer Brüder aufzufassen; so geschieht es nicht, als wenn sie es wagen wollten, die Gesinnungen eines großen Volkes zu deuten, sondern weil diese Empfindungen, indem sie aus allen Gauen desselben ertönen, auch sie ergriffen haben, und weil sie sich zu diesen freimüthigen Ergießungen gedrungen fühlten durch die tiefste Ehrfurcht und die unwandelbare Treue, welche sie gegen die erhabensten Befreier Teutschlands und gegen ihre hochgesinnten Fürsten mit allen Herzen des teutschen Volkes theilen.

In allertiefster Ehrfurcht,

Ew. Kaiserlichen und Königlichen Majestäten

allerunterthänigst-gehorsamste,

ꝛc. ꝛc.

XLV.

Verzeichniß der auf dem wiener Congreß, für Congreß-Angelegenheiten anwesend gewesenen Bevollmächtigten.

Dieses Verzeichniß, obgleich mit möglichster Genauigkeit und Mühe gefertigt, wird weder für ganz vollständig, noch für durchaus richtig angegeben, sondern in Ermangelung eines bessern geliefert, welches der Herausgeber, aller angewandten Mühe ungeachtet, sich zu verschaffen nicht vermochte*). Jede Verbesserung, jeder Zusatz, der ihm von zuverlässiger Hand zukommen wird, soll willkommen seyn und, wenn er noch vor dem Schluß dieser Sammlung eintrifft, nachgeliefert werden.

Kaum wird es der Versicherung bedürfen, daß nicht die entfernteste Absicht vorwalte, durch die hier befindliche Ordnung, Angabe oder Benennung, irgend einem Staat, Committenten, oder Individuum, einer Gesammtheit oder Behörde, in dem ihnen gebührenden Rang, Titel oder Prädicat, den mindesten Nachtheil zuzufügen.

*) Ein blosses Verzeichniß auf dem Congreß anwesender Fremden, sehr mangelhaft in aller Hinsicht, lieferte zu Wien ein Laufer, unter folgendem Titel: Guide des Etrangers à Vienne pendant le congrès, contenant les noms des Souverains présents dans cette capitale, ainsi que ceux des Ministres et Chargés-d'affaires des différentes cours auprès de celle de Vienne, au mois de janvier 1815; avec l'indication des rues et numéro des maisons qu'ils habitent. (à

1.

Bevollmächtigte derjenigen acht Mächte, welche den pariser Frieden vom 30. Mai 1814 unterzeichnet haben.

(In alphabetischer Ordnung der Staaten.)

Frankreich.

1) Herr Carl Moriz von Talleyrand-Perigord, Fürst von Talleyrand, Pair von Frankreich, Minister Staats-Secretär in dem Departement der auswärtigen Angelegenheiten.

2) Herr Herzog von Dalberg, Staatsminister.

3) Herr Graf Gouvernet von Latour-du-Pin, ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am königlich-niederländischen Hofe*).

4) Herr Alexis Graf von Noailles, Obrister.

Grossbritannien.

1) Herr Robert Stewart, Vicomte Castlereagh, Geheimer Rath, Mitglied des Parlamentes, Obrister des Regimentes der Miliz von Londonderry, Principal-Staats-Secretär für das Departement der auswärtigen Angelegenheiten**).

2) Herr Arthur Wellesley, Herzog, Marquis und Graf von Wellington, Marquis Douro, Vicomte Wellington von Talavera und von Wel-

Vienne 1815.) 50 pages gr. in 8vo. Der Redacteur nennt sich: Jean Paggiam, coureur de S. A. R. le Duc Albert de Saxe-Teschen.

*) Reisete von Wien ab, im März 1815.

**) Reisete von Wien ab, nach London, am 15. Febr. 1815.

lington, und Baron Douro von Wellesley, Geheimer Rath, Marschall der königlichen*) Armeen, Oberst des Regimentes der Garden zu Pferd.

3) Herr Richard le Poër Trench, Graf von Clancarty, Vicomte Dunlo, Baron von Kilconnel, Geheimer Rath, Präsident des Geheimen RathsComité's für die Handels- und ColonialAngelegenheiten, GeneralPostmeister für die Briefposten, Obrister des Regimentes der Miliz der Grafschaft Galway.

4) Herr Wilhelm Schaw, Graf Cathcart, Vicomte Cathcart und Greenock, Pair des Parlamentes, Geheimer Rath, ausserordentlicher Botschafter und Bevollmächtigter am kaiserlich-russischen Hofe.

5) Herr Carl Wilhelm Stewart, Lord Stewart, Seigneur de la chambre de S. M., Geheimer Rath, GeneralLieutenant der königlichen Armeen, Obrister des 25. leichten DragonerRegimentes, Gouverneur des Forts Charles auf Jamaica.

Anmerkung. Zu dem Comité für die Angelegenheiten der Schweiz, war auch bevollmächtigt, Herr Stratford-Canning, königlich-großbritannischer Gesandter in der Schweiz.

Oestreich.

1) Herr Clemens Wenceslaus Lothar, Fürst von Metternich-Winneburg-Ochsenhausen, wirklicher Geheimer Rath, Staats-, und ConferenzMinister, auch Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

*) Kam nach Wien am 1. Febr. 1815, reisete von da ab am 26. März 1815.

2) Herr Johann Philipp, Freiherr von Wessenberg, Kammerherr und wirklicher GeheimerRath.

Portugal.

1) Herr Dom Peter von Sousa Holstein, Graf von Palmella, Mitglied des königlichen Rathes, Hauptmann der teutschen Compagnie der Gardes-du-Corps.

2) Herr Anton von Saldanha de Gama, Mitglied des königlichen Raths und des Rathes der Finanzen, ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am kaiserlich-russischen Hofe, erster Stallmeister Ihro K. H. der Prinzessin von Brasilien.

3) Herr Dom Joachim Lobo da Silveyra, Mitglied des königlichen Rathes.

Preussen.

1) Herr Carl August Fürst von Hardenberg, Staatskanzler.

2) Herr Carl Wilhelm Freiherr von Humboldt, Staatsminister, Kammerherr, ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am kaiserlich-östreichischen Hofe.

Rußland.

1) Herr Andreas Fürst von Rasoumoffsky, wirklicher geheimer Rath, und Senateur.

2) Herr Gustav Graf von Stackelberg, wirklicher geheimer Rath, wirklicher Kammerherr, Gesandter und bevollmächtiger Minister am kaiserlich-östreichischen Hofe.

3) Herr Carl Robert Graf von Nesselrode, geheimer Rath, wirklicher Kammerherr, StaatsSecretär für die auswärtigen Angelegenheiten.

Anmerkung. Für einzelne Anlegenheiten, erhielten auch von Sr. Majestät dem Kaiser von Rußland besondere Aufträge:

1) Herr Freiherr von Stein, vormals königlich-preussischer Staatsminister;

2) Herr Freiherr von Anstett, kaiserlich-russischer geheimer Rath;

3) Hr. Graf von Capodistrias*), kaiserlich-russischer StaatsSecretär.

Der erste und der dritte erschienen, für Rußland in dem Comité für die Angelegenheiten der Schweiz, der zweite in den Sitzungen der statistischen Commission.

Schweden.

Herr Carl Axel Graf von Löwenhielm, GeneralMajor in den königlichen Armeen, Obrister eines InfanterieRegimentes, wirklicher Kammerherr, ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am russisch-kaiserlichen Hofe, Unterkanzler der königlichen Orden.

Spanien.

Herr Don Peter Gomez Labrador, Staatsrath

*) So schreibt er sich selbst. Sonst wird sein Name auch Capo d'Istria geschrieben.

2.
Bevollmächtigte europäischer SouverainStaaten,
ausser den teutschen, welche den pariser Frieden nicht unterzeichnet haben.
(In alphabetischer Ordnung.)

Dänemark.

1) Herr Christian Günther Graf von Bernstorf, geheimer Conferenzrath, ausserordentlicher Abgesandter und bevollmächtigter Minister am kaiserlich-östreichischen Hofe.

2) Herr Joachim Friedrich Graf von Bernstorf, geheimer Conferenzrath.

Genua, Republik.

Herr Marquis Carl von Brignoles-Sale.

Kirchenstaat.

Man sehe unten Papst.

Massa und Carrara*).

Herr Carl Fürst von Albani.

Modena**).

Herr Carl Fürst von Albani.

Neapel,

König Joachim Napoleon (Mürat.)

1) Herr Herzog von Campo Chiaro.

2) Herr Januarius Spinelli, Fürst von Cariati.

*) Die Erzherzogin Maria Beatrix von Este.

**) Der Erhzerzog Franz von Est e.

Niederlande, Königreich.

(Bis zu dem 16. März 1815, souveraines Fürstenthum der Niederlande.)

1) Herr Gerhard Carl Freiherr von Spaen de Voorstonden, Mitglied des Corps der Adelichen der Provinz Geldern, ausserordentlicher Gesandter am kaiserlich-östreichischen Hofe.

2) Herr Hanns Christoph Ernst Freiherr von Gagern, Plenipotentiarius Sr. Majestät des Königs der Niederlande am Congreß zu Wien.

Oranien Nassau.

Man sehe oben, Königreich der Niederlande.

Papst.

Herr Ercole Consalvi, der heiligen römischen Kirche Cardinal, Diacon von Santa Agatha alla Suburra, Secretär Sr. päpstlichen Heiligkeit, Legat am Congreß.

Pforte, ottomanischen.

Herr Maurojeni, ein Fanariote.

Sardinien.

1) Herr Anton Maria Philipp Asinari, Marquis von SaintMarsan und von Carail, Graf von Cortigliole, Cartasio und Castelleto, Väl d' Erro, Staatsminister und erster KriegsStaatsSecretär.

2) Herr Graf Dom Joachim Alexander Rossi, königlicher Rath, ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am kaiserlich-östreichischen Hofe.

Schweiz.

A) Tagsatzung.

1) Herr Hanns von Reinhard.

2) Herr Johann von Montenach.

3) Herr Heinrich von Wieland, Bürgermeister zu Basel.

B) Einzelne Cantone.

a) Aargau.

Herr Albert Rengger, Doctor der Arzneigelahrtheit, vormals Minister des Innern der helvetischen Republik.

b) Bern.

Herr von Zerleder.

c) Freiburg.

Herr Johann von Montenach. (S. oben.)

d) St. Gallen.

Herr Albert Rengger. (S. oben.).

e) Genf.

1) Herr Charles Pictet de Rochemont, conseiller d'état.

2) Herr d'Ivernois, conseiller d'état.

f) Graubündten.

1) Herr Vincenz von Salis-Sils, Präsident.

2) Herr von Albertini.

3) Herr von Toggenburg.

Anmerkung. Auch Herr Daniel von Salis, aus Chur, war diesen Bevollmächtigten zur Seite.

g) Tessin.

Herr von Laharpe, kaiserlich-russischer wirklicher geheimer Rath.

h) Uri.

Herr von Zerleder. (S. oben Bern.)

i) Waadt.

Herr von Laharpe. (S. oben Tessin.)

k) Zug.

Herr von Zerleder. (S. oben Bern.)

Sicilien.

1) Herr Commandeur Ruffo.

2) Herr Herzog von Ferra-Capriola.

Toscana.

Herr Fürst Neri de Corsini.

3.

Bevollwächtigte
der
SouverainStaaten
des
teutschen Bundes.

(Nach alphabetischer Ordnung.)

AnhaltBernburg.
AnhaltCöthen.
AnhaltDessau.

Für diese drei Herzoge:

Herr Wolf Carl August von Wolfframsdorf, Präsident der Regierung zu Dessau.

Baden.

1) Herr Carl Freiherr von Hacke, Staatsminister, ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am kaiserlich-östreichischen Hofe.

2) Herr Carl Wilhelm Freiherr von Marschall, Staatsminister, ausserordentlicher Gesandter und

bevollmächtigter Minister am königlich-wirtembergischen Hofe.

3) Herr Carl Christian Freiherr von Berckheim, Staatsminister bei dem Ministerium des Innern *).

Baiern.

Herr Carl Philipp Fürst von Wrede, General-Feldmarschall.

Nach dessen am 24. April 1815 erfolgter Abreise:

Herr Aloys Franz Xaver Graf von Rechberg und Rothenlöwen, Kämmerer und wirklicher geheimer Rath, ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am kaiserlich-östreichischen Hofe.

BraunschweigWolfenbüttel.

Herr Wilhelm Justus Eberhard von Schmidt-Phiseldeck, geheimer Rath.

Nach dessen im April 1815 erfolgter Abreise, ex substitutione:

Herr Dorotheus Ludwig Graf von Keller, kurfürstlich-hessischer Staatsminister und Bevollmächtigter am Congreß.

Bremen, freie Hansestadt.

Herr Johann Smidt, Senator.

Frankfurt, freie Stadt.

Herr Johann Ernst Friedrich Danz, Doctor der Rechte, Syndicus.

*) In den Sitzungen vom 23. Mai bis 1. Jun. 1815 war zwar, nachdem oben genannte Herren Bevollmächtigte von Wien schon abgereiset waren, für Baden der Herr geheime Rath Freiherr von Berstett, auf erhaltene Einladung, erschienen, derselbe war aber zu Congreß-Verhandlungen nicht bevollmächtigt. Vergl. oben, Bd. II. S. 451 u. 457.

Hamburg, freie Hansestadt.

Herr Johann Michael Gries, Syndicus.

Hannover.

1) Herr Ernst Friedrich Herbert Graf von Münster, Erblandmarschall des Königreichs Hannover, Staats- und Cabinets-Minister.

2) Herr Ernst Christian August Graf von Hardenberg, Staats- und Cabinets-Minister, ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am kaiserlich-östreichischen Hofe.

Hessen, Kurfürstenthum.

1) Herr Dorotheus Ludwig Graf von Keller, Staatsminister.

2) Herr Georg Ferdinand Freiherr von Lepel, Kammerherr und geheimer Regierungsrath.

Hessen, Großherzogthum.

Herr Johann Freiherr von Türckheim von Altdorf, geheimer Rath und Staatsminister.

Hohenzollern-Hechingen.

Herr Franz Anton Freiherr von Frank, geheimer Rath.

Hohenzollern-Sigmaringen.

Herr Franz Aloys von Kirchbauer, geheimer Legationsrath.

Holstein (Glückstadt).

S. oben, unter Num. 2, Dänemark.

Holstein-Oldenburg.

Herr Albert Freiherr von Maltzahn, Präsident der Regierung des Fürstenthums Lübeck.

Lichtenstein.

Herr Georg Walther Vincenz von Wiese, Vicekanzler der Regierung des Fürsten von Reuß zu Gera.

Lippe.

Herr Friedrich Wilhelm Helwing, Regierungsrath.

Lübeck, freie Hansestadt.

Herr Johann Friedrich Hach, Doctor der Rechte, Senator.

Luxemburg.

Herr Hanns Christoph Ernst Freiherr von Gagern. (S. oben, unter Num. 2., Niederlande.)

Mecklenburg-Schwerin.

Herr Leopold Freiherr von Plessen, Staatsminister.

Mecklenburg-Strelitz.

Herr August Otto Ernst Freiherr von Oertzen, Staatsminister.

Nassau (Herzog und Fürst).

1) Herr Hanns Christoph Ernst Freiherr von Gagern. (S. oben, unter Num. 2., Niederlande.)

2) Herr Ernst Franz Ludwig Freiherr Marschall von Biberstein, Staatsminister.

Oestreich.

S. oben, unter Num. 1, Oestreich.

Oldenburg.

S. oben Holstein-Oldenburg.

Preussen.

S. oben, unter Num. 1, Preussen.

Reuß, ältere und jüngere Linie.

Herr Georg Walther Vincenz von Wiese, Vicekanzler der Regierung zu Gera.

Reuß Ebersdorf.

1) Herr von Bilderbeck geheimer Rath.

2) Herr Eyring, geheimer Hofrath.

Reuß Greitz.

Herr Georg Walther Vincenz von Wiese, Vicekanzler der Regierung zu Gera.

Reuß Schleitz.

Herr Mayer, Legationsrath.

Sachsen, Königreich.

1) Herr Friedrich Albrecht Graf von Schulenburg, Kammerherr.

2) Herr Hanns August Fürchtegott von Globig, Kammerherr, Hof- und Justizrath und geheimer Referendär.

Sachsen Coburg Saalfeld.

Herr Franz Xavier Freiherr Fischler von Treuberg, Obrister.

Sachsen Gotha.

Herr Friedrich August Freiherr von Minkwitz, geheimer Rath.

Sachsen Hildburghausen.

Herr Carl Ludwig Friedrich Freiherr v. Baumbach, geheimer Rath und Regierungs-Präsident.

Sachsen Meinungen.

Herr Freiherr von Erffa, geheimer Rath. Nach dessen Abreise:

Herr Friedrich August Freiherr von Minkwitz (S. oben SachsenGotha.)

SachsenWeimar.

Herr Ernst August Freiherr von Gersdorf, geheimer Rath.

Nach dessen Abreise, Herr Friedrich August Freiherr von Minkwitz. (S. oben SachsenGotha.)

Schaumburg.

Herr Günther Heinrich von Berg, Doctor der Rechte, RegierungsPräsident.

SchwarzburgRudolstadt.

Herr Friedrich Wilhelm Freiherr von Ketelhodt, Kanzler und Präsident, auch Erbschenk der gefürsteten Grafschaft Henneberg.

SchwarzburgSondershausen.

Herr Adolph von Weise, geheimer Rath und Kanzler.

Waldeck.

Herr Günther Heinrich von Berg. (S. oben Schaumburg.)

Wirtemberg.

1) Herr Levin Graf von Winzingerode Staatsminister.
2) Herr Franz Joseph Ignaz Freiherr von Linden, Staatsminister.

4.

Bevollmächtigte
theils solcher
teutschen Fürsten und Grafen
welche
reichsständische Landesherren waren,
jetzt aber
der Staatshoheit teutscher Bundesstaaten
untergeordnet sind,
theils anderer ehemaliger
mittelbarer Angehörigen
des
teutschen Reichs.

(In alphabetischer Ordnung.)

Arenberg, Herzog.

Herr Philipp E. Freiherr Schmaus von Livonegg, geheimer Rath.

Aspremont Linden, Graf.

Herr Franz von Gärtner, fürstlich-neuwiedischer geheimer Rath.

Basel, Fürstbischof.

Herr Möst von Moosthal.

Bassenheim (Waltbott-), Graf.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Bentheim Steinfurt, Graf.

Herr Alexis, Erbgraf von Bentheim Steinfurt.
Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Bentheim (Tecklenburg) Rheda, Graf.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Bentink, Graf, souverainer Herr von Inn- und Kniphausen.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Herr L. D. Jassoy, Doctor der Rechte und Advocat zu Frankfurt am Main.

Bömelberg, Freiherr.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Castell, Grafen.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

ColloredoMannsfeld, Fürst.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Croy, Herzog.

Herr Amadeus Fürst von Croy.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Dietrichstein, Fürst.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Erbach, Grafen.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Essen und Thoren, Fürstin Aebtissin.

Herr Franz Anton Edler von Ditterich, ehedem kaiserlicher ReichshofrathsAgent.

Friedberg, Burg.

Herr Clemens August Wilhelm Graf von Westphalen zu Fürstenberg, Burggraf zu Friedberg, kaiserlich-österreichischer wirklicher geheimer Rath und Kämmerer.

Nach dessen im Februar 1815 erfolgter Abreise von Wien:

Herr Friedrich Christoph Graf von Degenfeld, kaiserlich-östereichischer GeneralMajor; und

Herr Joseph Freiherr von Hornstein, kaiserlich-östreichischer wirklicher geheimer Rath.

Fürstenberg, Fürst.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Fugger KirchbergWeissenhorn, Graf.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Görz, (von Schlitz, genannt von), Graf.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

HessenHomburg, Landgraf.

Herr von Sinclair, geheimer Rath.

HessenRheinfelsRothenburg, Landgraf.

Herr Gössel, geheimer Rath.

Hohenlohe, fürstliches Gesammthaus.

Herr Gössel, geheimer Rath.

HohenloheBartenstein, Fürst.

Herr Franz von Gärtner S. oben.

HohenloheLangenburgKirchberg, Fürst.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Isenburg, Fürst.

Herr Pohl, Regierungsrath.

Isenburg, Grafen.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

JohanniterOrden.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Herr Bailli von Miari.

Herr Bailli von Berlingheri.

Auch trat für diesen Orden auf:
Herr Vié de Cesarini.

Khevenhüller Metsch, Fürst.
Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Königsegg Aulendorf, Graf.
Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Leiningen, Fürst.
Herr Michael Ludwig Schmitz, geheimer und Cabinetsrath.

Leiningen Billigheim, Graf.
Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Leiningen Neudenau, Graf.
Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Leiningen Westerburg, Graf.
Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Leyen, Fürst.
Herr Gottlob Friedrich von Borsch, herzoglich-sächsischer geheimer Rath.

Limpurg Speckfeld.
S. unten Rechteren.

Linke Rheinseite.
s. Reichsritterschaft und Rheinseite.

Lobkowitz, Fürst.
Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Löwenstein Wertheim Freudenberg, Fürsten.
Herr Carl, Erbprinz zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg *).

*) Oben, Bd. II., S. 585.

Herr von Jagemann, Regierungsrath zu Wertheim.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Löwenstein Wertheim Rochefort, Fürst.

Herr von Jagemann, Regierungsrath.

Herr Franz von Gärter. S. oben.

Looz Corswarem, Herzog, Fürst von Rheina-Wolbeck.

Herr von Riese.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Malteser Orden.

S. Johanniter Orden.

Metternich Winneburg Ochsenhausen, Fürst.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Oettingen Wallerstein.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Ortenburg, älteren Geschlechtes, Graf.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Quadt, Graf.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Rechteren und Limpurg, Graf.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Reichsritterschaft, unmittelbare, ehemalige,

a) schwäbische:

Herr Joseph Frh. von Hornstein, kaiserlich-östreichischer geheimer Rath;

insbesondere noch für den ehemaligen Canton Craichgau:

Herr Ludwig Frhr. Rüdt von Collenberg, Kammerherr.

b) fränkische:

Herr Friedrich Frhr. von Zobel zu Giebelstatt, Darstatt u. s. w.

insbesondere für den ehemaligen Canton Ottenwald.

Herr Ludwig Frhr. Rüdt von Collenberg, Kammerherr.

c) am Rheinstrom und in der Wetterau.

Herr Graf von Degenfeld, kaiserlich-östreichischer GeneralMajor.

Vorstehende Bevollmächtigte der ehemaligen Reichsritterschaft, begleitet als gemeinschaftlicher Geschäftsmann, der fürstlich-löwenstein-wertheimische Herr geheime Rath von Städel.

d) auf der linken Rheinseite.

Herr Edmund Graf von Kesselstadt, Domherr.

Rheingraf.

S. unten SalmHorstmar.

Rheinseite, linke, mehrere Bewohner der Länder daselbst.

Herr Edmund Graf von Kesselstadt, Domherr.

Riedesel zu Eisenbach, Freiherren.

Herr Freiherr Riedesel zu Eisenbach.

Ritterschaft, reichsunmittelbare.

S. oben Reichsritterschaft.

SalmHorstmar, Wild- und Rheingraf.

Herr von Riese.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Salm Kyrburg, Fürst.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Salm Reiferscheid Dyck, Altgraf.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Salm Reiferscheid Krautheim, Fürst.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Salm Salm, Fürst.

Herr David Heinrich Gottfried von Pilgram, ehehin kaiserlicher Reichshofraths Agent.

Schäsberg, Graf.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Schlitz, Graf.

S. oben Görz.

Schönborn Wiesentheid, Graf.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Schönburg Waldenburg, Fürst.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Schwarzenberg, Fürst.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Sinzendorf, Fürst.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Solms, fürstliches und gräfliches Gesammthaus.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Solms Braunfels, Fürst.

Herr Stephani, Kammer Director und Cabinetsrath.

Stadion Thannhausen, Graf.

Herr Franz Georg Carl Fürst von Metternich-Winneburg-Ochsenhausen *).

Stolberg, gräfliches Gesammthaus.

Herr Franz von Gärtner, s. oben.

Teutscher Orden.

Herr Gottfried von Ulrich, geheimer Rath.

Thorn, Fürstin Aebtissin.

S. oben Essen.

Thurn und Taxis, Fürst.

Herr Alexander Freiherr von Vrints Berberich, geheimer Rath und General Oberpost Director.

Törring Gutenzell, Graf.

Herr Philipp von Götz, Hofrath.

Truchseß Waldburg-Wolfegg Waldsee, Fürst.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Truchseß Waldburg-Zeil Zeil und Trauchburg, Fürst.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Waltbott Bassenheim, Graf.

S. oben Bassenheim.

Wartenberg Roth, Graf.

Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Wied Neuwied, Fürst.

Herr Franz von Gärtner, geheimer Rath.

*) Oben, Bd. II, S. 585.

Wied-Runkel, Fürst.
Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Wild- und Rheingraf.
S. oben Salm-Horstmar.

Windischgrätz, Fürst.
Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Wittgenstein-Berleburg, Fürst.
Herr Franz von Gärtner. S. oben.

Wittgenstein-Wittgenstein, Fürsten.
Herr Franz von Gärtner. S. oben.

5.

Bevollmächtigte ehemaliger europäischer Souveraine, dann einzelner Privatpersonen, Städte, Landschaften, geistlicher und weltlicher Corporationen, auch Prätendenten.

Herr Auvergne, Philipp d', großbritannischer Vice-Admiral, Prätendent auf das Herzogthum Bouillon.

Herr Vauthier de Baillamont, von besagtem Herrn Philipp d'Auvergne ernannter Gouveneur-général du Duché de Bouillon.

Basel, ehemaliges Bisthum.
S. unten Bronbrut.

Bergamo, Stadt.
Herr Constanzo Piazzoni.

Biel, Stadt.

Herr von Heilmann.

Bormio, Grafschaft.

S. unten Veltlin.

Bouillon, Herzogthum.

S. oben Auvergne.

Bremen, die daselbst ansässigen Juden.

Herr Doctor Carl August Buchholz.

Brondrut, ehemaliges Fürstenthum, oder Bisthum Basel.

Herr Baron von Billieux.

Herr von Delefilz, Obrist-Lieutenant.

Buchhändler, teutsche.

Herr Doctor Johann Georg Cotta, aus Stuttgart.

Herr Carl Bertuch, heroglich-sachsen-weimarischer Cammerrath, aus Weimar.

Buoncompagni-Ludovisi, Fürst von Piombino und von der Insel Elba.

Herr Advocat Vera.

Chiavenna, Grafschaft.

S. Veltlin.

Cleven, Grafschaft.

S. Veltlin.

Como, Stadt.

Herr Paro.

Cremona, Stadt.

Herr Frecavalli.

Danzig, Stadt.

Herr Keidel, Doctor der Rechte.

Elba, Fürst von.

S. Buoncompagni.

Etrurien, Königin.

S. Hetrurien.

Frankfurt, des ehemaligen Großherzogthums CentralDienerschaft.

Herr Dorotheus Ludwig Graf von Keller, kurhessischer Staatsminister und erster CongreßBevollmächtiger.

Frankfurt, katholische Gemeinde daselbst.

Herr Johann Peter Weckbecker.

Frankfurt, Judengemeinde daselbst.

Herr Jacob Baruch.

Herr G. G. Uffenheim.

Gallen, FürstAbt.

s. Sanct Gallen.

Graubünden; Einwohner, Kirchen, geistliche und weltliche Gemeinheiten dieses Cantons, deren Eigenthum in den Landschaften Veltlin, Cleven und Worms im J. 1797 confiscirt worden ist*).

Herr Vincenz von Salis Sils, Präsident.

Herr Daniel von Salis, aus Chur.

*) Die sogenannte Confisca traf 130 bündnerische Familien, 2 Gemeinden, 3 reformirte Kirchen, 1 Propstei, 1 Convent, 3 Klöster, 1 CapuzinerHospiz. Vergl. oben Bd. V. S. 265. ff. u. 378 f.

Hamburg, die daselbst ansässigen Juden.
Herr Doctor Carl August Buchholz.

Hetrurien, Königin.

Herr Don Peter Gomez Labrador, königlich-spanischer Staatsrath und CongreßBevollmächtigter.

Herr von Gonpy des Hautes-Bruyéres.

Johanniter Orden.

Herr Bailli von Miari.

Herr Bailli von Berlinghieri.

Auch trat für diesen Orden auf:
Herr Vié de Cesarini.

Katholische Kirche Teutschlands.

Für dieselbe traten auf:

A) als Oratoren, wie sie sich nannten,

1) Herr Franz Christoph Freiherr von Wambold, Dombechant von Worms, Capitular des mainzer MetropolitanCapitels zu Aschaffenburg.
2) Herr Joseph Helfferich, Präbendar bei der Domkirche zu Speier.
3) Herr Carl Joseph Schies, Oberhof- und HofgerichtsAdvocat zu Mannheim, vormaliger Syndicus des AndreasStiftes zu Worms.

B) Herr Ignaz Heinrich Freiherr von Wessenberg, GeneralVicar des Bisthums Constanz, Domcapitular zu Constanz und Augsburg.

Kreuznach, Stadt.

Herr Freiherr von Hohenfels.

Herr Rumpenthal.

Lucca.

Herr Graf von Mansi.

Ludovisi, Fürst.

S. oben Buoncompagni.

Lübeck, die daselbst ansässigen Juden.

Herr Doctor Carl August Buchholz.

Mailand, Stadt.

Herr Fabigati.

Mainz, Stadt und Commerz-Kammer daselbst.

Herr Franz Graf von Kesselstadt.
Herr Heinrich Baron von Mappes.
Herr Doctor Philipp Heinrich Hadamar.

Malteser-Orden.

S. oben Johanniter-Orden.

Piombino, Fürst.

S. oben Buoncompagni.

Porentrui, Fürstenthum.

S. oben Brondrut.

Sanct-Gallen, Fürstabt.

Herr Peter von Müller.

Solms-Braunfels und Greifenstein, Grafschaften, die Unterthanen darin.

Herr Peter Alk. Mayr, kaiserlich-östreichischer Hofagent und Advocat.

Stifte, secularisirte Erz-, Dom- und andere geistliche Stifte in Deutschland, auf beiden Seiten des Rheins, 25 deputirte Mitglieder derselben *).

Herr Ignaz Heinrich, Freiherr von Wessenberg, General-Vicar des Bisthums Constanz, Domcapitular zu Constanz und Augsburg.

*) Benannt sind diese 25 deputirten Mitglieder, oben B. IV. S. 310 — 312.

Sustentations-Commission, in Folge des Reichsdeputations-Hauptschlusses von 1803, §. 68.

Herr Berthonnier.

Toscana.

S. oben Hetrurien.

Unterthanen der Grafschaften Solms-Braunfels und Greifenstein.

S. oben Solms-Braunfels.

Veltlin, Chiavenna und Bormio, Land- und Grafschaften.

Herr Graf Diego Guicciardi.

Herr G. Stampa.

Worms, Grafschaft.

S. oben Veltlin.

XLVI.

Note

der königlich-großbritannisch-hannöverischen Congreß-Gesandschaft an die kaiserlich-östreichischen, königlich-preussischen und königlich-baierischen Herren Bevollmächtigten, betreffend die Wiederherstellung landständischer Verfassung in dem Königreich Wirtemberg; datirt Wien den 7. März 1815.

Der unterzeichneten königlich-großbritannisch-hannöverischen Congreß-Gesandschaft sind, in Beziehung auf die von Sr. Majestät dem König von Würtemberg erlassenen Verordnungen wegen einer neuen Staatsverfassung für Sr. Maj.

Staaten, verschiedene Noten, besonders von Seite der, jenen Staaten durch den Rheinbund unterworfenen ehemaligen reichsunmittelbaren Fürsten, Grafen und Ritter eingereicht worden, deren Gesuch hauptsächlich dahin zielt, durch den Congreß zu verlangen, daß die Einführung einer definitiven Verfassung verschoben werden möge, bis der Congreß über die in Teutschland allgemein anzunehmenden Grundsätze ständischer Verfassungen, und über das Schicksal der erwähnten Classe des Reichsadels besonders, entschieden haben möchte.

Die unterzeichnete CongreßGesandschaft hat neben dem allgemeinen Interesse aller teutschen Höfe, daß durch Erfüllung der billigen, auf ausdrückliche Zusagen der im letzten Krieg allürten Mächte gegründeten Hoffnungen der teutschen Nation Zufriedenheit und Ruhe erhalten werden möge, noch ein specielles Interesse bei obiger Frage, weil bekanntlich Hannover mit Preussen und Dänemark die alte würtembergische Verfassung garantirt hatte *).

Unterzeichnete wollen indessen vor der Hand die Frage nicht berühren, in wie fern diese Verfassung der altwürtembergischen Staaten durch spätere Be-

*) Die Urkunden, welche die preussische, hannöverische und dänische Garantie der wirtembergischen Staatsverfassung betreffen, von 1764 — 1771, findet man, nebst Hrn. Klüpfels „historisch-rechtlicher Entwicklung der, der wirtembergischen Verfassung zur Seite stehenden Garantie der drei hohen Mächte", in den Verhandlungen in der Versammlung des Königreichs Wirtemberg im J. 1815, Abth. IX. S. 161 — 200.

gebenheiten als aufgehoben angesehen werden könne, und enthalten sich ebenmäsig jeder Untersuchung darüber, ob die gegen die neue beabsichtigte würtembergische Verfassung angebrachten dringenden Beschwerden gegründet seyen, oder nicht.

Nur glauben sie über die gestern, von Seite der ehemals unmittelbaren Fürsten und Grafen im Würtembergischen, den Mitgliedern des teutschen Comité's, bei dem Congreß eingereichte Note unverzüglich ihre Gefühle ausdrücken zu müssen.

Es sind jener Note zwei Schreiben des königlich-würtembergischen Ministeriums des Innern, an Ihro Durchlauchten, die Herren Fürsten von Hohenlohe-Jagstberg und Hohenlohe-Langenburg beigelegt, deren Inhalt, sobald ihre Aechtheit ausser Zweifel gestellt wird, von der Art ist, daß die teutschen CongreßGesandschaften solche öffentlich bekannt werdende Aeusserungen wohl schwerlich mit Stillschweigen werden übergehen dürfen, ohne die Grundsätze aufzugeben, welche die teutsche Nation zum rühmlichen und glücklichen Kampfe, für eine vernünftige und verfassungsmäsige Freiheit, angefeuert haben.

Es heißt in jenem Schreiben unter andern:

„Es liegt ein grosser Irrthum vor, wenn der „Fürst von Hohenlohe glaube, daß die wiener „Verhandlungen den mindesten Einfluß „auf die Bestimmung der Verfassung „im Innern u. s. w. haben werden; alle dar„auf zielenden Schritte seyen, als dem Zweck „und dem Gegenstand der Geschäfte des Co„mité's entgegen, von der Hand gewiesen „worden. Der pariser Tractat sey die einzige „Richtschnur für das Comité. Zudem würden

„auch Se. Majestät eine solche **unbefugte Ein-**
„**mischung** in keinem Falle dulden u. s. w.“

Nichts kann für den Congreß, und namentlich für das zur Bearbeitung einer teutschen Bundes-Acte bestellte Comité desselben, das sich Monate lang mit Fragen beschäftigt hat, die durch jene Aeusserungen ihrer Competenz gänzlich entzogen werden sollen, **auffallender** seyn, als die **Aufstellung obiger Sätze**, und nichts würde den Unterzeichneten erwünschter seyn, als wenn dieselbigen königlich-würtembergischer Seits für **unächt** erklärt werden sollten. Das **Recht des Congresses**, sich, bis zu einem gewissen, der Souverainetät der teutschen Staaten unnachtheiligen Punct, in die **innere** Verfassung derselben zu mischen, beruht

1) auf **allgemeinen** Grundsätzen, indem jeder Macht daran liegt, daß die **Rechte der Unterthanen** geschützt, und **Ruhe, die dauernd nur durch ihre Zufriedenheit erreichbar ist**, erhalten werde. Auf diesen allgemeinen Grundsatz gestützt, haben bei dem gegenwärtigen Congreß die größten Mächte Europens die innere Verfassung **Polens** zum Gegenstand ihrer gemeinschaftlichen Sorgen gemacht, und ist von den Mächten, welche Provinzen Polens beherrschen, niemals behauptet worden, daß dadurch ihrer Souverainetät Eintrag geschehe.

2) Beruht das Recht des Congresses, in Beziehung auf **Teutschland**, aber namentlich auf den bei Schliessung der Allianz von 1813 **öffentlich proclamirten Grundsätzen**, welche **alle** derselben beitretenden Staaten, also auch **Würtemberg** durch ihren Beitritt angenommen haben*).

*) Man vergl. den geheimen Artikel des mit Würtemberg zu Fulda am 2. Nov. 1813 geschlossenen Vertrags, in

Oestreich, Rußland und Preussen haben, in ihren frühesten Proclamationen, die Aufhebung des Rheinbundes, und die Wiederherstellung teutscher Freiheit als Zweck des Kriegs angekündigt. Würtemberg hat durch seinen Beitritt zur Allianz, die Garantie seiner Länder erlangt, deren Besitz vorhin auf Verträgen beruhte, die der Krieg vernichtet hatte.

Neben dem Vortheil, welchen die Allianz gesichert hat, muß Würtemberg also auch die Verbindlichkeit als geltend anerkennen, die in Beziehung auf die Wiederherstellung ständischer Verfassung aus derselben fließt.

Diese Grundsätze sind in einer früherhin eingereichten Note der Unterzeichneten, dem teutschen Comité vorgelegt worden, und die größten Höfe sind denselben ausdrücklich beigetreten, so wie auch namentlich Se. Majestät der Kaiser von Rußland, in einer den kaiserlich-östreichischen und königlich-preussischen Höfen übergebenen Note, Ihren Beifall über diese Grundsätze bezeugt haben.

Se. großbritannisch-hannöverische Majestät haben auch bei der ersten allgemeinen Versammlung ihrer teutschen Stände sich ausdrücklich vorbehalten, die Beschlüsse des Congresses vor Bestimmung einer definitiven Verfassung abwarten zu wollen. Unter solchen Umständen, halten sich Unterzeichnete verpflichtet, auf eine Zusammenkunft der teutschen Stände gehorsamst anzutragen, um in Hinsicht der ebenerwähnten Aeusserungen des

des Herausgebers Staatsarchiv des teutschen Bundes, Heft 2. (Erl. 1816. 8.), S. 305. Anm. d. H.

königlich = würtembergischen Hofs einen Schluß zu fassen.

Wien den 7. März 1815.

Unterzeichnet: Graf von Münster.

Graf von Hardenberg.

XLVII.

Note

der königlich = großbritannisch = hannöverischen Congreß-Gesandschaft, wodurch vorstehende Note den Bevollmächtigten verschiedener vormaliger, nun untergeordneter reichsständischer Fürsten und Grafen, auch reichsunmittelbarer Edelleute, und Andern mitgetheilt wird; datirt Wien den 8. März 1815.

Unterzeichneter giebt sich die Ehre, auf eine am 5. dieses ihm zugestellte Note, die Anlage mitzutheilen, welche von Seite der königlich-großbritannisch = hannöverischen Congreß-Gesandschaft an den kaiserlich = östreichischen, königlich = preussischen und königlich = baierischen Hof, in Beziehung auf jene Note, erlassen worden ist. Er freut sich durch ein gleichzeitig, von Seite des königlich = preussischen Hofes erlassenenes Schreiben, die völlige Uebereinstimmung mit den Grundsätzen abermal zu bemerken, die sein allerhöchster Hof, in Rücksicht auf die teutschen Angelegenheiten, stets bewahrt hat.

Unterzeichneter ergreift diese Gelegenheit, seine Hochachtung zu bezeugen ꝛc.

Wien, den 8. März 1815.

E. Graf Münster.

Verbesserungen.

Bd. I, Heft 1, S. 47, Z. 8, statt fast l. sonst. — Heft 2, S. 6, Z. 15 v. u., nach dem Wort „Uebereinkunft" setze man: welche am 28. Sept. (1814) zu Wien statt gehabt hat, und.

— II, S. 4, Z. 1. v. u. statt Bundesgesetze l. Landesgesetze. — Ebendas. Z. 8. v. u. statt mit l. seit. — S. 307, Z. 7 u. 8 ist das Wort Erhaltung wegzustreichen, und statt „ihrer" zu setzen „ihre" — S. 434, Z. 8 v. u. zu dem Wort „voriger" ist folgende Note zu setzen:

*) Sollte heissen: in der zweiten Sitzung, oben S. 434. Anm. d. H.

Dieselbe Note paßt auch zu ebendas. S. 443, zu dem Wort „letzten". — S. 467, sind die beiden Noten verwechselt. Die zuerst stehende, muß als Note**) zuletzt stehen. — S. 487, Z. 4, nach dem setze man bisher. — Z. 16. v. u. setze man folgende Note, nach den Worten: „Unter vorerwähnten Rechten"*).

*) Statt dieser drei Worte, hatte, in dieser Neuen oder erwähnten Abfassung der Bundes-Acte, bloß das Wort „Hierunter" gestanden. Aber in der achten Sitzung (unten S. 500. f.) ward beschlossen, statt dieses einzigen Wortes, obige drei Worte zu setzen.



Register
des sechsten Bandes.

Ein und zwanzigstes Heft.

Zwei und zwanzigstes Heft.

Seite

Drei und zwanzigstes Heft.

Seite

Vier und zwanzigstes Heft.



